DIE ZEIT

Preis Deutschland 3,60 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK …

Nr. 41 1. Oktober 2009



Gefahr in der Sitzung



Psychotherapien mit Nebenwirkungen: Wie werden die Therapeuten überprüft?

WISSEN SEITE 39

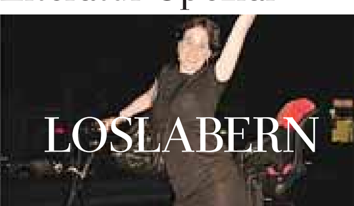
Leben nach dem Abi



Wie der Abschied von der Schule Spaß macht, und warum Studieren sich lohnt

CHANCEN-SPEZIAL 40 SEITEN

Literatur-Spezial



Ein Sonderheft über »Loslabern«, sein neues Buch. Von Rainald Goetz

MAGAZIN SEITE 10–31

Al-Qaida: Terror schaffen ohne Waffen

Neue Drohungen zeigen Wirkung in Deutschland **VON CHRISTIAN DENSO**

Für Terroristen ist die Kommunikation nahezu genauso wichtig wie die menschenverachtende Tat. Islamisten führen das derzeit eindrucksvoll mit ihren Botschaften an Deutschland vor. In Videofilm-Ausschnitten sehen wir den Hamburger Hauptbahnhof, den Kölner Dom und das Oktoberfest. Dazu wird gedroht, ein »böses Erwachen« angekündigt. Sie wollen uns damit verunsichern, sie wollten zudem die Bundestagswahl beeinflussen. Und tatsächlich – die Drohungen zeigen Wirkung. Plötzlich überlegen die Menschen, ob sie zum Beispiel mit ruhigem Gewissen in den ICE steigen dürfen.

Die meisten Deutschen begreifen, dass auch unsere offene Gesellschaft ein Ziel ist, das al-Qaida treffen will. Die Erkenntnis ist nicht neu, wohl aber die Reaktion. Schon mehrfach haben die Sicherheitsbehörden Anschläge in Deutschland verhindert. Doch nach dem 11. September 2001 haben sich viele Bürger damit beruhigt, unser Land sei, im Gegensatz zu den USA, nicht wirklich bedroht. Damals unterschätzten sie die Gefahr. Möglicherweise wird sie jetzt überschätzt.

Nicht wenige Experten sagen, al-Qaida habe ihren Zenit überschritten. Islamistischen Terroristen ist seit den Anschlägen von Madrid und London 2004 und 2005 kein Attentat in Europa mehr gelungen. Ihre Netzwerke in Deutschland gelten bis in viele Verästelungen als bekannt. Das liegt auch an den immer weiter reichenden Ermittlungsbefugnissen der Sicherheitsbehörden – Kompetenzen, die die FDP in der schwarz-gelben Koalition gern wieder beschneiden würde.

Angst oder Sorge werden sich jedoch weder durch Argumente noch durch die Beschneidung von Freiheitsrechten überwinden lassen. Wer Angst hat, der wertet auch den als Beruhigung gedachten Aufmarsch der Polizisten mit Maschinenpistolen an Bahnhöfen und Flughäfen als Bestätigung, dass die Gefahr ernst zu nehmen ist. Wer besorgt ist, den verunsichert die Einschätzung der Behörden noch weiter, die Bedrohung sei lediglich »abstrakt«. Heißt das nicht, dass die Sicherheitsbehörden nichts Konkretes wissen?

Die Islamisten haben auch ohne Anschläge also ein Ziel schon erreicht, und das mit minimalem Aufwand: Die Menschen in Deutschland machen sich Sorgen, gerade wenn sie ihrem Alltag nachgehen. Mit dieser Restangst werden wir lernen müssen umzugehen, weil Deutschland Teil des von ihnen verhassten westlichen Bündnisses, der westlichen Kultur ist.

In Spanien gelang es den Terroristen, durch einen Anschlag eine Wahl entscheidend zu beeinflussen. Dieses zweite Ziel haben sie in Deutschland mit ihren Videobotschaften weit verfehlt. Die Deutschen haben den Islamisten auf die Drohungen selbstbewusst geantwortet. Sie haben gezeigt, dass das Afghanistan-Ultimatum von al-Qaida bei ihrer Wahl keine Rolle gespielt hat. Zumindest das ist beruhigend.

www.zeit.de/audio

Foto: Digital Picture Library/Composing: DZ

Ein komisches Gefühl

In Deutschland hat ein epochaler Machtwechsel stattgefunden. Kaum zu fassen! **VON BERND ULRICH**

Wie fühlt es sich eigentlich an, dieses Wahlergebnis? Wir wissen es noch nicht, wir sind noch nicht in der schwarz-gelben Republik angekommen. Zu tief hängen die letzten elf Jahre in den Kleidern, zu sehr sogar noch die vier der Großen Koalition.

Dieser achte Regierungswechsel in der Geschichte der Republik ist genau genommen nur ein halber. Die Kanzlerin und mit ihr die größere Regierungspartei bleiben schließlich. Trotzdem fühlt sich das alles wie ein tiefer Einschnitt an.

Der eine Grund dafür liegt in der ungeheuren Fülle dessen, was sich in den zurückliegenden elf Jahren ereignet hat: zwei Wirtschaftskrisen, der 11. September, zwei Kriege mit deutscher Beteiligung, Reformen über Reformen, Zuspitzung der globalen Klimakrise, tief greifende Erschütterung der Weltordnung, Verunsicherung durch Gentechnologie und Hoffnung darauf.

Der andere Grund: Das politische Medium, in dem wir das alles durchleben durften und durchleiden mussten, war eine Partei – die tapfere, schmerzensreiche, unerträgliche SPD. Dass sie nun von den Wählern mit großer Brutalität auf die Nebenbühne geschoben wurde, dass die Leute ihr beim Leiden nicht mehr zusehen wollen, das macht den emotionalen Einschnitt aus. Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt endet – in Scherben (siehe Seite 5).

Auch die vier Jahre der Großen Koalition haben sich ins Gedächtnis eingeschrieben, mehr als man vielleicht erwartet hatte. Richtig zu sich und zu ihrer Mission kamen Schwarze und Rote erst mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, als die Große Koalition groß handeln konnte – weil sie es musste. Zugleich hat diese Koalition Fantasie gehemmt. Die Gedanken reichten selten weiter als die engen Spielräume, die man einander ließ. Schließlich regierten hier zwei Parteien, die wussten, dass sie sehr bald um das Kanzleramt konkurrieren würden.

Westerwelle und die Medien – aus Verachtung wird Neugier

In der Stunde höchster Not war es gut, eine Große Koalition zu haben. Nun ist es gut, sie los zu sein, denn sie wäre selbst zur Quelle höchster Not geworden, zwei schwindsüchtige Volksparteien, im Leiden vereint.

Die neue Koalition hat darum zunächst einmal etwas Frisches, man könnte auch sagen etwas Banales, jedenfalls hat sie vorerst weder einen Grund zu leiden oder zu knirschen oder zu klagen noch ein Recht dazu.

Welche FDP da nun an die Regierung kommt, das weiß sie womöglich selbst noch nicht. In elf so ereignisreichen Jahren immer nur in der Opposition gewesen zu sein, das prägt eben auch. Die Rückkehr an die Macht jedenfalls wird für die Liberalen ein interessanter Lernprozess. Guido Westerwelle ist sogar noch länger in der Opposition, weil er sich schon im Dagegensein übte, als die FDP in den neunziger Jahren an der Macht war, genauer gesagt: als sie von Helmut Kohl an der gelben Krawatte durch die Bonner Republik gezogen wurde (siehe Seite 2).

Man darf also gespannt sein auf diese FDP und ihren ersten Mann. Und man muss es auch. Das Verhältnis zwischen den Medien, den konservativen, grünen und linken Milieus auf der einen und den Liberalen auf der anderen Seite war lange von Verachtung geprägt. Nun sollte erst einmal Neugier herrschen.

Neugier schon deshalb, weil es erstaunlich ist, dass die angeblich so angstbesetzten Deutschen ausgerechnet in der tiefsten Wirtschaftskrise seit dem Krieg diejenigen gewählt haben, die eher auf den Markt setzen, die weniger Sicherheiten versprechen. Und das, obwohl die drei linken Parteien eine Angstkampagne gegen Schwarz-Gelb betrieben haben. Vergeblich. Wie schon bei der Rote-Socken-Kampagne der Union in den Neunzigern hat sich die Mehrheit nicht manipulieren lassen.

Merkel und Westerwelle haben am vergangenen Sonntag allerdings ebenso wenig ein Mandat für Radikalreformen und Sozialkürzungen bekommen und wollten das auch gar nicht. Diese neue Koalition wird nicht der Versuch sein, den verpassten Sieg von 2005 nachzuholen. Der autoritäre Neoliberalismus, der damals herrschte, ist für immer dahin. Und zwar in beiden Elementen: So viel Staatsverachtung und Deregulierungswut wird es nach der Weltwirtschaftskrise nicht wieder geben. Und der autoritäre Ton dieser Zeit ist erst recht überholt.

Durchregieren funktioniert nicht mehr in unserer selbstbewussten Gesellschaft. Diese Lektion hat Angela Merkel gelernt. Und wenn sie es nicht schon hätte, dann würde sie es jetzt lernen, da in der SPD die Generation der Basta-Politiker, der Putschistengeneration abgeräumt wird. Merkel, der das eigentlich gar nicht liegt, hat 2005 vom Durchregieren gesprochen. Schröder und Müntefering haben es viele Jahre lang gemacht.

Man kann nur hoffen, dass nun auch die CSU als letzte Partei die Lektion vom souveränen Souverän lernt und sich vom Autoritären verabschiedet. Horst Seehofer wurde für seinen irrlichternden Wahlkampf und für seine Chefallüren von den Wählern abgestraft. Wenn er jetzt als Kleinster in der Koalition trotzdem oder erst recht versucht, als Schwanz mit zwei Hunden zu wedeln, dann wird es um ihn so schnell geschehen sein wie jetzt um die alte SPD-Führung.

Schwarz-Gelb wird aber – wenn Westerwelle uns nicht die alten Minister von damals als junge Hoffnungsträger vorsetzt – auch keine Retroveranstaltung, kein Wiederaufleben der Kohl-Jahre. Nicht nur, weil das Autoritäre unpraktikabel geworden ist, sondern weil die gesamte rot-grüne Modernisierung unumkehrbar geworden ist. In Schwarz-Gelb steckt viel Rot-Grün.

Allerdings ist Guido Westerwelle durchaus versucht, ein paar alte Schlachten gegen die 68er und das ganze grüne Milieu nachträglich zu gewinnen. Eine Offensive bei der Atomenergie etwa dürfte die achtziger Jahre als Farce zurückholen, mit großen Polizeiaufgeboten, mit Blockaden und grünen Politikern in Rheumadecken auf Bahngleisen. Will Westerwelle das wirklich? Wegen ein paar Jahren Laufzeitverlängerung?

Viel wichtiger ist doch die Frage, ob Deutschland seine relativ vernünftige und, wie man früher sagte, fortschrittliche Rolle in der internationalen Klimapolitik nun ausbaut oder zurücknimmt. Wird Schwarz-Gelb noch mehr Rücksicht auf die deutschen Energieriesen nehmen als die SPD, oder wird die neue Koalition ihnen an das Monopol gehen? Nicht beim Kündigungsschutz oder bei den Sozialleistungen, aber auf anderen Feldern darf man doch hoffen, dass Schwarz-Gelb ein bisschen marktradikaler wird.

Die langen Phasen repressiven Schweigens müssen nun aufhören

Bei all dem kommt es auf die Kanzlerin an. Überhaupt kommt es sehr auf sie an. Sie hat jetzt tatsächlich eine Richtlinienkompetenz. Schreck, lass nach! Sie muss jetzt können!

Guido Westerwelle hat ein gutes Ergebnis erzielt. Aber er ist der deutlich kleinere Partner, und er hat keine Koalitionsalternative. Und er muss, anders als vorher Frank-Walter Steinmeier, nicht ums Kanzleramt konkurrieren.

All das bietet der Kanzlerin die Möglichkeit, die Mitte und die Themen zu definieren. Angela Merkel hat schon angekündigt, sie wolle bleiben, wie sie ist. Das ist zur einen Hälfte beruhigend und zur anderen eine Drohung. Denn sie war bisher eine halbierte Kanzlerin, sie war darum – hoffentlich nur darum – oft zu blass, sie wartete manchmal zu lange ab, sie gab zu wenig vor. Am Grundmuster ihrer Politik – eine lernende Kanzlerin in einer lernenden Gesellschaft – muss sich nichts ändern. Aber die langen Phasen repressiven Schweigens, ihre Weigerung, wenn schon nicht Reden zu halten, so doch zumindest Stichworte zu geben, all das kann nun aufhören.

Vielleicht war es ungerecht, von ihr zu verlangen, dass ihr Denken und ihr Reden weiter reichen solle als ihre Macht. Aber dann muss sich ihr Reden und Denken jetzt spürbar ausdehnen, weil ihre Macht größer ist als je zuvor. In der Koalition, weil die FDP nicht die SPD ist. Und in der eigenen Partei, weil die mürbe gewordenen Ministerpräsidenten keine Gefahr mehr darstellen und die CSU machtpolitisch ihrer wahren Größe entgegenschrumpft – 6,5 Prozent.

Klima, Bildung, Afghanistan, Integration, Arbeit von morgen – es gibt viel zu besprechen in diesem Land, wir warten auf Vorschläge aus dem Kanzleramt.

www.zeit.de/audio

ONLINE

Wie weiter nach der Wahl? Führende Ökonomen beraten die neue Bundesregierung

www.zeit.de/expertenrat

PROMINENT IGNORIERT



Papst und Spinne

Arachne, die Weberin, wurde von der Göttin Athene, die ihr das Weben beigebracht hatte, in eine Spinne verwandelt, zur Strafe für ihren Hochmut. Der Papst, dem eine schwarze Spinne übers weiße Gewand kroch, als er jetzt in Prag eine Rede hielt, ließ sich nicht beirren. Er ist mythologisch bewandert und wird überlegt haben, ob er Arachne wieder zur Menschengestalt verhelfen sollte, aber das wäre dann doch unpassend aufgefallen. **GRN.**

Kleine Fotos: Fotex; Achenbach & Pacini für DIE ZEIT; Rainald Goetz; AP (v.o.n.u.)

ZEIT Online GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg

Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnentenservice:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de
*) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise können abweichen

Preise im Ausland:
DKR 40,00/FIN 6,20/E 4,70/Kanaren 4,90/F 4,70/NL 4,20/A 4,00/CHF 6,80/I 4,70/GR 5,30/B 4,20/P 4,70/L 4,20/HUF 1420,00

NR. 41

64. Jahrgang C 7451 C



WORTE DER WOCHE

»Vielleicht sind wir gar nicht so schlimm, wie Sie immer sagen.«
Guido Westerwelle, FDP-Vorsitzender, am Wahlabend zu Linken-Chef Oskar Lafontaine

»Jetzt, liebe Leute, lasst mal richtig die Party knallen oder wie man sagt, ich kenn mich da nicht so gut aus.«
Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU), am Wahlabend zu ihren Anhängern im Adenauer-Haus

»Dieser Tag ist ein bitterer Tag für die Sozialdemokratie.«
Frank-Walter Steinmeier, SPD-Kanzlerkandidat, nach der Niederlage seiner Partei bei der Bundestagswahl

»Ich werde jetzt aber nicht den Michael Kohlhaas geben und auch nicht zum Zyniker werden.«
Peer Steinbrück, Bundesfinanzminister, nach seinem Rückzug aus der SPD-Parteispitze

»Weil es mit Renate so schön war, möchte ich gern nächste Woche für den Fraktionsvorsitz kandidieren.«
Jürgen Trittin, Spitzenkandidat der Grünen, über seine Kandidatur an der Seite von Renate Künast

»Dies ist nicht nur eine amerikanische Schlacht, dies ist auch eine Nato-Mission.«
Barack Obama, US-Präsident, zum Afghanistaneinsatz

»Wir sind wie alle anderen friedliebenden Länder gegen einen Atomkrieg.«
Pak Kil-yon, nordkoreanischer Vize-Außenminister, in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung

»Ich möchte die honduranische Bevölkerung um Vergebung bitten.«
Roberto Micheletti, Interimspräsident von Honduras, zu der von ihm angeordneten Beschränkung der Bürgerrechte

»Er war zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort, wo wir wussten, dass wir ihn kriegen konnten.«
Sandi Gibbons, Sprecherin der Staatsanwaltschaft Los Angeles, zur Verhaftung von Roman Polanski in der Schweiz

»Ich bin nicht mehr so angstbesetzt.«
Nena, Pop-Ikone, meldet sich mit einem neuen Album zurück

ZEITSPIEGEL

Mein Deutschland

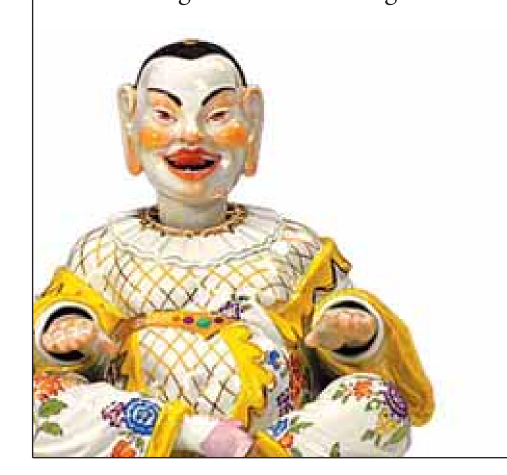
Im Jubiläumsjahr 2009 gab es doppelten Grund zu feiern: Die Bundesrepublik wurde 60 Jahre alt. Zugleich jährte sich der Mauerfall zum 20. Mal. In einer *ZEIT*-Serie haben wir auf Ereignisse zurückgeblickt, die im kollektiven Gedächtnis haften geblieben sind. Namhafte Autoren wie Günter Grass, Christa Wolf und Helmut Schmidt trugen zu der besonderen Rückschau bei. Nun sind die Beiträge als Buch erschienen:



Mein Deutschland. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Herausgegeben von Hanns-Bruno Kammertöns und Matthias Naß, Rowohlt Verlag, 160 Seiten, 10 Euro.

NÄCHSTE WOCHE IN DER ZEIT

China kommt: Auch im Literaturmagazin zur Buchmesse. Wir stellen die bekanntesten Autoren vor und stellen Fragen, unter anderem zur Politik des Gastlandes: Wie steht es um die Menschenrechte? Heißt von China lernen siegen lernen? Warum schreiben junge Chinesinnen so ausführlich über sexuelle Eskapaden? Was denkt Brigitte Kronauer über den hier abgebildeten Porzellanchinesen? Außerdem: Hat der Debütant Stephan Thome das Buch des Herbstes geschrieben? Was denkt die schwarze Nobelpreisträgerin Toni Morrison über Barack Obama? Abgerundet wird das Magazin, wie gewohnt, mit Rezensionen zu den wichtigen Neuerscheinungen.



Prinz Charles am Ziel

Kein Rausch, kein Triumph, keine Genugtuung: Was macht die Macht mit einem, der lange auf sie warten musste? Drei Tage mit Guido Westerwelle **VON DAGMAR ROSENFELD**

Dem Publikum gefällt, was Guido Westerwelle zu sagen hat. Leistung müsse sich wieder lohnen, das ist seine Botschaft. »Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet«, sagt er. Es ist ein Mittwoch im September, es ist Wahlkampf. Westerwelle spricht in der Alten Oper in Frankfurt anlässlich des Investmentdialogs der Deutschen Genossenschafts-Zentralbank, »der größten Veranstaltung im genossenschaftlichen Banksektor für vermögende Privatkunden«, wie in der Einladung zu lesen ist. Der Redner, seine Botschaft und das Publikum – sie entsprächen dem Bild der FDP als Spaßpartei der Besserverdienenden, wird es später heißen. Es ist der 4. September 2002, die FDP wird bei der Bundestagswahl 7,4 Prozent erreichen.

Dem Publikum gefällt, was Westerwelle zu sagen hat. Leistung müsse sich wieder lohnen, das ist seine Botschaft. »Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet«, sagt er. Es ist ein Samstag im September, es ist Wahlkampf. Westerwelle spricht auf dem Heumarkt in Köln, fast 1000 Menschen – Parteifreunde und »Andersgläubige«, wie Westerwelle sie begrüßt – sind zur Abschlusskundgebung der FDP gekommen. Der Redner, seine Botschaft und das Publikum – sie entsprächen dem Bild der neuen FDP, die sich der Mitte geöffnet habe, wird es später heißen. Es ist der 26. September 2009, die FDP wird bei der Bundestagswahl 14,6 Prozent erreichen.

Auch bei Stefan Raab trägt der FDP-Chef Anzug und Krawatte

Sieben Jahre und 7,2 Prozentpunkte liegen zwischen Frankfurt und Köln, zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Sieben Jahre, in denen zwar die Kernbotschaft der FDP die gleiche geblieben ist, Guido Westerwelle und seine Partei in ihrem Habitus und ihrer Tonalität aber andere geworden sind. Den Polit-Christo hat man Westerwelle genannt, einen Verpackungskünstler seiner selbst. Doch an dieser Stelle soll es nicht um die sieben Jahre dazwischen gehen, den Blick zurück darauf, wie aus dem Container-Gudio, dem 18-Prozent-Guido, dem Leichtmatrosen-Guido, eben dem ewigen Guido der So-gut-wie-Außenminister geworden ist. Hier soll es nicht ums Werden gehen, sondern ums Sein.

Was passiert mit einem wie Westerwelle, der nach Jahren des Prinz-Charles-haften Wartens endlich an die Macht kommt? Wie verhält sich einer wie er jetzt, da eine Verheißung aus der Vergangenheit doch noch Wirklichkeit geworden ist, jetzt, da sich erfüllt, was einst Projekt 18 hieß: eine FDP, die auf Bundesebene deutlich im zweistelligen Bereich abschneidet? Wie geht einer, dem Arroganz nachgesagt wird, der oft überdreht hat, damit um, wenn er siegt?

31 Stunden bevor über dem gelben Balken in der ersten Hochrechnung eine 15 stehen wird, sitzt Guido Westerwelle auf einer Bierbank, vor ihm auf dem Tisch mit der blauen Plastikdecke steht eine Tasse Tee, zum dunklen Nadelstreifenanzug trägt er einen gelben Vliesschal mit FDP-Logo. Es ist ein grelles Gelb, ein Gelb, das das Auge provoziert. Westerwelle trägt den Schal, weil er schnell heiser wird, der Schal hält seinen Hals warm. Auf die Bühne wird er ohne grelles Gelb gehen, der Schal bleibt auf der Bierbank liegen. Guido Westerwelle will nicht provozieren, er will gewinnen.

In der Menschenmenge auf dem Heumarkt hält ein Trupp ironisch gestimmter Protestler ein Schild in die Höhe. »Guido-Bingo« steht darauf geschrieben, darunter sind zwölf Kästchen mit Begriffen, wie sie dem Westerwelle-Klischee entsprechen, »Leistungsträger«, »Wachstum«, »Steuersenkung« und »Wohlstand«. Fällt einer dieser Begriffe in Westerwelles Rede, dann streichen die Spötter ihn mit einem roten Edding durch. Fast 40 Minuten redet Westerwelle, und als er seinen letzten Satz spricht, »Ich wünsche Ihnen allen Glück und Gesundheit«, da haben noch nicht einmal die Hälfte der Bingo-Kästchen einen roten Eddingstrich. Die Schildhalter schauen ein wenig irritiert auf die strichfreien Stellen.

Die fehlenden Eddingstriche, sie verraten etwas über den gefühlten und den realen Guido Westerwelle. Gefühlt scheint er für viele immer noch der neoliberale Leistungsfanatiker zu sein, obwohl er real als Mann der arbeitenden Mitte auftritt. Überhaupt verrät dieser Samstag vor der Wahl viel über den Guido Westerwelle am Sonntag nach der Wahl. Am Samstagabend ist er zu Gast bei Stefan Raabs Sendung *TV total,* mit ihm in der Runde sitzen Gregor Gysi, Jürgen Trittin, Franz Müntefering, Christian Wulff und Karl-Theodor zu Guttenberg. In Raabs Sendung, im Spaß- und Sprücheambiente mit jungen Zuschauern, da geht's locker zu – das hat sich wohl Guttenberg gedacht, der in Jeans, Karohemd und Sakko gekommen ist. Das haben sich wohl auch Gysi und Müntefering gedacht, die sich stimmungstauglich gegenseitig beleidigen und niederblöken. Es ist Westerwelle, der in Anzug und Krawatte, mit gefalteten Händen zur Ernsthaftigkeit mahnt: »Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht nur eine stimmungsvolle Sendung, sie wollen vor allem eine Entscheidung für die Wahl, deswegen sollten wir uns hier nicht so persönlich attackieren.« Es gehe um unser Land, ein Satz, den er an diesem Abend mehrmals benutzen wird. Das klingt staatsmännisch, ist aber wenig unterhaltsam. Guido Westerwelle will nicht unterhalten, er will gewinnen.

Es ist Sonntagabend 19.15 Uhr, als ein Pulk von Kameraleuten sich durch das Foyer der Römischen Höfe in Richtung Bühne schiebt. Irgendwo in diesem Pulk ist Westerwelle, der Mann, auf den sie hier schon seit einer Stunde warten. »Kaum ist er an der Macht, zickt er schon rum«, raunt ein Journalist, selbst die Kanzlerin im Konrad-Adenauer-Haus ist bereits vor Presse und Parteifreunde getreten. Nicht Allüren, sondern Vorsicht ist der Grund, warum Westerwelle sich Zeit lässt. Er will die ersten Hochrechnungen abwarten, will zuerst hören, wie Angela Merkel das Wahlergebnis kommentiert, bevor er sich feiern lässt.

»So sehen Sieger aus«, grölt der Saal, als Westerwelle die Bühne betritt. So sehen Sieger aus? Kein Rausch, kein Triumph, keine Genugtuung. Keine großen Gesten, keine großen Worte, kein aufgeregtes Wippen hinter dem Rednerpult, sondern geerdet, die Füße fest auf dem Boden. »Dieses Ergebnis bedeutet vor allem Verantwortung«, sagt Westerwelle. Es gehe um Deutschland, »wir heben nicht ab, denn jetzt geht die Arbeit erst richtig los«. Im Moment seines größten politischen und wohl auch persönlichen Sieges, nach acht Jahren des Wartens, in denen er hat Häme einstecken, Zweifel abwehren und Niederlagen aushalten müssen, tut Westerwelle das, was kaum einer von ihm erwartet hätte: Er stapelt tief. Bedachtsamkeit, das ist die Überschrift für die ersten Stunden und Tage als Vorsitzender der künftigen Regierungspartei FDP. Der rote Eddingstift des »Guido-Bingo«, er hat vorerst ausgedient.



AM TAG DANACH. Bisher hat Guido Westerwelle nur gesiegt, jetzt will er auch erfolgreich sein

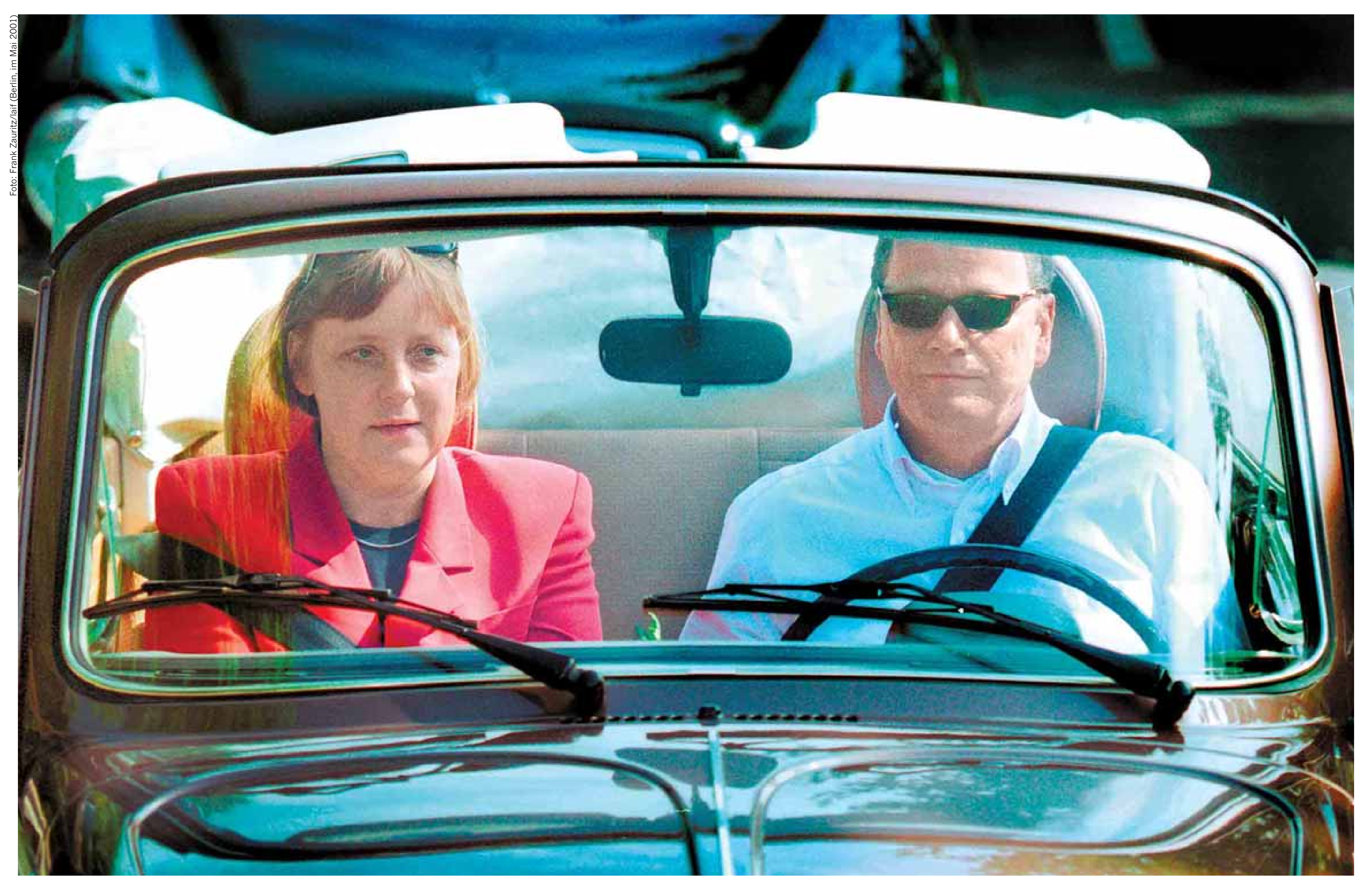
Foto (Ausschnitt): Arnd Wiegmann/Reuters (Westerwelle vor dem Kanzleramt, 28.09.09); Abb.: »Pagode« v. J. F. Eberlein/Meissen (unten links)

Er schwört die Fraktion darauf ein: Bloß keine öffentlichen Forderungen!

Am Tag eins nach der Wahl kommt im Reichstag, zweites Obergeschoss, Raum 2M001, die neue und die alte Fraktion zusammen. Die Stimmung ist aufgekratzt, Schultern werden geklopft, Kaffee aus hohen Tassen mit aufgedruckten Marienkäfern getrunken. Als Guido Westerwelle den Raum betritt, übertönt das Klatschen von mehr als hundert Händepaaren das Klicken der Fotokameras. Dann ist der öffentlichkeitswirksame Teil vorbei. Hinter verschlossenen Türen hält sich Guido Westerwelle nicht lange mit dem Feiern auf. Seine Botschaft: Wir sind jetzt in der Verantwortung, wir müssen jetzt liefern. Er schwört die Fraktion darauf ein, öffentlich keine Forderungen zu erheben, weder nach Inhalten für den Koalitionsvertrag noch nach Posten. Westerwelle denkt dabei nicht nur an die Koalitionsverhandlungen in Berlin, er denkt schon acht Monate weiter, an die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Die dürfen nicht verloren gehen, soll die Stärke der Liberalen von Dauer sein. Der Sieg, er ist nie mehr als nur ein Moment, beständig ist erst der Erfolg. Deshalb lässt Westerwelle sich nicht hinreißen, deshalb ist er so überkontrolliert. Bereits im Wahlkampf hat er sich in den imaginären Dreiteiler des Staatsmanns gezwängt, und den hat er seit dem Wahlabend nicht mehr ausgezogen. Er will sich den Erfolg nicht kaputt machen, nur weil er gesiegt hat.

Westerwelle lässt sich nicht verführen, nicht provozieren, das macht er am Montagnachmittag deutlich. Die FDP hat zur Pressekonferenz geladen, und Westerwelle führt vor, was er am Vormittag seiner Fraktion eingetrichtert hat: reden, ohne etwas zu sagen. »Außerordentlich erfreut« sei er über den Regierungsauftrag, nun wolle er zügige und gründliche Koalitionsverhandlungen. Nachfragen nach möglichen Ressorts, die die FDP für sich in Anspruch nehmen wolle, beantwortet er nicht. Eine Journalistin bittet ihn, ob er den Satz noch einmal wiederholen könnte, den er immer wieder im Wahlkampf gesagt habe und den fast alle im Raum mitsingen können: »Ich unterschreibe nur einen Koalitionsvertrag, in dem ein einfacheres, gerechteres und niedrigeres Steuersystem festgeschrieben ist.« Westerwelle antwortet: »Selbstverständlich kann ich das, aber ich tue es jetzt nicht. Ich stehe zu dem, was ich gesagt habe, aber mit Sicherheit mache ich nicht den Fehler, in einer Pressekonferenz Koalitionsverhandlungen zu führen.« Es klingt schnippisch, und der Druck wird offenbar, den er sich selbst auferlegt hat: die Kontrolle zu behalten, über die anstehenden Koalitionsgespräche, über die Fraktion und über sich selbst. Manchmal sitzt er eben noch nicht, der Dreiteiler, der aus Westerwelle den Staatsmann macht.

▷ www.zeit.de/audio


Foto: Frank Zauritz/laif (Berlin, im Mai 2001)

ER LENKT, SIE DENKT Merkel und Westerwelle 2001 bei einer Spritztour

Wohin mit der Macht?

1982 versuchte Schwarz-Gelb die »geistig-moralische Wende«. Nichts liegt Union und FDP heute ferner – Angela Merkel und Guido Westerwelle haben beide von Helmut Kohl gelernt **VON MATTHIAS GEIS**

Es ist eine ziemlich stolze Reihe – 1949, 1969, 1989. Guido Westerwelle hat die historischen Daten kurz vor der Wahl aufgerufen, um dem bevorstehenden Machtwechsel Aura zu verleihen. Eine passable Genealogie: die Gründung der Bundesrepublik, die erste Regierung Brandt, der Fall der Mauer. Und nun Schwarz-Gelb 2009! Es fällt noch ein wenig schwer, in dem politischen Beginn dieser Tage, etwas von der Bedeutung und Dramatik der drei anderen Ereignisse zu spüren.

Selten war ein Machtwechsel ungreifbarer als dieser. Dabei kam der Wahlsieg am Ende nicht mehr überraschend, die Sieger waren vorbereitet. Und doch scheint jetzt, bei aller Betriebsamkeit des Übergangs, die Zeit still zu stehen. Angela Merkel verkündet, »wir haben etwas Tolles geschafft«, die SPD taumelt, Westerwelle besucht die Kanzlerin im Amt, Müntefering tritt zurück – nur die wichtigste Frage bleibt unbeantwortet: was der Wechsel für das Land bedeutet. Oder, eine Nummer bescheidener: was die künftigen Partner mit ihrem Mandat zum Regieren nun anfangen werden.

Schwarz-Gelb hat die Mehrheit, aber Schwarz-Gelb gibt es noch gar nicht. Berlin im Wartestand. Und so schwappt das Undefinierte dieses seltsamen Wahljahrs noch ein bisschen über den Wahltag hinaus. Als wären die beiden künftigen Partner noch immer ein wenig benommen von den Schreckensszenarien, die ihre Gegner im Wahlkampf von Schwarz-Gelb gemalt haben.

In dieses Vakuum an Künftigem ist immerhin die Kanzlerin am Tag nach der Wahl schon einmal vorgestoßen, um die Gültigkeit des Bisherigen zu bekräftigen. Die Arbeit der Großen Koalition beispielsweise. Was die beschlossen hat, soll bleiben, die Mindestlöhne etwa, von denen die Liberalen eher nicht begeistert sind. Gerade weil Merkel in spärlichen Andeutungen spricht, wirken die wenigen Fingerzeige, die sie in diesen Tagen gibt, unscheinbar und bedeutsam zugleich.

»Ich bin keine andere geworden durch das, was heute passiert ist«, hat sie am Wahlabend bekundet.Das klingt nach Kontinuität im Wechsel, nicht nach einer Zäsur. Die Regierung Merkel I soll ohne harte politische Brüche in die Regierung Merkel II übergehen. Die Kanzlerin wird künftig mit den Liberalen regieren. Aber vom Kanzleramt aus betrachtet, ist Schwarz-Gelb kein neues Projekt, wohl auch kein historischer Aufbruch. Merkels nüchterne Perspektive trifft sich an diesem Punkt mit der Stimmung im Land.

Härter könnte der Kontrast gar nicht ausfallen: 1982, als in der Bonner Republik schon einmal ein schwarz-gelber Neubeginn anstand, glaubte Helmut Kohl das als »geistig-moralische Wende« ankündigen zu müssen. Viel Pathos und Missverständnis begleiteten die Wende. Die FDP hatte sich aus der sozialliberalen Koalition an die Seite der Union gerettet. Doch jenseits aller ideologischen Überhöhung war damals schon recht klar, wofür das neue Bündnis eintrat. Die Forderungen der Liberalen nach Steuererleichterungen und Sanierung der Staatsfinanzen passten problemlos zu den Vorstellungen, mit denen die Union die sozialliberale Koalition unentwegt attackiert hatte. Der fliegende Wechsel der FDP war nicht nur ein Akt des Machterhaltes, er hatte auch seinen politischen Grund. Dass Schwarz-Gelb einen wirtschaftspolitischen Richtungswechsel einleiten würde, war klar, noch bevor die neue Koalition stand. Es waren dann der Boom der Weltwirtschaft und die enormen Wachstumsraten, die Schwarz-Gelb in den achtziger Jahren zu einem eher milden Reformbündnis werden ließen. Und die neunziger Jahre, mit der Wiedervereinigung zu Beginn, verkehrten die schwarz-gelben Anfangsideen in ihr Gegenteil. Der Sozialstaat wurde ausgebaut, die Schulden stiegen auf Rekordniveau, ebenso Steuern und Abgaben, der gesellschaftspolitische Reformprozess brach ab: So endete 1998 die schwarz-gelbe Ära.

In ihrem Zentrum steht imposant die Deutsche Einheit und die Einführung des Euro. Drumherum war sie weniger beeindruckend, aber eben auch weniger rigide, als viele anfangs befürchtet hatten. Das machterhaltende Streben der Volkspartei Union nach Ausgleich und sozialer Stabilität war bestimmender als alle Liberalisierungswünsche. Etwas davon meint man auch jetzt in Merkels beschwörenden Worten vom Wahlabend zu hören: »Wir wollen die große Volkspartei der Mitte sein.« Und sie selbst »Bundeskanzlerin aller Deutschen«.

Die FDP hat mit dem spektakulären Seitenwechsel 1982 nicht nur ihre Regierungszeit um 16 Jahre verlängert, sie beendete auch die sozialliberale Ära, kehrte zurück in die »bürgerliche« Koalition. Es ist die Gründungskoalition der Bundesrepublik, die beiden Partnern bis heute wie die »natürliche« Konstellation vorkommt, das Land zu regieren. Für die Aussicht auf eine Neuauflage hat die FDP im Wahljahr allem Werben der Sozialdemokraten widerstanden. Und Angela Merkel verwandelt selbst ihr miserables Wahlergebnis in einen Triumph – allein weil der Partnerwechsel nun doch möglich geworden ist.

Der Jubel und die Erleichterung bei der Union müssten den Liberalen Genugtuung verschaffen. Wie oft haben sie in den zurückliegenden Monaten am Wechselwillen der Kanzlerin gezweifelt. Dabei hat Angela Merkel nie aus dem Auge verloren, was es für ihre Machtposition bedeutet hätte, wenn Schwarz-Gelb auch diesmal wieder an der Schwäche der Union gescheitert wäre. Die eigene Partei hätte rebelliert. Schon aus purem Überlebenswillen wollte Merkel den Partnertausch. Nur dass sie damit zugleich einen Richtungswechsel anstrebt, dafür gibt es bislang keinen Hinweis. »Mehr Union in der neuen Regierung« verspricht die Kanzlerin ihrer Partei. Der Raum, den sie den Liberalen in der neuen Koalition einräumen möchte, bleibt bis auf Weiteres unbestimmt.

Ohnehin hat die FDP nicht nur schöne Erinnerungen an ihre politische Wunschpartnerschaft. Guido Westerwelle etwa startete als junger FDP-Generalsekretär Mitte der neunziger Jahre den Versuch, eine Partei zu regenerieren, die sich im Schatten des Einheitskanzlers regelrecht aufgegeben hatte. »FDP wählen, damit Kohl Kanzler bleibt« – dieser Wahlslogan von 1994 ist in der FDP bis heute ein Symbol der Selbsterniedrigung. Damit hat Westerwelle – erst als Generalsekretär, später als Parteichef – gebrochen, »nicht ohne seine Partei zwischenzeitlich auf neue Irrwege zu führen. Dass Opportunismus und politische Harmlosigkeit so existenzgefährdend sein können wie die verzweifelt schrille Profilierung, beides hat die FDP in ihrer jüngeren Geschichte erfahren. Man ist ziemlich neugierig darauf, zu sehen, was sich verändert hat, jetzt, da die Partei wieder Verantwortung übernimmt.

Dass nun das Neue so zaghaft beginnt, dass keiner der Beteiligten mit seinen Vorstellungen herauskommt, hat nicht nur interne Gründe. Auch von außen ist die kommende Koalition keine Projektionsfläche für politische Fantasie – wenn man einmal von den Wirtschaftsverbänden absieht. Die Beobachtung hat etwas Plausibles, dass Schwarz-Gelb 2009, ähnlich wie Rot-Grün 1998, ein verspätetes Bündnis sein könnte. 2005 hatte man eine Vorstellung, welche Reformen eine Regierung Merkel/Westerwelle im Bereich Arbeitsmarkt, Sozialstaat, Finanzen mit sich gebracht hätte. Heute kennt man kaum mehr als die Steuersenkungspläne der Liberalen, die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke oder die Erbschaftsteuerpläne. 2005 war Schwarz-Gelb ein Projekt ohne Mehrheit, 2009 ist es eine Mehrheit, noch ganz ohne Projekt.

Merkels politische Sozialisation hat bekanntlich am Kabinettstisch Helmut Kohls stattgefunden. Es waren die Jahre des liberalen Niederganges. Sie hat damals nicht nur studiert, wie Kohl mit Problemen umging, wie er aus Abwarten eine Stärke machte, wie er intuitiv handelte, statt aus festen Überzeugungen heraus und wie bestimmend für Kohl sein Sensorium für die Mitte und für sozialen Ausgleich gewesen ist. Einiges davon hat Merkel in ihre eigene Kanzlerschaft übernommen. Es war mindestens so sehr Kohlsches Erbe, es waren nicht nur die Zwänge der Großen Koalition, die Merkels erste Kanzlerinnenjahre geprägt haben. Das Moderieren als Führungsstil und das Moderate selbst, ihre Abneigung gegen Übertreibungen aller Art, gehen ineinander über. Dass die FDP ihren Triumph nun so nüchtern begeht, dürfte Merkel gefallen.

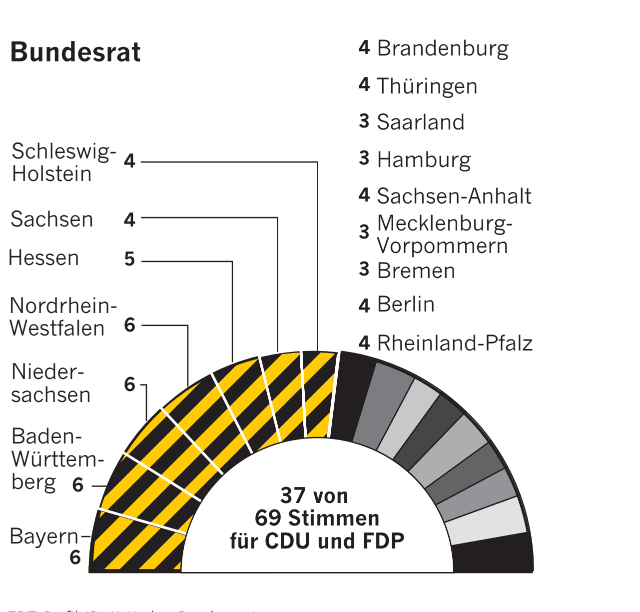
Die Liberalen wissen, welchem Umstand sie ihr historisches Wahlergebnis mit zu verdanken haben: ihrem künftigen Partner, der als Teil einer Großen Koalition und in einer beispiellosen Krise so handeln musste, dass viele Unionswähler zu den Liberalen flüchteten. Die FDP hat den Frust der Unions-Klientel im Krisenjahr ordentlich angeheizt. Jetzt wird sie selbst Mitverantwortung tragen für die Krise und ihre Bewältigung. Elf Jahre oppositioneller Zwanglosigkeit gehen zu Ende. Und während die Kanzlerin dem künftigen Partner ihre dezenten Fingerzeige gibt, üben sich die Liberalen in Zurückhaltung.

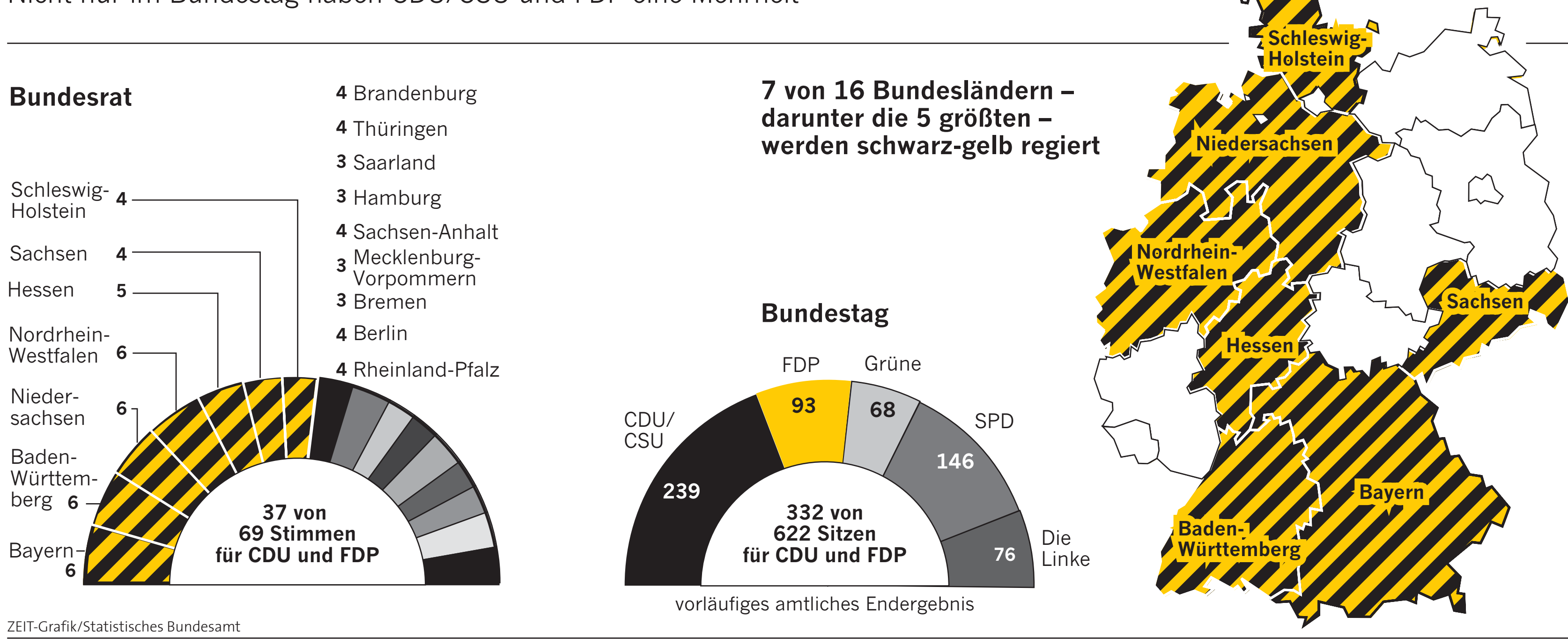
Noch kann man in Berlin die letzten SPD-Plakate hängen sehen, die vor dem »schwarz-gelben Kahlschlag« warnen. Schon im Wahlkampf wirkten sie gezwungen, nun, wo Schwarz-Gelb sich so tastend, unaufgeregt auf den Weg macht, glaubt man ihnen noch weniger als zuvor. Eher bekommt man erste gegenläufige Bedenken: Die Kanzlerin setzt auf Kontinuität, die Liberalen schweigen, die Republik wartet. Wird am Ende vielleicht gar nichts passieren?

Rechtzeitig zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls soll der Regierungswechsel vollzogen sein. »Dann würde ich ganz gerne die vielen europäischen Staats- und Regierungschefs und andere Gäste, die kommen, mit einer neuen Regierung begrüßen«, sagt die Kanzlerin. Das kommt einem dann doch sehr bekannt vor: Die Partner kommen und gehen. Die roten Teppiche bleiben.

Ist alles so schwarz-gelb hier

Nicht nur im Bundestag haben CDU/CSU und FDP eine Mehrheit





ZEIT-Grafik/Statistisches Bundesamt

Die Stille nach dem Schock

Anmerkungen eines entsetzten Wählers **VON ULRICH GREINER**

Das Gute an dem Sieg von Schwarz-Gelb könnte sein, dass er Widerstandskräfte weckt und die geistige Szene repolitisiert. In nicht wenigen ehemals treuen SPD-Wählern, die nunmehr treulos wurden oder sich der Wahl ganz enthielten, regt sich jetzt Reue: Strafe musste zwar sein, aber dass sie so vernichtend ausfalle, war dann doch nicht gewollt. Dass die Partei, die einen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte mitgeschrieben hat, in manchen Wahlkreisen dort gelandet ist, wo am Ende der Tabelle Splittergruppen ihr kümmerliches Dasein fristen, ist noch gar nicht ganz begriffen. Statt der Häme, die bei Niederlagen nicht ausbleibt, zeigt sich nun ein sprachloses Erschrecken – natürlich nicht bei allen, aber doch bei jenen, die ein Bewusstsein davon haben, dass Politik nicht gelingen kann, wenn sie im Dschungel der Partialinteressen sich verheddert, ohne eine Vision des Gesamtwohls zu haben.

Dass es ein Gesamtwohl gebe, war der Lebensgrund der Volksparteien. Beider Verluste sind dramatisch. Bei der CDU betrug die Zahl der Zweitstimmen 1990 noch 17 Millionen, bei der SPD 15,5. Jetzt ist die CDU bei 11,8 Millionen angelangt, die SPD bei 9,9. An das Versprechen, das beide einst gaben, nämlich für eine die verschiedensten Schichten und Milieus überwölbende Idee zu stehen, glaubt nur noch eine Minderheit. Je mehr die großen Parteien davon reden, »für unser Land« zu wirken, je stärker Angela Merkel darauf beharrt, »Kanzlerin aller Deutschen« zu sein, desto klarer wird, dass dieses Land in Interessengruppen zerfallen ist. Offenbar gibt es kein übergeordnetes Postulat mehr, das Zahnärzte, Kassiererinnen und Studenten, Immobilienbesitzer, Banker und Arbeitslose miteinander in Verbindung bringen könnte.

Dabei liegt auf der Hand, dass Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit nicht funktioniert. Aus diesem Gedanken hat die SPD von Anbeginn ihre Kraft gewonnen, und man muss es tragisch nennen, dass sie in dem berechtigten Wunsch, den Sozialstaat bezahlbar zu halten, und in dem irrigen Glauben, den Beifall der Bosse zu finden, eine Politik gemacht hat, die ihre Anhänger als Verrat empfinden mussten. Verrat! Keine Partei wird von diesem Vorwurf so unerbittlich heimgesucht wie die SPD. Man könnte sich daran erinnern, dass sie uns nicht nur ab und zu verraten hat, sondern dass wir nicht wenige der sozialen Errungenschaften und Freiheitsrechte, die heute für selbstverständlichen Besitz gehalten werden, ihr verdanken.

Dankbarkeit ist keine politische Kategorie, wohl wahr. Aber Gedächtnislosigkeit ist ein politischer Fehler. Ihn begehen nicht wenige Intellektuelle und Künstler. Zwar war es eine Schnapsidee, den Theatermacher Claus Peymann darum zu bitten, das Fernsehduell zwischen Merkel und ihrem Herausforderer Steinmeier zu kommentieren. Aber was er dann sagte – Politiker wie Sarkozy oder Berlusconi seien halt doch interessanter –, ist Ausdruck einer keineswegs seltenen Frivolität, die ihre Tage endgültig hinter sich hat. Der Spaß ist vorbei, und wenn die Sprachlosigkeit erst einmal gewichen ist, wenn wir verstanden haben, was da wirklich passiert ist, wird es wieder einen ernsthaften Streit darüber geben, wohin dieses Land will. Und die SPD wird dabei eine Rolle spielen.

Was Frau Merkel vorhat

Soziales, Bildung, Recht und Energie – die Pläne und die Zwänge der Kanzlerin. Ein Überblick

VON MARC BROST, ELISABETH NIEJAHR, MARTIN SPIEWAK, FRITZ VORHOLZ UND HEINRICH WEFING



»Ich möchte«, spricht Angela Merkel, **»BUNDESKANZLERIN ALLER DEUTSCHEN** sein«

Foto: Marcus Brandt/dpa (Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus, Berlin 28.9.09)

? Wird die Mittelschicht entlastet?

Ihr wichtigstes Versprechen werden Union und FDP wohl einhalten können, ohne dass die Mittelschicht viel davon hat: Sie werden die sogenannte kalte Progression korrigieren – zu einem Zeitpunkt, da sie ohnehin kaum Schaden anrichtet. Gemeint ist jene Regelung im Steuerrecht, die dem Staat mehr Einnahmen verschafft, wenn die Löhne nominell steigen, real aber infolge der Inflation stagnieren oder sogar sinken. Drei bis vier Milliarden hat das dem Staat laut Bundesfinanzministerium in den vergangenen Jahren eingebracht. Die kommenden Jahre allerdings dürften steigende Arbeitslosigkeit und allenfalls geringe Lohnzuwächse bringen. Die Korrektur wird den Staat also zunächst wenig kosten und den Steuerzahlern wenig bringen.

Spürbarer dagegen werden für viele Bürger die höheren Sozialabgaben sein. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden steigen, das hat Angela Merkel bereits angekündigt. Anfang 2010 werden nach Prognosen des GKV-Spitzenverbandes viele Krankenkassen Zusatzbeiträge einführen müssen, um ihre Kosten zu decken. Beides trifft vor allem Geringverdiener, die von den angekündigten Steuerentlastungen kaum profitieren, weil sie kaum Steuern zahlen. Schon heute zahlt eine vierköpfige Familie mit einem Jahresgehalt eines Alleinverdieners von 39 600 Euro keine Einkommensteuer – die von der FDP angekündigte Steigerung auf 40 000 Euro ist bloß symbolischer Natur.

Unterm Strich gilt: Der untere Teil der Mittelschicht wird eher be-, der obere Teil eher entlastet.

? Wann sinken die Steuern?

Noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai kommenden Jahres. Allerdings: Bei Weitem nicht in dem Maße, wie es FDP und CSU im Wahlkampf gefordert haben. Selbst ohne Steuersenkungen wird die schwarz-gelbe Regierung bis 2013 voraussichtlich mehr als 500 Milliarden Euro neue Schulden machen müssen – für die Konjunkturpakete, für die Rettung der angeschlagenen Banken und weil infolge der Krise die Steuereinnahmen sinken. Für massive Steuersenkungen ist kein Geld mehr da. So werden die Koalitionsparteien zunächst vor allem Reformen mit Symbolwirkung beschließen, die den Staat nicht allzu viel kosten. Der Eingangssteuersatz könnte auf 10 Prozent sinken (wie die FDP das fordert), der Spitzensteuersatz aber dürfte bei 42 Prozent bleiben. Die kalte Progression würde durch Anpassung der Steuersätze an die Inflationsrate entschärft. Zudem hatte bereits die Große Koalition beschlossen, dass der steuerfreie Grundbetrag für Kinder zum Jahreswechsel von 6024 auf 8004 Euro steigen soll – dabei werden es Union und FDP wohl erst einmal belassen. Ob dann 2011 oder 2012 tatsächlich eine größere Steuerreform kommt, hängt vom weiteren Verlauf der Konjunktur ab.

Symbolträchtiger – und schneller zu haben – wäre es, die Gesetzgebungskompetenz der Erbschaftsteuer vom Bund auf die Länder zu übertragen. Schon heute fließen diese Einnahmen den Ländern zu. Sie könnten dann selbst entscheiden, die Steuer womöglich ganz zu kippen.

? Werden Sozialleistungen gekürzt und Arbeitnehmerrechte abgeschafft?

Aus zwei Gründen wird die neue Regierung versuchen, Sozialabbau so weit und so lange wie möglich zu vermeiden: erstens wegen der Landtagswahl im sozialdemokratischen Stammland Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr, zweitens wegen der immer noch schwachen Konjunktur. Solange die Wirtschaft unter den Folgen der Finanzkrise leidet, ist es gefährlich, beispielsweise den Kündigungsschutz zu lockern oder Mindestlöhne abzuschaffen – selbst wenn Unternehmer applaudieren. Es wäre wenig sinnvoll, einerseits die Binnenwirtschaft mit Konjunkturpaketen anzukurbeln (ein Teil der Gesetze tritt erst zur Jahreswende in Kraft) und andererseits die Einkommen der Geringverdiener zu verkleinern. Noch merkwürdiger wäre es, Milliarden für die Kurzarbeit auszugeben, damit Beschäftigte möglichst lange ihre Stellen in angeschlagenen Unternehmen behalten können, und gleichzeitig den Kündigungsschutz zu lockern.

Zudem fordert bislang nicht einmal die FDP eine flächendeckende Änderung des Kündigungsschutzes; sie würde sich mit Änderungen in Kleinbetrieben begnügen. Allerdings ist auf Wahlprogramme wenig Verlass, wenn es um unpopuläre Sozialreformen geht – auch die Rente ab 67 stand in keinem Programm, bevor sie nach der letzten Bundestagswahl eingeführt wurde.

Es gibt einen Grund, warum es dennoch zu Kürzungen von Sozialleistungen kommen kann – das ist die desolate Haushaltssituation. Und es gibt viele Kürzungsideen: die Abschaffung der Pendlerpauschale, eine Rücknahme der Rentengarantie, die Abschaffung der Nachtzuschläge für Schichtarbeiter, Streichungen bei der Hinterbliebenenrente. Zwar weist die Kanzlerin solche Vorschläge zurück: »Solange wir im Tal sind, ist die Frage nach Sparmaßnahmen nicht richtig gestellt«. Die FDP will allerdings möglichst viele Regierungsvorhaben schon im Koalitionsvertrag festschreiben, solange die Union ihre Stimmen für die Kanzlerwahl braucht. Und neue Regierungen beschließen Unpopuläres gern schnell – damit es bis zur nächsten Wahl möglichst vergessen ist. Dann müsste es diesmal sehr schnell gehen.

? Kommt jetzt die Zweiklassenmedizin?

»Nein«, erklärte Angela Merkel gleich am Tag nach ihrem Wahlerfolg im Fernsehinterview, Doppelstandards in der Gesundheitsfürsorge seien nicht beabsichtigt. Seitdem rätseln selbst CDU-Mitstreiter, was die Regierungschefin damit gemeint haben könnte. Dass Privatpatienten eine Vorzugsbehandlung genießen, ist unbestreitbar und auch kaum zu ändern. Sie werden vor allem deshalb besser behandelt als Kassenmitglieder, weil die Ärzte für ihre Behandlung den 2,3-fachen Satz abrechnen können, also deutlich mehr Geld bekommen. Theoretisch könnte die Regierung die Honorare angleichen. Aber politisch wäre das kaum durchsetzbar. Die Honorare für die Behandlung der 70 Millionen gesetzlich Versicherten auf den Satz der privaten Krankenversicherungen anzuheben ist nicht finanzierbar, eine Absenkung der Einnahmen durch Privatpatienten würde einen Entrüstungssturm der Ärzteschaft auslösen – kaum vorstellbar, dass eine schwarz-gelbe Koalition sich dem aussetzt. Nur langsam könnten die Honorare einheitlicher werden.

Es gibt andere Ideen. Die noch amtierende SPD-Ministerin Ulla Schmidt hatte eine »Termingarantie« angekündigt: Wer akute Probleme hat, sollte binnen fünf Tagen einen Termin erhalten. Doch wer will im Einzelfall nachweisen, dass ein Kassenpatient zu lange im Sprechzimmer warten musste?

So dürfte die Zweiteilung des Gesundheitssystems nicht gelockert werden – und womöglich verschärft sie sich sogar. Denn die Position der privaten Krankenversicherungen könnte sich unter einer schwarz-gelben Regierung verbessern. Die alte Regierung hatte den Wechsel von der gesetzlichen zur privaten Krankenkasse durch höhere Verdienstgrenzen und eine dreijährige Wartezeit erschwert. Gesundheitspolitiker von Union und FDP wollten diese Gesetze kippen – vor dem Fernsehinterview der Kanzlerin.

? Geht Freiheit nun vor Sicherheit?

Die Innen- und Rechtspolitik wird zu einem der bevorzugten Konfliktfelder der künftigen Koalitionäre werden, weit stärker als in der Großen Koalition. Seit Guido Westerwelle wieder die Sicherung der »Bürgerrechte« für die FDP reklamiert, auch um dem Vorwurf zu begegnen, er stehe einer bloßen Steuersenkungsinitiative vor, seit er sogar demonstrativ altliberale Rechtspolitiker wie Gerhard Baum und Burkhard Hirsch heimgeholt hat, zeichnet sich ab, dass Schwarze und Gelbe in der Rechtspolitik nur mühsam zusammenfinden. Von »deutlichen Unterschieden« spricht Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die schon einmal, unter Helmut Kohl, Bundesjustizministerin war, dann im Streit um den Großen Lauschangriff zurücktrat und nun wieder für ihr altes Amt im Gespräch ist.

Deutschland, klagte die FDP in der Opposition, erlebe »seit Jahren eine beispiellose Erosion der Grundrechte«. Die Liberalen haben sich gegen die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung, gegen die Strafbarkeit des Besuchs von Terrorcamps und gegen das BKA-Gesetz gewandt, das Hirsch und Baum – gemeinsam mit anderen – vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten haben.

Nun fordert die FDP kaum weniger als ein komplettes *Rollback* all der Sicherheitsgesetze, die wesentlich von der CDU durchgesetzt wurden: Die Online-Durchsuchung soll eingeschränkt werden, die Vorratsdatenspeicherung abgeschafft, womöglich sogar gegen die entsprechende EU-Richtlinie geklagt werden. Auch das Gesetz über Kinderpornosperren im Internet, derzeit wegen europarechtlicher Vorbehalte noch ausgesetzt, wollen die Liberalen kassieren, ehe es überhaupt in Kraft tritt. Zudem fordert die FDP die Verankerung des Datenschutzes im Grundgesetz sowie einen einheitlichen Schutz von Berufsgeheimnisträgern wie Abgeordneten, Ärzten, Anwälten und Journalisten gegen Überwachung und Ausspähung. Schließlich lehnt sie den Einsatz der Bundeswehr im Innern, den die CDU immer wieder betrieben hatte, vehement ab.

Natürlich werden diese Meinungsverschiedenheiten keine Seite zum Koalitionsbruch treiben. Aber sie bieten beiden Parteien Gelegenheit, sich zu profilieren: Die Union kann ihren Ruf als Garant von Law and Order pflegen. Und der FDP bietet sich Gelegenheit, wenigstens auf einem Politikfeld Anschlussfähigkeit an sozialdemokratische und grüne Positionen zu demonstrieren, vielleicht sogar bei der Piratenpartei zu wildern.

? Macht jetzt der Bund die Bildung ?

Im Wahlkampf spielte die Bildung keine Rolle, in der neuen Regierung soll das anders sein. Binnen vier Jahren wollen CDU und FDP die Ausgaben für Bildung und Forschung von jetzt achteinhalb Prozent auf insgesamt zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Bildung, erklärte Guido Westerwelle, sei die »neue soziale Frage«. Die Kanzlerin hatte das Zehn-Prozent-Ziel bereits im vergangenen Jahr auf dem Bildungsgipfel in Dresden verkündet. Die Zahl sei »in Stein gemeißelt«, hoffen nun optimistische Bildungspolitiker in der CDU.

Schon im Dezember will Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten zu einem kleinen Bildungsgipfel zusammenkommen, um zu beratschlagen, wie das Ziel trotz Schuldenabbau und Steuersenkungen zu erreichen sei. Woher sollen die rund 20 Milliarden Euro kommen, die das Versprechen Bund und Länder kostet? Und: Wie kommt das Geld aus der Hauptstadt in die Kitas, Schulen und Universitäten des Landes? Denn seit der Föderalismusreform ist es Bund und Ländern per Grundgesetz untersagt, bei der Bildung zusammenzuarbeiten. Nur bei Forschung und Weiterbildung verfügt Berlin offiziell noch über Kompetenzen.

Weder CDU noch FDP werden das Problem mit einer weiteren Grundgesetzänderung lösen wollen – zumal die Regelung letztlich auf Betreiben der CDU-Ministerpräsidenten beschlossen worden war. Aber in beiden Parteien gibt es die Bereitschaft zur kreativen Verfassungsinterpretation. Beim Konjunkturprogramm hat das schon funktioniert. Um mit den Bundesmilliarden Klassenzimmer renovieren und neue Hörsäle bauen zu dürfen, erklärte man die Finanzkrise kurzerhand zum nationalen Notstand – und hebelte damit das sogenannte Kooperationsverbot bei der Bildung aus.

? Kommt der Ausstieg aus dem Atomausstieg?

Über Details wird es noch Streit geben, der Ausstieg aus dem Atomausstieg aber ist beschlossene Sache. Union und FDP haben in ihren Wahlprogrammen unmissverständlich angekündigt, den vor knapp zehn Jahren von der früheren rot-grünen Regierung mit der Industrie vereinbarten »Atomkonsens« aufzukündigen. Die damals auf 32 Jahre begrenzte Laufzeit der Meiler wird verlängert und die ebenfalls von der Regierung Schröder abgebrochene Erkundung des Endlager-Standorts Gorleben wieder aufgenommen – gegen den Widerstand sämtlicher Oppositionsparteien und einer wiedererstarkenden Anti-AKW-Bewegung. Die hatte bereits kurz nach der Wahl in einem von mehr als 25 000 Gleichgesinnten unterschriebenen Brief an Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle appelliert, den halbwegs befriedeten Konflikt um die Atomkraft nicht wieder anzufachen.

Allerdings bedeuteten ein paar Jahre mehr für die alten Meiler keine wirklich neue Atompolitik, geschweige denn einen Marsch in den Atomstaat. Nicht von ungefähr war der Konsens des Jahres 2000 ja in der atomkritischen Szene umstritten: Weil offen blieb, warum die Atomkraftwerke genau 32 Jahre lang am Netz bleiben dürfen sollten – und nicht zum Beispiel 28 oder 37 Jahre.

Ob Schwarz-Gelb alle sieben Anlagen retten wird, die nach geltendem Recht in dieser Legislaturperiode abgeschaltet werden müssten, ist zweifelhaft. Angekündigt sind Sicherheitsauflagen und der Versuch, einen erklecklichen Teil der bei den Konzernen entstehenden Zusatzgewinne abzuschöpfen und für den Ausbau erneuerbarer Energieträger einzusetzen. Das vorhersehbare Geschacher darüber wird einen Schatten auf das schwarz-gelbe Projekt werfen, für einen »ausgewogenen Energiemix« zu sorgen. Der Reformeifer dürfte auch durch den Umstand gebremst werden, dass längere AKW-Laufzeiten andere Bauvorhaben überflüssig machen könnten – auch neue Kohlekraftwerke, auf die Union und FDP setzen.

Laut Umfragen ist der Weiterbetrieb der Atommeiler nach wie vor nicht populär. Die schwarz-gelbe Koalition wird deshalb darauf achten, dass ihr die Wähler nicht schon bald die Quittung für einen allzu atomfreundlichen Kurs präsentieren. Dafür wird auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sorgen. Zwar steht an Rhein und Ruhr kein einziges Atomkraftwerk; kommt Schwarz-Gelb im Bund den Atomkonzernen zu weit entgegen, könnte das die Fortsetzung von Schwarz-Gelb in Düsseldorf trotzdem gefährden. Daher dürften sich die Konsensgespräche mit den AKW-Betreibern lange hinziehen – wahrscheinlich bis Mitte nächsten Jahres, nach der NRW-Wahl.

Nach der Wahl: Was plant Schwarz-Gelb? Wohin geht es mit der Linken? Nachrichten, Berichte, Analysen auf ZEIT ONLINE: **www.zeit.de/wahlen**

Bloß keine Quote! Was ein gelungenes Kabinett ausmacht

Irgendwann gibt es auch noch eine Regierungserklärung. Aber wofür das Merkel/Westerwelle-Kabinett wirklich steht, das zeigt sich viel anschaulicher, wenn es beim Bundespräsidenten antritt: Das Gruppenfoto vor Schloss Bellevue ist die wahre Regierungserklärung. Doch wie bekommt eine Regierung ein Gesicht?

1. Erst die Botschaft, dann der Proporz, das ist schon mal eine gute Grundregel. Kein Kanzler kommt bei der Kabinettsbildung um Proporzfragen herum, erst recht nicht bei einer Koalition mit drei Parteivorsitzenden (CDU, CSU, FDP). Doch Schwarz-Gelb braucht besonders dringend eine Botschaft, denn die Opposition hat schon ein Label gefunden: die Retro-Koalition. Wenn die neue Formation ihren Anspruch auf Erneuerung behaupten will, muss sie wohl einige Altkader von der Kandidatenliste streichen. Vor allem die FDP weist mit Rainer Brüderle, Hermann Otto Solms und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger einen argen Überhang an Veteranen der Ära Kohl auf. Trotzdem gilt:

2. Zu viel Farbe ist auch riskant. Einst waren Kabinette die Domäne weißer alte Männer; Frauen und andere Exoten fanden erst spät und nur widerstrebend Berücksichtigung. Jetzt aber regiert Schwarz-Gelb nach Rot-Grün – und ohne dass dafür Quotenanstrengungen nötig wären, sind mehrere Frauen, ein Schwuler und ein Rollstuhlfahrer Anwärter auf höchste Ämter. Berücksichtigt man dann noch die leidlich jungen Unionisten wie Röttgen, Pofalla und Guttenberg, dann brauchen bald die harten alten Knochen Artenschutz. Also:

3. Bloß keine Quote! Besser anders Akzente setzen ist eine gute Maxime. Was sind heutzutage Signalressorts? Die Minister für Umwelt, für Verbraucherschutz, für Frauen und Familie demonstrieren mindestens so sehr wie Innen, Außen und Verteidigung, ob diese Regierung dem Land etwas zu sagen hat. Und ein neues Ministerium für Integration, etwa unter dem FDP-Mann Philipp Rösler, wäre eine starke Botschaft. Schließlich:

4. Keine Macht den Lobbys. Wie viele Ministerien werden an Interessengruppen verschenkt, die glauben, darauf Anspruch zu haben! Behält die Bauernlobby das Landwirtschaftsministerium? Oder kümmert sich das Haus künftig um Verbraucherschutz für alle? Wird der neue Wirtschaftsminister Umweltfragen mitdenken – oder Klientelpolitik machen?

PATRIK SCHWARZ



Foto [M]: Volker Hartmann/ddp (Willy-Brandt-Haus, Berlin, nach Bekanntgabe der Hochrechnung)

Ein SPD-Anhänger am Wahlabend **UNTER SCHOCK**

Wo bleibt die Wut?

Das hat die SPD nicht verdient! Jetzt ist es Zeit für eine Abrechnung – mit den Gegnern und den falschen Freunden der Partei

VON SUSANNE GASCHKE

Jeder, der einmal einen nahestehenden Menschen verloren hat oder dem sich ein Lebenstraum zerschlug, weiß, dass es keinen Sinn hat, Trauer zu verdrängen. Man kann sich eine Zeit lang mit leerlaufender Geschäftigkeit über Wasser halten, aber wenn man sich auf Dauer weigert, die Trauer zu durchleiden, zerfrisst sie einen von innen.

Deshalb sollten alle Mitglieder und Funktionäre und Freunde und Sympathisanten der SPD jetzt nicht sofort in die leerlaufende Geschäftigkeit einer Personal- und einer ganz oberflächlichen Kurskorrektur-Debatte verfallen. Sie sollten einen Augenblick stillhalten. Luft holen. Sie sollten sich eingestehen, dass mit der ältesten, wohlwollendsten, tapfersten Partei Deutschlands etwas Schreckliches passiert ist. Sie dürfen wütend sein, denn Wut gehört zur Trauer dazu: Wütend auf die Wähler. Wütend auf die Medien. Und wütend auf das, was jeder Einzelne von ihnen selbst mit der SPD hat geschehen lassen.

Wähler- und Medienschelte gelten im politischen Betrieb zwar als ganz und gar ungehörig. Kritik und Selbstkritik werden von außen schnell als »Zerrissenheit« interpretiert, und das deutsche Publikum mag ja bekanntlich lieber das Gegenteil, Geschlossenheit. Aber für ihren Heilungsprozess braucht die SPD ihre Wut, sie braucht Kritik und Selbstkritik. Und sie wird leider feststellen, dass sich nach ihrer Totalmarginalisierung als Oppositionspartei mit nur mehr achteinhalb Prozent Vorsprung vor der FDP gar nicht so viele Leute für ihre inneren Kämpfe interessieren werden wie während ihrer elfjährigen Regierungszeit. In dieser unfreiwilligen Freiheit liegt aber auch ihre Überlebenschance. Funktionäre, die jetzt noch »Geschlossenheit« trompeten und vor »Chaos« warnen, als ob schlimmeres Chaos möglich wäre, wollen vor allem eins: Ihre prekären Posten absichern. Sozialdemokraten: Hört nicht auf sie!

Sondern leistet euch erstens: Wut auf Wähler. Dass viele Menschen eine Große Koalition als demokratisch unbefriedigenden Zustand empfinden, ist nachvollziehbar. Dass sie sich des Problems allein auf Kosten der SPD entledigten, ist ungerecht. Gerade beim Kampf gegen die völlig unkalkulierbaren Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise kamen die entscheidenden Impulse – Bankenrettung, Konjunkturpakete, Kurzarbeitergeld für Hunderttausende von Menschen, die deshalb jetzt nicht arbeitslos sind – vom sozialdemokratischen Regierungspartner. Und es wird sehr interessant sein zu beobachten, wie die Steuersenkungspartei FDP das Regierungshandeln beeinflusst, wenn als Spätfolge der Krise im kommenden Herbst eine Welle von Arbeitslosigkeit über das Land geht. Wird sie dann sozialere Politik machen als die SPD? Der Hauptvorwurf an die Sozialdemokraten lautet ja, sie hätten mit Hartz IV und der Rente ab 67 Jahren soziale Kälte im Land verbreitet – obwohl Hunderttausende von ehemaligen Sozialhilfeempfängern sich heute finanziell besserstehen als vor der dämonisierten Reform. Und obwohl das Problem einer alternden Gesellschaft, die die Renten für ihre Ruheständler irgendwie aufbringen muss, eine Tatsache ist und keine Quälfantasie der SPD.

Die Grünen plakatierten streckenweise ausdrücklich: Schwarz-Gelb verhindern! Die Linkspartei wollte das auch. Doch dazu hätten ihre und die Wähler der Grünen ihre Erststimmen SPD-Direktkandidaten geben müssen. Stattdessen wählten sie massenhaft mit beiden Stimmen Grün oder Dunkelrot – und halfen damit Schwarz-Gelb noch komfortabler ins Amt. Also SPD: Kein Mitleid für diese Wähler, wenn die neue Regierung das Rentenalter auch nicht senkt, Hartz IV auch nicht abschafft oder gar unter dem Druck einer krisengeschüttelten Wirtschaft Sozialleistungen streicht und auf Mitbestimmung und Kündigungsschutz losgeht!

Gönnt euch zweitens: Wut auf die Medien. In den vergangenen Jahren war es in großen Teilen der Hauptstadtpresse geradezu ein Sport, SPD-Vorsitzende zur Strecke zu bringen. Besonders über Kurt Beck wurde kübelweise Verachtung ausgeleert – jeder Volontär meinte, eine Pointe auf Becks Kosten sei schon eine gute Pointe, bilanzierte die *Süddeutsche Zeitung* damals die Hetzjagd.

Die Kommentierung negativer Umfrageergebnisse nahm mitunter einen derart breiten Raum in der Berichterstattung ein, dass die SPD, wie Erhard Eppler es in einem Beitrag ebenfalls für die *Süddeutsche Zeitung* formulierte, so sehr damit beschäftigt war zu erklären, wie sie aus dem jeweiligen Umfragetief herauskommen wollte, dass für politische Inhalte überhaupt kein Aufmerksamkeitsrest blieb.

Und wie sehr hatten viele Kommentatoren die SPD moralisch verdammt, als Gesine Schwan bei der Bundespräsidentenwahl im vergangenen Mai auf die Stimmen der Linkspartei setzte! Jetzt empfehlen teilweise dieselben Leute den Sozialdemokraten eine Öffnung zu dieser Linkspartei als Krisenmedizin. Eigentlich, sagen sie, hätten sie immer nur den Wortbruch Andrea Ypsilantis in Hessen kritisiert. Doch die SPD-seitige Ausschließerei von Koalitionen, über die sich Ypsilanti in der Tat wortbrecherisch hinwegsetzte, war ja überhaupt nur in Gang gekommen, weil die Medien eine Tabumauer errichtet hatten. SPD: Wenn es sowieso nichts nützt, zu tun, was die Presse lautstark fordert, kann man auch einfach tun, was man will.

Lasst drittens zu: Wut auf euch selbst. Die könnte ihr Sinnbild finden in jener Szene vom Wahlabend, als ein Parteivorsitzender und ein Kanzlerkandidat, die ein Jahrhundertscheitern zu verkünden hatten, sich im Willy-Brandt-Haus wild beklatschen ließen. Nicht von einer echten Basis, von altgedienten Ortsvereinsmitgliedern oder Jusos, sondern von Hauptamtlichen, von Apparatsmitarbeitern, von bezahlten Claqueuren. Die Partei hat solche gespenstischen Inszenierungen viel zu lange geduldet, ja mitgemacht. Seit der ersten »Kampa«, die Gerhard Schröder einrichten ließ, sind Parteitage systematisch von halbwegs offenen und notwendig unordentlichen Diskussionsforen zu strikt durchgeplanten Showveranstaltungen geworden, auf denen weniger die Qualität der Anträge und Beschlüsse zählt als die Dauer des Schlussapplauses. Der Partei ist Stück für Stück der urdemokratische Glaube abhandengekommen, sie könne das, was gesellschaftlich dringlich ist, an der Basis erspüren, diskutieren und vom bescheidensten Ortsverein bis zum Bundesparteitag hochreichen. Dieser Glaube, diese Möglichkeit waren es aber, die die Partei lebendig hielten – wer mitmachte, wollte Politik formen, nicht abnicken. Doch die (männlichen) Parteigrößen der vergangenen zehn Jahre (Schröder, Struck, Müntefering, Steinmeier) begriffen sich selbst immer mehr als CEOs, als Vorstandsvorsitzende, die Politik im Top-down-Verfahren exekutieren wollten. Die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 hätten nicht zu einem derartigen Mühlstein am Halse der SPD werden müssen, wenn sie breit in der Partei diskutiert worden wären (und mancher später nachgebesserte Konstruktionsfehler hätte sich durch die Wachsamkeit kundiger Genossen gleich vermeiden lassen). Die Rente ab 67 Jahren wäre kein derartiges Menetekel für die Partei geworden, wenn sie sich erlaubt hätte, über den demografischen Wandel so gründlich zu reden wie in den achtziger Jahren zum Beispiel über Gentechnik oder Atomausstieg.

Der abgeschotteten Parteiführung fehlten immer stärker die witternden Wahrnehmungen der Basis – sonst hätte sie zum Beispiel nicht verkennen können, welches Unglück der falsch umgesetzte Bologna-Prozess über die deutschen Hochschulen und ihre Studenten gebracht hat. Sie hätte sich auch nicht der Illusion hingeben können, die Frauenquote sei im Prinzip gesellschaftlicher Fortschritt genug (und Spitzenfrauen am besten kinderlos und möglichst unnervig für die Herrenriege) – doch so laufen ihr die jungen Wählerinnen scharenweise davon.

Von allen 18- bis 24-Jährigen, Frauen wie Männern, wählen gerade noch 18 Prozent SPD. Auch das könnte anders sein, wenn man nur gelegentlich die Jusos nach der Lebenswirklichkeit junger Leute gefragt hätte – fast sicher hätte sich auf diesem Weg jedenfalls die Fehleinschätzung vermeiden lassen, man könne der komplexen Diskussion über Rechte und Pflichten im Internet mit anbiederndem Getwitter des Generalsekretärs begegnen.

Parallel zur intellektuellen Austrocknung der SPD setzte sich gleichsam zwangsläufig ein neuer Funktionärstyp durch, der nicht mehr, und sei es voller Naivität, für eine Sache brannte, sondern vor allem gern das eine oder andere werden wollte. Das 1998 mit dem sympathischen Ziel der Flügelüberwindung gegründete Netzwerk der jungen Bundestagsabgeordneten erschien manchen bald als Sammlungsbewegung solcher Funktionsfunktionäre. Auch die traditionellen Flügel, der rechte Seeheimer Kreis und die Parlamentarische Linke, sind beliebiger geworden. In einer proporzfixierten Partei dienen Flügelzugehörigkeiten als zusätzliches Personalauswahlkriterium. Es geht kaum noch darum, wer eine Sache gut kann – Vorsitzender eines Bundestagsausschusses, Mitglied im Parteivorstand wird, sauber abgezählt, die linke Frau aus Nordrhein-Westfalen, der rechte Mann aus Niedersachsen. Auch das macht nicht lebendig.

Am Ende ihrer Wut, nach ihrer Trauerphase müssen sich die SPD-Mitglieder darum ihre Partei zurückerobern. Sie müssen sich das Recht nehmen zu diskutieren – über politische Fragen, repräsentiert durch Personen. Sie müssen klären, unter welchen Bedingungen *sie* – und nicht die Medien – sich eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei vorstellen können. Sie müssen herausfinden, ob sie Politik vor allem für Benachteiligte machen und dafür auf Stimmen der solidarischen Mitte hoffen wollen – oder ob sie dieser Mitte selbst noch etwas anzubieten haben. Etwas, das über rein materielle Absicherungen, über kostenfreie Kitaplätze und energetische Gebäudesanierung hinausgeht. Etwas wie Bildung, die nicht nur auf dem Papier steht; wie intelligente Arbeitszeitgestaltung und Wirtschaftsdemokratie; wie eine Rückgewinnung jener Intellektuellen, Künstler und Wissenschaftler, die zu einer modernen sozialdemokratischen Politik viel beizutragen hätten. Um herauszufinden, was richtig sein könnte, müssen die Sozialdemokraten aufeinander hören – auf das, was über die Wurzeln ihrer großen alten Partei an die Oberfläche dringt. Diese Wurzeln sind noch lange nicht vertrocknet. Aber sie brauchen jetzt Wasser. Und Pflege.

Endlich antiautoritär

Elf Jahre haben die Sozialdemokraten unter der Knute ihrer eigenen Führung gelitten. Nun macht sich die Partei frei – und sortiert ihr Personal **VON PETER DAUSEND**

Am Abend der größten Wahlniederlage in der Geschichte der SPD klappt es ein letztes Mal. Noch einmal wird so entschieden, wie es viele Genossen elf Regierungsjahre lang erlebt und auch erlitten haben: autoritär von oben.

Frank-Walter Steinmeier, der gescheiterte Kanzlerkandidat, steht im Atrium der Berliner SPD-Zentrale, die segnende Hand der Willy-Brandt-Skulptur über den Köpfen der Wahlpartygäste, und kündigt an, Fraktionsvorsitzender werden zu wollen. Die Parteifreunde im Willy-Brandt-Haus jubeln – und so manchem Landes- und Bezirksvorsitzenden in der Provinz steigt die Zornesröte ins Gesicht. Von »Jubelpersern« spricht einer von ihnen, vom »Putsch von oben« ein anderer, von der »Machtergreifung« ein Dritter. So nicht! Am nächsten Tag, darauf haben sich mehrere aus diesem Kreis verständigt, werden sie bei einer Sitzung in Berlin ihrer Parteispitze schonungslos darlegen, worin sie die erste Konsequenz aus dem Wahlergebnis sehen: Mit euren einsamen Entscheidungen ist nun Schluss!

23,1 Prozent. Wer mit der ältesten, traditionsreichsten deutschen Partei auf ein Ergebnis abstürzt, das diese zuletzt zu wilhelminischer Zeit erreicht hat, 1893, in dem Jahr, als der Reißverschluss erfunden wurde und die ersten Bände von *Winnetou* erschienen, verliert nicht nur eine Bundestagswahl. Der verliert auch jeden Anspruch, weiter führen zu können. Vor allem autoritär.

Franz Müntefering hat das am Tag danach noch nicht so ganz verstanden. Nun steht er, der SPD-Chef, neben dem bronzenen 3,40 Meter hohen Willy Brandt in der SPD-Zentrale. Verklausuliert, aber in der Sache eindeutig, kündigt er für den SPD-Parteitag Mitte November seinen Rückzug vom Vorsitz an. Zugleich hält er aber am Anspruch des Zentristen fest, die Dinge bis dahin weiter von oben regeln zu wollen. Selbst jene, die ihn gar nicht mehr betreffen. Innerhalb von »längstens 14 Tagen«, so verkündet der 69-Jährige, werde sich die SPD-Spitze darauf einigen, mit wem es weitergehen soll. Und: »Wenn der Fraktionsvorsitzende auch der Parteivorsitzende werden sollte, dann ist das für mich akzeptabel.«

Für die meisten anderen Sozialdemokraten ist das aber nicht mehr akzeptabel, beides nicht. Nicht Steinmeier als der starke Mann der SPD. Und nicht die Art, einsame Entscheidungen an der Spitze der Partei zum Abnicken vorzulegen. Andere stehen nun bereit. Und andere treffen nun die Entscheidungen.

Elf Jahre lang hat die SPD die Knute ihrer eigenen Führung zu spüren bekommen. Kanzler Schröder und sein Kanzleramtsminister Steinmeier erfanden einst die Agenda 2010 und setzten sie mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Müntefering gegen jeden Widerstand durch. Schröder und Müntefering verabredeten unter vier Augen den Wechsel im Parteivorsitz, zwangen der Partei Neuwahlen auf. Im Alleingang drückte Müntefering die Rente mit 67 durch, gemeinsam mit Steinmeier organisierte er die Demission des Vorsitzenden Kurt Beck. Am Telefon setzte Steinmeier Müntefering wieder im Amt des SPD-Vorsitzenden ein. Nie sollte einer mitreden, alle durften stets nur zustimmen. Wir hier oben – und ihr da unten.

Mit den 23,1 Prozent löst sich die Autorität der Führung auf. »Einen radikalen Neuanfang« fordert Ex-Juso-Chef Björn Böhning drei Minuten nach Schließung der Wahllokale. Ein »Weiter so« werde es nicht geben, sagt Parteivize Andrea Nahles in die Mikrofone. Und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit spricht über die Rente mit 67 und erkennt plötzlich, dass Politik mehr sei als Mathematik. Doch mit welcher Autorität treten sie eigentlich auf? Böhning ist bei seinem Versuch, ein Direktmandat im Berliner Wahlkreis Kreuzberg-Friedrichshain zu gewinnen, grandios gescheitert. Gerade mal 16 Prozent erreicht er. Nahles landet in ihrem rheinland-pfälzischen Wahlkreis Ahrweiler-Mayen fast 19 Prozentpunkte hinter der CDU-Kandidatin, einer gewissen Mechthild Heil. Und Wowereits Berliner SPD rutscht auf Augenhöhe zur Linkspartei ab – und sieht von dort aus die Chaostruppe der Hauptstadt-CDU an sich vorbeiziehen. Die Galionsfiguren der SPD-Linken sind durch die Wahl selbst viel zu geschwächt, um jetzt als Ordnungsmacht agieren zu können.

In der SPD reißt nun ein herrschaftsfreier Raum auf. Der Unmut über die Regierungsjahre entlädt sich. Bis weit hinein in die Landesvorstände und die Bundestagsfraktion wollen Sozialdemokraten mit allem brechen, was sie für die Ursache des historischen Debakels halten: Hartz IV, Rente mit 67, Bundeswehr in Afghanistan. Und mit allen, die das zu verantworten haben. So fordert der Berliner Landesverband den Rücktritt der gesamten Führung um Müntefering und Steinmeier. So wünschen sich in Hessen manche Genossen nun Andrea Ypsilanti an die Spitze der Landespartei zurück. Tenor vielerorts: Wir wollen wieder echte Sozialdemokraten sein, wir wollen wieder SPD pur, wir wollen das Linksbündnis.

Viele Landes- und Bezirkschefs sehen das mit Sorge, auch die linken. Unstrittig unter ihnen ist, dass die SPD ihr Verhältnis zur Linkspartei entkrampfen muss, um rot-rote oder rot-rot-grüne Koalitionen auch auf Bundesebene zu ermöglichen. Unstrittig ist aber auch, dass man Glaubwürdigkeit nicht zurückgewinnt, indem man das eigene Regierungshandeln dementiert, sondern die Restglaubwürdigkeit auch noch verliert. »Wer die Tür zur Linkspartei öffnen will, muss das Tor zur Mitte sperrangelweit offen halten«, sagt einer von ihnen.

Die Provinzfürsten der SPD schalten sich nun ein, werden selbst Ordnungsmacht. In ihrer Sitzung mit der Spitze machen sie am Montagabend deutlich, dass sie nur eine Ämtertrennung in der Partei- und Fraktionsspitze mittragen. Sie akzeptieren Steinmeier als neuen Fraktionschef, doch an der Parteispitze votieren die meisten von ihnen für einen anderen.

Schon seit Freitag vor der Wahl führen die vier Sozialdemokraten, die für eine Müntefering-Nachfolge infrage kommen, Gespräche miteinander, zumeist in Zweierrunden: Nahles, Wowereit sowie Sigmar Gabriel und Olaf Scholz. Die Landeschefs lassen in diese Gespräche nun einfließen, wen sie sich wünschen: Jemand, so formuliert es einer von ihnen, der »die Partei emotional anfassen kann«. Der sie aufrütteln, sie »bei ihrer Ehre und ihrem Stolz packen kann«. Kein Technokrat – womit Scholz aus dem Rennen ist. Nahles weiß, dass sie kaum durchsetzbar wäre. Bleiben noch Wowereit und Gabriel. Wowereit ist ein Kulturlinker, kein Gremienmann. Gabriel hingegen hat sich im Wahlkampf den Respekt vieler Landesvorsitzenden erworben. Zum einen, weil er als Einziger aus der Parteiprominenz mit Angriffslust auf den Widersacher stürzte. Zum anderen, weil er auch in der Provinz unermüdlich im Einsatz war – und jeder Wahlkampfauftritt etwas auslöste, was man in der SPD schon lange nicht mehr erlebt hat: echte Begeisterung.

Gabriel Vorsitzender, Nahles Generalsekretärin, Scholz, Wowereit und die NRW-Spitzenfrau Hannelore Kraft die neuen Stellvertreter – so lautet die Favoritenkombination für die neue SPD-Spitze. Möglich wird sie auch dadurch, dass sich Peer Steinbrück und Hubertus Heil selbst aus dem Spiel nehmen. Der eine will nicht mehr als Parteivize kandidieren, der andere nicht als Generalsekretär. Wird Gabriel wirklich SPD-Chef, wird er gleich in doppelter Hinsicht zum Sonderfall. Zum einen wäre er der erste Parteichef überhaupt, der zwar über neue Fürsprecher, aber nicht über alte Bodentruppen verfügte. Und zum anderen wäre er der Erste seit Langem, den mehr als vier Augen ausgeguckt hätten.

Der letzte Schröderist

Die SPD hat viel mit Sigmar Gabriel erlebt – und sie mit ihm. Jetzt soll der Niedersachse Parteivorsitzender werden **VON MATTHIAS KRUPA**



DIE NEUE ZEIT. Die NRW-Landesvorsitzende Hannelore Kraft, Sigmar Gabriel und Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit

Foto [M]: Thomas Lohnes/ddp (Willy-Brandt-Haus, Berlin, 28.9.09)

Am Sonntagabend um kurz nach sieben hat Sigmar Gabriel schon Abschied genommen von seiner Karriere als Bundespolitiker. Mittags war er nach Berlin gefahren, am Nachmittag trafen sich im Willy-Brandt-Haus die Mitglieder aus Steinmeiers Kompetenzteam, das Schattenkabinett. Gemeinsam verfolgten sie das Debakel. Schnell stand fest: Wer bislang kein Minister war, würde es so bald nicht mehr werden. Und wer noch Minister ist, muss sich demnächst nach einem neuen Job umsehen. Zukunftspläne zerfielen innerhalb von Minuten.

Als die Hochrechnungen die SPD unter 23 Prozent notierten, rechnete auch Sigmar Gabriel mit dem Schlimmsten. Umweltminister konnte er ohnehin nicht bleiben, nun ging es darum, ob er überhaupt noch im nächsten Bundestag Platz finden würde. »Das war's. Bei 22,5 Prozent bin ich meinen Wahlkreis los«, simste er seinem Büroleiter, der daheim in Wolfenbüttel wartete. Dann stieg er in seinen Dienstwagen und fuhr los.

Zwei Stunden später steht Sigmar Gabriel auf einer kleinen Bühne, über ihm schweben ein paar rote Luftballons. Die SPD hat zur Wahlparty in einen Strandclub geladen, so etwas gibt es jetzt auch in Wolfenbüttel. Gabriel trägt ein dunkelblaues Polohemd, darüber eine braune Strickjacke. Seine linke Hand steckt in der Hosentasche. »Das ist ja nicht so 'n schöner Abend für die deutsche Sozialdemokratie«, beginnt er seine kurze Rede. Dann huscht ein Lächeln über sein Gesicht: »Ich wollte den Zirkus um die Listenplätze nicht mitmachen – und ihr habt alle Schiss gehabt!«

Die SPD hat verloren, aber Sigmar Gabriel hat gewonnen. Und wie!

Der Mann, der schon viel zu lange als Talent gilt, hatte alles auf eine Karte gesetzt. Er hatte auf einen sicheren Platz auf der Landesliste verzichtet, weil ihn das Hickhack in der zerstrittenen Niedersachsen-SPD nervte. Er hat die Bedenken seiner Freunde und Mitarbeiter ignoriert, obwohl er wusste, dass der Wahlkreis, in dem er antrat, keineswegs sicher an die SPD gehen würde. Nun schaut er fast ein wenig ungläubig auf den Bildschirm, auf dem nach und nach die Ergebnisse aus den Stimmbezirken seines Wahlkreises einlaufen. Am Ende sind es fast 45 Prozent der Erststimmen, die Gabriel gewonnen hat, 12 Prozentpunkte mehr als sein Konkurrent von der CDU. Und, was bei den Diskussionen in den folgenden Tagen in Berlin noch wichtiger sein wird: Er liegt 15 Prozentpunkte über dem Ergebnis der SPD in Niedersachsen, mehr als 20 Prozentpunkte über dem, was die SPD und ihr Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier im Bund erreicht haben. Ausdrücklich bedankt sich Gabriel daher auch bei den Wählern, »die mit der Zweitstimme nicht SPD gewählt haben«.

Gabriel ahnt in diesem Moment, dass er mit diesem Ergebnis – es ist das fünftbeste für einen SPD-Kandidaten in ganz Deutschland – einen wichtigen Punkt gemacht hat. Er weiß, dass es für die anderen in der Partei, für die Nahles, Scholz oder Wowereits, die schlechter abgeschnitten haben als er, nun schwer wird, ihn zu übergehen. Er hofft, das er dabei sein wird, wenn die wenigen Ämter verteilt werden, die der SPD noch geblieben sind. Aber sicher ist er sich seiner Sache nicht. Wie sollte er auch! Steinmeier hat schon erklärt, dass er den Fraktionsvorsitz übernehmen will – wieder ein Job weniger, den er sich zugetraut hätte. Nun bleibt nur noch der Parteivorsitz. Ausgerechnet der Parteivorsitz.

Sigmar Gabriel hat mit der SPD schon viel erlebt – und sie mit ihm. Dass er einmal SPD-Vorsitzender werden würde, hätten selbst die, die seine Fähigkeiten schätzen, noch bis vor Kurzem für eine abenteuerliche Idee gehalten.

Gabriel war 40, als er in Niedersachsen Ministerpräsident wurde. Alles, was er bis dahin war, war er nicht, weil die Partei es so wollte, sondern weil Gerhard Schröder es so bestimmt hatte. Der Alte hatte an dem Jüngeren Gefallen gefunden, weil der sich traute, ihm zu widersprechen – wenn es sein musste, auch etwas lauter. Und Gabriel teilte mit Schröder mehr als die Umgangsformen; er übernahm dessen Karrieremuster. Laut und selbstbezogen profilierte er sich am liebsten auf Kosten der Partei. Die dankte es ihm, indem sie ihn fallen ließ, nachdem er 2003 die Landtagswahl in Niedersachsen vergeigt hatte. Die Einzige aus der SPD, die ihm damals kondoliert habe, erzählte Gabriel später, sei Heide Simonis gewesen. Die Bitterkeit wirkt lange nach.

Im Sommer 2003 ernannte ihn der SPD-Vorstand zum Pop-Beauftragten (»Siggi Pop«), im November 2005 fiel er bei der Wahl zum Parteivorstand durch. Zwei Jahre später, da war er längst Umweltminister, scheiterte er als einziger Kandidat bei der Wahl fürs Parteipräsidium. Wenn man Gabriel fragt, was eigentlich schiefgelaufen sei zwischen ihm und der SPD, lautet seine Antwort etwa so: Mit der Partei sei eigentlich alles in Ordnung, nur mit den Funktionären komme er nicht klar. Gern erzählt er auch, dass er als junger Sozialdemokrat bei den Falken gewesen sei und Zeltlager veranstaltet habe, während die Jusos Marx gelesen hätten. Das »Schreibstubenhafte«, sagt er, liege ihm nicht.

Gabriel, der letzte Schröderist? Es ist eine merkwürdige ironische Wendung, dass die SPD nun, da sie die Ära Schröder austreibt und die noch verbliebenen Schröderisten vom Hof jagt, ihr Heil ausgerechnet bei einem Mann sucht, der sein politisches Handwerk in jungen Jahren bei Schröder gelernt hat.

Die Gemeinsamkeiten zwischen Gabriel und Schröder sind augenfällig. Doch wichtiger sind die Unterschiede. Wie Schröder hatte Gabriel einen schwierigen Start ins Leben. Er war drei, als sich die Eltern trennten, sieben Jahre lang dauerte der Streit um das Sorgerecht. Mit zehn Jahren kam er endgültig zu seiner Mutter, die sich als Krankenschwester verdingte. Wie Schröder hat Gabriel ein präzises Bild vor Augen, wenn er vom Leben in kleinen Verhältnissen spricht. Doch anders als dieser hat Gabriel seinen Aufsteigerstolz nicht mit Brutalität gepanzert. Er sucht nach Sicherheiten. Mag sein, die massige Figur und die flotte Rede sind seine Art, sich zu schützen. Mag sein, das Unstete und Haltlose, das er oft ausstrahlt, hat hier seinen Ursprung.

Oft und manchmal verstörend offen spricht Gabriel über Privates. Über seine Mutter, die derzeit im Krankenhaus liegt. Über den Coach, dem er sich nach seinem zwischenzeitlichen Karriere-Aus anvertraut hatte. Über seine neue Lebensgefährtin, die 15 Jahre jünger ist als er und gern eine Kind möchte.

Wie will er diese Frage, Kind oder Karriere, entscheiden? »Ich habe meiner Freundin versprochen, keine Entscheidung gegen ihren Willen zu treffen.« Eine Floskel, ein typischer Spruch, den man macht, wenn man gerade zum Sprung nach oben ansetzt. Doch dann fährt Gabriel, der gerade 50 geworden ist, fort: »Mir bleiben noch 10 oder 15 Jahre. Aber ich will mit 60 oder 65 auch nicht allein sein.« Keine zwei Wochen sind seit diesem Gespräch vergangen.

Dass diese Wahl, so oder so, für ihn eine Zäsur werden würde, stand Gabriel deutlich vor Augen. Vier Jahre lang war er Umweltminister; Franz Müntefering hatte ihn 2005 ins Amt gehievt. Vier Jahre lang hatte Gabriel Zeit zu beweisen, dass er konzeptionell arbeiten kann, dass er verlässlich ist, dass er seine Ungeduld im Zaum hält. Auch wenn er das selbst nicht gern hört, waren diese vier Jahre für ihn eine Art Rehabilitationsprogramm. Er hat versucht, die Arbeiterpartei SPD mit der Ökologie zu versöhnen und das Thema Nachhaltigkeit sozialdemokratisch zu buchstabieren: »Askese ist sexy für die Gehaltsgruppe ab B3 aufwärts.« Für ihn hat sich der Versuch gelohnt, die SPD hingegen hat von Gabriels »ökologischer Industriepolitik« ganz offensichtlich bislang nicht profitiert. Wie ernst es ihm damit tatsächlich ist, wird man daran erkennen, ob er den Ansatz als Parteichef weiterverfolgt.

Erst einmal stürzte er sich mit Lust in den Wahlkampf. Fast im Alleingang zwang er der Union eine Debatte über die Zukunft der Atomkraft auf. Auch diejenigen in der SPD, die noch nicht so recht an Gabriels Wechsel ins ernste Fach glauben wollten, nickten anerkennend. Der *Spiegel* adelte ihn als »Schattenkanzlerkandidaten«. Und Schröder, in Sachen Wahlkampf noch immer eine Autorität, lobte Gabriels »Kraft, die ich jetzt in diesem Wahlkampf spüre«. Gabriel selbst sagte: »Ich war mir meiner Sache noch nie so sicher. Mir hat Politik noch nie so viel Spaß gemacht.«

Es ist spät geworden an diesem Wahlabend in Wolfenbüttel. Der Umweltminister hat Zuflucht unter einem klimaschädlichen Heizpilz gesucht und sich die zweite Zigarre angezündet. Dass Steinmeier im Angesicht der Niederlage gleich nach dem Fraktionsvorsitz gegriffen hat, versteht er. Andererseits ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um gründlich über die vergangenen Jahre nachzudenken – und darüber, wie es weitergehen soll. Seit Langem klagt Gabriel, die SPD habe das Verständnis für die Veränderung der Gesellschaft verloren: »Früher waren wir eine Partei der Lehrer, heute sind wir eine Partei der alten Lehrer.« Nun endlich müsse sich die Partei öffnen und wieder diskutieren. »Wir dürfen nicht gleich wieder alle Räume zustellen.«

Von drinnen kommen Gitarrenklänge, ein paar Jusos singen *Bella Ciao.* Gabriel horcht auf. Das Lied haben sie früher auch im Zeltlager bei den Falken gesungen, er hat es lange nicht gehört. Auch dies ist ein Erfolg seines Wahlkampfs: Eine Gruppe von 15 bis 20 Jusos, die sich im Laufe der Kampagne gefunden haben. Die müsste man dauerhaft für die Partei gewinnen! Aber wie? Gabriel schaut seinen Büroleiter an: »Schick sie bloß nicht zu einer Sitzung des Ortsvereins!« Dann nimmt er die Hand seiner Freundin, gemeinsam verschwinden sie in der Nacht.

»Und wer hat Sie gewählt?«

Unterwegs mit der OSZE: Ein Usbeke und ein Mazedonier testen die deutsche Demokratie

VON KHUÊ PHAM

Sie wissen selbst, dass ihre Anwesenheit etwas Außerirdisches hat, hier in Hamburg am Montag vor der Wahl. Sie schreiten die Straße im Gleichschritt herab, über ihnen der Plastikplanet vom Saturn-Geschäft. Zwei Männer wie aus dem Film *Men in Black*, schwarze Anzüge, schwarze Sonnenbrillen, einer groß, einer klein. Sie sind die Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und eingeflogen, um zu prüfen, ob die Bundestagswahl frei und fair abläuft.

Samad Mukhamedov ist der Kleine und der Boss, er ist 26 Jahre jung und hat schon acht Wahlen auf dem Buckel. Bisherige Einsatzgebiete: Kirgistan, Montenegro, Aserbajdschan. Deutschland sei im Prinzip das Gleiche, sagt er: »Wählen ist doch überall gleich.« Mukhamedov ist ein usbekischer Vertragsarbeiter im Auftrag der internationalen Demokratie; Jurist, nicht Idealist. Der Große heißt Aleksandar Novakoski und sieht aus, wie sich Deutsche einen KGB-Spion vorstellen: stämmige Figur, Bürstenhaarschnitt, tief-rauchige Stimme. Normalerweise ist er der Bundeswahlleiter der Republik Mazedonien. Sie haben eine deutsche Assistentin dabei, Kerstin Dokter, Pferdeschwanz, Faltenrock und Ledertasche. Für die Experten ist die Bundestagswahl ein Job wie jeder andere. Wenn die Deutschen nur nicht so uninformiert wären.

Für sie, sagt Mukhamedov, sei die OSZE wie ein Raumschiff: »Man weiß, dass es irgendwo herumfliegt, aber man kennt es nicht wirklich.« Mitte September ist das Raumschiff in Berlin gelandet und hat 15 Wahlexperten aus vornehmlich osteuropäischen Ländern in die Bundestagswahl gebeamt. Seitdem touren vier OSZE-Teams durch die Republik, um Partei-, Wahl- und Medienvertreter zu besuchen, der Bericht folgt in zwei Monaten.

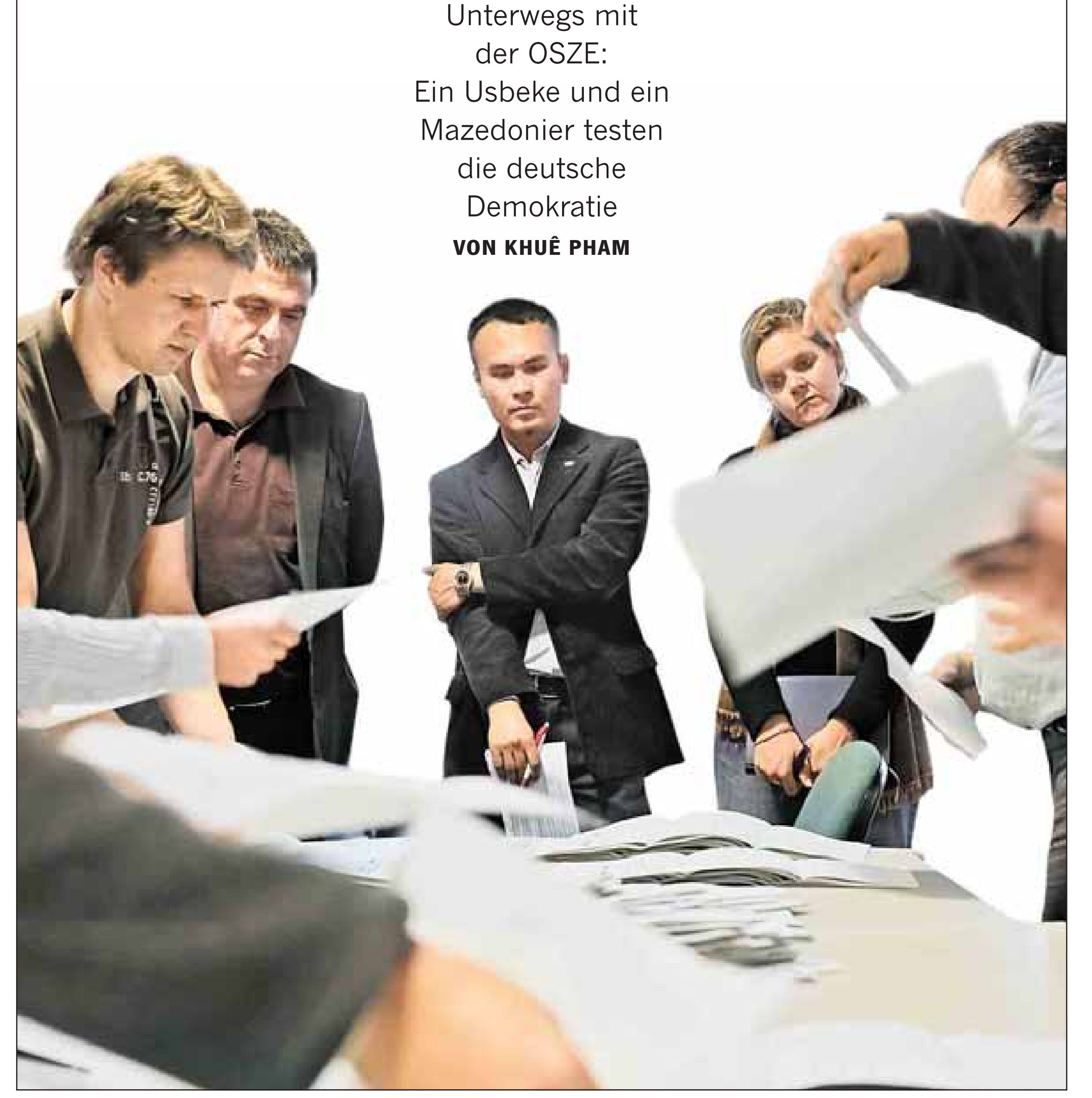
Es ist skurril für alle Beteiligten. Das Innenministerium hat die Wahlbeobachter schon dreimal eingeladen – weil es so vorgeschrieben ist. Jetzt hat die OSZE zum ersten Mal angenommen – weil sie denkt, sie muss. Deutschland ist das einzige große Land, das sie noch nicht besucht haben. »Wir wollten einfach diese Lücke füllen«, sagt der Leiter der Mission, ein Schweizer, der keinen Zweifel daran lässt, dass er keinen Zweifel daran hat, dass das Wahlsystem in Deutschland in Ordnung sei. Aber die OSZE ist eine internationale Organisation, und sie muss alle gleich behandeln. Nach dem Florida-Debakel bei den US-Wahlen 2000 haben sich die osteuropäischen Länder über die Doppelstandards beschwert. Seitdem überprüft die OSZE auch die Demokratiefähigkeit von Staaten, die schon lange demokratisch sind. Sie nennt es »den Schatz an Wahldaten vergrößern«.

Samad Mukhamedovs Mission ist die Suche nach auffälligen Details im deutschen System. »*Hello, Mister Landeswahlleiter!*«, sagt er, als er den Konferenzraum im vierten Stock der Hamburger Innenbehörde betritt. Der Angesprochene antwortet, dass ihn die Aufmerksamkeit der internationalen Kommission sehr ehre, und setzt sogleich zum Vortrag an: über Hamburgs neue Wahlkreise, die vielen Briefwähler, die schönen Stimmzettel. Er legt den ausländischen Experten Wahlstatistiken und Stadtpläne vor, zeigt, erklärt, beschwört die deutsche Musterdemokratie. Mukhamedovs Assistentin übersetzt ins Englische, das macht das Ganze noch gewichtiger.

»Und Sie«, fragt Mukhamedov, »wer hat Sie eigentlich gewählt oder wurden Sie ernannt?« Der Landeswahlleiter gibt zu, ernannt worden zu sein. »*I see*«, sagt Mukhamedov und kritzelt in sein Notizbuch. Am Ende wird er gefragt, ob er einen Stimmzettel als Souvenir mitnehmen möchte. Möchte er nicht.

Die NPD ruft nicht zurück, die CDU will später noch Bescheid sagen

Am Donnerstag besteigen sie den Regionalexpress, Schleswig-Holstein-Ticket nach Kiel. Lesen im *Hamburger Abendblatt*, dass sie mal wieder missverstanden wurden: Als ob sie hier wären, um das deutsche Wahlsystem anzuprangern! Oder davon zu lernen! Sie seufzen. Kerstin Dokter telefoniert pausenlos, um Termine zu machen. Aber die NPD meldet sich nicht zurück, die *Kieler Nachrichten* haben keine Zeit, und die CDU sagt später noch mal Bescheid. Die Deutschen verstehen den OSZE-Auftrag einfach nicht. »Aber wir wollen die Leute ja auch nicht belästigen«, sagt Dokter. Zum Glück gibt es keine Probleme mit dem Kandidaten von der SSW. Die kleinen Parteien haben das mit dem Dialog über Demokratie besser verstanden, auch die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands war sehr gesprächsbegierig. Andere hingegen muss man erst mal von der eigenen Echtheit überzeugen: »Nein, ich rufe nicht von Oliver Pocher an! Ich arbeite für die Oh-Es-Zett-Eh!«, sagt Dokter in das Telefon.



DIE ABRECHNUNG Aleksandar Novakoski (2. v. l.), Samad Mukhamedov (Mitte) und Kerstin Dokter (2. v. r.) bei einer Stimmenauszählung in Rostock

Foto [M]: Steffen Roth für DIE ZEIT

Sonntag ist Wahltag, und die Beobachter sind in Rostock. Die Deutschen gehen zu den Urnen, und Aleksandar Novakoski liegt mit Rückenschmerzen im Bett. Zum Glück, sagt er, sei ihm das heute passiert und nicht schon früher. Stört es ihn, dass er im Hotel bleiben muss? »Nö.« Mittags ruft er bei seinem usbekischen Kollegen an. »Aleksandar, du verpasst hier was!«, ruft Mukhamedov in das Telefon, »es gibt eine Menschenmenge, eine Schießerei und keine Stimmzettel!« Sie lachen. Deutsche Wahlen sind ganz schön langweilig.

In der Borwisch-Grundschule, Wahllokal 204, arbeitet Novakoski dann wieder mit. Zu dritt befragen sie einen jungen Mann, den stellvertretenden Wahlvorsteher: Wie viele Briefwähler gab es? Wie hoch ist die Beteiligung? Was tun Wähler, die nicht im Register stehen? »Oh Gott, die wollen mich fertigmachen«, denkt der Mann und erzählt es so später, nachdem er seinen Chef zu Hilfe gerufen hat. Wer ist schon darauf vorbereitet, von einem Usbeken und einem Mazedonier überprüft zu werden?!

Stimmenauszählung in Wahllokal 203, Geschäftsstelle der AOK Rostock: Die Wahlbeobachter verziehen keine Miene, als klar wird, dass die Linke hier fast so viele Stimmen hat wie die CDU und die Piraten halb so viele wie die FDP. Ergebnisse interessieren die Wahlbeobachter nicht, nur die Prozesse zählen. »*Very good*«, lobt Mukhamedov, als der Wahlvorsteher gegen sieben die Stimmzettel in Paketen verschnürt und das Protokoll ausfüllen lässt.

Die drei von der OSZE treten hinaus in die Rostocker Nacht und hinein in die Ära Schwarz-Gelb. »Wollen wir morgen in die Sauna gehen?«, fragt Mukhamedov. Sein Kollege schüttelt den Kopf, sie müssen den Wahlbericht schreiben und morgen zum Berliner OSZE-Hauptquartier fahren. »Was wir alles auf uns nehmen«, lacht Mukhamedov, »um Deutschland zur Demokratie zu verhelfen!«

WECHSELWÄHLER



Bin ich ein Geisterfahrer?

Warum man auch als Verlierer mit dieser Wahl zufrieden sein kann. Gedanken eines Wechselwählers (letzter Teil) VON JÖRG LAU

Ich akzeptiere ohne Umschweife, dass ich die Wahl verloren habe. Es hilft kein Drumherumreden: Ich finde mich auf der Seite der Verlierer wieder. Ich habe SPD gewählt.

Überrascht bin ich allerdings nicht. Ich habe schließlich mit knirschenden Zähnen rot gewählt, weil mir das Desaster schon schwante. Und jetzt kann ich es ja sagen: Ich wollte sie gar nicht unbedingt an der Macht sehen, die Sozis. Elf Jahre sind genug. Diese Partei braucht eine Macht-Pause.

Das klingt paradox. Aber am vergangenen Sonntag schien es mir plötzlich vernünftig, eine chancenlose SPD zu wählen. Schwarz-Gelb verhindern? Darum ging es nicht mehr. Selbst wenn die Chance noch bestanden hätte: Ich habe nicht mein Kreuz bei der SPD gemacht, um Merkel/Westerwelle zu blockieren. Ich hatte nun mal – und habe immer noch – keine Angst vor Angela und Guido. Mehr noch: Die Kampagne gegen die beiden als sozial kalte, radioaktiv strahlende Finanzhaie fand ich einfach nur töricht. Sie roch unangenehm nach den Achtzigern, als die Linke noch gegen die »geistig-moralische Wende« wetterte, als Kohl sie längst abgeblasen hatte.

Ich bin Wechselwähler. Durch Merkel bin ich vor vier Jahren schwach geworden und vom Rot-Grünen zum Unionswähler mutiert. Bereut habe ich es zwar nicht. Doch nun habe ich zu meinem eigenen Erstaunen noch einmal rot gewählt – auch, wenn die Sozis erwartbar auf verlorenem Posten landeten.

Eigentlich liegt mir das nicht. Ich will mit meiner Stimme etwas bewirken. Und beim Blick auf die Wählerwanderungsdiagramme überkommt mich ein beißendes Gefühl der Vergeblichkeit: Der Wanderungssaldo zwischen SPD und Union beträgt 620 000 zu Gunsten der Kanzlerin! Hunderttausende Genossen stimmen für Merkel – und noch erstaunlicher: 430 000 wandern zur erzbösen FDP. Und ich auf der Gegenspur als politischer Geisterfahrer?

Ich hatte es ja geahnt – warum dennoch SPD? Eben weil ich mir schon dachte, dass die Stammkundschaft zu Hause bleiben würde. Aber so viele – das hat mich doch umgehauen! Meine zarte Wechselwählerstimme ist kein Ersatz für zehn Hartz-IV-Empfänger, die gar nicht mehr wählen.

Mein Wahlziel am vergangenen Sonntag war nur noch, die Demütigung der Partei zu verhindern. Damit bin ich – zugegeben – grandios gescheitert. Denn anders als meine Wenigkeit hat der SPD-Stammwähler nach elf Jahren Regierung keine sentimentalen Anwandlungen. Im Gegenteil. Nahezu zwei Millionen von seiner Sorte sind einfach zu Hause geblieben. Seit 1998, rechnen uns die Demoskopen jetzt vor, hat sich die Wählerschaft der Sozis halbiert. Vielleicht haben die Leute ja recht, und die SPD braucht eine unmissverständliche Botschaft. Aber ein Desaster biblischer Dimension? Wo bleibt die Gerechtigkeit? Klingt ganz schön sentimental.

Sei's drum: Ich habe nicht bloß aus Gefühligkeit und Mitleid SPD gewählt. Ich hatte ernsthafte taktische, demokratietheoretische Gründe. Ich glaube nämlich an das Modell der Volkspartei, das jetzt ein bisschen voreilig für obsolet erklärt wird. Ich hoffe sogar, in Zukunft wird es mehr als zwei davon geben. Keine Partei hat hierzulande Überlebenschancen als krawallige Klientelpartei, und das ist auch gut so. Alle müssen Volksparteien werden. Die FDP übt schon, die Linke sperrt sich im falschen Triumphgefühl. Und darum wird die SPD noch einmal gebraucht, genau wie die Union in ihrem Lager.

Ich bin merkwürdigerweise auch als Verlierer eigentlich recht zufrieden mit dieser Wahl. Die Große Koalition war zwar besser als ihr Ruf. Sie hat die beiden Großen gezwungen, sich über ihre Nähe ehrlich zu machen. Aber für uns Wechselwähler war sie Gift. Wir brauchen keine ideologischen Lager im vermufften Retrolook, aber ohne erkennbare Alternativen geht es auch nicht.

Eine stabile Regierung zu haben ist nämlich nur das eine. Die Aussichten dafür stehen jetzt immerhin nicht schlecht. Aber für meinen seelischen Komfort als Wechselwähler ist es wichtig, dass die Opposition als übernahmebereite Reserveregierung bereitsteht. Und da hakt's: Nach der Riesenklatsche sehe ich nicht, wie das linke Lager sich unter Führung der Sozis zur schlagfähigen Ersatzmannschaft formieren könnte. Es ist ja nicht mal absehbar, ob die Sozis sich selber so bald eine neue Führung zimmern können. Viel hängt davon ab, ob der Linkspartei die SPD nun endlich klein genug ist – oder ob die wahre Demontage jetzt erst losgeht.

Warum kann ich trotzdem mit dem Wahlausgang leben? Die Volksparteien sind jetzt frei, unser zunehmend chaotisches Parteiensystem neu zu ordnen: Die Union muss der FDP die marktpopulistischen Flausen austreiben. Und die SPD (zusammen mit den Grünen) der Linken den Retrogeist. Gelbe und Dunkelrote, die sich noch standhaft weigern, aus der Krise zu lernen, müssen sanft in die Gegenwart geführt werden. Und da hat die Machtverteilung ihren Sinn: Die Union kann das mit der FDP nur in der Regierung schaffen, die SPD mit der Linken nur in der Opposition.

Steinmeier war groß im Unglück: einen so graziösen Loser habe ich noch nie gewählt. Wer so anmutig, fair und ohne Ressentiment verlieren kann, dachte ich am Sonntagabend, dem möchte man wünschen, eines Tages auch mal zu gewinnen. Schon wieder diese Sentimentalität! Halten wir fest: Ich habe SPD gewählt, und die Partei hat verloren. Es war für die Katz.

Es tut mir zwar nicht leid. Trotzdem mache ich das so bald nicht wieder. Jedenfalls nicht aus dem gleichen Grund. Nächstes Mal, liebe Genossen, brauche ich schon ein besseres Motiv.

Die Unberechenbaren

Darum hat der Osten anders gewählt als der Westen VON CHRISTOPH DIECKMANN

Nun ist ja doch noch alles gut geworden für die SPD. Der sozialdemokratische Kandidat trat am Sonntagabend als Sieger vor frohes Volk, dankte den Seinen und versprach eine stabile Koalition für die nächsten fünf Jahre.

Jawohl, fünf. Wir sind in Potsdam, bei Matthias Platzeck und den Brandenburger Landtagswahlen. Brandenburg ist, laut Manfred Stolpe, »die kleine DDR«, und Matthias Platzeck ist der kleine Manfred Stolpe. Als solcher wurde er gewählt.

Das Bundestags-Wahlergebnis hingegen sieht auch in Brandenburg die Linke vorn. Im gesamten Osten liegt die SPD in Trümmern; mit 17,9 Prozent wurde sie fast halbiert. 2005 hatte sie 30,4 Prozent der Oststimmen errungen, die Union 25,3. Diesmal kam das Merkel-Lager auf fast 30 Prozent. Auch FDP und Grüne legten ostweit zu, auf 10,6 und 6,8 Prozent. Ost und West wählten ähnlicher denn je.

Der Osten entscheidet die Wahl? Das hatte seit 1990 gegolten. 1989 erwartete die alte Bundesrepublik das Ende der Ära Kohl, doch die fing mit dem Mauerfall erst richtig an. Helmut Kohl empfahl sich dem desorientierten Ostvolk als Schutzmantelmadonna und Wirtschaftskommandant. Arbeiterführer Kohl wurde triumphal erwählt. Seine Züchtigung erfolgte 1998. Der Osten schwenkte massiv zur Konkurrenz. Dann versagte auch der Wundertäter Gerhard Schröder. 2005 war alles ausprobiert. Es begann die Realität.

Und wiederum nicht. Ein Ost-West-Kontrast dauert an: die Linke. Im Westen erkämpfte sie mit 8,3 Prozent einen Partisanenhügel, im Osten residiert sie mit 28,5 Prozent auf Gipfelhöhe der Union. Und dies, obwohl jeder ihrer Wähler wusste, dass seine Stimme nicht gewinnen würde. Es gibt im Osten eine starke Tradition der moralischen Verweigerung, die sich zur DDR-Zeit gegen den SED-Staat verwahrte. Nach dessen Ende tendierte dieser innere Vorbehalt wiederum zur Opposition, bis heute. Nur Die Linke ist rigoros gegen den Afghanistankrieg.

Der Ostwähler gilt als unberechenbar. Oft übersieht man, dass im Osten keine gewachsenen Parteimilieus existieren können. Seit Willy Brandt galt die SPD als Herzenspartei der meisten Deutschen in der DDR – solange diese bestand. Brandts »Wandel durch Annäherung« – das war Außenpolitik und 1990 vorbei. Innenpolitisch gab es weder eine späte Entschädigung für die SPD-Vernichtung in der frühen DDR noch ein Taufgeschenk für die sündlos neugeborene ostdeutsche Sozialdemokratie.

Heute knirscht diese kleine Partei zwischen den Mühlsteinen CDU und Linke. 1990 hatte sie sich gegen SED-Überläufer versperrt. Die technische Intelligenz der DDR, die Kulturelite blieb damit Klientel der Ex-SED. Die ist nun in der Einheit angekommen. Die SPD wird als feige empfunden, als Junior-Union, als herkunftsvergessene, hindukuschende Partei, die Afghanistan, Hartz IV und die Agenda 2010 verantworten und also ausbaden muss.

Ein Ostwahlrätsel bleibt: der Absturz der Rechtsradikalen. Bitte keine Entwarnung. Rechts wird vagabundierende Jugend rekrutiert, Aggression gebündelt, deutscher Stolz geschärft. Das wächst heran und wird sich zeigen.

Leben mit dem Makel

Die Linke-Abgeordnete Ina Leukefeld war IM »Sonja«. Dafür hat sie sich entschuldigt. Aber reicht das, um weiter Politik zu machen?

VON JANA HENSEL



Foto [M]: Christian Seeling für DIE ZEIT/www.csfotografie.de

IN THÜRINGEN weigerten sich SPD und Grüne, mit Leukefeld über eine Regierungsbildung zu reden

Ina Leukefeld fährt auf der Autobahn, irgendwo zwischen Erfurt und Suhl, sie rast immer tiefer in den Thüringer Wald hinein. Sie ist mit ihren Gedanken nicht am Steuer. Sie sitzt noch einmal im Tivoli, jenem Suhler Lokal, in dem sie vor mehr als drei Jahren öffentlich aus ihrer Stasi-Akte vorgelesen hatte. Der Raum war voll, die Atmosphäre angespannt. Immer wieder erhoben sich Leute aus dem Publikum, um Ina Leukefeld offen ihre Wut und Ablehnung darüber zu zeigen, wie sie an diesem Abend mit ihrer Vergangenheit umging. Einige waren den Tränen nahe.

Im Frühjahr 2006 hatte die Landtagsabgeordnete der Linken in Suhl für das Amt der Oberbürgermeisterin kandidiert. Alle Umfragen vor der Wahl wiesen sie als Gewinnerin aus. Dann tauchte plötzlich ihre komplette Akte auf; wurde ihre anderthalbjährige Tätigkeit als IM »Sonja« für die Kriminalpolizei der DDR, die sie bereits im OB-Wahlkampf 2000 und im Landtagswahlkampf 2004 zum Thema gemacht hatte, in allen Einzelheiten bekannt. Ihr war klar, dass sie mit dieser Akte nun selbst an die Öffentlichkeit treten würde.

»Ich musste es tun. Die Leute sollten doch wissen, mit wem sie es zu tun haben«, sagt sie heute, obwohl Freunde ihr damals abgeraten hatten. Das bringt nichts, war deren Argument. Leukefeld verlor die Wahl.

Seit zwei Wochen scheiden sich die Geister abermals an Ina Leukefeld. Wieder weht ihr der Wind der Ablehnung und Verachtung entgegen. Nachdem Die Linke bei den Landtagswahlen zweitstärkste Kraft geworden ist, führt sie Sondierungsgespräche zur Bildung einer rot-rot-grünen Koalition. Zu den fünf Verhandlungsteilnehmern der Linken sollte Leukefeld als arbeitsmarktpolitische Sprecherin gehören.

Sie drängte nicht auf diesen Platz, sie hat ihre Parteifreunde gewarnt: »Ihr müsst wissen, was ihr tut. Ihr wisst, wer ich bin.« Dennoch entschied sich der Landesvorstand, dem sie als stellvertretende Landesvorsitzende angehört, für die Politikerin, die in ihrem Südthüringer Wahlkreis 39,4 Prozent der Stimmen bekam und mit großem Abstand das Direktmandat gewann. Bei der Landtagswahl fünf Jahre zuvor hatte sie 42,2 Prozent erzielt. Nur im OB-Wahlkampf 2006 war sie auf 21,5 Prozent abgesackt. Drei Tage vor der Abstimmung war sie von einem Gremium des Landtages für »parlamentsunwürdig« erklärt worden. Dieses moralische Verdikt jedoch, entschied der Thüringer Verfassungsgerichtshof im Juli dieses Jahres nach einer Klage Leukefelds, könne anders als auf IMs der Staatssicherheit nicht auf sie als IM der Kriminalpolizei angewendet werden.

»Ich habe nicht gespitzelt«, sagt sie. Aber ihre Berichte gehen weit

Die Grünen drohten dennoch mit dem Abbruch der Gespräche. Die Landessprecherin Astrid Rothe-Beinlich sagte, sie gehe davon aus, dass »niemand mit Stasi-Belastung mit am Tisch« sitzen werde. Mit einiger Verzögerung gab auch die SPD unter Führung von Christoph Matschie bekannt, aus den Verhandlungen auszusteigen – wegen Ina Leukefeld. Ihr Druck hatte Erfolg: Ina Leukefeld wird nicht bei den Koalitionsgesprächen dabei sein, sie verzichtet auf ihre Position. Aber damit ist die Frage, wie man mit belasteten Biografien umgehen sollte, längst nicht beantwortet. Vielmehr wird sie sich bald schon der ganzen deutschen Gesellschaft stellen – wenn SPD, Grüne und Linke künftig tatsächlich auf eine Zusammenarbeit im Bund zustreben sollten.

Wer ist diese Frau? Was will sie? Und warum tut sie sich diesen Kampf immer wieder aufs Neue an?

In den Augen der Opfer mag es höhnisch wirken, aber Ina Leukefeld geht es in gewissem Sinn um Aufrichtigkeit. Sie versucht, die Linien ihres Lebens vor 1989 mit denen danach zusammenzubringen. Ihre damalige Lebenslüge nicht einfach ad acta zu legen. Sie muss, weil sie über den Systemwechsel hinaus politisch aktiv bleiben will, sich vor den Augen der Öffentlichkeit schmerzhafte Fragen stellen lassen. Immer wieder, seit vielen Jahren schon. Es gibt nicht viele, die in den letzten 20 Jahren derart der Versuchung widerstanden, ihre in die Diktatur verstrickte Biografie nachträglich zu beschönigen und den neuen Verhältnissen anzupassen.

Ihr kleines Büro unter dem Dach des Fraktionsgebäudes ist aufgeräumt. Gimmicks der Linken liegen herum, Aufkleber, Sticker, rote Flaschenöffner. Eine kopierte Seite aus einer Tageszeitung hängt an der Wand. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen Ost und West sind dort bis auf den Cent für jedes Bundesland aufgezeichnet. Sie sind gewaltig und lassen die ehemaligen Grenzen des vereinten Landes noch einmal in harter Währung lebendig werden. Sie sind das, was Ina Leukefeld in die Politik treibt.

Die politische Karriere von Ina Leukefeld beginnt bereits in der DDR, und sie verläuft steil nach oben. Mit 19 Jahren tritt sie nach ihrer Lehre als Finanzkauffrau eine Stelle im Stadtrat von Suhl an. Mit 25 wird sie Mitglied der SED, sechs Jahre später Stadträtin für Jugendfragen, Körperkultur und Sport. Zu ihrem Aufgabengebiet gehört es unter anderem, sich um die Wintersportstätten im Kreis Suhl zu kümmern. Sie leitet die örtliche Jugendpolitik und ist verantwortlich für den Ferienlager-Betrieb.

Dass bei dieser Arbeit stets ein Kollege der Polizei und einer von der Staatssicherheit dabei waren, beschreibt sie als Normalität. Von der Nähe beider Organe habe sie nichts gewusst. Als im Februar 1985 die ersten Anwerbegespräche stattfinden, haben diese Treffen zwar einen konspirativen Charakter, gleichzeitig jedoch konnten sie aufgrund der ohnehin bestehenden offiziellen Kontakte ohne besondere Vorkehrungen stattfinden. Als sie sich einen Decknamen geben soll, wundert sie sich und weist den Kollegen darauf hin, dass er »sämtliche Informationen auch über den offiziellen Dienstweg des Rathauses erhalten« könne. Schließlich aber stimmt sie zu. Sie nennt sich »Sonja«.

In ihrer Verpflichtungserklärung vom 5. Juni 1985 schreibt sie: »Ich werde alle mir erteilten Aufträge diszipliniert, verantwortungsbewusst und unter Einhaltung der mir bekanntgegebenen Verhaltensregeln nach bestem Wissen und Können erfüllen.« Von diesem Tag bis zum 30. Juni 1986 sind elf Treffen mit einem Führungsoffizier und sieben handschriftliche Berichte aus der Feder von Ina Leukefeld dokumentiert.

Darin berichtet sie über Maßnahmen zur Sicherung von sportlichen Wettkämpfen und öffentlichen politischen Großveranstaltungen wie dem Pfingsttreffen der FDJ. Sie erklärt sich bereit, deren reibungslosen Ablauf zu kontrollieren. »Ich habe nicht gespitzelt«, sagt Leukefeld. »Ich wusste es aus meinen Arbeitszusammenhängen, und nur darüber habe ich berichtet.« Aber ihre Berichte gehen weit. Sie schätzt die politische Einstellung von Jugendlichen des örtlichen Jugendclubs ein, sie berichtet, dass diese den Fragen des Sozialismus gleichgültig gegenüberstünden. Sie informiert über die möglichen persönlichen und politischen Beweggründe sogenannter Antragsteller, die DDR per Ausreiseantrag zu verlassen. Dabei weist sie auf Probleme mit der Wohnung, der Familie oder dem Arbeitsplatz hin. Am 9. Oktober 1986 wird die Zusammenarbeit mit IM »Sonja« beendet.

Diese Akte, die Ina Leukefeld der *ZEIT* zur Verfügung stellte, ist beschämend. Sie ist das Dokument einer überzeugten Sozialistin, die ihre Augen vor der gesellschaftlichen Realität in der DDR fest verschloss. Die in allen ihr begegnenden Krisensymptomen – und von denen berichtet sie gewissenhaft – keinen Anlass sah, an der Idee des Sozialismus und seiner realen Verfasstheit zu zweifeln. Geschweige denn, das eigene Tun infrage zu stellen.

An dieser Akte ist nichts zu beschönigen. Aber man kann viel aus ihr lernen, unter anderem, warum die DDR so lange existieren konnte. In einer persönlichen Erklärung vor dem Thüringer Landtag sagte Leukefeld: »Ich bin mir darüber im Klaren, dass meine damalige Zusammenarbeit, gemessen an rechtsstaatlichen Maßstäben, wie ich sie heute kenne, schätze und verinnerlicht habe, eine völlig inakzeptable und nicht zu rechtfertigende Handlungsweise, einen Eingriff in die Bürger- und Freiheitsrechte der betroffenen Menschen darstellt. Ich habe mich öffentlich entschuldigt und mein Tun von damals uneingeschränkt als Fehler bezeichnet.«

Darf man einen Menschen wegen seiner Biografie immerzu ausschließen?

Aber reicht das? Kann ein Mensch, von dem man nicht genau weiß, was er durch seine Aktivität anderen zugefügt, wem er geschadet hat, seine Bestimmung ausgerechnet in der Politik suchen? Oder führt ein Weg, bei dem eine gebrochene Biografie immer wieder zur Diskussion gestellt, immer wieder ausgeschlossen wird, nicht zu weiteren, tiefgreifenderen Verwerfungen in einer an Verwerfungen ohnehin nicht armen ostdeutschen Gesellschaft?

Den politischen Gegnern jedenfalls reicht jener Umgang, wie Ina Leukefeld ihn betreibt, nicht aus. Auf nähere Fragen jedoch schweigen sie. Weder die momentan schärfste Kritikerin von Ina Leukefeld, die Grünen-Landesvorsitzende Astrid Rothe-Beinlich, noch Christine Lieberknecht, die Nachfolgerin von Dieter Althaus und CDU-Kandidatin für das Amt der Thüringer Ministerpräsidentin, mochten sich äußern.

Für Ina Leukefeld sind solche Reaktionen nichts Neues. Dennoch muss sie schlucken. Sie kennt beide Frauen. Im Wahlkampf hat sie mit Astrid Rothe-Beinlich mehrfach auf Podien gesessen. Zwar sei man politisch nicht immer der gleichen Ansicht, darüber hinaus habe es jedoch keine Probleme gegeben. Im Gegenteil rechnet Ina Leukefeld der Grünen-Politikerin hoch an, dass sie regelmäßig am Runden Tisch der sozialen Verantwortung teilnahm, obwohl sie noch kein Mandat besaß.

Markus Ermert, stellvertretender Chefredakteur der Suhler Zeitung *Freies Wort,* wendet dagegen ein, dass Ina Leukefeld in ihrer Heimatstadt durchaus polarisiere. Dass Enthüllungen wie die über ihre IM-Vergangenheit ihre Anhängerschaft eher mobilisierten. In der ostdeutschen Provinz, zumal in Südthüringen, gebe es »keine Atmosphäre der Diskussion, kein großes Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit«, sagt Ermert.

Auch Ina Leukefeld selbst hat berichtet, dass, wenn sie in Gesprächen mit den Menschen in ihrem Wahlkreis ihre Rolle im SED-Staat angesprochen habe, sich kaum jemand dafür interessierte. Keiner fragte nach oder nahm, anders als an jenem Abend im Tivoli, Anstoß daran. Ins Tivoli waren in der Mehrzahl Opfer der SED-Diktatur gekommen, um in das Gesicht einer Schuldigen zu schauen. Nur so ist zu erklären, warum es viele Jahre dauerte, bis ihre Akte, nachdem Leukefeld das erste Mal öffentlich über ihre Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei berichtet hatte, überhaupt vorlag. Kein Lokalreporter hatte sich auf die Suche nach den Fakten begeben.

Die ostdeutsche Nachwendegesellschaft kümmert sich um so etwas einfach nicht. Auch aus diesem Grund gerät Ina Leukefeld immer wieder zwischen die Fronten. Sie hat das Gefühl, stets aufs Neue Anlass von Zerwürfnissen zu sein. Eine gewissenhafte und kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Erbe der Diktatur findet nicht statt. Eine Suche nach Lösungen schon gar nicht. Selbst wenn Ina Leukefeld dafür zur Verfügung stünde. Mit ihren Mitteln, mit ihrer Biografie.

Jana Hensel, geboren 1976 in Leipzig, ist Publizistin. In diesen Tagen erscheint ihr Buch »Achtung Zone. Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten«



ZWEI PROZENT haben sich zu den Piraten bekannt

Foto: Michael Reichel/picture-alliance/ZB

Bloß nicht offline

Nach der Wahl müssen sich die Piraten entscheiden, ob sie eine richtige Partei sein wollen **VON ÖZLEM TOPCU**

Einen Tag nach den Wahlen adelte die Bundeskanzlerin die Piraten durch Aufmerksamkeit. Während ihrer ersten Pressekonferenzen sagte Angela Merkel: »Wir müssen den Dialog mit den Wählern der Piratenpartei aufnehmen und uns um die Wähler der Zukunft kümmern, um die jungen Wähler.«

Diese Reaktion hätten die Anhänger der Piratenpartei am Sonntag wohl nicht erwartet, als sie zu einigen Hundert zu ihrer Wahlfeier ins Astra-Kulturhaus im Berliner Stadtteil Friedrichshain kamen. Das Publikum vor Ort: jung, vorwiegend männlich, viele tragen T-Shirts mit dem Logo der Partei. Kleidungsstücke mit aufgedruckten Statements scheinen überhaupt sehr verbreitet. Ein junger Mann, Anfang 20 vielleicht, trägt ein T-Shirt mit dem Aufdruck: »PC-Spiele machen nicht gewalttätig. Ich war schon als Kind so«. Einige Erwachsene und ihre Kinder haben sich als Piraten verkleidet. Zur gleichen Zeit sind unzählige Anhänger der Partei an einem anderen Ort unterwegs: im Web. Über Facebook, Twitter und in Chatrooms kommentieren sie, parallel zur wirklichen Welt, die Wahl. Schließlich fand der Wahlkampf der Piraten vorwiegend dort, im Virtuellen, statt. »Es ist nicht Deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist. Es wär nur Deine Schuld, wenn Sie so bleibt. Klarmachen zum Ändern!«, heizten sie der Anhängerschaft noch am Nachmittag über Twitter ein. Und erreichten viele, so wie User »Timotion«, der berichtete, dass er eben seine Stimme abgegeben habe: »Zum ersten mal das gute Gefühl auch das gewählt zu haben womit ich mich wirklich identif. kann. Danke Piraten!!!«

Die Piratenpartei hat mit ihrem Stimmenanteil nicht nur einen Achtungserfolg errungen, sondern ein fulminantes Bundestagswahldebüt hingelegt. Zwei Prozent der Wähler haben sich für sie entschieden. Das sind rund 850 000 Menschen. In einigen Wahlkreisen und Stadtteilen in Hamburg und Berlin konnten die Piraten mit den etablierten Konkurrenten mithalten oder sie sogar übertreffen. In Hamburg-Veddel beispielsweise lagen sie bei 10,6 Prozent, die CDU kam auf 10,2. In Berlin-Kreuzberg-Friedrichshain holten sie sechs Prozent, nur 0,1 Prozent weniger als die FDP. Dieser Erfolg spiegelt den rasanten Mitgliederzuwachs wider: Als die Partei vor drei Jahren nach schwedischem Vorbild gegründet wurde, hatte sie 870 Mitglieder. Heute sind es fast 10 000, täglich kommen derzeit etwa 100 dazu. Ihre Anhänger, überwiegend junge Männer, lassen sich schnell für eine Mitgliedschaft begeistern. Aber die Frage lautet jetzt: Will diese Bewegung, die sich nicht weniger, aber eben auch nicht mehr als die Freiheit im Internet auf die Fahnen geschrieben hat, auch eine richtige Partei sein?

Wenn es nach ihrem Bundesvorsitzenden Jens Seipenbusch geht, dann muss sie das wollen. »Die Wahl hat gezeigt, dass unsere Themen wichtig sind und dass wir erfolgreich sein werden«, sagt er. Einerseits wolle man beim Kernthema bleiben, andererseits diskutiere man beispielsweise auch über wirtschaftspolitische Fragen wie das Patent- und Monopolrecht oder über die Atomkraft. Wichtiger als inhaltliche Themen ist der Prozess der Themenfindung. Der soll im Internet stattfinden, gemeinsam mit Wählern und Bürgern. Jeder, der will, soll sich an der Diskussion beteiligen. Wie das aber konkret zu Ergebnissen führen soll, weiß in der Partei noch keiner. Der Piratenchef Seipenbusch weiß, dass die Bewegung bald gesättigt sein wird: Der Zuwachs an neuen Mitgliedern wird nicht ewig so hoch bleiben, der »Hype« wird nachlassen, und spätestens dann muss etwas Ernsthaftes kommen.

Seipenbusch hat einen schweren Stand bei den Piraten, für die das Credo »Wir sind das Anti-Establishment« allgegenwärtig ist. Der Physiker, hauptberuflich Leiter der IT-Abteilung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster, hebt sich deutlich von der Basis ab. Er ist kein Nerd, der Computer als zusätzliches Körperteil betrachtet. Der 41-Jährige wirkt souverän und wagt den Versuch, die verspielte Basis zur Räson zu bringen. Aus seinem Mund wird man kein »Aaargh!« zur Begrüßung hören, wie das unter den Piraten üblich ist. Und er wird wohl auch keine Augenklappe tragen. Nach dem Erfolg denkt er an die Zukunft: »Wir müssen professioneller werden und unser Potenzial in konkrete Forderungen übersetzen«, sagt er. Heißt: eine richtige Partei werden.

Dafür müssen sich die Piraten auch von Kräften befreien, die ihr schaden könnten. Das fällt ihr im Moment noch schwer. So tritt der Ex-SPD-Abgeordnete Jörg Tauss, der wegen Besitzes von kinderpornografischem Material angeklagt ist, auf der Wahlfeier wie ein Pate der Partei auf. Er wolle »mit seinen politischen Erfahrungen« helfen. Das wirkt anbiedernd: So zeigt sich Tauss beeindruckt vom T-Shirt eines Parteifreundes mit der Aufschrift »Keiner hat die Absicht, eine Gestapo zu errichten«, daneben ein Bild von Innenminister Wolfgang Schäuble. »Große Klasse!«, ruft Tauss. Seipenbusch ist Profi genug, um sich zurückhaltend zum Fall Tauss zu äußern, sagt aber: »Tauss selbst will keine Aufgaben in der Partei übernehmen. Ich denke, dass diese Entscheidung richtig ist.«

Neben dem Anspruch von Leuten wie Seipenbusch spricht auch das Wahlergebnis dafür, dass aus der Bewegung eine richtige Partei werden könnte. Viele erinnern an die Grünen, die bei ihrer ersten Bundestagswahl 1980 1,5 Prozent erreichten, bevor sie 1983 den Sprung ins Parlament schafften – unter anderem weil sie ihr Kernthema, den Umweltschutz, ausbauten. Das will die Piratenpartei auch, zunächst allerdings wollen sie in den nordrhein-westfälischen Landtag (2010) und das Berliner Abgeordnetenhaus (2011) einziehen.

Doch der Traum von der großen Politik könnte ein schnelles Ende nehmen, wenn die eher unpolitische Basis die Gefolgschaft verweigert. Partei sein heißt Ordnung, Hierarchie, Struktur. »Es ist die Zeit gekommen, zu zeigen, dass wir strukturell anders sind als die anderen Parteien«, ruft ein junger Mann ins Mikrofon. Er hat die Bühne auf der Wahlparty betreten und sich als Marius vorgestellt. Wer etwas zu sagen hat, tut es einfach. So ist das bei den Piraten. »Es geht nicht nur um Inhalte, sondern auch um die Form. Bis 2013 wird es noch viele Demos von uns geben«, sagt ein anderer Pirat namens Maik und drückt damit aus, was viele Anhänger an der Partei eigentlich anzieht: dass sie nicht als Teil des Systems gesehen wird. Dazu will man nicht gehören – System, das ist für die Piraten offline, ist Ursula von der Leyen, ist »Internetzensur«. Das sind die »Etablierten«.

Und die werden sich von jetzt an verstärkt mit dem Internet beschäftigen, denn dieses Mal haben sie in der virtuellen Welt die Wahl eindeutig verloren. Nach einer Untersuchung bilden Union und SPD die Schlusslichter bei den Nutzern der sozialen Netzwerke. Am Sonntag werden ihre Stimmenverluste im Astra-Kulturhaus frenetisch bejubelt. Ansonsten setzt man sich mit ihnen nicht auseinander, zumindest nicht am Wahlabend. Pünktlich zu Beginn der Elefantenrunde wird der Ton abgestellt.

Tierschutz und so

So stimmte diesmal die Jugend ab

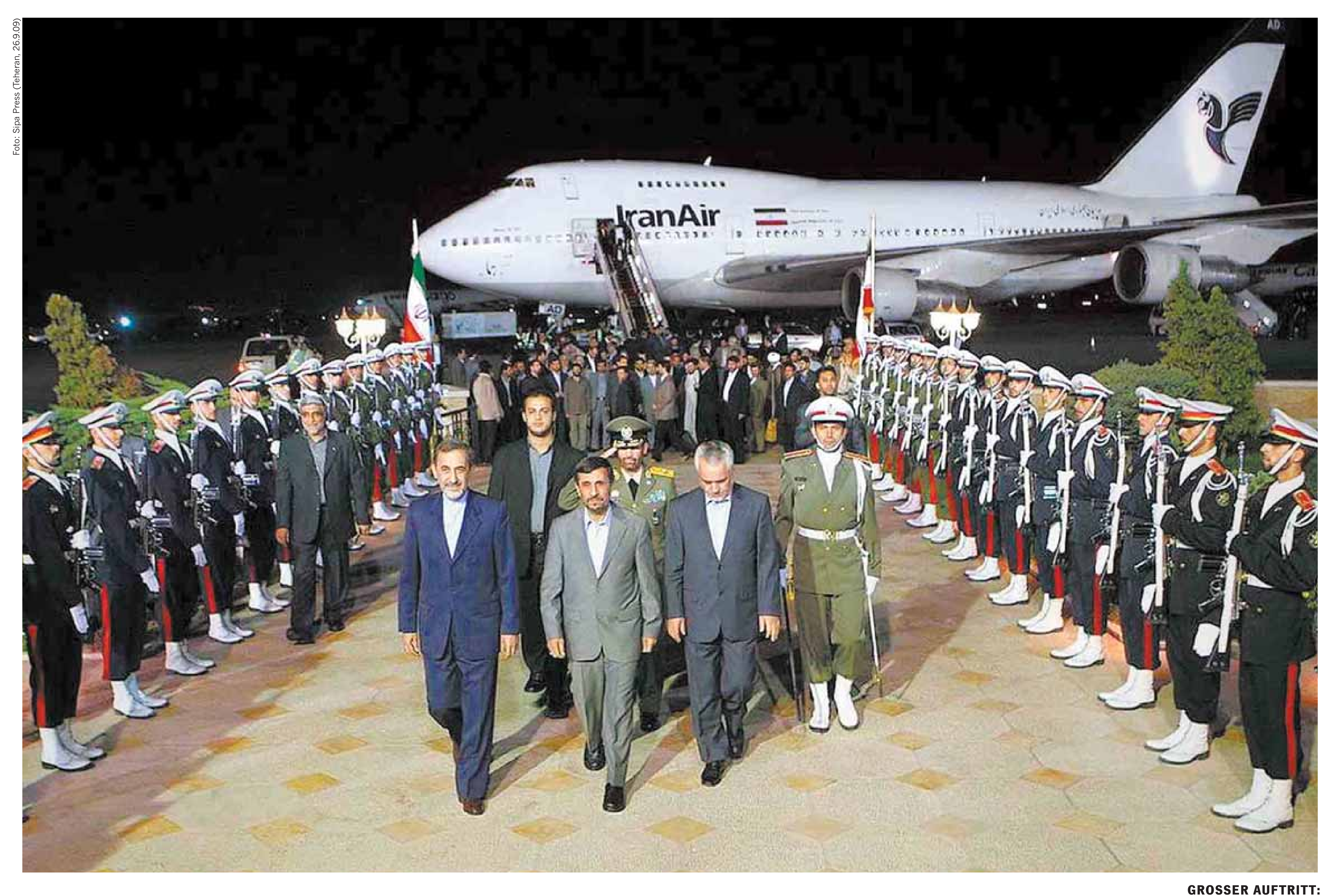
Ach ja, die Jugend. Flatterhaft, launisch, von heftigen Gefühlsschwankungen durchs Leben getrieben. Zurzeit wählt sie, zu ungefähr gleichen Anteilen von jeweils 20 Prozent, die drei Volksparteien Union, SPD und Grüne. Der Rest verteilt sich, in dieser Reihenfolge, auf Linke, Piraten, Liberale, Tierschützer und Nazis. Man sollte das ernst nehmen.

Nein, das wächst sich nicht alles aus. Diese Generation der Erstwähler ist die Zukunft unseres Parteiensystems, genau wie es die Jungwähler der späten neunziger Jahre zu ihrer Zeit waren. Damals vermeldeten die Meinungsforscher, etwas voreilig, das Ende des vermeintlichen Eine-Generation-Projekts der grünen Partei. Die These ist längst widerlegt. Die fraglichen Jahrgänge aber, inzwischen Ende 20 bis Mitte 30, bleiben sich so treu, wie es in Zeiten loser Parteibindungen möglich ist. Etwas konservativer, etwas weniger grün als die Generationen vor und nach ihnen, ziehen sie eine schmale schwarz-gelbe Spur durch die Demoskopiegeschichte der folgenden Bundestagswahlen. Für die Zeitgenossen Konrad Adenauers und die treuen Anhänger seiner Partei lässt sich seit den fünfziger Jahren dasselbe zeigen.

Was bedeutet das für die kommenden Jahre? Nichts Gutes jedenfalls für die alten Volksparteien. 70 Prozent für CDU und SPD, selbst jetzt noch, nach dem Einbruch der Sozis – so wählen die über 60-Jährigen, und das kommt nicht wieder. Die CDU, immerhin, könnte ihren Stimmenanteil vielleicht verteidigen, wenn es ihr gelingt, den Konkurrenten in der Mitte der jüngeren Jahrgänge auch in Zukunft Stimmen abzujagen. Die Aussichten der SPD dagegen sind verheerend. 16 Prozent unter den 18- bis 29-Jährigen, weniger als die FDP! Die Gründerjahrgänge der Grünen, die heute Mitte 50 sind, politisch geprägt von Atomkraftdemonstrationen und Berufsverboten in den Siebzigern des vergangenen Jahrhunderts, sind für die Sozialdemokraten bis heute verlorene Jahrgänge. Ähnlich SPD-ferne Jahrgänge wachsen nun nach.

Und wir, die Älteren, wir werden ihnen grollen, so wie die Alten schon immer den Jungen gegrollt haben, weil diese einfach nicht einsehen wollten, dass früher alles besser war. **FRANK DRIESCHNER**

Foto: Sipa Press (Teheran, 26.9.09)



GROSSER AUFTRITT: Irans Präsident Ahmadineschad letzte Woche bei seiner Rückkehr aus New York

Sie spucken auf Obamas Hand

Irans Führung fordert den amerikanischen Präsidenten heraus. Seine engsten Berater streiten über die richtige Afghanistan-Strategie. Barack Obama hat in aller Welt gewaltige Erwartungen geweckt. Noch fehlen greifbare Erfolge **VON MATTHIAS NASS**

Neue Enthüllungen über das iranische Atomprogramm. Streit unter den engsten Präsidentenberatern über Afghanistan. Ergebnislose Vermittlung zwischen Israelis und Palästinensern. Eben noch Vorsitz im UN-Sicherheitsrat zum Thema nukleare Abrüstung. Danach Gastgeber beim G-20-Treffen in Pittsburgh. Alles in drei Tagen. Die Verdichtung der Weltpolitik unter der Regie Barack Obamas ist beispiellos. Und ein wenig besorgniserregend.

Obama weiß, welche Hoffnungen auf seiner Präsidentschaft ruhen. »Diese Erwartungen gelten nicht mir«, gab er sich vor der UN-Generalversammlung bescheiden. Falsch! Er hat sie selbst geweckt, mit seinen grandiosen Reden und seinen pompösen Visionen. Das eigene Land wieder zu einen; alle Erdenbewohner in der gemeinsamen Verantwortung für den Planeten zusammenzuführen: Darunter hat er es nicht gemacht. In Prag hat er eine »Welt ohne Atomwaffen« beschworen, in Kairo einen »neuen Anfang zwischen den Vereinigten Staaten und den Muslims in aller Welt«.

Er hat die Menschheit mitgerissen. Sie hatte, nach acht Jahren Bush, auf einen wie ihn gewartet. Mit Obama gewann Amerika seine Glaubwürdigkeit und sein Ansehen zurück. Umso dringender stellt sich nun die Frage: Was bewirkt er im Konkreten? Amerikanisch formuliert: *Can he deliver?*

Nicht, dass er es bei Ankündigungen beließe! In einer mutigen Entscheidung hat er soeben den Verzicht auf die geplante Raketenabwehr in Polen und Tschechien erklärt. Er hat damit eine falsche Politik korrigiert. Denn ob das System wirklich in der Lage gewesen wäre, iranische Raketen im Flug zu zerstören, war mehr als zweifelhaft. Führende Wissenschaftler, unter ihnen zehn Nobelpreisträger für Physik, hatten Obama im Juli einen Brief geschrieben, in dem sie argumentierten, der Raketenschirm »würde wenig oder gar keinen Schutz bieten, nicht mal im Prinzip«.

Russland, das immer schon mutmaßte, die Raketenabwehr sei in Wahrheit gegen das eigene Land gerichtet, lobte Obama. Aber die Regierungen Polens und Tschechiens fühlten sich düpiert – und dass nicht nur, weil Obama seinen Verzicht auf die Stationierung in Anrufen um Mitternacht, noch dazu am 70. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Polen, verkündete. Der frühere tschechische Ministerpräsident sah darin ein Zeichen, dass die »Amerikaner nicht mehr so sehr interessiert sind an dieser Gegend«.

Springen die Vereinigten Staaten jetzt so mit ihren besten Freunden in Europa um?, fragten viele in Polen und Tschechien. Kritiker daheim wollten wissen, was Obama denn bei den Russen für den Verzicht herausgeschlagen habe. Etwa nichts?

Urananreicherung zu friedlichen Zwecken? Da lacht der Mullah!

Die Sache war wohl etwas klüger eingefädelt, als dieser Vorwurf unterstellte. Jedenfalls hielt nur einen Tag nach Obamas Ankündigung der neue Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen in Brüssel eine aufschlussreiche Rede. »Ich bin davon überzeugt, dass die Nato und Russland vor einem Neuanfang stehen und in Zukunft eine weitaus ergiebigere Partnerschaft genießen können«, sagte Rasmussen. Der Däne schlug allerlei konkrete Schritte zur Zusammenarbeit mit den Russen vor, darunter eine gemeinsame Raketenabwehr. Und Moskau erklärte schon einmal, die Stationierung von Iskander-Kurzstreckenraketen bei Kaliningrad aufgeben zu wollen.

So viel Aussöhnung ist also möglich, ein gutes Jahr nach dem Georgienkrieg und der Kontroverse um einen möglichen Beitritt Georgiens und der Ukraine zur Nato. Obama hat ein »Hirngespinst gegen die Wirklichkeit eingetauscht« (Fareed Zakaria in *Newsweek*) und damit die Beziehungen zu Russland entspannt. Was von großem Nutzen sein kann im gerade wieder eskalierenden Atomstreit mit Iran.

Denn wie Barack Obama, flankiert von Nicolas Sarkozy und Gordon Brown, am Rande des G-20-Gipfels enthüllte, hat Iran eine zweite geheime Anlage zur Urananreicherung gebaut. Diese befindet sich in Tunneln unter einem Gebirge nahe der heiligen Stadt Ghom. Irans Regime leugnet die Existenz der Anlage nicht, bestreitet nur, dass diese militärischen Zwecken diene. Da lacht sogar der Mullah! Jedenfalls schätzen westliche Militärexperten, in der Anlage könnten künftig 3000 Zentrifugen genügend Uran für den Bau einer Atombombe pro Jahr anreichern.

Und wieder melden sich Obamas Kritiker zu Wort: Ist das die Antwort Teherans auf seine Politik der ausgestreckten Hand? Verstehen die Hardliner in Teheran, die nach der gefälschten Wahl die Opposition auf den Straßen brutal niederknüppelten, eine andere Sprache als Härte? Spucken sie nicht auf die ihnen entgegengestreckte Hand – mit wüsten Drohungen gegen Israel, mit Raketentests und dem unbeirrten Weiterbau am nuklearen Arsenal? Demonstrieren sie Obama damit nicht, dass sie ihn für einen schwachen Präsidenten halten? Für einen zweiten Jimmy Carter?

In Wahrheit hat Obama mit seinem Gesprächsangebot die richtige Konsequenz aus der ergebnislosen Politik der Ära Bush gezogen. An diesem Donnerstag treffen sich amerikanische und iranische Diplomaten in Genf zum ersten Mal seit 30 Jahren zu offiziellen Verhandlungen – im Rahmen von Sechsergesprächen mit Teheran, zu deren Teilnehmern neben den fünf ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat auch Deutschland gehört. Obama will eine friedliche Lösung des Nuklearkonflikts, weil er um die verheerenden Folgen eines Militärschlags, auch eines israelischen Angriffs, weiß. Er darf sich allerdings nicht zum Narren halten lassen. Deshalb bereitet seine Regierung nun schärfere Sanktionen gegen Iran vor. Dafür braucht er die Russen. Und Präsident Dmitrij Medwedjew hat immerhin eingeräumt, manchmal seien Sanktionen »unausweichlich«.

Wenig würde Iran härter treffen als ein Lieferstopp bei Benzin. Denn paradoxerweise verfügt das reiche Erdölland nur über geringe Raffineriekapazitäten; wenn kein Benzin eingeführt werden kann, stehen die Autos auf Irans Straßen bald still. Obamas Problem: Während führende westliche Konzerne wie etwa BP kaum noch Benzin an Iran verkaufen, sind chinesische Staatsunternehmen eingesprungen. Von den täglich im Iran benötigten 120 000 Fässern Benzin liefern sie inzwischen rund ein Drittel.

Gefährlicher noch als der Konflikt mit Iran könnte für Obama die sich verschlechternde Lage in Afghanistan werden. Der Präsident hat den Kampf gegen die Taliban zu seinem Krieg gemacht. Ein ums andere Mal hat er verkündet, Afghanistan sei – im Unterschied zum Irak – ein »notwendiger Krieg«. Er sei Amerika von al-Qaida aufgezwungen worden und müsse gewonnen werden.

Aber wie? In Washington ist darüber bitterer Streit ausgebrochen. Amerikas höchster General in Afghanistan, Stanley McChrystal, hat in einer 66 Seiten langen geheimen Lageanalyse, die prompt der Presse gesteckt wurde, ein düsteres Bild gezeichnet. Den USA und ihren Verbündeten drohe am Hindukusch ein »Scheitern«. Schickten sie nicht umgehend mehr Soldaten, sei »eine Niederschlagung des Aufstands nicht mehr möglich«.

Eine vollkommen andere Strategie empfiehlt Obamas Vizepräsident Joe Biden. Er möchte die Truppenzahl mittelfristig reduzieren; Taliban und al-Qaida sollten vor allem aus der Luft bekämpft werden, so wie es jetzt schon im pakistanischen Grenzgebiet geschieht. Pakistan, das erste muslimische Land mit Atomwaffen, ist für Biden die viel größere Gefahr.

Der Afghanistankrieg geht ins neunte Jahr, und immer mehr Amerikaner zweifeln an seinem Sinn. Obama wirkt unschlüssig. »Die erste Frage lautet: Tun wir das Richtige?«, sagte er in einem CNN-Interview. Macht er der Debatte zwischen Generalität und Vizepräsident nicht sofort ein Ende, beschädigt er seine Autorität.

Schon wird in Washington wieder von »Vietnam« gewispert. Zur Pflichtlektüre unter Amerikas Strategen gehört derzeit das Buch *Lessons in Disaster* von Gordon M. Goldstein. Ähnlich schuldbewusst wie der verstorbene Verteidigungsminister Robert McNamara schildert der ehemalige Mitarbeiter von McGeorge Bundy, dem Sicherheitsberater Kennedys und Johnsons, darin, wie sich Amerika in den Vietnamkrieg verstrickte.

Kein Wunder, dass der Präsident über Afghanistan mit sich ringt. Obama will auch kein zweiter Lyndon B. Johnson sein.

Obama muss sich aber nicht nur nach Afghanistan und Iran fragen lassen. Israelis und Palästinenser sind trotz seines Drängens keinen Schritt aufeinander zugegangen. Nordkorea hat trotz seiner Bereitschaft zum Dialog im Mai einen zweiten Atomsprengsatz gezündet. Und neben den drängenden Regionalkonflikten hat er es ja auch noch mit den eigentlich ungleich wichtigeren globalen Herausforderungen zu tun: der atomaren Abrüstung (der US-Senat sperrt sich noch immer gegen eine Ratifizierung des Atomteststopp-Abkommens); dem Klimawandel (der Gipfel in Kopenhagen könnte scheitern, weil Industrie- und Schwellenländer sich über die Verteilung der Lasten nicht einigen); der Finanzkrise (Wall Street und Londoner City widersetzen sich strikten Regulierungen, weil sie um ihren Wettbewerbsvorteil fürchten).

Amerikas Politik ist polarisiert wie kaum je zuvor

Eine Agenda zum Fürchten! Schon ein von Wogen der Zustimmung getragener Präsident könnte sie kaum bewältigen. Aber Obama ist innenpolitisch geschwächt. Der Widerstand gegen seine Gesundheitsreform hat Zweifel an seiner Durchsetzungsfähigkeit geweckt. Vom ersten Tag seiner Präsidentschaft an haben die Republikaner auf seinen Appell zur Überparteilichkeit mit harter Konfrontation geantwortet. Amerikas Politik war selten so polarisiert wie heute.

Noch richten sich die Augen der ganzen Welt auf Barack Obama. Sein Angebot zur Zusammenarbeit wird als eine Wohltat empfunden nach der aggressiven, unilateralen Politik der Bush-Jahre. Aber nicht George W. Bush zu sein – nach neun Monaten im Amt ist das nicht mehr genug. Obama braucht einen vorzeigbaren Erfolg.

Den nötigen Pragmatismus bringt er mit. Auch die unverzichtbare Härte. Die Ausdauer sowieso. Andernfalls könnte er seinen »diplomatischen Zehnkampf« *(Economist)* auch nie und nimmer bestehen. Zumal in der Diplomatie die Wettkämpfe nicht schön nacheinander stattfinden, sondern alle gleichzeitig. Obama, das Idol, testet gerade seine Grenzen. Noch wollen ihn die meisten siegen sehen. Er weiß, wie schnell sich das ändern kann. Siehe Carter. Siehe Johnson.

BÜCHER MACHEN POLITIK

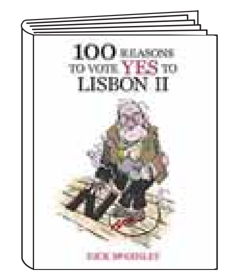
Für Carla!

Ein irischer Komiker findet 100 Gründe, dem Lissabon-Vertrag zuzustimmen **VON JOCHEN BITTNER**

Ein kleines Land beschleicht eine große Furcht. Immer mehr Iren sorgen sich, sie könnten aus der Europäischen Union herausgeworfen werden, wenn sie am 2. Oktober nicht Ja zum Lissabon-Vertrag sagen. In einem ersten Referendum hatten die Inselbewohner im Juni 2008 mit 53,4 Prozent die Kompetenzerweiterung für die EU abgelehnt. Mit einer größeren Mehrheit also, beharren die Lissabon-Gegner, als die, die Barack Obama ins Amt verhalf (52 Prozent).

Doch in einem zweiten Anlauf werden sie wohl zustimmen. Der Grund dafür heißt Angst. Und ausgerechnet das Buch eines populären Komikers hilft, sie zu schüren. »100 Gründe, bei Lissabon-II mit Ja zu stimmen«, heißt das Bändchen von Nick McGinley, einem auf der Insel bekannten Funk- und Fernsehclown. Das Buch schaffte es aus dem Stand in die Bestsellerregale. Dies einerseits, obwohl es über weite Strecken gründlich und zuverlässig über die Inhalte des Reform-Konvoluts informiert. Es widerlegt etwa die in Irland verbreitete Mär, mit Lissabon werde eine europäische Wehrpflicht eingeführt. »Unsere Neutralität ist ungefährdet«, klärt McGinley seine Landsleute auf, »unser Status als die Schweiz des Atlantiks, als das Schweden ohne gut aussehende Menschen bleibt unangetastet.« Ähnlich illusionslos demontiert McGinley die Sage, der Reformvertrag würde die Abtreibung legalisieren (obwohl das für die irische Ablehnung keine entscheidende Rolle spielte): »Auch kein Ungeborener wird eingezogen werden.«

Der zweite Grund für den Erfolg des Buches ist allerdings, dass McGinley eine angesagte irische Paranoia nährt. »Weil wir dann in der EU bleiben«, vermerkt er als Zustimmungsgrund Nr. 54. »Dieser Autor hat Angst, dass er keinen Job mehr hat, wenn er bei Grund Nummer 100 angelangt ist, also ja, es ist eine Taktik der Angst, aber die ist nun mal einer realen Lage geschuldet. Einer, in die wir uns selbst hineinmanövriert haben, und aus der wir uns nur mit der Hilfe anderer wieder werden herausbuddeln können.«



Nick McGinley: 100 Reasons to vote Yes to Lisbon II
Treshface Books, Dublin 2009; 232 S., 7 Euro

Irland hat in den vergangenen Jahren wie kein anderes europäisches Land von amerikanischen Direktinvestitionen profitiert. Jetzt, nach dem Krisensturz, ist Dublin gepflastert mit Plakaten, die eine schlichte Wahl insinuieren. Entweder Irland entscheidet sich für die EU – oder es geht unter. »I'm safer in Europe«, verkünden die Poster, »We belong« oder »YES for the economy«.

»Man kriegt richtig Angst vor diesen Slogans!«, sagt ein junger Ire mit Schlabber-T-Shirt und einem schwarzen Kleeblatt auf der Baseball-Mütze. Er putze, erklärt er, »gerade selbst Klinken«, weil er wie so viele Iren seinen Job verloren habe, und die Drohung, Irland werde sich im Falle eines zweiten No von der Schutzgemeinschaft der übrigen 26 EU-Staaten abkoppeln, mache ihn »echt nervös«. Genau dieser Folgenverkettung bedient sich auch McGinley. In seinem Buch ist ständig die Rede davon, beim anstehenden Referendum gehe es um die EU-Mitgliedschaft seines Landes. Darum aber geht es gerade nicht. Ohne Lissabon würde die EU weiter auf Grundlage des Nizza-Vertrages funktionieren.

Andere von McGinleys Sagt-Ja-Gründen dürfen dem irischen Wahlvolk eher einleuchten. Zum Beispiel: »Die britischen Konservativen wären angepisst.« Oder: »Weil Carla Bruni es will. Und was Carla will, bekommt sie.« Oder auch »Weil der Lissabon-Vertrag für einen breiteren Gen-Pool sorgt«. Insofern als: »Wenn wir wollen, dass unsere Söhne und Töchter grüne Augen haben, Wangenknochen, mit denen man Katzen häuten kann, lange Beine und eine Muskulatur, die mit bizarr wenig Training fit und straff bleibt, dann müssen wir alles tun, was in unserer Macht liegt, um Osteuropäer für langweilige graue irische Ortschaften zu begeistern.«

Das Hauptargument der Lissabon-Gegner hingegen ist ein eher unromantisches. Irland hat schon abgestimmt, sagen sie, schon Nein gesagt, und gemäß der EU-eigenen Bestimmungen sei der Vertrag damit hinfällig. Warum, fragen sie, soll man einer Institution mehr Macht geben, die offensichtlich besser darin ist, Regeln zu erlassen, als darin, Regeln einzuhalten? Irlands Katzen würden vermutlich etwas Ähnliches einwenden. Aber die fragt keiner.

Fotos: Peter Rigaud für DIE ZEIT; AP (u. l.)



»Der Westen hört uns nicht«

Václav Havel, der frühere tschechische Präsident, über den Zauber der friedlichen Revolution von 1989 und darüber, was von der Kraft der Freiheit geblieben ist

DIE ZEIT: Im Herbst 1989 warf Europa das Joch des Kommunismus ab, Sie waren einer der größten Freiheitskämpfer. Sind Sie zufrieden mit der Entwicklung dieser 20 Jahre – oder enttäuscht?

VÁCLAV HAVEL: Die grundlegenden Ziele, die wir angestrebt haben, sind Wirklichkeit geworden. Alle postkommunistischen Länder, auch meines, genießen jetzt die fundamentalen Freiheiten, die Volkswirtschaft ist privatisiert worden. Wir sind nun Teil einer europäischen Zivilisation, zu der wir uns immer zugehörig gefühlt haben. Dies alles bedeutet aber nicht, dass es nicht 1001 Dinge gibt, mit denen ich unzufrieden bin. Alles geht viel langsamer und mühsamer vor sich, als ich gehofft habe. Wir stecken noch immer in den Geburtswehen. Wir machen auch manchmal dem Westen das Leben schwer und kompliziert. Aber die Menschen im Westen sollten sich bewusst machen, dass es viel schlimmer wäre, wenn der Eiserne Vorhang geblieben wäre.

ZEIT: Welche Geburtswehen meinen Sie?

HAVEL: Es gibt Dinge, die wir nicht vorhersehen konnten. Wir haben ja auch den Kommunismus zum ersten Mal erlebt. Mich haben die mafiösen Spielarten überrascht, die bei der Privatisierung der Volkswirtschaften auftraten. Aber man muss eines bedenken: Eine Rechtsordnung basiert immer auf einer moralischen Ordnung. Wir waren seit Jahrzehnten demoralisiert. Da hätten selbst die allerbesten Gesetze nichts genützt.

ZEIT: Sind heute nicht vielmehr die Ideale von Freiheit und Demokratie in Gefahr, die 1989 zu triumphieren schienen? Putins Russland, die enttäuschten Hoffnungen in der Ukraine oder in Georgien – das alles muss Sie doch beunruhigen.

HAVEL: Wir erleben hier ganz neue Erscheinungen. Es gibt Tendenzen zu einer neuen Form von autoritären Regierungen, die sehr raffiniert sind. Formal läuft alles demokratisch ab, es gibt ein Parlament, es gibt Wahlen und politische Parteien. Aber es herrschen auch Seilschaften, in denen sich Nachrichtendienste, Oligarchen und die Polizei miteinander verbinden.

ZEIT: Was zeichnet diese Regime noch aus?

HAVEL: Sie haben in der Regel keine Ideologie. Brauchen sie doch eine, dann berufen sie sich willkürlich auf Symbole aus alten Zeiten wie beispielsweise Russland auf die zaristische Tradition. Ich glaube, dass hier Europa – und ich meine das westliche Europa, die alten Demokratien – große Möglichkeiten hat. Man darf nicht die Freiheit für Erdöl verkaufen.

ZEIT: Haben Sie diese Herausforderungen vorhergesehen?

HAVEL: Vor vielen Jahren, als ich sehr bemüht war, dass die Nato und die Europäische Union unsere mitteleuropäischen Länder aufnimmt, warnte ich davor, dass bei einer Ablehnung die Nationalisten an die Macht kommen, mit dem Argument: Seht ihr, der Westen will uns nicht haben, wir müssen unseren eigenen Weg gehen. Das hätte auch bei uns Nationalisten wie den kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman oder Slobodan Milošević in Serbien nach oben gebracht. So ist es nicht gekommen. Der brutale, primitive Nationalismus hat sich nicht ausgebreitet, stattdessen sind diese neuen raffinierten autoritären Regime entstanden, die viel gefährlicher sind.

ZEIT: Sie funktionieren über Einschüchterung.

HAVEL: Wie der König Ubu in dem Stück des französischen Schriftstellers Alfred Jarry sagt: Ich werde drei Schriftsteller hinrichten lassen, und die anderen 200 werden dann schreiben, was ich will. In Russland kann man etwas sehr Ähnliches erleben. Es sterben unter ungeklärten Umständen drei bis vier kritische Journalisten. Der Rest bleibt dann unkritisch. Die Frage ist, ob diese Versuche der Einschüchterung gelingen. Als ich in Moskau war, traf ich auf Menschen, die sich für Menschenrechte engagieren und kritisch sind. Es gibt auch machtunabhängige Zeitungen, aber die Regierung passt gut auf, dass es kleine Monatszeitschriften sind. Das, was die Meinung beeinflussen kann – zum Beispiel das Fernsehen –, wird sehr gut überwacht. Die Frage ist, ob das Regime diese kritische Kraft nicht unterschätzt. Meiner Erfahrung nach können die Don Quichottes unter gewissen Umständen doch einen größeren Einfluss auf die globale Entwicklung nehmen, als man denkt.

»Meine Erfahrung ist, dass der vermeintliche Erlöser und Retter gehasst wird, wenn er doch nicht erlöst oder rettet. Barack Obama sagte mir, dass er das allmählich selbst spürt«

ZEIT: Gehört nicht zum Erbe von 1989 auch, dass eines Tages die Ukraine und vielleicht sogar Georgien Mitglieder der Europäischen Union werden?

HAVEL: Organisationen wie die EU und die Nato sind zwar über Werte, aber zugleich über geografische Grenzen definiert. Die andere Frage ist, welche Länder überhaupt Mitglieder werden wollen und dazu reif sind. Weißrussland ist sehr weit entfernt von irgendeiner demokratischen Ordnung – Gott weiß, ob es einmal so weit sein wird. Bei Georgien ist die geografische Zugehörigkeit nicht deutlich, das Land hängt nur mit einem kleinen Zipfel im europäischen Raum. Ich glaube aber, dass man sich dem Land öffnen muss. Von der Türkei liegt ja auch nur ein kleines Stück in Europa, und die Türkei ist trotzdem Nato-Mitglied. Im Übrigen ist es keine Schande, wenn man den euro-atlantischen Organisationen nicht angehört. Neuseeland zum Beispiel beruht auf den gleichen Werten, die auch wir schätzen und achten, aber keiner käme auf die Idee, dass Neuseeland Mitglied der EU werden sollte.

ZEIT: Die Osterweiterung der EU ist immer das politische Programm der Mitteleuropäer gewesen. Was haben diese Mitglieder noch Besonderes für Europa zu bieten, wenn der Gedanke der Erweiterung an Anziehungskraft verliert?

HAVEL: Die neuen Länder sollten vor allem ihre Erfahrung einbringen. Sie wissen, was es bedeutet, in totalitären Systemen zu leben, wie totalitäre Tendenzen beginnen können und wie furchtbar es ist, unter solchen Umständen zu leben. Aber es scheint, dass sie davon nicht viel weitergeben konnten. Vielleicht sind wir nicht imstande, diese Erfahrung zu beschreiben. Vielleicht ist sie auch derart existenziell, dass man sie anderen gar nicht vermitteln kann. Oder aber der Westen will und kann uns nicht hören. Wenn der Hauptgedanke in der Wirtschaft nur der Profit ist, dann kann es passieren, dass diese Staaten die Augen und Ohren davor verschließen, weil sie von den Folgen einer Appeasement-Politik, einer Politik der Anpassung an Diktatoren, nichts wissen wollen.



»Ich habe mein ganzes Leben lang Hoffnung gehabt, das gehört zu meiner Person. Man verliert die Hoffnung nicht, wenn man kritisiert. Die Hoffnung hat man verloren, wenn einem alles egal ist«

ZEIT: 1989 hatte man das Gefühl, dass die Freiheit die ganze Welt erobern würde. Sind die Werte, für die Sie gekämpft haben, universal – oder sind das nur westliche Werte, die in China oder in der muslimischen Welt nicht gelten?

HAVEL: Man muss die universalen von den spezifischeren Werten unterscheiden. Ich meine, dass es eine Art moralisches Minimum gibt. Das sollte die Grundlage sein, auf der alle internationalen Verträge und die Weltordnung aufbauen. Teile davon sind in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte ausformuliert. Wenn Sie sich zum Beispiel die unterschiedlichen Religionen in der Welt anschauen, dann finden sie keine, die das Stehlen akzeptieren würde. Und die Religionen sind die Wurzeln der Weltkulturen. In der heutigen Welt, die so sehr verflochten ist, ist es sehr wichtig, nach diesen gemeinsamen Grundwerten zu suchen.

ZEIT: Als Sie vor 20 Jahren zum Staatspräsidenten gewählt wurden, waren ihre Reden voller Hoffnung. Nun klingt das, was Sie über den Westen sagen, sehr düster.

HAVEL: Hoffnung ist ein Geisteszustand, keine Prognose. Ich habe mein ganzes Leben lang Hoffnung gehabt, das gehört zu meiner Person. Aber das bedeutet doch nicht, dass ich nicht warnen kann. Mein Freund, der französische Philosoph André Glucksmann, sagt, Kassandra, die immer davon redet, was sich Schreckliches ereignen kann, verkörpert auch eine Art Hoffnung: Es gibt immer noch eine Wahl, man kann sich immer noch anders entscheiden. Man verliert die Hoffnung nicht, wenn man kritisiert. Die Hoffnung hat man verloren, wenn einem alles egal ist.

ZEIT: Barack Obama hat auf der ganzen Welt Hoffnung geweckt. Bei Ihnen auch?

HAVEL: Da gibt es eine Erfahrung, die ich selbst gemacht habe: Je mehr Hoffnung in einen Politiker gesetzt wird, desto mehr Wut richtet sich auf diesen Menschen, wenn nicht alles gelingt. Das habe ich Barack Obama auch bei unserem Treffen in Prag gesagt: Der vermeintliche Erlöser und Retter wird gehasst, wenn er doch nicht erlöst oder rettet. Obama meinte, dass er das schon allmählich spürt. Im Übrigen bin ich ein Sympathisant von Barack Obama. Dass es eine Obama-Manie gibt, ist ein gutes Signal. Es bedeutet, dass sich die Menschen eine bessere Alternative zum Bestehenden wünschen. Aber es birgt ein Risiko: Die Leute könnten denken, dass dieser eine Mensch alles für uns erledigt.

ZEIT: Aber gerade Obama räumt mit so vielem auf, was Ihnen wichtig war. Er sucht die Annäherung an autoritäre Regime wie China und Russland, er gibt die Pläne für eine Raketenabwehr in Tschechien und Polen auf, die Sie unterstützt haben.

HAVEL: Ich glaube nicht, dass dies im Widerspruch zu dem steht, was ich sage. Ich habe mich nicht dafür verkämpft, dass bei uns eine Radaranlage für die Raketenabwehr installiert wird. Was Russland betrifft: Ich bin davon überzeugt, dass man mit Russland sprechen und verhandeln muss, man sollte dies aber ganz offen tun. Vielleicht wird Obama Erfolg haben mit seinen Abrüstungsplänen, vielleicht aber nur um den Preis, dass er sich blind gegenüber dem stellt, was in diesen Staaten passiert. Das wird man vermutlich erst in vielen Jahren erfahren. Man kann sich bei alledem sehr täuschen. Über den amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter hat man zu seiner Zeit gesagt, er sei naiv, leichtgläubig gegenüber den Bösen in der Sowjetunion. Aber jetzt, im Abstand von mehreren Jahrzehnten, sieht man, dass der Eiserne Vorhang zu Carters Zeit anfing, durchlässiger zu werden, und dass seine Politik, die immer auf Menschenrechte setzte, sehr wichtig war. Heute weiß man um seine Verdienste, trotzdem hat er den Ruf des Naiven.

ZEIT: Sie sind auf ungewöhnliche Art Politiker geworden und haben Ihr Leben lang ein ambivalentes Verhältnis zur Politik gehabt. Würden Sie jungen Menschen heute raten, Politik zu machen?

HAVEL: Ich kann bei uns beobachten, dass sich eigentlich alle vor der Politik ekeln. Man will mit ihr nichts zu tun haben. Das halte ich für sehr ungut. Ab und zu frage ich bei Diskussionen mit jungen Leuten, wer von ihnen Politik machen würde. Von 1000 melden sich zwei bis drei. Ich sage diesen Leuten stets, dass sie sich engagieren sollten – und zwar im allgemeinen Interesse.

ZEIT: Was würden Sie ihnen als Rat geben?

HAVEL: Politik darf zu keiner Droge werden. Es ist fürchterlich, wenn ein Mensch sich schicksalhaft mit einer Funktion verbindet. Das ist ein Thema meines letzten Theaterstückes.

ZEIT: Sie meinen Ihr Werk *Odcházení,* »Abgang«.

HAVEL: Es handelt von einem Menschen, der sein Amt als Kanzler verloren hat. Für ihn bedeutet das den Weltuntergang. Ein Politiker darf sich aber nicht darüber freuen, dass er in einem Auto mit Blaulicht herumfährt – und er darf es nicht als Tragik empfinden, wenn das Blaulicht nicht mehr da ist.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN **ALICE BOTA** UND **JAN ROSS**

Dichter und Kämpfer

Da sitzt ein stiller Mensch in seinem Büro, um ihn herum lauter Fotos, die dokumentieren, wie laut doch sein Leben war: Václav Havel mit Papst Johannes Paul II., mit George W. Bush, mit Barack Obama. Havel wirkt zerbrechlich und zäh zugleich: **73 Jahre** ist er alt. Er wirkt jünger, aber gesund ist er schon lange nicht mehr. Mehr als vier Jahre hat er von 1977 an in der kommunistischen Tschechoslowakei im Zuchthaus gesessen. Der Schriftsteller Havel war einer der klarsten, unbeugsamsten, **einflussreichsten Dissidenten** des ganzen Ostblocks. Er schrieb anklagende Briefe an den Präsidenten Husák, er verfasste kritische Theaterstücke und war der führende Kopf der **Bürgerrechtsbewegung** Charta 77. Havel wollte versuchen, »in der Wahrheit zu leben«, 1989 stand er an der Spitze der **»samtenen Revolution«** (Foto unten) – eine Ikone des am Ende siegreichen Freiheitskampfes gegen das System. Seine Landsleute wählten ihn zum **Präsidenten**, bis 2003 blieb er im Amt. Havel ist bis heute ein politischer Mensch – ein normaler Politiker war er nie.



STIMME DES PROTESTS: Václav Havel 1988 in Prag

Micky-Mao

China feiert die Geburt der Volksrepublik vor 60 Jahren. Der Staatsgründer ist zur Pop-Ikone geworden **VON ANGELA KÖCKRITZ**



SCHARF: Ein Friseur in Zhengzhou bei der Herstellung eines patriotischen Haarschnitts

Foto (Ausschnitt): Chen Xiaodong/ChinaFotoPress/laif

Es soll die größte Feier werden, die das Land je gesehen hat. Seit Wochen trainieren Soldaten in eigens eingerichteten »Paradedörfern« den zackigen Marschtritt, Trainer messen gewissenhaft die Höhe der gestreckten Beine. Alles soll perfekt sein, wenn an diesem Donnerstag 180 000 Menschen zum Platz des Himmlischen Friedens in Peking ziehen, gefolgt von Panzern und allerneuestem Kriegsgerät. Präsident Hu Jintao wird die Volksrepublik preisen, die an diesem Tag ihr 60-jähriges Bestehen begeht. Und das heißt auch: die Herrschaft seiner Partei, der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Keine andere Partei der Welt, rühmen sich die Funktionäre, sei länger an der Macht. So ist diese Feier auch ein Fest der Überlebenden: Die KPCh hielt sich, als alle anderen untergingen, die Sowjets und der gesamte Ostblock. Keiner freilich wird zugeben, dass die KPCh nur auf eine Art überleben konnte: indem sie den Sozialismus über Bord warf.

Und inmitten all des Feierns und Jubelns wird stumm der eine liegen, mit dem das alles begann, in einem Mausoleum, das viel zu groß für seinen kleinen Körper ist, den Leib hundertmal geschminkt, hundertmal geflickt, denn damals, als man ihn präparierte, wusste keiner so recht, wie das ging; man spritze zu viel Flüssigkeit, bis die Haut an der Wange riss. Unzählige stehen Tag für Tag an, um einen kurzen Blick auf ihn zu werfen: Mao Tse-tung, der Große Vorsitzende, der Gründer der Volksrepublik. Und wenn ihn Hu Jintao preisen wird an diesem Tag, wird er viel von dem sprechen, was sie verbindet, nämlich der Wunsch, China groß und mächtig zu machen. Eine Frage aber wird er vermeiden: Was hat das China von heute mit Maos Visionen von Gleichheit und Sozialismus zu tun?

Wer ist dieser Mann für die Chinesen von heute? Interessiert sich noch jemand für ihn?

Es war ein müdes, hungriges Volk, dem Mao am 1. Oktober 1949 die Gründung der Volksrepublik verkündete. Gezeichnet von Jahren des Bürgerkriegs, der japanischen Invasion und einem schwindelerregenden Niedergang, den sich keiner so recht erklären konnte. Es war gerade einmal hundert Jahre her, dass China ein mächtiges Reich gewesen war, bis die Briten kamen und es im Opiumkrieg bezwangen. Andere Mächte folgten. Und das Reich begann zu taumeln.

»Das chinesische Volk ist ein weißes Stück Papier, um darauf zu zeichnen«

Von Mao erhofften sich die Menschen Einheit, einen vollen Bauch und Frieden. Er schenkte ihnen die Genugtuung, sich vom Einfluss fremder Mächte befreit zu haben, auf den Frieden aber sollten sie lange warten. Es war Maos Eifer, seine Überzeugung, dass der revolutionäre Mensch im Feuer des Aktivismus geboren werde, die sein Land nicht zur Ruhe kommen ließen. Das chinesische Volk, sagte er einst, sei wie ein weißes Blatt Papier, auf das man die schönsten Zeichen malen könne. Maos Wunsch, China über Nacht zur Industrienation zu machen, der Große Sprung nach vorn 1958, forderte 20 Millionen Hungertote. Seine Kulturrevolution zerriss das Land zehn Jahre lang.

Als sich Deng Xiaoping nach Maos Tod 1976 an die Macht lavierte, hatte er allen Grund Mao aus dem Pantheon der Partei zu verbannen – Deng und seine Familie hatten schwer unter der Kulturrevolution gelitten, sein ältester Sohn sitzt ihretwegen im Rollstuhl. Aber Deng wusste, dass er Mao brauchte, um die Legimität seiner Partei aufrechtzuerhalten.

Mao, so hieß es fortan offiziell, habe zu 70 Prozent richtig und zu 30 Prozent falsch gelegen. Was krude klingt, ist in Wahrheit eine sehr kluge Formel. Ermöglicht sie doch der Partei, Maos Ruhm für sich zu beanspruchen und sich gleichzeitig von seinen Schandtaten zu distanzieren – ohne sie genauer zu untersuchen und die Partei damit in Verlegenheit zu bringen. Teile von Maos Wirken wurden gleichsam der Geschichtsschreibung entzogen.

Dann holte ihn sich das Volk zurück. Anfang der neunziger Jahre war der Große Vorsitzende überall, die Folklore der Kulturrevolution im Schlepptau. Mao war zum frei schwebenden Symbol geworden. Künstler malten ihn, anfangs, um sich von ihren Traumata zu befreien, später auch, weil sie merkten, dass sich ein wenig Subversion im Westen glänzend verkaufte. Teenies singen seine Lieder in Karaokeklubs, Taxifahrer hängen sein Amulett an ihre Rückspiegel, es soll vor Unfällen schützen. Längst ist der Große Vorsitzende im Pantheon chinesischer Volksgottheiten angekommen, er ist nicht der erste Staatsmann, der dort landet. Bauern errichteten ihm Tempel, die die Partei später schließen sollte. Findige Restaurantbesitzer eröffnen Mickey-Mao-Cafés und Kulturrevolutionsrestaurants, in dem als Rote Garden verkleidete Kellner servieren.

Es ist, als schillerte in Maos komplexem Charakter etwas, in dem sich viele Chinesen wiederfinden können. Mao ist der Bauer und Revolutionär, der Lehrer und Staatsmann, der Krieger und Kalligraf, der Schlaflose, der Getriebene, der dem Tod durch den Konsum unzähliger Liebhaberinnen entrinnen wollte. Er ist der Romantiker mit der eisernen Disziplin, der Desperado, der Unzählige in den Tod schickte, ein Chinese, der die Tradition seines Landes zerstören wollte und sie gleichzeitig doch liebte. Mao kann alles für jeden sein, gerade weil sein Wirken, vor allem aber seine Verbrechen in China niemals wirklich aufgearbeitet wurden. Das Mao-Fieber der frühen Neunziger ist mittlerweile abgeklungen, weg aber ist der Große Vorsitzende noch lange nicht. Gerade ist in China ein großes Geschichtsepos in den Kinos zu sehen, ein Lehrstück über die Gründung der Partei.

Ein Mao-Bild kann auch heute noch alles bedeuten: Pop, Kommerz, ein wenig Subversion, aber auch Protest. Denn noch immer demonstrieren Bauern und Rentner mit Maos Bild in Händen. Die Botschaft dabei ist klar: Wer für Mao ist, ist gegen die Reformpolitiker, die die Herrschaft ihrer Partei eben gerade dadurch retten konnten, dass sie sich für den kapitalistischen Weg entschieden. Wer sein Bild in Händen hält, klagt das neue Parteiestablishment an: Weil es das Versprechen der Gleichheit nicht erfüllt, das Mao einst gegeben hat.

Der Große Vorsitzende ist im Pantheon der Volksgottheiten angekommen

Die Partei legitimiert sich durch das sagenhafte Wirtschaftswachstum, doch je reicher das Land wird, desto stärker wächst auch die Ungleichheit. Eine Ungleichheit, die längst nicht nur ökonomisch ist, sondern alle Facetten des Daseins berührt, vom Gesundheitswesen bis zur Justiz. Entrechtete Bauern und wütende Wanderarbeiter protestieren dagegen, Intellektuelle sammeln sich links der Partei, um sie an die Ideale zu erinnern, die sie beansprucht. Sie, die sich weitgehend von sozialistischen Slogans verabschiedet hat, hat einen konfuzianisch inspirierten Begriff gefunden, um ihre Vision zu beschreiben: »die harmonische Gesellschaft«. Im Gegensatz zur Gleichheit hat die harmonische Gesellschaft den Vorteil, nichts konkret zu versprechen. Harmonisch kann vieles sein, solange sich keiner allzu laut beschwert.

Maos China hat viele auf der Welt erschreckt, das neue, nach-maoistische China verlangt Achtung für seine Leistungen. Nicht ohne Grund: Die Chinesen haben in den vergangenen Jahrzehnten Unglaubliches geleistet, und die Führung war etwa klug genog, Taiwan nicht den Krieg zu erklären. Doch darf man deswegen, wie einige jetzt vor der Frankfurter Buchmesse fordern, Repression und Ungerechtigkeit mit dem Argument entschuldigen, China befinde sich eben erst auf dem Weg zu Freiheit und Gerechtigkeit? Darf man weghören, wenn Wanderarbeiter, Minderheiten oder Bauern über Unrecht klagen? Der südafrikanische Bischof Desmond Tutu, der gegen die Apartheid kämpfte, hat einmal bemerkt: »Wenn du einen Elefanten auf eine Maus treten siehst und für Neutralität plädierst, stehst du in Wirklichkeit auf Seiten des Elefanten.« Nach dieser humanen Moral wird man übrigens in Maos Werk vergeblich suchen.

Siehe auch Zeitläufte, Seite 88

www.zeit.de/audio

ZEITGEIST

»Yes we can!«

Das Wahlvolk ist realistischer, als Merkel und die SPD wähnen, glaubt **JOSEF JOFFE**

STANFORD, KALIFORNIEN *»A Mandate for Change«*, meldete das *Wall Street Journal* am Montag auf Seite eins (der *New York Times* war die Wahl in Deutschland nur eine Spalte auf der vier wert). Ein richtiges Ja zum Wandel ist ein Vorsprung von vierzig Sitzen für Schwarz-Gelb nicht. Bedeutsamer ist das Nein zu Rot-Rot-Grün, das in der Gesamtheit für Beharrung steht – oder gar, wie die Linke, für ein »Zurück in die Zukunft« der fetten, verteilungsfrohen Sechziger und Siebziger. Das Wörtchen »Globalisierung« kannte der Duden damals noch nicht.

Das Überraschende an diesem Verdikt ist der Realismus des Wahlvolks. Angesichts der bitteren Wirtschaftszahlen hätte man eine »strukturelle« Linksmehrheit erwarten dürfen – ein Ja zu den Parteien, die die schützende Hand des Staates angeboten haben. Irgendwie ahnen die Wähler, dass die höchste Neuverschuldung aller Zeiten das Füllhorn des Staates durchlöchert hat. Es steckt nicht mehr viel Luft in einem Abgabensystem, das Lieschen Müller die Hälfte ihres Bruttos wegnimmt. Oder in einem Haushaltsdefizit, das (im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung) größer ist als das italienische. Eine Milliardenbürgschaft für Opel, aber Pleiten für den Mittelstand? Nur noch Sonnen- und Windenergie? Dieses Land lebt doch viel stärker von seinen klassischen Industrien als die Dienstleistungsländer Amerika und England. Und wenn der Staat so schlau ist, warum haben dann ausgerechnet die Landesbanken mehr Kapital verjuxt als die Bundesbürger?

Die Wähleranalysen zeigen denn auch, wo's langgehen soll. Über die Hälfte der Wähler von Union und FDP haben Schwarz-Gelb mehr wirtschaftspolitisches Können zugeschrieben als dem Verlierer-Trio – mit Abständen von bis zu 35 Punkten. Bloß: Ein »Mandat« ist der komfortable, aber knappe Vorsprung nicht, auch wenn die FDP das beste Ergebnis aller Zeiten verbucht hat (das zweitbeste gab es 1961, in einer Anti-Adenauer-Wahl). Was dann?

Es war vor allem ein Signal an Angela Merkel, die mit einem Minus von 1,5 Prozentpunkten für die CDU einen Klaps abkriegte: »Bitte nicht ganz so timide, wir sind realistischer, als Sie glauben.« Wie weit sie bis 2013 dem Reformismus frönen wird, hängt allerdings mehr von der geprügelten SPD als von der FDP ab, die »vor Kraft nich mehr loofen kann«, wie der Berliner sagt.

Groß ist nun die Versuchung der ältesten deutschen Partei, die Linke in der Opposition links zu überholen. Das wird nicht funktionieren. Die



Foto: Mathias Bothor/photoselection

JOSEF JOFFE ist Herausgeber der ZEIT

SPD hat besonders schlecht bei den Jungen abgeschnitten und besonders gut bei den Hauptschulabsolventen und Rentnern. Diese Gruppen verdienen Schutz, aber die Zukunft lässt sich mit ihnen nicht erobern. Noch keine sozialdemokratische Partei – ob in England, Amerika oder Frankreich – hat seit 1992 allein mit den Abstiegsgefährdeten die Macht errungen. Es muss »Fürsorge plus« sein, und das »Plus« ist eine Botschaft an Aufsteiger und Mittelschicht. So konnte Bill Clinton 1992, Tony Blair 1997 und Barack Obama 2008 mit *»Change!«* siegen. Diese Losung war, obwohl verhalten, auch am Sonntag zu hören. Sie gilt Merkel wie der SPD.



Foto: Getty Images

HEUTE: 29.9.2009

Verlorene Tochter

Geschichte schafft Leid. Eine Greisin, das Haar schlohweiß, die Haut dünn wie Pergamentpapier, eine Tochter, die Hände warm und zupackend, die Bluse von den Tränen der Mutter befleckt. Endlich darf sie die Arme um ihre Mutter schließen, wenn auch nur für eine kurze Zeit. Sie sind getrennt, weil ein Staat sich einst trennte: Vor mehr als 50 Jahren wurden Süd- und Nordkorea zu erbitterten Feinden und Menschenleben, irgendwo dazwischen, zu Tragödien. Aber manchmal geben selbst die schlimmsten Feinde nach. Endlich kommen getrennte Familien zusammen, wenn auch nur für einen kurzen Augenblick. Denn in wenigen Tagen schon wird jede in ihr Land zurückmüssen, die Tochter in den Norden, die Mutter in den Süden, ohne zu wissen, ob sie die nächste Chance zum Wiedersehen noch erleben wird. **ABT**

Koalition der Quertreiber

Eine Intrige in London und Prag soll den Lissabon-Vertrag verhindern. Ein böser Witz **VON JOCHEN BITTNER**

Da dachten Europas Regierungen, mit den Iren seien die letzten Rebellen gegen den Lissabon-Vertrag niedergerungen. Am 2. Oktober wird auf der Insel ein zweites Mal abgestimmt über die Europäische Verfassung (die nicht mehr so heißen darf, seit Franzosen und Niederländer sie 2005 abgelehnt haben). Und diesmal sieht es – der Wirtschaftskrise sei Dank – so aus, als sagten die Inselbewohner Ja. Endlich, nach fast acht Jahren Juristen- und Regierungskonferenzen, schien der Vertrag damit besiegelt. Bis zur vergangenen Woche. Da schlossen plötzlich zwei Quertreiber einen Gegenpakt.

Der Tory-Führer David Cameron, der im Falle von Neuwahlen im Mai der nächste britische Premierminister werden könnte, bot dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus in einem handgeschriebenen Brief eine Koalition der Unwilligen gegen Europa an. Wenn er, Klaus, die Unterschrift zum Lissabon-Vertrag in Tschechien noch ein paar Monate hinauszögere, dann werde er, Cameron, das Machwerk dem britischen Volk alsbald zum Fraße, nein: zur Abstimmung vorlegen. Damit wäre das Reformwerk endgültig erledigt. Dass Klaus auf genau diese Verabredung gewartet hat, ist kein Geheimnis. Seit Monaten lässt der glühende Regulierungsfeind mithilfe von Parteifreunden eine Klage nach der anderen gegen den Vertrag ins tschechische Verfassungsgericht tragen, um die Ratifizierungsurkunde nicht unterzeichnen zu müssen. Bisher hofften Brüsseler Beobachter, der selbst ernannte »EU-Dissident« werde nicht die Kaltblütigkeit besitzen, Lissabon tatsächlich zu verhindern. Sie könnten sich geirrt haben.

Es gibt Gründe, nicht nur die Art und Weise, wie der Lissabon-Vertrag zustande kam, zu kritisieren. Die neue Bedienungsanleitung für die Europäische Union ist ein tiefer Einschnitt. Die EU-Staaten erhalten die Macht, per Mehrheitsentscheidung Gesetze für andere EU-Staaten zu erlassen, die in die Grundrechte von Bürgern eingreifen, ohne dass ein entsprechender Zuwachs an demokratischer Mitbestimmung gesichert wäre. Das kann man wollen. Aber man muss es wissen. Die meisten Europäer wissen es nicht, weil es eine europäische Debatte, die über die Eliten hinausgekommen wäre, nicht gegeben hat. Das war ein Fehler. Aber der macht die Klaus-Cameron-Intrige nicht richtig.

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet ein Brite und ein Tscheche die weitere Integration der EU stoppen wollen. Großbritannien regierte noch zu Anfang des vergangenen Jahrhunderts das größte Imperium, das sich je über die Welt erstreckte. Einer historisch derart kraftvollen Nation erscheint der Gedanke, Souveränität an einen supranationalen Pool abzugeben, bis heute schlicht widernatürlich. Und Václav Klaus fühlte sich den Großteil seines Lebens als Opfer eines *evil empire.* Warum, fragte der Tscheche unlängst bei einem Besuch in Brüssel recht unverblümt, solle sich seine gerade erst befreite Nation als Nächstes einer »EUdSSR« unterwerfen?

Mögen die Motive der beiden auch nachvollziehbar sein, ihre Methode ist es nicht. Sie unterstellen der EU, sich undemokratisch zu gebaren. Und was tun sie? Sie schwören sich einen Blutsbund wie zwei mittelalterliche Fürsten. Der Prinz von Westminster verbringt dem Herrn des Hradschin eine geheime Botschaft, die Brieftaube macht unterwegs (welch Zufall!) Pause in einer Zeitungsredaktion, und schon macht die Kunde die Runde. Und diese Herren wollen anderen vorwerfen, sie betrieben Hinterzimmerpolitik?

Der Lissabon-Vertrag wird den Europäern übergestülpt? Vielleicht. Aber was Klaus & Cameron sich erlauben, entlarvt eine geradezu vordemokratische Abgehobenheit. Cameron maßt sich an, die Geschicke eines Kontinents zu wenden, ohne überhaupt in ein Kabinett gewählt zu sein. Und Klaus nutzt ebendiese Anmaßung in der Absicht, einen Beschluss sowohl der Prager Abgeordneten wie auch des Verfassungsgerichtes zunichte zu machen.

Der Lissabon-Vertrag enthält manch Falsches? Mag sein. Aber 26 Regierungen und Parlamente (einschließlich des britischen Unterhauses) haben ihm zugestimmt, und auf dem Respekt vor diesen souveränen Institutionen ruhte bisher keine Kleinigkeit: die Herrschaft des Rechts. Wenn die Iren dem Vertrag zustimmen, müsste David Cameron die bereits hinterlegte britische Ratifizierungsurkunde zurückziehen, um eine Volksabstimmung lostreten zu können. Der Schaden, den er damit für Europa anrichtete, wäre größer als jeder, den ein Lissabon-Vertrag je bringen könnte. Es wäre der Bruch eines Siegels, auf das sich 26 Nationen verlassen haben. Warum sollten, wenn Cameron so handelt, die europäischen Regierungen einander in Zukunft noch vertrauen?

Die Europäische Union mag Webfehler haben. Die Rechtssicherheit, die bisher zwischen ihren Mitgliedern herrschte, ist keiner davon. Der Pakt des Briten und des Tschechen ist häßlicher als alles, was sie der EU vorwerfen.

BERLINER BÜHNE

Unter den Windeln

Wer hat die FDP so stark gemacht? Die Flaneure auf der Friedrichstraße!

Neidlos anerkennen wir, dass die *Süddeutsche Zeitung* als Einzige herausgefunden hat, wer die FDP wirklich gewählt hat. Wir müssen gestehen, dass wir bisher nicht so intensiv »die Welt der Galeristen, Filmproduzenten, Kuratoren und Meinungsmacher aus der Rennstrecke zwischen den Restaurants Borchardt und Grill Royal« im Blick hatten, wenn wir über die 14,6 Prozent für die FDP meditierten. Auf dieser Meile aber, so die *Süddeutsche*, haben sich deren Wähler all die Zeit getummelt, am Tage im idyllischen Außenbezirk Nikolassee schlafend, weil die »rauchfreien Lounges mit den würfelförmigen Sitzen« in Prenzlauer Berg oder Mitte inzwischen von Schwangeren und plärrenden, die Computer vollsabbernden Kindern bevölkert sind. Das fiel dem FDP-Wähler natürlich »auf die Nerven« und hat ihn sehr »in seiner Arbeit behindert«. Gründe genug, keine Volkspartei zu wählen. Borchardt und Grill liegen einen guten, vielleicht zwei Kilometer voneinander entfernt. Selbst wenn man nicht alle der 6 313 023 Zweitstimmen für die FDP auf dieser Strecke unterbringen kann, muss die kreative FDP-Dichte auf dieser hauptstädtischen Meile doch erheblich sein. Was für ein gewaltiger Haufen Laptops, Malpinsel, Speisekarten, Stifte und Drehbücher, der sich die Friedrichstraße hinauf und hinabwälzt! Zum Grill Royal und zum Borchardt zurück, den Kathedralen des Liberalismus. Wir hätten nie gedacht, dass alle diese Speisekarten und Pinsel Fans von Rainer Brüderle sind. Familienpolitik muss die FDP im Lichte dieser Erkenntnisse auch nicht mehr machen. **THOMAS E. SCHMIDT**

DAMALS: 1968



Fotos: Henning Christoph/Das Fotoarchiv; dpa (u.)

Verlorener Sohn

Geschichte schafft Leid. Eine Frau, die Haare grau, die Hände gegerbt, die Augen für einen Augenblick so jung wie die eines Mädchens. Sie leuchten, denn vor sich sieht sie das, was ihr das Liebste sein dürfte: ihren Sohn. Elf Jahre lang hat sie ihn nicht gesehen, nicht im Arm halten, nicht über sein Haar streichen dürfen. Die Geschichte hat sie getrennt, sie, eine Oberschlesierin, fand sich nach 1945 auf polnischem Staatsgebiet wieder, Stalin hatte die Grenzen vom Osten nach Westen verschoben, Churchill und Roosevelt ihn gewähren lassen. Sie blieb in Polen, der Sohn in Deutschland. Nun endlich sind sie wieder vereint, in einem Auffanglager in Friedland in Niedersachsen finden sie wie Tausende andere zusammen, halten sich fest, lassen sich nicht mehr los und trotzen der Geschichte. **ABT**

Helft nicht den Hardlinern

Die politischen Auseinandersetzungen in Iran sind noch längst nicht vorbei. Aber der Westen läuft Gefahr, die falsche Seite zu stärken **VON TIMOTHY GARTON ASH**

Eines steht fest: Die Menschen, die Iran zum Besseren verändern werden, sind die Iraner selbst. Die Worte eines amerikanischen Präsidenten vor der UN-Vollversammlung in New York können dies nicht bewirken. Europäische Verhandlungen oder Sanktionen können dies nicht bewirken. Israelische Bomben auf iranische Nuklearanlagen werden dies mit Sicherheit nicht bewirken. Aber die Menschen in Iran: *Yes, they can!*

Das hatten sich Millionen Iraner vorgenommen, als sie im Sommer auf die Straßen zogen. Und einige von ihnen versuchen es noch immer. Schläge und Erschießungen, Folter und Vergewaltigungen, die Inhaftierung Tausender Aktivisten und ein grotesker Schauprozess gegen führende Reformpolitiker – nichts konnte daran etwas ändern. Die Möglichkeiten für Demokratie und Demokraten außerhalb Irans, der »Grünen Bewegung« direkt beizustehen, sind eng begrenzt. Aber das erste Prinzip unserer Iranpolitik muss sein, jedenfalls nichts zu tun, was den Kampf der Opposition für den friedlichen Wandel erschwert. Halten wir uns an den hippokratischen Eid: »Zuallererst, füge kein Leid zu.«

Präsident Obama hat seine Diplomaten zu Recht angewiesen, mit Iran »ohne Vorbedingungen« über atomare Fragen zu verhandeln. Das hätten die USA schon längst tun sollen. Aber europäische Mächte verhandeln schon seit Jahren mit Teheran, ohne etwas erreicht zu haben. Während uns die Islamische Republik mit einer Verhandlungstaktik im Stile des Teheraner Basars bei der Stange hielt, hat das Regime immer neue Zentrifugen in Gang gesetzt. Damit ist der Zeitpunkt immer näher gerückt, zu dem Teheran sich für den Bau von Atombomben entscheiden kann.

Die Verhandlungen sollten fortgesetzt werden. Aber die USA und Europa dürfen nichts tun, was Mahmud Ahmadineschad, dem Nutznießer der Wahlfälschungen, auch nur das kleinste bisschen Legitimität verleihen würde. Erst recht dann nicht, wenn dabei nichts weiter herausspringt als ein paar neue hohle iranische Versprechungen nuklearer Zurückhaltung. Vor zwei Wochen erst feierte Ahmadineschad den »Jerusalemtag« mit den Worten, der »Vorwand« für die Gründung Israels – also der Holocaust – sei »falsch … Er ist eine Lüge, die auf einer unbeweisbaren und mythischen Behauptung gründet«.

Ein Lehrbuchbeispiel für das, was Demokratien nicht tun sollten, hat im vergangenen Jahr ein Joint Venture von Siemens und Nokia namens Nokia Siemens Networks geliefert. Das Unternehmen verkaufte dem iranischen Regime ein ausgeklügeltes System, das zur Überwachung des gesamten Internets, von E-Mails und Sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter eingesetzt werden kann, wie sie gerade von den Protestierenden in Iran viel genutzt wurden. Das ist die moderne Entsprechung des Verkaufs von Giftgas an einen Diktator. Um es ganz klar zu sagen: Siemens, ein Unternehmen, das in der NS-Zeit Sklavenarbeit nutzte, verkaufte einem Präsidenten, der den Holocaust leugnet und gesagt hat, Israel sollte von der Landkarte getilgt werden, die Hilfsmittel, mit denen er junge Iraner verfolgen kann, die für die Freiheit ihr Leben riskieren. So etwas sollte nie wieder geschehen.

Beobachter der Situation in Iran benutzen zuweilen das Bild eines Wettrennens zwischen zwei Uhren: hier die »Nuklearuhr«, dort die »Demokratieuhr«. Wie die jüngsten Offenlegungen über eine weitere unterirdische Atomanlage zeigen, ist es dem iranischen Regime gelungen, die Nuklearuhr schneller zum Ticken zu bringen, als es viele Beobachter im Westen für möglich gehalten hatten – ungeachtet aller Verhandlungen und Sanktionen. Aber zugleich haben die Menschen in Iran jetzt auch die Demokratieuhr in einer Weise in Gang gesetzt, mit der die meisten westlichen Diplomaten nie und nimmer gerechnet hätten. Tausende Oppositionelle gingen vor zwei Wochen auf die Straße, gemeinsam mit den drei bekanntesten Oppositionsführern, die noch auf freiem Fuß sind. Mit weiteren Demonstrationen wird zu Semesterbeginn gerechnet.

Bei den Protestierenden handelt es sich nicht bloß um ein paar junge Leute mit grünen Stirnbändern. Die obersten Führungszirkel des islamischen Regimes sind gespalten; die Autorität des Obersten Rechtsgelehrten wird infrage gestellt wie nie zuvor. Säulen des islamischen Establishments wie Ali Akbar Haschemi Rafsandschani stehen im Konflikt mit Ahmadineschad und den Revolutionsgarden.

Iran wird sich gleichwohl nicht so bald in eine liberale Demokratie westlichen Zuschnitts verwandeln (ebenso wenig wie Afghanistan oder der Irak). Möglich ist jedoch eine Mischung aus Reform und Revolution – eine »Refolution«. Auf diese Weise könnten im merkwürdigen politischen Mischsystem der Islamischen Republik die republikanischen Elemente gestärkt und die islamistisch-revolutionären geschwächt werden. Derzeit geschieht genau das Gegenteil. Nachdem sich Ajatollah Chamenei mit seiner theokratischen Autorität hinter Ahmadineschad gestellt hat, ist die Waage zugunsten der islamistisch-revolutionären Seite ausgeschlagen. Das bestmögliche Ergebnis einer »ausgehandelten Revolution« in Iran wäre eine entscheidende Verschiebung der Gewichte in die andere Richtung: mehr Republik, weniger Islamismus.

TIMOTHY GARTON ASH lehrt Geschichte am St. Antony's College in Oxford und an der Universität Stanford

Das wäre ein besserer Iran für die Iraner – aber wäre es auch ein besserer Iran für den Rest der Welt? Skeptiker meinen, es gebe nur wenig Anhaltspunkte dafür, dass die Reformkräfte in Iran in der Nuklearfrage weniger militant nationalistisch auftreten würden. Mohsen Makhmalbaf, ein Sprecher der Grünen Bewegung, veröffentlichte unlängst eine Erklärung, in der es heißt: »Die Grüne Bewegung in Iran will keine Atombombe.« Es wäre allerdings hilfreich, wenn die Oppositionsführer konkreter würden.

Noch einmal: Die demokratischen Staaten haben nur begrenzte Möglichkeiten der direkten Einflussnahme auf den politischen Wandel in Iran. Umso wichtiger ist es, die indirekten Wege zu nutzen. Einen wichtigen Schritt hat jüngst die britische Regierung getan, indem sie das erstklassige persischsprachige Satellitenfernsehprogramm der BBC finanziert, das sich innerhalb kürzester Zeit zu einer unentbehrlichen Nachrichtenquelle für die Iraner entwickelt hat.

Wenn allerdings die iranische Opposition allzu direkte Unterstützung von Washington oder London erhält, dann wird dies nur den Anhängern Ahmadineschads Glaubwürdigkeit verleihen, die ohnehin behaupten, die Reformkräfte und die Grüne Bewegung seien Werkzeuge des »großen Satans« Amerika und des »kleinen Satans« Großbritannien. Vielleicht reagierte Präsident Obama deshalb auf die iranischen Proteste im Sommer dieses Jahres ein wenig zu zurückhaltend. Aber er verfehlte den richtigen Ton allenfalls geringfügig. Vor der UN-Vollversammlung sprach er in der vergangenen Woche von »den Rechten der Menschen überall, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen«. Genau darum geht es.

Wir dürfen also einem illegitimen Präsidenten keine Legitimität verleihen. Wir sollten nicht einseitig auf die Karte der Demokratie setzen, aber ebensowenig allein Verhandlungen favorisieren. Jeden diplomatischen Zug sollten wir auf seine Auswirkungen auf den brisanten politischen Prozess in Iran prüfen. Wenn sich schärfere Sanktionen so ausgestalten lassen, dass sie den Druck auf Ahmadineschad erhöhen, dann ist das ein doppelter Nutzen; wenn militärische Maßnahmen die Hardliner stärken, dann ist das ein weiteres Argument gegen militärische Maßnahmen.

Vielleicht müssen wir uns in einem Jahr eingestehen, dass die »Refolution« in Iran tatsächlich niedergeschlagen wurde – zumindest vorläufig. Aber so weit ist es noch nicht. Die Auseinandersetzung innerhalb Irans ist bei weitem noch nicht vorbei. Wie sie ausgeht, hängt nicht von uns ab. Aber zumindest sollten wir nichts tun, was der falschen Seite zum Sieg verhilft.

AUS DEM ENGLISCHEN VON **TOBIAS DÜRR**

WIDERSPRUCH

Von Obama lernen

Die deutsche Politik braucht Mut – und große Ziele **VON DIRK KERBER**

In ihren Artikeln *Kein Wort zum Sonntag* und *Das Volk sind wir* (beide *ZEIT* Nr. 40/09) kritisieren Giovanni di Lorenzo und Susanne Gaschke, die Kritik an der Politik, die an Stammtischen und in den Medien geäußert werde, sei oft überzogen und ungerecht. Das mag ja sein. Doch der Vorwurf, dass dies lediglich auf der Selbstgefälligkeit der Kritiker und der Sucht des Publikums nach Unterhaltung beruhe, ist es gleichermaßen, denn er verkennt, dass es sehr wohl berechtigte Gründe für das weitverbreitete Unbehagen an der gegenwärtigen Politik gibt.

Ging es früher um große Linien und Entwürfe, welche den Bürgern von den Parteien zur Abstimmung vorgelegt wurden (erinnert sei etwa an Willy Brandts »Mehr Demokratie wagen«), reduziert sich Politik heute zumeist auf Krisenmanagement. Das ist zwar nicht wenig angesichts zahlreicher globaler Krisen wie dem Klimawandel oder der Energieknappheit – es ist aber nicht genug, um Identifikation zu stiften.

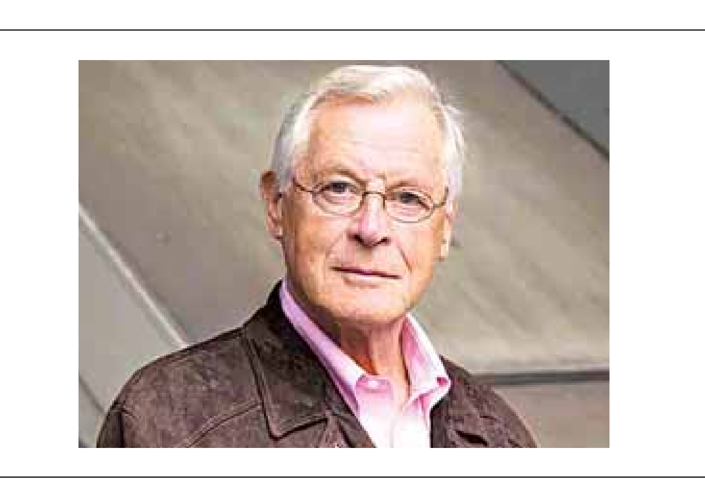
Wo sind denn Politiker, die sich noch zutrauen, große Ziele zu formulieren – wie etwa ein Bildungssystem, das Freude an Bildung zum Leitbild erhebt und nicht in erster Linie der sozialen Selektion dient? Und wo wäre der Politiker, der den Gedanken eines Europas vertritt, das keinen Krieg gegen Flüchtlinge führt, sondern seine Grundwerte wirklich ernst nimmt?

Dass sich Mut zu Visionen auszahlt und Begeisterung für Politik entfachen kann, hat uns letztes Jahr die Präsidentschaftskandidatur von Barack Obama gezeigt: Mit seinem Plädoyer für *»change«* und seiner Ermutigung *»Yes we can!«* hat dieser amerikanische Politiker es vermocht, gerade aus der Schwierigkeit der Herausforderungen eine Aufbruchstimmung zu erzeugen, ohne dabei in Vereinfachung und Populismus zu verfallen.

Politikern, denen etwas Ähnliches hierzulande gelänge, könnten sicher auch das deutsche Wahlpublikum begeistern und würden wohl von der Medienzunft besser beurteilt werden als unsere derzeitigen Repräsentanten.

Dirk Kerber ist ZEIT-Leser in Darmstadt

Jede Woche erscheint an dieser Stelle ein »Widerspruch« gegen einen Artikel aus dem politischen Ressort der ZEIT, verfasst von einem Redakteur, einem Politiker – oder einem **ZEIT-Leser.** Wer widersprechen will, schickt seine Replik (maximal 2000 Zeichen) an widerspruch@zeit.de Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor


Foto: Jakob Börner für DIE ZEIT

Köpfe der ZEIT:

THEO SOMMER, 79 JAHRE

In Washington hat er gerade an einer Fernsehsendung zum Mauerfall teilgenommen und mit US-Diplomaten diskutiert, was das politische Amerika bewegt: die Parallelen zwischen Afghanistan und Vietnam. Nächste Woche reist er auf den Balkan, dann nach Delhi. Theo Sommer, seit 2000 Editor-at-Large, ist ein passionierter außenpolitischer Journalist geblieben. Seit über 50 Jahren gehört er zur ZEIT, wurde ihr Politikchef, ihr Chefredakteur für 20 Jahre und ihr Herausgeber. Vor allem aber war und ist er ihr großer Anreger, ein glänzender Beobachter und Analytiker – und ein wunderbarer Geschichte-Erzähler. In dieser Woche schreibt er in den Zeitläuften (die er einst erfunden hat) eine historische Reportage über den Kampf, den Triumph und die Terrorherrschaft des Mao Tse-tung. Seite 88


Foto: Christoph Gödan für DIE ZEIT

Brecht hinter Gittern

VON SABINE RÜCKERT

Theater in der Psychiatrie Lippstadt-Eickelborn, es gibt die »Dreigroschenoper«, ziemlich frei nach Brecht. Die Darsteller: zwölf Männer, darunter Mörder und Sexualstraftäter, in 20 Rollen. Das Publikum ist beeindruckt WOCHENSCHAU S. 22


Illustration: Smetek für DIE ZEIT

Kultivierte Eroberer

VON URS WILLMANN

Selten klaffen Vorstellung und Wahrheit über ein untergegangenes Volk so weit auseinander wie im Falle der Vandalen. Sie hausten wie die Römer und pflegten deren Kultur, statt sie zu zerstören. Archäologen legen ihr Erbe frei WISSEN SEITE 37

POLITIK

DOSSIER

WIRTSCHAFT

WISSEN

FEUILLETON

REISEN

CHANCEN

ZEITLÄUFTE

RUBRIKEN



1. Oktober 2009

ZEIT MAGAZIN


Foto: Felix Broede für DIE ZEIT

▷ »Das Träumen war mein einziger Trost«: Nadja Benaissa, Sängerin der No Angels, erzählt von ihrer Untersuchungshaft

▷ Harald Martenstein stellt sich vor, wie es wohl wäre, ein Playboy zu sein

Der Bergsteiger Reinhold Messner konfrontiert sich ständig mit Todesangst. »Warum machen Sie das?«, fragt Roger Willemsen

ZEIT ONLINE


Foto: Issouf Sanogo/AFP/Getty Images

PILLEN GEGEN PARASITEN

Jedes Jahr erblinden in Afrika Millionen von Menschen, weil Medikamente gegen Wurmbefall fehlen. Jetzt haben Gesundheitsorganisationen den Parasiten den Kampf angesagt

www.zeit.de/wissen/parasiten



FRÜHER INFORMIERT!
Die aktuellen Themen der ZEIT schon am Mittwoch im ZEIT-Brief, dem kostenlosen Newsletter www.zeit.de/brief



»EINE STUNDE ZEIT«
Das Wochenmagazin der ZEIT in Kooperation mit radioeins und Nordwestradio. Jeden Freitag 18–19 Uhr auf radioeins (in Berlin auf FM 95,8 MHz) und 19–20 Uhr auf Nordwestradio (im Nordwesten auf 88,3/95,4)



»Man muss härter sein als ich«

Sebastian Deisler war ein Jahrhunderttalent des deutschen Fußballs, doch schon mit 27 Jahren beendete er seine Karriere. Er litt unter schweren Depressionen. Jetzt spricht er darüber, wie das Fußballgeschäft ihn krank machte – und warum er bis heute nicht mit den Kollegen vom FC Bayern redet **VON HENNING SUSSEBACH UND STEFAN WILLEKE**

Fotos [M]: Daniel Biskup für DIE ZEIT/www.danielbiskup.de (gr. Foto); Sven Simon/Süddeutsche Zeitung

Wie aus dem Nichts ist er gekommen, der Mann, der fast drei Jahre lang aus der Öffentlichkeit verschwunden war. Plötzlich steht Sebastian Deisler im Hotelfoyer, zurückgekehrt in eine Welt, die früher einmal seine war: Hier, im Fünfsternehotel Colombi in Freiburg, hat die deutsche Fußballnationalelf hin und wieder übernachtet – jene Mannschaft, die Deisler als Spielmacher durch die Weltmeisterschaften 2002, 2006 und 2010 hätte führen sollen. Doch Deislers Laufbahn blieb eine Karriere im Konjunktiv: Sieben Mal an Knie und Leiste operiert, wegen Depressionen behandelt, gab er den Fußball Anfang 2007 auf. Er konnte nicht mehr. Und tauchte unter.

Jetzt ist Sebastian Deisler zurück, 29 Jahre alt, die Hände in den Taschen seiner Jeans, dunkler Pullover, dunkles Jackett, die Haare kurz geschoren, ums Kinn ein kleiner Bart. Sein Gesicht ist voller geworden, der Bauch hat einen Ansatz bekommen. Hotelgäste mustern ihn verstohlen, aber Deisler sieht nicht hin. Er sucht einen Tisch, etwas abseits. Jahrelang hat er nicht öffentlich gesprochen, der Mann, den die Experten in einem Atemzug mit Netzer, Beckham und Zidane nannten, ein Jahrhunderttalent. Kein anderer ist so rätselhaft gescheitert und hat so viele Fragen hinterlassen. Kein anderer bot so viel Gesprächsstoff und hat selbst so konsequent geschwiegen. Ein Journalist hat mit Deisler nun dessen Biografie geschrieben (Michael Rosentritt: *Sebastian Deisler. Zurück ins Leben*, Edel-Verlag). »Ich wollte mich endlich einmal selbst erklären«, sagt er.

Es ist ein sonniger Herbsttag Ende September, halb eins am Mittag. Vor dem Hotel plätschert kurparkheiter ein Springbrunnen. Sebastian Deisler hat endlich einen Tisch gefunden, an dem er seine Geschichte erzählen kann. Es ist die Geschichte eines Helden, der nicht zum Helden taugte.

DIE ZEIT: Herr Deisler, Sie waren jahrelang verschwunden. Wo kommen Sie jetzt her?

SEBASTIAN DEISLER: Aus Lörrach, meiner Heimatstadt. Ich bin vor zwei Monaten aus Berlin dorthin zurückgezogen, um neu anzufangen. Alles, was mir seit dem Beginn meiner Karriere gefehlt hat, sind doch Wurzeln. Für die anderen war ich ein Star – aber ich habe mich gefühlt wie eine Glühbirne, die einsam von der Decke hängt. Nackt. Für jeden sichtbar. Unter mir war nichts.

ZEIT: Und jetzt wollen Sie sich Ihre verlorene Jugend zurückholen?

DEISLER: Nichts werde ich nachholen können. Aber in Lörrach fühle ich mich wohl. Die Stadt ist klein. Meine Mutter wohnt dort, mein Vater. Ich habe meine Eltern wieder, obwohl sie inzwischen getrennt leben. Ich habe eine Wohnung, aus der ich auf meinen Hausberg schauen kann, den Tüllinger Berg. Ein Bild aus meiner Kindheit.

ZEIT: Gibt Ihnen das Halt?

DEISLER: Ja, schließlich ist es meine Heimat. Ich war in der letzten Zeit damit beschäftigt, mich vom Fußball zu lösen. Ich weiß ja: Ich werde nie mehr etwas so gut können. Das ist mir schwergefallen, das ist ja kein Geheimnis, meine Depression. Aber ich habe mich trocken geweint.

ZEIT: Warum jetzt ein Buch, wo Sie doch die Öffentlichkeit scheuen?

DEISLER: Nicht scheuen, meiden! Und das Buch ist eigentlich ein Buch für mich. Komisch, was? Normalerweise werden Bücher ja für Leser geschrieben. Dieses hier ist zuerst einmal für mich. Nennen Sie es ruhig Teil einer Therapie. Die Arbeit am Buch hat

Fortsetzung auf Seite 18

Über Deisler:

»Irgendwann wird er in einem Atemzug mit Walter, Seeler und Beckenbauer genannt werden«
Friedel Rausch, Deislers damaliger Trainer, 1999

»Ein Juwel. Deisler setzt spielerische Akzente und geht über die Schmerzgrenze hinaus. Solche Spieler brauchen wir«
Erich Ribbeck, Bundestrainer, 1999

»Er beherrscht als Fußballer Dinge, die kann kein anderer in Deutschland. Aber er will nur trainieren, spielen und ab nach Hause. Beim FC Bayern ist das nicht genug«
Karl-Heinz Rummenigge, Vorstandschef des FC Bayern München, 2003 vor Deislers Erkrankung

»Einer, der sich verkriecht und sich über seine Wehwehchen beklagt«
Franz Beckenbauer, Präsident des FC Bayern, 2003 während einer Verletzungspause Deislers

»Eines der größten Verlustgeschäfte des FC Bayern«
Edmund Stoiber, Bayern-Verwaltungsbeirat, 2003, als Deislers Depression bekannt wurde

»Es war eben etwas viel, was für seine 23 Jahre auf Sebastian in den letzten Jahren eingeströmt ist«
Prof. Florian Holsboer, behandelnder Arzt, 2003 über Deislers Depression

»Er ist einer der besten Spieler, die es in Deutschland je gegeben hat. Deswegen ist das so unverständlich. Aber diesen Kampf haben wir verloren«
Uli Hoeneß, Manager des FC Bayern München, 2007 über Deislers Rücktritt

»Für mich ist es die größte Enttäuschung, dass es uns nicht gelungen ist – und da meine ich alle in Deutschland –, Sebastian Deisler beim Fußball zu halten«
Jürgen Klinsmann, ehemaliger Bundestrainer, 2007

»Dass Sebastian Deisler dem deutschen Fußball verloren gegangen ist, sollte uns alle nachdenklich machen«
Ottmar Hitzfeld, Trainer, 2009

Biografie eines Fußballers

Am 5. Januar 1980 wird Sebastian Deisler im baden-württembergischen Lörrach geboren. Als er 15 Jahre alt ist, entdeckt ihn ein Jugendtrainer von Borussia Mönchengladbach und holt ihn ins Rheinland. Deislers Profikarriere beginnt 1998. Da ist er 18 Jahre alt

1999



Ein Traumtor gegen 1860 München genügt, damit die Medien ihn zum Star erklären



»Man muss härter sein …«

Fortsetzung von Seite 17

mich viel Kraft gekostet, meine Geschichte ist ja nicht die leichteste und schönste. Die Vergangenheit war wie Brei in meinem Kopf. Das musste raus. Geordnet werden. Ohne dieses Buch hätte ich nicht weitermachen können. Und wenn jemand etwas daraus mitnehmen kann, umso besser.

ZEIT: Welches Kapitel ist Ihnen am wichtigsten?

DEISLER: Die Jahre in Berlin, bei Hertha BSC. Damit die Menschen verstehen, was das für ein Wahnsinn war, den sie um mich veranstaltet haben. Sie haben sich zwar Tag für Tag Gedanken über mich gemacht. Aber sie haben mich nie gefragt, wie es mir damit ging.

ZEIT: Dann richtet sich das Buch doch nicht allein an Sie.

DEISLER: Es ist so viel über mich geschrieben worden, da musste ich auch mal was sagen. Aber ich kehre damit nicht in die Öffentlichkeit zurück. Es ist mein Abschlussbericht.

ZEIT: Was sollen die Leser erfahren?

DEISLER: Ich bin vielleicht empfindsam, aber nicht empfindlich, schon gar nicht schwach, wie viele denken. Ich, schwach? Ich war 19, 20, als die Deutschen meinten, ich könnte ihren Fußball retten. Ich allein. Heute gibt es fünf, sechs Spieler, auf die sich alle Hoffnungen verteilen und die Aufmerksamkeit der Medien. Damals? Gab es noch Michael Ballack, aber der war vier Jahre älter und spielte im idyllischen Kaiserslautern. Mir wurde keine Zeit gelassen. Das sollen die Leute jetzt alles erfahren, vom Anfang bis zum Ende.

»Es war, als sei ich auf eine ewige Klassenfahrt geraten. Da gibt es doch auch immer die Lauten – und die, die bei der Kraftmeierei mitspielen, um nicht ausgelacht zu werden«

Sätze sind das, die klingen, als habe Deisler sie zigmal in seinem Kopf gewendet. Er will sie loswerden, sofort. Man muss seine Geschichte wohl noch einmal von vorne erzählen: Sebastian Deisler wird am 5. Januar 1980 in Lörrach geboren, der Vater ist Elektriker, die Mutter Hausfrau. Mit zwei Jahren bekommt der Sohn den ersten Fußball geschenkt. Als er fünf ist, meldet der Vater ihn im Fußballklub an. In allen Jugendmannschaften ist Sebastian Deisler der Kleinste und Schmächtigste, aber auch der Beste. In einer D-Jugend-Saison schießt er 215 Tore, schnell wird er zu einer regionalen Berühmtheit. Zu Auswärtsspielen bringt der Vater ihn nicht mit dem Auto, stattdessen radelt er mit dem Sohn kilometerweit durch den Schwarzwald – damit zum Anpfiff dessen Muskeln warm sind.

Mit 15 Jahren wird Deisler in die Jugendnationalmannschaft berufen und wechselt ins Jugendinternat von Borussia Mönchengladbach. Doch schnell beschäftigen ihn neben dem Fußball andere Fragen: Deisler hat unbändiges Heimweh, und in Lörrach kriselt die Ehe seiner Eltern. Von seinem ersten Profigehalt kauft er ihnen eine Eigentumswohnung – ein Versuch, die Beziehung zu retten.

1997 wird Deisler bei der U-17-Weltmeisterschaft in Ägypten zum zweitbesten Spieler des Turniers gewählt, knapp hinter dem Brasilianer Ronaldinho. Ein Jahr später bestreitet er sein erstes Bundesligaspiel für Borussia Mönchengladbach. Und am 6. März 1999 folgt der Tag, der sein Leben verändern wird: Im Spiel gegen 1860 München fällt ihm tief im Mittelfeld der Ball vor die Füße. Deisler startet ein Solo über 60 Meter und schießt den Ball ins Netz. Für den Teenager ist es sein erstes Bundesligator – für die Fans eine Art Erlösung, die tagelang im Fernsehen zu bestaunen ist. So ein Treffer war in Deutschland lange nicht mehr zu sehen. Die *Süddeutsche Zeitung* meldet: »Der Ball schlug an derselben Stelle ein wie Netzers 2 : 1 im Pokalfinale gegen Köln 1973.«

Im März 1999 heißen die Nationalspieler nicht Netzer oder Seeler, sondern Jeremies und Jancker. Franz Beckenbauer nennt sie »Rumpelfüßler«. Die Nationalelf spielt erfolglos, Deisler wird zur Projektionsfläche für viele enttäuschte Hoffnungen. 26 Vereine aus ganz Europa bieten um ihn, darunter der FC Barcelona, Real Madrid und der AC Mailand. In einem seiner ersten Interviews sagt Deisler: »Manchmal kann einem das Angst machen.«

Als Borussia Mönchengladbach im Sommer absteigt, wechselt Deisler nach Berlin zu Hertha BSC. Die Boulevardblätter begrüßen Deisler als »Basti Fantasti«, zum Saisonauftakt kommen 66 000 Menschen ins Olympiastadion. In den ersten Spielen schießt er wunderschöne Tore. Nike, der Ausrüster der Berliner, plant eine große Kampagne mit Deisler. Der Marketingdirektor spricht von einem *»upcoming shining star«*. Er sucht nach Ecken und Kanten in Deislers Wesen, der Junge dürfe in der geplanten aggressiven Werbeoffensive keinesfalls als *»streamline boy«* rüberkommen.

Deisler ist damals 19 Jahre alt.

ZEIT: Herr Deisler, jetzt, da man das Ende Ihres Weges kennt: Waren Sie am Anfang gar nicht stolz, als diese öffentliche Liebe über Sie hereinbrach?

DEISLER: Doch, natürlich. Das hat mein Ego gestreichelt. Ich habe mich gefreut, wenn die Leute im Stadion sich gefreut haben. Es hat mir geschmeichelt, dass so viele Kinder mit Trikots mit meinem Namen drauf durch die Stadt liefen. Sogar Erwachsene! Und ich wollte den Erwartungen gerecht werden. Auch meinen eigenen. Ich habe während der Spiele weiterhin die Freude am Fußball gespürt, die ich als Kind empfunden hatte. Die Freude über einen gelungenen Pass. Mich in ein Spiel hineinzufühlen. Es zu gestalten wie ein Künstler. Es gab für mich Momente, in denen sich Fußballspielen anfühlte wie Tanzen.

ZEIT: Hatte das Idol Deisler damals selber ein Idol?

DEISLER: Zinédine Zidane. Der war gerade mit Frankreich Weltmeister geworden. Ich habe ihn bewundert, weil er Körperlichkeit und Kunst im Fußball verbunden hat. Das ist mir auch gelungen, am Anfang. Zidane war ein Künstler, er hat nie den Hampelmann gemacht. Auch er ist introvertiert. Leider habe ich ihn nie kennengelernt. Zidane konnte tanzen und zugleich robust sein. Das war auch mein Traum.

ZEIT: Tanzen und zugleich robust sein – warum ist Ihnen das nicht gelungen?

DEISLER: Ich war irritiert von dem Drumherum, überfordert. Als ich sah, was in Berlin meinetwegen veranstaltet wurde, habe ich versucht, auf Halligalli zu machen und so zu leben wie die meisten Fußballprofis. Ich habe mir schicke Uhren gekauft, teure Brillen, Klamotten wie sie. Wir sind abends die Läden abgefahren, Frauen haben wir natürlich auch kennengelernt, das ist nicht schwer als bekannter Spieler. Ich habe mitgemacht, ich habe mitgelacht und dabei bemerkt, dass ich nicht froh war. Jeder wollte was von mir wissen, jeden Blödsinn, wo ich meine Jeans kaufe, nach welchem Parfüm ich gerade rieche, mit welchen Gefühlen ich an den Mauerfall zurückdenke. Als die Mauer fiel, war ich neun …

ZEIT: Was ist so schlimm daran, wenn jemand nach Ihrem Parfüm fragt?

DEISLER: Ich wollte Fußball spielen, über Fußball sprechen. Aber plötzlich wurde alles wie mit Scheinwerfern ausgeleuchtet, hatte der Fußball so viele Nebenwirkungen. Mein Leben wurde vereinnahmt. Ich habe manchmal im Bett gelegen und gebetet: »Lieber Gott, ich schaff das nicht.« Ich habe sogar mein Talent verflucht. Ich war zu gut, um nicht aufzufallen. Ist das ein verrückter Gedanke?

ZEIT: Ein trauriger.

DEISLER: Es war ein bisschen so, als sei ich auf eine ewige Klassenfahrt geraten. Da gibt es doch auch immer die Lauten, die Bestimmer – und die, die lieber um neun im Bett wären, aber bei der Kraftmeierei mitspielen, um nicht ausgelacht zu werden. So habe ich mich gefühlt. Ich wollte auch hart sein, grob sein. Das steht auch so im Buch: Abends habe ich in meiner Wohnung gesessen, jeder da draußen kannte mich, ich war fußballerisch ganz oben, vor der Tür stand ein dickes Auto, aber nichts davon hat mich glücklich gemacht. Ich habe mich gefragt: Und das soll jetzt das Ziel sein? Ich war todtraurig. Ich habe gegen meine Natur gelebt.

ZEIT: Wie ist denn Ihre Natur?

DEISLER: Wenn die anderen im Mannschaftsbus Karten gespielt haben, habe ich aus dem Fenster geschaut. Ich bin mit der U-15-Nationalmannschaft einmal nach Griechenland geflogen, die erste weite Reise, die der Fußball mir ermöglicht hat. Wie habe ich mich gefreut: Griechenland! Ich habe mir vorher Fotos angeschaut, mich da hineingeträumt. Als wir dann da waren, habe ich aus dem Bus ständig die Zitronenbäume angeschaut. Zitronenbäume in freier Natur, nicht im Gewächshaus!

ZEIT: Und die anderen haben gepokert?

DEISLER: Ja. Aber ich will den anderen nicht vorwerfen, dass sie keine Zitronenbäume sehen. Man muss hart sein in diesem Geschäft, rigoros, zugreifend. Ich habe zu lange geglaubt, ich könnte fehlende Härte wettmachen durch besseren Fußball.

ZEIT: Als Herthas Ausrüster Nike Sie bat, in weißen Schuhen zu spielen, haben Sie abgelehnt.

DEISLER: Ich hatte damals das Gefühl, schon genug vor den Karren gespannt zu sein. Ich bin kein Entertainer. Und mir gefiel damals schon nicht, wie Nike den Fußball präsentiert hat. Fußball ist für mich keine finstere Schlacht, kein Krieg. Fußball ist doch etwas, das Freude bringen soll, oder?

ZEIT: Es ging doch nur um ein Paar Schuhe.

DEISLER: Aber ich hatte wohl schon begonnen, Aggressionen aufzubauen, gegen mich und mein Umfeld. Können Sie das nicht verstehen? Es ist aus allem etwas konstruiert worden. Mit den Frauen zum Beispiel. Mir war bald klar: Ich wollte meine Frau nicht auf einem Bankett kennenlernen, wo jeder weiß, wer ich bin. Ich habe nach etwas anderem gesucht. Dann kamen die ersten Journalisten: Basti, warum hast du keine Freundin? Basti, was ist denn mit dir los? Zwischenzeitlich galt ich ja schon als schwul. Wenn man sich einige dieser Journalisten genau anschaut, sagt man sich: Das ist ja ein Wahnsinn, dass die alles über mich schreiben dürfen! Diese Oberflächenschwimmer! Einige von denen haben keine Ahnung, kein Gewissen, aber die Macht, für Millionen Menschen ein Bild von mir zu zeichnen. Und wenn man dieses Spiel nicht mitspielt, wenn man ihren Ansprüchen nicht folgt, ist man derjenige, der als nicht normal gilt. Heute frage ich mich, ob das System, das ich verlassen habe, vielleicht kranker ist, als ich es war.

ZEIT: Haben Sie da schon überlegt umzukehren?

DEISLER: Wohin denn? Zurück nach Mönchengladbach? Nach Lörrach? In mein zerfallendes Elternhaus? Ich habe versucht, die Probleme auf dem Fußballplatz zu lösen. Das hätte mir gereicht: ein gutes Spiel und zufriedene Menschen. Den ruhigen Weg gehen können, das habe ich mir damals gewünscht. Aber ich konnte ja schlecht Profifußballer sein ohne Profifußball.

ZEIT: Was dann?

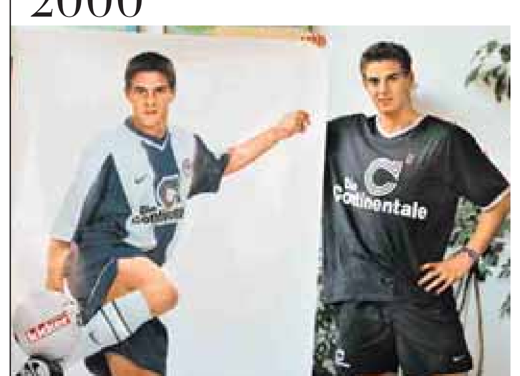
DEISLER: Ich hatte gehofft, dass man mir ein bisschen hilft. Aber Hertha BSC, das muss ich ehrlich sagen, war als Verein so unfertig wie ich als Spieler. Die waren froh, mich ins Schaufenster stellen zu können. So funktioniert das. Ich bin unglücklich geworden, als ich versucht habe, andere glücklich zu machen. Ich fühlte mich wie ein trauriger Clown.

Ein gesunder Mensch, der hört, wie Deisler sich heute an seine Karriere erinnert, wird manchmal Schwierigkeiten haben, Verständnis zu empfinden. Spricht da nicht ein begabter, junger Mann, der in wenigen Jahren sehr viel Geld verdient hat? Es ist einem Gesunden schwer zu vermitteln, wie ein Depressiver die Welt erlebt. Wie unsicher er sich selbst im Erfolgsfall fühlt, wie groß der selbst gemachte Leistungsdruck ist, wie viele Feinde er plötzlich sieht. Tragisch daran ist, dass auch enge Freunde diese Schwarzmalerei des Kranken, sein ständiges Um-sich-selbst-Kreisen nicht lange aushalten. Damit zerreißt das soziale Netz, das als Hilfe wichtig wäre.

Schätzungen zufolge durchlebt jeder achte Mensch in Deutschland mindestens einmal in seinem Leben eine Depression. Mediziner sind sich einig darin, dass die Krankheit durch ein komplexes Zusammenspiel von Körper, Seele und Umwelt entstehen kann, durch Anlage und äußere Einflüsse, oft durch frühkindliche Prägung, häufig durch Phasen der Überforderung, in denen der Patient sich als dauerhaft hilflos erlebt. Öffentlicher Druck kann ein Auslöser sein. Das Gefühl, die Kontrolle über sein Ich zu verlieren, ist keine Einbildung. Hormonhaushalt, Hirnstoffwechsel und Herzfunktion ändern sich tatsächlich. Diese Veränderung kann durch ein »Reiß dich zusammen!« nicht behoben werden. Auffallend häufig erkranken sensible, hochbegabte Menschen, oft Prominente wie der Popmusiker Robbie Williams oder der Schriftsteller David Foster Wallace.

Im Herbst 1999 – vier Jahre bevor er die Diagnose erhält – erleidet Sebastian Deisler binnen Wochen einen Muskelfaserriss, eine Adduktorenzerrung, eine Innenbanddehnung, einen Meniskusschaden. Er lässt sich an einem Tag alle vier Weisheitszähne ziehen, um auszuschließen, dass seine Probleme von dorther rühren. Im Februar 2000 spielt er zum ersten Mal in der Nationalelf. Bald wird er deren Spielmacher; Michael Ballack wird manchmal erst eingewechselt, wenn Deisler aus dem Spiel geht. Deisler findet eine Freundin, eine Brasilianerin namens Eunice, sie ist Buchhändlerin. Im Sommer 2001 entscheidet er sich, nur noch ein Jahr für Hertha BSC zu spielen und mit Ende seines Vertrages zum FC Bayern München zu wechseln. Bayern ist sein Traumverein – und Deisler hofft, zwischen all den Stars nicht mehr aufzufallen. Der Trainer dort ist Ottmar Hitzfeld, ein Lörracher, Schulkamerad seines Vaters. Deisler unterrichtet Herthas Manager Dieter Hoeneß sofort von seiner Entscheidung; er will auch die Fans informieren. Hoeneß bittet ihn, bis zum Winter Stillschweigen zu bewahren, um Unruhe im Verein zu verhindern.

2000



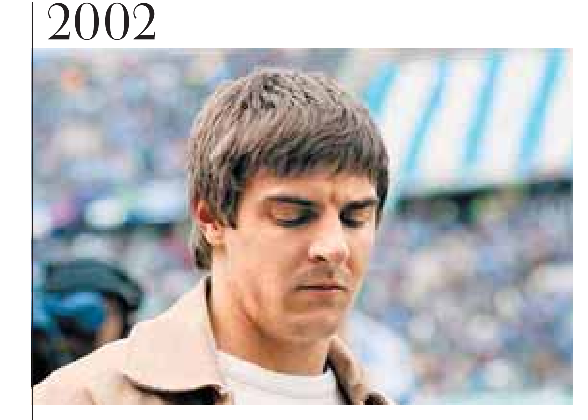
Deisler wechselt nach Berlin und wird dort zur Werbe-Ikone aufgebaut

2001



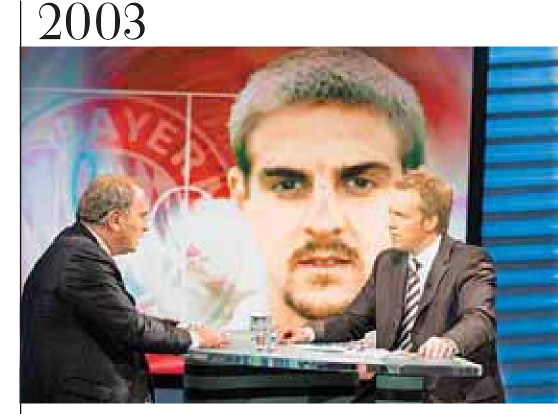
Sein Transfer zu den Bayern wird bekannt. Deisler verletzt sich schwer am Knie

2002



In Berlin verhasst, denkt Deisler erstmals ans Aufhören. Er ist jetzt 22 Jahre alt

2003



In München macht Deisler seine Depression öffentlich. Er pausiert sechs Monate lang

2004



Deisler kehrt zurück zum Fußball und weckt beim Publikum die alten Hoffnungen

Am 13. Oktober 2001 wird der Wechsel auf aufsehenerregende Weise publik – durch die Indiskretion einer Bank: Die *Bild*-Zeitung druckt auf ihrer ersten Seite ein Scheckeinreichungsformular mit Deislers Namen ab, darunter die Zahl 20 000 000. Zwanzig Millionen Mark vorab hat Deisler für seine Zusage an den FC Bayern erhalten. *Bild* fragt: *Millionen-Deisler – werden ihm heute die Beine schwer?* Der Verein gibt sich überrascht, in den Internet-Fanforen kocht der Hass, Dieter Hoeneß schweigt. Am Tag der Veröffentlichung läuft Deisler gegen den Hamburger SV auf. In der 67. Minute prallt er mit einem Gegenspieler zusammen und erleidet die nächste schwere Verletzung: Kapselriss im rechten Knie. Er fällt für fünf Monate aus. Während Deisler in den USA operiert wird, fällt die Berliner Öffentlichkeit ihr Urteil über ihn.

Die Geschichte liegt acht Jahre zurück, doch jetzt, in diesem Hotel in Freiburg, bebt Deisler noch immer. So sehr, so laut, dass sich die Gäste nach ihm umdrehen.

DEISLER: Wissen Sie, wie das ist?
ZEIT: Sie wurden erst von Zuneigung erdrückt und dann von Abscheu erschlagen. Aber ergeht es manchen Stars nicht ähnlich?
DEISLER: Sie wissen nicht, wie das ist. Erst geliebt und dann über Nacht gehasst zu werden. Ich konnte mich nicht mal wehren. Ich war verletzt, war weg, konnte keine Antworten geben. Und der Verein forderte eine Entschuldigung von mir. Dafür, dass ich die Fans nicht früher informiert hätte! Dass ich gelogen hätte! Ich war sprachlos. Dabei hätte Dieter Hoeneß sagen müssen: »Liebe Fans, es war mein Wunsch, dass ihr nichts erfahrt.« Stattdessen hat er zugesehen, wie ich aus Berlin hinausgeprügelt wurde. Ich habe Drohbriefe erhalten. »Wir kriegen Dich!«, »Wir killen Dich!«. Das ist es, was mir den Fußball versaut hat. Das war mein Genickschuss.
ZEIT: Heute, im Rückblick …
DEISLER: … weiß ich, dass ich damals hätte aufhören müssen. Ich wollte nicht mehr. Ich konnte nicht mehr. Ich habe hinter runtergelassenen Jalousien gelebt. Meine Schwester hat damals ihren Beruf als Arzthelferin aufgegeben und ist zu mir nach Berlin gezogen, damit ich jemanden zum Reden habe.
ZEIT: Beim FC Bayern haben Sie in fünf Jahren nur noch 62 Bundesligaspiele bestritten.
DEISLER: Ich habe die ersten acht Monate in München gar nicht gespielt. Mein verdammtes Knie. Selbst mein hohes Gehalt hatte damals für mich einen doppelten Boden. Ich habe es auf dem Platz nicht zurückgezahlt. Das haben in der Kabine viele gedacht.
ZEIT: Wissen Sie das, oder vermuten Sie es nur?
DEISLER: Ich habe mich nicht getraut, mit denen darüber zu reden. In der Bayern-Kabine Mensch zu sein ist gar nicht so leicht. Das schaffst du nur, wenn du dir sagst: Ich bin der Größte. Du baust dich auf und unterdrückst deine Gefühle. Für mich war München ja ein Neuanfang. Aber in mir war eigentlich nur noch Moder, der immer dunkler und schwerer wurde. Auf der einen Seite waren mein Talent und mein Ehrgeiz. Auf der anderen Seite das Gefühl, zu nichts mehr in der Lage zu sein.
ZEIT: Im November 2003 haben Sie Ihre Depression öffentlich gemacht.
DEISLER: Es ging nicht mehr anders. Ich wollte niemanden in der Klinik sehen, noch nicht einmal meine Eltern. Ich war krank. Ich konnte nicht einschlafen, weil ich Angst vor dem Aufwachen hatte. Manchmal hatte ich sogar Angst: Wenn ich einschlafe, wache ich nie wieder auf.
ZEIT: Der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, auch Verwaltungsbeirat beim FC Bayern, bezeichnete Sie damals als »eines der größten Verlustgeschäfte« des Vereins.
DEISLER: Davon habe ich erst erfahren, als ich die Klinik wieder verlassen hatte. Die Ärzte hatten mir davon abgeraten, den Fernseher anzuschalten. Sie hatten gesagt, ich solle alles Belastende von mir fernhalten.
ZEIT: Was haben Sie in der Klinik über sich gelernt?
DEISLER: Ich war ein normaler Fall. Jeder andere wäre auch an den Erwartungen zerbrochen. Vielleicht bin ich sogar zu normal. Vielleicht war das mein Problem.
ZEIT: Es hat dann noch einmal drei Jahre gedauert, bis Sie endgültig aufgegeben haben …
DEISLER: Ich habe lange gehofft, dass meine Freude am Spiel selbst so groß ist, dass ich alles andere wegdrücken kann. Aber das ging nicht. Ich bin nie mehr Teil des Ganzen geworden, ich war so weit weg von der Mannschaft.
ZEIT: Felix Magath, der damals Ihr neuer Trainer wurde, sprach nach Ihren guten Spielen von »Euphoriefußball«, nach schlechten von »Kopfproblemen«. Waren das treffende Urteile?
DEISLER: Mein Eindruck war, dass Magaths Philosophie damals auf Angst gründete, auf Macht. Er misstraute den Spielern. Er schürte Angst, damit sie sich den Arsch aufrissen. Das habe ich aber sowieso gemacht. Ich – und andere auch – hätte Zuspruch gebraucht. Für einen Trainer, der in Zeiträumen von ein bis zwei Jahren denkt, ist das, was Magath gemacht hat, vollkommen richtig. Ein Spieler, der fünf oder zehn Jahre dabei sein will, kann darunter leiden.

Nach seiner Rückkehr aus der Klinik kann sich Sebastian Deisler aus dem Strudel von alten Ängsten und immer neuen Verletzungen nie mehr richtig befreien. Schubweise kehrt die Depression zurück. Felix Magath wechselt ihn spät ein oder früh aus – Deislers Können blitzt nur dann noch auf, wenn der Trainer ihn unangekündigt aufstellt, regelrecht ins Spiel wirft, sodass Deisler keine Zeit hat, Beklemmungen zu bekommen. Hin und wieder gelingen ihm großartige Spiele. Die Zuschauer freuen sich über jede Minute, die Deisler auf dem Rasen steht, wieder hoffen sie. Jürgen Klinsmann, der neue Bundestrainer, verspricht ihm die Teilnahme an der WM 2006. Dann verletzt sich Deisler erneut am Knie.

Am Mann, der einmal mithelfen sollte, den deutschen Fußball zu retten, läuft das Spiel nun vorbei. Die neuen Stars heißen Poldi und Schweini, der Kapitän der Nationalelf heißt Ballack.

Mehrfach vertraut sich Deisler dem Bayern-Manager Uli Hoeneß an. Die beiden reden nächtelang. Anfang 2007, beim Trainingslager in Dubai, schläft er nach einem dieser Gespräche in Hoeneß' Hotelzimmer ein. Am 16. Januar 2007, elf Tage nach seinem 27. Geburtstag, erklärt er auf einer Pressekonferenz seinen endgültigen Rücktritt und verschwindet vom Vereinsgelände, ohne sich von seinen Mitspielern zu verabschieden.

ZEIT: Es heißt, nach Ihrem Abgang hätten Sie noch nicht einmal auf E-Mails Ihrer Mannschaftskollegen geantwortet.
DEISLER: Wissen Sie: Einige haben mich hinter vorgehaltener Hand »die Deislerin« genannt. Die konnten mich nicht mehr ertragen. Und ich konnte damals auch ein paar Gesichter nicht mehr sehen. Ich habe bis heute niemandem zurückgeschrieben.
ZEIT: Bedauern Sie das nicht?
DEISLER: Es macht mich ein wenig traurig. Es gab einige Spieler, die ich mochte, vor allem die Südamerikaner, aber auch Kollegen wie Philipp Lahm und Jens Jeremies. Ich wollte aber einfach nur noch weg. Ich konnte nicht mehr.

Stunden sind vergangen, Sebastian Deisler steht einige Male auf, als wolle er gehen, setzt sich dann aber wieder hin. Seine Mimik und seine Gesten sind spärlich, mal hebt er den Daumen, mal zieht er entschuldigend die Schultern hoch, als sei ihm ein Fehlpass unterlaufen. Wie ist es dazu gekommen, dass aus Ballack ein Weltstar wurde, aus Deisler aber ein Frührentner des Fußballs? Dass Magath als Meistermacher durch das Land reist, während Deisler wieder nach Hause gezogen ist?

Im Kern geht es um die Frage, wie sehr es sich bei Deislers Geschichte um das Einzelschicksal eines sensiblen Menschen handelt und wie sehr um eine Parabel auf die menschenfressende Gier des Sportbusiness. Die größtmögliche Wucht öffentlichen Interesses schien ausgerechnet den verwundbarsten Menschen getroffen zu haben. Am Ende seiner Karriere stehen 135 Erstligaspiele, 36 Länderspiele, null WM-Teilnahmen.

Es ist Nachmittag geworden, Deisler steigt in einen silberfarbenen BMW und steuert den Wagen aus der Stadt, in Richtung Schwarzwald. Hinter dem Fahrersitz liegt ein Basketball, im Radio läuft

Fortsetzung auf Seite 21

2005



Deisler gilt wieder als Stütze der Nationalelf, hier gegen Brasiliens Ronaldinho

2006



Wieder verletzt: Die WM 2006 erlebt er als Zuschauer (mit Freundin Eunice)

2007



Im Alter von 27 Jahren tritt Sebastian Deisler endgültig ab

»Man muss härter sein …«

Fortsetzung von Seite 19

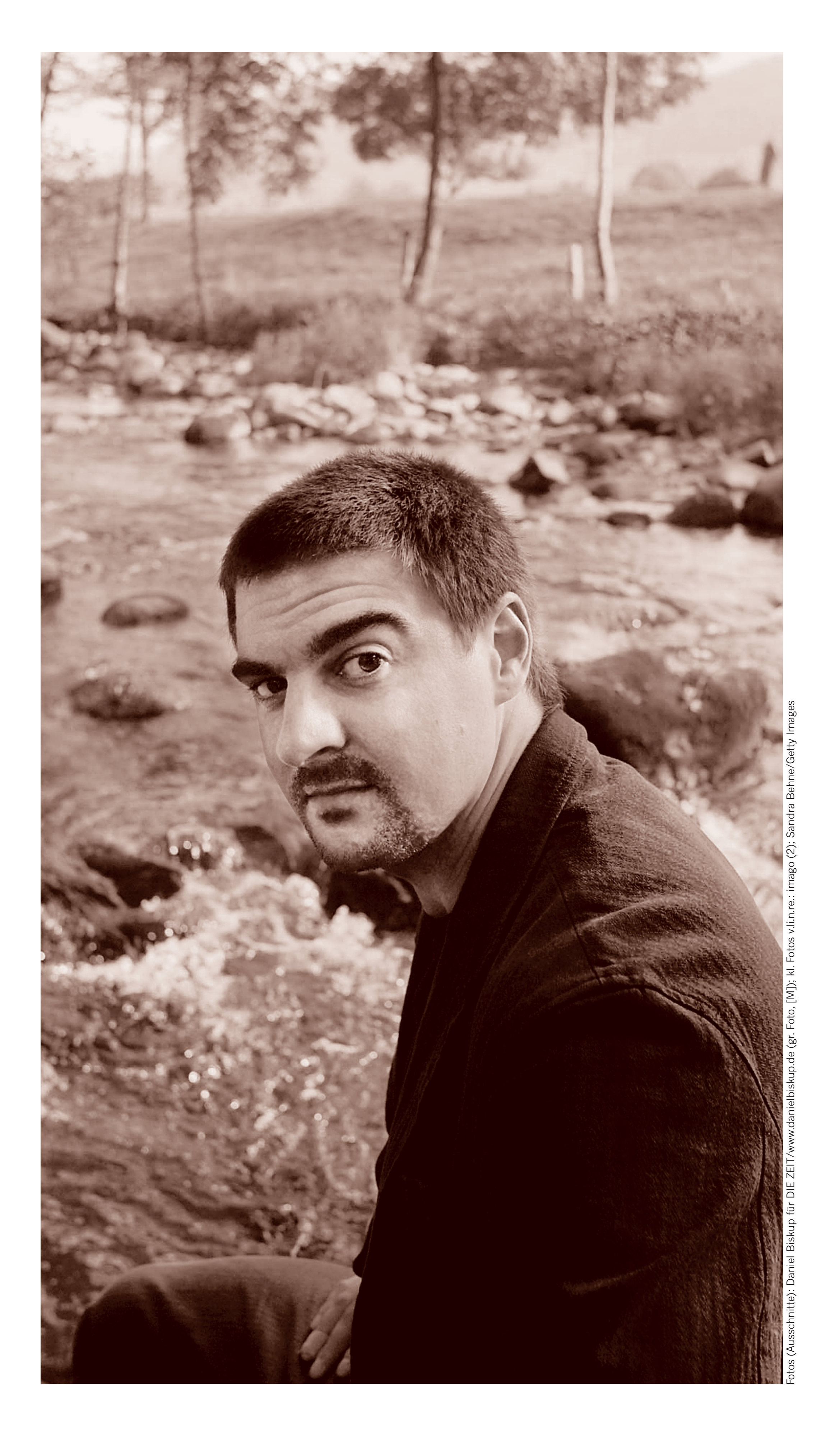
SWR 3. Deisler fährt defensiv, er bremst für jedes Auto, das in den Verkehr einfädeln will. Schließlich ist er am Ziel. Ein Waldweg durch das Simonswälder Tal, daneben fließt die Wilde Gutach. Ein friedlicher Bach unter mächtigen Eichen.

ZEIT: Trotz allem, Herr Deisler: Was am Fußball haben Sie geliebt?
DEISLER: Das Spiel mit den Stürmern. Dieses Rotieren, durch das sich in jeder Sekunde neue Konstellationen ergaben. Ich hatte auch Gänsehaut, wenn 60 000 im Stadion meinen Namen riefen.
ZEIT: Gibt es so etwas wie Ihr schönstes Spiel?
DEISLER: Ein Sieg gegen Stuttgart, damals bei Hertha. Ich habe kein Tor geschossen, das brauchte ich nicht zum Glück. Toll war: Das Spiel lief wie von alleine. Ich war eins mit ihm. Es kam zu mir.
ZEIT: Gab es ein Duell, das Sie als besonders intensiv empfunden haben?
DEISLER: Auch gegen Stuttgart, wieder für Hertha. Mir stand Zvonimir Soldo auf den Füßen, der ist heute ja Trainer in Köln. Irre erfahren und abgeklärt. Und ich mit meiner jugendlichen Spielweise immer gegen ihn an, wie ein junger Stier. Keiner von uns beiden hat gewonnen damals. Aber es hat Spaß gemacht. Ich glaube, ihm auch.

»Vielleicht mache ich eine Fußballschule auf. Die würde ich zu meinen Bedingungen führen, ohne Drill. Ich will endlich eine schöne Geschichte vom Fußball erzählen«

ZEIT: Die Videoplattform YouTube ist voller hinreißender Tore von Ihnen. Ist darunter eines, auf das Sie besonders stolz sind?
DEISLER: Da muss ich überlegen. Gegen Leverkusen, in Berlin. Von rechts, aus vollem Lauf, ganz spitzer Winkel, über den Torwart drüber. Der Ball klatscht an den langen Pfosten und ist drin. Herrlich.
ZEIT: Haben Sie nach Ihrem Rücktritt jemals wieder Fußball gespielt?
DEISLER: Ein Mal. In Nepal. Wo mich niemand kannte.
ZEIT: Aber Sie haben noch einen Fußball?
DEISLER: Ja.
ZEIT: Auch Fußballschuhe?
DEISLER: Nein.
ZEIT: Sind Sie je wieder im Stadion gewesen?
DEISLER: Nein.
ZEIT: Aus Sorge vor den Menschen, die Sie wiedererkennen, oder vor dem Spiel, das noch immer Ihres sein könnte?
DEISLER: Weil ich noch nicht so weit bin. Und weil der Fußball, der mir fehlt, ein anderer ist als der, den ich verlassen habe.
ZEIT: Können Sie Fußball im Fernsehen ertragen?
DEISLER: Ich schaue immer noch mit Wehmut. Aber ich kann wieder gucken.
ZEIT: Hatten Sie eigentlich einen Plan für den Tag nach Ihrem Rücktritt?
DEISLER: Ich hatte nichts. Ich wusste noch nicht einmal, ob ich eine Zukunft habe. Ich habe damals auch meine Familie verloren, Eunice und unseren gemeinsamen Sohn. Nichts hat mehr gestimmt. Ich habe damals in München in den letzten Monaten meiner Karriere die Schwere mit nach Hause gebracht. Das hat unsere Beziehung erdrückt. Mein Sohn und seine Mutter sollten aber nicht mehr mein Leiden mitleiden. Eunice ist eine großartige Frau. Sie hat mir geholfen, ans Leben zu glauben. Aber ich wollte sie nicht mehr mit meiner Last beschweren. Ich saß in Berlin in meiner alten Wohnung. Wenn ich Hunger hatte, habe ich den Lieferservice bestellt. Anfangs hatte jeder Tag 30 Stunden – und dann war erst Nachmittag. Irgendwann bin ich dann nach Thailand geflogen.

ZEIT: Einsames Hotel, Wanderschuhe, Rucksack?
DEISLER: So weit war ich damals noch nicht, dass ich mich mitten in die Pampa getraut hätte. Ich war in einem guten Hotel an der Küste. Habe in den Sonnenuntergang geguckt und nichts empfunden. Später in Nepal ging es etwas besser. Ich komme seitdem langsam auf die Beine, meine innere Sicherheit kommt wieder. Ich möchte mein Leben wieder in Angriff nehmen und mir etwas aufbauen. Ein normaler Mensch werden.
ZEIT: Wie geht das: normal sein?
DEISLER: Das geht so, dass ich bald mein Auto ummelde, es hat noch ein Berliner Kennzeichen. Ich gehe zum Straßenverkehrsamt, ziehe eine Wartenummer, setze mich und warte, bis ich dran bin. Das tut mir irgendwie gut. Ich warte auf ein Kennzeichen mit LÖ für Lörrach.
ZEIT: Haben Sie einen Wecker?
DEISLER: Ja.
ZEIT: Wann klingelt der?
DEISLER: Um neun.
ZEIT: Treiben Sie Sport?
DEISLER: Nicht viel. Manchmal gehe ich joggen. Aber Sie sehen ja: mein Bauch.
ZEIT: Wann haben Sie sich zuletzt selber gegoogelt?
DEISLER: Vor zwei Tagen. Ich wollte schauen, ob schon was über mein Buch zu finden ist.
ZEIT: Schauen Sie fern?
DEISLER: Hin und wieder.
ZEIT: Solche Sachen wie *Germany's Next Topmodel* und *Deutschland sucht den Superstar?*
DEISLER: Ist das jetzt eine Fangfrage? Weil ich Germany's Next Fußballstar sein sollte? Ich ertrage diese Sendungen nicht. Wie sich die Kinder dort vom Urteil anderer Leute abhängig machen. Sich ihre Demütigungen abholen.
ZEIT: Lesen Sie Zeitung?
DEISLER: Vielleicht werde ich das *Oberbadische Volksblatt* abonnieren. Ich will wissen, ob in der Nachbarstraße Bäume gepflanzt werden sollen. Ich hatte, als ich Profi war, meine Heimat verloren. Nein: Ich habe sie selber gestrichen. Ich dachte, dass ich nie wieder zurückkehren würde. Jetzt sitze ich auf meinem Balkon. Ich werde langsam ruhiger. Ich bin aber noch nicht da, wo ich sein will. Mir fehlt noch ein Viertel des Weges, glaube ich.
ZEIT: Als was würden Sie sich heute bezeichnen? Als Invaliden des Showgeschäfts?
DEISLER: Ich habe mich schon so gefühlt. Es gab Phasen, da habe ich mich gefühlt wie 60. Jetzt bin ich bei 40. Ich lebe in den Tag hinein. Ich besuche meinen Vater, meine Mutter, gucke, was so los ist. Ich will nicht mehr jammern. Ich will einfach niemandem mehr gehören. Ich bin froh, dass ich durch meine Zeit im Fußball die finanzielle Freiheit habe, in Ruhe zu schauen, was ich machen möchte. Dafür hat es sich gelohnt. Den Rest betrachte ich als Schmerzensgeld.
ZEIT: Neulich war zu lesen, dass Sie hier in Freiburg einen Laden für Produkte aus dem Himalaya eröffnet haben.
DEISLER: Das hat wohl ein Immobilienmakler ausgeplaudert. Es ist ein kleiner Teil von mir. Aber ich werde dort nicht an der Kasse stehen. Ich habe einem Freund für dessen Laden eine Bürgschaft gegeben, falls das Geschäft nicht läuft. Ich unterstütze das im Hintergrund.
ZEIT: Haben Sie Ideen für Ihre Zukunft?
DEISLER: Vielleicht mache ich eine Fußballschule auf, hier in der Nähe. Einen Ort für Kinder und Jugendliche, die Spaß haben an diesem Sport. Diese Schule würde ich zu meinen Bedingungen führen, ohne Drill und ohne den Anspruch, kleine Helden hervorzubringen. Ich will endlich eine schöne Geschichte vom Fußball erzählen. Ich könnte jungen Spielern auch meine eigene Geschichte erzählen. Die Geschichte von dem schmächtigen Kind, das der Welt beweisen wollte: Ich komme oben an. Ich war der Kleinste und wollte es den Großen zeigen.
ZEIT: Was würde der Sebastian Deisler von heute dem 15-Jährigen von damals raten?
DEISLER: Dass er länger zu Hause bleibt. Dass er schon probiert, Fußballprofi zu werden, aber später, mit einem Fundament. Ich hätte mich mit weniger zufriedengeben sollen.
ZEIT: Waren Sie nicht stark genug, um sich Ihre Schwächen einzugestehen?
DEISLER: Ich war nicht schwach. Ich war zu sensibel für das große Fußballgeschäft. Man muss härter sein als ich, schreiben Sie das ruhig. Das ist die Wahrheit. Und trotzdem habe ich immer weitergemacht. Ich hatte sieben Operationen! Und ich bin sieben Mal wieder aufgestanden! Sieben Mal!



Fotos (Ausschnitte): Daniel Biskup für DIE ZEIT/www.danielbiskup.de (gr. Foto, [M]); kl. Fotos v.li.n.re.: imago (2); Sandra Behne/Getty Images

Über den Schwarzwaldhügeln senkt sich die Herbstsonne, Sebastian Deisler sitzt im »Märchencafé« in Simonswald und isst ein Stück Käsesahnetorte. Er sagt, gleich müsse er los. Er hat nichts mehr vor, aber er mag nicht mehr reden.

Was ist die Lehre dieses Tages? Dass das Fußballgeschäft hart ist, sehr hart. Dass es Helden für eine Show braucht. Dass die Show wichtiger ist als der Fußball.

Er hat Dinge gesagt, die jeder weiß, über deren Folgen aber niemand nachdenkt. Er hat der Welt keine neue Erkenntnis zu bieten, aber einen Haufen Nachdenklichkeit. Was könnte von ihm bleiben, wenn er gleich aufbricht, um sich mit einem Buch endgültig aus dem Spiel zu nehmen? Von Sebastian Deisler, 29 Jahre alt, ledig, einem Fußballer ohne Trikot, einem Mann ohne Frau, einem Jahrhunderttalent im falschen Jahrhundert, einem Spielmacher abseits des Spielfeldes, einer Medienfigur, die die Medien fürchtet.

Deisler hat sich auf dieses Gespräch mit der *ZEIT* lange vorbereitet. Er hat sich für zwei Tage einen Coach genommen. Er wird noch einmal im Fernsehen auftreten, bei *Stern TV* mit Günther Jauch. Er will seine Zukunft sichern, indem er ein letztes Mal über seine Vergangenheit spricht. Er will sich der Öffentlichkeit erklären und hat zugleich Angst vor ihr. Im Geiste ist er sein ganzes Leben noch einmal durchgegangen, er wollte diesmal nichts falsch machen.

ZEIT: Herr Deisler, was machen Sie mit einem Fußball zu Hause, wenn Sie nicht spielen?
DEISLER: Er liegt bei mir in der Wohnung auf dem Boden. Der Fußball ist Teil meines Lebens. Aber jetzt nützt er mir nichts. Jetzt will ich erst einmal vollständig gesund werden. Ohne dass mir jemand Druck macht. Auch kein Ball. Ich wünsche mir, dass man das akzeptiert und respektiert. Ist das zu viel verlangt?

Die Tagung der Woche

In Berlin ist die Zahl der Expolitiker zu Anfang dieser Woche rapid gewachsen, aber noch rapider wächst zum Ende der Woche hin die Zahl der Exopolitiker. Das Erstere hat zu tun mit der Wahl, das Letztere damit, dass uns keine Wahl bleibt: Wir müssen uns der Wirklichkeit in all ihren Dimensionen stellen, und dies tut der zweitägige Jahreskongress der Deutschen Initiative für Exopolitik, die sich erst im Juni 2007 gegründet hat, was auch Zeit wurde, denn nur mit Rechtspolitik, Gesundheitspolitik, Innenpolitik und der üblichen Außenpolitik kommen wir nicht mehr weiter. Es braucht eine Außenpolitik, die über das Internationale hinausgeht und sich interplanetar ausrichtet. Die schwarzgelbe Koalition hat die Chance nun endlich anzuerkennen, was Grüne, SPD und Linkspartei noch leugnen: Wir sind nicht allein! Dies ist kein Witz, Exopolitiker meinen es ernst. Sie legen Wert darauf, alle Tassen im Schrank zu haben, und da darf jenes Objekt links im Bild nicht fehlen, entworfen einst von Walter Gropius, fotografiert kurz vor der Landung im Katalog der Firma Rosenthal.



Auf der Bühne der Gerichtspsychiatrie geht es **DERB** und komödiantisch zu. Hier wird das Leben endlich mal normal

Fotos: Christoph Goldan für DIE ZEIT (u.); www.rosenthal.de (o.)

Brecht hinter Gittern

Die »Dreigroschenoper« in der Psychiatrie, aufgeführt von Mördern und Sexualstraftätern. Über einen Theaterabend in der Anstalt Lippstadt-Eickelborn berichtet **SABINE RÜCKERT**

Wer auf Mackie Messer und seine gesetzlose Bande, die Huren und das krakeelende Lumpengesindel treffen will, muss seine Handtasche durchleuchten lassen und den Ausweis abgeben. Dann darf er durch die vier Panzerglastüren der Sicherheitsschleuse in den vergitterten Garten treten. Von da führt der Weg, von meterhohen Zäunen flankiert, zum Haus 06, dem Haus der Kultur: Wie Tiger in die Manege werden die Zuschauer in das Theater bugsiert. Heute Abend gibt es die *Dreigroschenoper* – ziemlich frei nach Bertolt Brecht.

Nichts im Theatercafé erinnert die fünfzig Besucher, die, durch Zeitungsinserate und Einladungen angelockt, von draußen kamen, noch daran, dass sie sich in einer Klinik befinden, in der größten der Republik dazu, in der forensisch-psychiatrischen Anstalt Lippstadt-Eickelborn, in der 390 Straftäter eingesperrt sind. Und nichts weist darauf hin, dass die höflichen Kellner und das ganze Theaterensemble heute Abend vom Strafrichter aufgrund ihrer psychischen Defekte auf unabsehbare Zeit hierher geschickt worden sind. Unter den Schauspielern, die sich freundlich unters Publikum mischen, sind viele, die Tötungsdelikte oder schwerste Sexualstraftaten begangen haben.

Noch während die Gäste an ihren alkoholfreien Cocktails nippen, beginnt das Stück. Wände werden von rezitierenden Darstellern zur Seite geschoben, der kleine Zuschauerraum und die Bühne öffnen sich, die Besucher nehmen jetzt Platz, und die berühmte Geschichte von Mackie und Polly, vom Bettlerkönig Peachum und vom korrupten Londoner Polizeichef Tiger-Brown beginnt.

Das Stück ist nicht originalgetreu, manche Textpassagen und Lieder wurden von den Patienten umgeschrieben, andere weggelassen oder hinzugefügt, aber der bitter-komisch-moralische Brecht-Ton hat alle Änderungen überdauert. Dieses Stück – das sei vorgreifend berichtet – findet seine wahre Erfüllung erst, wenn es von Straffälligen bearbeitet, gesungen und vorgetragen wird, von Menschen, die bisweilen ganz anderen Gesetzen folgen als denen des BGB und des StGB und die abenteuerlicher daherkommen, als Brecht sich das *Dreigroschen*-Personal je vorgestellt haben mag. »Der Mensch ist nicht sehr gut, drum hau ihn auf den Hut. Hast du ihn auf den Hut gehaun, dann wird er vielleicht gut«, singen sie und sie wissen, was gemeint ist.

Besonders derb und komödiantisch geht es auch deshalb zu, weil alle Schauspieler Männer sind. Zu zwölft spielen sie zwanzig Rollen: Strauchdiebe, Prostituierte, Pastoren, junge Mädchen, Ehefrauen und jede Menge Polizisten. Und an der Verwegenheit und Wandlungfähigkeit mancher Darsteller ist zu merken, dass ein Gutteil des Ensembles dieser Theatergruppe seit Jahren treu ist. Einige, zum Beispiel der junge Hauptdarsteller Simon, der den aalglatten Mackie Messer gibt, oder Rolf, der den knorrigen Polizeichef darstellt, oder Patrick, der den selbstgefälligen Bettlerkönig verkörpert, oder Volker, der gleich in drei Rollen (Ganove, Moritatensänger, Hure) mitwirkt, erfüllen ihre Figuren mit solchem Leben, dass man glauben könnte, die Klinik hätte sie sich bei einer städtischen Bühne ausgeborgt.

Doch für die Darsteller dieses Abends ist Theater kein Beruf, nicht Broterwerb und auch nicht Kunst. Für sie bedeutet es Glück, Erfolg – und Freiheit. »Die Entfesselten« nennen sie sich, und sie spielen um ihr Leben. Die Kostüme haben sie selbst genäht, die Kulisse selbst entworfen. Auf der Bühne vergessen sie die Hypothek, die auf ihnen lastet, und selbst die Gitter und Mauern. Und ihre große Leistung besteht darin, auch ihr Publikum all die bedrückenden Tatsachen ganz vergessen zu lassen und es einen Abend lang aufs Beste zu unterhalten.

Nicht jeder darf mittun beim Psychiatrietheater. Die Erlaubnis vom Therapeuten bekommt nur, wer sich an Absprachen hält und – jedenfalls innerhalb der Klinik – ungefährlich ist. Es ist wohl kein Zufall, dass das Ensemble vor allem aus Menschen mit Persönlichkeitsstörungen besteht. Diese Patienten sind häufig sehr intelligent, zeigen aber ungewöhnlich exzentrische und verschrobene Charakterzüge. Wer sie da singen und gestikulieren sieht, muss ein bisschen an Klaus Kinski und Heath Ledger denken und fragt sich, ob es mitunter ein seelischer Defekt ist, der den Schauspieler erst so richtig beflügelt. Dieselbe psychische Aberration, die manchen der *Dreigroschenoper*-Sänger zu seinem Verbrechen bewog, verleiht ihm womöglich heute Abend diesen Witz, diese Furchtlosigkeit und Bühnenpräsenz. Und vielleicht wäre der eine oder andere niemals straffällig geworden, hätte ihm eine Bühne schon früher offen gestanden.

Und dann die Frauengestalten! Männer, deren Lebensproblem die Frau an sich war und die Frauen früher Schreckliches antaten, tragen nun Perücken und lange Kleider, singen erotische Lieder und rezitieren ergreifende Texte über das weibliche Schicksal. Ist eine beeindruckendere Maßnahme denkbar? Kay als gutmütig-tranige Polly, mit langen braunen Locken, hineingepresst in ein Hochzeitskleid. Unter langen falschen Wimpern wirft sie ihrem Ehemann Mackie derart verschleierte Blicke zu, dass das Publikum im Laufe des Stücks völlig vergisst, dass Polly selbst ein Mann ist. Oder Pollys Mama, die baumlange Celia, eine Frau von rabiater Fürsorge – kann eine echte Mutter besorgter sein als Thorsten? Oder die Königin des Abends – Spelunkenjenny, dargestellt von Klaus, der schon an die zwanzig Jahre in Eickelborn sitzt. Jenny, die unter der Flut ihrer blonden Locken förmlich zusammenbricht, abgelebt und korrupt und doch gleichzeitig so lieb und herzergreifend. Und dann ist da noch Simon, ein junger Mann, der die Polizistentochter Lucy ganz unschuldig spielt. Sieben lange Jahre war er Patient in Eickelborn. Seit Juli ist er entlassen und lebt jetzt im Ruhrgebiet in einer Übergangswohngruppe, die ihn auf das Leben in der Normalität vorbereiten soll. Trotzdem hat er seine Theatergruppe nicht im Stich gelassen und kehrte zu den Proben und den acht öffentlichen Aufführungen jedes Mal freiwillig hinter Gitter zurück.

Ja, die einen sind im Dunkeln, und die andern sind im Licht. Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht, heißt es bei Brecht. Aber heute Abend hat er unrecht. Die im Dunkeln werden plötzlich erkennbar, sie treten aus dem Schatten der Anstaltsmauern ins Scheinwerferlicht auf der Bühne, und die Leute klatschen und klatschen.

Und dann klettert auch noch die Regisseurin Katja Willebrand unter dem Applaus zum Ensemble hinauf, eine schmale, junge Frau, die in Berlin mehrere Theaterprojekte leitet und die Eickelborner Patienten seit fünf Jahren das Schauspielern lehrt. Diese freundliche, hübsche Erscheinung ist das Herz der Entfesselten, ihr ist das Kunststück gelungen, all die eigenwilligen und egozentrischen Charaktere zu disziplinieren, zu besänftigen und dazu anzustiften, in der Gemeinschaft mit anderen etwas auf die Beine zu stellen, worauf sie stolz sein können. Leider ist die *Dreigroschen*-Saison mit dieser Aufführung zu Ende, die Proben für das nächste Stück werden demnächst beginnen.

Zum Abschied ein kleines Buffet, zu dem auch das Publikum eingeladen ist. Die Schauspieler stehen jetzt verschwitzt, ihrer Kostüme und Perücken ledig, unter dem Volk, sie strahlen, sie lassen sich zuprosten und gratulieren und haben endlich das Gefühl, ganz normale Menschen zu sein.

Hier nicht!

Ein Ort in Australien verbietet den Verkauf von Wasser in Flaschen

Wo es Wasser gibt, kostet es fast nichts. Aber im Spätkapitalismus gelingt es, das Allgegenwärtige teuer zu verkaufen. Davon lebt eine Industrie, die Wasser auf Flaschen zieht und mit einem Etikett versieht, das Wunderdinge verspricht oder jedenfalls ein »Markenerlebnis«. In vielen Ländern der Welt handelt man Wasser in Flaschen, auch in Deutschland, wo das Wasser aus der Leitung oft besser ist als das aus der Konserve.

Nun hat ein kleiner Ort in Australien den Verkauf von Wasser in Flaschen verboten. In Bundanoon, südlich von Sydney, gibt es seit dem Wochenende Wasser nur noch aus der Leitung und an öffentlichen Zapfstellen. Flaschen müssen nicht mehr industriell hergestellt, befüllt, hergebracht, gekühlt, zurückgebracht, gespült werden. Man hält einfach sein Glas oder die eigene Flasche unter den Hahn. Mit jedem Schluck schon man die Umwelt. Das Wasser ist frisch, schmeckt – und es kostet nichts.

Wo im brunnenreichen Deutschland folgt eine zukunftsorientierte Gemeinde dieser Initiative? Wann nimmt, nur mal so als Beispiel, die Deutsche Bahn die Idee auf und beendet das Abkassieren durstiger Reisender auf den Bahnhöfen? **ULRICH STOCK**

Hier nicht!

Solarenergie finden alle gut. Aber wehe, das Kraftwerk ist nebenan

Ricklef Nissen hat von seiner Pension im Osewoldter Koog, Nordfriesland, schöne Fotos gemacht. Besonders das gelbe Rapsfeld im Hintergrund zieht die Urlauber an. Doch nun soll Gelb gehen und Schwarz kommen. Direkt hinter der Pension, auf dem 12 Hektar großen Feld, wo sonst der Raps blüht, soll in Zukunft Energie erzeugt werden. Mit Solarzellen. »Ich habe nichts dagegen, aber hier ist das falsch«, sagt Nissen, besorgt um sein Geschäft. »Die Leute fahren ja vorbei, wenn sie das sehen.«

Es ist ein Kreuz mit der regenerativen Energie. Erst wurde der Horizont mit Windrädern vollgestellt, jetzt werden die Felder mit hässlichen Modulen zugepflastert. Auf der einen Seite stehen die Bauern, die lieber die sichere Einspeisevergütung nehmen, als um Milch- und Getreidepreise zu kämpfen, auf der anderen Seite protestieren die Anwohner und die Tourismusbranche. Dabei sind eigentlich alle dafür: Acht von zehn Deutschen wollen grünen Strom, bloß soll er nicht nebenan gewonnen werden.

Ricklef Nissen sammelt jetzt Unterschriften gegen das Kraftwerk hinter seiner Pension, 25 hat er schon. Lange reden muss er nicht: Solarenergie? Hier nicht! Das genügt. **FOKKE JOEL**

1. Oktober 2009 DIE ZEIT Nr. 41



Foto: Thomas Imo/photothek.net

DIE KANZLERIN beim deutschen Arbeitgebertag

Durchmarsch auf leisen Sohlen

Die Wirtschaft bestellt lautstark Reformen in Berlin. Und bei Atomkraft, Gesundheit und Steuern ist die künftige Koalition bereit zu liefern

VON MARC BROST, GÖTZ HAMANN, ELISABETH NIEJAHR, PETRA PINZLER, MARK SCHIERITZ, FRITZ VORHOLZ

Einmal noch wird es so sein wie in den vergangenen vier Jahren. Am kommenden Montag werden Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier gemeinsam auftreten, die Kanzlerin und ihr Noch-Vize, zu Gast beim DGB. Der Gewerkschaftsbund wird 60, und auf der Geburtstagsfeier in Berlin werden Merkel und Steinmeier über soziale Gerechtigkeit und Solidarität sprechen, über Mitbestimmung und den Sozialstaat. Sie werden davon reden, wie wichtig die Gewerkschaften auch in Zukunft seien. Und das ist insofern drollig, weil einer von beiden – Steinmeier – gerade selbst um seine Zukunft ringt. Und weil die Gewerkschaften auf absehbare Zeit ziemlich wenig Gehör finden könnten.

Es sind jetzt andere Zeiten. Es gibt eine neue Regierung. Und damit andere Interessengruppen, die das Ohr der Regierung haben.

Man spürt das bereits am Tag nach der Wahl, keine 17 Stunden nach Schließung der Wahllokale. Im Saal der Bundespressekonferenz in Berlin, dort, wo sonst die Kanzlerin und ihre Minister Rede und Antwort stehen, stellen zwei Wirtschaftslobbyisten ihr Regierungsprogramm vor. *Koalitionsvertrag für den Aufschwung* haben sie den Forderungskatalog überschrieben. Darunter machen sie es jetzt nicht mehr. Hans Heinrich Driftmann, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, liest laut vor. Sein Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben ergänzt. Die zwei bieten alles auf, was Wirtschaftsverbände sich so wünschen: Steuern runter. Bürokratie abbauen. Kündigungsschutz kippen.

Auf die zaghafte Journalistenfrage, warum die Kanzlerin ausgerechnet den Kündigungsschutz abschaffen sollte, obwohl sie den Gewerkschaften vor der Wahl doch das Gegenteil versprochen habe, bekommen sich Driftmann und Wansleben fast nicht mehr ein. Wansleben schiebt Driftmann das FDP-Wahlprogramm zu, aber der hat schon die Brille weggelegt. Also zitiert Wansleben selbst: »Hier steht: Der Kündigungsschutz sollte erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren gelten.« Noch Fragen?

Alle Wirtschaftsverbände haben sich vor der Wahl zurückgehalten. Kaum ein Funktionär ließ sich mit einer konkreten Reformforderung zitieren. Niemand wollte den Wahlerfolg von Union und FDP gefährden. Nun aber ist die schwarz-gelbe Mehrheit so überraschend deutlich, dass viele Lobbyisten vor Selbstbewusstsein strotzen. Man kann das starke Ergebnis der FDP schließlich dergestalt interpretieren, dass die Mehrheit der Deutschen eine Regierung will, die die Steuern senkt, die Mittelschicht entlastet und Arbeitsrechte kappt. So sieht das die FDP selbst. Und so sehen es auch die meisten Wirtschaftsvertreter.

Natürlich gibt es noch eine zweite, eine andere Interpretation des Wahlausgangs. Sie besagt, dass die Deutschen ihre Kanzlerin behalten wollten und die Mehrheit der Wähler nicht den Wechsel wollte, sondern die Konstante. Dass Angela Merkel sich längst sozialdemokratisiert hat. Dass sie an die Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 denkt, vor der die Union nicht allzu viele Wähler verschrecken darf. Dass sie weiterhin die politische Mitte besetzen will. Dazu passt, dass Merkel sich gleich am Wahlabend als »Kanzlerin aller Deutschen« präsentierte.

Beide Sichtweisen aber zeigen eines: Die neue Regierung könnte sich beim Schreiben ihres Koalitionsvertrags ziemlich schwertun. »Im Moment ist Frau Merkel nicht Bundeskanzlerin, sondern Parteivorsitzende der CDU«, sagt der FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms. »Um zur Kanzlerin gewählt zu werden, braucht sie die Stimmen der FDP. Vorher werden Koalitionsverhandlungen geführt. Und dabei begegnen wir uns auf Augenhöhe.« So werde die FDP auch nicht von ihrer Forderung absehen, die Bundesagentur für Arbeit deutlich zu verkleinern – was die Wirtschaft freut, die Union bislang aber vehement ablehnt.

Die Deutschen mögen am Sonntag eine schwarz-gelbe Regierung gewählt haben. Wie schwarz-gelb die Republik tatsächlich wird, entscheidet sich aber erst jetzt. Bis Anfang November soll der Koalitionsvertrag stehen. Und bis dahin wird die neue Regierung jeden Tag mit neuen Forderungen der Industrie und des Handwerks, der Selbstständigen und der Banker konfrontiert werden. Deren Messlatte liegt hoch. Zu lange ist es her, dass Union und FDP gemeinsam im Bund am Drücker waren.

Dirk Martin kann sich an die letzte schwarz-gelbe Koalition nur dunkel erinnern. In den Neunzigern studierte er noch. 1998 gründete er eine Softwarefirma, heute beschäftigt er 160 Mitarbeiter. Der 38-Jährige ist Unternehmer, vor allem aber: Chef des Bundesverbandes Junger Unternehmer. Und als solcher hat Martin sehr genaue Vorstellungen, was er von einer schwarz-gelben Regierung erwartet: Mehr Netto vom Brutto. Eine Reform der Erbschaftsteuer zugunsten der Familienbetriebe. Die Abschaffung der staatlichen Rentengarantie. Sie sei »eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber der jungen Generation«.

Die Republik ist voller Dirk Martins in diesen Tagen, voller Unternehmer, Selbstständiger und Lobbyisten, die sich von Schwarz-Gelb viel versprechen. Die »einmalige Chance«, das Steuersystem radikal zu vereinfachen und »das Bierdeckelding durchzuziehen«, sieht der Lübecker Unternehmer Max Schön. »Eine gute Nachricht« sei das Wahlergebnis für die Finanzindustrie, sagt Wolfgang Kirsch, Chef der DZ Bank. Die SPD mag für die Geldhäuser viel Gutes getan haben – von der Teilprivatisierung der Altersvorsorge und der Steuerbefreiung bei der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen unter Rot-Grün bis hin zur Bankenrettung in der Großen Koalition. Die Sympathie aber genießen die anderen. Sie gelten als Garanten für Wachstum und freie Kapitalmärkte.

Ausländische Finanzmanager sind da besonders entschieden. Sie interessieren sich nicht für Details in den Parteiprogrammen und die Besonderheiten des bundesrepublikanischen Wirtschaftsmodells. Deutschland gilt etwa am Londoner Finanzmarkt als quasisozialistisches Land mit überregulierten Arbeitsmärkten, zu hohen Steuern und einem überbordenden Wohlfahrtsstaat – und die Politikrezepte der Freien Demokraten stoßen auf viel Zuspruch. »Ich hoffe, dass der Einfluss der FDP möglichst groß ist. Ihre Politik ist das, was Deutschland braucht«, sagt Jim O'Neill, Chefvolkswirt der Investmentbank Goldman Sachs. Als die Frankfurter Börse am Montagmorgen öffnete, machte der Dax tatsächlich einen Satz nach oben.

»Entlastung der Unternehmen«, »Senkung der Lohnnebenkosten«, »Flexibilisierung des Arbeitsmarktes«, Befreiung der Industrie von »Sonderlasten«: Nahezu alles, was die Wirtschaft jetzt fordert, findet sich wortgleich in einem Papier des Bundeswirtschaftsministeriums aus dem Sommer dieses Jahres. Minister Karl-Theodor zu Guttenberg hatte seine Beamten beauftragt, industriepolitische Leitlinien zur Zukunft des Landes zu formulieren. Als das Papier an die Medien gespielt wurde, distanzierte sich der Minister davon. Es klang zu sehr nach der Wunschliste der Unternehmensverbände. Und die Wahl war noch nicht gewonnen.

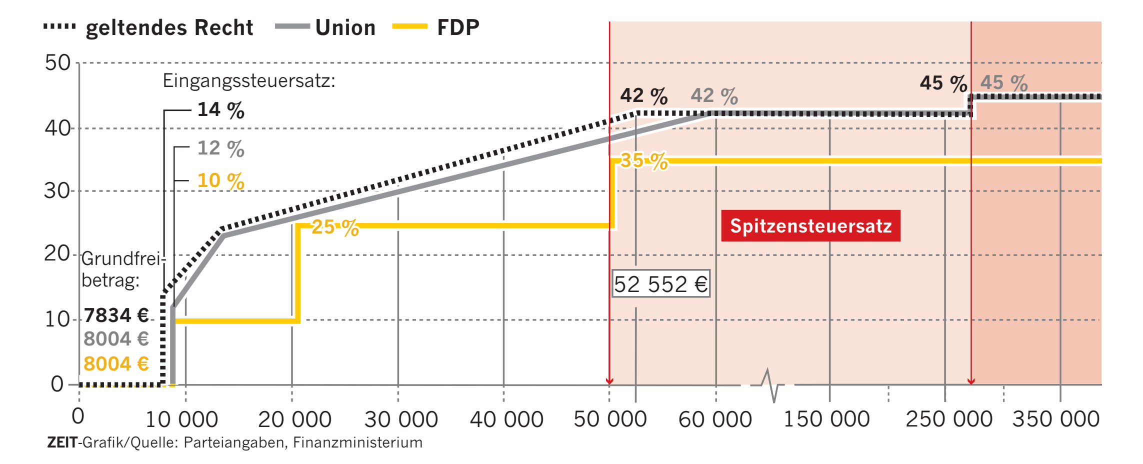
Eine Regierung, die all diese Forderungen nun durchsetzt, würde das Land verändern wie keine Koalition zuvor. Nur wird das womöglich gar nicht so schnell, offensichtlich und dramatisch beginnen, wie die Gegner glauben. Denn warum sollte die neue Bundesregierung beispielsweise als Erstes den Kündigungsschutz lockern? Sie würde damit doch nur die Gewerkschaften auf die Straße treiben – und zugleich all die Mühen zunichtemachen, mit denen die Beschäftigten in der Krise durch Kurzarbeit künstlich in den Betrieben gehalten wurden. Mehr Einnahmen brächte die Maßnahme auch nicht. Ein schlechtes Geschäft für Angela Merkel.

So könnte sich die neue Koalition zunächst wohl vor allem auf jene Reformen konzentrieren, die zwar für die Wirtschaftsvertreter symbolträch-

Fortsetzung auf Seite 24

Schwarz-gelbe Wahlversprechen

Derzeitiges Steuerrecht und geplante Steuertarife, Bruttojahreseinkommen (Ledige) in Euro, Steuersatz in Prozent



ZEIT-Grafik/Quelle: Parteiangaben, Finanzministerium

Jeder Tag mehr bringt Millionen

Deutsche Kernkraftwerke mit den kürzesten Restlaufzeiten

	Eigentümer	Laufzeitende*	Leistung (in Megawatt)
Gemeinschaftswerk Neckarwestheim 1	EnBW	2010	785
Kraftwerk Philippsburg 1	EnBW	2012	890
Isar 1	E.on	2011	878
Brunsbüttel	E.on (Vattenfall)	2012	771
Unterweser	E.on	2012	1345
Biblis A	RWE	2010	1167
Biblis B	RWE	2010	1227

*sofern keine Strommengenübertragung und keine längeren Stillstände einzelner Kraftwerke eintreten

ZEIT-Grafik/Quelle: LBBW

Sauber? Ethisch?

Das Vorgehen von Siemens gegen Heinrich von Pierer ist maßlos

Sicher ist es richtig, wenn auch Topmanager für Fehler zur Verantwortung gezogen werden. Aber die Art und Weise, wie Siemens gegen seinen langjährigen Vorstandschef und späteren Aufsichtsratsvorsitzenden vorgeht, ist maßlos. Der Konzern hat Heinrich von Pierer (und einer Reihe weiterer Ex-Vorstände) jüngst ein Ultimatum gestellt. Bis Mitte November soll der Ex-Chef seine Zustimmung zu einem Vergleich erklären, dessen Konditionen ihm Siemens diktiert hat. Sechs Millionen Euro Schadensersatz verlangt der Konzern von ihm. Pierer würde einen Großteil seines privaten Vermögens einbüßen. Und vor allem: Wenn er zahlt, gesteht er indirekt eine Schuld ein.

Lässt er sich nicht auf den Deal ein, wird ihn der Konzern verklagen, das hat der Aufsichtsrat angekündigt. Angeblich soll Pierer dann der gesamte Milliardenschaden angelastet werden, der im Zuge der Schmiergeldaffäre entstanden ist. Dabei besteht ein beträchtlicher Teil des Schadens in den Kosten, die bei der Aufklärung entstanden sind: Honorare in Höhe von Hunderten Millionen für eine amerikanische Anwaltskanzlei.

Heinrich von Pierer, der das Unternehmen mit nicht geringem Erfolg von 1992 bis 2005 geführt hat, müsste sich über Jahre gegen eine Meute hoch bezahlter Anwälte zu Wehr setzen. Er hat gegen diese Übermacht keine Chance. Selbst wenn die Gerichte die Zivilklage am Ende ganz oder teilweise abweisen sollten, läuft er Gefahr, durch die Verfahren psychisch und finanziell niedergestreckt zu werden. Der frühere Vorzeigemanager weiß das und hat seine Bereitschaft zu einer außergerichtlichen Einigung erklärt. Allerdings will er weniger zahlen, und das in Form einer Spende an die Siemens-Stiftung, doch auf beides mag sich der Konzern nicht einlassen. Dabei könnte so eine menschlich saubere Lösung aussehen.

Ohne Zweifel trägt Pierer eine Mitverantwortung dafür, dass Mitarbeiter des Unternehmens auch dann noch Schmiergeld in vielen Ländern verteilten, als das vom deutschen Gesetzgeber nach Jahren des Nichtstuns endlich unter Strafe gestellt worden war. Er hat das inzwischen eingeräumt. Andererseits hat sich Pierer persönlich nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft in München nichts Gravierendes zuschulden kommen lassen. Nach gründlicher Prüfung hat die Anklagebehörde im Frühjahr 2008 mitgeteilt, dass es »keine zureichenden Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten« Pierers gebe.

Was der Konzern bislang gegen Pierer vorbrachte, reicht also nicht einmal dafür aus, dass der Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren einleiten konnte. Dabei spricht nichts dafür, dass die Ankläger eine ungebührliche Milde walten ließen, war es doch diese Staatsanwaltschaft (und nicht etwa die amerikanische Börsenaufsicht SEC), die das Verfahren durch eine groß angelegte Durchsuchungsaktion im November 2006 überhaupt erst in Gang brachte. Seit nunmehr eineinhalb Jahren prüft die Staatsanwaltschaft, ob Heinrich von Pierer vielleicht eine Ordnungswidrigkeit begangen hat, weil er die Mitarbeiter womöglich nicht genügend überwachen ließ. Eine Ordnungswidrigkeit! Aber selbst dabei kam bis heute nichts heraus. **RÜDIGER JUNGBLUTH**

60 SEKUNDEN FÜR

das Leben danach

So weltfremd Politiker manchmal erscheinen können, eines haben sie mit den normalsterblichen, von Rezessionsängsten geplagten Bürgern gemein: Ein Job auf Lebenszeit ist ihnen nicht sicher. Wenn das Volk nicht mehr will, müssen sie sich nach einem neuen Broterwerb umsehen. Was könnte Franz Müntefering tun, wenn er den Parteivorsitz der SPD niederlegt? Gerhard Schröder wüsste vielleicht Rat. Für sein Engagement bei Gasproms Pipelineprojekt streicht der Ex-Kanzler gewiss ein anständiges Salär ein. Aber mit seinem Wechsel in die Industrie ist Schröder kein guter Vertreter der Sozialdemokratie. Ein echter Linker setzt sich nicht in die Vorstandsetage, sondern verdient sein Geld mit guten Gedanken und klugen Worten. Tony Blair zum Beispiel bekommt für seine Reden über Religionen, Krieg und Frieden und das Menschsein an sich bis zu 100 000 Dollar, und die *Financial Times* schrieb jüngst, dass Gordon Brown genauso viel fordern könnte. Vermutlich würde er über den angelsächsischen Finanzkapitalismus philosophieren und darüber, wie man mit dem Geld anderer Leute ein paar Großbanken rettet. Noch hat Brown einen Job. Aber die Labour-Partei ist mindestens so niedergeschlagen wie die SPD, und es wäre ein Wunder, wenn der Premier nach den nächsten Wahlen nicht den Artikel über seinen Marktwert herauskramen müsste. **JOHN F. JUNGCLAUSSEN**






Jüngster im DGB

Michael Vassiliadis wird in zwei Wochen aller Voraussicht nach zum neuen Chef der **Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie** (IG BCE) gewählt. Als Nachfolger des aus Altersgründen ausscheidenden Hubertus Schmoldt wird er dann die drittgrößte Gewerkschaft in Deutschland führen. Er dürfte fortsetzen, was auch das Markenzeichen Schmoldts war: den partnerschaftlichen Umgang, den die IG BCE und die Arbeitgeberverbände in ihren Branchen miteinander pflegen.
Mit seinen 45 Jahren ist Vassiliadis dann der **jüngste Gewerkschaftschef** innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Außerdem ist der Sohn einer Deutschen und eines griechischen Chemiearbeiters auch der erste Vorsitzende mit »Migrationshintergrund«.
Nach dem Besuch der Realschule absolvierte Vassiliadis eine Ausbildung zum Chemielaboranten und arbeitete bei der Bayer AG. Seit 1981 ist er **SPD-Mitglied,** seit 1986 hauptberuflicher Gewerkschaftsfunktionär. 2004 wurde er Mitglied des Bundesvorstands der IG BCE und dort zuständig für Betriebsräte, Vertrauensleute, Bildung und Jugend. Außerdem vertritt Vassiliadis die Gewerkschaft in den **Aufsichtsräten** von BASF, Henkel, Kali + Salz sowie der Evonik Steag GmbH

»Die FDP ist eingeladen«

Michael Vassiliadis, designierter Chef der Chemiegewerkschaft, über seine Haltung zu Schwarz-Gelb, Steuererhöhungen für Unternehmen und die Lohnentwicklung in Zeiten der Krise

DIE ZEIT: Erschüttert?

MICHAEL VASSILIADIS: Erschüttert nicht, überrascht. Ich hatte ein knapperes Ergebnis erwartet. Dass die SPD so tief fällt, hätte ich nicht gedacht.

ZEIT: Schwarz-Gelb übernimmt das Land, und Sie sind nicht erschüttert? Die Gewerkschaften haben das doch immer als größten anzunehmenden Unfall dargestellt.

VASSILIADIS: Die Warnungen hatten ja auch ihren Grund. Aber die Frage ist jetzt, was die FDP wirklich durchsetzt. Und ob die Union bei dem bleibt, was sie in den vergangenen Jahren mitgetragen hat: sich nämlich auch um den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft zu kümmern. Wie es jetzt weitergeht, wissen wir noch nicht. Es wird hoffentlich weniger dramatisch, als wir befürchtet haben.

ZEIT: Vor der Wahl sagten Sie, die Liberalen seien auf eine Regierungsaufgabe nicht vorbereitet. Was meinten Sie damit?

VASSILIADIS: Vor einem halben Jahr habe ich von den Liberalen nur ihr altes Markt-Gerede vernommen. Neue Ideen, um aus der Krise herauszukommen, konnte ich nicht entdecken.

ZEIT: Hat die FDP aus der Krise also nichts gelernt?

VASSILIADIS: Wir werden sehen. Die FDP versteht sich nun mal als Partei des Marktes, den Staat will sie möglichst aus allem raushalten. Das ist falsch. Aber völlig spurlos ist die Krise auch an den Liberalen nicht vorübergegangen. Im Wahlkampf gab es ja einige Überraschungen.

ZEIT: Welche?

VASSILIADIS: Zum Beispiel, dass die FDP das Thema Schonvermögen bei Hartz IV aufgegriffen hat. Das ist nicht gerade ein klassisches FDP-Thema. Es kann also gut sein, dass es in der neuen Koalition Themen gibt, die als Grundlage für eine Zusammenarbeit taugen.

ZEIT: Was muss die Bundesregierung in den nächsten 100 Tagen tun, um das Land durch die Krise zu steuern?

VASSILIADIS: Auf der einen Seite muss sie sich um die Megathemen kümmern, die es schon vor der Krise gab, Demografie und Bildung etwa. Das zweite ist das Krisenmanagement. Da sollten die Dinge, die funktionieren, fortgesetzt werden, beispielsweise die Kurzarbeit.

ZEIT: Wird die denn noch lange helfen? Was hören Sie aus den Betrieben?

VASSILIADIS: Das ist unterschiedlich. Bei einigen Firmen hat sich die Lage stabilisiert, es geht ihnen wieder gut. Zwar nicht im Vergleich zu den Ausnahmejahren 2008 oder 2007, aber im langjährigen Mittel. Vielfach ist die Situation also besser, als man landläufig glaubt. Bei anderen Unternehmen, vor allem bei den Automobilzulieferern, ist die Lage dagegen weiterhin sehr kritisch.

ZEIT: Es gab Gerüchte, manche Konzerne würden mit den Entlassungen bis nach der Wahl warten. Kommt jetzt das dicke Ende?

VASSILIADIS: Nein, das kann ich für unsere Branchen ausschließen. Ich sehe, abgesehen von Einzelfällen, auch keinen Grund für Entlassungen, solange man die Kurzarbeit noch gar nicht voll ausgeschöpft hat.

ZEIT: Im DGB wird trotzdem gefordert, den Anspruch auf Arbeitslosengeld jetzt von maximal zwei auf drei Jahre zu verlängern. Was halten Sie davon?

VASSILIADIS: Wenig. Erstens haben wir die Massenentlassungswelle nicht, mit der das in diesem Fall begründet wird. Zweitens geht es doch darum, die Menschen wieder schnell in Arbeit zu bringen. Wenn man jetzt schon über das Arbeitslosengeld spricht, nimmt man sich den Druck, darüber nachzudenken, wie das gelingen kann. Dann wird eher die Frage der Finanzierung von Dauerarbeitslosigkeit diskutiert als die Frage neuer Jobs. Einer solchen Diskussion sollten wir die Tür gegenwärtig nicht öffnen.

»Zunächst einmal nehme ich Angela Merkel beim Wort. Sie weiß, dass man mit Spielchen beim Kündigungsschutz erst gar nicht anfangen sollte. Jedenfalls hoffe ich es«

ZEIT: Fürchten Sie umgekehrt, dass der Arbeitsmarkt unter Schwarz-Gelb weiter dereguliert wird? Der Kündigungsschutz ist wieder im Gespräch.

VASSILIADIS: Zunächst einmal nehme ich Frau Merkel beim Wort, die gesagt hat, dass der Kündigungsschutz nicht angetastet wird. Bisher konnten wir auf das Wort der Kanzlerin vertrauen. Außerdem habe ich Angela Merkel als extrem sachorientierte Frau kennengelernt. Ich glaube, sie hat gelernt, dass die Lockerung des Kündigungsschutzes keinen wirtschaftlichen, sondern nur einen schlimmen sozialen Effekt hat. Sie weiß, dass man mit solchen Spielchen – auch beim Thema Mitbestimmung – erst gar nicht anfangen sollte. Jedenfalls hoffe ich es.

ZEIT: Brauchen wir neue Konjunkturprogramme?

VASSILIADIS: Die bisherigen zwei Programme waren sinnvoll, um die erste große Delle abzufedern. Jetzt muss man sich eher Gedanken darum machen, wie man den Standort Deutschland langfristig stärkt. Wie man etwa die Grundlagen und das Klima schafft für Innovationen.

ZEIT: Das Geld dafür dürfte jedenfalls knapp sein. Die Staatsschulden steigen. Liberale und Teile der Union glauben, dass niedrigere Steuersätze zu mehr Wachstum und damit auch wieder höheren Steuereinnahmen führen. Teilen Sie diese Auffassung?

VASSILIADIS: Richtig ist: Die Wirtschaft muss wieder in Gang kommen, sonst kommen wir auch nicht aus den roten Zahlen. Mit allgemeinen Steuersenkungen erreicht man das aber nicht. Das ist andernorts probiert worden und nicht gelungen, damit würde man nur weiteres Geld aus dem Staatshaushalt nehmen. Ich halte im Gegenteil Steuererhöhungen für wahrscheinlicher. Aber die müssen gerecht verteilt werden. Wir sollten zum Beispiel über eine Erhöhung der ertragsabhängigen Unternehmenssteuern reden. Da gibt es Luft nach oben, ohne dass es schädlich für das Wachstum wird.

ZEIT: Die Steuersenkungen für Unternehmen unter Rot-Grün und Schwarz-Rot sollten zurückgenommen werden?

VASSILIADIS: Das muss geprüft werden und darf kein Tabu sein. Das gilt genauso für einen höheren Spitzensteuersatz. Auch wenn das, was dabei zu holen ist, den Staatshaushalt nicht retten wird – das ist ein Symbol sozialer Gerechtigkeit, das die Menschen erwarten.

ZEIT: Aber da macht die FDP ja wohl kaum mit. Eher würde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erwogen.

VASSILIADIS: Sicher, und damit lässt sich auch mehr Geld bewegen. Aber das würde die Konjunktur abwürgen. Das können wir uns nicht leisten.

ZEIT: Steuererhöhungen sind das eine, Kürzungen im Sozialbereich das andere. Gibt es da Punkte, bei denen Sie sagen: Mit uns nicht?

VASSILIADIS: Nicht nur einzelne Punkte. Wir haben im Sozialbereich in den vergangenen Jahren eine ganze Menge getan. Ich lehne es deshalb ab, in so einer Art Kassensturz-Logik zu sagen: Jetzt muss auch der Sozialstaat noch mal ran. Was es da an Kürzungen gab, hat genug Schmerzen verursacht. Das reicht.

ZEIT: Sehen das Ihre Gewerkschaftsmitglieder genauso? Sagen viele gutverdienende Chemie-Angestellte nicht: Ehe ich mehr Steuern zahle, muss beim Staat gespart werden?

VASSILIADIS: Ich glaube, unsere Mitglieder wissen sehr genau, wie wichtig ein funktionierendes Sozialsystem ist. Sie fordern uns nicht dazu auf, für niedrigere Steuern zu sorgen, sondern sagen: Sorgt dafür, dass der Staat funktioniert. Zum Beispiel im Bereich der Bildung. Kindergärten, Schule, später unter Umständen ein Studium kosten sehr viel Geld, das ist für die Arbeitnehmer nicht leicht zu tragen. Was der Staat da leistet, kümmert die Menschen in der Regel mehr als die Höhe der Steuern.

ZEIT: Nun sind die Durchschnittslöhne in den vergangenen Jahren real sogar gesunken. Wird das in den Abschwungjahren jetzt noch schlimmer?

VASSILIADIS: Moment, in unseren Branchen haben die Arbeitnehmer vom Boom profitiert. Es gab reale Lohnerhöhungen. Aber klar ist: Damit sind wir nicht mehr die Norm.

ZEIT: Die Norm sind jetzt nur noch magere Lohnabschlüsse?

VASSILIADIS: Nein, so kann man das nicht sagen. Ich sehe inzwischen vier Welten in Deutschland: Die erste Welt sind die großen industriellen Unternehmen mit stabilen Löhnen. In der zweiten Welt tummeln sich Unternehmen, bei denen Erfolgs- und Misserfolgsphasen sehr viel stärker sofort durchschlagen. Die SAPs dieser Welt. Dann gibt es einen dritten Bereich, wo Gewerkschaften mit Tarifverträgen kaum noch präsent sind. Dort haben sich die Löhne von der Wirtschaftslage abgekoppelt und sind auch im Aufschwung nicht gestiegen – deshalb reden wir dort über Mindestlöhne. Und dann gibt es noch die vierte Welt – dort haben die Menschen überhaupt keine Arbeit. Die muss man auch sehen.

ZEIT: Wenn die Arbeitswelt und mit ihr die Gesellschaft zerfallen – was muss getan werden?

VASSILIADIS: Auf der einen Seite müssen wir Notfallmanagement betreiben. Das heißt Mindestlöhne.

ZEIT: Nur in einzelnen Branchen?

VASSILIADIS: Ja. Das ist Sozialpolitik, die nicht vom Staat bezahlt wird, sondern von Unternehmern, die zu wenig bezahlt haben. Aber klar muss auch sein: Eigentlich sind wir es als Gewerkschaften, die dort unserer Aufgabe nachkommen und Antworten finden müssen. Das dürfen wir nicht einfach an den Staat abgeben.

ZEIT: Mit einer Regierung aus Union und FDP wird es wohl auch kaum neue Mindestlöhne geben.

VASSILIADIS: Täuschen Sie sich mal nicht. Der neuen Regierung wird es nicht gelingen, das Thema wegzuschieben. Gelöst werden muss es ja. Entweder der bezuschusst man die Löhne durch Aufstockung, dafür muss man aber das Geld haben. Das ist angesichts der schlechten Haushaltslage gar nicht so einfach. Oder man bestimmt den Mindestlohn – dann zahlt der Arbeitgeber.

ZEIT: Hilft Schwarz-Gelb bei der Mobilisierung, oder wird der Wechsel die Gewerkschaften schwächen?

VASSILIADIS: Ich glaube, dass die Gewerkschaften und die Betriebsräte in den vergangenen Monaten bewiesen haben, wie gut es ist, dass es sie gibt. Auch die Arbeitgeber haben das eingesehen. Ich hoffe, dass sich die FDP dem nun auch anschließt. Ob wir allerdings langfristig an Zuspruch gewinnen, hängt nicht nur vom Krisenmanagement ab.

ZEIT: In zwei Wochen werden Sie aller Voraussicht nach zum neuen Chef Ihrer Gewerkschaft gewählt. Was sind Ihre Ziele?

VASSILIADIS: Das werde ich auf dem Kongress meinen Mitgliedern erzählen. Eines aber wird eine zentrale Rolle spielen: Bei Betriebsratswahlen in den Unternehmen unserer Branche werden unsere Leute von knapp 90 Prozent der Beschäftigten gewählt. Nur 49 Prozent sind aber bei uns organisiert. Unsere Mitgliederzahl muss wachsen.

ZEIT: Ihr künftiger Vorgänger Hubertus Schmoldt hatte immer sehr gute Kontakte in die Politik, insbesondere zur SPD. Wie sieht es bei Ihnen aus?

VASSILIADIS: Ich übernehme diese Kontakte.

ZEIT: Die SPD nützt Ihnen aber nicht mehr viel. Kommt Guido Westerwelle zum Gewerkschaftstag?

VASSILIADIS: Ich glaube nicht.

ZEIT: Ist er nicht eingeladen?

VASSILIADIS: Die FDP ist eingeladen. Vergangenes Mal hatten wir sie kurzfristig ausgeladen, weil sie Blödsinn zum Kündigungsschutz verkündet hatten. Aber eigentlich sind alle Parteien bei uns eingeladen, weil wir die Chance wahrnehmen wollen, miteinander zu reden. Und die FDP hat auch zugesagt zu kommen.

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN
KOLJA RUDZIO UND **CHRISTIAN TENBROCK**

Weitere Informationen auf ZEIT ONLINE:
www.zeit.de/arbeit

Fotos: Marc-Steffen Unger

Durchmarsch auf ...

Fortsetzung von Seite 23

tig sind, den Staat jedoch nichts oder wenig kosten. Auf drei Feldern könnte das leicht gehen, dort hoffen Unternehmen und Verbände schon bald auf Vollzug.

- Atomstrom: Schon vor der Wahl war offensichtlich, dass die Energieriesen auf Schwarz-Gelb setzen. Ihnen winken tatsächlich Milliarden. Wenn die alten Atomkraftwerke auch nur zehn Jahre länger laufen dürfen, können RWE, E.on und EnBW laut einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg mit Zusatzgewinnen von 38 Milliarden Euro rechnen – bei stabilen Preisen an der Leipziger Börse. Steigt der Börsenpreis noch – zum Beispiel auf 80 Euro für 1000 Kilowattstunden –, können sich in den Kassen der Konzerne sogar bis zu 77 Milliarden Euro ansammeln. Gleichzeitig stiege nach der Analyse der Kurswert der Energieaktien um bis zu 23 Prozent. Zwar haben Union und FDP im Wahlkampf angekündigt, einen Teil der neuen Gewinne abschöpfen zu wollen. RWE-Chef Jürgen Großmann sagte kurz nach der Wahl im *ARD-Morgenmagazin:* Ob das 45, 50 oder 55 Prozent seien, werde man sehen. Immer noch bliebe den Unternehmen ein außerordentlicher Zusatzgewinn.
- Gesundheit: Unter der neuen Koalition könnte die unpopuläre Gesundheitsprämie, für die Angela Merkel schon im Wahlkampf 2005 geworben hat, doch kommen. Das würde Wirtschaftsverbände und Unternehmer freuen, weil dieses System nur von den Versicherten und nicht mehr hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert würde. Dafür muss die neue Regierung nicht einmal eine große Reform auf den Weg bringen. Schon in der kommenden Woche wird der Schätzerkreis für das Gesundheitswesen auf Finanzlücken bei den Krankenkassen hinweisen, kurz danach muss die Regierung den Beitragssatz festlegen. Aller Voraussicht nach wird der Beitrag nicht steigen, sodass zahlreiche Kassen spätestens Anfang kommenden Jahres bei ihren Versicherten Zusatzbeiträge eintreiben werden. Diese Prämien könnten von Jahr zu Jahr steigen, während die paritätisch finanzierten Beitragseinnahmen konstant bleiben oder sogar zurückgehen. Ergebnis: Die Kopfpauschale kommt – sie heißt bloß nicht so.
- Steuern und Finanzen: Die Verbände wünschen sich viele Geschenke, beispielsweise bei der Unternehmenssteuer oder der Erbschaftsteuer. Zwar hat die neue Bundesregierung kaum finanzielle Spielräume. Doch bei der Erbschaftsteuer ist das unerheblich, weil sie schon heute nur den Länderhaushalten zugutekommt. Berlin könnte die Steuer also künftig ganz einfach in die Hände der Länderregierungen geben – mit der Empfehlung, sie abzuschaffen. Bei der Einkommensteuer könnte sich die neue Regierung darauf beschränken, den Eingangssteuersatz von 14 auf 10 Prozent zu drücken, wie es die Liberalen im Wahlkampf forderten, den Spitzensatz aber bei 42 Prozent belassen. Der könnte dann erst ab 60 000 Euro greifen, wie es die Union will, und nicht schon ab 52 552 Euro wie heute. Das würde nicht viel kosten, wäre aber symbolträchtig.

All das würde die Stimmung heben, und gute Stimmung sei wichtig, findet Arno Metzler, der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe: »Wir werden kein Wachstum hinbekommen, wenn Mittelstand und Freiberufler nicht optimistisch gestimmt sind.« Aber die Grenzen ihrer Forderungen sind selbst manchen Verbandsleuten klar – also hat auch die Wirtschaft jetzt Reformvorschläge parat, die den Staat nichts kosten. Etwa die Korrektur der Gesetze zur Datenvorratsspeicherung, die Freiberufler wie Anwälte, Ärzte und Journalisten unter Druck setzen. »Die FDP traut sich hoffentlich, konservativen Unionspolitikern wie Wolfgang Schäuble oder Wolfgang Bosbach in den Arm zu fallen«, sagt Metzler.

Ganz nach dem Motto »Getrennt marschieren, vereint kämpfen« werden die Wirtschaftsverbände den Koalitionspartnern in den kommenden Wochen immer neue Argumente für den marktgerechten Umbau des Landes liefern. Mal donnert der Industrie- und Handelskammertag, mal wird der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ein Interview geben, mal ein Arbeitgeberverband ein Papier lancieren.

Auch Personalentscheidungen spielen da eine Rolle. Und so spricht sich ausgerechnet der Enkel des ersten CDU-Kanzlers nun für einen FDP-Mann als Finanzminister aus. »Die FDP muss in der Steuerpolitik die treibende Kraft sein. Sie ist nicht zufällig von so vielen Menschen gewählt worden«, sagt Patrick Adenauer, Bauunternehmer, CDU-Politiker und Chef des Verbands der Familienunternehmer. »Die Union hat einige der Fehler in der letzten Unternehmens- und der Erbschaftsteuerreform zu verantworten. Auch deshalb wäre Solms die beste Lösung.«

Weitere Informationen auf ZEIT ONLINE:
www.zeit.de/wahl

Wie gibt's Neues?

Schwarz-Gelb will die Innovationskraft stärken, um die Krise zu überwinden. Der Weg ist hochumstritten **VON THOMAS FISCHERMANN UND UWE JEAN HEUSER**

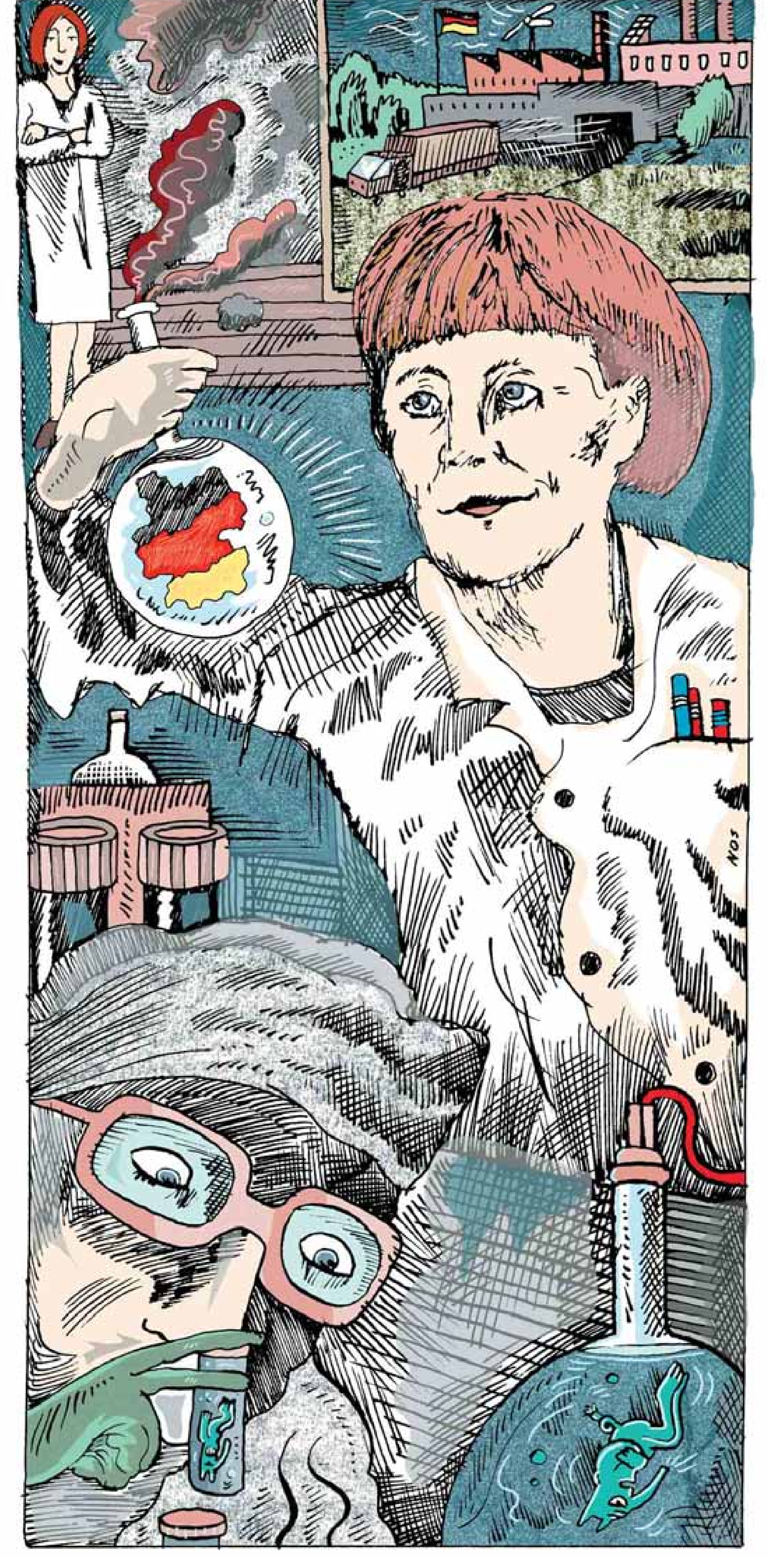


Illustration: Niels Schröder für DIE ZEIT/www.niels-schroeder.de

Angela Merkel weiß es, Guido Westerwelle ist es klar, und die gesamte Opposition unterschreibt es auch: Deutschland kommt nur mit geballter Innovationskraft schnell aus der Krise. »Forschung und Innovation sind Schlüssel zur Erhaltung und Mehrung unseres Wohlstands«, sagt die Kanzlerin im ihr eigenen Duktus, Innovationsförderung sei die »nachhaltigste Form für ein Konjunkturprogramm«, lässt ihr künftiger Vize in liberaler Bestimmtheit erklären.

Der Gedanke verlockt jeden Politiker: Wir fördern die Forschung, sorgen für Technik, Geschäftsideen und neue Produkte – und schon wächst die Wirtschaft deutlich schneller, schon können wir die riesigen Staatsschulden kontrollieren und den Einbruch am Arbeitsmarkt beherrschen.

Bloß, wie fördert man Innovation am besten? Das ist von jeher ein wirtschaftspolitisches Rätsel, und gerade für Deutschland ist die Antwort umstrittener denn je.

Bis zur großen Krise hatte Deutschland ein einfaches Erfolgsmodell. Ein wesentlicher Teil der Wirtschaft entwarf hochwertige Industriegüter, baute und exportierte sie. Weltführend war Deutschland bei Spezialmaschinen und im Anlagenbau, bei der Präzisionsverarbeitung und im Umgang mit neuartigen Werkstoffen. Dazu kommt der ehemals größte Stolz des Standorts, die Autoindustrie. Hinterher lief Deutschland dagegen bei Dienstleistungen und Konsumgütern.

Jetzt geht die weltweite Nachfrage nach den deutschen Kassenschlagern zurück. Das vertraute »größer, stärker, schneller« funktioniert nicht mehr wie gewohnt, und die Verengung der Wertschöpfung auf wenige Branchen wird gefährlich. Ökonomen reden davon, und der britische *Economist* titelte es sogar: Die Volkswirtschaft soll ihr Geschäftsmodell ändern.

Spätestens da kommen Angela Merkel und Guido Westerwelle ins Spiel, und die Frage ist nur, wie das gehen soll. Traditionell lautete die Antwort: Technik! Also hat der deutsche Staat die Grundlagenforschung unterstützt und Industriefirmen bei der Entwicklung mit Geld geholfen. Innovation war etwas, das Ingenieure und Forscher in ihren Labors betrieben. Heute aber entstünden technische Erfindungen auf der ganzen Welt mit atemberaubender Geschwindigkeit, mahnt die Berliner Expertenkommission Forschung und Innovation. Die Kollegen aus Frankreich und Amerika, aus China und Indien sind den deutschen Entwicklern auf den Fersen.

Als der entscheidende Teil der Innovation erweist es sich da, aus den vielen neuen Techniken und Erfindungen die richtigen auszuwählen und sie in Verkaufsschlager zu verwandeln. »Angesichts der wirtschaftlichen Lage wird es in den kommenden Jahren wichtig sein, Forschung schneller in neue Produkte umzusetzen«, sagt Hans-Jörg Bullinger. Der langjährige Chef der Fraunhofer-Gesellschaft weiß, wovon er redet: Es gilt immer noch als Schande, wie ein Fraunhofer-Institut einst das MP3-Format für das effiziente Speichern von Musik erfunden hatte – aber Deutschland kaum mitverdiente, als in den neunziger Jahren der Verkauf von MP3-Abspielgeräten und Musikdateien im Internet zum Riesengeschäft wurden. Hierzulande entstand die Technik, aber kein maßgebliches Produkt.

Innovation ändert ihr Gesicht auch, weil die Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen. Die große Neuerung von McDonald's bestand in einer technisch anspruchslosen Kombination von Fertigessen, Selbstbedienung und Vermarktung – und doch hat dieses Fast-Food-Unternehmen die Welt verändert. Die Supermarktkette Aldi, der Computerversender Dell und die Versandinnovatoren Otto und Amazon haben allesamt keine neuartigen Produkte erfunden – aber sie haben ihre Lieferketten, ihre Werbung und das Wissen über ihre Kunden so perfektioniert, dass sie Wettbewerber vom Markt fegten. Innovationstugenden sind es dort, mit anderen Unternehmen zusammenzuarbeiten, das eigene Geschäftsmodell ständig zu überdenken und von den Kunden zu lernen – all das ist wichtiger als klassische Forschung.

Mehr Geld für Forschung bedeutet noch lange nicht mehr Wachstum

So kommt es, dass die Unternehmensberatung Booz Allen Hamilton mit der Tonnenideologie der Innovation bricht: »Höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung stellen keineswegs bessere Leistung in Form von Wachstum, Gewinn oder Rentabilität sicher.« Deswegen hat auch die Aussagekraft alter Maße für die Innovationskraft – etwa die Zahl der geschaffenen Patente oder der Anteil von Forschern an den Gesamtbelegschaften – gelitten. Und die Innovationslehre an den betriebswirtschaftlichen Fakultäten ist zur Astrologie verkommen. »Es gibt quasi keine Maßzahl, nach der Sie sagen können: Dieses Unternehmen ist innovativ, und diese Maßnahme würde seine Innovationskraft fördern«, sagt der Berliner Innovationsberater Stefan Kutter.

Mit solch vagen Verhältnissen können Politiker wenig anfangen. Schwarz-Rot hat daher noch beherzt auf Traditionelles gesetzt und die Ausgaben für die Hightech- und Forschungsförderung erhöht. Laut Bundeswirtschaftsministerium gab sie dafür in der vergangenen Legislaturperiode über 40 Milliarden Euro aus, 1,4 Milliarden aus dem Konjunkturpaket kamen obendrauf.

Auch die EU setzte auf Quantität und nahm sich schon im Jahr 2000 vor, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Sie hat das Ziel deutlich verfehlt, und selbst im beflissenen Deutschland sind es bisher nur 2,5 Prozent. Doch der Wettlauf geht weiter: Barack Obama hat sein fast 800 Milliarden Dollar schweres Konjunkturpaket aus dem Winter zu einem Fünftel für Forschung und Technik verwandt – allein 40 Milliarden Dollar sollen in die Energieforschung gehen. Das ist eine Herausforderung für Asien und Europa nach dem Motto: Es lebe das Großprojekt.

Der amerikanische Innovationsguru John Kao verbreitet global die Botschaft, erfolgreiche Länder schenkten ihre geballte Aufmerksamkeit dem Bildungswesen und der Grundlagenforschung – und hebt leuchtende Beispiele heraus. So hat Singapur eine Forschungsstadt namens Biopolis errichtet, wo vor allem Medizin- und Biotechexperten aus aller Welt zusammenkommen sollen. Und Dänemark hat es Kao angetan, weil man dort beschloss, gezielt die Windkraftindustrie aufzubauen. Zehn Jahre später wurde man Weltmarktführer.

Der Dortmunder Technologieforscher Hartmut Kirsch-Kreinsen vermutet, dass sich auch Schwarz-Gelb in diesen Wettlauf begeben könnte – aber es gefällt ihm nicht. »Man wird wohl stärker als bisher vermeintlich wachstumsträchtige Technologiefelder besetzen«, glaubt er. Elektroautos, Nanotechnologie, Biotech oder Informationstechnik: Da sei die Förderung schnell beschlossen, der Öffentlichkeit leicht zu erklären, und die Lobbyisten seien am Ende auch zufrieden. Doch eine solche »Hightech-Obsession« führe nicht in den nächsten Aufschwung.

Woher sollen Politiker wissen, wo die Innovationspotenziale liegen?

Jedenfalls nicht nur. Das Gros der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe arbeitet nicht in der Spitzentechnik, sondern im Bereich der »hochwertigen Technologien«, in dem die Forschung und Entwicklung deutlich weniger als zehn Prozent aller Kosten ausmacht. Dazu gehören nicht bloß der gute alte Fahrzeugbau oder die Chemie, sondern auch viele Unternehmen in Zukunftsbranchen rings um Energieeffizienz oder Medizintechnik. Innovationsförderer dürften deshalb nicht bloß auf die Entwicklung neuer Spitzenerzeugnisse abzielen, sagt das Gros der Experten, sie müssten dafür sorgen, dass Produkte ständig weiterentwickelt werden, die Technik beherrscht, erklärt und geschickt verkauft wird. Doch die wenigsten Förderprojekte schicken Mittelständlern Berater ins Werk, um Nachhilfe in Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu erteilen. Und wenn, dann erweisen sich Erfolgsmessungen als nahezu unmöglich.

Was aber dann?

Vergleicht man Deutschland mit den anderen Industrieländern, gibt der Michel besonders präzise vor, welche Arten neuer Technik gefördert werden sollen. »Aber hier wissen die Politiker und Behörden auch nicht besser, wo die Innovationspotenziale liegen«, klagt der St. Gallener Innovationsexperte Oliver Gassmann. Zudem löst die Detailplanung einen Papierkrieg aus: Nach einer Studie des infas Instituts bewerben sich viele Mittelständler gar nicht mehr bei Förderprogrammen, weil ihnen der Aufwand zu groß ist und die Bedingungen zu eng gefasst sind. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnete kürzlich vor, dass nur acht Prozent der Unternehmen mit weniger als einer Million Euro Umsatz Forschungsmittel vom Staat bekommen hätten. Großunternehmen hingegen profitieren davon, dass sie sich hauseigene Experten für die Beschaffung von Fördermitteln leisten können.

Mehr als zwei Drittel der in der OECD vereinten Industrieländer gewähren deswegen längst allgemeine Steuergutschriften für ein breites Spektrum von Forschung und Entwicklung. Da müssen sie keine Projekte definieren oder Zukunftstechnologien bestimmen – das machen die Unternehmen selbst. Vor der Wahl erklärten Schwarz und Gelb, das wollten sie auch. Von vier bis zehn Milliarden Euro steuerlicher Forschungsförderung war die Rede. Elektromobilität und andere »Leitinnovationen mit breitem Anwendungspotenzial« will man gleichwohl weiter direkt fördern.

Das zusammen wird teuer – und lässt doch alle außer Acht, die innovativ sind in der Erfindung von Geschäftsmodellen oder technikfernen Dienstleistungen. Doch was wären die Alternativen? Lieber nur Grundlagenforschung? Wirkt höchstens langfristig. Oder »Cluster« bilden, also Firmen bestimmter Branchen nebeneinander ansiedeln, damit sie sich mit ihren Ideen gegenseitig befruchten? Wurde oft probiert, hat selten funktioniert.

Risikokapitalgeber fördern? In den USA spielen diese *venture capitalists* eine ganz wesentliche Rolle beim Aufstieg neuer Branchen. Sie greifen jungen Unternehmern finanziell unter die Arme – und schauen ihnen zugleich kritisch auf die Finger. Ideenreichen, aber überforderten Jungmanagern stellen sie notfalls erfahrene Kräfte an die Seite, wie es einst bei Google geschehen ist. Bruno van Pottelsberghe von der Brüsseler ULB-Universität hat sich die europäischen Investoren genau angeschaut und ist enttäuscht: Sie spezialisierten sich zu wenig und hätten auch keinen so guten Blick für neue Ideen. »Da wird heute die Entwicklung neuer Parfumdüfte gefördert und morgen ein Bremssystem für Kleinwagen«, spottet der Ökonom.

Überhaupt: Bevor die Investoren kommen, müssen die Unternehmen in der Regel erst einmal gegründet sein. Innovation kommt oft von denen, die aus dem Nichts ein neues Unternehmen starten oder ihre Firma aus einem Konzern abspalten. Obwohl eine große Zahl solcher Gründungen scheitert, werden dort viele Ideen erstmals getestet und radikale Brüche mit der alten Geschäftspraxis vollzogen.

Bei den Unternehmensgründungen sieht es allerdings besonders schlecht aus in Deutschland. Vor der Krise ist die Zahl der Neugründungen gesunken, und weniger als zehn Prozent der jungen Firmen waren technologisch ambitioniert. *Doing Business* heißt ein Report der Weltbank über die Bedingungen für Unternehmer – und ihm zufolge belegt die Bundesrepublik in der Behandlung von Gründern den beschämenden Platz 102 auf der Welt. In Kanada zum Beispiel kommt der Gründer mit einem Verwaltungsvorgang aus, hier sind es deren neun. In Australien braucht man zwei Tage, um alle Formalitäten zu erledigen – zwischen Rhein und Oder 18 Tage. Die Kosten dafür betragen in Kanada ein halbes Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens und hier sechs Prozent.

Vor gut zehn Jahren erklärte der Altkanzler und *ZEIT*-Herausgeber Helmut Schmidt: »Allzu viele Menschen müssen Angst haben, als selbständige Gewerbetreibende und Unternehmer mit den Vorschriften des Staates und seiner Behörden, den Urteilen der Gerichte und den Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien nicht fertig zu werden. Viele flüchten sich deshalb lieber als Mitarbeiter unter die Fittiche eines größeren Unternehmens.«

So ist es allen Daten nach immer noch.

Da gibt es also ein vielversprechendes Betätigungsfeld für die Wirtschaftserneuerer in der nächsten Bundesregierung. Die Krise sollte ihnen dabei Rückenwind geben. In der Vergangenheit waren wirtschaftlich schlechte Zeiten oft auch die Phasen, in denen viel Neues entstand. Das Statistische Bundesamt zählte die meisten neuen Selbstständigen auf dem Höhepunkt der vorigen Krise – 2004 noch wurden gut 1,4 Millionen solcher Neuanfänge registriert. In den Jahren danach ging diese Zahl um fast die Hälfte zurück; im ersten Halbjahr 2009 hingegen wurden wieder mehr Gründungen gemeldet.

Es stimmt: Vielen Gründern bleibt auch gar nichts anderes übrig, weil sie ihren alten Job verloren haben und keine Chance auf einen neuen sehen. Und das Arbeitsamt förderte Existenzgründungen aus der Not heraus nach 2002 besonders kräftig. Doch so schlecht hat das gar nicht funktioniert: Zwischen 60 und 70 Prozent der ehemals Geförderten sind fünf Jahre später immer noch selbstständig.

Wenn auch nur ein Bruchteil der neuen Gründer für Innovationen sorgt, wäre die schwarz-gelbe Energie gut eingesetzt.

MITARBEIT: **KOLJA RUDZIO** UND **CLAAS TATJE**


POST AUS PALO ALTO I.

Traumpreis

Die neue Hightech-Kolumne: Twitter kann 100 Millionen Dollar einsammeln

»What am I doing now?« ist die klassische Twitter-Frage, die mit 140 Zeichen beantwortet werden muss. Die Frage hat sich Twitter (San Francisco) nun selber gestellt und die Antwort noch knapper formuliert. »Ich besorge mir gerade 100 Millionen Dollar, und zwar aufgrund einer Marktbewertung von einer Milliarde.« Das sind 87 Zeichen.

Die guten alten Zeiten im Silicon Valley, sie sind wieder da, als Investoren Millionen in Unternehmen versenkten, die wie Twitter kein »sichtbares Einkommen« hatten, wie ein vornehmer Kommentar es ausdrückt. Andererseits: Twitter ist trotzdem ein Schnäppchen. Unterstellt man eine Bewertung von einer Milliarde Dollar, dann kostet jeder User nur magere 25 Dollar. Im Vergleich dazu: Als Microsoft 2007 einen Anteil an Facebook kaufte, war jeder Nutzer 250 Dollar wert. Inzwischen liege der Preis bei etwa 35 Dollar, rechnet Ray Valdes, Analyst bei Gartner, vor.

Überdies winkt Mitbegründer Biz Stone mit einer richtigen Einnahmequelle: »Wir lassen die Tür offen für Werbung.« Aber erst im nächsten Jahr. Warum der Mann keine Eile hat, zeigen die Statistiken. Vor Jahresfrist im August hatte Twitter an die fünf Millionen »Besucher«; in diesem August waren es über fünfzig Millionen, wovon übrigens dreißig im Ausland leben. Der Firmenname ist zum Verb geworden. Obama twittert, Sarah Palin, die Vize-Kandidatin der Republikaner, twittert. Und die Revolutionäre in Iran haben sich per Twitter organisiert. Inzwischen gibt es an die 250 Twitter-»Apps« für Handys und Computer.

Kein Wunder, dass schon die ganz großen Haie um Twitter kreisen, wiewohl in friedlicher Absicht. Google und Microsoft, erzählen Experten, hätten Twitter angeboten, beim Verkauf von Werbung zu helfen. All das erinnert an die goldglänzenden Neunziger, als die Wagniskapitalisten die Millionen hinstreckten und erst dann fragten, wie es denn um den Umsatz stünde. Der Analyst Jeremiah Owyang notiert dazu: »Der Medienhype, der Twitter umgibt, ist so groß, dass es nicht schwer gewesen sein sollte, Mainstream-Investoren zu finden.«

TWITTER

Kurze Botschaften sind das Wesen von Twitter. Einige Autoren haben Tausende Leser, die Interessantes gleich weiterleiten. So verbreiten sich Nachrichten blitzschnell von einem Freundes- und Kollegenkreis zum nächsten.

Charlene Li von der Altimeter Group in San Mateo (mitten im Silicon Valley) ist dagegen skeptisch, was die Zukunft betrifft: »Twitter ist interessant als Plattform, aber nicht einfach zu monetarisieren« – es werde also schwer, damit Geld zu verdienen.

Twitter selbst arbeitet mit am Hype. Das Unternehmen peilt ganz bescheiden eine Milliarde Nutzer an und will so zum »Puls des Planeten« werden. So stand es in einem Blog namens TechCrunch, nachdem, laut *New York Times,* ein Hacker interne Dokumente »eingesehen« hatte.

Ist das das Remake der Dotcom-Blase? Facebook hatte mit ähnlichen Fragen zu kämpfen. Fünf Jahre nach seiner Gründung hat das Unternehmen 300 Millionen Nutzer und knapp 700 Millionen Dollar eingesammelt. Die Schätzungen des Marktwertes reichen bis zu zehn Milliarden Dollar, aber es hat erst dieses Jahr einen »positiven Cashflow« gemeldet.

Fünf Jahre sind keine Ewigkeit. Trotzdem soll Jon Fisher von der Universität San Francisco das (vorläufig) letzte Wort haben: »Es ist wirklich erstaunlich, wie solche Unternehmer so viel Geld abschleppen können. Das erinnert doch sehr an die Dotcom-Episode, und wir wissen, wie die ausgegangen ist.«

JOSEF JOFFE



Wasserkanone gegen Panzerfaust

Die Saison der Piraten beginnt: Mit Lösegeldversicherungen und technischem Arsenal wollen sich die Reeder rüsten. Ein teurer Kampf

VON ANNE-KATHRIN BRONSERT

Wenn der Monsun geht, kommt die Angst zurück, die Angst der Seefahrer vor der Küste Somalias. Sie fürchten, dass die Piraten noch heftiger und mit noch besseren Waffen zuschlagen als vor der Monsunzeit, während der die Seeräuber mit ihren Schnellbooten kaum eine Chance gegen die hohen Wellen hatten.

Die Angst verursacht Kosten, selbst wenn es den Piraten nicht gelingt, ein Schiff zu kapern und Lösegeld zu erpressen. Schließlich haben die Reeder kaum eine andere Wahl, als ihre Schiffe aufzurüsten und besser gegen Angriffe zu wappnen. Sorgen müssen sie sich vor allem um langsame Frachter mit niedriger Bordwand, die in der Vergangenheit häufig Ziel der Übergriffe waren. Mit Stacheldraht oder mit einer Art rasierklingenbesetztem Nato-Draht ist der Kampf gegen die Piraten nicht zu gewinnen. Viele Schiffe setzen Wasserkanonen ein, um die Seeräuber am Erklimmen der Bordwand zu hindern. Die Bremer Reederei Beluga Shipping kann Chemikalien in das Wasser mischen, die den Angreifern in den Augen brennen. Andere stellen an Deck Puppen auf, die Wachen oder Soldaten vortäuschen sollen. Die Fenster auf der Brücke werden mit Folie beklebt, damit sie bei Beschuss nicht zersplittern. Immer mehr Reeder richten auf ihren Schiffen einen Panic Room ein, in dem sich die Besatzung verbarrikadieren kann.

Derzeit gibt es eine regelrechte Flut an Angeboten zur Piratenabwehr. Firmen, die bisher Staatslimousinen und Geldtransporter mit schusssicherem Stahl gepanzert haben, machen neuerdings Schiffseigner auf ihre Dienste aufmerksam. Andere laden eigens nach Rotterdam ein, um einen »Vorhang« aus achtzig Grad heißem Wasser zu demonstrieren, der rund um das Schiff angebracht wird. Und eine Piraterie-Konferenz in Südengland dient als Verkaufsveranstaltung für DVDs *(Sicherheitsübung: Neun Schritte zum Erfolg)* sowie Überwachungs- und Wärmebildkameras.

Eine bessere Ausstattung an Bord der Schiffe allein genügt nicht, um die Piraten abzuwehren. Vor allem muss die Mannschaft den Ernstfall üben. Jan Kestner, Sicherheitsberater bei Clayton Consultants, fliegt dafür schon mal nach Afrika, um mit der Besatzung eines Schiffes im letzten Hafen vor dem gefährlichen Seegebiet an Bord zu trainieren. »So etwas hätte es vor einem Jahr nicht gegeben«, sagt Kestner. In Notfallplänen ist festgelegt, welches Crewmitglied die Gänge mit Stacheldraht blockiert, mit den Piraten kommuniziert und sie an Bord lässt, wenn es keinen Ausweg mehr gibt – etwa wenn die Angreifer das Schiff mit einer Panzerfaust bedrohen. Die Abläufe müssen sitzen.

Seit sich die Überfälle häufen, kosten Versicherungen bis zu 50 Prozent mehr

»An Bord wird extrem viel geübt«, heißt es beim Verband Deutscher Reeder (VDR). Doch von Sicherheitsexperten, die ihre Dienste verkaufen wollen, kommt Kritik. Dirk Steffen, Berater bei einem Anbieter von Sicherheitsanalysen namens Risk Intelligence, meint, dass Schiffe häufig nur intuitiv mit Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet werden und viele Kapitäne nicht militärstrategisch genug denken. Da seien ihnen die Piraten vor der Küste Somalias einen Schritt voraus. Denn die führten einen regelrechten Seekrieg mit den gleichen taktischen Prinzipien, wie sie auch die Marine verwende. »Bei einigen Reedern gilt die Devise ›Augen zu und durch‹«, sagt Steffen. »Andere wollen sich schützen, das darf dann aber nichts kosten.«

Zwischen 8000 und 15 000 Euro plant der Sicherheitsbeauftragte einer Hamburger Reederei ein, wenn ein Schiff für gefährliche Passagen gerüstet werden soll. Beluga Shipping mit ihrer Flotte aus 64 Frachtern hat für den Antipiratenkampf nach eigenen Angaben insgesamt fünf Millionen Euro zusätzliche Kosten pro Jahr. Gemessen am Ergebnis des Unternehmens für 2008 von 68 Millionen Euro, erscheint das nicht allzu viel. Doch Hans-Heinrich Nöll, Hauptgeschäftsführer des VDR, sagt: »Die zusätzlichen Kosten belasten die Reedereien sehr.« Sie können sich das Geld offenbar nicht von ihren Kunden zurückholen. Davon gehen zumindest laut einer Studie der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PwC) 60 Prozent der 101 befragten deutschen Reedereien aus. Das Problem trifft sie zu einem ungünstigen Zeitpunkt, sorgt doch die Wirtschaftskrise ohnehin für große Einbußen. So klagte jede zweite Reederei über eine zu geringe Auslastung ihrer Schiffe.

Die Ausgaben zur Piratenabwehr scheinen unvermeidbar, denn das Risiko eines Überfalls ist rasant gestiegen. Von Januar bis Mitte September 2009 wurden weltweit 294 Schiffe von Piraten angegriffen und damit genauso viele wie im ganzen vergangenen Jahr, berichtet das International Maritime Bureau. Allein 97 dieser Fälle ereigneten sich im Golf von Aden, den pro Jahr etwa 25 000 Handelsschiffe auf dem Weg zwischen Europa und Asien durchfahren. Im gesamten Jahr 2008 waren es noch 92 Überfälle in dieser Region. Auch deutsche Reeder hat es inzwischen erwischt: Neben der *Hansa Stavanger* wurden seit Mai 2008 fünf weitere Schiffe von Piraten entführt. In der PwC-Studie gab jedes fünfte Unternehmen an, dass seine Schiffe bereits von Piraten angegriffen wurden.

Größter Kostentreiber, seit sich die Überfälle häufen, sind die Ausgaben für Versicherungen. Rund die Hälfte der von PwC befragten Unternehmen klagten über gestiegene Prämien. Von Aufschlägen zwischen 10 und 50 Prozent berichtet Stolberg von Beluga Shipping. Eine andere Reederei, die nicht genannt werden will, muss 30 bis 40 Prozent mehr zahlen. Beide Unternehmen haben bereits ein Schiff mit Lösegeld von Piraten freigekauft.

Die meisten Reeder sorgen mit einer Kriegsversicherung für den Fall eines Angriffs vor. Um das Risiko eines Piratenüberfalls vor der Küste Somalias, Nigerias oder im Golf von Aden zu versichern, sind pro Passage 30 000 bis 40 000 Euro für ein Schiff mit einem Wert von 30 Millionen Euro fällig, rechnet Lieselotte Biebau vor, Kundenbetreuerin beim Versicherungsmakler Aon. Die Police für diese Regionen ist auch für 5000 bis 7000 Euro zu haben, dann ist das Piraterie-Risiko aber nicht abgedeckt. Im Einzelfall können Reedereien, die viele Schiffe durch gefährliche Gewässer schicken, geringere Prämien aushandeln – die liegen aber immer noch bei 15 000 bis 20 000 Euro.

Söldner helfen nicht immer: Manche sprangen im Ernstfall von Bord

Noch teurer wird es für Reedereien, die zusätzlich eine Lösegeldversicherung abschließen. Und das werden immer mehr: Von 2007 auf 2008 stieg laut Aon die Nachfrage nach einer Entführungs- und Lösegeldversicherung um 25 Prozent. Die Kosten für eine solche Police haben sich in den vergangenen drei Jahren verzehnfacht. Bis zu 45 000 Euro verlangten Versicherungen inzwischen pro Schiff und Route – ohne Steuern. Dazu kommen je nach Anbieter bestimmte Auflagen, etwa Mindestgeschwindigkeiten oder unbewaffnete Sicherheitsleute auf den Schiffen.

Einige Reeder leisten sich sogar Söldner an Bord ihrer Frachter. In der PwC-Umfrage gab ein Unternehmen an, »fünf Soldaten aus Russland pro Schiff an Bord« zu nehmen. »Seriöse Sicherheitsdienste schicken ein Team mit sechs bis sieben Mann«, sagt Steffen von Risk Intelligence, »das kostet schnell 150 000 Dollar pro Passage.« Eine ganze Armada ehemaliger Marinesoldaten und Elitekämpfer hat das Geschäft mit dem Antipiratenkampf angezogen. Diese Anbieter halten nicht immer, was sie versprechen. So flüchteten Sicherheitskräfte bereits vor enternden Seeräubern, indem sie über Bord sprangen. Die Mehrheit der Reeder, das betont der VDR, lehnt bewaffnetes Personal jedoch ab. Viele fürchteten, dass die Gewalt dann erst recht eskaliere.

Bewaffnete Spezialisten könnten allerdings ein Mittel gegen die Angst der Schiffscrew sein. Denn einige Unternehmen berichten von Problemen, eine Mannschaft für gefährliche Passagen zu rekrutieren. »Von der Besatzung kennt jeder jemanden, der schon mal von Piraten angegriffen wurde«, sagt Sicherheitsberater Kestner, »darum passiert es auch, dass Leute abheuern.« Denn kein Stacheldraht der Welt hilft gegen die Angst.


NATO-DRAHT an der Reling soll die Piraten auf Distanz halten

Fotos: Beluga Shipping GmbH (u.); Corbis (o.); Abb.: www.twitter.com (l.)

Wenn der Monsun ausbleibt

Ein Tag im Leben des Azad Singh oder: Wie ein indischer Bauer mit dem Klimawandel kämpft **VON GEORG BLUME**

Azad Singh hat sich nach dem Aufstehen Gesicht und Oberkörper gewaschen, im Hof, mit kühlem Wasser aus dem Steinkrug. Er hat lange weiße Kleider angelegt, die ihn vor der Sonne schützen, und kurz gefrühstückt: Linsen mit Fladenbrot. Jetzt sitzt Singh mit einem Glas süßen Milchtees auf einem Plastikstuhl im Schatten vor der Hoftür.

Singh – 54 Jahre alt und Oberhaupt einer elfköpfigen Familie – ist im Grunde ein ganz gewöhnlicher indischer Bauer. Er hat im Mai Sonia Gandhi und ihrer Kongress-Partei seine Stimme gegeben und auf diese Weise mitgeholfen, sie im Amt zu bestätigen. Er ist kein Querschläger. Aber er spürt eine tiefe Veränderung in seinem Leben. »Etwas stimmt nicht«, sagt Singh in seinem Plastikstuhl. Was, das wird er im Laufe dieses Tages zeigen.

Es ist kurz nach sieben Uhr. Der neunjährige Enkelsohn Nitin Kumar Singh tritt mit blauen Hosen, weißem Hemd und Schulranzen auf die sandige Dorfstraße. Der Junge hat einen langen Fußweg über die Felder ins nächste Dorf vor sich. Die Schule hat aber schon um sieben Uhr angefangen. Es ist eine Privatschule, die Familie zahlt dafür umgerechnet 450 Euro im Jahr, ein Vermögen. Aber der Großvater drängt den Sprössling nicht, er schaut ihm ruhig hinterher, als er sich mit ein paar Nachbarjungen ohne Eile auf den Weg macht.

Das ist typisch für Singh. Er ist keiner, der andere hetzt, und keiner, der sich hetzen lässt. Singh ist freier, selbstständiger Bauer. Er führt einen von 120 Millionen indischen Bauernhaushalten. 700 Millionen Menschen gehören ihnen an, viel mehr als die EU Einwohner hat. Singh ist arm, hat nicht einmal eine Toilette im Haus, muss für eine große Familie sorgen. Aber er wirkt wie sein eigener Herr. Er lässt sich von seiner Schwiegertochter eine Schale Joghurt vor die Hoftür bringen, schaut ihr zu, wie sie seine zwei nilpferdgroßen Wasserbüffelkühe füttert und zur Tränke aufs Feld führt. Er erzählt von den Jats, seiner Kaste, die früher im Kampf oft Krieger stellte. »Auch im letzten Krieg gegen Pakistan haben wir die meisten Toten gezählt«, sagt Singh. Er ist traditionsbewusst. Man muss ihm lange zuhören, bevor er eine Frage beantwortet.

Singh zählt nicht zu den Aufsteigern im Dorf, die es zu einem Traktor gebracht haben. Aber er ist auch kein Verlierer. Er fährt ein solides Motorrad von Honda, sein ältester Sohn Surender, der Vater von Nitin Kumar, hat einen Mittelschulabschluss hingelegt. Das ist in seinem Dorf Bunghla im nordindischen Bundesstaat Haryana mit einer Analphabetenquote von 70 Prozent die Ausnahme. Hier besitzt Singh 1,4 Hektar Land. Damit zählt er zu den größeren Bauern in Bunghla, aber auch zur Masse armer Kleinbauern: 82 Prozent aller Höfe in Indien verfügen über weniger als zwei Hektar.

Singh schiebt seinen Stuhl weg. Er hat weiße Haare, schwingt sich aber wie ein Jugendlicher aufs Motorrad. Die kleine Landstraße, die er nimmt, ist asphaltiert. Das zeugt von Haryanas neuem staatlichen Reichtum, den es den Investoren aus der nahen Hauptstadt Delhi verdankt. Zudem war Haryana immer eine der Kornkammern Indiens. Doch als Singh vor seinen Feldern steht, ist sein Blick düster: Vor ihm liegt nichts als hellbraune, sandige Erde. Dabei wäre jetzt die Sommerernte fällig. Aber Singhs Saat vertrocknete, weil der Monsunregen ausblieb. Ein zweites Mal wollte er nicht säen, wegen der hohen Saatkosten und unsicheren Wetterprognosen. Sein Nachbar säte trotzdem und hatte Glück: Ende August kam der Regen doch noch und ließ die Keimlinge aufgehen. Nun muss Singh an diesem Morgen zuschauen, wie die Frauen der Nachbarfamilie mit der Handsichel die Perlhirse ernten.



Um Brunnen zu bauen, müssen sich Bauern hoch verschulden

Den meisten Bauern im Norden Indiens geht es wie Singh: Sie haben eine Ernte verloren. Die US-Bank Morgan Stanley befürchtet, dass der Schaden Indien 2009 zwei Prozentpunkte Wirtschaftswachstum kosten könnte. Nur weil der Monsun nicht kam.

Für Singh ist das keine neue Erfahrung. »Als wir Kinder waren, wurde der Himmel in der Monsunzeit jeden Tag so schwarz, dass sich die Männer auf den Feldern fürchteten«, erzählt er. Heute würden selbst in Jahren, in denen der Monsun für die Felder ausreicht, nur noch ein paar hohe Wolken über die Dörfer ziehen. »Für die Kinder von heute ist Monsun ein Wort ohne Bedeutung«, sagt Singh.

Es ist der Klimawandel, der den Bauern in Nordindien derart trifft. Singh sieht ihn nicht als ein globales Problem, aber er spürt, dass die Bedrohung wächst. Schon immer war der Monsunregen ein wankelmütiger Verbündeter der Bauern; Singh kann von Trockenheiten mit schlimmen Hungersnöten berichten. Doch das sind die Geschichten seiner Eltern und Großeltern. Singhs Geschichte drückt sich in den Kurven von Wissenschaftlern aus, die belegen, dass mit dem stetigen Anstieg der Wasseroberflächentemperatur im Indischen Ozean seit 1955 ein stetiger Anstieg der Unregelmäßigkeiten des Monsunregens einhergegangen ist.

Singh kennt diese Berechnungen nicht, aber er ist sich seiner Sache sicher. »Wir haben die Bäume abgeholzt, dafür Dieselmotoren und Fabriken aufgebaut. Das Gleichgewicht ist gestört«, sagt er.

Er steigt eine kleine Anhöhe hinauf, zu seinem Rohrbrunnen. Der Brunnen ist die größte Investition seines Lebens, sein Ausbau hat seit dem ersten Spatenstich im Jahr 1987 umgerechnet mehrere tausend Euro verschlungen. Der Brunnen hat einen Durchmesser von einem Meter. Singh lehnt sich über seinen Rand, als wolle er in der Tiefe mit bloßem Auge Wasser entdecken. Doch da ist nur ein schwarzes Loch. Früher war Singh glücklich über den Brunnen. Er sicherte eine ertragreiche Winterernte, von der sein Vater nur träumen konnte. Damit ließ die Angst vor dem Hunger nach.

Die Grundwasserreserven haben drastisch abgenommen

Mit dem Brunnen kam auch die zweite große Erneuerung: der Kunstdünger. Die Inder nannten es die grüne Revolution. Doch Singh weigert sich, heute noch über den Optimismus jener Jahre zu sprechen, in denen die landwirtschaftliche Produktion im Land in die Höhe schnellte. Tatsächlich setzte schon in den neunziger Jahren Ernüchterung ein. Seither wachsen die Erträge der Bauern nur noch langsam. Die Kosten für Dünger und den Ausbau der Brunnen aber steigen schnell. »Vor zehn Jahren fanden wir noch in 60 Meter Tiefe Grundwasser, jetzt müssen wir schon 130 Meter tief gehen«, sagt Singh. Er verrät nicht, wie viel Schulden er für den Ausbau aufnehmen musste. Er sagt nur: »Die meisten Selbstmorde von Bauern in unserer Gegend geschehen, weil sie ihre Schulden für die Brunnen nicht zurückzahlen können.«

Die Selbstmorde unter seinesgleichen sind ein großes Thema für Singh. Zehntausende Bauern hätten sich in Indien in den vergangenen Jahren aus wirtschaftlichen Gründen das Leben genommen, sagt er. Früher habe es das nie gegeben. Er hat wohl recht. Der indische Landwirtschaftsexperte Surinder Sud beurteilt in einem gerade erschienenen Buch die hohe Selbstmordquote der indischen Bauern als neues Phänomen und führt sie auf Ernteausfälle nach ausgebliebenen Monsunregen und Kreditaufnahmen für Brunnen zurück.

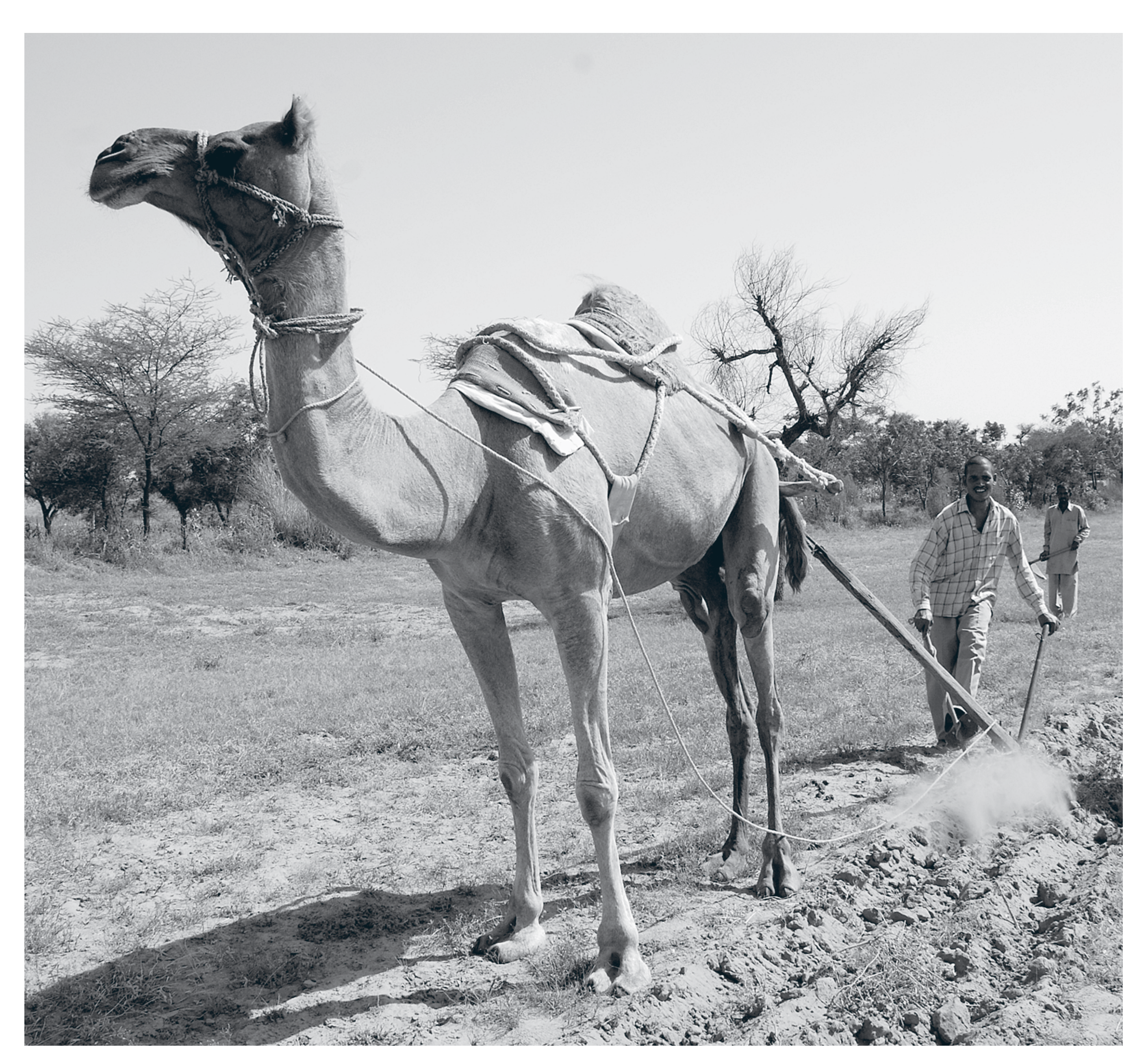
Singh betritt einen kleinen Schuppen neben dem Brunnen und stellt seine Bewässerungsanlage an. Bisher mangelte es nie an Wasser. Aber Singh weiß, dass sich das ändern kann. »Ich kann den Brunnen nicht unendlich tief graben«, sagt er. Zudem gäbe es zu viele Brunnen. Vor dreißig Jahren seien es im Dorf zwei gewesen, heute seien es 200.

Singhs intuitive Sorgen bestätigt eine neue, im Magazin *Nature* veröffentlichte Studie der US-Raumfahrtagentur Nasa, die einen drastischen Rückgang der nordindischen Grundwasserreserven zwischen 2002 und 2008 feststellt. 109 Kubikkilometer Grundwasser seien in dieser Zeit verloren gegangen – doppelt so viel Wasser, wie in Indiens größtem Stausee Platz hätte. Grund dafür sei der hohe Verbrauch der Bauern für ihre Felder, aber auch der unregelmäßige Monsunregen, der, wenn er sich nur über Tage statt Monate erstrecke, in den Flüssen abfließe statt in den Boden einzusickern.

Noch aber hat Singh genug Brunnenwasser. Es spritzt aus einem Dutzend Sprinklern, die er auf sein einziges Bewässerungsrohr aufgeschraubt hat. Singh ist jetzt in Eile. Er läuft über ein Feld, das er mit Futterkorn für die Wasserbüffel bepflanzt hat, das einzige, das er im August noch bearbeitet hat. Er verlegt Rohr und Sprinkler immer wieder, damit auch das ganze Feld bewässert wird. Denn schon nach zwei Stunden fällt der Strom aus. Dann kann er kein Wasser mehr aus dem Brunnen pumpen.

Nur vier bis sechs Stunden am Tag liefert der Bundestaat Haryana Strom an die Bauern. Dagegen demonstriert Singh jedes Jahr, wenn die Wintersaat besonders viel Wasser braucht. 50 000 Menschen waren sie zuletzt im Januar in Delhi. »Wir wollen mehr Elektrizität!«, forderten sie. Meistens bekommen dann die Bauern im Februar mehr Strom. Aber Singh ahnt wohl, dass mehr Strom allein auch keine Perspektive für die Zukunft bietet.

Er ist hin- und hergerissen zwischen Fortschritt und Tradition. Das zeigt sich am Nachmittag. Singh könnte seine Felder für die Wintersaat später im Herbst mit dem Traktor pflügen, den er sich dann ohnehin ausleihen muss. Doch um nicht untätig zu sein, spannt er sein Kamel vor den Pflug. Er legt dem großen Tier vorsichtig das alte Geschirr an, haut mit dem Hammer das Pflugeisen fest. Er zieht mit dem Tier auf und ab über seine brachen Sandböden. In der glutheißen Sonne schwitzt er genauso wenig wie das Kamel. Er liebt diese Arbeit. Er drückt dem Reporter die Pflugstange in die linke und die Kamelzügel in die rechte Hand. Wie von selbst bewegt sich das Tier. Wie ein Schneebesen zieht der Pflug durch den leichten Boden. »Solange ich Kamel und Wasserbüffel habe, mache ich keinen Selbstmord«, sagt Singh. Er lacht dabei. Später lädt er zum Abendessen. Die Frauen des Hauses haben Hirsebrot, Tomatenchutney und Curry zubereitet. Anschließend trinkt Singh wieder süßen Milchtee. Die Milch ist vom Büffel.





AZAD SINGH beim Bewässern seines Landes im nordindischen Bundesstaat Haryana – und sein Nachbar Mahipal Singh beim Pflügen des Bodens (links)

Fotos [M]: Meeta Ahlawat für DIE ZEIT

Sie versetzen Berge …

… und bewegen die Preise an den Rohstoffmärkten der Welt. Die Manager von Glencore sind berüchtigt wegen ihrer Geschäftsmethoden. Das geheimnisvolle Handelshaus ist der größte Schweizer Konzern **VON RALPH PÖHNER UND PEER TEUWSEN**

Das Rohstoffimperium von Glencore

Zentrale in der Schweiz
Niederlassungen
Beteiligung an Rusal (10 %)

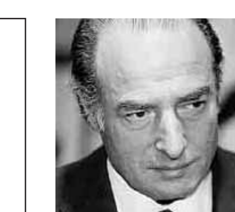
Minen/Quellen/Verarbeitung (Auswahl):
Zink
Blei
Rohöl
Kupfer
Gold
Silber
Schwefel
Nickel
Kobalt
Kohle
Aluminium

Pflanzliche Rohstoffe
Sonnenblumenöl

ZEIT-Grafik/Quelle: Firmenangaben



IVAN GLASENBERG steht an der Spitze des Konzerns



MARC RICH wurde von Präsident Clinton begnadigt



WILLY STROTHOTTE ist Aufsichtsratschef und Großaktionär

Ende Juni wurde das Aluminium knapp in Süd- und Südosteuropa. Der russische Aluminiumkonzern UC Rusal, die wichtigste Quelle für die Region, hatte seine Lieferungen eingestellt: Er war angeblich ausverkauft. Die Begründung klang absurd, Rusal ist schließlich der größte Aluminiumhersteller der Welt. Und die Metallproduzenten hatten bis dahin ein völlig anderes Problem: Autoindustrie am Boden, Wirtschaftskrise, Protektionismus der chinesischen Regierung – all dies hatte bewirkt, dass die Lagerhäuser brechend voll waren mit Aluminium, weltweit.

Und jetzt das. Ausverkauft. Die Erklärung fand sich in Zug, dem Tiefsteuerkanton im Zentrum der Schweiz. Dort sitzt das Handelshaus Glencore, und dieses hatte kurz zuvor die Gesamtproduktion, die Rusal bis in den Oktober hinein liefern kann, vom Markt gekauft. Mindestens 500 000, vielleicht sogar 800 000 oder 900 000 Tonnen Aluminium sollen dabei den Eigentümer gewechselt haben, so wird in der Branche geschätzt. Die Vertragsparteien sagen gar nichts dazu.

Aber in den Grafiken, welche die Aluminiumpreise nachzeichnen, ist jetzt ein Knick sichtbar: Seit Juni stieg der Preis für Aluminium um rund 20 Prozent, nach einem Jahr fast stetigen Rückgangs. Man könnte nun auf den Gedanken kommen, Glencore habe manipuliert. Man könnte sagen, Glencore habe spekuliert. Doch wer will, findet hier einen Beleg dafür, dass das Handelshaus die Rohstoffmärkte so gut versteht wie kein Unternehmen sonst. Denn seit dem russisch-schweizerischen Deal gab es ähnliche Knicks in weiteren Grafiken; bei Kupfer, Zink, Nickel, Blei stiegen die Preise ebenfalls, angeheizt von der weltweit keimenden Hoffnung, dass die Wirtschaftskrise bald durchgestanden sei. Glencore hat wohl den Aluminiumpreis gestützt – und das Timing war perfekt. Das Zuger Unternehmen hat mal wieder viel Geld verdient.

Glencore? Was klingt wie ein schottisches Schafzüchterdorf oder eine exotische Whiskysorte, ist ein riesengroßer Konzern. Wäre es ein deutsches Unternehmen, wäre Glencore der zweitgrößte Konzern hierzulande, mit einem Umsatz größer als der von BASF, Metro und der Deutschen Telekom: Für 105 Milliarden Euro verkaufte das Handelshaus im vergangenen Jahr Erdöl und Kupfer, Nickel und Blei, Weizen, Saatöl und Biodiesel. Es ist der größte unabhängige Erdölhändler, ihm gehören Bergwerke auf fünf Kontinenten, er hat strategische Beteiligungen an großen Verarbeitern (so eben auch knapp zehn Prozent an Rusal). Vermutlich wuchtet keine andere Organisation der Welt, weder die U. S. Army noch Walmart, solche Materialmassen um den Globus – Kohle, Zink, Kobalt, aber auch Zucker und Reis. Mit Agenten und Niederlassungen in 50 Städten weltweit hat Glencore seine Augen und Ohren in allen Minen, allen Häfen, allen Industriehallen, die für seinen Absatz wichtig sind.

Der Konzern ging aus dem Handelshaus Marc Richs hervor

So gesehen passt Glencore wunderbar in das Klischee, das viele Menschen vom Treiben an den internationalen Rohstoffmärkten haben: dass da geheimnisvolle Großmächte und Spekulanten den Handel steuern und die Preise nach ihrem Gutdünken bestimmen. So sehen das viele Leute, aber nachzuweisen ist das kaum. Große Banken wie Goldman Sachs, Morgan Stanley und die Citigroup haben sich in den vergangenen Jahren auf den lukrativen Handel mit Öl und anderen Rohstoffen gestürzt; Indexfonds, Hedgefonds und andere haben das Geschäft entdeckt. Seit sie dies tun, haben die Preise für Öl oder bestimmte Metalle gewaltige Ausschläge erlebt. Aber ist das schon ein Beweis? Oder einfach nur ein zufälliger zeitlicher Zusammenhang?

In den USA jedenfalls hat sich die Regierung dazu entschlossen, im Zweifelsfall lieber Vorsicht walten zu lassen. Die Aufsichtsbehörde für Rohstoffhandel CFTC, die bisher eher lasch mit Spekulanten umging, veröffentlichte im Sommer einen Bericht, demzufolge der Zusammenhang zwischen der Ölspekulation und den beobachteten Preisausschlägen sehr viel enger ist als bislang gedacht. Wissenschaftler und Forscher bei den Banken beeilten sich, die Ergebnisse anzuzweifeln, aber der von Barack Obama im März eingesetzte Behördenchef Gary Gensler will demnächst vorbeugend einschreiten, damit nicht, in seinen Worten, »eine Partei am Ende den halben Markt kontrolliert«.

Glencore gehört nicht zu denen, die groß mit Derivaten handeln. Die Firma bewegt Preise, indem sie die physischen Güter kontrolliert, aber ihre Manager scheuen die Öffentlichkeit mindestens ebenso wie die Handelsspekulanten. Es gibt praktisch keine Interviews und öffentlichen Auftritte, keine Werbung, keine Stelleninserate. Investoren bekommen ein paar Zahlen vorgelegt, zum Beispiel, dass Glencore 2008 einen Reingewinn von 3,2 Milliarden Euro verbuchte. »Kommuniziert wird nur, wenn dies auch Vorteile bringt«, sagt ein Glencore-Manager.

Der stille Riese sitzt in Baar, einem Gewerbezonendorf bei Zug, und dort äußert er sein Understatement bereits im Bau: Glencore, das sind drei weiße Gebäudewürfel à drei bis fünf Stockwerke, die Scheiben getönt, ohne Logo auf dem Dach. Ein einsamer Wegweiser trennt Besucher von Lieferanten. Wer mal in der Firma war, erzählt von fehlenden Hinweistafeln, im Fahrstuhl gibt es keine Abteilungsschilder neben den Knöpfen. Auf den Visitenkarten der Glencore-Manager steht die Anschrift, niemals die Funktion. So auch beim Konzernchef, einem 52-jährigen Südafrikaner namens Ivan Glasenberg, der seine Karriere im Haus als Kohlehändler begann. Und auch beim 65-jährigen Aufsichtsratspräsidenten, einem früheren Metall-Trader, der aus Borken in Westfalen stammt: Willy Strothotte.

Das sind die Eigenheiten einer Firma, die weder alteingesessener Familienbetrieb ist noch Börsenkonzern. Glencore entstand vor fünfzehn Jahren und ging aus dem Handelshaus des legendären Marc Rich hervor. Rich wurde in den späten siebziger Jahren zur Legende und zur Hassfigur, weil er von der neutralen Schweiz aus politische Sanktionspläne des damaligen Westens gegen diverse Staaten durchkreuzte. Er handelte mit dem Revolutionsregime in Iran wie mit dem Apartheidregime in Südafrika, er kaufte der Sowjetunion Getreide, den Kubanern Zucker, den Libyern Rohöl ab. Das machte Rich zum Milliardär. Die USA jagten ihn fast zwei Jahrzehnte lang mit einem gemischten Team von FBI, Zoll, Finanz- und Steuerbehörden; der ehrgeizige New Yorker Staatsanwalt Rudy Giuliani verkündete 1983, der Mann in Zug könne für seine Taten 325 Jahre Gefängnis bekommen. Es kam anders. Kurz bevor er 2001 aus dem Amt schied, begnadigte Präsident Bill Clinton den Händler aus bis heute nicht geklärten Gründen.

Zu der Zeit hatte Willy Strothotte schon das Handelshaus übernommen. Dieser Machtwechsel hatte mit einem fast zwei Jahre währenden Arbeitskampf in einem Aluminiumwerk in West Virginia begonnen, das zu wesentlichen Teilen Marc Rich gehörte. Das Management hatte die 1700 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entlassen und durch Zeitarbeiter ersetzt. Aber die Gewerkschaft United Steelworkers of America nahm den Kampf auf, einen Kampf, der sehr breites öffentliches Interesse fand. Strothotte, der damals Richs Interessen in den USA vertrat, musste nachgeben. Die Arbeiter wurden wieder eingestellt, das Management teilweise ausgewechselt. Im Nachgang zu dieser Niederlage stellte Strothotte intern die Führungsfrage, weil er spürte, dass die Tage des einst allmächtigen Rich gezählt waren: Der Mehrheitseigner war zu oft negativ in den Schlagzeilen gewesen, schlecht fürs Geschäft.

Was machte Rich? Er entließ Strothotte, was letztlich der Beginn von Glencore war. Denn das oberste Management der Marc Rich & Co. revoltierte gegen die Entlassung, einige gingen. Rich musste einlenken. Im Frühjahr 1993 holte er seinen ehemaligen Stellvertreter zurück und machte ihn zum Vorstandschef. »Der Fall war sehr typisch für die Welt der Rohstoffhändler. Man bricht niemals alle Brücken ab«, sagt der Schweizer Journalist Daniel Ammann, der in Kürze unter dem Titel *The King of Oil* die Biografie von Marc Rich veröffentlichen wird. »Weder Rich noch Strothotte waren sich zu schade, nach dem Krach wieder aufeinander zuzugehen.«

Und doch blieb ein Riss. Marc Rich, zusätzlich angeschlagen vom Dauerdruck amerikanischer Bundesbehörden und einem Scheidungskampf, erklärte sich nur Monate später bereit, seine Firma schrittweise dem Management abzutreten. Im September 1994 wurde Marc Rich & Co. umgetauft in Glencore, acht Wochen später wechselte das letzte Aktienpaket den Besitzer.

Bis heute gehört die Firma ihren Managern, derzeit rund 450 an der Zahl. Nur wer Glencore verlässt, bekommt seine Aktien und Genussscheine ausbezahlt, doch auch dies frühestens ab Januar 2012, gestückelt über fünf Jahre. Knapp die Hälfte des Gewinns bleibt jeweils am Ende eines Geschäftsjahres im Unternehmen. Die Anteile der Aktionäre sind mehr als zehn Milliarden Euro wert. Allerdings sind sie sehr unterschiedlich verteilt. Das Vermögen des Aufsichtsratspräsidenten Willy Strothotte wird auf 2,3 Milliarden Euro geschätzt.

»Die verwenden nicht viel Zeit für Aktionärsversammlungen, die verwenden ihre Zeit fürs Geschäft«, hat John Mack, Chef der US-Großbank Morgan Stanley, einmal über Glencore gesagt. »Sie können sich sehr schnell bewegen, mit null Bürokratie.« Wer dort anfängt, bleibt meist lange. Wer ganz nach oben will, muss unten einsteigen. An die Spitze gelangen keine Quereinsteiger. Wer gut ist, macht rasch Karriere: Im Topmanagement sitzen viele Aufsteiger unter vierzig. Und so denkt man in dieser Firma nicht in Quartalen, nicht einmal in Jahresabschlüssen – man denkt langfristiger. Glencore will Marktmacht.

Mit Schildkrötengeduld baut die Firma Positionen auf, die vielleicht in einer fernen Zukunft ihre Kontrolle über einen Rohstoff, eine *commodity,* verstärken könnten. Während sich Rohstoffhändler sonst meist nur mit Einkauf und Verkauf, Zwischenfinanzierung, Lagerung und Transport abgeben, besitzt Glencore obendrein Farmen, Sojamühlen und Bergwerke; vor allem aber erweitern die Schweizer ihren Einfluss, indem sie sich an börsennotierten Minenkonzernen beteiligen, bis ihre Stimme zählt. So geschehen beim russischen Ölproduzenten Russneft, beim australischen Kobalt- und Nickel-Konzern Minara, bei Century Aluminium, dem drittgrößten Aluminiumhersteller Nordamerikas, und seinem Konkurrenten Rusal aus Russland. Erst vor einem knappen Jahr, als der Kupferpreis so tief stand wie seit fünf Jahren nicht mehr, übernahm Glencore auch noch die Mehrheit an Katanga Mining – den Kupfer- und Kobaltminen des Kongo. Die wertvollste Investition aber ist sicherlich ein 35-Prozent-Anteil an Xstrata, jenem Bergbaukonzern, der momentan Aufsehen erregt mit seinem Versuch, den Konkurrenten Anglo American zu schlucken. Und wo sitzt Xstrata? In Zug, knapp drei Fahrkilometer von der Glencore-Zentrale entfernt. Glencore-Chef Glasenberg ist dort im Aufsichtsrat, Glencore-Präsident Strothotte ist der Chef des Kontrollgremiums.

»Es ist ein Riesenkrake«, sagt der Konzernchef eines andern Rohstoffhändlers. »Glencore macht alles: Herstellung, Finanzierung, Handel, Transport. Da wird nicht gekleckert, da wird immer gleich geklotzt.« Obwohl direkter Konkurrent, will der Mann nicht zitiert werden. »Man begegnet sich zu oft in dieser Zunft.« Und fallweise müssen eben auch Konkurrenten mit Glencore zusammenarbeiten, denn nur die Schweizer verschiffen regelmäßig die Massen, bei denen man gut ins Geschäft kommt mit einem Speditions- oder einem Energiekonzern. »Wenn dann eine Containerlinie mit denen verhandelt, wird sie gedrückt, bis sie erstickt«, beschreibt der Konkurrent die Wucht von Glencore. »Oder zumindest bis kurz davor.« Gleichzeitig steht das Unternehmen im Ruf, in jeder Beziehung sehr zuverlässig zu sein.

Mit ihrem Gründer will die Firma nichts mehr zu tun haben

Glencore-Leute selber beschreiben ihre Firma mit dem Satz: »Wir verstehen uns als Logistikunternehmen.« Das ist korrekt und untertrieben zugleich. Untertrieben, weil die Logistikfirma faktisch überall auftritt, wo Geld zu verdienen ist, egal ob in Iran, in zerrütteten afrikanischen Staaten oder damals im Irak von Saddam Hussein. Zugleich beugt sich Glencore ungern den Interessen der US-Regierung oder den Anliegen von Menschen- und Bürgerrechtlern – eine Tradition, die auf den Unternehmensgründer zurückgeht.

Offiziell will Glencore heute nichts mehr mit dem Gründer zu tun haben. Die Website unterschlägt Marc Rich vollständig, und einen seiner seltenen öffentlichen Auftritte nutzte Willy Strothotte im Jahr 2001 dazu, um in der *Financial Times* das Verhältnis zu Rich zu klären: »Eine Beziehung gibt es absolut nicht, *zilch, zero, nada.*« Andererseits pflegen die Nachfolger ebenfalls den Stil hartgesottener Händler. Auch sie scheinen eher am Deal als an der Moral interessiert, auch sie beurteilen politische Entwicklungen und Konflikte danach, welche Geschäftslücken sich dadurch auftun.

Laut einem CIA-Report schmierte Glencore das Regime von Saddam Hussein mit 3,222 Millionen US-Dollar, um im Rahmen des Oil-for-Food-Programms zwischen 2000 und 2002 irakisches Öl exportieren zu können.

Insgesamt allerdings ist es in der gewandelten Welt schwieriger geworden, dass sich das Handelshaus als Sanktionsbrecher hervortun kann. Von Zeit zu Zeit scheint die Firma noch als Ärgernis für Nichtregierungsorganisationen auf, bietet sie Anlass zu Protesten wegen Umweltzerstörung oder schlechter Arbeitsbedingungen in Südamerika oder Afrika. Im Februar 2007 enteignete Boliviens Präsident Evo Morales eine Zinnhütte von Glencore mit dem Argument, beim Kauf sei es zu Unregelmäßigkeiten gekommen.

»Im Umweltbereich könnten sie mehr tun«, sagt Stephan Suhner. »Auch hat Glencore immer wieder versucht, eine gewerkschaftliche Organisation mit Zeitarbeitern zu umgehen.« Suhner leitet die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, die wegen einer Kohlemine in Nordkolumbien mehrfach gegen den Konzern vorging. »Sie unterstützen soziale Einrichtungen, aber sie sind zugleich knallhart: Wie arbeitgeberfreundlich die Gesetze in solch einem Land auch sind – Glencore reizt sie aus und zieht Urteile notfalls bis zur letzten Instanz weiter.«

Das Unternehmen beantwortet derartige Vorwürfe üblicherweise mit dem Statement, dass die Mitarbeiter in jedem Land gehalten seien, sich an die Gesetze zu halten.

Ohne Zweifel ist Glencore heute ein Schlüsselunternehmen der Weltwirtschaft. Dabei hat das Unternehmen eine historische Regel überwunden, welche in der Rohstoff-Welt von den Fuggern bis zu Marc Rich gültig gewesen war – das patriarchalische Prinzip. Beendet ist die Herrschaft der Familie, abgeschafft die einzelne Führungsfigur; stattdessen gibt es einen sich selbst erneuernden Kreis von Profis, denen es ums Geschäft geht. Und um gar nichts sonst.



DIE BEAMTIN im Umweltministerium weiß ihre Spielräume zu nutzen

Foto [M]: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die Klimadiplomatin

Bevor die Minister aus Deutschland zu den internationalen Klimagipfeln anrauschen, erledigt Nicole Wilke schon die wichtigste Arbeit **VON JONAS VIERING**

Einmal ist sie umgefallen, ein einziges Mal. In Nairobi war das: draußen drückende Hitze, drinnen kalte Klimaanlagenluft, Verhandlungen bis tief in die Nacht und dann noch was Schlechtes gegessen. Da wurden Nicole Wilke die Knie weich, drei Jahre liegt das zurück. Die Sache ist ihr immer noch unangenehm. Zwar ging es damals beim Gipfel in der kenianischen Hauptstadt um den Kampf gegen die drohende Erderwärmung durch Treibhausgase, aber auf den Magen schlagen darf das Klima den Verhandlern nicht. Sie sollen funktionieren, nichts anderes.

Es sind aber die Menschen, auf die es bei den Klimagipfeln ankommt. Nairobi, Bali, Ende September Bangkok und dann Kopenhagen – es treffen sich fast immer dieselben. Fachleute aus 192 Nationen, die den Großteil der Arbeit machen, bevor für den Abschluss die Minister anrauschen und auf den Tisch hauen. Nicole Wilke, 46, ist Deutschlands Klimadiplomatin in diesem Reisezirkus mit dem Projekt Weltrettung. Sie managt seit fünf Jahren die deutsche Verhandlungsdelegation in einem der wichtigsten Politikfelder überhaupt. Und das mit Erfolg.

Dabei ist Wilke nur Beamtin, Leiterin des Referats Kl II 6 in der Unterabteilung für internationale Zusammenarbeit des Bundesumweltministeriums. Aber sie hat Stehvermögen. In Nairobi damals war sie sehr schnell wieder auf den Beinen; aber vor allem tritt sie mit großer Bestimmtheit auf. Zugleich hat sie Feingefühl. Beides zusammen verschaffe ihr Respekt, heißt es in verblüffendem Einklang bei Umweltschützern und Wirtschaftslobbyisten, die bei den Verhandlungen jeweils mit am Ort sind. »Sehr kompetent« sei Wilke, sagt Joachim Hein vom Bundesverband der deutschen Industrie. »Exzellente Arbeit«, so lobt Kathrin Gutmann vom WWF.

»Sie kennt sich auch im Kleingedruckten gut aus«

»Verhandeln«, sagt Wilke selbst, »hat viel mit Vertrauen in die handelnden Personen zu tun.« Sie sitzt im zweiten Stock eines Hochhausriegels am Berliner Alexanderplatz. Aus dem Fenster geht der Blick auf die Rückseite eines Küchengerätediscounters, an der Wand hängt der billige Werbekalender des Ministeriums, auf dem großen Besprechungstisch steht eine Schüssel mit Smarties für ihre Mitarbeiter. Ohne ihr neunköpfiges Team sei sie nichts, erklärt Wilke. Tatsächlich sei sie eine Mannschaftsspielerin, so hört man im Haus. Immerhin ist die gesamte Verhandlungsdelegation mit Vertretern anderer Ministerien und Wissenschaftlern 25 Köpfe stark. Die Leiterin Wilke ist unprätentiös – und doch selbstbewusst. »Ich kann, glaube ich, ganz gut heraushören, was für mein Gegenüber wichtig ist«, sagt sie. Starke Worte meidet sie. Das hilft beim Gefeilsche um Kompromisse.

Lange waren es nur Verhandlungen darüber, ob überhaupt verhandelt wird. In diesen letzten Wochen vor Kopenhagen geht es nun immerhin um Prozente bei der CO_2-Reduzierung. Aber auch um die wichtige Auswahl des Jahres, das als Basiszeitraum für die Berechnungen von Minderungspflichten dienen soll. Um etwaige Ausgleichszahlungen der Industrieländer an die Schwellenländer. Um komplizierte Fristen bis zur Erreichung von Emissionszielen. Kein Staat will zu früh zu viel zugestehen. Ist das alles bloß eine globale Klimabürokratie? Und Wilke doch nur die Frau fürs Kleingedruckte? »Es geht um die Substanz«, sagt sie. Was vielleicht so zu verstehen ist: Die großen Linien bestehen aus lauter winzigen Einzelpunkten. Der Industriemann Hein sieht eine Stärke Wilkes gerade darin, dass sie sich »auch im Kleingedruckten gut auskennt«.

Selbstverständlich ist Wilke Teil eines Apparats. Dass sie tun kann, was sie tut, verdankt sie ihren Vorgesetzten. Doch »den Freiraum, den sie hat, nutzt sie«, sagt Gutmann vom WWF. Bei der Abstimmung der deutschen Verhandlungsposition im eigenen Haus, danach mit Wirtschaftsministerium und Kanzleramt, sind immer erst Fachleute wie Wilke und ihre Leute dran. Sie lösen einen großen Teil der internen Probleme – »natürlich gibt es im Einzelfall Meinungsunterschiede, dann wird diskutiert«, sagt die Umweltfrau sehr ruhig.

»Wenn es um die politischen Fragen geht, kommen die Hierarchieebenen ins Spiel.« Bei den Verhandlungen selbst geht Wilke telefonieren, sobald sie sich außerhalb ihres Mandats bewegt. Nicht einengend findet sie das, sondern notwendig. Schließlich geht es nicht um ihre persönliche Haltung, sondern um die der Bundesrepublik. »Dann erwartet man in Berlin von mir eine Einschätzung, weil nur ich am Ort des Geschehens bin«, sagt Wilke. »Und dann bekomme ich eine Ansage.« Am Ende, klar, entscheiden die Chefs. Aber eben erst am Ende.

Beamte müssen ihrer Behörde dienen, unabhängig von ihrer Überzeugung. Wilke aber ist überzeugt, und so geht es vielen der Verhandler bei den Klimagipfeln, erzählt sie. »Wenn man tagtäglich die neuesten Studien zur Zukunft des Planeten auf den Tisch bekommt, hinterlässt das Spuren«, sagt sie. Von der Versteppung mancher Regionen ist da zu lesen, von Wasserknappheit, vom Anstieg der Meeresspiegel. Dagegen etwas zu tun »ist auch noch ökonomisch sinnvoll«, betont Wilke.

Sie ist in einer Unternehmerfamilie aufgewachsen, hat ganz bodenständig in Kiel eine Lehre beim Handelskonzern co op gemacht, war in den USA Trainee im Marketing, hat in Hannover und Spanien Wirtschaft studiert. Das hat ihr Denken geprägt. Gerade deshalb aber zählt für sie: Klimaschutz kostet, die Klimaveränderung aber kostet mehr.

Der Fortschritt in den internationalen Verhandlungen gleicht oft einem quälenden Trippeln. Natürlich wünsche sie sich manchmal, es ginge schneller, räumt Wilke ein. Aber es gebe einfach keine Alternative zu den Mühen multilateraler Verhandlungen. Gefühle seien hier fehl am Platz. Die internationale Vereinbarung verbindlicher Klimaziele aber, so viel sagt Wilke dann doch, müsse unbedingt gelingen. »Wir haben keinen Plan B für Kopenhagen«, sagt die Klimadiplomatin. Und: »Ich verbiete mir Zweifel.«

»Da gab es wirklich flammende Reden im Plenum«

Sie hat es immerhin schon erlebt, sie hat selbst dazu beigetragen, dass etwas gelingt. Etwa bei der Festlegung der EU-Kommission, die CO_2-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 um 20 Prozent zu verringern – und im Falle eines Erfolgs in Kopenhagen sogar um 30 Prozent. »Die ersten Fragen, ob das unser Ziel ist, kamen hier aus dem Bundesumweltministerium«, sagt Wilke. Ihr oberster Chef, Sigmar Gabriel, machte sich dafür stark. Aus den Fragen wurden Vorschläge, die durchaus nicht sofort europaweit Begeisterung auslösten. Aber die Erfolg hatten. Und als beim Gipfel auf der indonesischen Insel Bali die USA zum Schluss alles blockierten, erinnert sich Wilke, da »gab es wirklich flammende Reden im Plenum«. Proppenvoll war der Konferenzsaal, sämtliche Verhandler waren da, wo sonst in solchen Situationen nur die Minister im Hinterzimmer entscheiden. Wilde Attacken von China gab es. Auf dem Podium konnte der erschöpfte Sitzungsleiter, das zeigen Fernsehbilder, kaum seine Tränen unterdrücken.

Und dann erklärte die Vertreterin der USA in einer dramatischen Rede, sie trete doch für den Konsens ein. »Das war emotional«, sagt Wilke. »Es wurde sichtbar, dass Veränderung möglich ist.« Ganz kurz stockt der Klimadiplomatin dabei die Stimme. Ihre Miene bleibt unbewegt.

Weitere Informationen auf ZEIT ONLINE:
www.zeit.de/klima

www.zeit.de/audio

Voll aufs Gas

Eine skurrile britische PS-Show macht weltweit Furore – gegen alle Vernunft

Nun ist sie vorbei, die IAA in Frankfurt, die größte Autoschau der Welt. Was haben wir gelernt? Dass die mobile Zukunft vernünftig sein muss! All die Chefs der Autokonzerne sprachen viel und oft von *zero emission* und »Elektromobilität«, und die Besucher bestaunten die grünen Supersparer der Zukunft.

Und dennoch: Genauso prominent und irgendwie aufregender waren die dort gezeigten Superschlitten. Der neue Bentley Mulsanne, ein Traum in Nussbaumholz und Leder mit mehr als 600 PS unter der Haube. Oder der flügeltürige Mercedes SLS, mit seinem Retrolook vielleicht das coolste Auto aller Zeiten. Denn Autofahren hat in seiner Essenz eben nicht nur mit Vernunft zu tun. Noch wollen die meisten Menschen, wenn sie sich anschnallen, genauso wenig an den Klimawandel denken wie an die Steuererklärung. Viel lieber wollen sie den Benzinproleten in sich freilassen. »Ich geb Gas, ich will Spaß«, hieß es in einem Song der Achtziger. Und genau das ist auch das Motto von *Top Gear* – einer Autoshow des britischen TV-Senders BBC, die weltweit 350 Millionen Zuschauer vor die Glotze lockt.

Hier geht es nicht um Verbrauch oder Kofferraumvolumen. Bei *Top Gear* wird das Auto zum Vehikel für brillante Fernsehunterhaltung. Hier werden nur Autos getestet, die mindestens 300 PS haben und mehr als 60 000 Euro kosten – klimafeindliche Spritschlucker also. Die Showmaster sind drei Rüpel mittleren Alters: Jeremy Clarkson, James May und Richard Hammond. Gespielt halbgebildet und selbstsicher in ihren Vorurteilen, bieten sie das Antidot zum politisch korrekten Fernsehen. Bei *Top Gear* sind Amerikaner einfach zu dick und zu stillos, um anständige Autos zu bauen. Die Deutschen bauen gute Autos, zugegeben, aber dafür haben sie zwei Weltkriege verloren und die Fußball-WM 1966 dazu. Es ist der undifferenzierte, faule Blick auf die Welt, das krasse Stammtischgetöse, an dem sich Millionen von Fernsehzuschauern erfreuen. Wenn Clarkson und Hammond dann im Audi R8 (420 PS, 301 km/h Spitzengeschwindigkeit) und im Porsche Carrera 2S (385 PS, 300 km/h Spitze) auf *Top Gears* hauseigener Rennstrecke gegeneinander antreten, die Reifen kreischen und die Bremsen qualmen, dann kommt das TV-Publikum dem Spaß am Speed näher als bei jeder Formel-1-Übertragung.

Perfekt ist der Sonntagabend, wenn Clarkson sich mit kindlichem Übermut in einen Range Rover setzt und dessen Geländegängigkeit gegen einen Challenger Kampfpanzer beweisen muss und, natürlich, verliert. Oder wenn er im Nissan GT-R (485 PS, 310 km/h Spitze) gegen den Hochgeschwindigkeitszug Shinkansen in Japan um die Wette fährt.

Fragt sich, warum *Top Gear* auf der ganzen Welt zu sehen ist, nur nicht in Deutschland? Die Wahrheit ist wohl, dass das deutsche Publikum eher unterkühlt reagieren würde, wenn Clarkson auf RTL beim Autotest von Hitlers Messerschmitt- und Churchills Spitfire-Kampfflugzeugen schwadronieren würde. Die deutschen Autobauer dagegen stört der englische Humor wenig. Für sie ist *Top Gear* als kostenlose Werbeplattform unbezahlbar. »Clarkson ist der ultimative Richter«, sagt Jon Zammett von Audi UK. Als Clarkson sich vor zwei Jahren im Audi RS4 in den Bergen ein dramatisches Wettrennen mit zwei Freikletterern lieferte, wurde der RS4 zum meistverkauften Wagen seiner Art. »Wir haben damals mehr verkauft als BMW M3 und M5 zusammen«, sagt Zammett.

Kein Wunder also, dass die Warteliste für den rund 80 000 Euro teuren Supersportler R8 so lang ist. An sich sind Clarkson deutsche Autos aber »zu klinisch«. Er bevorzugt Ferrari oder Lamborghini, glaubt, dass Italiener ihre Autos auch mit dem Herzen bauen. Der Ästhetik seines, zugegeben total unpraktischen, Lieblingsautos, einem rasanten Alfa 8C, spricht er gar »göttliche Vollkommenheit« zu.

So was kann wohl nur ein Engländer behaupten. Ein Autoenthusiast, der immer wieder selbstverächtlich betont, »dass die Briten einfach zu dumm sind, um noch eigene Autos zu bauen«. Aber dafür haben sie Spaß. **JOHN F. JUNGCLAUSSEN**



Alles riskieren, alles verlieren

Der ungezügelte Markt feiert fröhliche Auferstehung – in einem Onlinespiel. Ausgerechnet in Island, das fast im Staatsbankrott gelandet wäre VON CAROLYN BRAUN UND MARCUS PFEIL

Island in Zahlen



Einwohner:	**319 000**
Bruttoinlandsprodukt 2008:	**11,4 Mrd. Euro**
BIP pro Kopf 2008:	**35 758 Euro**
Wirtschaftswachstum 2009 (geschätzt):	**–7 Prozent**
Haushaltsdefizit 2009 (geschätzt):	**13,5 Prozent**
Staatsverschuldung in Prozent vom BIP 2007:	**29 Prozent (2008: 109 Prozent)**
Wichtigste Handelspartner:	**Norwegen, Schweden, Deutschland, Niederlande, USA, China**

ZEIT-Grafik/Quelle: eigene Recherche

Keiner würde sein Geld zurzeit auf eine Bank tragen«, sagt Hel O'Ween. »Das Vertrauen ist weg.« Drei Bankenpleiten hat der Händler hinter sich, einen ganzen Batzen Geld dabei verloren, und die Schuldigen hat die Regierung bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen. Wie auch: Gesetze und Regeln gibt es nicht in seiner Welt. Das virtuelle Weltraumabenteuer Eve Online, in dem Hel O'Ween seine Geschäfte macht, ist der Traum eines jeden Wirtschaftsliberalen.

Programmiert hat dieses Universum, in dem so gut wie nichts verboten ist und keine übergeordnete Instanz Betrüger, Bösewichte und Banker kontrolliert, eine Computerfirma aus Island; ausgerechnet aus jenem Land, das vor zwölf Monaten nach vielen Jahren unkontrollierten Wachstums nur ein Milliardenkredit des Internationalen Währungsfonds vor dem Staatsbankrott retten konnte. Im komplexen Wirtschaftssystem von Eve Online geht es mit der schrankenlosen Freiheit immer weiter. Während sich die Isländer bis heute nicht erklären können, wie sie dem toxischen Cocktail aus Turbokapitalismus und Vetternwirtschaft verfallen konnten, stellt sich die Systemfrage im Eve-Universum nicht. Das freie Spiel der virtuellen Kräfte ist sogar so reizvoll für Netzwerkspieler, dass es sich Crowd Control Productions (CCP) als einziges isländisches Unternehmen leistet, seine Mitarbeiter in Euro zu bezahlen. Auch weil die isländische Krone (ISK) zeitweise bis zu 80 Prozent ihres Wertes verloren hat, hört man in Reykjavík in diesen Tagen nicht selten den Satz: »Hätten wir doch mehr Unternehmen wie CCP.«

Bauruinen in Reykjavík zeugen vom vergangenen Größenwahn

Über 300 000 Spieler weltweit – ungefähr so viele Menschen, wie in Island leben – überweisen CCP monatlich 14,95 Euro, um mit Raumschiffen in ferne Galaxien zu fliegen, dort Unternehmen zu gründen, um mit virtuellen Rohstoffen zu handeln und daraus Waren und Güter zu produzieren. Dabei bekriegen sie sich um Macht und Besitz, spionieren sich aus und wechseln notfalls wie klassische Doppelagenten die Seiten.

Im Schnitt loggen sich 50 000 meist männliche Teilnehmer gleichzeitig in dieses Onlinespiel ein. In Wladiwostok, Sydney oder eben in Reykjavík sitzen sie vor dem Bildschir. Ausgestattet mit Tastatur, Kopfhörern und einem Mikro planen und schlagen sie ihre Schlachten gemeinsam mit ihren Bündnisgenossen. Nicht mal Weihnachten ist sicher vor Überraschungsangriffen auf feindliche Allianzen – wann, wenn nicht dann, könnte man mit weniger Gegenwehr rechnen?

Wie die Galaxis aussieht, durch die die virtuellen Piloten in eiförmigen Kapseln, den »Pods«, fliegen, das steuern CCPs Programmierer vom alten Fischereihafen Reykjavíks aus. Von hier aus können sie zugleich beobachten, wie sehr die Krise die isländische Hauptstadt verändert hat. Die Konzerthalle auf der anderen Seite des Hafenbeckens hätte im Dezember Premiere feiern sollen, eigentlich sollte sie ein Wahrzeichen des neuen Islands werden. Nun ruhen die Arbeiten seit Monaten, das halb fertige Gebäude mahnt, wie die Bauruinen überall in der Stadt, den vergangenen Größenwahn an. Im Oktober 2009 steht stattdessen das gläserne Headquarter von CCP für die Zukunft des Inselstaats. Auf drei Etagen verteilen sich die Mitarbeiter des Unternehmens inzwischen. Die meisten, die hier anheuern, haben gerade die Uni abgeschlossen. Früher wären sie vielleicht bei einer der drei Pleitebanken Kaupthing, Landsbanki und Glitnir gestartet, derzeit haben sie bedeutend geringere Chancen, überhaupt einen Job zu finden. CCP kann sich seine Mitarbeiter aussuchen; neun von zehn Bewerbern fallen durch den Eignungstest.

Im vierten Stock residiert Hilmar Pétursson an seinem Schreibtisch. Er ist der Herrscher von Eve Online, der Chef von CCP. Wie alle hier trägt er Uniform, ein schwarzes Eve-Online-Poloshirt. Die roten Haare und die mit Sommersprossen übersäten Unterarme verraten seine irischen Wurzeln. Hinter ihm bebildert ein Plakat die Eve-Online-Welt. Hilmar blättert in einer Präsentation und sucht das Diagramm, das CCPs Wachstum abbildet. »1997 gegründet, zur Jahrtausendwende 16 Mitarbeiter, heute sind es 400, in Europa, Asien und den USA«, sagt er. Jeden Monat nimmt CCP fünf Millionen Euro allein an Mitgliedsbeiträgen ein. »Und dabei stellen wir nur die Infrastruktur, das Universum wird von den Spielern aufgebaut und zerstört, alles, was sie tun, verändert ihre Welt«, sagt Pétursson. In Eve steckten 400 000 Mannjahre, so der studierte Informatiker, in den Pyramiden Ägyptens nur 250 000. Die Teilnehmer haben – virtuell – einen eigenen Fernsehsender, eine Radiostation und ein People-Magazin aufgebaut.

Und auch drei Banken. Jedenfalls vorübergehend: Zuerst verpulverte die Eve Intergalactic Bank das Geld ihrer Kunden nach einem Schneeballsystem à la Bernard Madoff, die zweite Bank scheiterte an technischen Problemen, und der vorerst letzte Versuch ging deshalb schief, weil einer der Chefs der Ebank das Spielgeld seiner Kunden bei eBay gegen das Geld der wirklichen Welt versteigerte.

Diese einzelnen Fälle von Untreue haben allerdings noch wenig mit jenem kollektiven Wahn zu tun, dem Islands Banker in der realen Welt verfielen. Sie jonglierten so lange mit fremdem Geld, bis im Jahr 2008 die Gesamtverschuldung fast neunmal so hoch war wie jene Summe, die den produzierten Waren und Dienstleistungen entspricht. Der Staat ließ sie einfach gewähren. Mehr noch: Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik sei geradezu inzestuös gewesen, sagt der Ökonom Thorvaldur Gylfason. Bei der Privatisierung der Banken Anfang des Jahrtausends seien nur Parteifreunde zum Zug gekommen.

Die Kontrollen versagten. Während die Bilanzsummen der drei Banken seit 2001 um 900 Prozent anschwollen, erhöhte die Regierung das Budget der Finanzaufsicht um gerade mal 47 Prozent. Am Ende hatte Islands Regierung keine andere Wahl, als die drei Geldinstitute Glitnir, Landsbanki und Kaupthing wieder zu verstaatlichen – inklusive ihrer Schulden im In- und Ausland.

Ein Rettungspaket für Banken oder deren geprellte Kunden zu schnüren wäre undenkbar für CCP. So etwas wie eine Entschädigung der deutschen Kaupthing-Sparer oder der Anleger in England und Holland in Höhe von insgesamt 4,4 Milliarden Euro würde es in Eve nie geben. »Im Gegensatz zu realen Regierungen erlauben wir ihnen einfach nicht, so groß zu werden, dass wir sie nicht mehr scheitern lassen können. In unserer Welt scheitern sie vorher«, sagt CCP-Chef Pétursson. In Eve wisse jeder Spieler, dass das Geld weg sei, wenn eine Bank pleitegehe. Denn es gebe keine Regierung, die für die Spareinlagen ihrer Bürger einstehe.

In der virtuellen Welt gelten Lug und Betrug als unvermeidlich

Im Island der realen Welt ist die Staatsverschuldung, ein Jahr nachdem der damalige Premier Geir Haarde den Kollaps des Landes verkündete, fast doppelt so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt. Weil der Traum der Banker vom schnellen Geld auch viele Isländer infizierte, die sich ein Eigenheim oder das neue Auto in Yen oder Schweizer Franken finanzierten, sind nach dem Fall der Krone 28 000 Haushalte überschuldet. Kein Wunder, dass sich die meisten inzwischen den EU-Beitritt und den Euro wünschen.

In der Welt von Eve Online gibt es keine Währungsrisiken, auch wenn das Währungskürzel ISK identisch ist mit dem der isländischen Krone. Mit den Interstellaren Kredits bezahlen die Spieler im gesamten intergalaktischen Wirtschaftsraum. Und weil es bis heute weder Banken noch Kredite gibt und sich damit Geld im Universum nicht von selbst vermehrt, gibt es auch kaum Schulden. So absurd es klingt: Die virtuelle Wirtschaft ist eine deutlich reellere, als es der einstige Hedgefonds Island war: Die Eve-Charaktere handeln, produzieren Waren und schürfen Rohstoffe, sie fliegen Missionen und verdienen sich dafür einen Gegenwert.

Eigentlich ist es im virtuellen All ein bisschen wie früher in Island, als die Fischer mit ihren Schiffen den Nordatlantik bezwangen, um mit reichlich Fisch erst sich selbst und dann das Land zu ernähren. »Wir Isländer gehen davon aus, dass jeder sein Glück selbst kontrolliert«, sagt der Volkswirt Eyjólfur Guðmundsson. »Das ist Teil unserer Identität.« Ob man den nächsten Winter überlebte, hing früher auch davon ab, ob man ein guter Fischer oder Jäger war. »Wenn man uns die Gelegenheit gibt, werden wir überleben«, sagt Guðmundsson, den alle nur Dr. EyjóG nennen und der über das Wirtschaftssystem in Eve wacht. »Vielleicht haben wir auch deshalb ein Spiel erfunden, in dem man immer alles riskieren und alles verlieren – aber auch immer wieder neu anfangen kann.« Und im Gegensatz zur Wirklichkeit sind sich die Spieler in der Parallelwelt bewusst, dass sie alles verlieren können. So hatte auch Hel O'Ween nur einen Bruchteil seines Geldes bei den drei Banken deponiert. Wenn jeder weiß, dass er niemandem trauen kann, wird es zwar nie ein funktionierendes Finanzsystem bei Eve geben, allerdings auch kein Finanzsystem, das Amok läuft. Und so schützen sich die Einwohner der gesetzlosen Welt selbst, schließlich gehen sie davon aus, dass Lug und Trug unvermeidlich sind. Auch wenn diese Welt des Misstrauens nicht behagt, ist ein kollektiver Wahnsinn à la Island praktisch ausgeschlossen.

Doch selbst wenn es virtuelle Kredite und Zusammenbrüche des Finanzsystems gäbe, würde das wohl niemanden stören. Schließlich bedeutete das ein Abenteuer für die Spieler, glaubt CCP-Chef Hilmar Pétursson. »Ein Spiel muss Spaß machen, es muss aufregend sein, deswegen muss seine Wirtschaft auch Krisen durchmachen.« Reale Volkswirtschaften sollten hingegen so langweilig wie möglich sein: »In Island wurde es zu aufregend.«

Was der Schöpfer des virtuellen Universums verschweigt: Er hätte es gar nicht nötig, einen Gipfel wie den der G 20 in Pittsburgh einzuberufen, um die Welt wieder in Ordnung zu bringen. Wenn CCP etwas nicht passt, wenn, wie zurzeit, Rohstoff-Oligopole das Spiel dominieren, programmiert man es einfach um. Beim alljährlichen Fanfest diese Woche in Reykjavík wird Pétursson verkünden, dass alle Ressourcen neu verteilt werden. Dazu braucht er kein Gesetz, das erledigt das Winter-Update Dominion ganz automatisch.

Foto: Thomas Linkel/laif

+ DAX	+ DOW JONES	+ JAPAN-AKTIEN	+ INDIEN-AKTIEN	+ EURO	+ ROHÖL	+ PALLADIUM	+ ZUCKER	+ BLEI	
5722 +19,0 %	9789 +12,9 %	Nikkei: 10 100 +14,0 %	Sensex: 16 853 +70,2 %	1,46 US$ +4,8 %	66 US$/Barrel +48,0 %	290 US$/Feinunze +58,2 %	0,25 US$/Pound +110,8 %	2240 US$/Tonne +136,2 %	**Veränderungen seit Jahresbeginn**

Gipfelbeschlüsse

Eigenkapital: Auf dem Weltfinanzgipfel einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf strengere globale Eigenkapitalvorschriften für die Banken. Die Regeln sollen – wenn die Krise bis dahin vorbei ist – 2012 umgesetzt sein. Künftig sollen die Banken in Boomzeiten mehr Kapital vorhalten, um Spekulation zu erschweren. Zudem soll die Verschuldung der Banken begrenzt werden. Die Schuldenbremse tritt allerdings erst dann voll in Kraft, wenn die internationalen Bilanzierungsstandards einander angeglichen sind. Aufgrund von Unterschieden in der Rechnungslegung weisen viele europäische Banken eine höhere Fremdfinanzierung aus als die amerikanische Konkurrenz.

Großbanken: Für systemrelevante Finanzinstitute gelten besonders strenge Regeln. Sie müssen zusätzliches Kapital auf die Seite legen. Bis Oktober 2010 soll das *Financial Stability Forum,* das oberste globale Regulierungsgremium, dazu Vorschläge vorlegen. Die G 20 verpflichtet sich, bis Ende 2010 Verfahren zu entwickeln, wie solche Banken ohne Gefahr für das Finanzsystem abgewickelt werden können.

Derivate: Spätestens bis Ende 2012 sollen Kreditderivate auf Börsen oder elektronischen Plattformen gehandelt werden. Bislang werden solche Produkte zwischen den Banken hin und her geschoben. Das ist lukrativ für die Institute, birgt aber das Risiko, dass eine Bank ihre Geschäftspartner mit in den Abgrund reißt, wenn sie zusammenbricht. Allerdings gibt es ein Schlupfloch: Die Regel gilt nicht für alle Geschäfte, sondern nur *»where appropriate«,* also wo sie angemessen ist.

Bonus: Die Vergütung soll so reformiert werden, dass die Finanzmanager weniger Risiken eingehen und die Banken ausreichend Kapital für schlechte Zeiten zurücklegen, statt dieses an die Mitarbeiter auszuschütten. Die Kontrolle wird jedoch den nationalen Behörden überlassen. Sie können Banken mit unangemessenen Vergütungssystemen bestrafen. Für Banken, die auf Staatshilfe angewiesen sind, gelten besonders strenge Vorschriften. **MAS**


Illustration: Paula Troxler für DIE ZEIT/www.paulatroxler.com

Schach dem Exportweltmeister

Eine neue Epoche in der Wirtschaftspolitik beginnt – die G 20 will gegen Defizite und Überschüsse im Außenhandel vorgehen **VON MARK SCHIERITZ**

Am Ende wurde Angela Merkel weich. »Rahmen für ein starkes, nachhaltiges und gleichgewichtiges Wachstum« heißt ein von amerikanischer Seite eingebrachtes Zusatzprotokoll zur Abschlusserklärung des G-20-Gipfels von Pittsburgh, das die Kanzlerin unterschrieb.

Was harmlos klingt, könnte eine neue Epoche in der internationalen Wirtschaftspolitik einleiten. Die Staaten der Welt wollen die globalen Ungleichgewichte bekämpfen – und damit eine der wichtigsten Ursachen dieser Finanzkrise und früherer Krisen.

Die Idee hat eine lange Geschichte. Schon auf der Währungskonferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 sorgte sie für Streit. Im Kern geht es um ein ehernes Gesetz der Ökonomie: Gibt ein Land mehr Geld aus, als es gespart hat, muss es sich Kapital im Ausland leihen. Umgekehrt muss ein Land, das sein Geld spart, statt es auszugeben – und seine Güter exportiert, statt sie zu verbrauchen –, das überschüssige Kapital im Ausland anlegen.

Je größer diese Defizite und Überschüsse zwischen den Ländern, desto mehr Kapital strömt um die Welt und muss angelegt werden. Das geht allerdings fast immer schief. Selten lässt sich so viel Geld in der Fremde sinnvoll investieren, fast immer werden damit Blasen finanziert. So ist es auch diesmal. China, Deutschland, Japan und die Ölstaaten haben enorme Exportüberschüsse angehäuft. Auf 440 Milliarden Dollar belief sich allein der chinesische Leistungsbilanzsaldo im Jahr 2008, 235 Milliarden Dollar waren es in Deutschland.

Dafür floss jede Menge Geld in die USA – 731 Milliarden Dollar waren es allein im vergangenen Jahr. Ohne diesen Zufluss an überschüssigen Ersparnissen aus dem Rest der Welt hätten sich die Amerikaner nicht immer höher verschulden können. Auf dem Immobilienmarkt trieb das Kapital die Preise nach oben.

Übertriebene Sparsamkeit, so hatte John Maynard Keynes, der britische Unterhändler in Bretton Woods, argumentiert, sei genauso schädlich wie zu viel Konsum. Die Amerikaner aber wussten damals zu verhindern, dass die Sparsamen zur Verantwortung gezogen wurden. Seinerzeit gehörten sie selbst dazu: Sie erwirtschafteten Überschüsse, und der Rest der Welt musste sich bei ihnen Geld leihen. Genau wie jetzt bei Deutschland und China.

Dafür sind heute die USA nicht mehr Gläubiger der Welt, sondern ihr Schuldner – und so haben sie die alte Idee von Keynes flugs entstaubt.

Die Bundesregierung reagierte mit Befremden, als die Amerikaner bei den Vorgesprächen für den Gipfel von Pittsburgh plötzlich ihre Pläne präsentierten. Was die aus der Krise zu ziehenden Lehren angeht, hat Merkel ihre eigenen Vorstellungen. Ihr Ziel ist vor allem eine Begrenzung der Staatsverschuldung. Deutschland ist zwar Exportweltmeister, doch das ist aus Berliner Sicht ein Erfolg und kein Makel. Die sparsamen Bundesbürger seien nicht Täter, sondern Opfer angelsächsischer Maßlosigkeit. Für nachgerade verwegen hält man den Gedanken, aufgrund von internationalen Verpflichtungen gezwungen werden zu können, Konjunkturprogramme aufzulegen.

Die Amerikaner haben so etwas schon einmal versucht. Das war im Jahr 1978. Ihre Forderung, die Deutschen sollten doch die Binnennachfrage ankurbeln, um die Weltkonjunktur – und damit auch die US-Exportwirtschaft – zu stützen, wies der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt höflich, aber entschieden zurück.

Doch die Kanzlerin braucht die Unterstützung Barack Obamas bei der Finanzmarktregulierung. Und die Situation ist heute eine andere als in den siebziger Jahren: Die Amerikaner sind so stark verschuldet, dass sie in jedem Fall mehr sparen müssen, egal wie sich die anderen Staaten verhalten. Das bedeutet Einbußen für die hiesigen Exporteure. Es liegt daher im deutschen Interesse, als Ausgleich die heimische Nachfrage zu stärken.

Und vor allem um die Binnenwirtschaft geht es den G-20-Staaten. Für sie zählt nicht die absolute Höhe des Exports, sondern der Saldo von Ausfuhren und Einfuhren. Er entscheidet über die Balance der Weltwirtschaft. Das bedeutet: Wer genug fremde Waren einführt, der darf auch nach besten Kräften exportieren.

Allerdings bleiben viele Fragen offen. Die Defizitländer, so wurde es in Pittsburgh vereinbart, sollen das private Sparen fördern, die staatliche Kreditaufnahme zurückführen und den Export fördern. Aber soll es solchen Ländern erlaubt sein, ihre Währungen abzuwerten, um sich so Handelsvorteile zu verschaffen? Das könnte schnell einen gefährlichen Abwertungswettlauf auslösen.

Noch komplizierter ist die Lage in den Überschussstaaten. Denn wie die Binnenwirtschaft gestärkt werden kann, gehört zu den ideologisch am stärksten aufgeladenen Fragen in der Ökonomie.

Besonders leidenschaftlich wird über die Rolle der Löhne gestritten. Vertreter der konservativen Schule wie Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, plädieren für Reformen am Arbeitsmarkt und den Ausbau des Niedriglohnsektors. Dadurch fänden mehr Menschen Arbeit. Das steigere Konsum und Investitionen. Sinn spricht vom »Königsweg« zur Verringerung des deutschen Beitrags zu den Ungleichgewichten.

Dagegen spricht, dass der deutsche Exportüberschuss vor allem seit dem Jahr 2003 anschwillt – genau in der Zeit also, in der die Löhne zu stagnieren begannen und die Regierung den Arbeitsmarkt flexibler gestaltete. Zudem: Länder wie Frankreich haben eine ausgeglichenere Handelsbilanz, obwohl es dort Mindestlöhne gibt.

Keynesianisch geprägte Ökonomen argumentieren genau andersherum: Aus ihrer Sicht muss in erster Linie die Kaufkraft gestärkt werden – durch eine angemessene Bezahlung, Mindestlöhne und Transferleistungen. Gäben die Menschen das Geld aus, könnten die Firmen mehr Produkte im Inland absetzen und investierten dort auch mehr. Zusätzlich könne der Staat die Nachfrage durch kreditfinanzierte Ausgabenprogramme oder Steuersenkungen sowie niedrige Zinsen stimulieren.

Die USA pflegen heute eine eher keynesianische Weltsicht. Der Staat, so heißt es in den ersten Entwürfen ihres Plans, müsse den Konsum ankurbeln. Den Deutschen ist das zu einseitig. Sie setzen Änderungen durch. In der Abschlusserklärung ist nur sehr allgemein davon die Rede, dass die »heimischen Quellen des Wachstums« gestärkt werden sollen. Das lässt viel Raum für Interpretationen – zumal Merkels Unterhändler darauf geachtet haben, dass Sanktionen nicht auftauchen.

Ohnehin haben viele Regierungen wichtige Instrumente zur Steuerung der Nachfrage aus den Händen gegeben. Wechselkurse und Zinsen kontrollieren unabhängige Zentralbanken. Deutschland verfügt als Mitglied der Euro-Zone nicht einmal über eine eigene Währung.

Dennoch: Ein Anfang ist gemacht. Das Thema ist auf der internationalen Agenda. Wer zu viel exportiert und spart, wird sich genauso rechtfertigen müssen wie derjenige, der zu viel importiert und Schulden macht. Man wird im Kreis der Zwanzigergruppe regelmäßig über die Ungleichgewichte beraten, der Internationale Währungsfonds soll die nationale Politik bewerten.

Vielleicht wird daraus noch mehr. Der britische Premier Gordon Brown jedenfalls spricht schon von einer neuen Weltwirtschaftsregierung.

ARGUMENT

Googles andere Seiten

Die Sorge, der amerikanische Internetkonzern könnte den Büchermarkt beherrschen, ist übertrieben VON GÖTZ HAMANN

Rund zehn Millionen Bücher haben Mitarbeiter des Internetkonzerns Google bisher gescannt, eingelesen, in digitales Format gebracht. Überwiegend geschah das in den USA, und dabei vergingen die Jahre, fünf insgesamt. Aber der Streit darüber, ob Google Unrecht tat, ob der Konzern der Bücherwelt irreparablen Schaden zufügt, dauert fort.

Nun wollte ein New Yorker Richter am 7. Oktober eigentlich einen Schlussstrich ziehen und einen Vergleich genehmigen. Aber daraus wird (noch) nichts, weil unter anderem das US-Justizministerium einige Details verändert sehen will. So treffen sich die Parteien, also Google auf der einen, der Richter in der Mitte und die amerikanischen Autoren wie die Verlage auf der anderen Seite, um ein letztes Mal Feinarbeit zu leisten.

Alles dreht sich um die Frage: Welche Rolle wird Google in der Welt der Buchverlage spielen, wenn Bücher zunehmend auch in digitaler Form vertrieben und verkauft werden? Für die Buchbranche bricht eine neue, unbekannte Ära an. Keiner weiß, wie viel den Verlagen künftig von ihrem Geschäft bleibt und was Autoren von Sachbüchern und wissenschaftlichen Werken dann noch verdienen werden. Sie können schon heute kaum vom Bücherschreiben leben.

Die Angst geht um, dass die kargen Honorare und Vorschüsse noch weiter sinken, dass Bücherschreiben zu einer Beschäftigung für Leute mit viel Zeit wird – also mit anderweitigen Einkünften oder Vermögen. Zerstört Google so die Urform des bürgerlichen Diskurses mit Büchern und über Bücher, Aufsätze, Sammelbände, Festschriften, wissenschaftliche Reihen? Hemmt es die weitere Aufklärung? Enteignet der Konzern die Autoren?

So klang es in den Briefen und Stellungnahmen an, die vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels, von Bundeskulturminister Bernd Neumann und der bisherigen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries stammten. In der sogenannten Heidelberger Erklärung forderten mehr als tausend Kulturschaffende grundsätzlich ihr Recht ein, auch im Internetzeitalter frei zu entscheiden, wo und wann sie ihre Werke veröffentlichen.

Je näher man dem umstrittenen Angebot von GoogleBooks dann aber tritt, umso mehr überwiegen in diesem Fall inzwischen die Chancen die möglichen Risiken und Googles unbestreitbare Grobheiten. Denn stimmt ein Verlag dem sich abzeichnenden US-Vergleich zu, bekommt er künftig 70 Prozent der Einnahmen aus dem Verkauf der Buch-Dateien. Ähnliches soll auch hierzulande kommen.

Verlage, die ihre Bücher von Google vermarkten lassen, machen außerdem oft die Erfahrung, dass auch die Umsätze mit gedruckten Büchern steigen. In Deutschland versuchen sich Hanser, DuMont und C. H. Beck daran. Letztlich bietet GoogleBooks auch Chancen für Autoren, deren Werke bereits vergriffen sind. Sie können auf zusätzliche Erlöse hoffen, da nach Angaben von Google das Interesse von Internetnutzern nach älteren Büchern beachtlich ist, wenn auch deutlich geringer als das nach aktuellen Titeln.

Warum also die Aufregung? Weil der Eintritt von Google in den Buchmarkt auf eine Weise geschah, die mancher Autor als Nötigung empfinden musste.

Zentrum der juristischen Auseinandersetzung sind die USA. Dort ist Google mit brachialer Konzernherrenart vorgegangen, hat Verträge mit Bibliotheken geschlossen und alle Bücher, egal, woher sie stammen, also auch deutschsprachige, eingescannt, selbst wenn sie hierzulande noch dem Urheberrecht unterlagen. Das war, wenn man so will, uramerikanisch, weil es durchaus der dortigen Rechtstradition entspricht: Wenn ein Konzern die Regeln und Kräfteverhältnisse auf einem bestehenden Markt so sehr verändern will wie Google im Buchmarkt – oder einen Markt neuen schaffen will –, dann verletzt das Unternehmen oft die Rechte anderer – und zwar durchaus bewusst. Es rechnet geradezu damit, dass später in einer Class-Action, in einem einzigen Prozess die Ansprüche aller Betroffenen geklärt werden. Das läuft dann meist auf einen Vergleich hinaus, und um die Bedingungen eines solchen Vergleiches ringen die Parteien in New York.

> **Keiner weiß,** wie viel den Verlagen künftig von ihrem Geschäft bleibt und was Autoren von Sachbüchern und wissenschaftlichen Werken noch verdienen werden. Die Angst geht um, das Bücherschreiben könnte zu einer Beschäftigung für Vermögende werden

Die von vielen in Europa empfundene Nötigung besteht darin, dass sich deutsche Verlage und Autoren, deren Bücher in den USA eingescannt wurden, ob sie wollten oder nicht, mit dem Vergleich auseinandersetzen müssen. Lehnen sie es ab, dass die Nutzer von GoogleBooks in den USA die deutschsprachigen Werke einsehen können und Google sie vermarktet, müssen sie es aktiv ablehnen und das zugehörige Formular ausfüllen.

Begleitet wird die hiesige Kritik von dem Vorwurf, Google strebe eine dominierende Stellung im Geschäft mit digitalisierten Büchern an. Richtig daran ist: Microsoft hat es aufgegeben, eine ähnliche Datenbank aufzubauen. Staatliche Versuche schlugen fehl, und der Einzige, der für aktuelle Bücher ein Digitalgeschäft in internationalem Maßstab aufbaut, ist der marktbeherrschende Onlinebuchhändler Amazon. Deutsche Buchverlage haben es versäumt, ein sicheres und nutzerfreundliches Verfahren populär zu machen. Man könnte also sagen: Google erarbeitet sich mangels Konkurrenz eine herausragende Stellung.

So bleibt am Ende die Sorge, dass – aus welchen Gründen auch immer – zu viele digitalisierte Bücher in der Hand eines Unternehmens sein werden und dieses diktieren kann, unter welchen Bedingungen die Welt liest. Dieses Risiko gibt es, auch wenn Google ihm begegnen will, indem eine noch zu gründende, nichtkommerzielle Organisation den Zugriff auf die Datenbank haben und auch Lizenzen an Dritte vergeben soll. Die Bedingungen sind aber noch unklar, und sollte sich herausstellen, dass Google um die Bücher eine schwer zu überwindende Mauer zieht, würde der Konzern über kurz oder lang ein Problem bekommen. Denn die Amerikaner, die das Unternehmertum so lieben, kennen auch die Enteignung. Da sind sie, wenn sie das Gemeinwohl in Gefahr sehen, weniger zimperlich als Europäer.

Siehe auch Wissen, S. 39

www.zeit.de/audio

MACHER+MÄRKTE

Exporte: China dämpft den Absturz

Im ersten Halbjahr erlebte die Exportnation Deutschland einen dramatischen Absturz, um satte 23,5 Prozent gingen die Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahr zurück. Der darniederliegende Welthandel minderte die Exporte in praktisch allen wichtigen Auslandsmärkten der deutschen Industrie. Besonders stark brachen die Absatzmärkte in Russland (–38,9 Prozent), den USA (–26,5 Prozent) und Japan (–23 Prozent) ein. Auch im europäischen Ausland sank die Nachfrage nach deutschen Produkten in Ländern wie Frankreich, den Niederlanden und Italien deutlich zweistellig. Nur ein wichtiges Exportland verhinderte einen noch tieferen Absturz: China.

Die Ausfuhren in die Volksrepublik sanken im ersten Halbjahr lediglich um 3,6 Prozent, damit konnten die Deutschen immer noch Waren im Wert von 16 Milliarden Euro absetzen. Die heimischen Unternehmen dürfen sogar hoffen, dass sich bis zum Ende des Jahres ein positives Vorzeichen einstellt. Verändert hat sich im ersten Halbjahr allerdings die Struktur der Exporte in das bevölkerungsreichste Land der Erde. Die traditionell starke deutsche Autoindustrie lieferte fast ein Drittel weniger fertige Fahrzeuge und Fahrzeugteile nach China, was zu einem Teil durch die verstärkte Produktion in deutsch-chinesischen Joint Ventures im Land kompensiert worden sein dürfte. Zudem berichten VW/Audi, Mercedes oder BMW in den letzten Monaten wieder von Zuwächsen angesichts des Mobilitätshungers in China. Sehr deutlich verloren haben auch die deutschen Maschinenbauer, die die klassischen »Billigexportindustrien«, also das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe oder die Spielzeugindustrie versorgen. Dies hängt auch mit der wirtschaftspolitischen Neuorientierung Chinas zusammen. Das Land fördert den inländischen Konsum sowie den Aufbau höherwertiger Industrien kräftig.

Ein exzellentes erstes Halbjahr können die Exporteure von Luftfahrzeugen (Airbus) und Flugzeugteilen nach China verzeichnen, ihre Ausfuhren haben sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt – und die Aussichten sind gut. Schließlich hat hier das Land einen immensen Nachholbedarf. Aber auch die deutschen Hersteller von Werkzeugmaschinen und die Lieferanten kompletter Fabriken und Fertigungsanlagen konnten um gut 20 Prozent respektive sogar um 40 Prozent zulegen. Damit bringen die Abnehmer in Shanghai, Beijing oder Changchun ihre eigenen Fabriken auf den neuesten Stand der Technik.



Foto: imago

Wer sich auf Konsumgüter oder die Fabrikausrüstung spezialisiert hat, dürfte auch weiterhin gute Exportchancen nach China haben. Die Kehrseite: Statt Puppen oder billigen T-Shirts werden die mit deutscher Technik hochgerüsteten chinesischen Fabriken bald selbst höherwertige Maschinen oder Autos exportieren – und den Deutschen auf dem Weltmarkt Konkurrenz machen. **MJ**


Foto: Ute Grabowsky/photothek.net

Hyundai will in Europa weiter wachsen

Die Hyundai Kia Automotive Group, fünftgrößter Autobauer weltweit, gilt in der Branche als Gewinner der weltweiten Autokrise. **Euisun Chung** (Foto), der kürzlich ernannte Vize-Vorstandschef von Hyundai Motors, weiß gleich »viele Gründe«, weshalb die Koreaner die Krise bislang vergleichsweise gut gemeistert haben. »Wir haben eisern die Kosten im Auge behalten, viel in das Design unserer Autos investiert und waren rechtzeitig mit den richtigen neuen Modellen auf dem Markt«, sagte der 38-jährige Sohn und Kronprinz von Konzernchef **Chung Mong-koo**, 71, am Rande der offiziellen Eröffnung des Hyundai-Werkes im tschechischen Nošovice. Die Firma Hyundai hat »im modernsten europäischen Automobilwerk« (Chung) seit November schon 80 000 Stück ihres VW-Golf-Konkurrenten i 30 gebaut, der in ihrem Rüsselsheimer Designcenter konstruiert wurde. Die Koreaner warteten mit der offiziellen Zeremonie aber ab, bis sich auch eine zweite Arbeitsschicht lohnte, die den Jahresausstoß auf 200 000 Autos erhöht. 2011 sollen sogar 300 000 Hyundai und Kia aus Nošovice Europas Märkte erobern.

Euisun Chung, der zuvor das Tochterunternehmen Kia Motors führte, hält sich mit öffentlichen Äußerungen bislang zurück. Ein Manager aus seinem Gefolge machte aber klar, wie man in Seoul über die Konkurrenten aus dem Westen denkt: »Wir arbeiten einfach härter.« **DHL**

Banken wollen sich vom Staat freikaufen

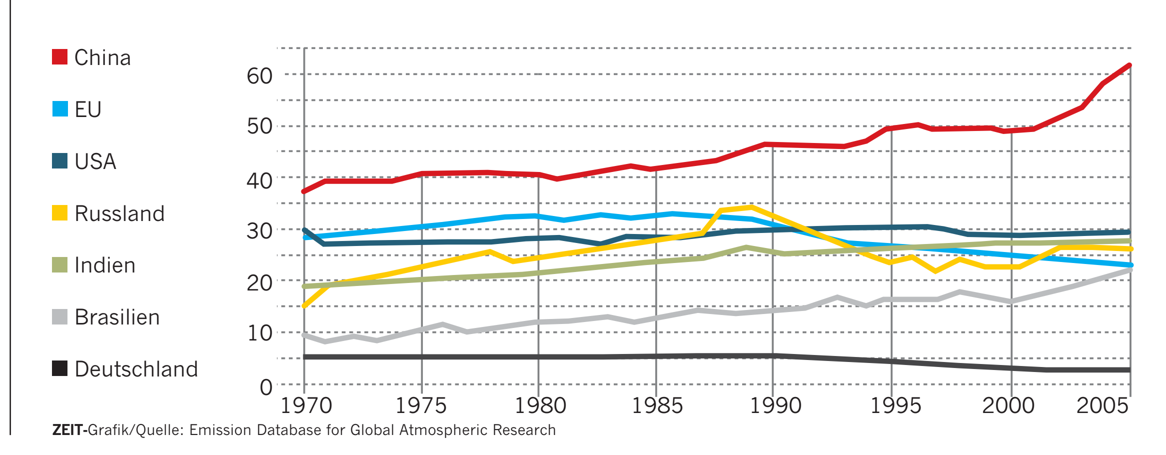
Die Entflechtung von Staaten und Banken gewinnt an Momentum. Die **BNP Paribas** kündigte am Dienstag an, dass sie den französischen Staat ausbezahlen will. Der hatte ihr im Zuge der Finanzkrise mit Kapital ausgeholfen und war im Gegenzug zum Aktionär aufgestiegen. Eine **Kapitalerhöhung über 4,3 Milliarden Euro** soll BNP Paribas dabei helfen, den unliebsamen Anteilseigner wieder loszuwerden. Bereits im Juni hatten die US-Institute **Goldman Sachs** und **Morgan Stanley** je zehn Milliarden Dollar an Staatshilfen zurückgezahlt, im August veräußerte die Schweiz ihren Anteil an der UBS. Auch bei den sogenannten toxischen Wertpapieren deutet sich eine Kehrtwende an, also bei jenen Wertpapieren, die im Verlauf der Krise drastisch an Wert verloren und Banken zu Abschreibungen von vielen Hundert Milliarden Dollar gezwungen haben. Im Fall der **UBS** sei die staatliche Verwahrung »sehr teuer«, sagte Vorstandschef Oswald Grübel der *Financial Times*. Die UBS hofft, die Wertpapiere bis Ende 2010 zurückzukaufen. Dahinter steht offenbar die Erwartung, dass sie wieder an Wert gewinnen. Manche Marktbeobachter halten es für möglich, dass einzelne Banken bald erste »Aufschreibungen« vornehmen könnten. Das hieße, dass sie den Wert dieser Anlagen nach oben korrigieren. Die **Schweizer Finanzaufsicht** lehnt das Ansinnen der UBS bis dato ab. **STO**

Rote Handys unbeliebt

Vor der Wahl rätselten die Demoskopen über Gewinner und Verlierer. Dabei hätte vielleicht ein Blick auf die Beliebtheitsskala von **Handyfarben** genügt. Laut einem Onlinedienst für Preisvergleiche interessierten sich vor der Wahl weit mehr Menschen für schwarze oder gelbe Modelle als für rote oder grüne. Am Montag legten die Klicks bei schwarzen Handys sogar um fünf Prozent zu, das Interesse für rote Geräte nahm dagegen ab. Auffällig sind die **Preisunterschiede:** Ein schwarzes Touchscreen-Telefon von Nokia etwa kostet fast 250 Euro, das Gleiche in Rot 20 Euro weniger. Auslaufmodelle sind natürlich schwarz-rot. Die gibt es für weniger als hundert Euro. **KEB**

Die größte Methanquelle ist die Landwirtschaft

Emissionen des Klimagases in ausgewählten Ländern (in Millionen Tonnen)



ZEIT-Grafik/Quelle: Emission Database for Global Atmospheric Research

Methan ist nach Kohlendioxid (CO_2) das bedeutendste durch menschliche Aktivität freigesetzte Treibhausgas. Es heizt die Erde sogar wirksamer auf als CO_2, verschwindet aber recht schnell wieder aus der Atmosphäre. Unterm Strich sorgt Methan für ein Sechstel der Treibhausgasemissionen. Der Klimakiller entsteht immer, wenn organisches Material unter Luftabschluss abgebaut wird – auf Abfalldeponien, beim Anbau von Nassreis, bei der Förderung von Erdgas und in Rindermägen; die Tiere stoßen das Klimagas hauptsächlich als Rülpser aus. **China** ist der mit Abstand größte Methanemittent, gefolgt von den **USA**, Indien und Russland. **KEB**



Fotos v.o.n.u.: Michael Herdlein für DIE ZEIT/www.herdlein.de; Lukas Meindl GmbH & Co.KG (3)

WAS BEWEGT ...

Lukas und Lars Meindl?

Die Erben des Schusterhäusls

In elfter Generation führen die Brüder ihr Familienunternehmen, das für Bergstiefel berühmt ist. Werbung brauchen sie nicht, nur Mundpropaganda **VON JOHANNES SCHWEIKLE**

Im ersten Stock wird's unansehnlich. In den Regalen stehen ausgelatschte Schuhe, drei Dutzend Paar. Lukas Meindl (links im Bild) greift einen zwiegenähten Bergstiefel heraus. Wie die meisten in dieser Reihe sieht er aus wie ein Fall für die Tonne: Das helle Futter ist vom Fußschweiß dunkel gefärbt, das Oberleder hat nach jahrelangem Gebrauch reichlich Kratzer abbekommen, ungezählte Kilometer haben das Profil am Absatz abgeschmirgelt. Der Besitzer hat seine Stiefel eingeschickt, um sie neu besohlen zu lassen.

Lukas Meindl ist stolz auf diese alten Treter. »Welche Firma hat schon Kunden, die so sehr an ihren Produkten hängen?« Er ärgert sich nicht über den sparsamen Verbraucher. Er freut sich, dass er seinen Schuh so wertschätzt. »Deshalb bieten wir diesen Service, auch wenn wir nichts daran verdienen«, sagt Meindl. Im Herbst quellen die Regale im ersten Stock über. »Bevor die Leute ihre Bergstiefel einwintern, lassen sie diese neu besohlen.« Seinen Mitarbeitern hat Meindl ein Ziel gesteckt: Nach spätestens einer Woche soll jeder Schuh repariert an den Kunden zurückgeschickt werden.

Lukas Meindl führt die vielleicht älteste Schuhmacherei Deutschlands. Anno 1683 wurde in dem bayerischen Dorf Kirchanschöring der erste Schuster Meindl urkundlich erwähnt, zur napoleonischen Zeit ist das »Schusterhäusl« im Steuerkataster der Gemeinde registriert: »Besitzerin Maria Meindlin, mit der Schuhmachergerechtigkeit.« In der elften Generation ist daraus ein Unternehmen mit 600 Mitarbeitern geworden. Es stellt im Jahr gut eine Million Schuhe her, in der Hauptsache Bergstiefel und Wanderschuhe. Auch in Oberbayern spricht man Outdoor: »Shoes For Actives« ist der Slogan der Firma.

»Wenn der Schuh nicht mehr funktioniert, bleibt nur die Sänfte«

Als gelernter Schuhtechniker leitet der 43-jährige Lukas Meindl die Entwicklung und Produktion. Sein zwei Jahre jüngerer Bruder Lars ist für die kaufmännischen Belange des Familienunternehmens zuständig. Der forschere von beiden ist eindeutig Lukas. »Bei uns gab's früher kein Taschengeld«, erzählt er, »in den Ferien haben wir eine Stempelkarte bekommen. Mein Ziel war, zwei Stunden am Tag zu arbeiten und eine Stunde mehr aufzuschreiben.« Die unterschiedlichen Talente der Brüder zeichneten sich schon damals ab: Lukas hat Schnürsenkel eingefädelt, Lars in der Buchhaltung geholfen.

Die Fabrik liegt am Ortsrand von Kirchanschöring, einem Dorf mit heute 2000 Einwohnern, zwischen Moor und Maisfeld. Im Stall nebenan muhen Kühe, am Horizont sind die Alpen zu sehen. Die Gegend mit den sanften Hügeln ist bayerisches Niemandsland. Das Dorf liegt zwischen dem Waginger See und der Salzach, dem Grenzfluss zu Österreich. München ist weit weg, und die Busse, die Touristen ins nahe Berchtesgaden bringen, lassen den Rupertiwinkel links liegen.

»Der Großvater ist noch mit dem Rad zu den Bauern gefahren, um ihnen die Schuhe zu reparieren«, erzählt Lukas Meindl. »Weil er zu wenig Arbeit hatte, hat er angefangen, Lederbekleidung zu nähen.« Der Vater, Jahrgang 1929, wollte nach dem Krieg Physik studieren. Das Geld dafür fehlte, deshalb stieg er 1948 in den elterlichen Betrieb ein, der damals zehn Leute beschäftigte. Ein Schwarz-Weiß-Foto, das am Empfang hängt, zeigt Alfons Meindl, wie er 1949 auf seiner ersten Messe in München seine Kollektion präsentierte: ein junger Mann im Nadelstreifenanzug, der für die große Welt versucht hatte, sein üppig gelocktes Haar mit dem Kamm zu bändigen. Als leidenschaftlicher Bergsteiger konzentrierte er sich auf die Entwicklung der Bergstiefel. Mit ihnen wurde Meindl zur Marke.

Vater Alfons Meindl hat zahlreiche Gipfel in den Alpen bestiegen – und den Kilimandscharo in Afrika erklommen. Seine beiden Kinder hat er auf harte Bergtouren aber nicht mitgeschleift. »Der Vater hat uns nie zu etwas gezwungen«, sagt sein Sohn mit bewunderndem Respekt. Im Gegensatz zu seinem Vater hätte Lukas studieren können, jetzt war Geld da, aber er ließ sich lieber zum Schuhtechniker ausbilden. Und suchte sich einen Betrieb in Baden-Württemberg, in dem er die alte Technik des zwiefachen Nähens lernte. »Vorher hätte ich nicht zurückzukommen brauchen«, sagt der Handwerker, der den Stolz der Zunft kennt. Auch als Juniorchef konnte er nur zur Autorität werden, wenn er die Grundlagen der Handarbeit beherrschte.

Bei einer Tour im Hochgebirge ist ein Schuh weit mehr als ein Schuh. Da muss der Stiefel wie ein Gefährte sein, auf den man sich hundertprozentig verlassen kann. »Wenn beim Rucksack ein Riemen reißt, kann ich den mit einem Strick flicken«, sagt Lukas Meindl, »aber wenn der Schuh nicht mehr funktioniert, bleibt nur noch die Sänfte.« Der Fokus auf Qualität sei daher das Wichtigste.

»Die Firma ist langsam und gesund gewachsen«, sagt Lars Meindl. Er zeigt einen großen Zettel, mehrere aneinandergeklebte Seiten kariertes Papier. Ein Buchhalter, der seit 1975 im Haus arbeitet, hat hier Monat für Monat die wichtigsten Zahlen eingetragen. Zu Umsatz und Gewinn macht Meindl keine Angaben. Doch im Jahr der Krise steht das Unternehmen offenbar gut da. »Wenn das Geld knapper wird, zählt die Qualität«, sagt Lars. Die Meindls haben erst kürzlich für neue Maschinen und Anlagen in Kirchanschöring eine Million Euro investiert.

Seit 1992 hat die Firma Zweigbetriebe in Osteuropa und Asien aufgemacht. Am Stammsitz in Bayern beschäftigt sie noch immer 238 Mitarbeiter. Sie fertigen die hochwertigen Bergstiefel, 1400 Paar am Tag. Am liebsten zeigt Lukas Meindl die Fertigungslinie für die zwiegenähten Schuhe. Im Erdgeschoss der Halle ist es heiß, die Luft riecht nach Klebstoff, über dem Regal mit den Sohlen hängt ein Kruzifix an der Wand. Die schweren Nähmaschinen sind fast 50 Jahre alt, ein Arbeiter führt einen Schaft von Hand an der Nadel entlang, bis eine perfekte Naht ihn mit der Brandsohle verbindet. Setzte er zwei Millimeter zu hoch an, würde der Schuh zu eng.

Es braucht 200 Arbeitsschritte, um einen hochwertigen Bergstiefel zu fertigen. Für ein Paar des Modells »Perfekt« sind 160 bis 180 Minuten angesetzt. Um diesen Schuh möglichst wasserdicht zu bekommen, ist der Schaft fast nahtlos gearbeitet. Das Juchtenleder wurde mit Birkenrindenteer gegerbt, ist 3,2 Millimeter dick und stammt von einem Bullen – Kühe bekommen keine so dicke Haut. Ein Mitarbeiter, der sogenannte Lederübernehmer, fährt zu den Gerbereien in Italien und nimmt jede Haut in Augenschein. Ein Quadratmeter kostet im Einkauf knapp 50 Euro, daraus kann man zweieinhalb Paar Schuhe machen. Ein Paar des Bergstiefels »Perfekt« kostet im Laden rund 260 Euro.

Bergführer tragen die Stiefel – und ihr Wort hat bei Wanderern Gewicht

Im Nebengebäude haben sie hinter dem Lederlager ein bescheidenes Schuhmuseum eingerichtet. Dort steht einer der letzten Skistiefel, die die Firma in den siebziger Jahren hergestellt hat, ein Schnallenstiefel mit einem übertriebenen Wadenspoiler. Bei diesem Stand der Entwicklung beschloss der Vater Alfons Meindl, aus dem Skistiefelgeschäft auszusteigen. »Die riesigen Investitionen in Spritzgussmaschinen hätten uns als mittelständischem Familienunternehmen das Genick gebrochen«, sagt Lukas Meindl. Die Schuster blieben bei ihren Leisten. Sie erkannten, dass sie nur als grundsolide Spezialisten eine Chance hatten.

»Wir sind kein Modelabel«, sagt Lukas Meindl, »bei unseren Produkten geht es um Funktionalität und Qualität.« Deshalb verhält sich die Firma auf dem schrillen Outdoor-Markt untypisch: Sie macht sehr wenig Werbung. Die Huber-Buam, zwei der weltbesten Bergsteiger, wohnen gleich in der Nachbarschaft. Aber die Meindl-Brüder denken nicht daran, ihre Schuhe über die Stars der Szene zu vermarkten – das wäre zu teuer. Sie rüsten stattdessen junge Alpinisten aus. In der Entwicklungsabteilung zeigt Lukas Meindl einen Stiefel mit integrierter Gamasche, die im ewigen Eis vor der Kälte schützt. Dieser Schuh soll in fünf Tagen mit einer Expedition nach Patagonien, vorher muss die Gamasche noch geändert werden: Sie ist zu eng für die stramme Wade des Bergsteigers.

»Der Bursche freut sich, dass er von uns kostenlos einen Schuh bekommt«, erklärt Meindl seine Hintergedanken, »und wir kriegen nach der Expedition wertvolle Hinweise, was wir besser machen können.« Er setzt auf die Mundpropaganda zufriedener Kunden. Viele Alpinisten der Spitzenklasse arbeiten auch als Bergführer. Deren Wort hat bei den Gästen Gewicht, wenn es um die richtige Ausstattung geht.

Der teuerste Winterstiefel ist der meistverkaufte. Aber Lars Meindl kennt die Tücke dieses Saisongeschäfts: Der Kunde wartet lange, ob auch wirklich ein harter Winter kommt. Wenn er dann hereinbricht, steigt die Nachfrage sprunghaft. Und dann profitiert die Firma von ihrer Produktion in Deutschland: »Deshalb können wir schnell reagieren.« Mit den Mitarbeitern wurde ein flexibles Jahresarbeitszeitmodell vereinbart.

»Die Firma Meindl gehört zu den gewerkschaftsfeindlichen Arbeitgebern«, sagt Heiko Metzger, Bezirkssekretär der zuständigen IG Bergbau, Chemie und Energie in Altötting. »Jeder Versuch, sich gewerkschaftlich zu organisieren, würde vom Arbeitgeber unterdrückt.« Statt eines Betriebsrats gibt es bei Meindl die sogenannte Mitarbeiter-Abordnung. In den neunziger Jahren hat Meindl eine Prämie eingeführt, die in erfolgreichen Jahren vor Weihnachten ausbezahlt wird. Ob die Angestellten sie auch dieses Jahr bekommen, kann Zahlenkenner Lars Meindl noch nicht sagen. Er muss erst den Herbst abwarten.

Vater Alfons Meindl ist im Jahr 2006 verstorben, die Nachfolgefrage war zu diesem Zeitpunkt längst geklärt. Schon zehn Jahre zuvor hatte Lars Meindl die kaufmännische Leitung übernommen. Nun wird langsam die zwölfte Generation auf eine Übernahme der Bergstiefelproduktion vorbereitet. Lars Meindl hat drei Kinder zwischen 16 und zwei Jahren, die Söhne von Lukas sind sechs und drei. Es beginnen die Jahre, in denen sie mit dem Vater in die Berge ziehen wollen und dort übernachten können.

»In der Krise laufen die Klassiker am besten«, sagt Lukas. Der ausgelatschte Stiefel, den er vorhin in der Reparaturabteilung in die Hand genommen hat, war ein solcher Klassiker, das Modell »Perfekt«. Was es kostet, diesen neu zu besohlen? Lukas Meindl will es erst nicht sagen, weil er damit seine Partner im Handel in die Bredouille bringen könnte. Die meisten Reparaturen werden über die Schuhgeschäfte eingeschickt, und mancher Fachhändler lässt sich diesen Service saftig bezahlen. Aber gut: Meindl verlangt für das Besohlen 45 Euro plus Mehrwertsteuer.

Traditionsstiefel

Petrus Meindl wird **1683 als Schuhmacher urkundlich erwähnt**. Seither stellt die Familie in Kirchanschöring (Oberbayern) in jeder Generation den Schuster. 1934 verzeichnet die Firmenchronik: Meindl beschäftigt zwei Gesellen und kauft für 30 Mark eine gebrauchte Nähmaschine. 1949 zeigt **Alfons Meindl** erstmals auf einer Messe in München seine Produkte. Er spezialisiert sich auf Berg- und Skistiefel, baut ein Händlernetz auf und macht Meindl zur Marke.



Die Firma rüstet 1978 eine **Himalaya-Expedition** zum Mount Everest und zum Lhotse aus. 1981 setzt Meindl auf das noch unbekannte Material Gore-Tex für wasserdichte Trekkingschuhe. 1992 gründet die Firma einen **Zweigbetrieb** in Ungarn, wo fortan die Schäfte genäht werden. 2006 kommt ein Werk in Slowenien dazu. 2007 eröffnet dann der erste Meindl-Shop in China.

Heute fertigen weltweit 600 Mitarbeiter **mehr als eine Million Schuhe im Jahr.** 40 Prozent davon werden in Deutschland verkauft. Der wichtigsten Exportmarkt sind die Niederlande – auch wenn die Käufer dort ihre Schuhe wohl eher im Ausland tragen.



Illustration: Smetek für DIE ZEIT (freie Interpretation eines Historienbildes von Geiserich, König der Vandalen, aus dem 19. Jahrhundert)

Kultivierte Eroberer

Von wegen destruktiv! Die Vandalen setzten im Jahr 429 nach Afrika über und pflegten dort die römische Kultur, statt sie zu zerstören. Nun legen Archäologen das erstaunliche Erbe frei **VON URS WILLMANN**

Als der oströmische General Belisar im Jahr 534 Karthago zurückeroberte, kam er rechtzeitig zum Essen. Er drang, berichtet der Augenzeuge Prokop, in den Palast ein und stieß im königlichen Speisesaal auf eine frisch gedeckte Tafel. Der feindliche Regent war geflohen – die Köstlichkeiten aber hatte er stehen lassen: Vor Belisar und seinen Kriegern türmten sich typisch römisch-mediterrane Gerichte.

Nicht eine kulinarische Spur verwies darauf, dass hier ein anderer Menschenschlag gewohnt haben könnte als vornehme Römer. Kein Indiz für die angeblich kulturlosen Horden, die von hier aus ein Jahrhundert lang ein mächtiges Reich regiert hatten – jene Germanen mit dem miserabelsten Ruf aller antiken Völker: die Vandalen.

Von der vermeintlichen Kulturlosigkeit dieser Barbaren – so nannten die Römer jeden ohne griechisch-römische Bildung – war in Karthago weit und breit nichts zu sehen. Das Volk aus Mitteleuropa, stellten Belisar und seine Soldaten überrascht fest, hatte den römischen Lebensstil verinnerlicht. Weit und breit weder Haferbrei noch Schwarzwurzeleintopf mit gepökeltem Schweinefleisch. Die Vandalen ernährten sich offensichtlich zu hundert Prozent typisch römisch: Oliven, Sardinen, Feigen. Ja, sie würzten sogar Salziges wie Süßes mit der berüchtigten Sauce aus vergammeltem Fisch, Garum. Auch Trinkbecher, Fruchtschalen, die Mosaike kamen den Rückeroberern so durch und durch römisch vor, dass sie sich wie zu Hause fühlten. Sie setzten sich zu Tisch.

104 Jahre Imperium – dann verschwand das Volk aus Germanien spurlos. Heute kennen die meisten nur ihren Namen, der in fast allen europäischen Sprachen zum Synonym geworden ist für Menschen mit Zerstörungswut. Haben Radikale randaliert, sind U-Bahn-Scheiben zerkratzt, Luxuskarossen abgefackelt, Hauswände besprayt worden, waren »Vandalen« am Werk (siehe Kasten nächste Seite).

Doch Archäologen und Historiker skizzieren mit ihren jüngsten Forschungen ein anderes Bild von dem angeblich so verruchten Volk. Die Vandalen passten sich klug ihrer Umgebung an, regierten als Staatengründer mit politischem Fingerspitzengefühl und besaßen sehr wohl einen Sinn für Kunst. »Vor wenigen Jahren noch datierten Experten alle in Tunesien gefundenen Mosaike entweder in die vorvandalische oder in die nachvandalische Zeit«, sagt Philipp von Rummel vom Deutschen Archäologischen Institut in Rom. Den Barbaren traute man höhere Fertigkeiten und Kunstsachverstand einfach nicht zu. Heute weiß man: Sogar Meisterwerke wie die *Dame von Karthago* entstanden im *regum vandalorum*.

Als die Oströmer (aus Konstantinopel kommend) ihrem so verhassten Gegner in Nordafrika schließlich 534 den Garaus machten, eroberten sie im Grunde genommen eine unversehrte römische Stadt. Nichts in Karthago wies auf eine destruktive Veranlagung der Exherrscher hin. Überall standen römische Villen. Das Vandalenreich, stellt von Rummel fest, sei »im Grunde eine kleine Kopie des Römischen Reiches« gewesen.

Ausgerechnet die Vandalen hausten wie die Römer! Selten klaffen, wenn es um ein untergegangenes Volk geht, Vorstellung und Wahrheit so weit auseinander wie im Fall der Vandalen. Tatsächlich weiß man wenig über diese Barbaren aus dem Norden. Und was man zu wissen glaubt, ist meist falsch.

Im Grunde genommen waren die Vandalen nur eine von vielen ethnisch und kulturell wild zusammengewürfelten barbarischen Stammesgemeinschaften, die im 5. Jahrhundert den Untergang des Weströmischen Reiches besiegelten. Während dieser Zeitenwende wich die Antike langsam dem Mittelalter; die Grenzlinien Europas nahmen neue Verläufe. Es entstanden politische Gebilde, aus denen später die Vorläufer der Nationalstaaten erwachsen sollten. Und all das begann mit einer großen Völkerwanderung.

In einer ersten Phase zogen die Hunnen los. Dann Alanen und die Ostgermanen (darunter Goten, Burgunder, Hasdingische Vandalen und Silingische Vandalen). Später auch die Türken, Slawen, Awaren und viele West- und Nordgermanen: Franken, Sachsen, Angeln, Jüten, Langobarden. In dieser Epoche des dramatischen Umbruchs verschlug es die Vandalen via Gallien und Hispanien bis nach Nordafrika, wo sie nach 429 ein florierendes Königreich unterhielten.

Damit hätten sie als erfolgreiche Staatsgründer in die Geschichte eingehen können. Die Ehre blieb ihnen verwehrt. Während die Goten im positiven Sinn unsterblich geworden sind (dank einer nach ihnen benannten Kunstrichtung) und die Franken Namensgeber eines angesehenen Landes wurden, das höchste Ansprüche in Mode, Küche und Weinbau erfüllt, haben die Vandalen semantisch Pech gehabt. Sie sind auch anderthalb Jahrtausende später nur noch als blindwütige Zerstörer im kollektiven Gedächtnis.

Das liegt daran, dass die Vandalen mehrmals Opfer eines Rufmords wurden. Den ersten begingen römisch-katholische Historiker. Sie schilderten den Krieg zwischen dem Weltreich in der Krise und den germanischen Einwanderern als einen Kampf gegen Ungläubige. Fast alle Geschichten über die Vandalen stammen aus den Federn der Feinde. So beschrieb sie etwa der zeitgenössische Bischof Victor von Vita als grausam und gewalttätig, als von Neid und Habgier zerfressene Ketzer.

Die Chronisten stützten sich dabei vor allem auf ein Ereignis, bei dem die Vandalen unter ihrem charismatischen Führer Geiserich in der Tat nicht wie Friedensengel agiert hatten. Weil sie sich von den Römern politisch hintergangen fühlten, segelten sie im Jahr 455 von Nordafrika aus zornig zu einer Strafaktion übers Mittelmeer und verbrachten zwei Wochen in Rom. Plündernd. »Durch Geiserich wurde Rom aller Schätze leer gemacht«, berichtet der Chronist Cassiodor.

Auf diesen berühmt gewordenen Raubzug spielte Ende des 18. Jahrhunderts Henri Baptiste Grégoire an. Der liberale Abbé geißelte den revolutionären Bildersturm der Jakobiner gegen feudale und klerikale Symbole mit einer Wortschöpfung: *vandalisme*.

Ein unangebrachter Vergleich. Zwar hatten die Vandalen 455 in Rom gestohlen, was ihnen in die Finger kam, aber eben gerade nicht das getan, was heute einen Täter zum Vandalen macht: sinnlos zerstört. Dafür schätzte das Überfallkommando vom Rand der Sahara die römischen Kunstwerke viel zu sehr. Sorgsam verpackten die Vandalen die Preziosen, schipperten sie ins heutige Tunesien und verschönerten mit der Beutekunst ihre Gärten, Villen und Gotteshäuser. Dieser räuberische Akt hatte keinen destruktiven Hintergrund; der Althistoriker Alexander Demandt hält fest: »Wenn Vandalismus Gewalt gegen Kultur ist, dann ist Kunstraub kein Vandalismus, vielmehr ein Kompliment für Kultur und allenfalls Gewalt gegen deren Besitzer.«

Jede Grabung tunesischer Archäologen in der Ruinenstadt Sbeïtla oder in Hergla, wo Jahr für Jahr Mosaike ans Tageslicht kommen, schärft das neue Bild, das sich die Forschung mittlerweile von den Vandalen macht. Es handelt sich bei ihnen um einen der Fälle, in denen der Sieger sich an die Kultur des Verlierers angepasst hat. Und zwar mit beispielloser Gründlichkeit. Nach der Eroberung Nordafrikas planschten die Vandalen in Frigidarien und Caldarien, und an ihre germanischen Namen hängten sie lateinische Enden: Thrasamundus, Gunthamundus, Gibamundus. Zwar hatten sie die römischen Machthaber (gewaltsam) vertrieben, aber danach erwiesen sie sich als Meister der Integration und Assimilierung.

Sie pflegten die vorgefundene Kultur gerade so, als besäßen sie keine eigene Identität. Darum ergeht es heute dem Kunsthistoriker Harald Siebenmorgen ganz ähnlich wie dem Rückeroberer Belisar. Wie der oströmische General vor anderthalb Jahrtausenden durchstöbert der Direktor des Badischen Landesmuseums im Schloss Karlsruhe nun Karthago auf der Suche nach Vandalischem – und stößt überall auf Römisches. Siebenmorgen reist oft nach Tunesien und pflegt seine guten Kontakte zu den dortigen Schatzmeistern. Jahrelang hat er eine Ausstellung vorbereitet, die nun am 24. Oktober ihre Tore öffnet: *Das Königreich der Vandalen.* Von den Exponaten springen die wenigsten als spezifisch vandalisch ins Auge. Die meisten sind »römisch« respektive im römischen Stil gefertigt.

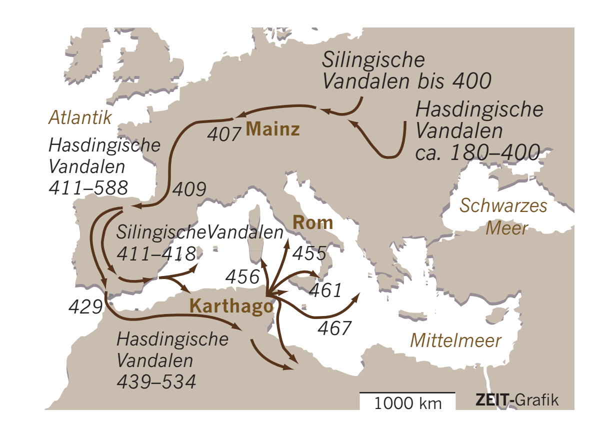
Die klarer unterscheidbaren Zeugnisse des Vandalenimperiums sind Köpfe und Namen: Silbermünzen mit den Königshäuptern von Hilderich, Gunthamund und Thrasamund, Mosaike mit den germanischen Namen Vilimut und Arifridos, Inschriften auf Gräbern von Märtyrern.

Selbst die konfessionellen Unterschiede waren verschwindend gering. Auf ihrem Weg durch Spanien waren die Vandalen zum arianischen Glauben konvertiert; sie gehörten damit genauso zur Christengemeinde wie die katholischen Römer. Der dezente Unterschied lag darin, dass die Arianer sich nichts aus der Dreifaltigkeitslehre machten. Sie stellten Jesus (den Sohn) zwar auf eine ähnliche, nicht jedoch auf dieselbe Stufe wie Gott (den Vater). Und der Glaube an den Heiligen Geist als Erscheinungsform des Göttlichen ging ihnen (im Gegensatz zu den Katholiken) ganz ab.

Diese aus heutiger Sicht lächerlichen Nuancen im Gottesverständnis wurden damals zu unüberbrückbaren Differenzen interpretiert. Verstärkt wurde die Animosität dadurch, dass die frühen Katholiken das Ende der Welt erwarteten. Nach ihrer Vorstellung war die Schöpfung endlich und kam nach 6000 Jahren, also 500 nach Christi Geburt, zu ihrem Ende. Einläuten sollte das apokalyptische Spektakel der Auftritt des Antichristen – eines Wesens von asymmetrischer Gestalt. Und viele Katholiken glaubten, im stark hinkenden Vandalenkönig Geiserich (Sturz vom Pferd) den Antichristen zu erblicken; schließlich konnte in

Fortsetzung auf Seite 38

Die Wanderung der Vandalen



Ein illustrer Verbund mehrheitlich **germanischer Stämme** machte sich im 5. Jahrhundert auf den Weg durch Europa: die Vandalen. Sie durchquerten, von Osten kommend, das heutige Deutschland, gelangten über die Iberische Halbinsel nach Afrika und vertrieben dort die römischen Machthaber. Ein Jahrhundert lang blühte ihr **Königreich mit der Hauptstadt Karthago** – dann verschwanden die Vandalen von der Weltkarte. Geblieben ist nur ein schlechter Ruf.

Schwarz, gelb, frei?

Unter der neuen Regierung wird es keine biopolitische Wende geben

Frei sollen Wissenschaft und Medizin sein, ohne Denkverbote und unbelastet von Ideologien. So lautete das Mantra der FDP in den vergangenen Jahren. Bei den großen bioethischen Themen (Embryonenschutz, Sterbebegleitung, genveränderte Lebensmittel) gab sie die Anwältin des Fortschritts und der Selbstbestimmung. Mancher erwartet daher nun eine biopolitische Wende von den Liberalen – gegen den Widerstand der Union, die sich als Hüterin einer christlich inspirierten Menschenwürde sieht.

Doch dazu wird es kaum kommen. Die meisten Kriegsschauplätze hat Rot-Schwarz längst befriedet: die moralisch aufgeladene Debatte um Patientenverfügung und Spätabtreibung auch die Gewinnung von Stammzellen aus Embryonen. Zwar favorisiert die FDP bis heute eine Regelung, bei der deutsche Forscher sich ungeachtet des Herstellungsdatums mit Stammzelllinien aus ausländischen Embryonen versorgen dürfen. Doch auch die aktuelle Stichtagsregelung finden die Experten in der Partei durchaus praktikabel. »Da herrscht kein Handlungsbedarf«, heißt es.

Die Stammzellforschung eignet sich schon deshalb nicht mehr für politischen Streit, weil es mittlerweile eine alternative Quelle für den begehrten Biorohstoff gibt: die sogenannte Reprogrammierung *(ZEIT* Nr. 24/09). Anstatt Embryonen zu verbrauchen, entwickeln dabei Forscher normale Körper- zu Stammzellen zurück.

Konflikte wird es hingegen um die grüne Gentechnik geben – allerdings nicht mit der FDP, sondern innerhalb der Union. Denn die CSU hat gerade in ländlichen Gebieten Stimmen verloren. Sie wird daher den Anbau der bei bayerischen Bauern unbeliebten genveränderten Pflanzen weiterhin zu verhindern suchen. Die Merkel-CDU hingegen ist da liberaler. Und das kommt der FDP politisch zupass – gibt es ihr doch die Möglichkeit, die Schwesterparteien gegeneinander auszuspielen. **MARTIN SPIEWAK**

Siehe auch Politik, Seite 4

Kein Durchbruch

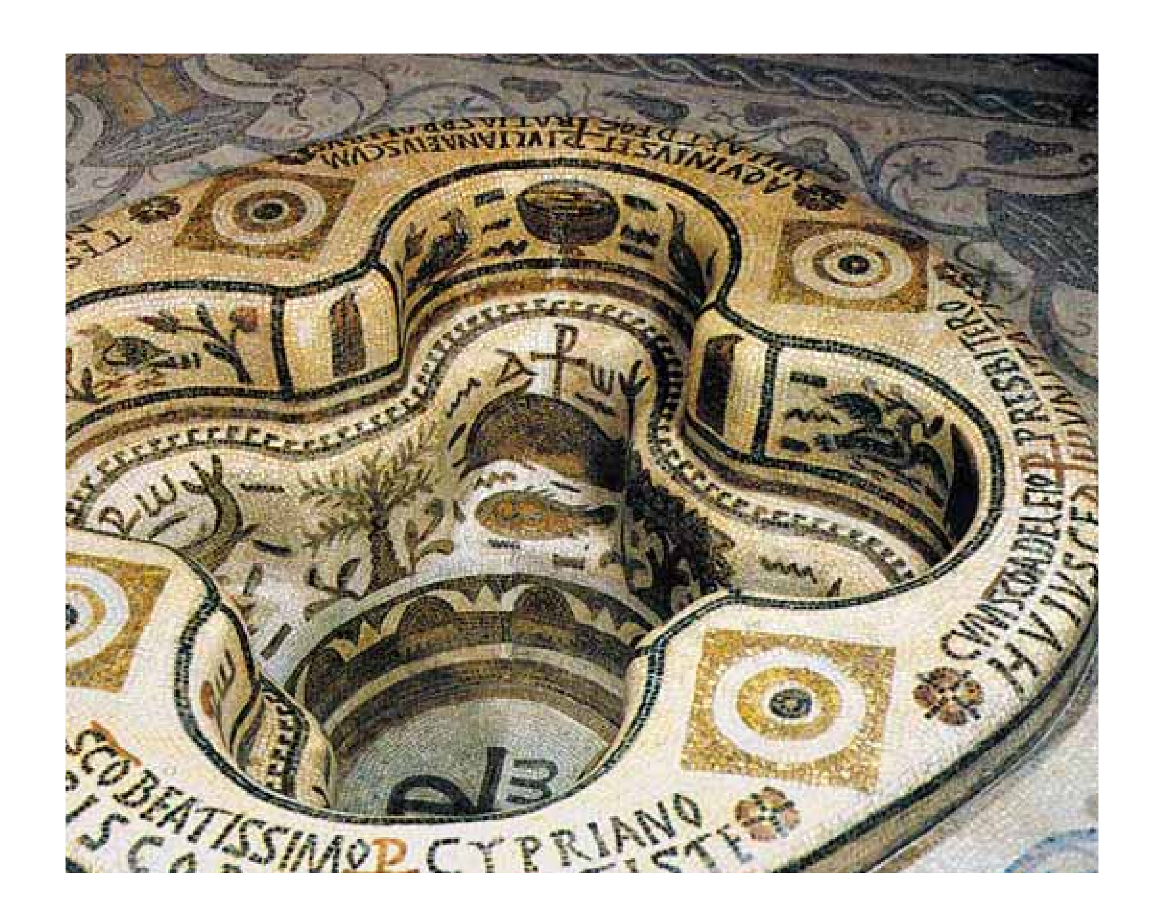
Der Jubel über eine angebliche Aids-Impfung ist verfrüht

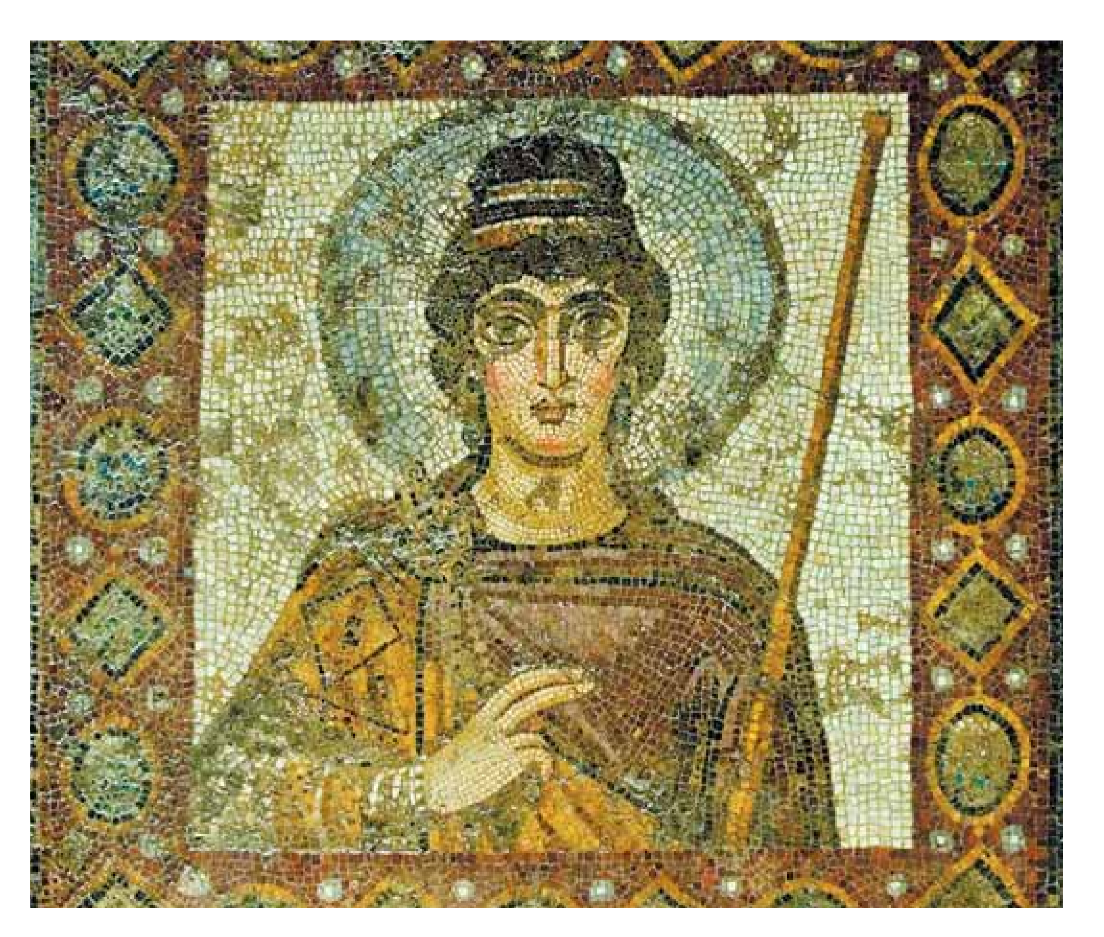
Eine Spritze gegen Aids! So wurde in der vergangenen Woche mit vielen Worten – und wenigen Einschränkungen – eine Meldung bejubelt. Die U. S. Army hatte in Thailand zusammen mit örtlichen Behörden den weltweit größten derartigen Versuch durchgeführt. 16 402 gesunde Freiwillige ließen sich eine Kombination aus zwei (altbekannten!) HIV-Impfstoffen spritzen oder bekamen ein Placebo. Drei Jahre später waren in der Placebogruppe 74 Probanden HIV-positiv, in der Impfstoffgruppe waren es nur 51.

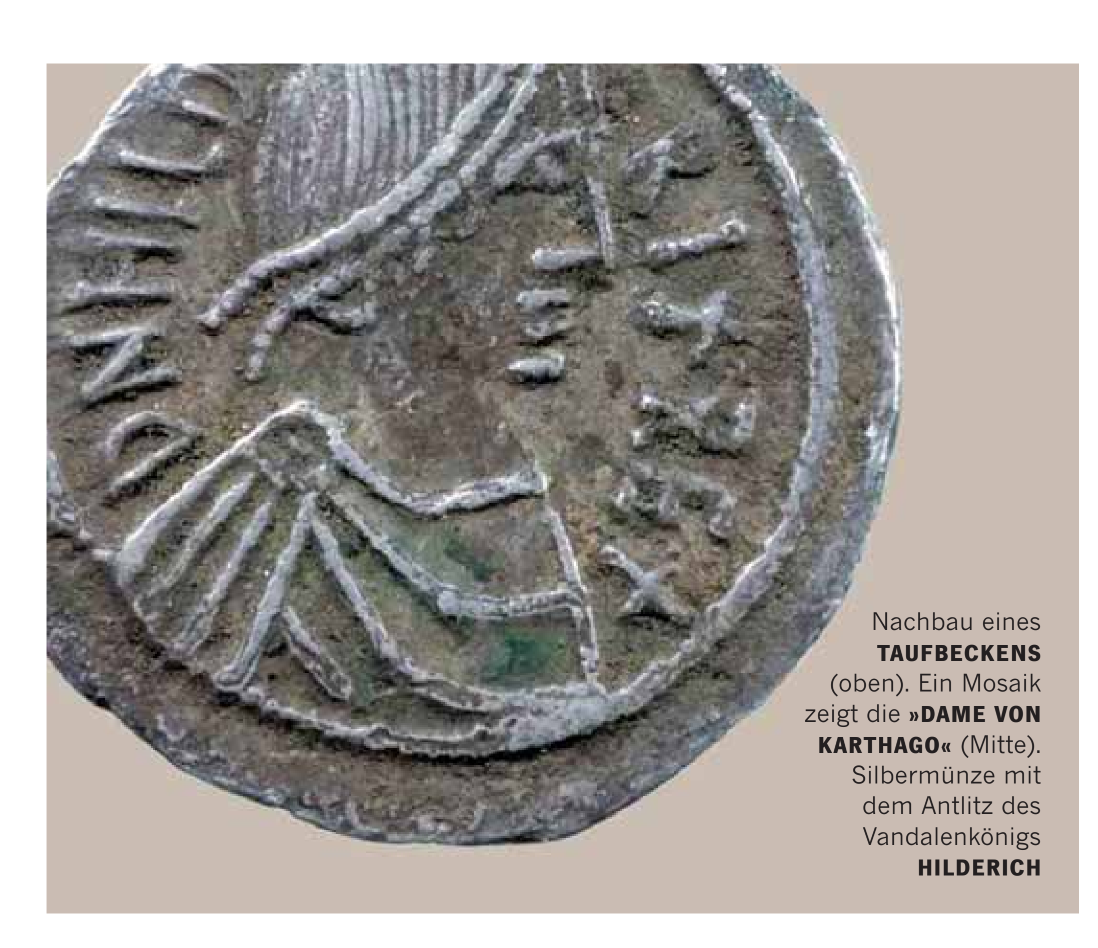
In den Schlagzeilen wurde daraus eine Senkung des Ansteckungsrisikos um beeindruckende 30 Prozent, gar ein »Durchbruch«. Aber leider hält die frohe Botschaft einer genaueren Betrachtung nicht stand. Bei derart geringen Fallzahlen sind die Werte zwar gerade eben statistisch signifikant, aber schon wenn zwei geimpfte Probanden infiziert, aber nicht erfasst worden wären, wäre diese Signifikanz dahin. Ferner ist nicht bekannt, ob beide Gruppen wirklich dem gleichen Infektionsrisiko ausgesetzt waren. So lässt sich ein zwingender Kausalzusammenhang zwischen den Impfungen und einer verminderten Infektionsrate zurzeit schlicht nicht feststellen, zumal die kompletten Zahlen erst im Oktober veröffentlicht werden.

Trotzdem feierten die U. S. Army, das thailändische Gesundheitsministerium und die UN-Unterorganisation UNAids die Sensation vorab. Wer 105 Millionen Dollar investiert, will sich eben auch mit einem schönen Erfolg schmücken. Das lenkt von den ganz banalen aktuellen Problemen ab. Die Situation für Aids-Kranke besonders südlich der Sahara verschlechtert sich. Resistenzen gegen die dort verteilten günstigen Medikamente nehmen zu, Nachfolgepräparate sind in dieser Region praktisch unerschwinglich. Es ist unklar, wie das Problem in Zukunft gelöst werden kann und ob die Hersteller zu großzügigen Nachlässen bereit sind.

Geldsuche wie auch die mühsame Aufklärung über den Gebrauch von Kondomen oder der Kampf für Frauenrechte sind freilich weniger aufregend als die Erfüllung eines medizinischen Wunschtraums, als die Verheißung einer Welt ohne Aids. Aber sie sind wichtig, weil der Traum noch in weiter Ferne liegt. Die aktuell gefeierte Kombinationsimpfung jedenfalls wird ihn nicht erfüllen. **HARRO ALBRECHT**







Nachbau eines **TAUFBECKENS** (oben). Ein Mosaik zeigt die **»DAME VON KARTHAGO«** (Mitte). Silbermünze mit dem Antlitz des Vandalenkönigs **HILDERICH**

Kultivierte Eroberer

Fortsetzung von Seite 37

der zeitgenössischen Chronik *Liber Genealogus* die griechische Schreibweise des Namens Geiserich (Genserikos) als »endzeitliches Tier« interpretiert werden.

Der Religionskonflikt zwischen Römern und Vandalen eskalierte aber nur, weil es um mehr ging als Gottesanschauung – es ging um die Macht in einer der reichsten Regionen der Erde. Wo heute Tunesien und Marokko liegen, war damals die Kornkammer des Römischen Reichs. Oliven, Wein, Feigen, Nüsse wuchsen. Aus der Schneckenart Murex wurde der wertvolle Farbstoff Purpur gewonnen. Mit Nordafrika hatten die Vandalen dem finanziell angeschlagenen Westrom die ergiebigste Steuerquelle abgejagt.

Zu Übergriffen auf die Katholiken kam es vor allem dort, wo die vandalische Elite Ländereien in Besitz nahm. Dort setzte sie stur ihre arianische Konfession als neuen Herrschaftsglauben durch. Priester wurden vertrieben oder umgebracht, Nonnen vergewaltigt. Es gab »Phasen intensiver Katholikenverfolgung«, sagt Siebenmorgen. Diese Verfolgungswellen gegenüber dem Klerus, vermutet der Altertumswissenschaftler Helmut Castritius, hinterließen »tiefe Wunden im kollektiven Gedächtnis der gesamten Christenheit«.

Doch die Phasen, in denen die Vandalen ihrem schlechten Ruf nahe kamen, waren kurz. Castritius weist darauf hin, dass die Verfolgungen der Jahre 437 und 457 jeweils »aus einer verschärften Konfliktsituation mit dem Römischen Reich« zu erklären seien. Kaum aber hatten die Vandalen mit den Oströmern einen »Ewigen Frieden« geschlossen, beendeten sie die Unterdrückung.

Für einen milden Blick auf die Dinge spricht auch, dass in weiten Teilen des Reichs die katholische Bevölkerungsmehrheit faktisch Religionsfreiheit genoss. Letztlich war die Zahl der vandalischen Ankömmlinge zu klein, als dass sie der gesamten Bevölkerung konfessionelle Einheit hätten aufzwingen können. Pragmatisch duldeten sie die Katholiken und ihren Kult. So ist just unter der vandalischen Herrschaft in Sbeïtla die Vitaliskirche entstanden: eine dreischiffige katholische Basilika samt mosaikverziertem Taufbecken.

Die Vandalen mögen mit Beutezügen im Mittelmeerraum – in Sardinien, Sizilien, Griechenland und auf den Balearen – die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt haben. Schlimmer als Römer oder Goten trieben sie es indes nicht. »Sie lebten in einer kriegerischen Zeit – und machten mit«, erklärt Siebenmorgen nüchtern. Dass sie auch Leistungen vollbrachten, die positiv zu Buche schlugen, wissen erst heutige Historiker zu würdigen. Die Vandalen etablierten den ersten von Barbaren beherrschten souveränen Staat auf römischem Boden. Sie sicherten ihn sogar zwischenzeitlich mit Friedensverträgen gegenüber dem bankrotten und unregierbar gewordenen Rom ab.

Innenpolitisch agierten sie maßvoll, regierten ihr Reich 104 Jahre lang relativ stabil, obwohl sie demografisch in der Minderheit waren. Ihr Reiterheer, vermutet Castritius, wäre nie in der Lage gewesen, eine aufmüpfige Bevölkerung zu unterdrücken. Man müsse daher »von einer Akzeptanz der Vandalenherrschaft ausgehen«. Als Despoten wären sie nie so erfolgreich gewesen.

Sowenig Spuren dieser Staat hinterlassen hat, so undeutlich ist auch die Vorgeschichte. Die Wurzeln der Vandalen lagen vermutlich im Gebiet des heutigen Polens, in der Heimat der Przeworsk-Kultur. Erstmals erwähnte Plinius der Ältere die »Vandili« im 1. Jahrhundert. Zu ihren bekanntesten Stämmen zählten Silingen und Hasdingen. Auch aus Lugiern wurden Vandalen. Sie breiteten sich bis nach Skandinavien aus, wo der nördliche Teil Jütlands nach ihnen benannt ist, Vendsyssel.

Um die Silvesternacht 406/407 überquerten sie zusammen mit Alanen und Sueben bei Mainz den Rhein, je nach Quelle übers Eis oder die Brücke. In Spanien verbrachten sie bewegte Jahre, bevor sie 429 Richtung Afrika aufbrachen.

Einige Historiker vertreten die Ansicht, eine Einladung des verräterischen römischen Generals Bonifatius (der sie zu Bündnispartnern machen wollte) habe sie bewogen, die Straße von Gibraltar zu überqueren. Wahrscheinlicher ist, dass die Vandalen mit der angeblichen Einladung einen Vorwand präsentierten. »Saddam Hussein hat schließlich auch behauptet, Kuwait hätte ihn gerufen«, sagt Siebenmorgen. Wegen der steten Konflikte mit Goten und Römern hatten die Vandalen längst ein Auge auf den reichen Kontinent geworfen und zahlreiche Erkundungsfahrten unternommen.

Mit einer logistischen Meisterleistung setzten sie über. Es war nicht, wie Historienmaler später fantasierten, eine martialische Elitetruppe in Kriegskähnen nach Wikingerart. Vielmehr segelte, auf Frachter gepackt, eine bunte Schar von mindestens 50 000 auswanderungswilligen Vandalen, Alanen, Sueben und Westgoten über die Meerenge. Darunter waren Frauen, Kinder, Greise und 15 000 Krieger. Außerdem 5000 Pferde. Die Nussschalen, die Geiserichs Leute zu diesem Zweck gechartert (oder geraubt) hatten, wurden nur zwischenzeitlich zweckentfremdet. Danach dienten sie wieder dem Transport von Olivenöl, Getreide und Keramik.

Zehn Jahre später eroberten die Vandalen Karthago und herrschten dort bis 534. Die Karlsruher Ausstellung beschränkt sich nicht auf diese Zeitspanne. Sie beleuchtet die ganze spätrömische, frühchristliche Epoche in Nordafrika. Da wird sichtbar, dass die Regentschaft der Vandalen die architektonische Entwicklung nicht etwa gebremst hat. Die Ankömmlinge hatten einfach auf höchstem – römischem – Niveau weitergemacht.

Als neue Elite fühlten sie sich nicht gedrängt, der Opulenz ihrer Vorgänger Bescheidenheit folgen zu lassen. Sie übernahmen gerne deren Immobilien und Ländereien samt Pächtern und Sklaven. Ihre Landschaftsgärtner legten »mit Bäumen reich bestandene Lustgärten« (Prokop) an. Sie veranstalteten Wagenrennen und Konzerte und ließen, wie zuvor die Römer, in Mosaiken ihre neu gewonnene Leidenschaft in Szene setzen: die Jagd.

Doch auch das harmlose Luxusleben bescherte den Vandalen einen schlechten Ruf. War zwischenzeitlich der Kirchenschriftsteller Salvianus noch zur Einsicht gelangt, sie seien trotz »Irrglaubens« ein tugendhaftes Gegenbild der lasterhaften Römer, beschrieb Prokiopos von Caesarea die Vandalen gegen Ende ihrer Herrschaft als verweichlicht und dekadent. Hier Vereinnahmung, dort Verleumdung – beim heterogenen »Volk« der Vandalen läuft jede Verallgemeinerung ins Leere. Schon die Vorstellung, dass es sich um eine kulturell überschaubare Gruppe gehandelt haben könnte, ist abwegig. In den Anfängen der Völkerwanderungszeit, sagt Siebenmorgen, »stauten sich die Stämme am römischen Limes zu locker zusammengewürfelten Gruppen«. Die wurden zu einem Verbund, deren Individuen in den seltensten Fällen einer Ethnie zugeordnet werden konnten.

So zog ein polyglotter, teilgermanischer Trupp nach Afrika, um sich in den dortigen Verhältnissen einzuleben. Als aber im 6. Jahrhundert an den südlichen und westlichen Rändern dieses Reichs vermehrt die Mauren nagten und schließlich die Oströmer mit 500 Schiffen eintrafen, endete das vandalische Experiment. Der letzte König, Gelimer, zog sich noch ins Gebirge zurück und dachte über einen Guerillakrieg (mit Unterstützung der Mauren) nach. Vergebens. Belisar schickte ihn nach Kleinasien in den Ruhestand, die überlebenden Soldaten verfrachtete er als Kriegsgefangene nach Konstantinopel und gliederte sie in sein Heer ein, wo sich ihre Spur verliert. »Ihre zurückgelassenen Frauen«, berichtet Castritius, »schlossen mit Soldaten des Invasionsheeres den Ehebund.« Ihren Landbesitz brachten die Frauen »als Mitgift in diese Ehen ein«. Der Rest der vandalischen Bevölkerung lebte weiter und ging im Genpool Nordafrikas auf.

Mit der Sprache war es bald schon bergab gegangen. Erst redeten die meisten Einwanderer noch in einer dem Gotischen verwandten Sprache – aber kaum in Afrika, legten sie sich als Lateinschüler ins Zeug. Kein vandalisches Textdokument ist erhalten, immerhin aber 140 Namen. Da diese, wie die gotischen, aus zwei Wortstämmen bestehen, haben ein paar semantische Sprengsel überlebt: Ari-fridos heißt Heer-Friede, Guilia-runa Wille-Geheimnis, Vili-mut Wille-Mut.

Als letztes Zeugnis ihres Glaubens sind zwei Wörter geblieben, der einzige vollständig erhaltene vandalische Satz: *»Froia arme!«* Eine verzweifelte Formel, immerhin, hat den Untergang der Vandalen überdauert: »Herr, erbarme dich!«

Die Ausstellung **»Das Königreich der Vandalen«** des Badischen Landesmuseums ist vom 24. 10. 2009 bis zum 21. 2. 2010 im Schloss Karlsruhe zu sehen. Dazu erscheint ein Begleitbuch: »Das Königreich der Vandalen – Erben des Imperiums in Nordafrika«; Verlag Philipp von Zabern, 448 S., 34,90 €

Kaputte Buddhas, zerkratzte Scheiben

Als Synonym für blindwütige Zerstörung hätte man wohl besser den Begriff »Echnatonismus« geprägt. Denn um 1350 vor Christus zerstörte Pharao **Echnaton** aus religiöser Überzeugung die Heiligtümer von Amun-Re und wütete dabei so, wie man es heute gern den Vandalen zuschreibt. Doch die Wortschöpfung Vandalismus ist nun einmal seit dem 18. Jahrhundert in der Welt und lässt sich nicht mehr aus derselben schaffen. In seinem Buch »Vandalismus: Gewalt gegen Kultur« definiert der Althistoriker Alexander Demandt den Begriff Vandalismus als **Kampf gegen Träger der Erinnerung,** Produkte des Kunstsinns und Objekte des Denkens und Glaubens. Insbesondere der Monotheismus hat Intoleranz und damit Vandalismus befördert. Echnaton verehrte Aton, der keinen neben sich duldete. Dieses Muster setzt sich in den biblischen Kämpfen fort. Die Israeliten rannten gegen die Denkmäler der Kanaaniter an: »Zerstöret alle Orte, da die Heiden, die ihr vertreiben werdet, ihren Göttern gedient haben (…), reißt ihre Altäre um, und zerbrecht ihre Säulen, und verbrennt mit Feuer ihre Haine, und **die Bilder ihrer Götter zerschlagt,** und vertilgt ihren Namen!«, heißt es im 5. Buch Mose.
Auch das **Wüten spanischer Konquistadoren** in Amerika verdient die Bezeichnung Vandalismus. Beispiele im 20. Jahrhundert sind Mao Tse-tungs Kulturrevolution, die Zerstörung der Buddhastatuen von Bamian durch die Taliban oder die systematische Entfernung von Kulturdenkmälern aus »feudalistischer, kapitalistischer und nationalsozialistischer Zeit« in der **DDR.**
In der Gegenwart gilt jegliche Form sinnloser Gewalt oder das **Abreagieren von Wut** im öffentlichen Raum als Vandalismus: die Zerstörung von Bushaltestellen, Autos oder Grünanlagen, das Zerkratzen von Fensterscheiben oder das Auskippen von Müllcontainern. Selbst mit dem illegalen **Sprayen von Graffiti** kann man sich heute den Ruf eines Vandalen erwerben. **WILL**



Foto: Pascal Deloche/picture-alliance/dpa

Die **PRAKTIKEN** von Psychotherapeuten werden kaum überprüft. Qualitätssicherung ist für viele ein Fremdwort

Nebenwirkungen inklusive

Wie kann sich der Psychotherapie-Patient vor Scharlatanen schützen? **VON HARRO ALBRECHT**

Ein Psychiater erlebt im Laufe seines Berufslebens so manche Merkwürdigkeit. Manfred Lütz, Chefarzt des Alexianer-Krankenhauses in Köln-Porz und rheinische Frohnatur, berichtet gern davon. Einmal etwa sei ein »bekannter Medienmensch« zu ihm gekommen, der tief verstört war. Ein Psychotherapeut hatte ihm eingeredet, sein öffentlich zur Schau getragenes Selbstbewusstsein sei nur aufgesetzt; tatsächlich sei er innerlich ganz unsicher. Das hatte den Hilfesuchenden so schwer getroffen, dass er sich in stationäre ärztliche Behandlung begeben hatte, wo er sich, wie Lütz sagt, »von morgens bis abends seinen psychischen Bauchnabel angucken musste und es ihm dadurch noch schlechter ging«. Dem Verunsicherten gab Lütz einen simplen Rat: »Das ist alles Quatsch. Sie wissen doch selbst, Sie sind ein selbstbewusster Mensch und bringen tolle Leistungen.« Das wirkte. Zwei Tage später trat der Mann wieder auf und verzichtete fortan auf psychotherapeutische Hilfe.

»Auch die Psychotherapie kann Nebenwirkungen haben«, sagt Lütz, der soeben das Buch *Irre! Wir behandeln die Falschen* veröffentlichte. Was bei Lütz allerdings vorwiegend heiter daherkommt, kann in anderen Fällen dramatische Folgen haben. Jüngstes Beispiel ist der Tod zweier Menschen vergangene Woche in Berlin in der Praxis des Psychotherapeuten Garri R. Im Rahmen einer sogenannten psycholytischen Therapie hatten sie einen – offenbar verheerenden – Drogencocktail geschluckt. Nun ist das zugegebenermaßen ein Extremereignis, das nicht typisch für den Berufsstand ist. Dennoch wirft der Zwischenfall die Frage auf, wie es in der Psychotherapie eigentlich um Themen wie Qualitätssicherung und Nebenwirkungen bestellt ist. Die Antwort: Nicht gut.

»In kontrollierten Studien von Psychotherapien wird nie über Nebenwirkungen berichtet«, sagt zum Beispiel Michael Linden von der Forschungsgruppe Psychosomatische Rehabilitation an der Berliner Charité, »es gibt noch nicht mal einen Fragebogen dafür. Das gehört nicht zur Tradition.«

Dabei hatte sich die Psychotherapie mit dem Inkrafttreten des Psychotherapeutengesetzes 1999 von Scharlatanerie und Esoterik absetzen und den Weg in eine größere Seriosität antreten wollen. So werden heute nur noch drei wissenschaftlich fundierte Verfahren von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet, die analytische Psychotherapie, die tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie und die Verhaltenstherapie. Und zweifellos hat seither die Wissenschaftlichkeit der Psychotherapie allgemein zugenommen. Aber wie steht es um die Qualität der einzelnen Therapeuten? Wer verhindert, dass Patienten in die falsche Therapieform geraten? Wer prüft, ob ärztliche oder psychologische Psychotherapeuten unfähig oder gar gefährlich sind?

Auch kassenzugelassene Therapeuten haben weitgehende Therapiefreiheit

In Berlin war der Ärztekammer-Präsident Günther Jonitz zuständig für Garri R., den obskuren, aber kassenzugelassenen Therapeuten im Berliner Stadtteil Hermsdorf. Jonitz ist Mitgründer des Aktionsbündnisses Patientensicherheit und Gesellschafter der Bundesgeschäftsstelle Qualitätssicherung. Trotzdem ist er schon gegen das Praxisschild von Garri R., auf dem dieser für »Psycholytische Einzel- und Gruppentherapie« wirbt, machtlos. »Das hat uns das Bundesverfassungsgericht 2002 eingebrockt«, sagt Jonitz. »Der Arzt darf auf sein Schild schreiben, wovon er überzeugt ist, dass es einen besonderen Behandlungsschwerpunkt darstellt, und wofür er eine seriöse Ausbildung vorweisen kann.« Dass damit keineswegs gewährleistet ist, dass es sich um eine etablierte Therapieform handelt, ahnt der Laie nicht. Er liest auf dem Schild in Hermsdorf nur »Alle Kassen« und ist beruhigt. Auf Flugblättern behauptete Garri R. sogar, er hätte die Erlaubnis der Berliner Ärztekammer, seine psycholytische Therapie anzuwenden. Erst als die Kammer sich gegen diese Behauptung wehrte und mit berufsrechtlichen Konsequenzen drohte, gab der Arzt nach.

Doch auch wenn Garri R. auf seinem Praxisschild lediglich eine der drei Richtlinien-Psychotherapien angegeben hätte, wäre er daran nicht gebunden gewesen. Ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1991 garantiert die Therapiefreiheit, damit nicht durch zu rigide Normen der Fortschritt in der Medizin gebremst wird. »Die Anwendung nicht allgemein anerkannter Therapieformen und sogar ausgesprochen paraärztlicher Behandlungsformen ist rechtlich grundsätzlich erlaubt«, heißt es in dem Urteil. Natürlich ist die Voraussetzung für jedwede »paraärztliche« Behandlung, dass die Patienten aufgeklärt und nur legale Substanzen eingesetzt werden – was bei Garri R. offensichtlich nicht der Fall war. Doch der Drogenarzt hatte der Berliner Ärztekammer versichert, er wolle nur Salbeiextrakte, Baldrian und Bilsenkraut verwenden. Daher hatte die Kammer keine Handhabe gegen ihn. »Drei Jahre lang gab es keine Beschwerden oder einen Hinweis auf den Einsatz illegaler Drogen«, sagt Jonitz rückblickend, »deshalb gab es auch keinen Anlass einzuschreiten.«

Nun sind Drogenexperimente sicher die Ausnahme. Aber nach der Einführung des Psychotherapeutengesetzes haben viele Therapeuten diverser Richtungen die zeitlich befristete Chance genutzt, sich fortzubilden, um einen der begehrten Kassensitze zu erhalten. Manch einer gibt sich dabei vordergründig krankenkassenkonform, praktiziert aber noch immer seine alte Lieblingsmethode. Urschreitherapie, tantrische Seminare oder auch die umstrittene Familienaufstellung sind nach wie vor weit verbreitet. Und selbst wenn ein ärztlicher oder ein psychologischer Psychotherapeut nur die Therapieformen anwendet, die das strenge Prüfsiegel des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen erhalten haben, ist nicht garantiert, dass jeder Patient auch eine gute Therapie erhält.

Dabei gibt es im Prinzip viele Instrumente zur Qualitätssicherung – Psychotherapeuten können sich in Supervisionen und Intervisionen mit Kollegen austauschen; Anträge auf eine Psychotherapie werden von Gutachtern geprüft, und während der Behandlung müssen die Therapeuten regelmäßig Berichte an die Krankenkassen verfassen; doch im Zweifelsfall sind all diese Instrumente nicht wirklich scharf. Auch die Pflicht der Psychotherapeuten zur Weiterbildung besteht lediglich darin, dass sie in fünf Jahren 188 Fortbildungsstunden nachweisen müssen. Ob sie dabei in der letzten Reihe eines Seminars schlummern oder sich regelmäßig den intensiven Nachfragen der Kollegen aussetzen, ist ihnen überlassen.

So bleiben wesentliche Fragen zur Effizienz einer Therapie meist offen. Wie oft führt sie zum erwünschten Ziel? Wie oft gibt es Komplikationen? Und treten bei einigen Psychotherapeuten mehr Komplikationen auf als bei anderen? Was in der Humanmedizin seit einigen Jahren selbstverständlich ist – eine bundesweite Statistik über aktenkundige Behandlungsfehler –, fehlt in der Psychotherapie.

Zwar nehmen die Landespsychotherapeutenkammern entsprechende Beschwerden entgegen. Aber nirgendwo werden die Daten der 16 Länder zusammengeführt. Überhaupt erscheint vieles, was in Bezug auf Qualitätssicherung in der körperorientierten Medizin bereits geschieht, in der Psychotherapie noch nicht angekommen zu sein. »Die Psychotherapeuten, insbesondere die ärztlichen Psychotherapeuten und ganz besonders die Psychoanalytiker, hinken hinter der Ärzteschaft her«, sagt Thomas Ruprecht von der Techniker Krankenkasse. »Es gibt einfach keine Qualitätssicherung in der Psychotherapie.« Also hat er ein Modellprojekt zum Qualitätsmonitoring angeschoben.

Am Starnberger See ballen sich die Psychoanalytiker

Wie dringend eine Überprüfung der Szene wäre, zeigt eine Auswertung Ruprechts aus dem Jahr 2005 über Patienten, die an einer depressiven Episode litten. In Dortmund landeten sie alle beim Verhaltenstherapeuten oder beim tiefenpsychologisch orientierten ärztlichen Psychotherapeuten. »In München und Umgebung sind dagegen 29 Prozent bei Psychoanalytikern in Behandlung«, sagt Ruprecht. Ein Analytiker habe ihm das Münchner Phänomen plausibel erklärt: »Da gibt es eben ein psychoanalytisches Ausbildungsinstitut, und die fertigen Therapeuten bleiben dann in der Gegend.« Ob ein Patient unter diesen Umständen noch eine passende und effiziente Therapie erhalte, sei mehr als fraglich.

www.zeit.de/audio

Therapie-Brevier

Keine wirksame Therapie ist frei von Nebenwirkungen, das trifft auch auf die Psychotherapie zu. Aber es lässt sich einiges tun, um fragwürdige Therapien zu vermeiden. So empfehlen sich etwa zum Einstieg **drei zentrale Fragen** an potenzielle Therapeuten: Was für eine Ausbildung haben Sie? Wie wollen Sie mich therapieren? Und was sind die Nebenwirkungen? »Einen Therapeuten, der darauf gekränkt reagiert, würde ich nicht nehmen«, empfiehlt der Psychiater Manfred Lütz.

Wer sichergehen will, nicht aufs falsche therapeutische Gleis zu geraten, kann noch mehr tun. Normalerweise beginnt jede Psychotherapie mit drei probatorischen Sitzungen. In dieser Anfangsphase, raten Experten, sollte man möglichst eine **zweite Meinung** einholen – auch wenn das dadurch erschwert wird, dass es meist mühsam ist, Termine zu bekommen.

In der Therapie ist das erste und wichtigste Kriterium: Fühle ich mich wohl mit dem Therapeuten? Günstig ist es auch, wenn der Psychotherapeut sich mit anderen Kollegen in einer **Supervision** austauscht. Und zwei Dinge haben in einer Psychotherapie gar nichts zu suchen: Drogen und alle Arten von körperlicher Annäherung des Therapeuten an den Klienten. **HAL**

Ein Datenschatz für die Forschung

Grippefälle, Reiseziele, Jobmarkt – Suchanfragen im Internet lassen sich zur schnellen Krisenwarnung und für Zukunftsprognosen nutzen **VON CHRISTIAN HEINRICH**

Heute schon gegoogelt? Zur Information: Alle Suchanfragen werden gespeichert. Doch hier geht es ausnahmsweise nicht um die Furcht vor dem Missbrauch solcher Daten, sondern um deren sinnvolle Verwendung. Denn für Sozialwissenschaftler, Epidemiologen oder Arbeitsmarktforscher sind sie ein wahrer Schatz. Die Suchmaschine Google, könnte man sagen, macht die größte anonyme Trendumfrage der Welt. Kontinuierlich.

Die Statistiken aller Google-Anfragen sind jedermann frei zugänglich und lassen sich mithilfe des Tools »Google Insights for Search« abrufen. Eine erste Fingerübung: Was wurde in Deutschland von Ende August bis Ende September absolut am häufigsten gesucht? Antwort: YouTube, gefolgt von Facebook, eBay und Wetter. Welche Suchanfragen haben in diesem Zeitraum am stärksten zugelegt? Jene nach dem Begriff »Wahl-O-Mat« (in verschiedenen Schreibweisen), gefolgt von »Bundestagswahl 2009« – offenbar hat der Wahlkampf die Bürger doch interessiert. Aber wenden wir uns der Zukunft zu.

Was verraten die Begriffe Halsschmerzen, Fieber, Grippe? Bereits im November 2008, einige Monate vor Auftreten des Schweinegrippe-Virus A/H1N1 in Mexiko, haben Google-Forscher zusammen mit der US-Gesundheitsbehörde Centers for Disease Control and Prevention ein Frühwarnsystem für Grippe-Epidemien und -Pandemien entwickelt, bislang für Australien, Neuseeland und die USA. Google Flu Trends fußt auf der Annahme: Wer körperliche Beschwerden hat, informiert sich heutzutage erst mal im Internet, bevor er zum Arzt geht. Das System analysiert Millionen anonymisierter Suchabfragen nach typischen Symptomen und Begriffen wie »Grippe« und »Influenza«. Weicht die Zahl in einer Region plötzlich vom Durchschnitt ab, steht womöglich eine Grippewelle bevor.

Ob das funktioniert? Die Forscher verglichen die Suchbegriffe der vergangenen Jahre mit der Krankheitsstatistik. Im Idealfall, schreiben sie in der Wissenschaftszeitschrift *Nature,* lasse sich über Flu Trends ein Anstieg erkennen, noch bevor die Behörden eine Zunahme von Grippe-Infektionen registrieren.

Etwas ganz anderes möchte Klaus Zimmermann mithilfe der Suchdatenschätze prognostizieren. Den Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) interessiert die kurzfristige Entwicklung am Jobmarkt. »Wir haben versucht, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen«, sagt Zimmermann. Dazu hat man beim IZA die Suchanfragen von 2004 bis heute analysiert und daraus eine Formel abgeleitet, die unter anderem berücksichtigt, wie oft nach »Jobbörsen« und »Arbeitsamt« gesucht wird: Steigendes Interesse an Jobbörsen verspricht eine geringere Arbeitslosigkeit. Nach »Arbeitsamt« suchen hingegen eher künftige Arbeitslosengeldbezieher – ein Hinweis auf steigende Arbeitslosigkeit.

Bis auf einzelne Ausrutscher, etwa als Anfang des Jahres die Kurzarbeit rasch stark zunahm, können sich die Prognosen inzwischen durchaus mit den klassischen Indikatoren messen. »Und es ist erst der Anfang«, sagt Zimmermann, »mit jedem Monat, der vergeht, schärfen wir unser neues Instrument, indem wir seine Vorhersagen mit der tatsächlichen Entwicklung abgleichen.«

Bei weniger komplizierten Sachverhalten lassen sich mit Insights for Search bereits exaktere Ergebnisse ermitteln. Vor dem letzten Eurovisions-Schlagerwettbewerb etwa schlossen Google-Mitarbeiter von den Suchanfragen auf die Beliebtheit der Teilnehmer, auf die zu erwartende Punktzahl – und korrekt auf den späteren Gewinner.

»Die Möglichkeiten sind schier endlos, und jeder kann darauf zugreifen«, sagt Stefan Keuchel von Google Deutschland. Wirklich professionell wird das Angebot hierzulande bisher aber kaum angewendet. So benutzte es keine der etablierten Parteien im Wahlkampf. Und die großen Marktforschungsinstitute verwenden lieber eigene Methoden. Dabei macht gerade ihnen das neue Werkzeug schon heute Konkurrenz. Denn was bisher in aufwendigen repräsentativen Befragungen ermittelt werden musste, lässt sich per Insights for Search innerhalb von Sekunden ermitteln.

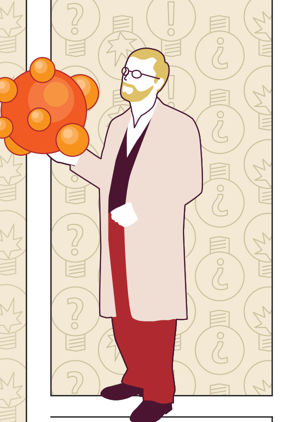
So wird das Wort »Sommerurlaub« gleich zu Jahresbeginn am häufigsten gegoogelt, wenig später hat sich das Thema – und mutmaßlich auch die Buchung – für viele Deutsche bereits erledigt. Ende März gibt es nur noch halb so viele Anfragen. Um Winterreifen dagegen kümmern wir uns erst spät, die unangenehmen Dinge schiebt man eben gerne so lange wie möglich vor sich her: Im Sommer fast keine Nachfrage, erst im Oktober mehr, im November erreicht dieser Suchbegriff seinen Häufigkeits-Höhepunkt.

Tragen Frauen im kommenden Sommer Miniröcke, oder bleiben Leggins in Mode? Was ist Autokäufern heute besonders wichtig, Sicherheit, Motorleistung oder geringer Verbrauch? Die Suchwortdaten regen die Fantasie an. In der Realität tun sich jedoch schnell Grenzen auf, gibt Keuchel zu: »Meist reicht es nicht, eine einzelne Suchanfrage anzugeben. Manchmal gibt es verschiedene Schreibweisen, manchmal kann der Suchende auch nach etwas anderem suchen.« Wer eine Suchanfrage mit dem Wort »Grüne« eingegeben hat, könnte die Partei gemeint haben, aber auch grüne Gentechnik oder einen Ausflug ins Umland. Worum es dem Suchenden wirklich ging, muss oft aufwendig herausgefiltert werden.

In anderer Hinsicht verspricht der Datenschatz der Suchmaschine einen einfacheren Zugang: Wenn es um prekäre Themen geht, wird bei klassischen Umfragen wohl oft geschummelt, etwa aus Schamgefühl. Beim Googeln hingegen geben die Menschen immer ein, was sie tatsächlich denken – oder wenigstens was sie wirklich suchen.

Siehe auch Wirtschaft S. 35

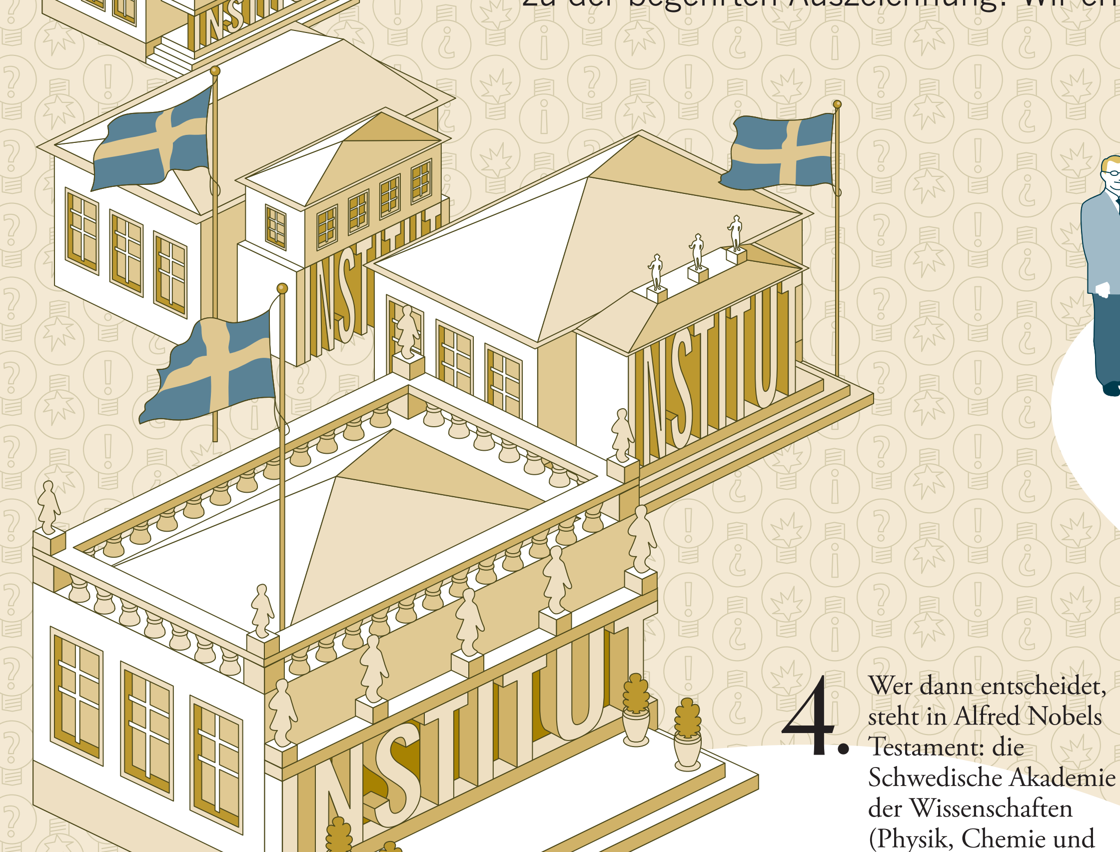
www.zeit.de/audio



Thema: Nobelpreise

Ihr Weg zur Medaille

Nächste Woche werden die Nobelpreisträger bekanntgegeben. Wie kommt ein Forscher oder Politiker zu der begehrten Auszeichnung? Wir erklären, was Sie tun müssen, um den Preis zu gewinnen!



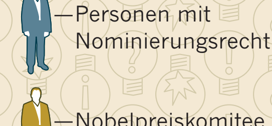
1. Zuerst müssen Sie etwas erfinden oder Großes leisten – in einer der Disziplinen, die Alfred Nobel festgelegt hat: Physik, Chemie, Medizin, Literatur oder Frieden. Oder in Ökonomie, diesen Preis gibt es erst seit 1968.

2. Selbst vorschlagen darf sich niemand, Sie müssen nominiert werden – von einem Nobelpreisträger, einem Lehrstuhlinhaber Ihres Fachs in Skandinavien oder einem anderen Akademiker, den das Nobel-Komitee für würdig befindet.

3. Sind Sie nominiert, wird Ihre Arbeit begutachtet. Für jede Disziplin gibt es ein fachkundiges Komitee aus 3 bis 5 Personen. Diese beraten sich mit weiteren Experten und erstellen eine Kandidatenauswahl.







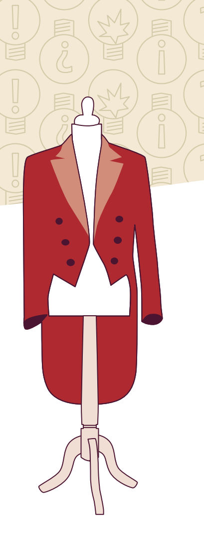


4. Wer dann entscheidet, steht in Alfred Nobels Testament: die Schwedische Akademie der Wissenschaften (Physik, Chemie und Wirtschaft), das Karolinska Institut (Medizin), die Schwedische Akademie (Literatur), das norwegische Nobelpreiskomitee (Frieden).

5. Anfang Oktober werden die Preisträger bekannt gegeben. Sie selbst erfahren das nur Minuten vor der Presse, vielleicht liegen Sie im Bett oder stehen unter der Dusche. Natürlich sind Sie ganz überrascht und hätten nie damit gerechnet!





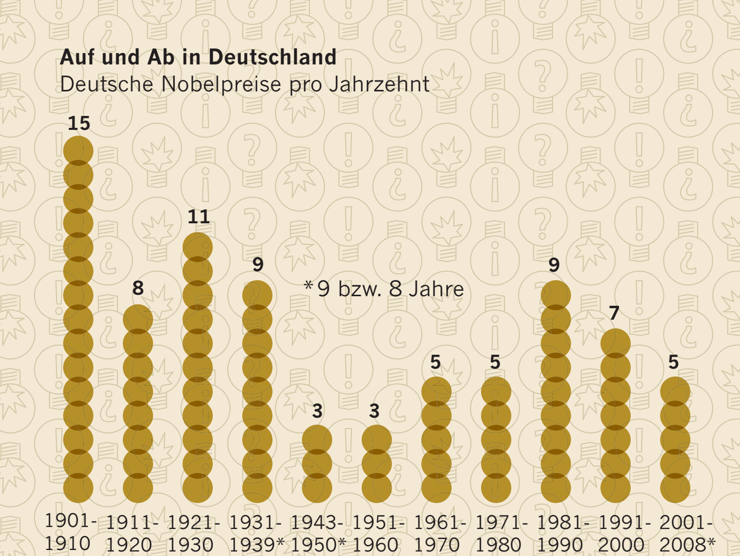


6. Die Verleihung ist ein sehr förmliches Ritual mit strengem Dresscode. Aber keine Sorge, der traditionelle Frack mit weißer Fliege und Bauchbinde wird Ihnen gestellt (falls Sie, wie 95 Prozent der Preisträger, ein Mann sind). Die genauen Maße werden vorher erfragt.

7. Direkt vor der Preisverleihung oder an einem der Folgetage müssen Sie Ihre preisgekrönte Arbeit in einem Festvortrag allgemein verständlich erklären. Achtung, diese Vorlesung wird später veröffentlicht!

8. Am 10. Dezember, dem Todestag Alfred Nobels, überreicht Schwedens König Carl XVI. Gustaf Ihnen eine goldene Medaille, ein Diplom und einen Scheck über zehn Millionen Kronen (etwa eine Million Euro). Achtung: Das Geld müssen Sie versteuern!





Nobelpreistägerdichte international

	Gesamtzahl der erhaltenen Nobelpreise	Preise pro 1 Million Einwohner
Schweiz	25	3,23
Schweden	28	3,02
Dänemark	13	2,37
Norwegen	11	2,29
Großbritannien	107	1,77
Irland	7	1,65
Österreich	13	1,56
Israel	8	1,08
Belgien	11	1,03
USA	306	1,00
Deutschland	80	0,98

Die Daten können von anderen Darstellungen abweichen, da wir kleine Länder mit ein oder zwei Nobelpreisen nicht berücksichtigt haben.

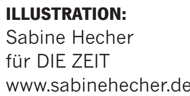


ILLUSTRATION: Sabine Hecher für DIE ZEIT www.sabinehecher.de

RECHERCHE: Magdalena Hamm

QUELLEN: www.nobelprize.org, Harenberg Lexikon der Nobelpreisträger, Wikipedia

FOTOS: dpa (2); ullstein



Geschichten aus dem Nobelarchiv

Seit 1901 wurden 809 Nobelpreise verliehen, davon 754 an Männer und nur 35 an Frauen, mit dem Friedensnobelpreis wurden außerdem 20 Organisationen ausgezeichnet. Ein paar Preisträger treten selbst aus dieser erlesenen Menge noch hervor: So war **Marie Curie** nicht nur die erste ausgezeichnete Frau, sie bekam als einzige Frau die begehrte Medaille gleich zweimal (1903 zusammen mit ihrem Mann Pierre Curie für Physik und 1911 für Chemie). Maries ältere Tochter Irène Joliot-Curie tat es den Eltern gleich, sie bekam 1935 zusammen mit ihrem Ehemann Frédéric Joliot den Chemie-Nobelpreis. Maries zweite Tochter Éve heiratete Henry R. Labouisse, der als Chef von Unicef 1965 ebenfalls einen Nobelpreis entgegennahm.

MARIE CURIE

Außerdem verzeichnet die Nobelpreisstatistik insgesamt sechs Vater-Sohn-Paare, die beide Preisträger sind. Etwa **Niels und Aage Bohr** oder **Henry und Lawrence Bragg.** Die Braggs bekamen 1915 gemeinsam den Physiknobelpreis, Lawrence war gerade 25 Jahre alt und damit der jüngste Nobelpreisträger aller Zeiten.

Das Durchschnittsalter liegt viel höher, bei etwa 60. Der bislang älteste Preisträger, **Leonid Hurwicz,** war bei der Verleihung im Jahr 2007 schon 90 Jahre alt.Neben Marie Curie gibt es noch drei weitere Doppelpreisträger: **Linus Pauling** bekam 1954 den Nobelpreis für Chemie und 1962 den Friedenspreis. **John Bardeen** erhielt zweimal den Preis für Physik und **Frederick Sanger** zweimal für Chemie. Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen **(UNHCR)** wurde ebenfalls zweimal ausgezeichnet – das **Rote Kreuz** sogar dreimal.


LAWRENCE BRAGG

Gemäß den Statuten der Nobelstiftung bleiben Informationen über Nominierte und Nominierende 50 Jahre lang **unter Verschluss.** Danach erst wird öffentlich, wer wen wie oft vorgeschlagen hat. Die Stiftung selbst hat den Zeitraum von 1901 bis 1956 ausgewertet. Dabei kam heraus, dass **Jane Addams** 91 Mal für den Friedensnobelpreis nominiert wurde, bevor sie ihn 1931 bekam. (Selbst **Stalin** wurde zweimal für Frieden nominiert, aber nie ausgezeichnet.) Und der indische Unabhängigkeitsführer **Mahatma Ghandi** wurde fünfmal vorgeschlagen – zuletzt 1948, in dem Jahr, in dem er erschossen wurde. Weil die Auszeichnung nicht posthum verliehen wird, entschied man sich in jenem Jahr dafür, gar keinen Friedenspreis zu verleihen.

MAHATMA GHANDI

Die Themen der letzten Grafiken:

15 *Bundestagswahlen*

14 *Marathonlauf*

13 *Wespen*

Alle Grafiken im Internet: **www.zeit.de/grafik**

STIMMT'S ?

Haben auch Tiere Wechseljahre?

… FRAGT INGO HALLITZKY AUS ULM

Reden wir zunächst einmal nicht über die Wechseljahre, sondern über die Menopause: das Ende der letzten Monatsblutung im Leben einer Frau. Die meisten Frauen leben danach noch mehrere Jahrzehnte. Im Tierreich hingegen sind Weibchen bis zu ihrem Tod fruchtbar – meistens.

Jedoch werden mehr und mehr Ausnahmen beobachtet, Tierarten also, bei denen offenbar eine größere Anzahl alter Weibchen unfruchtbar wird. Manche Walarten gehören dazu, Gorillas, Elefanten, aber wohl auch Guppys. Das wirft die Frage auf: Warum gibt es das Phänomen überhaupt? Sind doch die Männchen (und Männer) bis ins hohe Alter zeugungsfähig. Warum investiert die Natur da Ressourcen in weibliche Individuen, die sich nicht mehr fortpflanzen können?

Die »Großmutter-Hypothese« besagt, dass Frauen, die nicht mehr dem Risiko einer Geburt ausgesetzt sind, durch die Sorge für Kinder und Enkel noch zum Überleben ihrer Gene beitragen. Bei der Gegenthese wird die Menopause darauf zurückgeführt, dass wir heute einfach älter werden als unsere Vorfahren. Bei den Frühmenschen hätten nur wenige Frauen tatsächlich die Menopause erreicht.

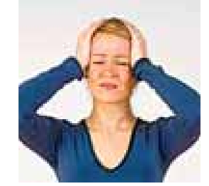
Ungewissheit herrscht darüber, ob das Ende der Fruchtbarkeit auch beim Guppy-Weibchen zu Hitzewallungen und Depressionen führt. **CHRISTOPH DRÖSSER**

Die Adressen für »Stimmt's«-Fragen:
DIE ZEIT, Stimmt's?, 20079 Hamburg, oder stimmts@zeit.de. Das »Stimmt's?«-Archiv: www.zeit.de/stimmts

www.zeit.de/audio

AUSPROBIERT

Kein Hi-Fi für Heidi



Reflecta USB-Plattenspieler, Windows/Mac, 50 Euro, reflecta.de

Ich habe in meinem Leben nur drei Schallplatten besessen: »Schneewittchen«, »Heidi« und »Hui Buh, das Schlossgespenst«. Wenn ich sie hören wollte, setzte mich meine Mutter auf ihr braunes Wollsofa und warnte mich, den Plattenspieler ja nicht anzufassen. Wenig später neigte sich das Vinyl-Zeitalter dem Ende zu, und mir leuchtete sofort ein, warum: Kassetten und CDs waren robuster und praktischer. Man konnte selbst Musik mixen und sie dann heimlich im Religionsunterricht hören. Warum manche Leute trotzdem noch Platten kauften und das sogar kultig fanden, habe ich nie kapiert.

Vielleicht bewegt ja dieser neue USB-Plattenspieler ein paar Vinyl-Veteranen dazu, endlich ihre Sammlung einzumotten: Angeblich kann das Gerät »Schätze retten«, indem es sie als iPod-taugliche MP3s speichert. Ein Test mit der »Heidi«-Platte verlief ganz gut: Der Computer erkannte den Plattenspieler anstandslos, die Software Audacity war fix installiert. Und 45 Minuten später brummte die vertraute Stimme des Alm-Öhi aus dem Lautsprecher.

Eine eigens auf dem Flohmarkt gekaufte Wumms-Platte von Dr. Alban zeigte dann aber die Schwächen: Wie das restliche Gerät ist auch der Tonarm aus Plastik und daher so leicht, dass er beim ersten Kratzer aus der Spur springt. Zudem klingt die Musikdatei blechern. Man will sich gar nicht vorstellen, was der Plattenspieler aus einer gediegenen Jazz-LP machen würde. Aber vielleicht gehören ja ohnehin nur die zur Zielgruppe, die sich nicht von ihren Märchenplatten trennen konnten. JENS UEHLECKE

TECHNIK IM TREND

Glück auf kleinen Reifen

Schneller als zu Fuß gehen, gesünder als Auto fahren: Mit dem Klapprad kommt man überall durch. Manchmal sprechen einen sogar Damen an. Ein Testbericht **VON BURKHARD STRASSMANN**

Das Hässliche wird, wie Entenfahrer, Zungenringträger und Nacktmullzüchter wissen, dann schön, wenn es in einer Gruppe von Menschen als Distinktionsmerkmal anerkannt ist. Klappfahrräder sind hässlich. Ausgeklappt wirken sie unproportioniert und verwachsen, eingeklappt wie ein Schrotthaufen. Doch eine Gruppe von Menschen – nennen wir sie: die urbanen Nomaden – hat das Klapprad als ultimativen Ausdruck individueller Mobilität, ja Freiheit auserkoren.

Diese Leute finden nicht nur, dass Klappräder ein Hingucker sind. Sie geben auch enorme Summen dafür aus, betreiben Homepages und lassen sich von Uneingeweihten verspotten. Klappradtester laufen Gefahr, von der Klappradhysterie angesteckt zu werden. Angesteckte Klappradtester erkennt man am Gebrauch des Euphemismus »Faltrad«.

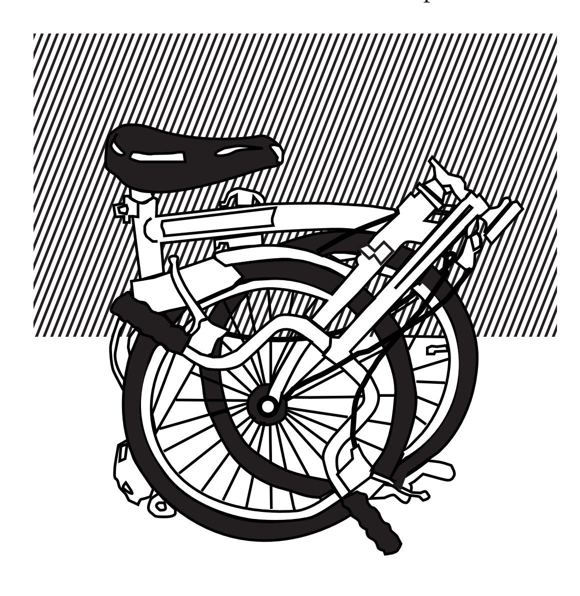
Mein erstes Faltrad im Test war ein Brompton. Sein Name war LD6, ebenso eigenwillig war sein Design mit einem charakteristischen Knick im Oberrohr, sehr kleinen 16-Zoll-Rädern (40,64 cm Durchmesser) und einer gewaltigen, verchromten Sattelstütze, maximal herausgezogen für den langen Tester. Ein bisschen snobbish und *very British.*

Ich verließ den Fahrradladen, brauste los und war glücklich. Ja: glücklich! Ich wäre nie auf die Idee gekommen, dass man auf diesem komischen Gefährt dank der mit sechs Bar aufgepumpten Reifen und einer perfekten Sechsgangschaltung dahinzischt wie auf einem Rennrad. Das Rennradfeeling stellt sich übrigens auch auf Pflastersteinen ein: Da rüttelt es den Fahrer enorm durch. Bordsteinkanten sind ein Grund abzusteigen.

Am Bahnhof faltete ich das Ding mit wenig Mühe zu einem appetitlichen, 11,2 Kilo wiegenden Päckchen zusammen. Sensationelle und von der Konkurrenz kaum erreichte Packmaße: 27 mal 56 mal 57 Zentimeter. Im ICE fand ich nach einigem Suchen ein Plätzchen zwischen den Rücklehnen zweier Sitzreihen. Man lässt das edle Teil (knapp 1100 Euro) ungern aus den Augen.

Falträder sind im Trend, sagen die Hersteller. Selbst in Deutschland gibt es schon organisierte Brompton-Ausfahrten; in England fährt man Faltradrennen unter Berücksichtigung eines strikten Dresscode (Sakko, Hemd und Krawatte). Der urbane Nomade will offenbar nicht nur sein Büro in Gestalt von Laptop, Smartphone und mobilem Internet immer am Körper tragen, sondern auch jederzeit über persönliche Mobilität verfügen.

Wer von Termin zu Termin hastet, für den schließt das Faltrad die Lücke zwischen Zufußgehen und Bus und Bahn, Taxi oder PKW. Außerdem ist Faltradeln gesund und öko. Früher, als man noch Klapprad sagte, war das Ding für den Kofferraum, die Jacht oder das Wochenendhaus konzipiert. Heute reist es überall gratis mit und muss nicht einmal mehr verpackt werden. Das Faltrad fügt sich ins öffentliche Verkehrssystem ein. Besonders im Leben eines Bahnpendlers wie ich es bin tun sich immer wieder Lücken auf, die das Faltrad schließt: zwischen Heim und Bahnhof und zwischen Zielbahnhof und Büro. Dort faltete ich es einfach wieder zusammen und stolzierte damit an den Kollegen vorbei in mein Zimmer, wo ich mein Rad eher als Skulptur betrachtete denn als Fahrrad.



Falt- oder Klappräder

lassen sich als handliche Päckchen selbst im Intercity verstauen und sind das passende Fortbewegungsmittel für urbane Nomaden. Es gibt sie mittlerweile auch schon mit USB-Schnittstelle zum Aufladen von MP3-Playern

Vergangenen Monat dann ein Besuch auf der Fahrradmesse Eurobike in Friedrichshafen. Dort stand das IOS XL Urban Bike. Erste Reaktion: wow! Schwarz bis zu den Speichen, wirkt es mit seinen großen 24-Zoll-Slicks (profillosen Reifen namens Kojak) fast wie ein ausgewachsenes Mountainbike. Es ist mit Alfine, der Edelschaltung von Shimano, und Scheibenbremsen ausgestattet. Außerdem besitzt es ein hoch suggestives Signal für urbane Nomaden: eine USB-Schnittstelle zum Aufladen des MP3-Players oder des iPhones.

Mit dem IOS versucht sich der Weltmarktführer Dahon (USA/Taiwan) an der Eier legenden Wollmilchsau: Es soll echt schickes Radeln mit hohem Falt- und Tragekomfort kombinieren und dazu noch cool verstaubar sein. Das gelingt aber nur eingeschränkt: Das gefaltete Paket ist weder klein noch leicht, sondern wiegt mindestens 16 Kilo. Andererseits sagen selbst junge Menschen, die es angesichts eines Faltrads normalerweise würgt, beim Anblick des IOS anerkennend: »stylish!«

Beim Testen hatte ich schon morgens im Zug die ersten Bewunderer. Ich wurde auf offener Straße von Damen angesprochen! Das hübsche Gerät ist ab dem Jahr 2010 zu haben und kostet in der Vollversion rund 1500 Euro, in einer abgespeckten City-Version immer noch 1000 Euro. Ein happiger Preis. Doch wer sein Klapprad nicht gerade bei Aldi kaufen will, muss in der Regel Geld in die Hand nehmen. Das Birdy beispielsweise, das der deutsche Hersteller Riese und Müller als »Kultobjekt« anpreist, kostet mit Rohloff-Schaltung um die 3000 Euro. Dafür bekommt man ein echt schrilles, voll gefedertes Gerät, das sich etwas umständlich falten lässt.

Am Ende bin ich allerdings auf ein Faltrad gestoßen, das weder mich noch mein Konto einschüchtert (500 Euro). Die Firma Dahon hat nämlich auch ein Modell ohne alles im Angebot, ein *naked bike.* Es heißt Mµ Uno, hat nur einen Gang und 20-Zoll-Räder; batteriebetriebenes Licht muss man anklemmen, gebremst wird mit Rücktritt. Aber es faltet sich flott und wiegt nur zehn Kilo. Das Mµ Uno hat mich durch die Eifel getragen, bergauf im Wiegetritt, und über verlotterte Feldwege. Die Übersetzung ermöglicht zügiges Radeln auf Asphaltpisten. Mit dem schlichten Begleiter an meiner Seite habe ich sogar den Schrecken einer jeden Bahnreise ertragen – den Schienenersatzverkehr, das erzwungene Umsteigen vom Zug in einen Ersatzbus. Normalerweise käme da ein Fahrrad nicht mit.

Das Mµ Uno hat keine Federung; wenn der Untergrund zu ruppig wird, lässt man einfach Luft aus den Reifen. Zum Aufpumpen zieht man das Sattelrohr aus dem Rahmen. Darin versteckt sich eine formidable Klappluftpumpe. Zur Vollendung des Glücks fehlt nur noch ein Klapphelm, aber auch der wurde auf der letzten Eurobike bereits präsentiert. Was übrigens *nicht* fehlt, ist das Faltelektrorad. Das gibt es nämlich schon.

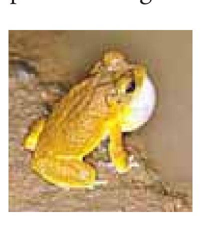
ERFORSCHT & ERFUNDEN

Schmetterlinge zur Dinozeit

Schon im Zeitalter der Dinosaurier sind Schmetterlinge durch die Luft geflattert, wie finnische Forscher aus DNA-Analysen schließen. Demnach existiert die Schmetterlingsfamilie der Nymphalidae, zu der unter anderem die Monarchfalter gehören, bereits seit mehr als 65 Millionen Jahren *(Proceedings of the Royal Society B,* online). Ähnlich wie die Dinosaurier waren wahrscheinlich auch die Falter stark vom Massensterben am Ende der Kreidezeit betroffen – nur dass sich bei ihnen aus einigen Überlebenden wieder ein Reichtum mit heute über 6000 verschiedenen Arten entwickeln konnte.

Farblos nach Paarung

Ob ein Froschmännchen der tropischen Art Bufo luetkenii heute schon Sex hatte, verrät seine Hautfarbe: Während die Tiere am frühen Morgen noch limonengelb erstrahlen und sich damit stark von den dunkelbraunen Weibchen abheben, ändern sie nach der Paarung rasch ihre Farbe. Dann werden die Männchen olivgrün und verlieren so – im Gegensatz zu ihren ungepaarten Artgenossen – ihre Auffälligkeit. Die leuchten weiterhin gelb und haben so eine wesentlich größere Chance, noch im Lauf desselben Tages ein Weibchen zu beeindrucken. *(Proceedings of the Royal Society B,* online)



Schweizerische Ungleichheit

Patienten mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status überleben Krankheiten wie Prostatakrebs seltener als der Durchschnitt. Das haben bereits mehrere Studien gezeigt – allerdings für die USA, wo die Gesundheitsversorgung starke Unterschiede aufweist. Nun wurde der Zusammenhang für die Schweiz untersucht, wo das Gesundheitssystem sehr weit entwickelt und die Lebenserwartung eine der höchsten der Welt ist. Doch ernüchternderweise überleben auch hier arme Patienten eine Prostatakrebserkrankung nur halb so oft wie ihre reichen Landsleute *(Cancer,* online). Als Gründe nennen Genfer Forscher unter anderem eine frühere Diagnose sowie eine häufigere Entfernung der Prostata.

Botox gegen Migräne



Neben dem fragwürdigen Einsatz gegen Falten gibt es für das Bakteriengift Botulinumtoxin A (besser bekannt als Botox) auch medizinisch sinnvolle Anwendungen: Frühere Studien hatten gezeigt, wie sich übermäßiges Schwitzen mit dem Nervengift behandeln lässt. Jetzt verdichten sich die Hinweise, dass Botox bei einer chronischen Migräne helfen kann, berichtet die Deutsche Gesellschaft für Neurologie. Eine Studie mit fast 1400 Betroffenen ergab, dass eine Botox-Injektion über vier Wochen die Zahl der Kopfschmerztage verringern kann, um immerhin neun pro Monat. Patienten mit einer chronischen Migräne leiden an mehr als der Hälfte aller Tage (also 15 pro Monat) unter Schmerzen.

Bauern eroberten Skandinavien

Die heutigen Skandinavier stammen offenbar nicht von Jägern und Sammlern ab, die dort bis vor knapp 4000 Jahren heimisch waren. Stattdessen sind sie Nachfahren von Steinzeitbauern, die bereits Ackerbau und Viehzucht beherrschten, als sie nach Nordeuropa einwanderten. Zu diesem Ergebnis kommt ein Erbgut-Vergleich schwedischer und dänischer Wissenschaftler *(Current Biology,* online). Ihre Ergebnisse decken sich mit deutschen Untersuchungen, laut denen die Mitteleuropäer Nachfahren von vor etwa 7500 Jahren eingewanderten Bauern sind. Beide Studien deuten darauf hin, dass sich sesshafte Wirtschaftsformen jeweils nicht vor Ort entwickelt haben, sondern von Einwanderern aus anderen Gegenden mitgebracht wurden.

Technik in der Tüte

ZEIT WISSEN

DIE WAHRHEIT ÜBER UNSER ESSEN

Fleisch hält monatelang, getrocknete Erbsen und Nudeln werden innerhalb einer Minute gar: Die Tütensuppe ist ein Hightechprodukt.

Das aktuelle ZEIT Wissen: Am Kiosk oder unter www.zeitabo.de

Fotos: Reflecta; picture-alliance/dpa; Olivier Digoit/ullstein

KINDERZEIT 45

POLITIK, WISSEN, KULTUR UND ANDERE RÄTSEL FÜR JUNGE LESERINNEN UND LESER



AHA DER WOCHE:

Koalition

In einer Monarchie gibt es einen König. In einer Demokratie haben wir Wahlen (wie am vergangenen Wochenende). Viele Parteien treten an, und eine ganze Reihe von ihnen kann danach Abgeordnete ins Parlament schicken. Weil verschiedene Parteien gewählt werden, hat fast nie eine Partei die Mehrheit für sich allein. Deshalb verabreden sich nach den Wahlen zwei, manchmal auch drei Parteien zu einer »Koalition«. Sie versprechen sich, dass alle ihre Abgeordneten im Bundestag die neue Kanzlerin wählen werden. Und dass sie vier Jahre lang gemeinsam Gesetze vorschlagen und zusammenhalten wollen. Die übrigen Parteien bilden die »Opposition«. Ihre Aufgabe ist es, darauf zu achten, dass Kanzlerin und Regierung gut arbeiten. Die Opposition soll sagen, was ihr an der Politik der Regierung nicht gefällt – und bessere Vorschläge machen. Dann können die Wähler sich nächstes Mal anders entscheiden.



WAS SOLL ICH LESEN?

Sprichwörter

»Ich habe keinen Bock!«, sagt man, wenn man zu etwas keine Lust hat – zum Beispiel sein Zimmer aufzuräumen. Wenn Ihr der großen Schwester ihre Lieblings-CD mopst, obwohl sie das verboten hat, droht sie vielleicht: »Den mach ich zur Schnecke!« Ihr dagegen könntet sagen: »Mit der ist nicht gut Kirschen essen!« Das alles sind Redewendungen, die viele Menschen benutzen, ohne darüber nachzudenken, wieso sie von Böcken, Schnecken und Kirschen sprechen. Dieses Buch erklärt's: Rolf-Bernhard Essig erzählt die oft lustigen Geschichten hinter vielen Sprichwörtern. Nach der Lektüre kommen Euch viele Redensarten nicht mehr spanisch vor, und andere werden beeindruckt sagen, dass Ihr was auf der Pfanne habt.
Ab 8 Jahren



Rolf-Bernhard Essig: Da wird doch der Hund in der Pfanne verrückt
Hanser Verlag 2009; 12,90 €



DER ELEKTRONISCHE HUND

Bleeker











SPASS AM SONNTAG: Rana, Cennet, Rümeysa, Ayla und Sacide (von links nach rechts)

Kopftuchtage

Viele muslimische Kinder gehen nicht nur während der Woche zur Schule: Am Wochenende haben sie Koranunterricht. Was lernt man da, fragte die KinderZEIT in einer Moschee in Hamburg **VON ÖZLEM TOPCU**

An zwei Tagen in der Woche trägt Cennet ein Kopftuch, wenn sie zum Unterricht geht. Doch die Kopftuchtage sind keine normalen Schultage. Und Cennet besucht dann auch keine normale Schule: Am Wochenende nimmt die Achtjährige mit etwa 20 anderen Mädchen im gleichen Alter am Koranunterricht in der türkischen Centrumsmoschee in Hamburg teil.

Auf den ersten Blick sieht in dem Klassenzimmer dort alles aus wie in jeder Grundschule – nur dass sie sich eben im dritten Stock einer Moschee befindet. Möbliert ist der Raum mit Holztischen, Stühlen, einer Tafel, zwei Regalen mit Büchern. Die Wände sind gelb-orange gestrichen. An einer Wand hängen Blumen aus Papier, die die Mädchen in Cennets Kurs gebastelt haben.

Auf den zweiten Blick ist vieles ganz anders als in einer normalen Schule. Beispielsweise stammen fast alle Schülerinnen und Schüler aus türkischen Familien; Mädchen und Jungen gehen in getrennte Klassen. Wenn sie die Moschee betreten, tragen alle Mädchen bunte Kopftücher und die meisten Jungs ein gehäkeltes Käppchen. Ihre Eltern schicken die Kinder hierher, weil sie möchten, dass sie etwas über ihre Religion lernen, den Islam. Allerdings tun das durchaus nicht alle türkischen Eltern.

Die Kinder haben ein dickes Buch zum Unterricht mitgebracht, den Koran. Das ist die heilige Schrift des Islams, man kann sagen: die Bibel der Muslime. »Jeder Muslim muss lernen, den Koran zu lesen«, sagt Rümeysa (8), während sie ihren eigenen Koran, ein Heft und eine Federtasche aus ihrem rosafarbenen Diddl-Rucksack herausholt. »Aber dafür muss man erst einmal die arabischen Buchstaben lernen.« Und das ist gar nicht so einfach.

Sonntag, kurz vor zehn Uhr: Immer mehr Mädchen aus dem »Vorbereitungskurs 1« trudeln ein. Sobald alle da sind, beginnt die Lehrerin Süheda Polat mit dem Unterricht, in deutscher und türkischer Sprache. Zunächst möchte Frau Polat von den Kindern etwas wissen: »Wer kann sich an das kurze Gebet erinnern, das wir vergangene Woche gelernt haben?«, fragt sie die Klasse. »Das eine, das man beim Haarebürsten vor dem Spiegel aufsagen kann?« Alle überlegen angestrengt. Plötzlich geht die Tür auf. Ein kleines Mädchen mit Sommersprossen, dafür ohne Kopftuch, betritt die Klasse. »Kommst du auch schon!«, sagt Frau Polat lächelnd und fragt: »Wo ist denn dein Kopftuch?« Das Mädchen hebt frech die Schultern. Sie hat heute keine Lust auf ihr Kopftuch. Und auf den Unterricht wohl auch nicht so sehr. Das macht sie deutlich, indem sie unter den Tisch krabbelt, ihrer Tischnachbarin den Radiergummi wegnimmt und ganz viel kichert. Aber Frau Polat ist nicht böse mit ihr. »Sie muss das Kopftuch schon freiwillig tragen. Wenn ich sie zwinge, kommt sie nicht wieder«, sagt sie.

Gekichert wird überhaupt viel. Das ist dann wieder wie in einer normalen Klasse. Mittlerweile kann sich ein Mädchen an das Gebet von vergangener Woche erinnern und darf es aufsagen. Das gibt gleich ein dickes Lob von Frau Polat!

Dann geht es aber ans Eingemachte. Rümeysa fängt als Erste an, einen Abschnitt aus dem Koran zu lesen. Alle werden plötzlich ganz still, sogar der freche Klassenclown. Jedes Mädchen ist unterschiedlich weit in den Suren – so heißen die einzelnen Textabschnitte auf Arabisch. Einige haben noch Mühe, andere, wie Rümeysa, sind schon fast bis zur Mitte des Buches gekommen. »Ein Jahr hat es gedauert, bis ich die arabischen Buchstaben konnte«, erzählt sie. Die sehen nämlich ganz anders aus und klingen auch ganz anders als die meisten Sprachen, die man so kennt, Türkisch, Deutsch oder Englisch zum Beispiel. Aber arabische Buchstaben sind nicht das Einzige, was man können muss. »Auch auf die Betonung kommt es an«, sagt Frau Polat. Und die ist oft noch etwas holprig. Viel erstaunlicher ist aber: Die Schülerinnen verstehen das, was sie lesen sollen, gar nicht. Sie kennen die Bedeutung der Wörter nicht. Das ist doch komisch – oder? »Auf den ersten Blick ja. Aber wir erklären den Kindern jeden Abschnitt so genau wie möglich, bis sie es vielleicht irgendwann selbst verstehen«, sagt die Lehrerin, die selbst viele Suren auswendig kann. »Auswendiglernen ist im Islam ein Wert an sich«, erklärt sie. Damit sammelten Muslime Pluspunkte bei ihrem Gott, bei Allah. Zum Glück gibt es auch eine deutsche Koranübersetzung.

Die Stunde ist fast vorbei, das nächste Fach auf dem Stundenplan heißt »Die Geschichte der Propheten«. Darin geht es um das Leben von Mohammed, dem Propheten des Islams, der als Abgesandter Gottes auf der Erde gesehen wird. Aber auch alle anderen wichtigen Propheten wie Jesus, Moses, Abraham oder Noah werden im Unterricht behandelt. Rümeysa mag am liebsten die Abenteuergeschichten: »Das ist so spannend! Mohammed war schlau und hat seine Feinde oft überlistet.« Er sei aber auch gütig gewesen: »Mohammed hat nie ›Nein‹ zu den Menschen gesagt und immer Gutes getan.«

Ganz schön anstrengend, diese viele Arbeit am Sonntagmorgen! Ist es nicht lästig, lernen zu müssen, wenn man eigentlich freihat und spielen könnte? Viele der Mädchen scheinen den Unterricht eher als eine Art Hobby zu betrachten. »Der Kurs geht bis halb zwei, danach ist ja noch genug Zeit zum Spielen«, sagt Cennet. »Doof finde ich es, wenn mein Schwimmunterricht auf das Wochenende fällt und ich nicht zum Kurs kann.« Aber das Kopftuch – das ist doch sicher lästig? Cennet: »Eigentlich nicht. Nur manchmal, wenn ich es schon auf dem Weg in die Moschee aufsetze, gucken die Leute immer so. Dann erst komme ich mir blöd vor.«

www.zeit.de/kinderzeit

Fotos: Sehnaz Seker für DIE ZEIT/www.sehnazseker.com (gr. Foto); Meike Böschemeyer/Vigilux Pressefoto (Koran); Illustrationen: Aphel Zeit für DIE ZEIT/www.aphelzeit.de (Piktogramme); Niels Schröder für DIE ZEIT/www.niels-schroeder.de (Wappen)

Fragebogen



Dein Vorname:
Bastian

Wie alt bist Du?
11 Jahre

Wo wohnst Du?
Bay Area, California, USA

Was ist besonders schön dort?
Der sonnige Strand.

Und was gefällt Dir dort nicht?
Der nebel in San Francisco

Was macht Dich traurig?
Wenn Leute mich ärgern.

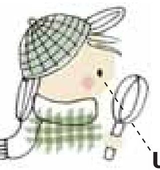
Was möchtest Du einmal werden?
Wissenschaftler

Was ist typisch für Erwachsene?
alles besser wissen

Wie heißt Dein Lieblingsbuch?
Mr. Popper's Penguins

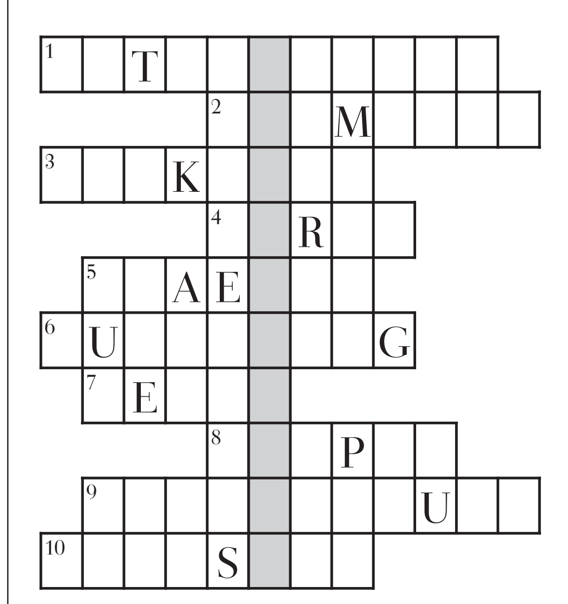
Bei welchem Wort verschreibst Du Dich immer?
February

Willst Du auch diesen Fragebogen ausfüllen? Dann guck mal unter **www.zeit.de/fragebogen**



UMS ECKCHEN GEDACHT

Ein kniffliges Rätsel: Findest Du die Antworten und – in den getönten Feldern – das Lösungswort der Woche?

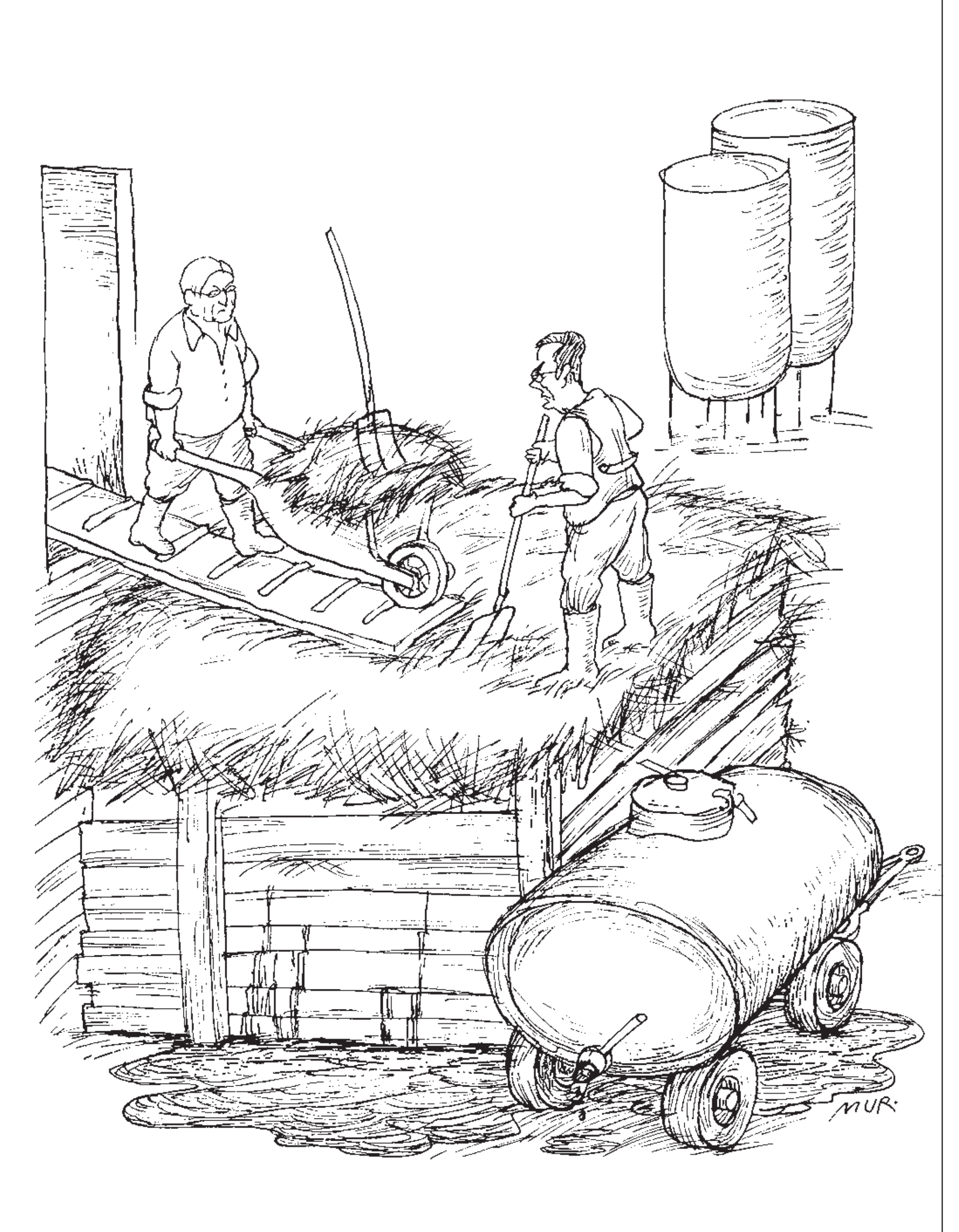


1 Zu hören als Nachrichten – zu erblicken als Diplomatenhäuser
2 MALE FEIN: Die ist riesig und superbunt, wenn viele Sportsfreunde unterwegs sind
3 Der kleine Eiffel-Kollege von Berlin, fürs Radio gebaut
4 Das Wasser um Berlins Museumsinsel
5 Berlins bekannteste heißen Alexander und Potsdamer
6 Der darf den Bundeskanzler wählen, wird selbst alle vier Jahre gewählt
7 Hat im Berliner Rathaus das Sagen, wie einst schon in Rom
8 Einen schwarzen Bären zeigt das Berliner …, mit roten Krallen
9 Ist rund um Berlin, nur sein Tor steht mittendrin
10 Fängt scheinbar klein an: Jeder ist der Oberste in seiner Regierungsabteilung

Schicke es bis Dienstag, den **13. Oktober**, auf einer Postkarte an die
ZEIT, KinderZEIT, 20079 Hamburg,
und mit etwas Losglück kannst Du mit der richtigen Lösung einen Preis gewinnen, ein kuscheliges ZEIT-Badetuch.

Lösung aus der Nr. 38:
1. Aprikose, 2. Brombeeren, 3. Kirschbaum, 4. Kompott, 5. Hagel, 6. Fallobst, 7. Pfirsich, 8. Stare, 9. Himbeersaft, 10. Birnen. – OBSTGARTEN

MURSCHETZ



Opposition

Eine Offenbarung

Thea Dorn: »Vulgärpazifismus« ZEIT NR. 39

Leider hatten wir von diesen Vulgärpazifisten in den letzten hundert Jahren viel zu wenige, was sich für Deutschland nicht gut gemacht hat. Aber was sind schon »Kollwitz, Ossietzky, die Göttinger Sieben oder Brandt/Eppler« für Pazifisten gewesen? Wahrscheinlich waren sie einfach alle nur vulgär?
Klaus Aßmuß, Fredersdorf

Der Einsatz in Afghanistan ist aussichtslos. Er schafft nur Verlierer und Verluste. Die tiefe Sorge darum als feigen Vulgärpazifismus oder Antiamerikanismus zu bezeichnen ist falsch und nicht zu Ende gedacht. Ich verkürze auch einmal: Der Neofeminismus mag offensichtlich keinen Frieden, er ruft nach Soldaten zur Befreiung der afghanischen Frauen (Ministerin Wieczorek-Zeul im Bundestag) – was nur durch Aufklärung und Bildung möglich ist.
Dr. Hans-Joachim Dietz, Erkrath

Was Thea Dorn uns in dem pathetischen Vergleich mit Sokrates und Jesus wohl weismachen möchte, ist, dass Deutschland am Hindukusch einen Verteidigungskrieg führe. Es verteidigt die westlichen Werte, die uns die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg brachten, vor allem die Freiheit. Die USA haben allerdings allzu oft mit dubiosen Machthabern kooperiert, wenn dies ihren Interessen diente (auch in Zusammenhang mit Ölvorkommen), egal, was die Konsequenzen für die jeweilige Bevölkerung waren. Deutschland täte gut daran, sich nicht für bestimmte Interessen missbrauchen zu lassen und einen Angriffskrieg in Afghanistan zu führen – denn um nichts anderes handelt es sich. Die zivile Bevölkerung in Afghanistan befindet sich ohne Zweifel in einer Notlage, doch sie benötigt kein Bombardement durch deutsche Soldaten, sondern gezielte, humanitäre Hilfe.
Wer den Abzug der Truppen fordert (und dies zudem innerhalb der realistischen Frist von zwei Jahren), verdient es daher nicht, als »Vulgärpazifist« verunglimpft zu werden – eine Neuschöpfung, die es im Übrigen verdiente, zum Unwort des Jahres gekürt zu werden.
Dr. Patricia Czezior, München

Ihr Artikel ist eine einzige Offenbarung.
Ich bin Offizier und erlebe seit Jahren im Offizierkorps eine sehr differenzierte Debatte über die Einsatzrealität, den Sinn und Zweck der Einsätze und das moralische Dilemma, in dem wir stecken. Ich darf erwähnen, dass Helmut Schmidt dafür sorgte, dass Offiziere in der Regel eine akademische Ausbildung durchlaufen. In der Folge ist das Niveau von Sinndiskussionen oft weit oberhalb dessen angesiedelt, was wir in der sich maßlos überschätzenden Presse erleben müssen. Auf der intellektuellen und moralischen Ebene erscheinen überwiegend die Gegner des Einsatzes, während die Befürworter im realpolitischen Sumpf zu stecken scheinen. Und auf der Seite der Einsatzgegner beherrscht eben jener Vulgärpazifismus die Bühne, den Sie so vorzüglich bloßgestellt haben. Er umgibt sich mit dem Nimbus des Intellektuellen, des Künstlers, der Geisteselite.
Bei Walser mag der Altersstarrsinn die Sinne trüben, aber die Aufforderung im *Freitag* ist ein solches geistiges Armutszeugnis, dass es mir die Sprache verschlägt. Ihre wortgewaltige Rückendeckung, Frau Dorn, war längst überfällig. Es fehlt nur noch eine Schlussadresse an die Unterzeichner der Erklärung im *Freitag:* »Gerne würde ich mich mit Ihnen intellektuell duellieren, aber ich sehe, Sie sind gänzlich unbewaffnet.«
Adrian Jochum, per E-Mail

Frau Dorn ist eine der wenigen, die in unserer blasierten Wohlfühlrepublik eine andere Meinung vertiefen und in der Lage sind, die Salonrhetorik hinter sich zu lassen. Es gibt einen Intellektuellen-Stammtisch, an dem man sich nicht zu schade ist, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan scheinhumanitär infrage zu stellen. Der »Philosoph« Richard David Precht gehört dazu, der seine Reflexionslähmungen als Streitschrift wider den »verlogenen Menschenrechts-Bellizismus« begreift, ohne zu erkennen, dass der Blick aus der bundesrepublikanischen Wirklichkeit auf eine sich mörderisch zuspitzende Situation trifft.
Dass am Hindukusch auch die europäische Kultur, die westlichen »Werte« verteidigt werden, müsste in einer zunehmend globalisierten Welt doch nicht mehr langatmig erläutert werden.
Dr. Frank Wild, Munster


DIE ZEIT
Buhlen um die Mittelschicht
Vom Zweifel gejagt
Die Hosen voll

AUS NR. 39

Menschen der Mittelschicht, 17. September 2009

Unfug

Robert Leicht: »Die Wahl nach der Wahl« ZEIT NR. 39

Der Vorschlag, Koalitionen nochmals vom Wähler absegnen zu lassen, ist leider Unfug: 1. Worüber stimme ich ab? Über eine Farbkombination? Das ist eine ästhetische, keine politische Frage. Über einen Koalitionsvertrag? Der ist juristisch nicht belastbar. Über eine Ministerliste? Die kann zwei Dienstwagenfahrten später anders aussehen. 2. Was ist eine Koalition? Zunächst kein Verfassungsorgan, sondern eine Absprache über konzertiertes Vorgehen bei Abstimmungen zur Erreichung zuverlässiger Mehrheiten. Das kann man sogar machen, ohne jemandem was davon zu erzählen. 3. Eine solche Wahl brächte die Gewaltenteilung gehörig durcheinander, da jetzt neben dem Parlament auch die Regierung eine direkte demokratische Legitimation hätte, wie sollte das Parlament die Regierung dann noch kontrollieren? Der Vorschlag, über eine »Koalition« (wie auch immer im Verfassungstext definiert) abstimmen zu lassen, führt nach Bereinigung der Inkonsistenzen zu einem Präsidialsystem mit direkt gewähltem Regierungschef.
Prof. Christoph van Wüllen
TU Kaiserslautern

Knöllchen für Zivilcourage

M. Blasberg, P. Schneider, S. Wieschowski: »Tod eines Mutigen« ZEIT NR. 39

Ich bin mit »mehr Zivilcourage« in unserem Land auf die Schnauze gefallen. Ich bekam eine Geldstrafe und einen verhöhnenden Brief.
Vor Monaten habe ich an einem Waldstück zwischen Bergisch-Gladbach-Boiswinkel und Leverkusen eine stark blutende und hilflose Person gesehen. Andere sahen weg. Ich war in Panik. Mein Akku vom Handy war leer. Ich habe die Person provisorisch aus dem Verbandskasten versorgt, ins Auto geschleppt und so schnell wie möglich zum Krankenhaus gefahren. 15 Stundenkilometer zu schnell für die Radarkontrolle (Starenkasten). Also bekam ich von der Bußgeldstelle eine Knolle über 35 Euro wegen zu schnellen Fahrens. Schriftlich erklärte ich, was passiert war. Man drohte mit einer Anzeige, ich zahlte unter Protest. Und bekam noch folgenden Brief: Wenn man zu schnell fahre, bedrohe man andere Leute. Daraufhin schrieb ich Landrat Rolf Menzel, eine Antwort bekam ich nicht.
Vor vielen Jahren hatte ich in Holland ein ähnliches Erlebnis. Dort aber wurde ich eingeladen, der *burgemeester* hat sich bedankt und mir eine Rettungsurkunde übergeben. Ein Fotograf der Lokalzeitung hat ein Foto gemacht, es erschien ein Artikel über den Lebensretter, man bedankte sich für die Zivilcourage.
Wolfgang Greiss, Kürten-Engeldorf

Viel wichtiger als die abstrakte Diskussion ist das konkrete Einüben darin, Gegenposition zu beziehen und diese freundlich und konsequent zu vertreten. Die erforderliche kommunikative Kompetenz erwächst nicht aus dem eigenen inneren Anspruch, das haben auch viele Erwachsene sich bedauernd einzugestehen. Sie erwächst aus Übung zunächst in vertrauten und geschützten Räumen, um sich dann in rauerem Umfeld bewähren zu können.
Dr. Catharina Richter, München

Schlimmer als der DDR-Zwangsumtausch

Martin Klingst: »Schlechte Werbung« ZEIT NR. 39

Zehn Dollar Eintrittsgeld in die USA ist ja schlimmer als der DDR-Zwangsumtausch. Dafür konnte man sich wenigstens und endlich drei Bände Marx leisten, andere Klassiker oder gutes, preiswertes Brot.
Ich habe ein Jahr in den USA mit Familie gelebt, war häufig beruflich dort und konnte den Kontakt zu Nachbarn und Freunden pflegen. Aber nun: zwei Stunden Vorlauf beim Abflug, zwei Stunden Warten bei Einreise-Check, dieser Datenhunger und jetzt auch noch zehn Dollar Abstand? Ich komme erst wieder, wenn es Begrüßungsgeld für all die Einreisehürden gibt – wie bei uns 1989. 50 Dollar auf die Hand, das wäre eine Maßnahme.
Gerhard Schroeder, Flensburg

Solche Chefärzte gehören zur aussterbenden Spezies

Martina Keller: »Der Kassierer« ZEIT NR. 39

Dem Chirurgen Christoph Brölsch werden Handlungen vorgeworfen, die, wenn sie zutreffen, verwerflich und inakzeptabel sind. Das Gericht wird die Vorwürfe prüfen und zu einem Urteil kommen.
In Ihrem Dossier werden auch Ausführungen gemacht, die dem Leser nahelegen, das gesamte Chefarztsystem sei autoritär, geldgierig und handle nach eigenen Regeln. Es mag solche Chefärzte geben. Sie sind jedoch eine sehr kleine und aussterbende Gruppe.
Kein Assistenzarzt würde bei einem solchen Chef bleiben. Er oder sie hat heute in der Zeit des Ärztemangels die Wahl. Nur ein Chef, der ein liberales Klima und Transparenz erlaubt, hat gute ärztliche Mitarbeiter.
Zu einem solchen Klima gehören Mortalitäts- und Morbiditätskonferenzen, in denen Behandlungen besprochen werden, die von Komplikationen gefolgt waren, auch und gerade Behandlungen durch den Chefarzt. Immer mehr Kliniken führen solche Konferenzen ein.
Dazu gehört auch ein Fehlermeldesystem (Critical Incident Reporting System), in dem jeder Klinikmitarbeiter Situationen melden kann, die fast zu einer Komplikation geführt hätten.
In der operativen Medizin werden Indikationskonferenzen am Tag vor der Operation durchgeführt, um die Sinnhaftigkeit eines geplanten Eingriffs ein letztes Mal zu überprüfen. Kein Chefarzt kann dort eine zweifelhafte Operation durchsetzen, ohne das Gesicht zu verlieren.
Vor Tumortherapien wird in fast allen Krankenhäusern in einer Konferenz das optimale Vorgehen besprochen. Anwesend sind Vertreter aller beteiligten Fächer. So wird Selbstüberschätzung vermieden.
Dass es eine Alternative zum Chefarzt-System gibt, zeigt allerdings eindrucksvoll die angelsächsische Consultant-Struktur in vielen Ländern.
Zuletzt zum Geld: Es gibt ein Zweiklassensystem. Hier ist nur der Chef berechtigt, Privatpatienten zu behandeln. Über Erhalt oder Abschaffung dieses Systems entscheidet die Politik. Seit einigen Jahren haben die Chefärzte nicht mehr das Recht, Rechnungen zu stellen. Ausnahme: Sogenannte Altverträgler. Liquidationsberechtigt sind die Krankenhäuser. Sie beteiligen den Chef an ihrem Einkommen von Privatpatienten.
Bei den meisten Chefärzten liegen die Bruttoeinkünfte, je nach Fach, Größe der Klinik und Krankenhausträger zwischen 150 000 und 350 000 Euro. Was angemessen ist bei hoch qualifizierten Ärzten, liegt wiederum in der Entscheidung der Gesellschaft und der Politik.
Prof. Matthias Rothmund
Dekan des Fachbereichs Medizin
Philipps-Universität Marburg

Gratulation zu diesen Artikeln! Eine positive Auswirkung hat der Fall: dass anachronistische Ordinarien-Dinosaurier erstmals Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sind. Wer es nicht selbst erlebt hat, kann sich das tatsächliche Ausmaß an Borniertheit dieser Herren nicht vorstellen. als Assistenzarzt der Chirurgie habe ich in meinen ersten Berufswochen deren bizarre Auftritte noch für eine besondere Form des Humors gehalten. Als ich den Ernst begriff, ging ich wie so viele in die Schweiz. Hier ist nicht alles perfekt, aber zumindest vieles besser.
Dr. med. Paul Brandenburg
chirurgischer Assistenzarzt in Zürich

Soll der Leser informiert – oder das Urteil schon vorweggenommen werden? Auch alte Verdachtsfälle über Organhandel und eine unrechtmäßige Operation in Jena werden wieder aufgewärmt. Die Staatsanwaltschaft Essen hat 2004 die Ermittlungen eingestellt. 2002 hat Frau Keller einen Artikel über einen Mann für aussichtslose Fälle in der *FAZ* geschrieben. Meine Frau war ein solcher »Fall«. Nach gründlicher Diskussion mit Kollegen hat Herr Professor Broelsch die Transplantation gewagt, Spender war unser Sohn. Am 21. April dieses Jahres haben wir ihren 10. neuen Geburtstag gefeiert.
Warum haben Sie nicht bis zu einem rechtskräftigen Urteil über diesen genialen Chirurgen gewartet?
Dr. rer. nat. Werner Joraschky
per E-Mail

Weitere Leserkommentare im Internet: **www.zeit.de/leserbriefe**

POP: Nach London! Eine Reise zu den Schatzkammern der Vinylmusik S. 54

Im Schatten der Macht

Was kann eine neue Regierung bewirken, wenn die großen Entscheidungen anderswo fallen? VON THOMAS ASSHEUER

Ob eine Demokratie lebendig sei, sagen die Lehrbücher, zeige sich nicht am Zustand der Regierung. Es zeige sich an der Lebendigkeit der Opposition. Im Sinne der Lehrbücher war der Wahlsonntag ein guter Tag. Wenn einer neoliberalen Oppositionspartei das Husarenstück gelingt, sich trotz des »Zusammenbruchs des Neoliberalismus zum großen Wahlsieger« *(Süddeutsche Zeitung)* aufzuschwingen, dann mag man darüber fassungslos sein. Aber eines wird man nicht sagen können: dass die Demokratie ein Auslaufmodell ist, über dessen Vitalität man sich ernsthaft Sorgen machen muss.

Haben sich also all jene Politikwissenschaftler geirrt, die seit Langem eine Lähmung der Demokratie heraufziehen sehen? Die in ungezählten Büchern von keinem anderen Albtraum berichten als von der Gleichgültigkeit des Wählers und der gefährlichen Aushöhlung des Parlaments? Müssen die großen Zweifler nun klein beigeben und in Sack und Asche gehen?

Es hilft nichts, die Formeln der Demokratietheoretiker müssen auf den Prüfstand und bedürfen einer kritischen Betrachtung. Eine dieser Formeln, und zwar eine besonders griffige, hat der englische Politikwissenschaftler Colin Crouch vor Jahr und Tag in die Debatte geworfen, und sie besagt dies: Die mitteleuropäischen Demokratien verlieren an Vertrauen, weil bei einer Wahl immer weniger zur Wahl steht. Die Räume der politischen Entscheidung werden enger, und die Programme der Volksparteien gleichen einander wie ein Ei dem anderen. Im Kern, so schreibt Crouch in seinem Buch *Postdemokratie* (Suhrkamp Verlag), verfolgen alle große Parteien nur noch ein Programm, nämlich die »Anpassung« an den Sachzwang der Wirtschaft. Sie zersägen den Wohlfahrtsstaat, kürzen lebhaft Sozialleistungen, senken Unternehmenssteuern und gern auch die Löhne.

Mögen die Umsetzungen im Einzelfall auch durchaus unterschiedlich sein, so ist doch die Logik des Verfahrens stets dieselbe: Immer mehr öffentliche Bereiche werden in die Zuständigkeit des Marktes überstellt. Dem Markt und dem Management wird eine überlegene Intelligenz zugeschrieben, während Parteien, Behörden, Universitäten und sogar das Parlament im Verdacht angeborener Unfähigkeit stehen. Da dieses Programm, die Umstellung von Staat auf Markt, für seine Betreiber ohne Alternative ist, steht es auch nicht zur Wahl. Allerdings, so folgert Colin Crouch, wenn bei den Volksparteien eine Kernfrage nicht mehr zur Wahl steht, dann verliert der Wähler den Glauben daran, mit seinem Stimmzettel die Zukunft des Staates mitgestalten zu können. Dann bleibt er entweder zu Hause oder wählt die Rabauken vom linken oder rechten Rand, deren Parteien so zuverlässig wachsen wie die Unterschicht.

Übertrieben? Tatsächlich gingen am vergangenen Sonntag nur 72 Prozent der Bundesbürger zur Wahl, noch einmal sechs Prozent weniger als beim letzten Mal. Die Fraktion der Nichtwähler ist nun die zweitgrößte im Bundestag, und es gehört schon eine große Portion Frohsinn dazu, diese Wahlverweigerung als stille Zufriedenheit mit deutschen Verhältnissen zu deuten. Mit beachtlicher Geschwindigkeit zerfasert auch die (partei-)politische Substanz der alten Volksparteien, ihre scheinbar wetterfesten Pole schmelzen ab. Die vom Großen Vorsitzenden Gerhard Schröder in Trümmer gelegte Traditions-SPD nähert sich zahlenmäßig einer Klientelpartei und hat selbst zusammen mit der Linken weniger Stimmen als zu ihren guten Zeiten. Auch die Christkonservativen verlieren an Zustimmung, je häufiger sie sich zur Wahl stellen, und das sogar im schönen Bayern.

Betrachten wir noch einmal die Formel von der »Postdemokratie«. Alles in allem läuft sie auf die Behauptung hinaus, Regierungen glichen zunehmend einer Reparaturanstalt. Sie betreiben Finanzkrisenbewältigungspolitik, Bankenrettungspolitik oder Umweltschädenminimierungspolitik. Regierungen, heißt das, beschränken sich auf Gefahrenabwehr und agieren dabei notgedrungen technokratisch. Es gibt immer ein Feuer mehr, als sie löschen können, und was sie gestern privatisiert haben, darauf haben sie heute keinen Einfluss mehr.

Wohin dies führt, liegt auf der Hand: Es entsteht eine Demokratie in verdünnter Emulsion. Während der Einfluss des Parlaments sinkt, steigt die Macht ökonomischer Eliten. Sie steigt deshalb, weil die Gestaltung der nötigen »Anpassungen«, ihr gesetzestechnisches Design, in Kommissionen ausgelagert wird, in Sachverständigengremien oder – was zuweilen identisch ist – in einschlägige Lobby-Gruppen. Wirtschaftsnahe Anwaltskanzleien (oder ein ehemaliger VW-Manager wie Peter Hartz) bereiten Gesetzes-Menüs zu, die anschließend von der Regierung nur nachgewürzt und dem Parlament vorgesetzt werden. Manches Mal bleibt den Abgeordneten ohnehin nur der Platz am Katzentisch, wie beim Bankenrettungspaket, das von der Regierung mit den *money boys* aus dem Finanzsektor geschnürt und vor laufenden Kameras eingesegnet wurde.

Das führt zur dritten These der Demokratietheoretiker. Sie lautet: Da alle großen Parteien eine Politik nach technokratischem Muster betreiben, müssen sie ihre politischen Unterschiede durch Rhetorik herbeizaubern – sie müssen sie simulieren. Deshalb wird die Rivalität zwischen Volksparteien immer oberflächlicher und farbloser. Sie meiden Sachfragen und beschränken durch Themenentzug die politische Agenda auf wenige Fragen. Warum? Weil Volksparteien wissen, dass der Wähler sie nur so lange attraktiv findet, wie sie nicht offen sagen, was sie wirklich wollen.

Auch hier hätte ein Krisendiagnostiker wie Colin Crouch recht. Die CDU (»Wir haben die Kraft«) machte im Wahlkampf mit dem zarten Schmelz des Ungefähren Politik, also mit der Idee, nicht über Ideen zu sprechen. Damit bestätigte sie eindrucksvoll, dass große Parteien auf eine semantische Nullreferenz zusteuern, während rivalisierende Teams von Spindoktoren, die jeweils auch für die andere Seite arbeiten könnten, versuchen, die Wähler durch *emotional dressing,* durch Stimmungspolitik, einzufangen. Natürlich, auch Journalisten spielen das Spiel mit und verstehen sich nur noch als spekulative Eheberater von potenziellen Koalitionären: Wer mit wem und wenn ja, für wie lange? Zusammengefasst heißt dies: Alle sprechen in aufrichtiger Unaufrichtigkeit über alles, nur nicht über die Frage, welche »Anpassungen« nach der Wahl fällig werden.

Man kann sich an fünf Fingern abzählen, dass die Rede von den fälligen Anpassungen schon morgen zum Lieblingsslogan der schwarzgelben Regierung aufsteigen wird. Und die Gewieften könnten sogar mit Colin Crouch winken und sagen: »Sorry, wir können nicht anders, denn der politische Raum der Entscheidung ist nach der Finanzkrise so eng wie nie zuvor. Wir müssen die Gesellschaft an die neue Lage anpassen und«, auch so eine Spruchweisheit, »endlich in der Realität ankommen.«

Wenn es denn die Wahrheit wäre, dann wäre es nur die halbe. Denn die politischen Räume verschwinden ja nicht, sie verschieben sich nur. Auch wenn man sie kaum sieht, so entstehen neue Entscheidungsräume jenseits der Nationalstaaten. Noch scheinen die neuen transnationalen Arenen, wie zum Beispiel die Stiglitz-Kommission der UN, fern und ungreifbar. Und weil sie nicht ins Beuteschema der nationalen Medien passen, ist von ihnen in der Öffentlichkeit auch kaum die Rede.

Zu abstrakt? Nein, es reicht völlig, sich an den G-20-Gipfel in Pittsburgh zu erinnern. Angela Merkel und Peer Steinbrück haben dort einen dieser neuen politischen Räume betreten, jene eilends erweiterte Staatenversammlung, die sich beschäftigt, womit nationale Demokratien mit Sicherheit Schiffbruch erleiden würden: Mit der Einrichtung einer globalen Finanzaufsicht oder der Lösung der lebenswichtigen Frage, auf welche Weise der Bankenkapitalismus, der mit Megatonnen von Steuergeldern vor sich selbst gerettet werden musste, dafür nun zur Kasse gebeten werden könnte.

Zugegeben, die Ergebnisse von Pittsburgh sind nicht überwältigend. Andererseits ist es ein politisches Ereignis, wenn eine Kanzlerin, der es auf ihrem Leipziger Parteitag gar nicht marktradikal genug zugehen konnte, nun eine Steuer auf Kapitalbewegungen fordert oder, um ein Fachwort zu bemühen: das *re-embedding,* die politische Einhegung unkontrollierter Märkte. Und das, obwohl klassische Ökonomen Seite an Seite mit Bielefelder Systemtheoretikern dem Publikum jahrelang eingeschärft hatten, dem grazilen Eigensinn des scheuen Kapitals lasse sich politisch nicht beikommen.

Die erstaunte Frage, was internationale Regelungen mit nationaler Demokratiemüdigkeit zu tun haben, ist nun schnell beantwortet: Nur sie bieten die Chance, die Gespenster von Parteienverdruss und Postdemokratie zu vertreiben. Denn sollte eine stärkere transnationale Einbettung der Märkte gelingen, dann bekämen nationale Politiker mehr Luft zum Atmen. Der Druck im Krisenkessel würde sinken, Regierungen müssten sich nicht mehr bloß als Reparaturanstalten verstehen, und statt sich immer nur an die Verhältnisse anzupassen, bekämen sie Gelegenheit zu originellen Reformen – sie könnten Abschied vom Fetisch »Wachstum« nehmen, eine intelligente Arbeitszeitverkürzung in die Wege leiten oder die Revolution der Bildungsanstalten vorantreiben.

Bleibt die letzte, alles entscheidende Frage: Warum sollte ausgerechnet eine schwarz-gelbe Bundesregierung ihre internationalen Mit- und Gegenspieler dazu überreden, das globale Kapital sozialpflichtig zu machen? Vor allem: Warum sollten die Marktradikalen aus der FDP gegen ihre allerliebsten Überzeugungen handeln? Ganz einfach: aus nationalem Interesse und aus Interesse an eigenem Machterhalt. Eine zweite Finanzmarktkrise könnte von einer fiskalisch ausgepowerten Bundesrepublik nicht mehr abgefedert werden. Und die weitere Amerikanisierung der Gesellschaft, eine noch stärker wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, gefährdet den Betriebsfrieden der Republik, an dem bekanntlich auch Kapitaleigner ein ehrliches Interesse haben. Es reicht schon, wenn in Berlin und Hamburg Woche für Woche die Autos brennen.

Ja, es wäre eine Ironie der Geschichte, und man sollte sie sich genüsslich auf der Zunge zergehen lassen: Der deutsche Außenminister, der auf internationalem Parkett die Vorschläge zur Austrocknung von Steueroasen präsentiert, wäre niemand anderes als ein vormaliger Spaßpolitiker – der weltberühmte Guido Westerwelle.

www.zeit.de/audio



Foto: 28.09.09, Berlin, Michael Kappeler/ddp

LEKTÜRE ZUR LAGE

Was sind das für Leute, die FDP wählen? »Das weiß man nicht«, heißt es bei **Gottfried Benn,** »kann auch / den Kellner nicht fragen, / der an der Registrierkasse / das neue Helle eindrückt, / des Bons begierig, / um einen Durst zu löschen anderer Art«. Der Titel des Gedichts lautet aber: »Das sind doch Menschen«



Eintritt verboten!

Warum darf der Verleger K. D. Wolff nicht in die USA einreisen?

Der Frankfurter Verleger Karl Dietrich Wolff, ohne den unser Bild von Hölderlin und Kafka so ungenau wäre wie die Freund-Feind-Erkennung der amerikanischen Einwanderungsbehörde, wurde am 25. September auf dem JFK-Flughafen in New York festgehalten und nach stundenlangem Verhör mit dem letzten Flug gen Frankfurt zurückgeschickt. Eingeladen hatte ihn das edel-teure Vassar College in der Nähe von New York. Er sollte als Zeitzeuge über die bewegten Frankfurter 68er-Jahre referieren.

Wolffs Visum, das bis zum November 2010 gültig war, sei schon 2003 »revoziert« worden. Das war ihm neu. Kein Wunder – immerhin hatte dieselbe Behörde noch am 11. September 2001 einem arabischen Flugschüler eine schriftliche Visumsverlängerung zugestellt, obwohl der Herr, wie allgemein bekannt, als mörderischer Pilot eines der beiden Attentatsflugzeuge von New York bereits umgekommen war. Die Behörde hinkte, anders gesagt, ihrer Zeit hinterher. Im »Fall K. D. Wolff« fast ein halbes Jahrhundert. Seine umstürzlerische Energie gilt schon längst der Germanistik. Er ist ein Editionsrevolutionär geworden.

Der ehemalige SDS-Vorsitzende hatte 1969 vor dem Untersuchungsausschuss gegen unamerikanische Aktivitäten des US-Senator Strom Thurmond als »Rassisten« bezeichnet. Was sachlich korrekt war. Wolff durfte dann jahrelang nicht mehr in das Land einreisen. Doch sein zweites US-Visum verdankte er einer Intervention des hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann (CDU) beim Bonner US-Botschafter. Nun ist es grundlos ungültig geworden. Immerhin bleibt ihm vorerst jene Frage erspart, die jeder Deutsche, der ein US-Visum beantragt, immer noch beantworten muss (ob er Jude ist oder nicht): »Haben Sie am Holocaust teilgenommen – ja oder nein? (Bitte ankreuzen.)«

Dem Verleger Franz Kafkas kommt dies alles bekannt vor. Hätte er den Beamten am New Yorker Flughafen gesagt, bei seiner Rückkehr nach Deutschland drohe ihm Folter, hätten sie ihn einreisen lassen. Oder sie hätten ihn nach Guantánamo geschickt, je nach Laune. Auf Roman Polanski wartet nun auch ein Flug nach Amerika. Mal sehen, wohin. MICHAEL NAUMANN

Polanski und das Bankgeheimnis

Hinter der Verhaftung des Regisseurs in der Schweiz stecken vor allem wirtschaftliche Interessen

VON PEER TEUWSEN

Die Empörung hat viele Freunde. Sie postierten sich vergangenen Sonntag in Reih und Glied vor einem Zürcher Kino mit Plakaten, auf denen stand zum Beispiel: *»Free Polanski!«* So forderte man früher die Freilassung politischer Gefangener. Und der Dokumentarfilmer Christian Frei gab zu Protokoll: »Ich schäme mich in diesem Moment, Schweizer zu sein.«

Was war Beschämendes passiert? Die Polizei hatte am Samstagabend den weltberühmten Regisseur Roman Polanski, der, von Paris über Wien kommend, in Zürich eintraf, verhaftet. Am Mittwoch davor war bei der Schweizer Justiz ein Haftbefehl aus Amerika eingegangen, der auf den polnisch-französischen Doppelbürger lautete. Die Staatsanwaltschaft Los Angeles hatte im Internet gelesen, dass der 76-Jährige beim Zürcher Filmfestival für sein Lebenswerk geehrt werden soll. Die Anklage: Sex mit einer 13-Jährigen, geschehen 1977 im Haus von Jack Nicholson am Mulholland Drive in Los Angeles. Dem Urteil hatte sich Polanski, der die Tat nicht leugnet, durch Flucht nach Europa entzogen. Seitdem versuchen die Amerikaner, ihn zur Rechenschaft zu ziehen, vom Jahr 2005 an mit einem internationalen Haftbefehl.

Nun hat die Schweiz 1997 ein Abkommen mit den USA geschlossen, das sie verpflichtet, Menschen, die in den Staaten gesucht werden, festzunehmen und auszuliefern. Deshalb stellt sich die verantwortliche Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf auch auf den Standpunkt, dass man gar nicht anders konnte, als den berühmten Mann dingfest zu machen. Da hat sie einerseits recht – und andererseits auch nicht. Das Vorgehen der Schweizer ist juristisch korrekt, leider aber auch ein bisschen sehr beflissen. Es gibt nämlich keine direkte Handhabe gegen einen Staat, der dem Abkommen nicht Folge leistet. Die Schweiz hätte Roman Polanski also nicht festnehmen müssen, sie hätte sich den Amerikanern verweigern können. Überdies besitzt der Regisseur seit vielen Jahren ein Chalet im Nobelkurort Gstaad im Berner Oberland, wo er sich oft monatelang aufgehalten hat. Es wäre ein Leichtes gewesen, seiner habhaft zu werden – wenn man gewollt hätte. Hier stimmt etwas nicht.



ROMAN POLANSKI, 76, sollte beim Zürcher Filmfestival geehrt werden

Foto (Ausschnitt): Joel Ryan/picture-alliance/dpa

Warum also jetzt? Weil sich in der Schweiz politische und wirtschaftliche Interessen mischen. Unlängst erst konnte die Schweizer Großbank UBS mit den amerikanischen Steuerbehörden unter tatkräftiger Mithilfe der Schweizer Politik einen Vergleich erzielen, der die Bank wohl vor dem Untergang und die Schweiz vor dem endgültigen Verlust eines so alten wie erfolgreichen Geschäftsmodells bewahrte. Auf dem Spiel stand das Bankgeheimnis. Der US-Fiskus wollte alle Einzelheiten über die Bankbeziehungen von 52 000 amerikanischen UBS-Kunden. Der finanzielle Verlust der Bank wäre immens, der Imageverlust wäre tödlich gewesen. Jetzt bekommen die Amerikaner nur einen Bruchteil der Daten.

Man muss die Verhaftung Polanskis also vor diesem Hintergrund sehen. Der Regisseur reiste in ein Land, dem es gerade an Selbstvertrauen mangelt. Das verdeutlicht schon der Vergleich mit Deutschland. Obwohl Roman Polanski vergangenen Winter wochenlang unter großer medialer Beachtung auf Sylt seinen Film *Ghost* drehte, schritten die Behörden nicht ein. Auch Deutschland hat ein Auslieferungsabkommen mit den USA, auch Deutschland muss jemanden festnehmen, der von Interpol zur Verhaftung ausgeschrieben ist. Aber in der zuständigen Staatsanwaltschaft in Los Angeles hatte man nicht mal Kenntnis davon, dass Polanski überhaupt in Deutschland war. Die simple Antwort der Sprecherin lautet: »Davon weiß ich nichts.« Die Wahrheit ist also banal: Die Schweiz hatte wohl das Pech, dass ein Staatsanwalt in Los Angeles gerade mal wieder seine »Google Alerts« zu Roman Polanski checkte, als dieser nach Zürich eingeladen wurde.

Und leider konnten es sich die Schweizer nicht leisten, den großen Bruder Amerika erneut zu verstimmen. Die Folgen wären vielleicht gravierend gewesen. Da stellte man dem prominenten Gast lieber in vorauseilendem Gehorsam eine Falle. Warum man ihm allerdings nicht rechtzeitig ein Zeichen gegeben hat, der Veranstaltung fernzubleiben, ist ein Rätsel.

Jetzt nimmt die Schweiz in Kauf, zwischen den amerikanischen Hammer und den französischen Amboss zu geraten. Die Politik des Nachbarlandes will es nämlich nicht hinnehmen, dass einer der Ihren hinter Gittern sitzt. Der französische Kulturminister Frédéric Mitterrand sagte jüngst in einem Interview: »Es gibt ein großzügiges Amerika, das wir lieben, und es gibt ein Amerika, das Angst macht – und dieses Amerika zeigt uns gerade sein Gesicht.«

In seiner Tonlage passt sich der Herr Minister aber nur den Künstlern an. Denn alle sind – empört. Herr Polanski in der Ausschaffungshaft ist »empört«, seine Frau Emanuelle Seigner, die im Zürcher Luxushotel Baur au Lac die Stellung hält, ist »empört«, und die Anwälte sind sowieso alle »empört«. Am empörtesten aber ist die Welt des Films. Schon fordern Hunderte von Kulturschaffenden in einer Petition die Freilassung von Meister Polanski, darunter Constantin Costa-Gavras, Fanny Ardant, Ettore Scola, Monica Bellucci und Bertrand Tavernier. Und das Zürcher Filmfestival muss Absagen hinnehmen. Produzent Henning Molfenter von den Studios in Babelsberg will »auf keinen Fall in der Schweiz Filme schauen, wenn fünf Kilometer entfernt Polanski im Gefängnis sitzt«.

Ja, es ist großes Kino, das da gerade aufgeführt wird. Aber ist es auch gutes Kino? Hat es also irgendetwas mit unserer Realität zu tun?

Die Welt der Fiktion scheint ziemlich zu verdrängen, dass all dem eine böse Tat zugrunde liegt. Polanski hat sich als 43-Jähriger eine 13-Jährige mit Macht, Alkohol und Beruhigungstabletten gefügig gemacht. Natürlich ist das lange her, natürlich hat das Opfer ihm verziehen. Aber mal abgesehen davon, dass dies juristisch nichts zur Sache tut – darf man in so einem Fall mit wilder Überzeugung die Freilassung fordern?

Die meisten Kulturschaffenden beantworten diese Frage mit Ja. Sie folgen damit einem Muster. Der Journalist und Politaktivist Mumia Abu-Jamal, der 1981 mit höchster Wahrscheinlichkeit einen Polizisten erschossen hat, genießt seit Jahren eine unglaubliche Unterstützung aus künstlerischen Kreisen. Und spricht heute noch irgendwer von dem seltsamen Umgang mit Kindern, den ein Michael Jackson gepflegt hatte? Nein, er scheint ins Nirwana der Unantastbarkeit entrückt.

Auf zwei Transparenten von Kulturschaffenden vor dem Zürcher Kino hieß es: »Gebt ihnen das Bankgeheimnis und nicht Polanski.« Daraus kann man folgern, dass Menschen aus der Wirtschaft, die dem Staat Geld entziehen, härter verfolgt werden sollen als Menschen aus der Welt der Kunst, die kleine Mädchen misshandeln. Relativiert die kulturelle Leistung also eine kriminelle Tat?

WAS MACHE ICH HIER? NR. 107

Gut möbliert in Nikolassee

Es war am letzten Tag meiner Möbelsucht. Ich hatte im Internet ein seltenes Sideboard von Michel Mortier für ARP entdeckt, es stand zwar in der Bretagne, aber dafür kostete es nur 300 Euro, zumindest jetzt, kurz vor Ende der Auktion. Ich sagte: »Soll ich es kaufen?« Und Paul und Sammy und Henriette sagten: »Natürlich sollst du es kaufen.« Wir hatten uns das Sideboard alle auf Sammys Laptop angeguckt, und dann gab es Roastbeef und Bratkartoffeln wie früher in München im Schumann's, und ich dachte, noch 2 Stunden und 46 Minuten.

Sammy und Henriette wohnen jetzt schon seit einem Jahr draußen in Berlin-Nikolassee in dieser wahnsinnig schönen Jugendstilvilla, im ersten Stock, und unter ihnen wohnt Paul, und hinter der Villa ist ein wahnsinnig schöner Garten, mehr Wiese als Garten, das ist das Schöne daran, aber dann auch wieder mehr Garten als Wiese, vielleicht weil er fast so breit und lang ist wie irgendein Sportfeld. Dort, wo das gegnerische Tor stehen müsste, steht ein schwerer, weißer Gartentisch mit ein paar schweren, weißen Gartensesseln, die Paul vor einer Weile im Netz gefunden hat und von Österreich nach Berlin bringen ließ, und als ich ihn fragte, was das alles kostete, sagte er: »Praktisch nichts.« Obwohl ich nie jemanden an diesem Tisch sitzen sah oder selbst dort jemals saß, weiß ich, wie schön es sein muss, dort zu sitzen.

Das **SIDEBOARD** der Begierde

Foto (Ausschnitt): www.formeutile.com

Im Esszimmer von Henriette und Sammy steht mein altes italienisches Sofa – schwarzes Leder, Stahlrohr, weiche und zugleich strenge Formen im Franco-Albini-Stil –, für das ich wegen der vielen anderen schönen Möbel, die ich in der letzten Zeit kaufen musste, keinen Platz mehr habe. Ich fand es wahnsinnig schön, und ich dachte, würde ich es im Internet finden, dann würde ich es sofort haben wollen, auch wenn es in Norditalien stünde, nur der Transport dürfte nicht teurer sein als 300 Euro.

»Meine Eltern«, sagte Paul, »hatten in den sechziger Jahren viele tolle dänische Möbel.« »Du meinst Möbel, für die wir sterben würden?«, sagte Sammy.

»Und du«, sagte Henriette, »musst einfach nur nach Hause fahren und sagen: ›Hallo, kann ich bitte noch diesen Eggchair von Jacobsen haben und diese seltene Blütenlampe von Henningsen?‹«

»Nein, es ist alles weg«, sagte Paul, und er erzählte uns von seinem Vater, der aus Idealismus ein paar Jahre in Pakistan Lehrer war, und bevor er wieder nach Europa zurückfuhr, tauschte er aus Idealismus mit den Kriegern von Peschawar seine ganze Wohnungseinrichtung. Er kriegte ihre Teppiche, sie kriegten seine Mogensen-Regale.

»Verrückt«, sagte ich, ich guckte auf die Uhr und dachte, noch eine Stunde und 32 Minuten. Dann dachte ich, ich sollte mal auf eBay Pakistan gucken, was es dort gibt.

Nach dem Essen sagte Paul, wir sollten spazieren gehen. Es war einer von diesen Sommerabenden, die einen immer an den besten Teil der Kindheit erinnern. Paul kennt Nikolassee so gut, wie ich mal Schwabing kannte. »Hier«, sagte er, »wohnte Jochen Klepper, der Schriftsteller. Er wollte sich von seiner jüdischen Frau nicht scheiden lassen. Kurz bevor die Gestapo kam, hat er sie und seine beiden Kinder lieber umgebracht.« – »Wie unjüdisch«, sagte ich, und wir gingen schnell weiter, und Paul sagte: »Hinter den Bäumen, dieses weiße Traumhaus im englischen Landhausstil – das ist von Muthesius!« Wir überquerten die Rehwiese und warteten auf die Wildschweine, aber sie schliefen schon. »Dort wohnte Julius Posener, der größte Architekturkritiker des 20. Jahrhunderts. Als alter Mann stürzte er in den siebziger Jahren in die Häuser, die saniert wurden, und schrie die Bauarbeiter an, sie sollten sofort aufhören. Ohne ihn würde Nikolassee jetzt wie München-Solln aussehen.«

Dann ging es um eine herrliche, leichte, helle, in der Dämmerung schimmernde Villa, die Deutschlands erste Architektin für ihre lesbische Freundin, eine vergessene Schriftstellerin, gebaut hatte. Die Schriftstellerin wurde im KZ umgebracht, die Architektin verschwand. Auf dem Rückweg erzählte uns Paul noch von den Nazis, die nach den Juden und den Bildungsbürgern Nikolassee für sich entdeckt hatten, von Canaris, der nett zu den Nachbarn war, von Heydrich, der griesgrämig seine Schäferhunde über die Rehwiese zerrte. Als wir wieder bei Henriette und Sammy saßen, sagte Paul: »Nächstes Mal gehen wir nicht so spät los und klingeln bei diesen Leuten, deren Bauhaus-Villa mit echten Mies-van-der-Rohe-Möbeln voll steht. Er ist Deutscher, sie Jüdin, und ihre Familie hat das Haus durch den Krieg gerettet. Keine Ahnung, wie.«

Ich saß auf meinem wahnsinnig schönen italienischen Sofa und dachte an das Sideboard in der Bretagne. Ich stellte mir vor, wie ich es kaufte, wie es mir gebracht wurde, wie ich es im Wohnzimmer aufstellte, wie ich einen von meinen tschechischen Kubisten darüberhänge, wie die NSDAP an die Macht kam, wie ich mit drei Büchern und einer Zahnbürste nach Amerika floh. Dann guckte ich ins Netz. Das Sideboard von Michel Mortier gehörte mir. **MAXIM BILLER**



DISKOTHEK

Bald ist es wieder so weit, und die Schneeflocken tanzen, wirbeln zart umher, rieseln in sanftem Rhythmus hernieder und hüllen alle irdischen Schrunden in den vergänglichen Mantel überirdischer Schönheit. Ein Szenario, das fast von selbst ein musikalisches Phänomen zu sein scheint, ein Tanz der getupften Töne in kalter, gedämpfter Luft. Als der dänische Komponist **Hans Abrahamsen** – 1952 in Kopenhagen geboren – seinem einstündigen Zyklus den Titel *Schnee* gab, stand ihm aber nicht die Idylle unendlicher weißer Landschaften vor Auge und Ohr, sondern die unerschöpfliche Vielfalt von Formgesetzen, die den sechsgliedrigen Schneekristall ebenso hervorbringen wie das Verwandlungstableau einer Escher-Grafik (die Abrahamsen hoch schätzt) oder das Leitmotiv von Johann Sebastian Bachs *Kunst der Fuge*. Sollte der Schneekristall ein Gegenstück in der Musik haben, dann ist es der Kanon, jenes kontrapunktische Gebilde, das sich von vorne nach hinten, von oben nach unten und von kreuz nach quer lesen und spielen lässt. Die Idee zu seinen zehn *Kanons und drei Intermezzi* (2006 bis 2008) kam Abrahamsen, als er Kanons aus Bachs Spätwerk instrumentierte und von der Vielgestaltigkeit des immer Ähnlichen, aber nie Gleichen, geradezu hypnotisiert wurde. Er überlagerte stets an perfekter Symmetrie vorbeischrammende melodische Formeln mit fein ausgehörten Hauch- und Raschelklängen zu einem betörenden Vexierspiel. Kanons tendieren allgemein zum Minimalismus, es ist bei Abrahamsen aber nicht der maschinelle, der seine Figuren mechanisch abspulen lässt, sondern eben der eines Schneegestöbers.

Das **Ensemble Recherche** spielt den Zyklus – trotz seines 25-jährigen Dienstjubiläums – frisch wie am ersten Tag. Mit zarter Delikatesse zeigt es das nötige Gespür für Schnee, gibt aber auch die zupackende Spielart, wenn sich, wie in *Canon 4a*, die Partien zu einer handfesten Schneeballschlacht entwickeln. Neue Musik scheint jung zu halten, jedenfalls hält das Ensemble nach wie vor seine stets hohe, schwindelerregende Präsenz. Es schlägt auch gerne Querfeldeinverbindungen der besonderen Art, denn nahezu zeitgleich hat es ein Programm mit vier frühen Stücken von **Karlheinz Stockhausen** aufgenommen. Was zunächst nach einem denkbar größten Kontrast aussieht, erweist sich frappierend vergleichbar. Verfehlt, wer bei Stockhausens Jünglingswerken – 1952 war er gerade einmal 24 Jahre alt – in vorauseilender Sorge eine enervierend-hektische Modernität erwartet. Sein *Schlagtrio* für Klavier und sechs Pauken entfaltet kein Gedonner und kein Gedröhn. Hier treten die Pauken als Melodieinstrument auf, und wenn ihnen das Klavier nach einem Drittel des Stücks das Spielfeld übergibt, lassen sie Melodietropfen wie Schneeflocken vom Himmel fallen und im ruhigen Wirbel den Raum ausfüllen. *Refrain* (1959) hat schon durch die Klanglichkeit von Celesta, Vibrafon und Glockenspiel eine kühl-winterliche Anmutung, und *Kontra-Punkte* (1953) ist zwar schon ein heftigeres Gestöber, aber auch hier überwiegt das Spiel der Einzeltöne, die sich in stets neuen Figuren paaren. Fast will es scheinen, als würde das Gesetz einer verbindlichen Konstruktion (bei Stockhausen hat jedes Ereignis seinen genau berechneten Platz), gepaart mit schöpferisch-chaotischer Fantasie, zur berückenden Vielfalt führen – in der Natur wie in der Musik gleichermaßen.

So gewinnt die wärmende Schneelyrik von Abrahamsen vertrauliche Nähe zu der kühlen Hitze des Feuerkopfes Stockhausen, und es wehen einem nicht nur die Flocken um die Ohren, es rieseln auch die Schuppen von den Augen – bei diesem Tanz der Kontra-Punkte, Melodieflocken und der kreisenden Zeit. **FRANK HILBERG**

Karlheinz Stockhausen: Kontra-Punkte, Refrain, Zeitmasze, Schlagtrio (Wergo 6717)
Hans Abrahamsen: Schnee (Winter & Winter 910159)

Da ist Druck im Kessel

Eine Begegnung mit Ai Weiwei, der wie kein anderer chinesischer Künstler gegen das Unrecht in seinem Land kämpft – auch in seiner ersten großen Ausstellung, die nun in München beginnt

VON HANNO RAUTERBERG



Alle sollen alles sehen – und wenn es um Menschenrechte geht, ist sich **AI WEIWEI** für nichts zu schade

Was wäre das, größenwahnsinnige Bescheidenheit? Gibt es so etwas: gelassene Rebellion? Eine Ruhe, die ganz Tat ist? Zumindest gibt es Ai Weiwei. Einen Künstler, der es aufnimmt mit den mächtigsten Feinden, mit den Diktatoren in Peking. Der lauthals Demokratie verlangt, Meinungsfreiheit, gleiche Rechte für alle! Der sich nicht mundtot machen lässt, auch nicht, wenn sie ihn einsperren, ihn schlagen, so wie neulich, als Polizisten mitten in der Nacht die Tür seines Hotelzimmers aufbrechen und ihn niederprügeln. Ein Schlag trifft ihn am Kopf, er blutet – und wehrt sich doch weiter, auf seine Weise. Ai Weiwei zückt die Kamera, als die Polizisten ihn abführen, er fotografiert sie und sich, als wären sie gemeinsam auf einem Ausflug. Alle Welt soll dieses Bild sehen: den Schrecken und seine Antwort darauf, Unerschrockenheit.

Und dann sitzt er vor mir, ein Mensch von Volumen und Stolz, doch ganz in sich selbst verzogen. Seine Stimme nur ein Flüstern, der Blick flattert. »Zu Schulzeiten war ich so schüchtern«, wird er später erzählen, »dass ich immer rot wurde, wenn mich jemand auch nur anschaute.« Er, auf dem heute so viele Augen ruhen, dessen Stimme wie keine andere gehört wird, er, der wohl wichtigste, der bekannteste Kämpfer gegen das Unrecht im Riesenreich China.

»Ich bin ein gewöhnlicher Mensch, ganz gewöhnlich«, sagt er und rubbelt sich jäh mit beiden Händen übers Gesicht, als wollte er einen Juckreiz loswerden. »Ich habe nichts dazu beigetragen«, sagt er. »Die anderen waren es, die Interviews. Ich bin wohl der am meisten interviewte Mensch in China.« Nun lächelt er das erste Mal, zuckt vorsichtig mit den Schultern, ein Zucken der Verwunderung – wie seltsam, warum geschieht das gerade mir?

Dieser Tage wohnt der meistinterviewte Chinese im Keller, in den Katakomben eines Nazipalasts in München. Dort, im Haus der Kunst, 1933 bis 1937 erbaut, hat er sich für einige Wochen eingenistet, kampiert mit seiner 20-köpfigen Mannschaft auf Klappbetten, zusammengepfercht in vier Zimmern, um seine weltweit erste große Ausstellung vorzubereiten, die am 12. Oktober beginnt. Er hat hier unten alles, was er braucht, Sessel, Fernseher, Computer, seine Vertrauten, einen Koch. Nonchalant hat er den Trutzbau in eine heitere Wohngemeinschaft verwandelt. Gelegentlich rieche es nun selbst oben in den Museumshallen verführerisch nach chinesischem Essen, erzählt eine Wärterin.

»Ich bin ja kein großer Freund von Museen, da hat man oft das Gefühl, die Leichen irgendeines längst vergangenen Kriegs werden ausgestellt. Hier wollen wir etwas anderes. Das Haus der Kunst soll ein Schlachtfeld sein.«

Ein Schlachtfeld – da blitzt es kurz in seinen Augen. Eben noch die Ruhe selbst, durchzuckt ihn der Zorn und es entfährt ihm beißender Spott. Er ist eine Art Sumoringer der modernen Kunst, ein stämmiger Kerl mit Kugelbauch auf kurzen Beinen, der seine träge Masse blitzschnell in Kraft verwandelt. Dann schimpft er Architekten »Klugscheißer«, die chinesische Regierung »Mafia« oder stiftet seine Helfer zu einem Video an, in dem sie der Reihe nach *»Fuck my motherland«* in die Kamera sagen – Ai Weiweis Kommentar zu Chinas Nationalfeiergetöse.

Stimmt das? Ist er ein solcher Ringer? Da lacht Ai Weiwei und schüttelt den Kopf. »Ich bin eher ein Stück Holz, das im Fluss dahinschwimmt und von dem man nicht weiß, wo es antreibt. Ich habe keine Pläne, kein Ziel.«

Eine Installation im **HAUS DER KUNST**

Er hat sein Filmstudium in Peking abgebrochen. Sein Kunststudium in New York abgebrochen. Und seine Karriere als Architekt, die erklärt er auch für beendet. Stets lässt er die Dinge auf sich zukommen, und nie hat er sie festgehalten. Lebte vom Putzen, vom Tischlern, vom Babysitten, vom Gärtnern, zwei Jahre lang auch vom Blackjackspielen. Mit Mitte 20 war er nach New York gegangen, hatte seiner Mutter fest versprochen, als großer Künstler heimzukommen, als Picasso. Doch obwohl er sich herumtrieb in der Künstlerszene, auf Andy Warhol stieß, auf Jasper Johns, und sich sehr für Marcel Duchamp und seine Readymades begeisterte – ein Weg in der Kunst wollte sich nicht auftun. »Es interessierte sich keiner für das, was ich machte. Und das ist oft heute noch so, auch wenn das niemand glauben will. Hier in München, das ist meine dritte Ausstellung überhaupt.«

Erst die Architektur machte ihn bekannt – und auch das war Zufall. Er kam aus New York zurück, wohnte bei seiner Mutter, die unglücklich darüber war, dass er noch immer keinen Erfolg, keine Frau, kein Kind vorweisen konnte. Da stieß er am Rande Pekings auf ein Gemüsefeld, das gefiel ihm. Er fragte den Bauern, ob er dort ein Atelierhaus bauen dürfe. Ein Haus, sehr schlicht, sehr streng, in alter Ziegeltechnik. Als es stand, gefiel es vielen seiner Freunde, so gut, dass sie auch ein solches Haus wollten – und bald schon eine Siedlung entstand. »Plötzlich sagten sie mir, ich sei Architekt. Das hatte ich nicht gewusst.«

Wenig später war er sogar Architekt des wichtigsten Bauprojekts der Volksrepublik, des Olympiastadions. Jacques Herzog und Pierre de Meuron aus Basel suchten nach jemandem, der ihnen beratend bei ihrem Entwurf zur Seite stehen würde. Gemeinsam entwickelten sie die eigentümliche Struktur des Stadions, ein chaotisches Strebengewirr, das sich dennoch zu einer weichen, klaren Ordnung fügt. Ai war begeistert – und kurz darauf entsetzt.

»Ich finde ja, dass Naivität sehr wichtig ist«, sagt er und lächelt wieder. »Wenn man nicht ein wenig naiv ist, wird man nie etwas beginnen. Aber beim Stadion war ich zu naiv.« Er wollte nicht wahrhaben, dass die kommunistische Partei den Bau zur Propagandabühne machen würde. Als er es aber begriff, scheute er nicht die klaren Worte und sagte jedem Mikrofon, das sich ihm darbot, dass sich hier ein Unrechtsstaat selber glorifiziere. So begann ausgerechnet mit seinem bestgehassten Projekt – er hat es nie besucht! – seine Weltkarriere als Aktivist und Medienkünstler.

Spätestens seit den Olympischen Spielen klingeln die Korrespondenten regelmäßig bei ihm an, wenn es um Tibet geht, um den Massenmörder Mao, um die Todesstrafe, um all jene Reizthemen, die sonst kein anderer Intellektueller in China so ungeschützt diskutieren mag wie Ai. Natürlich spürt er den Druck, die Parteibonzen bespitzeln ihn, sperren viele seiner Internetbeiträge. Doch je mehr sie ihn bedrängen, desto stärker wird er. »Ich bin ja kein politischer Künstler, das wirkt nur so«, sagt er. »Ich bin nur jemand, der auf seine Bürgerrechte nicht verzichten will.« Während andere Sicherheit suchen im geschützten Raum des Privaten, gewinnt Ai seine Sicherheit, indem er alles Private veröffentlicht, auf allen Kanälen. Er führt ein Internettagebuch, betreibt über Twitter eine Art Privatsender mit Bildern und kleinen Texten, er zeigt sich halb nackt oder mit seinen Katzen, zeigt auch seine Kopfwunde, zeigt sich im Münchner Krankenhaus, in das er eingeliefert werden musste, weil sich in seinem Schädel durch die Polizistenschläge ein lebensgefährdender Bluterguss gebildet hatte. Ai gibt die klassischen Grenzen des Persönlichen auf, um eine andere Grenze zu wahren: die, die ihn vom Gefängnis trennt.

Ihr seht mich, und solange ihr mich seht, so lange werdet ihr nicht gesehen – das ist seine Logik. Wenn ich aber nicht mehr zu sehen bin, wenn ihr mich vom Schirm nehmt, dann wird man euch sehen, dann richtet sich der Blick der Welt auf euch, alle werden wissen, mir ist etwas passiert. Die Bilder schützen ihn. Man könnte auch sagen, Ai entdeckt die bannende Kraft der Bilder, so wie im Mittelalter, als man ihnen geradezu magische Kräfte beimaß und an ihre Lebendigkeit glaubte.

»Wir haben jetzt in China so etwas wie die erste Bürgerrechtsbewegung«, sagt er und öffnet die verschränkten Arme, beginnt zu gestikulieren, erzählt von Sichuan, wo im Mai vorigen Jahres über 80 000 Menschen bei einem Erdbeben umkamen, allein in den Schulen starben fast 6000 Kinder. »Und warum? Weil die Schulen so schlecht gebaut waren, weil es Korruption gibt und man an den Konstruktionen spart. Die Regierung hätte das prüfen müssen, sie muss die Hintermänner bestrafen. Doch was tut sie? Sie tut nichts.« Sie wollte nicht einmal sagen, wie viele Kinder gestorben waren, wollte ihre Namen verschweigen. Die trauernden Eltern wurden bedroht, die Partei würde ihnen das Gehalt kürzen, hieß es, sie dürften nicht in die neuen Wohnanlagen einziehen, wenn sie mit der Presse redeten, gar mit Ai Weiwei. Doch der veröffentlichte per Internet einen Aufruf, und viele Hundert Helfer aus ganz China meldeten sich, erklärten sich bereit, nach Sichuan zu reisen und nach den Namen zu forschen, nach den Schuldigen zu fragen. Viele wurden bedroht, viele verhaftet, doch die Liste gibt es nun, 5826 Kinder stehen darauf. »Die Schwachen, die Zerbrochenen, zählen nicht in unserer Gesellschaft«, sagt Ai. »Nur die Erfolgreichen zählen. Soll das so bleiben?«

Viel wird in China nun geredet über diesen Mann, der sich das Fragen und Forschen nicht verbieten lässt. Und so mancher wundert sich, dass Ai nicht längst eingesperrt wurde wie so viele andere Widerständler. »Es hat wohl mit meinem Vater zu tun«, räumt er ein. »Sie können mit mir wohl nicht das machen, was sie mit ihm gemacht haben.« Sein Vater Ai Qing hatte in Paris Malerei studiert, war bald schon zu einem der wichtigsten Lyriker seiner Zeit aufgestiegen, begleitete Mao auf seinem Langen Marsch. Doch just in dem Jahr, als sein Sohn Weiwei geboren wurde, 1957, beschloss die Partei, Hunderttausende Intellektuelle zu vertreiben. Die Ais verschlug es an den Rand der Wüste Gobi, in ein Lager, in dem der Dichter mit seiner Familie über Jahre in einem Erdloch hauste, gegen Sandstürme und Kälte nur von einem Dach aus Zweigen geschützt. Er durfte nicht lesen, nicht schreiben, im Dorf musste er die öffentlichen Klos putzen. »Die Kinder warfen mit Steinen nach ihm, die Erwachsenen spritzten ihm Tinte ins Gesicht, wir Kinder gingen betteln. Wir waren die Ausgestoßenen.«

Am schlimmsten aber war die Rückkehr: 1978 wurde Qing rehabilitiert, doch mehr als einen dürren Satz, ein *so sorry,* es sei wohl ein Fehler gewesen, Millionen zu vertreiben, brachten die Kader nicht über die Lippen. »Für sie war es ein Satz, für mich waren es zwanzig Jahre, hat mein Vater oft gesagt.«

Und für den Sohn? Eine Kindheit in der Vertreibung, ohne Halt, der Vater vor aller Augen gedemütigt – wie kann einer damit leben?

Ai schweigt. Und spricht dann leise von den vielen schwarzen Jahren, von Depression, von Trauma. Und davon, wie die Kunst ihn wohl gerettet habe. »Sie kann viel verändern. Sie war für mich ein Schlupfwinkel, eine Möglichkeit, mit dem, was ich gesehen habe, zu leben.«

In diesen Erfahrungen gründet seine Kunst bis heute, sein Aufbegehren gegen staatliche Unterdrückung und genauso gründen darin seine Skulpturen und Installationen. Bei allem Ringen um Gerechtigkeit kennt Ai immer auch das Verletzen und Zertrümmern. Das Richtige und Unrichtige, das Aktive und Kontemplative gehen in seiner Kunst eine sehr ungewöhnliche Balance ein. An der Fassade des Münchner Kunstbaus hat er aus vielen Tausend Rucksäcken einen chinesischen Satz bilden lassen, er stammt von einer Mutter aus Sichuan, die ihre Tochter verlor: »Sieben Jahre lebte sie glücklich auf dieser Welt«, steht da in großen Lettern.

Wer dann aber das Museum betritt, für den kippt das, was eben noch rührselig, fast kitschig schien, ins Aggressive. Wir sehen Ai auf einem Foto, wie er eine Urne aus der Han-Dynastie – »natürlich eine echte!« – fallen lässt. Wir sehen neolithische Vasen, 6000 Jahre alt, mit Industriefarben bekleckert. Sehen antike Stühle, Tische, Tempelpfosten aufgeschlitzt und zu neuen Skulpturen verbaut. Ist das ein und derselbe Ai?

»Ich liebe Antiquitäten, ich sammle, ich horte sie, bei uns steht das halbe Lager voll mit Türen und Stühlen und allem Möglichen. Aber wissen Sie, ich sammle sie nicht, um sie zu sammeln.« Wie kaum ein anderer Künstler begeistert sich Ai für Chinas Erbe, er ist ein Konservativer, ein Wertebewahrer, im Politischen wie im Kulturellen. Doch das Bewahren abkoppeln vom Zerstören, die Erinnerung vom Verlust? »Ich kann noch heute ganze Reden von Mao auswendig, als Kind musste ich sie lernen. Mao sagt, wir müssen die alte Welt zerstören, um eine neue aufzubauen. Manchmal scheint es mir, als lebten wir heute noch danach.« Die chinesische Gesellschaft in ihrem Fortschrittsrausch walzt nieder, was war. Kennt ihre Werte nicht, will nichts wissen vom Krieg, der Schuld. Ai lässt sie das schmerzhaft spüren, zeigt in seiner Kunst, wie Zerstörung aussieht.

Doch sowenig er sammelt, um zu sammeln, so wenig zerstört er, um zu zerstören. Das ist das Wunder dieses Menschen: Er kommt aus der Angst und wendet sie in Mut. Er lebt vor, wie aus Trauma Kraft wird. »Kunst ist immer ein Anfang«, sagt er.

Ein Anfang, der bei ihm mit der Erinnerung an die Zerbrechlichkeit beginnt. »Vermutlich bin ich eine Art Sandwich, eine Schicht Politik, eine Schicht Poesie, dazwischen viel Senf, süßer und scharfer.« Jetzt reibt er sich noch einmal übers Gesicht, diesmal ganz entspannt. »Für mich gehört beides zusammen, auch wenn es mir mit den Skulpturen eher um Meditation geht, um physische Präsenz, ums Spüren.«

Vor allem in der Haupthalle im Haus der Kunst lädt er dazu ein. Dort hat er lauter Wurzeln und Äste aufstellen lassen, irrwitzig verdreht, knorrig wuchernd, faszinierend schon deshalb, weil sie ihre Einzigartigkeit, ihre skurrile Lebendigkeit erst im Tode voll offenbaren, abgestorben, von Erde und Rinde befreit. An den Wänden hängen wie eine Kontrastfolie lauter Schwarz-Weiß-Fotos von Menschen, chinesischen Menschen, die vor der Kamera posieren, mal stolz, mal eingeschüchtert, denen aber allen gemeinsam ist, dass sie gerade ihr Visum beantragt haben für eine Reise nach Kassel. Dorthin hatte sie Ai Weiwei vor zwei Jahren eingeladen, 1001 Chinesen sollten zur Documenta kommen, sollten erfahren, was es heißt, ein Stück Holz zu sein, das an einem fremden Ufer landet.

Die entwurzelten Wurzeln hier, die Menschen im Aufbruch dort, alle ähnlich, alle ganz anders. Und dazu ein Teppich, auf dem die Holzobjekte stehen, kaum wahrnehmbar, weil er kunstvoll die Farbe und die Muster der Steinplatten des Museumssaals imitiert – ein gewebtes Trompe-l'Œil, das sich perfekt anschmiegt an die Wirklichkeit und diese gerade dadurch sichtbar macht. Denn hat man gemerkt, dass der Teppich ein Teppich ist, dann fällt einem auf, wie unterschiedlich gesprenkelt die Platten sind, wie abweichend in der Maserung, in den Haarrissen. Eine jede ein Individuum, und das in einem Haus, das ganz dem großen, geeinten Volkskörper huldigen sollte.

In solche Paradoxien kann sich Ai Weiwei verlieben. Nur zu gerne verpflanzt er die Dinge der Welt ins Museum, er traut ihnen eine andere Bedeutung zu, auf dass sie sich unter unseren Augen verwandeln. »Ich liebe Duchamp«, sagt Ai Weiwei, »ich liebe seinen Humor, seine Grenzenlosigkeit. Bei ihm habe ich gelernt, dass nicht nur ein antiker Stuhl ein Readymade sein kann, auch die chinesische Konstitution kann ein Readymade sein.«

Ai folgt derselben Methode, im Politischen wie im Poetischen. Er zieht die Dinge heraus aus dem Selbstverständlichen, er will, dass die Chinesen sie neu sehen, sie wieder ernst nehmen, ihr kulturelles Erbe, Stück für Stück, ihre Menschenrechte, Wort für Wort. Und macht sich damit auch im Westen nicht unbedingt beliebt. Er verbittet sich alle Kompromisse und erst recht die These, China sei noch nicht so weit, die Demokratie brauche nun mal Jahrzehnte, Jahrhunderte, um sich zu entwickeln. »Wir können nicht drei oder dreißig Leben lang warten«, sagt er erbost. »Wir haben nur ein Leben. Warum sollen wir uns gedulden? Was ist so schlimm an der Wahrheit? Was spricht gegen Demokratie?« Ai sprüht der Zorn aus den Augen, er hasst die westliche Leisetreterei. Er will, dass alle über alles reden können, so wie er es tut.

Jetzt aber hat er genug, ganz plötzlich. Will los, will in die Katakomben, das Essen duftet herauf. Aber Ai, frage ich noch, wird es so kommen, wird China demokratisch werden? Da lacht er kurz und sagt: »Eine Blume blüht nicht, weil wir es wünschen, sondern weil der Frühling kommt. Eines aber kann ich versprechen, ich werde nicht sterben, bevor sich die Demokratie blicken lässt.« Das ist Bescheidenheit. Ist Größenwahn. Das ist Ai Weiwei.

Fotos (Ausschnitte): Ai Weiwei »Rooted Upon«, »Fairytale (1001 Chinese Visitors)« und »Soft Ground«, 2009, München (H. Rauterberg für DZ); Sven Paustian/Agentur Focus (re.)

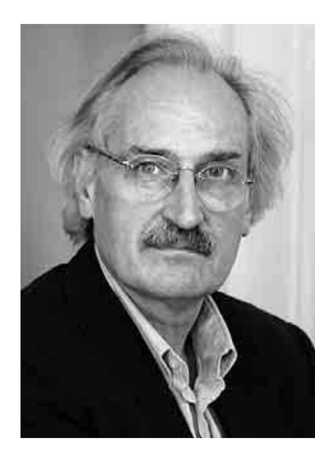
Der Spieler und der Baumeister

Axel Honneth hatte in unserer vorigen Ausgabe der Philosophie Peter Sloterdijks »Leichtsinn« vorgeworfen. Dieser revanchierte sich mit dem Vorwurf, Honneth habe nicht begriffen, wie sozialdemokratisch er sei. Der Literaturwissenschaftler **HANS ULRICH GUMBRECHT** meint: Glücklich das Land, in dem ein solcher Philosophenstreit möglich ist

Von einem anderen Kontinent aus wirkt der Streit einfach erstaunlich, der vergangene Woche in der *ZEIT* mit einer Attacke von Axel Honneth gegen Peter Sloterdijk begann – und dies aus mehreren Gründen: Es gab keinen speziellen Anlass, der den Angriff auslöste (Honneth bezog sich zwar vor allem auf einen diesen Sommer in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* publizierten Text Sloterdijks über den Kapitalismus, aber es ging ihm sichtbar und allgemeiner um die Rolle, welche Sloterdijk schon seit Langem in der deutschen Öffentlichkeit spielt); Honneths Artikel war ausführlicher, als man das in einer solchen Polemik erwartet; andere Zeitungen reagierten sofort, die *ZEIT* selbst wollte die Attacke in eine Debatte umsetzen, schließlich antwortete Sloterdijk doch noch, allerdings in der *Frankfurter Allgemeinen,* und überall im Land sprach man über den Streit – trotz des Wahlkampfs.

Diese Umstände machen klar, dass es für ein solches Ereignis ohne Anlass heute in Deutschland ein Publikum gibt, das seine Stars kennt und in Vorwegnahme von Sieg oder Niederlage mit ihnen fiebert. Diesem Publikum gehört die international wohl einzige intellektuelle Szene, in der man sich so intensiv wallende Emotionen vorstellen kann und im Vergleich zu der gelegentliche Auseinandersetzungen auf den Seiten der *New York Review of Books* oder des *Nouvel Observateur* höflich wie Scharmützel aus dem Kavallerie-Zeitalter aussehen. Die Konfrontation zwischen Honneth und Sloterdijk mag in ihrem philosophischen Inhalt belanglos sein, aber ihr – aus interner Perspektive vielleicht gar nicht ohne Weiteres sichtbarer – Symptomwert für die besondere Form der deutschen Öffentlichkeit und für die Rollen, welche Philosophie dort spielt, ist faszinierend.

Da es also kein spezifisches Ereignis gab, das all die Aufregung auslöste, lohnt sich die Frage, was Axel Honneth denn so sehr irritiert haben mochte. Ich klammere einmal den möglichen Grund persönlicher Dünnhäutigkeit aus, von dem Sloterdijk etwas genüsslich redet, denn sie hätte ja gewiss keinen nationalen Symptomwert. Bezeichnend ist eher, dass es Honneth nicht gelingt, einen ironischen Ton, den er schon gleich in der Überschrift mit ihrem Bezug auf Sloterdijks »Schrifttum« setzt, auch nur einen Absatz lang durchzuhalten. Er ist wirklich böse. Aufschluss über seine Gründe gibt bald die Formulierung – und der Vorwurf –, dass Sloterdijk »moralisch gut begründete Positionen« verletze (genauer gesagt handelt es sich dabei um Normen sozialer Güterverteilung), was Honneth für ein »Ungeheuerliches« ansieht. Aber wie soll man sich das genau vorstellen, wenn ein Philosoph »moralisch gut begründete Positionen verletzt«? Aus solchen Worten spricht ein Verständnis von Philosophie als einer Autorität, die politische Positionen »moralisch« sanktioniert – mit der Folge, dass sie erstens unrevidierbar sein sollen und dass zweitens Schuld auf sich lädt, wer sie zu revidieren versucht. So eine Philosophie wird, Stein für Stein sozusagen, Elemente für ein Gebäude von Normen und Werten zusammensetzen und dem entstehenden Monument den Segen ihrer Autorität geben. Sie ist also im ganz wörtlichen Sinn erbaulich.



AXEL HONNETH ist Philosophieprofessor an der Universität Frankfurt

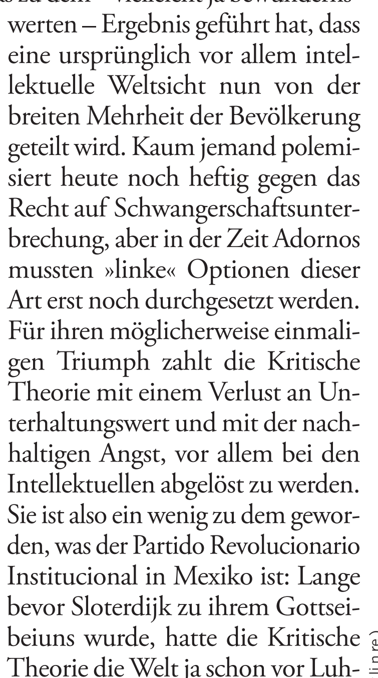
Entsprechend zünftig sieht Honneths Konzeption vom intellektuellen Stil der Philosophie aus. Auch hier steht Unumstößlichkeit im Vordergrund: Ernsthafte Philosophen sollen sich auf der Höhe der jeweils einschlägigen Forschungsliteratur halten; sie müssen sich den Vorwurf des »Leichtsinns« gefallen lassen, wenn sie nicht den etablierten Methoden folgen; sie dürfen hinter einmal erreichte Meinungen – wie Michel Foucaults Kritik am »Essentialismus« (was immer das gewesen sein mag) – nicht mehr zurückfallen; sie sind an Normen »intellektueller Verantwortlichkeit« gebunden und offenbar verpflichtet (das jedenfalls deutet der erste Satz von Honneths Polemik an), entweder deutlich für oder deutlich gegen den Zeitgeist zu sein. Nicht nur seine Kollegen, sondern auch die in Deutschland so viel beschworenen »Medien«, die Feuilletonredaktionen und sogar die politischen Parteien möchte Honneth zur Durchsetzung und Erhaltung dieser Ordnung aufbieten. Einen Vorwurf gibt es allerdings in seinem Text, den Honneth bei aller Ernsthaftigkeit nicht ernst gemeint haben kann: nämlich dass Sloterdijk »die ihm ergebene Schicht in den Kasinos der Banken, den Architekturbüros und den Werbeagenturen« zum »Umsturz« gegen den Steuerstaat und mithin gegen »das sozialdemokratische Zeitalter« agitieren wolle.

Denn der Begriff und die Gefühle des »Umsturzes«, meine ich, gehören überhaupt nicht zu Peter Sloterdijks Repertoire. Es war in diesem Sinn beinahe rührend – und ein eindrucksvoller empirischer Beweis für die Festigkeit des in Deutschland staatstragenden Konsensus –, wie er sich in seiner Replik auf Honneth zunächst, fast als sei er um seinen Ruf besorgt, zum Sozialdemokratismus bekannte. Hier, in der Sache ganz einfach, lag der Auslöser für die polemische Explosion gewiss nicht. Sie entstand vielmehr aus einer Asymmetrie zwischen zwei intellektuellen Stilarten und ihren jeweiligen Anteilen an den Märkten politischer Beratung und intellektueller Unterhaltung. Honneth will ein Wissenschaftler sein, Sloterdijk ein Autor; Philosophen vom Stil Honneths werden vom Bundeskanzleramt in den Ethikrat berufen, während man Philosophen vom Schlag Sloterdijks die Moderation von Fernsehprogrammen anbietet. Sloterdijk ist im denkbaren Extrem das, was ich einen »riskanten Denker« nenne: Statt sich von Normen, Methoden oder auch seiner eigenen Vorgeschichte festlegen zu lassen, hat er das sprachliche Talent und den nötigen Spaß daran, jene Gedanken, Visionen und Perspektiven ins Spiel zu bringen, welche vom jeweiligen gesellschaftlichen Konsensus ausgeblendet sind. Wenn alle bis zum Stillschweigen davon überzeugt sind, dass der Staat als Umverteilungsmaschine soziale Gerechtigkeit walten lässt, läge zwar ein unannehmbares Risiko darin, diese Funktion aufzuheben; umso wichtiger ist es aber und umso unterhaltsamer, dass Intellektuelle das für den Alltag allzu Riskante als Möglichkeit denkbar machen, um die Plastizität von Normen und Einverständnissen zu erhalten.

PETER SLOTERDIJK ist Professor für Philosophie und Ästhetik in Karlsruhe

Das ist schon immer Sloterdijks Stil gewesen: Als alle davon beeindruckt waren, wie vernünftig die Vernunft sein konnte, schrieb er die *Kritik der zynischen Vernunft;* als es in der Reaktion auf die Entzifferung des menschlichen Genoms zu einer selbstlaufenden Verpflichtung geworden war, jede Möglichkeit von Genmanipulation abzuweisen, stellte er sich vor, welche Utopien man dem Begriff der »Menschenzüchtung« abgewinnen könnte; gegen eine sich in Dauerkommunikation durchsäkularisiert verstehende Gesellschaft setzte er eine Ästhetik »thymotischer« Individualgefühle wie Stolz, Würde oder Großzügigkeit; und eine intellektuelle Welt, die besessen ist von allerlei stabilen Identitäten, provozierte er mit der These, dass die einzig stabile Vorstellung heute darin liege, »sein Leben zu verändern«. Natürlich redet Sloterdijk nicht unbegrenztem Zynismus, einer Neuauflage der nationalsozialistischen Ordensburgen oder einer Rückkehr zum ritterlichen Lebensstil das Wort – es geht riskantem Denken einzig darum, unsere Vorstellungskraft aktiv und unsere Institutionen flexibel zu halten.

Aber alles das würde Honneth wohl gar nicht in Abrede stellen. Seine Reaktion hat eher zu tun mit der Wahrung eines anderen historischen Besitzstands. Aus amerikanischer Perspektive zumindest ist man geneigt zu sagen, dass sich in der Europäischen Union die Sozialdemokratie als Lebensform und politischer Konsensus permanent etabliert hat, ganz abgesehen davon, ob die etwas »linkere« oder die etwas »rechtere« Partei regiert. Nicht nur in Deutschland hat nun die Kritische Theorie, jene philosophische Tradition, der sich Honneth zugehörig fühlt, seit Jahrzehnten schon dieser verallgemeinerten Sozialdemokratie ihre Stichworte geliefert, was zu dem – vielleicht ja bewundernswerten – Ergebnis geführt hat, dass eine ursprünglich vor allem intellektuelle Weltsicht nun von der breiten Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird. Kaum jemand polemisiert heute noch heftig gegen das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung, aber in der Zeit Adornos mussten »linke« Optionen dieser Art erst noch durchgesetzt werden. Für ihren möglicherweise einmaligen Triumph zahlt die Kritische Theorie mit einem Verlust an Unterhaltungswert und mit der nachhaltigen Angst, vor allem bei den Intellektuellen abgelöst zu werden. Sie ist also ein wenig zu dem geworden, was der Partido Revolucionario Institucional in Mexiko ist: Lange bevor Sloterdijk zu ihrem Gottseibeiuns wurde, hatte die Kritische Theorie die Welt ja schon vor Luhmanns Systemtheorie als »Sozialtechnologie« und vor Derridas Dekonstruktion als Rückfall in romantischen Irrationalismus gewarnt.



HANS ULRICH GUMBRECHT ist der »Albert Guérard Professor in Literature« an der Stanford University

Weil die Zukunft der Politik in Europa wahrscheinlich weiter – und ich schreibe dies trotz des Ausgangs der Bundestagswahl – einem sozialdemokratischen Konsensus gehören wird, entwickelt sich der intellektuelle Unterhaltungsmarkt auf exzentrische Autoren wie Sloterdijk zu. Vielleicht wird es eines Tages seine historische Rolle gewesen sein, diesen Markt miterfunden zu haben. Das sage ich überhaupt nicht in polemischer Absicht. Es ist einer ehemals ausschließlich akademisch-geisteswissenschaftlichen Produktion allein in Deutschland gelungen, dank ihres Unterhaltungswerts respektable Anteile an Raum und Zeit in den Medien zu gewinnen. Anders ist die Resonanz auf den Honneth/Sloterdijk-Streit nicht zu erklären. Und utopisch gedacht, wird dieser intellektuelle Unterhaltungsmarkt nicht etwa Aufmerksamkeit von der Politik abziehen, sondern unter anderem den Formen politischer Partizipation eine neue, imaginationsgeladene Energie geben.

Fotos (Ausschnitte): Jürgen Bauer/Süddeutsche Zeitung; A. A. Hannah/Agentur Opale; privat (v.l.n.r.)

HARRY ROWOHLT



Pooh's Corner

Meinungen eines Bären von sehr geringem Verstand

Lieblingserlebnis 1. Im Park hält eine Dame an der langen Leine eine Beagle-Hündin, die sich sozusagen im Handstand löst, das heißt, sie steht auf den Vorderbeinen und pinkelt dabei. Ich bleibe stehen und lobe: »Das ist ja richtig akrobatisch.« Die Dame errötet leicht und sagt: »Hab ich ihr ja auch jahrelang vorgemacht.«

Lieblingserlebnis 2. Ich will bei der *Lindenstraße* anrufen, verwähle mich und wähle nicht 0221/220 52 94, sondern 0221/229 52 94. Eine unbekannte Männerstimme meldet sich: »Ja?« Ich sage: »Moin, hier ist Harry. Kann ich bitte Thomas sprechen.« – »*Wer* ist da?«, fragt die unbekannte Männerstimme. Ich denke: »Generation Praktikum«, und sage, fettig mit Sarkasmus versetzt: »Hier ist Harry Rowohlt. Ich spiele seit vierzehn Jahren einen Nichtseßhaften in der beliebten Vorabendserie *Lindenstraße,* die sonntags von der ARD um 18 Uhr 50 ausgestrahlt wird.« Sagt der Mann: »Und da rufen Sie die Polizei an?«

Und dann war ich siebzehn Tage in »jener Herrlichkeit namens Griechenland« (Flann O'Brien). Laiki, unser kommunistischer Ex-Bürgermeister, kommt gerade rechtzeitig, als Kneipenwirt Iorgo Tiger mit seiner doppelläufigen Schrotflinte einen Fuchs abknallen will, haut dem Tiger die Flinte hoch, so daß der Schuß nur den verhangenen Himmel über der Ägäis trifft, und fährt ihn an: »Anstatt froh zu sein, daß wir so etwas Schönes wie einen Fuchs noch haben, knallst du ihn einfach ab, du Träne.« Der Tiger verteidigt sich, der Fuchs klaue ihm immer die Hühner. »Dann bau Hühnerdraht drumrum, du Faulpelz!« Inzwischen hat Ianos, Laikis einäugiger Hund, gewittert, daß der Fuchs eine Füchsin ist, und macht mit ihr das, was sein Herrchen immer mit Touristinnen macht. Die Füchsin legt die Ohren an und denkt: »Etwas Besseres als den Tod finde ich allemal«, und Ianos, der einäugige Ex-Bürgermeistershund, denkt: »Kann mir mal jemand sagen, warum hier alles lacht?«

In seiner Amtszeit hat Laiki zwei Umkleidekabinen errichten lassen. Die eine wurde vom Meer verschlungen und nie wieder hergegeben, und wenn mich ein Tourist fragt, ob man sich hier irgendwo umziehen kann, deute ich auf die andere und sage: »Dort, im letzten stummen Zeugen der kommunistischen Unrechtsherrschaft.«

Weil ich zu blöd für einen Computer (nicht dagegen blöd genug für ein Handy) bin, brauche ich dringend eine Schreibmaschine mit deutschen Typen. Man ist ja nicht nur selbstischer Erlebniskonsument, sondern man will Ihnen auch was davon erzählen …, also *Ihnen*, nicht Herrn Grau aus Bamberg. Ich höre, daß ein Deutscher, den ich von früher kenne, mir seine leihen will. Wir fahren auf den Pilion, wo er am schroffsten und schrundigsten ist, altes Andartenland, Partisanengebiet, während des Bürgerkriegs als Räterepublik unabhängig. Er zeigt mir seine Schwarzbrennerei und seine Schreibmaschine. Wie ein Koksdealer benetze ich mein Zahnfleisch mit Feigenschnaps und bewundere das Schreibmaschinchen, eine liebevoll gepflegte, tadellos funktionierende echte »Voss«. Ich frage ihn, wo ich sie am Abreisetag vertrauenswürdig im Kreiskaff abstellen soll, damit er sie dort irgendwann abholt. Er sagt, er hat sowieso einen Computer, und besteht darauf, sie mir zu schenken, ich will aber nichts so Wertvolles geschenkt kriegen und bestehe darauf, daß er sie behält.

Vor vielen Jahren versuchte er, in Deutschland Fuß zu fassen, und rief mich an, um mir für meinen Verlag eine Telefonanlage anzudrehen. Damit bezog er sich auf den gleichnamigen Rowohlt Verlag, den mit Abstand bedeutendsten belletristischen Verlag im gesamten Landkreis Stormarn. Ich sagte, erstens hätte ich keinen Verlag, würde nur wegen seiner Telefonanlage auch keinen gründen wollen, und zweitens hätte ich genau diese Telefonanlage als Lehrling bei Suhrkamp bereits am eigenen Leibe erlebt. Die hatte vier Anschlüsse und beherrschte ein »Besetzt«-Zeichen erst, wenn auf allen vier Anschlüssen gesprochen wurde, so daß praktisch jeder Anrufer sagte: »Warum geht denn bei euch niemand ans Telefon?« Das erklärte man dann, Peter Weiss sagte, Entschuldigung, das habe er nicht gewußt, die Brecht-Erben sagten, jaja, die Technik, Martin Walser herrschte einen an, er wolle sofort zu Herrn Dr. Unseld durchgestellt werden, und Uwe Johnson kapierte wie immer gar nix.

Vielleicht hätte ich die Schreibmaschine doch nehmen sollen.

DER MAUERFALL

Lügen in Zeiten des Kalten Krieges

Jutta Voigts amüsante Gesellschaftschronik »Westbesuch« erzählt uns unsere eigenen Teilungsgeschichten auf neue Weise

VON EVELYN FINGER



Mein Onkel hat die DDR in bester Erinnerung. Er erinnert sich an lampionerleuchtete Schrebergartenfeste, er schwärmt vom Geschmack der roten Brause und vom Biergeruch der Kneipen, er rühmt den Mangel an Konkurrenzdenken und das Gemeinschaftsgefühl. Aus dem Onkel spricht der Ostalgiker, und wer seine Lobreden hört, könnte ihn für einen alten Apparatschik halten. Er ist aber Unternehmer aus Osnabrück und war zu Ostzeiten unser Westbesuch. Von 1958 bis 1964 kam er jeden Sommer in das kleine schäbige Dorf im Chemiedreieck Halle-Leipzig-Bitterfeld, wo meine Großeltern lebten. Die hatten noch Zeit für Kinder, sagt der Onkel, der damals selber Kind war. Die saßen abends vorm Haus, während er mit den Cousins auf dem Dorfplatz tobte. Die Osnabrücker saßen nicht vor, sondern hinterm Haus. Es war die Zeit des Wirtschaftswunders. Es war die Zeit des Mauerbaus. Dass einer der Ostcousins im August 1961 wegen angeblicher Staatsverleumdung zu einem Jahr Haft verurteilt wurde, erfuhr mein Onkel jedoch nicht.

Mancher Westbesuch würde heute noch an die heile Welt der Diktatur glauben, wenn nicht irgendwann die Mauer gefallen wäre. Denn die Besuchten gaben sich größte Mühe, alles Besorgniserregende zu verschweigen. Der Gast sollte sich wohlfühlen, deshalb warf der Gastgeber sich in Sonntagsstaat und verkniff sich das Jammern, servierte Torte und scherzte über die Planwirtschaft. Die berühmte Offenheit der Zonenbewohner hatte Grenzen: So wie man nicht nach den Tücken des Kapitalismus fragte, so verheimlichte man auch die Dreckecken des Sozialismus. Erst mit der Wende wurde der Dreck aufgewirbelt, als Ossis und Wessis einander im Alltag kennenlernten. Jetzt erlaubten sie sich die Meinungsverschiedenheiten, die sie zuvor lächelnd überspielt hatten. Jetzt fielen die Deutschen aus der Rolle, warum das aber unvermeidlich war, hat noch keiner so geistreich, so amüsant erläutert wie Jutta Voigt in ihrem neuen Buch. Unter dem melancholischen Titel *Westbesuch. Vom Leben in den Zeiten der Sehnsucht* hat sie eine bissige deutsch-deutsche Mentalitätsgeschichte verfasst, die die Familiengeheimnisse aufdeckt und die Lebenslügen der Nation entlarvt.



Foto (Ausschnitt): Volker Hinz

JUTTA VOIGT, geb. 1951, Journalistin und Autorin

Kühne Zwecke fordern kühne Mittel. Deshalb hat die Berliner Reporterin, berühmt für ihren treffsicheren Großstadtrealismus, sich ein eigenes Genre erfunden. Es ist die grenzüberschreitende, wendeüberspringende Selbstverständigungsprosa, die aus dem Dokumentarischen ins Fiktionale abhebt. Das Buch besteht aus einer Folge von wahren Reisesehnsuchtsgeschichten, die wir selbst erlebt haben könnten, aber die hier erhöht und eingerahmt werden durch geschichtsphilosophische Betrachtungen. Der Westdiplomat, der eine Ostkünstlerin heiratete. Das Reisekaderkind, das einen Glitzerpullover aus London bekam. Die fernwehgeplagte Akademikerin, die Liebhaber aus Afrika sammelte. Bei Jutta Voigt werden die Erzählungen der anderen durch eigenes Erleben kontrastiert und durch Archivrecherche beglaubigt. Sie ist hinabgestiegen ins Bergwerk der Zahlen und Fakten, sie hat die vergilbten Transitabkommen studiert und die Mauergedenkstätten besucht, aber dann hat sie sich freigeschrieben. Herausgekommen ist die Wirklichkeit, historisch getreu poetisiert. Zutage gefördert wurde ein politisches Phänomen, allgemein verständlich. Entstanden ist eine Gesellschaftschronik, gespickt mit sarkastischen Merksätzen.

Jutta Voigt: Westbesuch
Vom Leben in den Zeiten der Sehnsucht; Aufbau-Verlag, Berlin 2009; 228 S., 16,95 €

»Der Westen als Traumziel – mit seiner Unerreichbarkeit hatte seine Heiligsprechung begonnen. Dieser Westen war die Erfindung des Ostens, ihm gehörte der Himmel gleich nebenan. Ein historisch einmaliger Überfluss an Hoffnung.« *Westbesuch* handelt von den Hoffnungsvollen, die an den Himmel nebenan glaubten, und von den Himmelsboten, die mit tollen Autos voller Geschenke vorfuhren und den Glauben an das Glitzerreich der Freiheit wachhielten. Es ist eine göttliche Tragikomödie auf Erden. Als Hauptfiguren treten auf: »der dicke Max und der arme August in den Rollen ihres Lebens«. Als Requisiten dienen: Mon Chéri, Lux-Seife, Jacobs-Kaffee. Gespielt wird: das innerdeutsche Willkommen und Abschied, das Theater der gegenseitigen Romantisierung, das 1989 in sein Gegenteil umschlug, die Realität.

Es gab viele Arten Westbesuch, die hier in einer kurzweiligen Typenparade aufmarschieren. Besuch aus dem Westen sind reiche Tanten, lüsterne Geschäftsmänner, spießige Diplomaten, Udo Lindenberg und Willy Brandt … Besuch im Westen sind Rentner, Trauerfallprofiteure, Spitzensportler, Wolf Biermann und Erich Honecker … Dass hier auch Nebenfiguren gewürdigt werden, etwa jene Zollkontrolleure der DDR, die sich an konfiszierten Pornoheften erfreuten, ist typisch für Jutta Voigt. Ihre Kleineleuteporträts erlauben dem Leser, sich mit den Schwachen und Lächerlichen zu identifizieren. Die poetische Stärke dieser Autorin ist eine moralische: Nachsicht mit anderen, Unerbittlichkeit gegenüber sich selbst.

Sie ist ja in *Westbesuch* nicht nur Erzählstimme, sondern auch Heldin. Wir erleben sie als junge, sehnsuchtsvolle, angepasst aufmüpfige, durchaus amüsiersüchtige, durchaus nicht uneitle Ostberlinerin. Die an den Sozialismus glaubte und Rudi Dutschke bewunderte, weil er so temperamentvoll links war. Die ein Einsegnungskleid aus Westseide trug und ein neuer Mensch werden wollte. Später, schon als Reporterin, würde sie das avantgardistisch versnobte Polen als Ersatzwesten entdecken. Würde dort französisch parlieren und mit der Boheme flirten. Ein Selbstporträt aus historischer Distanz: das Mädchen, das aus der DDR nicht abhauen, aber mal rauskommen wollte. Wie sie es schaffte, mit einem erschlichenen Pass nach Paris zu gelangen, in die Stadt ihrer Träume, wo sie anderthalb glückstrunkene Tage lang von einem Entzücken zum nächsten flog, das gehört zu den schönsten Geschichten des Bandes.

Einmal und nie wieder! Das ist die schmerzlich-süße Euphorie, von der die Heldin getragen wird, das ist der Rausch der Vergänglichkeit.

Wenn sie auf der Heimfahrt, kurz vor der Grenze, die Schnipsel ihres illegalen Transitvisums aus dem Zugfenster in den Fahrtwind wirft, verstehen wir, warum die aufhaltsamen Reisenden von damals sich manchmal noch gern an Mauerzeiten erinnern. »Die Mauer hat den Alltag mit Gefühl aufgeladen. Sie hat das Triviale tragisch, das Banale rührend, das Normale großartig gemacht. Sie hat der deutschen Wehmut einen glaubwürdigen Background gegeben und der deutschen Innigkeit ein Ziel. Das Ende der Besuchszeit war das Ende einer Amour fou.«

Jutta Voigt erzählt das Liebesdrama vom Ende her. In 34 kurzen Kapiteln und 24 anschaulichen Episoden entfaltet sie ein nationales Dilemma. Sie analysiert, warum wir uns geteilt so einig waren und vereint so uneins sind. Sie betreibt Dialektik der Gefühle und bilanziert die Folgen einer doppelten Desillusionierung. Als die Mauer fiel, schlug die Stunde der Wahrheit, endete die Epoche, da wir nichts voneinander wussten. Plötzlich schienen die Hilfsbedürftigen gierig und die Hilfsbereiten gönnerhaft. Wir hatten einander getäuscht, nun wurden wir uns verdächtig.

Mit der Kühle der berufsmäßigen Menschenbeobachterin, aber der Einfühlsamkeit der Dabeigewesenen beschreibt Jutta Voigt uneingestandenen Neid und insgeheime Verachtung. Sie sieht das Heimweh weltgewandter Westdeutscher nach Gemütlichkeit ebenso klar wie das Fernweh kulturbeflissener Ostdeutscher nach billigen Italienabenteuern. Durch ihren eleganten Stil, indem sie vom Beschreiben unmerklich ins Kommentieren wechselt, indem sie mit leichter Hand Pointen streut, werden Wünsche konkret und Emotionen fassbar. Die Freude des Westpaketempfängers, der sich überschwänglich für abgelegte Kleidung bedankt. Die Angst der Rentnerin im Interzonenzug, die verbotene Zeitschriften für die Enkel in der Tasche hat.

Wenn das nostalgische Leitmotiv des Buches im Verlust der Sehnsucht besteht, dann gilt das Verlustgefühl nicht nur dem einstmals fernen Westen, sondern auch dem Osten. Das mag undankbar wirken auf brave Solidarbeitragszahler in Bayern. Aber es ist mutig. Wer, wenn nicht die erfahrene Reporterin Jutta Voigt wüsste, wie man sich beim Leser lieb Kind macht, wie man dem Selbstwertgefühl der Ossis schmeichelt, ohne die Wessis zu vergraulen. Derlei Opportunismus ist ihre Sache nicht. Sie handelt ja von den Lügen in Zeiten des Kalten Krieges, um die Gegenwart zu erhellen. Das Ergebnis ist großes, politisch nicht korrektes Lesevergnügen. Wir lesen, was viele von uns im geteilten Deutschland erlebt, aber sich nie eingestanden haben: gebremste Zuneigung, kontrollierte Annäherung, ambivalentes Glück.

Bei meinem Onkel könnte die Lektüre ein paar ungute Erinnerungen an die DDR auslösen. Zum Beispiel an die mulmige Stimmung während der Grenzkontrollen. Wenn die Uniformierten ruckartig die Zugabteiltüren aufrissen und mürrisch die Koffer durchwühlten. In den achtziger Jahren, als der Onkel dann mit eigenem Auto in den Osten kam, hat er es immer gleich auf den Hinterhof gefahren, um nicht aufzufallen. Das Schrebergartenidyll, das er als Kind erlebt hatte, war nicht mehr heil. Mittlerweile sind die Großeltern tot, der Cousin wurde rehabilitiert, und der Onkel ist weit in den Westen Europas gezogen. Dort statten wir ihm jeden Sommer einen Ostbesuch ab. Dann sitzen wir abends gemeinsam vorm Haus und können die deutsch-deutschen Differenzen schwer erkennen. Vielleicht ist die Wiedervereinigung doch geglückt. Vielleicht ist die Besuchszeit nicht vorbei.

GEDICHT: PETER HACKS

1990

Nun erleb ich schon die dritte Woche
die finale Niedergangsepoche.

Pfarrer reden in den Parlamenten.
Leipzig glaubt an einen Dirigenten.

Die Fabriken alle sind zuschanden.
Das Proletariat ist einverstanden.

Rings nur westkaschubische Gesichter.
Botho Strauß passiert für einen Dichter.

Auch die Freundin zeigt sich beinah prüde.
Von Erwerbs- und Nahrungssorgen müde,

Kann sie sich nur eingeschränkt entschließen,
Mit dem Freund den Abend zu genießen.

Freilich ich, von Schwachheit keine Rede,
Bin nicht jeder, und sie ist nicht jede,

Und so folgen dem, was ich ihr tue,
Höhepunkte, und in großer Ruhe

Sehn wir nachher beim Glenfiddichtrinken
Hinterm Dachfirst die Epoche sinken.

100 Gedichte aus der DDR
Hg. v. Christoph Buchwald u. Klaus Wagenbach; Wagenbach Verlag, Berlin 2009; 168 S., 16,90 €

WIR RATEN ZU

Im Plural

Wenn es bei aller betriebsbedingten Jubiläumseile noch stimmt, dass Erinnerung sich etwas aus der Vergangenheit zur neuerlichen Bearbeitung wiederholt, dann sind überarbeitete Neuauflagen von Büchern zu Jahrestagen feine Begleiter. Dieses Buch jedenfalls, das Beiträge zur deutschen Selbstvergewisserung enthält, von der ostdeutschen Psychologin Annette Simon seit 1989 verfasst, deren umsichtiger analytischer Blick auch aus 16 Jahren Erfahrung mit Patienten einer Ostberliner Nervenklinik entstand. Was sie – über Anpassung, Widerstand, Gewalt nachdenkend – zutage fördert, ist mehr als Identität, es ist der Plural von ostdeutschen Identitäten, also auch westdeutschen. Es bedeutet die Entlassung des deutschen historischen Zwillingspaars aus dem moralschweren Entweder-oder in eine plurale Gesellschaft, mit Irrung und Wirrung und Skepsis. Und so wird in diesem Buch plötzlich über die Holzkopf-Sprache der Stasi-Unterlagen schallend gelacht, und als nach 1989 ein paar westliche Ratgeber für die Niederlassung als Ärztin ein »einfaches, aber gut gearbeitetes Kostüm« empfehlen, da lacht das Publikum desgleichen. Angst, Demütigung, Fremdheit: irgendwann weggelacht. ELISABETH VON THADDEN

Annette Simon:
»Bleiben will ich, wo ich nie gewesen bin«
Psychosozial-Verlag 2009; 165 S., 19,90 €

TASCHENBUCH

Im Gras

Bertrand Russell erklärt, warum wir das Glück in der Natur finden

Von Arthur Schnitzler gibt es ein Fragment gebliebenes Theaterstück; es heißt: *Das Wort*. Das Stück studiere ich, weil ich etwas über Sprache und Psyche herauskriegen möchte. Bei Schnitzler kommen in dem Stück Leute vor, Literaten, die mit Worten ähnlich spielen wie jüngst gewisse Bankiers mit Börsenkursen: ohne Deckung durch Reales. Und es kommt bei Schnitzler ein Mann vor, ein Hofrat, der sogenannte »autobiografische Züge« trägt. Schnitzler selbst, der ja Arzt war, rät in dem Fragment einem der verantwortungslosen Sprecher zu einem Aufenthalt in der Natur, und man kann einsehen, dass »die Natur« nicht der schlechteste Aufenthalt ist, um der unwirklichen Atmosphäre zu entgehen, in der Literaten mit Leben und Tod va banque spielen.

Die Vorstellung von der Heilsamkeit der Natur, zelebriert als eine Art Rückkehr ins Eigentliche, spielt eine wesentliche Rolle in einem sehr nützlichen Buch: Bertrand Russells *Eroberung des Glücks. Neue Wege zu einer besseren Lebensgestaltung*. Russell, Autor nicht zuletzt der *Principia mathematica*, schrieb das Buch übers Glück im Jahre 1930; die erste deutsche Auflage bei Suhrkamp stammt aus dem Jahr 1977 und sie ist, übersetzt von Magda Kahn, immer noch im Handel. Auf dem aktuellen Taschenbuch-Cover sieht man ein Foto des Gelehrten, der, vor einem noch leeren Suppenteller sitzend, bei einem Dinner die Damen links rechts von sich zum Lachen bringt. Russell selbst lacht auch.

Das Bild ist ein Alltagsmythos im Sinne von Roland Barthes. Der Mythos erzählt: Dieser Mann hat etwas zu lachen, er ist glücklich, und ich gebe zu, dass ich mich in der Flut von Büchern über das Glück an dem von Russell festhalte. Ja, ich gehöre zu denen, die in Dr. Eckhart von Hirschhausen den Arzt fürchten und den Kabarettisten nicht lustig finden. Neulich bei Beckmann hat er uns gelehrt, dass – anders als bei den anderen – in seinen Programmen, sei's über das Glück oder über die Liebe, nur empirisch Nachweisbares vorkommt. Umso schlimmer für die Wirklichkeit.

Aber die Natur hält noch, was sie verspricht. Russell ist zuerst vorsichtig, wenn er die Natur als Glücksquelle erwähnt, aber dann doch fest entschlossen, auf Pathos nicht zu verzichten: »Was wir auch denken und glauben mögen, wir sind Geschöpfe der Erde.« Immer noch diktiert uns das Erdendasein, was unser Glück sein kann. Wir sind nur zum Schein abgehobene Wesen, und Russell erzählt die Geschichte eines zweijährigen Knaben, der zum ersten Mal von London ins Grüne mitgenommen wurde: »Er kniete auf der nassen Erde nieder und steckte sein Gesicht ins Gras und stieß halberstickte Rufe des Entzückens aus.«

Russell macht aus der Natur keine Ideologie. Er sagt nur, dass Menschen, die das Glück der Naturerfahrung nicht kennen, »sich selten völliger Geistesgesundheit erfreuen«. Ich bin skeptisch, denn »völlige Geistesgesundheit« ist ja überhaupt ganz selten, aber dass die Erde für uns da ist, das ist schon ein schöner Gedanke. **FRANZ SCHUH**



Bertrand Russell: Eroberung des Glücks
Neue Wege zu einer besseren Lebensgestaltung; st 389, Suhrkamp, Frankfurt a.M.; 174 S., 7,– €

DER MAUERFALL

Die Helden der Provinz

Zwanzig Jahre nach dem Herbst 1989 erzählen deutsche Historiker von der Epochenwende **VON ALEXANDER CAMMANN**

Brennende Kerzen und Freudentränen, Sprechchöre und jubelnde Menschenmassen: Längst haben sich die Bilder und Klänge vom Herbst 1989 in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingebrannt. Die meisten wissen, ob, wo und wie sie den Mauerfall an jenem mirakulösen 9. November 1989 erlebt haben; Romane, Spielfilme und Fernsehdokumentationen haben erzählt, was in den Wochen und Monaten passierte, als das Volk in der DDR die SED niederrang und sich dann alsbald auf den Weg zur Einheit machte. Umso verwunderlicher ist es also, dass hierzulande die professionell Zuständigen für die Vergangenheit, die Historiker, lange Zeit einen Bogen um dieses wichtigste Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte gemacht haben. Hier und da konnten sich die Leser in wenigen Überblicksdarstellungen informieren und in Spezialstudien etwas über Details dieses deutschen Herbstes lernen. Doch das große Panorama suchte man vergebens. Dabei ist Revolutionsgeschichtsschreibung die Königsdisziplin der Historiografie; eine neue Gesamtdarstellung der britischen Revolution des 17. Jahrhunderts, von 1789 oder 1917 verzulegen bedeutet in anderen Ländern traditionell die Krönung eines Forscherlebens.

Foto: Jan Roeder

WOLFGANG SCHULLER, geboren 1935, Jurist und emeritierter Althistoriker aus Konstanz, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der DDR-Geschichte

Vielleicht ist es in Deutschland ja wirklich noch zu früh für große Würfe über das Jahr 1989. Aber die Scheu der Vergangenheitsexperten gegenüber diesem packenden Stoff springt ins Auge. Bevor die Historiker zur Sache kamen, diskutierten sie erst einmal in falscher Frontstellung, ob es sich bei den Ereignissen von 1989/90 überhaupt um eine Revolution gehandelt habe oder nicht doch eher um eine Implosion, einen Zusammenbruch. Das vor Jahren formulierte Gefühl des Schriftstellers Ingo Schulze, ihm komme es vor, als wachse die Bedeutung des Umbruchs von 1989/90 mit jedem Jahr: Dieses Gefühl suchte man bei deutschen Historikern vergebens. Unfreiwillig kurios mutet es daher an, wenn Hans-Ulrich Wehler im 2008 erschienenen fünften Band seiner *Deutschen Gesellschaftsgeschichte* über die Zeit von 1949 bis 1990 die Revolution von 1989 in der DDR in einem Abschnitt zur Geschichte der Bundesrepublik beschreibt.

Über die Gründe solcher Ignoranz kann man lange spekulieren. Ein antipathetischer Reflex dürfte dazugehören, ebenso das fortwirkende postnationale Gefühl der alten Bundesrepublik: Nur wenige unter heutigen Historikern dürften verständlicherweise Lust verspüren, zwischen zwei Buchdeckeln allzu heftig schwarz-rot-goldene Fahnen zu schwenken.

Immerhin scheinen momentan die Historiker allmählich in Bewegung zu kommen, wozu es offenbar erst der Anforderungen bedurfte, die im Jubiläumsjahr 2009 die Öffentlichkeit stellt. Andreas Rödder (West) und Ilko-Sascha Kowalczuk (Ost) haben im Frühjahr ihre Revolutionsgeschichten vorgelegt: Rödder *(Deutschland einig Vaterland)* in abgeklärter Draufsicht auf die Ereignisse, gleichsam mit der Fernbedienung zwischen den verschiedenen Schauplätzen von Moskau bis Washington hin und her schaltend; Kowalczuk *(Endspiel)* als kundiger Fremdenführer in die gesellschaftlichen Tiefenschichten der späten DDR, wobei ihm die eigentliche Revolution am Ende zu knapp gerät. So gelungen beide Bücher im Einzelnen auch sind: Um große Revolutionsgeschichtsschreibung handelt es sich nicht.

Das gilt auch für das Buch des emeritierten Konstanzer Althistorikers Wolfgang Schuller, der während der Teilung viele Jahre lang die DDR kritisch und kenntnisreich beobachtet hat. Verdienstvoll ist sein Anliegen allemal: Er will die ganze Breite der revolutionären Bewegung in Erinnerung rufen, weshalb er höchst anschaulich zahllose Quellen aus der Provinz zitiert. Seine Heldenstädte sind das mecklenburgische Crivitz, Magdeburg sowie Rudolstadt in Thüringen. Schuller führt vor, wie die Menschen auf Demonstrationen, in Versammlungen und an Runden Tischen vor Ort ihr Schicksal in die Hand nahmen. Großartige Momente vermag Schuller aufzuspüren: So antwortet der Rostocker SED-Bezirkschef Ernst Timm bei einer Versammlung auf die Frage, was eigentlich die Diktatur des Proletariats sei, er müsse da erst mal bei Lenin nachschlagen – woraufhin das Volk den einst allmächtigen Genossen auslacht.

Wolfgang Schuller: Die deutsche Revolution 1989
Rowohlt Berlin, Berlin 2009; 382 S., 19,90 €

In die Quere kommt Schuller sein leicht onkelhafter Erklärton, der sichtlich von der pädagogischen Begeisterung getragen ist, Zuschauern und Nachgeborenen historische Zusammenhänge und den Mut der Akteure vor Augen zu führen. Die Bedeutung von 1989 für die deutsche Demokratiegeschichte betont der studierte Jurist und Carl-Schmitt-Kenner – das Ungestüm-Chaotische an dieser Freiheitsbewegung tritt dagegen in den Hintergrund.

Aus den darstellerischen Nöten einer Gesamtgeschichte der Jahre 1989/90 hat der in Dresden lehrende Zeithistoriker Klaus-Dietmar Henke immerhin die seltene Tugend eines gelungenen Sammelbandes gemacht. Das von ihm herausgegebene dicke Kompendium *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte* (dtv, München 2009; 734 S., 20,50 €) lässt kaum eine Frage unbeantwortet: vom ökonomischen Desaster bis zur Treuhand, von der Rolle der Kirchen bis zu den Oppositionsgruppen, von der Fluchtbewegung bis zu den außenpolitischen Verwicklungen. Rainer Eckert, Leiter des Zeithistorischen Forums in Leipzig, betont gegenüber dem bildmächtigen, aber aus einer Verwaltungspanne entstandenen 9. November noch einmal die Bedeutung des 9. Oktober 1989 in Leipzig als Ereignis der Selbstbefreiung: »An diesem Tage wurde hier Weltgeschichte geschrieben.« Und der Harvard-Historiker Charles Maier verweist auf die Parallelen dieser deutschen Revolution zu anderen gewaltfreien Umwälzungen wie etwa den Massenmobilisierungen Gandhis oder Martin Luther Kings. Aber so gehaltvoll dieser Band auch ist, verweist er zugleich auf das, was fehlt: Auf eine farbige und dramatische Revolutionsgeschichte der Jahre 1989 und 1990 müssen die Leser weiter warten.

Der alte Sound

Jana Hensel rechnet mit der Wende ab **VON SUSANNE SCHÄDLICH**

Pünktlich am 9. Oktober, zum 20. Jahrestag des Mauerfalls, erscheint das neue Buch von Jana Hensel. Ein Paukenschlag soll es sein, schon im Titel klingt das an: *Achtung Zone – Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten*. Im kollektiven Wir und im fast kategorischen Imperativ hört man den Sound einer noch nicht lange zurückliegenden und schon wieder aufkeimenden Ideologie.

So verwundert es nicht, dass Hensel gleich darüber polemisiert, der Satz »Nun wächst zusammen, was zusammengehört« sei fälschlicherweise Willy Brandt zugesprochen worden. Die »Geschichte der Einheit« habe »mit einer Lüge begonnen«. Die Forderung nach Zusammenwachsen sei aus dem Westen gekommen, noch dazu von »Männern, die das Gefühl der Sinnlosigkeit und Unübersichtlichkeit nicht kannten«. Hensel klagt, dass ihre Generation der damals Zwölfjährigen hineingeworfen wurde in ein neues System und damit ihre Richtung verlor, zudem die Erinnerung an das, was war. »Der Mauerfall als Bruch ist eine Wunde, die offen bleibt. Er verleitet zum ewigen Bilanzieren, zum Abwägen, Rechnen. Vor und zurück, Plus und Minus, Haben und Soll … Und ich weiß nicht, was schlimmer ist. Der nicht zur Ruhe kommende innere abwägende Blick oder der ewige Blick von außen, der beschreibt und nach Einschätzung verlangt und immer wieder nach Erklärungen, vielleicht auch nach Rechtfertigung.«

Der Westen also hat alles fortgerissen. Alles Reden über den Osten sei ein »Scheinreden«, das »uns umzieht wie eine neuerliche Mauer, eine Mauer aus unüberhörbarem, lautem Schweigen«. Hensel beklagt das »Übermalen« der Städte und Landschaften und empfindet Traurigkeit darüber, »was aus der Zone geworden ist«.

Es ist ein rückwärtsgewandter, verklärender Blick, den Hensel auf den Osten richtet. Die Begriffe Revolution und friedlich hält sie für »wohlfeile Worte«. Sie klagt an, »viele Protagonisten der Wende« hätten sich »in die neu entstandene Architektur der Demokratie eingefügt«, und diskreditiert so die Bürgerrechtler wie jene, die zu den Akteuren von 1989 zählten, allemal am 9. Oktober in Leipzig, wo Zehntausende auf die Straßen gingen.

Der Fall der Mauer, so Hensel, sei das letzte sinnstiftende Ereignis gewesen. Danach: eine vergebliche Suche nach Sinn. Als hätte der Unterdrückungsapparat der DDR einen Sinn gegeben. Das Leben heute ist für die Autorin geprägt von Hartz IV, Verlierern, Abgewickelten, Stasivorwürfen. Unzumutbar wird es, wenn Hensel mehr als 60 Seiten (von 180) dem Fall Ulrich Mühe/Jenny Gröllmann widmet, um sich angesichts einer Tragödie von Bespitzelungsverdächtigungen in Psychoanalyse zu versuchen, was in dem Satz gipfelt: »Jeder ist Täter ist Opfer ist Opfer ist Täter.«

Am Ende ist da noch die Sache mit der Ausländerfeindlichkeit. Hensel nimmt sich den Überfall 1992 auf das Sonnenblumenhaus in Rostock vor. Erschreckende Bilder gingen um die Welt. Für sie ist es »nicht mehr als ein Abbild der damaligen Situation … Einer Situation des Übergangs, der Auflösung, der Leere, eines Vakuums, einer großen Perspektivlosigkeit.« Die Verharmlosung der politischen Zustände in der DDR und der implizite Vorwurf, eine westliche Moral sei der DDR übergestülpt worden, sind unerträglich.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die einstige Zweistaatlichkeit Deutschlands die Gesellschaft noch immer in Ost und West spaltet. Auf die Frage, wie man damit umgeht, gibt das Buch von Jana Hensel keine Antwort.

Jana Hensel: Achtung Zone
Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten; Piper Verlag, München 2009; 176 S., 14,95 €

Kader mit Kater

Ost-westlicher Suff: Andreas Platthaus' Roman »Freispiel« **VON ADAM SOBOCZYNSKI**

Der *FAZ*-Redakteur Andreas Platthaus, Jahrgang 1966, geboren in Aachen, hat eine Geschichte aufgeschrieben, die so unwahrscheinlich ist, dass es sich regelrecht aufdrängt, sie als Abbild von Erlebtem zu lesen. Sieben junge Menschen Anfang zwanzig, wohnhaft im tiefsten Westen der Republik, fahren Silvester 1989 nach Berlin, um mal richtige Ostdeutsche kennenzulernen. Eine ehemalige Schulclique mit naturgemäß schlimmen Spitznamen wie Tommy, Makro und Sixtus, darunter zwei Liebespaare mit hochfragilem Beziehungsstatus.

Die Akne prangt noch auf der Nase, aber alles drängt nach wechselseitiger Vereinigung: Man säuft ganz fürchterlich am Brandenburger Tor und durchlebt Liebeswirren. Nie machen die Mädchen, was die Jungs so wollen, nie die Jungs, was die Mädchen verlangen, zwischendurch gibt's dann doch die ersehnten Fingerübungen. Man kriegt mit Mühe einen hoch, und Jahre später sind qualvolles Begehren und allerlei Demütigung verklärt zur wilden Zeit. Die Ausgangslage ist also jedermann vertraut und wird heiter ausgebreitet.

Die Westdeutschen lernen die Ostdeutschen in der Nacht etwas besser kennen, als ihnen recht ist. Die sind zwar Exoten, aber doch von anderer Natur, als man erhoffte. Die eben erst Kennengelernten, ein Paar um die Vierzig samt Anhang, entpuppen sich als schlimme Kader. In der Platte ist es so bieder. Und dann, herrje, der schlimme Suff, es bricht der Konflikt zwischen Ost und West auf, dann der Konflikt unter den Funktionären selbst und schließlich auch der zwischen den westdeutschen Wohlstandskindern, die sich in der Beurteilung der nächtlichen Sachlage uneins sind.

Hat nicht auch der Kaderfunktionär ein menschliches Antlitz? Wie der so schrecklich abgefüllt und unruhig auf seiner Couch schnarcht. Aber es konnte so nicht weitergehen, das Land war ein Gefängnis, das kapiert der mit drei Promille nun. Nicht so sehr, weil man sich als Staat eingemauert hatte. Sondern weil die Herzen verrohten: Die Pornosammlung, die die Ostdeutschen stolz vorführen, ist beeindruckend, aber es flackern doch nur Riesenschwänze verzweifelt gegen das falsche Leben im planwirtschaftlich richtigen. Da wacht der ostdeutsche Gastgeber wieder auf: Erst mal ein Bier mit den westdeutschen Brüdern und Schwestern und dann noch eins. Der Sozialismus, Schluckauf und Prost, so scheiße war der auch wieder nicht. Ach, Freiheit, was faselt ihr Westdeutschen von Freiheit, auch Polen ist eine Reise wert. Es wird weitergesoffen und dann noch ordentlich gekotzt. Fünf Uhr morgens in Pankow eint Ost und West nur noch der Mundgeruch.

Verfasst ist dieser Silvesterbericht aus der Sicht eines der westdeutschen Mädchen. Das ist raffiniert, das kapiert man am Anfang nämlich gar nicht. Sie erzählt im Präsenz, in der Dauerschleife eines Schnitzlerschen Fräulein Else: »Ich bringe unsere Finger ineinander, … rieche die Nacht an ihm, umspiele die warme, feuchte Zunge … sein Jungenbart ist aus Kaschmir.« Das ist Rollenprosa der Jugend. Dafür schämt man sich später. Wie für manche unklare Nacht. Und wundert sich am Ende der Lektüre, dass genau das, was anfangs nervte – der Halbstarkenslang, der voyeuristische Blick, die erwartbaren Bilder von Ost und West –, schließlich doch gefällt. Man muss nur die eigene Scham bekämpfen beim Lesen, dann lässt sich's gut spiegeln in der eigenen, abgestreiften Jugend. Vor allem der westdeutsch-pubertäre Gefühlsbrei ist einem so unmittelbar vertraut, dass man zögert, das Buch einen Roman zu nennen. Vereinigung ist immer schwierig.

Andreas Platthaus: Freispiel
Rowohlt Berlin, Berlin 2009; 204 S., 17,90 €

DIE ZEIT

Gründungsverleger 1946–1995: Gerd Bucerius †
Herausgeber: Dr. Marion Gräfin Dönhoff (1909–2002), Helmut Schmidt, Dr. Josef Joffe, Dr. Michael Naumann

Chefredakteur: Giovanni di Lorenzo
Stellvertretende Chefredakteure: Matthias Naß, Bernd Ulrich
Geschäftsführender Redakteur: Moritz Müller-Wirth
Chef vom Dienst: Iris Mainka (verantwortlich), Mark Spörrle

Politik: Bernd Ulrich (verantwortlich), Andrea Böhm, Alice Bota, Christian Denso, Frank Drieschner, Angela Köckritz, Matthias Krupa, Ulrich Ladurner, Jan Roß (Koordination Außenpolitik), Patrik Schwarz, Dr. Heinrich Wefing
Dossier: Dr. Stefan Willeke (verantwortlich), Anita Blasberg, Roland Kirbach, Kerstin Kohlenberg, Henning Sußebach
Wirtschaft: Dr. Uwe J. Heuser (verantwortlich), Thomas Fischermann (Koordination: Weltwirtschaft), Götz Hamann (Koordination: Unternehmen), Marie-Luise Hauch-Fleck, Rüdiger Jungbluth, Dietmar H. Lamparter, Gunhild Lütge, Anna Marohn, Marcus Rohwetter, Dr. Kolja Rudzio, Arne Storn, Christian Tenbrock
Wissen: Andreas Sentker (verantwortlich), Dr. Harro Albrecht, Dr. Ulrich Bahnsen, Christoph Drösser (Computer), Dr. Sabine Etzold, Ulrich Schnabel, Dr. Hans Schuh-Tschan (Wissenschaft), Martin Spiewak, Urs Willmann

Feuilleton: Florian Illies/Jens Jessen (verantwortlich), Thomas Assheuer, Evelyn Finger, Peter Kümmel, Ijoma Mangold (Koordination), Dr. Susanne Mayer (Kinder- und Jugendbuch/Sachbuch), Katja Nicodemus, Iris Radisch (Literatur), Dr. Hanno Rauterberg, Claus Spahn, Dr. Adam Soboczynski (Sachbuch), Dr. Elisabeth von Thadden (Politisches Buch)
Kulturreporter: Ulrich Greiner, Dr. Christof Siemes
Leserbriefe: Margrit Gerste (verantwortlich)
Reisen: Dorothée Stöbener (verantwortlich), Michael Allmaier, Stefanie Flamm, Dr. Monika Putschögl, Cosima Schmitt, Christiane Schott
Chancen: Thomas Kerstan (verantwortlich), Jeannette Otto, Arnfrid Schenk, Judith Scholter, Jan-Martin Wiarda
Zeitläufte: Benedikt Erenz (verantwortlich)
Wochenschau: Ulrich Stock (verantwortlich)
ZEITmagazin: Christoph Amend (Redaktionsleiter), Tanja Stelzer (Textchef), Jörg Burger, Wolfgang Büscher, Heike Faller, Dr. Wolfgang Lechner (besondere Aufgaben), Christine Meffert, Ilka Piepgras, Tillmann Prüfer (Stil), Jürgen von Rutenberg, Matthias Stolz, Carolin Ströbele (Online)
Art-Direktorin: Katja Kollmann
Gestaltung: Nina Bengtson, Jasmin Müller-Stoy
Fotoredaktion: Michael Biedowicz (verantwortlich)
Redaktion ZEITmagazin: Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin, Tel.: 030/59 00 48-7, Fax: 030/59 00 00 39; E-Mail: zeitmagazin@zeit.de
Verantwortliche Redakteure Reportage: Hanns-Bruno Kammertöns (Titelgeschichten), Stephan Lebert (Koordination)
Reporter: Dr. Susanne Gaschke (KinderZEIT), Dr. Wolfgang Gehrmann, Christiane Grefe, Sabine Rückert, Wolfgang Uchatius
Politischer Korrespondent: Prof. Dr. h. c. Robert Leicht
Wirtschaftspolitischer Korrespondent: Marc Brost (Berlin)

Autoren: Dr. Theo Sommer (Editor-at-Large), Dr. Dieter Buhl, Rainer Frenkel, Bartholomäus Grill, Dr. Thomas Groß, Nina Grunenberg, Klaus Harpprecht, Wilfried Herz, Jutta Hoffritz, Dr. Gunter Hofmann, Gerhard Jörder, Dr. Petra Kipphoff, Erwin Koch, Ulrike Meyer-Timpe, Tomas Niederberghaus, Christian Schmidt-Häuer, Jana Simon, Burkhard Straßmann, Dr. Werner A. Perger, Dr. Volker Ullrich
Berater der Art-Direktion: Mirko Borsche
Art-Direktion: Haika Hinze (verantwortlich), Klaus-D. Sieling (i. V.); Dietmar Dänecke (Beilagen)
Gestaltung: Wolfgang Wiese (Koordination), Mirko Bosse, Mechthild Fortmann, Sina Giesecke, Katrin Guddat, Delia Wilms
Infografik: Gisela Breuer, Anne Gerdes, Wolfgang Sischke
Bildredaktion: Ellen Dietrich (verantwortlich), Florian Fritzsche, Jutta Schein, Gabriele Vorwerg
Dokumentation: Mirjam Zimmer (verantwortlich), Davina Böck, Dorothee Schöndorf, Dr. Kerstin Wilhelms
Korrektorat: Mechthild Warmbier (verantwortlich)
Hauptstadtredaktion: Matthias Geis (kommissarisch verantwortlich), Peter Dausend, Christoph Dieckmann, Tina Hildebrandt, Jörg Lau, Elisabeth Niejahr, Petra Pinzler, Dagmar Rosenfeld, Dr. Thomas E. Schmidt (Kulturkorrespondent), Dr. Fritz Vorholz
Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin, Tel.: 030/59 00 48-0, Fax: 030/59 00 00 40
Frankfurter Redaktion: Mark Schieritz (Finanzmarkt), Eschersheimer Landstr. 50, 60322 Frankfurt a. M., Tel.: 069/24 24 49 62, Fax: 069/24 24 49 63, E-Mail: mark.schieritz@zeit. de
Europa-Redaktion: Dr. Jochen Bittner, Residence Palace, Rue de la Loi 155, 1040 Brüssel, Tel.: 0032-2/230 30 82, Fax: 0032-2/230 64 98, E-Mail: jochen.bittner@zeit.de
Pariser Redaktion: Gero von Randow, 14, rue des Saussaies, 75008 Paris, Tel.: 0033-1/77 18 31 64, E-Mail: gero.von.randow@zeit.de
Mittelost-Redaktion: Michael Thumann, Posta kutusu 2, Arnavutköy34345, Istanbul, E-Mail: michael.thumann@zeit.de
Washingtoner Redaktion: Martin Klingst, 940 National Press Building, Washington, D. C. 20045, E-Mail: martin.klingst@zeit.de

New Yorker Redaktion: Heike Buchter, 11, Broadway, Suite 851, 10004 New York, Tel.: 001-212/269 34 38, E-Mail: hbuchter@newyorkgermanpress.com
Moskauer Redaktion: Johannes Voswinkel, Srednjaja Perejaslawskaja 14, Kw. 19, 129110 Moskau, Tel.: 007-495/680 03 85, Fax: 007-495/974 17 90
Österreich-Seiten: Joachim Riedl, Alserstraße 26/6a, A-1090 Wien, Tel.: 0043-664/426 93 79, E-Mail: joachim.riedl@zeit.de
Schweiz-Seiten: Peer Teuwsen, Kronengasse 10, CH-5400 Baden, Tel.: 0041-562 104 950, E-Mail: peer.teuwsen@zeit.de
Weitere Auslandskorrespondenten: Georg Blume, Peking, Tel.: 0086-10/65 32 02 51/2, E-Mail: blume@vip.163.com; Frank Sieren, Peking, Tel.: 0086-10/85 63 88 80, E-Mail: frank.sieren@zeit.de; Gisela Dachs, Tel Aviv, Fax: 00972-3/525 03 49; Dr. John F. Jungclaussen, London, Tel.: 0044-2073/54 47 00, E-Mail: johnf.jungclaussen@zeit.de; Reiner Luyken, Achiltibuie by Ullapool, Tel.: 0044-7802/50 04 97, E-Mail: reiner.luyken@zeit.de; Birgit Schönau, Rom, Tel.: 0039-339-229 60 79
ZEIT Online GmbH: Wolfgang Blau (Chefredakteur); Christoph Dowe (Geschäftsf. Redakteur, Stellv. Chefredakteur); Karsten Polke-Majewski (Stellv. Chefredakteur); Fabian Mohr (Entwicklung und Multimedia-Formate, Mitglied der Chefredaktion); Kirsten Haake, Alexander Schwabe (Chef/in vom Dienst); Ludwig Greven (Textchef, Deutschland); Markus Horeld, Katharina Schuler, Michael Schlieben (Politik); Karin Geil, Susanne Papies, Tilman Steffen, Simone Bartsch (Nachrichten); Steffen Richter (Meinung); Alexandra Endres, Philip Faigle (Wirtschaft); David Hugendick, Wenke Husmann, Rabea Weihser (Kultur); Parvin Sadigh (Gesellschaft); Steffen Dobert, Susanne Gough, Matthias Bossaller (Sport); Kai Biermann (Digital); Dagny Lüdemann (Wissen); Anette Schweizer (Reise); Carolin Ströbele (Leben); Adrian Pohr, Rene Dettmann (Video); Johannes Kuhn, Atila Altun (Community); Christian Heise, Saskia Regerbis (Audience Management); Anne Fritsch, Nele Heitmeyer, Sonja Mohr (Bildredaktion, Grafik und Layout)
Geschäftsführer: Dr. Rainer Esser, Christian Röpke

Verlag und Redaktion: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg
Telefon: 040/32 80-0 **Fax:** 040/32 71 11
E-Mail: DieZeit@zeit.de
ZEIT Online GmbH: www.zeit.de
© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg
Geschäftsführer: Dr. Rainer Esser
Verlagsleitung: Stefanie Hauer
Vertrieb: Jürgen Jacobs
Marketing: Nils von der Kall
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Silvie Rundel
Herstellung/Schlussgrafik: Wolfgang Wagener (verantwortlich), Reinhard Bardoux, Helga Ernst, Nicole Hausmann, Oliver Nagel, Hartmut Neitzel, Frank Siemienski, Birgit Vester, Lisa Wolk; Bildbearbeitung: Anke Brinks, Hanno Hammacher, Martin Hinz
Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstr. 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf
Axel Springer AG, Kornkamp 11, 22926 Ahrensburg
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt der Verlag keine Haftung.
Anzeigen: DIE ZEIT, Matthias Weidling
Empfehlungsanzeigen: iq media marketing, Axel Kuhlmann
Anzeigenstruktur: Helmut Michaelis
Anzeigen: Preisliste Nr. 54 vom 1. Januar 2009
Magazine und Neue Geschäftsfelder: Sandra Kreft
Projektreisen: Bernd Loppow
Bankverbindungen: Commerzbank Stuttgart, Konto-Nr. 525 52 52, BLZ 600 400 71; Postbank Hamburg, Konto-Nr. 129 00 02 07, BLZ 200 100 20
Börsenpflichtblatt: An allen acht deutschen Wertpapierbörsen

ZEIT-LESERSERVICE

Leserbriefe
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg, Fax: 040/32 80-404; E-Mail: leserbriefe@zeit.de
Artikelabfrage aus dem Archiv
Fax: 040/32 80-404; E-Mail: archiv@zeit.de
Abonnement
Jahresabonnement € 166,40; für Studenten € 109,20 (inkl. ZEIT Campus); Lieferung frei Haus
Schriftlicher Bestellservice: ZEIT, 20080 Hamburg
Abonnentenservice: Telefon: 0180-525 29 09* Fax: 0180-525 29 08* E-Mail: abo@zeit. de
* 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise können abweichen
Abonnement Österreich
DIE ZEIT; Kundenservice, Postfach 5; 6960 Wolfurt, Telefon: 0820/00 10 85, Fax: 0820/00 10 86, E-Mail: die-zeit@abo-service.at
Abonnement Schweiz
DIE ZEIT; Kundenservice, Postfach; 6002 Luzern, Telefon: 041/329 22 15, Fax: 041/329 22 04, E-Mail: die-zeit@leserservice.ch
Abonnement restliches Ausland
DIE ZEIT; Kundenservice, Postfach; 6002 Luzern/Schweiz, Telefon: 0041-41/329 22 80, Fax: 0041-41/329 22 04, E-Mail: die-zeit@leserservice.ch
Abonnement Kanada
Anschrift: German Canadian News, 25–29 Coldwater Road Toronto, Ontario, M3B 1Y8, Telefon: 001-416/391 41 92, Fax: 001-416/391 41 94, E-Mail: info@gcnews.ca
Abonnement USA
DIE ZEIT (USPS No. 0014259) is published weekly by Zeitverlag. Subscription price for the USA is $ 260.00 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St., Englewood NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DIE ZEIT, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631, Telefon: 001-201/871 10 10, Fax: 001-201/871 08 70, E-Mail: subscribe@glpnews.com
Einzelverkaufspreis Deutschland: € 3,60
Ausland: Dänemark DKR 40,00; Finnland € 6,20; Norwegen NOK 49,00; Schweden SEK 55,00; Belgien € 4,20; Frankreich € 4,70; Portugal € 4,70; Großbritannien GBP 4,20; Niederlande € 4,20; Luxemburg € 4,20; Österreich € 4,00; Schweiz CHF 6,80; Griechenland € 5,30; Italien € 4,70; Spanien € 4,70; Kanarische Inseln € 4,90; Tschechische Republik CZK 170,00; Slowakei € 5,75; Ungarn HUF 1420,00; Slowenien € 4,70
ISSN-Nr.: 0044-2070

DER MAUERFALL

Demütige Revolutionäre

Ein kleiner Verlag in Leipzig macht dem Herbst 1989 alle Ehre VON ILKO-SASCHA KOWALCZUK

Rechtzeitig zum 20-jährigen Jubiläum der Revolution ist ein bemerkenswerter Aufruf erschienen. Er stammt von der Leipziger Initiativgruppe »Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 9. Oktober 1989«, in der alle Aufarbeitungsinstitutionen der Stadt vertreten sind. Die Revolution wird nicht nur in größere Zusammenhänge eingeordnet. Leipzigs Rolle wird betont, aber nicht überbetont, es wird aber auch darauf hingewiesen, dass im Herbst 1989 dort nicht nur Leipziger auf der Straße waren, sondern viele Menschen aus der DDR, die eigens zum Protestieren in die Messestadt fuhren. In diesem Papier heißt es: »Es war eine Bewegung vieler Unbekannter, vieler Namenloser und einfacher Menschen. Es war ein Aufstand von unten, geboren aus dem Willen, diktatorische Herrschaft nicht länger zu ertragen, und getragen von der Absicht, sein Geschick in die eigenen Hände zu nehmen. Diese demokratische Revolution brauchte keine Prominenten, keine Avantgarde und keine Alleskönner, die anderen den Weg weisen.« Hinzuzufügen wäre: Diese Revolution brauchte auch keine Utopie. Es ging um Freiheit und bürgerliche Rechte.

Seit vielen Jahren beschäftigt sich eine überschaubare Gruppe von Historikern, Publizisten und Akteuren – wobei Erstere oftmals auch Letzteres waren – mit den Geschehnissen von 1989. Die Veröffentlichungen dazu sind kaum noch zu überschauen. Die meisten dieser Publikationen firmieren als »graue Literatur« – und sind deshalb oft nicht einmal in größeren Bibliotheken zu finden. Auch Bücher ostdeutscher Verlage kommen bis auf Ausnahmen nicht auf dem gesamtdeutschen Markt zum Zuge, meist gelangen sie außerhalb ihres Standortes nicht in die Läden. Und Buchkäufe in ostdeutschen Buchläden erreichen am gesamtdeutschen Umsatz kaum den Anteil von fünf Prozent.

Einer der wenigen aus DDR-Zeiten übrig gebliebenen Verlage ist die 1946 gegründete Evangelische Verlagsanstalt. Schon der Titel zeigt, es war weniger ein »DDR-Verlag«, sondern eher ein Verlag in der DDR. Er gehört der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Zum Programm zählen historisch-politische Publikationen, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen. Der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen gibt hier seit 2003 eine kleine, aber feine Schriftenreihe heraus. Diese stellt ein Novum dar. Zwar arbeiten außer im Land Brandenburg in allen ostdeutschen Ländern und in Berlin Stasi-Landesbeauftragte, aber nur in Sachsen existiert eine Schriftenreihe in einem Verlag. Bisher kamen Bände heraus, die sich etwa mit dem 17. Juni 1953, Jugendwiderstand am Anfang der fünfziger Jahre, sächsischen Stalinismusopfern, der Kollektivierung der Landwirtschaft oder unangepassten Künstlern beschäftigten. Dabei standen stets einzelne Menschen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Lebenswege, ihre Selbstbehauptung und auch ihre Verfolgung durch den Staat im Mittelpunkt.

Rechtzeitig zum 89er Jubiläum sind zwei weitere Bände erschienen, die allen nachdrücklich empfohlen seien, die Akteure und Vorgänge von 1989 abseits des sattsam bekannten staatlichen Handelns in Ost und West kennenlernen wollen. Martin Jankowski, Leipziger Zeitzeuge und Akteur, beschreibt fast minutiös, wie es zum 9. Oktober 1989, dem Tag der großen friedlichen Massendemonstration in Leipzig mit etwa 70 000 Teilnehmern, kam und warum es trotz befürchteter Gewaltanwendung seitens des Staates friedlich blieb. Seine dichte Beschreibung versetzt den Leser in die Lage, die Dramatik dieser Tage nachzuvollziehen, selbst wenn man nun zum ersten Mal davon erfährt. Auch wenn nicht alle seine Quellen verifizierbar sind und sein eigenes Tagebuch manchmal irrt: Dieses Buch zeigt eindrucksvoll, warum der 9. Oktober 1989, wie es der Buchtitel ausdrückt, Deutschland veränderte.

Thomas Mayer: Helden der Friedlichen Revolution
18 Porträts von Wegbereitern aus Leipzig; Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2009; 152 S., 12,80 €

In Thomas Mayers Band bekommen 18 Leipziger *Helden der Friedlichen Revolution* ein Gesicht. Wohltuend an diesem Buch ist zunächst, dass niemand der Porträtierten sich als Held begreift, ja fast alle diesen Begriff von sich weisen. Noch wohltuender ist, dass hier Männer und Frauen vorgestellt werden, die zwar durchweg mit Genugtuung auf ihr damaliges Handeln zurückblicken, aber niemand von ihnen glaubt, sie seien die entscheidenden Macher der Revolution gewesen. Sie hatten sich schon jahrelang vor 1989 an den Umständen in der DDR gerieben und sich engagiert, meist in christlichen Gruppen. Aber die Revolution war nicht ihr Werk, so der Tenor, sie waren nur Teil des Prozesses.

Obwohl die Porträts kurz sind, so sind sie sehr erhellend. Christoph Wonneberger, Jochen Lässig, Thomas Rudolph, Gesine Oltmanns, Rolf-Michael Turek, Michael Arnold, Rainer Müller, Katrin Hattenhauer, Edgar Dusdal, Jürgen Tallig oder Uwe Schwabe (Pfarrer Führer ist nicht dabei) – außerhalb Leipzigs sagen Nichteingeweihten diese Namen meist nichts. Und doch sind es Männer und Frauen, ohne die die Revolution nicht vorstellbar ist. Sie waren nicht nur mutig und weitsichtig, sie sind es oft heute noch. Sie wollten Veränderungen, sie strebten nach Freiheit. An ein vereinigtes Deutschland allerdings dachte dabei kaum jemand. Sie forderten »Demokratie jetzt!«, nicht »Einheit jetzt!« – was ja bis zum November 1989 auch allen Politikern im Westen unvorstellbar schien.

In Mayers Buch fällt auf, dass christliche Prägungen und die evangelischen Kirchen auf dem Weg zum Herbst 1989 eine kaum zu überschätzende Rolle spielten. In dem Buch von Gerold Hofmann *Mutig gegen Marx & Mielke* wird dies anhand von Interviews mit dem Erfurter Probst Heino Falcke, der Berliner Pfarrerin Ruth Misselwitz oder dem Ehepaar Antje und Martin Böttger eindrücklich herausgestellt. Alle Genannten spielten im Widerstandsdiskurs eine wichtige Rolle, alle haben an der Etablierung der Bürgerrechtsbewegung entscheidend mitgewirkt, aber niemand von ihnen unterliegt heute der Gefahr, seine historische Rolle auch nur ansatzweise zu überhöhen.

Das Bemerkenswerte an diesem Buch ist, dass diese Zeitzeugen auf frappierende Art in der Lage sind, ihre damaligen Positionen wiederzugeben. Sie stilisieren sich weder zu Vorkämpfern der Einheit, wie es heute mancher Bürgerrechtler gern tut, noch zu prinzipiellen Gegnern des Sozialismus. Nein, ihnen ging es um Freiheit in der DDR. Ja, sie wollten sogar den Sozialismus, denn einen solchen, sind sie sich einig, gab es in der DDR zu keinem Zeitpunkt. Wenn man eine Ahnung davon haben möchte – sofern man es nicht weiß – wie christliche Demut angesichts einer erfolgreichen Revolution aussehen kann, so liegt hier ein Zeugnis davon vor, das eindrücklicher kaum sein könnte.

Die Revolution in der DDR war gerade keine protestantische, wie es behauptet wurde. Sie ist aber von vielen Christen und Christinnen entscheidend geprägt worden. Es war eine Minderheit der Christen, so wie auch nur eine Minderheit der Bevölkerung im Spätsommer und Herbst mutig und ohne Rückversicherung öffentlich begann, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen. Es ging ihnen um den berühmten aufrechten Gang und nicht selten einfach darum, endlich wieder in den Spiegel schauen zu können.

Wer wissen will, wie Männer und Frauen begannen, sich vom vormundschaftlichen Staat zu emanzipieren, und mit ihrem Mut auch anderen Mut machten, der lese diese Bücher. Auch um der Gegenwart willen, die nicht bleiben kann, wie sie ist. Die Geschichte kennt keinen Endpunkt, aber auch keine Wiederholung. Glanzpunkte der sonst so armen deutschen Freiheitsgeschichte wie »1989« können aber Kraft, Zuversicht und Optimismus verleihen. Bleibt zu hoffen, dass der Verlag weiterhin solche klugen und ehrlichen Bücher verlegt.

Gerold Hofmann: Mutig gegen Marx & Mielke
Die Christen und das Ende der DDR; Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2009; 131 S., 16,80 €

Martin Jankowski: Der Tag, der Deutschland veränderte. 9. Oktober 1989
Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2007; 172 S., 9,80 €

Das Glockenspiel der Geschichte

Friedrich Dieckmann erklärt 1989 als doppeldeutsche Weltöffnung VON CHRISTOPH DIECKMANN

Im Frühjahr 1993 war's. Auf Hiddensee diskutierten fünf Dutzend Autoren, Ost und West, das zwiespältige Befinden der Kulturnation. Es erhob sich ein Gladiatorenkampf: Friedrich Dieckmann gegen Hellmuth Karasek. Letzterer sprach von östlichen Lebenslügen und bezichtigte den abwesenden Christoph Hein, per Parabel-Technik arglistig Geschichtsschreibung der Verlierer zu betreiben. Rumor! Dieckmann widerstand mit einem ostdeutschen Sieg: der Erfahrung des Scheiterns. Karasek säbelte zurück. Dieckmann, überlegen gebildet, stach abermals zu, mit mokantem Florett. Als der ramponierte Karasek die Waffe streckte und auch Dieckmann huldvoll schwieg, wisperte es in der Ost-Fraktion: Bürgerliche Kompetenz – das ist es, was die Wessis von uns spüren müssen!

Wer will, mag Friedrich Dieckmanns neues Buch als Verschriftlichung der Hiddenseer Kontroverse lesen. Es bietet mehr: sieben kühl glänzende Essays, summiert zur deutschen Nachkriegsgeschichte, deren Schlüsseldaten bereits der Schutzumschlag nennt: 1945, 1949, 1953, 1961, 1989. *Deutsche Daten oder Der lange Weg zum Frieden* – natürlich zitiert der Titel Heinrich August Winklers Epochenwerk *Der lange Weg nach Westen.* Auch das Zieldatum ist dasselbe, der 3. Oktober 1990, »der, ein Unikum in der Geschichte der Nationalfeiertage, vertraglich zum Staatsfeiertag bestimmt war, ehe er sich ereignet hatte«. Beide deutsche Staaten fusionierten, »sich als gleichberechtigt erkennend in dem Moment ihres Vergehens«. Dass keine Hochzeit Gleichgestellter stattfand, sondern ein Anschluss der DDR, hernach Ostdeutschlands Kahlschlag-Sanierung, ist nicht Dieckmanns Thema. Souveränität obwaltete 1990 auf keiner deutschen Seite, sondern bei den Siegermächten. Sie hatten 1945 den deutschen Staat suspendiert. »Zugleich hatten sie dessen Rechte an sich gezogen, in einer Weise, die ihnen die Gründung und Legitimierung deutscher Teilstaaten erlaubte, ohne dass die untergründig fortdauernde Existenz des deutschen Gesamtstaates davon berührt worden wäre.« 1990, im Zeichen gemilderter Block-Konfrontation, rückten die Siegermächte den deutschen Gesamtstaat wieder heraus.



Friedrich Dieckmann: Deutsche Daten oder Der lange Weg zum Frieden
Wallstein Verlag, Göttingen 2009; 188 S., 19,90 €

Und die Geschichte von unten? Die Mahnwachen und Demonstrationen des Herbstes 1989? Der Tanz auf der Mauer? Das Wir-sind-ein-Volk? Das alldeutsche Glockenläuten? Als Feuerwerksmusik zum derzeitigen Erinnerungsgeböller ist Friedrich Dieckmanns Ton wenig geeignet. Man freut und reibt sich an gar mancher definitorischen Volte. Die DDR sei eine »Diktatur der Opfer« gewesen, die SED eine »Ordensmonarchie«, ihr Fürst E. H. ein »zum Leithammel beförderter Jungvolkführer«. Des Weiteren seien Honecker und Gorbatschow »Zwillinge des Zuspätkommens«. Nun ja. Wichtiger ist, dass Dieckmann, bei allem Hang zum Resümee, Geschichte nicht aus der perspektivischen Verkürzung der Pointe 1989 beschreibt, sondern je und je als Chancenspiel gewesener Gegenwarten. Besonders schön gelingt das in *Olymp im Nebel,* über den 17. Juni 1953, »eine Tragödie von antikischem Maß und Begriff«. »Der Stoff, aus dem dieser dramatische Tag gemacht ist, bietet zur Affirmation wenig, zur Reflexion allen Anlaß.« Was der Westen als Tag der Deutschen Einheit beging, verhinderte dieselbe auf Jahrzehnte. Der Volksaufstand rettete Ulbrichts Herrschaft und stürzte in Moskau Stalins Thronprätendenten Berija, der die DDR, das Faustpfand der sowjetischen Sieger, preisgeben wollte.

Die Sowjetunion, schreibt Dieckmann, habe die DDR gründen müssen, nicht wollen. Das Schlüsseldatum der deutschen Teilung war, falls nicht der 30. Januar 1933, der 18. Juni 1948, die westzonale Währungsreform. 1990, verfügt Dieckmann, hatte »der Oststaat (…) seine Aufgabe erfüllt, so konnte er aufgegeben werden«. »Die Mauer war, als sie aufging, weltpolitisch überflüssig geworden.« Die Grenzöffnung sei Weltöffnung gewesen. Leider litten Ost- wie Westdeutsche an »wechselseitige(r) Erfahrungssperre«, »unaufgeklärt und vielleicht unaufklärbar, eine Quelle fortdauernder Fehldeutungen und Mißverständnisse«.

Kurz vor Friedrich Dieckmanns Buch erschien eine weidlich verschieden tönende Bilanz der deutschen Vereinigung. Daniela Dahns *Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen* ist ein verdienstvolles Kompendium einheitsdeutscher Übelstände, die der Entsorgung aller DDR-Erfahrungen geschuldet seien. Dieckmanns Ost-Verteidigung geht anders; sie zielt auf die spiegelbildliche Identität beider Nachkriegs-Deutschländer als Mündel ihrer Siegermächte. Die Bücher verhalten sich zueinander wie Kampfschrift und Literatur. Dahn ringt, deckt auf, beweist. Aus Dieckmanns ästhetisch geläuterten Fakten klingt das Glockenspiel der Geschichte. Er lädt seinen Leser auf eine Höhe, die gewiss auch dieser elegante Autor hart ersteigen musste. Geschrieben hat er dann, ohne zu schnaufen, mit ruhigem Puls. Seltsam, der Rezensent fühlte sich versetzt zum Heidelberger Philosophenweg, mit Talblick auf Hölderlins Fluss und »der Vaterlandsstädte Ländlichschönste, so viel ich sah«. Diese Bildungsprosa lässt spüren, dass ein geschichtsbeständiges Urteil über die doppeldeutschen Dinge nur *sine ira et studio* zu haben ist. Aber nicht ohne Studium.

1. Oktober 2009 DIE ZEIT Nr. 41

DIE OBJEKTE DER BEGIERDE finden Vinylsüchtige in staubigen Londoner Kisten oder öligen Fässern in kanadischen Perückenläden





VERSUNKENE WELTEN werden bei Honest Jon's wieder ausgegraben: Schätze aus dem Archiv dokumentieren die globalen Anfänge der Klangaufzeichnung







Das Gold der frühen Jahre

Überall auf der Welt suchen Sammler fieberhaft Schellacks und altes Vinyl. In London erfüllt Mark Ainley ihre Sehnsüchte: Das Label und der Schallplattenladen Honest Jon's präsentieren seltene Töne aus dem 20. Jahrhundert **VON THOMAS GROSS**

Wann ihm zum ersten Mal die Idee kam, es mit einer Sucht zu tun zu haben, kann Mark Ainley nicht mehr sagen. Es muss aber in der Zeit gewesen sein, als er noch jeden Tag im Laden stand. Morgens, wenn er aufschloss, warteten die Ersten bereits vor der Tür, abends war es schwer, sie wieder loszuwerden. Während der langen Stunden dazwischen wühlten sie sich systematisch durch sämtliche Regale, knieten bei den Sonderangeboten, bildeten Schlangen bis auf die Portobello Road hinaus. Oder aber sie kamen an den Tresen, immer dieses leicht irre Flackern im Blick: Hast du die? Hast du jene?

Oft genug hatte er da, wonach sie verlangten, dann entspannte sich ihre Miene für einen Moment, und sie zogen zufrieden mit ihren Schätzen nach Hause. Manchmal musste er sie schulterzuckend auf ein andermal vertrösten: Platten haben ihre eigenen Schicksale, man weiß nie, wohin sie verschwunden sind und wo sie wieder auftauchen. Doch egal, ob das Verlangen enttäuscht oder gestillt wurde, ein paar Tage später standen dieselben Leute wieder vor der Tür, getrieben vom Wunsch nach mehr. So ist die Kundschaft bis heute, das Sammeln ist eine Tätigkeit ohne Abschluss. »Es hat eindeutig etwas Psychosexuelles«, sagt Ainley: Wer einmal Witterung aufgenommen habe, komme nicht mehr davon los.

London im Spätsommer: Mit Mark Ainley über die männliche Passion für schwarze Scheiben zu reden ist, als würde man sich mit zwei Personen gleichzeitig unterhalten. Dem Dealer auf der einen Seite, der seine Kunden mit dem Nötigen versorgt: Als Mitinhaber von Honest Jon's, dem traditionsreichen, im Stadtteil Ladbroke Grove gelegenen Schallplattenladen, weiß er genau, was die Typen in T-Shirts umtreibt, die hier von morgens bis abends das Angebot sichten. Junkies sind's, arme Abhängige, die in staubigen Kisten nach dem Stoff ihrer Träume fahnden, immer auf der Suche nach dem nächsten Kick. Mit seiner randlosen Brille hat Ainley auf der anderen Seite aber auch etwas von einem milden, den Bedürfnissen seiner Klienten nachspürenden Therapeuten. Er kennt den Namen der Krankheit, die sie plagt: »Digging«.

Digging ist indiziert, wenn bestimmte Symptome vorliegen. Wenn jemand an keinem noch so schäbigen Flohmarkt vorbeigehen kann etwa, ohne ein Jucken in den Fingerspitzen zu verspüren. Das zwanghafte Aufsuchen von Secondhandläden gehört ebenso dazu wie der stiere Blick bei Ansichtigwerden des begehrten Objekts. Digging, dieses der Goldgräbersprache entlehnte Wort, bezeichnet eine Form der Sucher- und Schatzhaltermentalität, die nicht selten Besitz von der ganzen Person ergreift. Es gibt Digger, die ihren Jahresurlaub darauf verwenden, in gemieteten Kleinlastwagen über die Lande zu ziehen, um auf jeder Schallplattenbörse einzusacken, was zu ihrem Sammelgebiet gehört. Im Endstadium kann Digging sogar zum Verlust sozialer Beziehungen führen. Dann wendet sich die Ehefrau von dem Betroffen ab, und die Kinder betteln: Papa, hör auf damit!

Oft ist es in solchen Fällen bereits zu spät. Ainley kennt Sammler, deren Küchentür sich nicht mehr öffnen lässt, weil jeglicher zur Verfügung stehende Platz zur Hortung verwendet wird. Manche schlafen aus Platzgründen auf einer Pritsche, wieder andere nutzen die Badewanne als Lagerplatz oder den Kamin – wozu heizen, wenn man ohnehin die ganze Zeit beschaffungstechnisch unterwegs ist? Digging, konsequent betrieben, hat in seiner Monomanie etwas Charakterzersetzendes, es raubt lebenswichtige Energien und verhindert so nachhaltig einen bürgerlichen Alltag. Tiefenpsychologisch gesehen, handelt es sich um eine Form der Sexualneurose mit anal-retentiven Zügen, doch das ist nur eine Seite der Sache. Die Affirmation des Objekts im Begehren hat auch etwas Utopisches. »Digging ist eine Technik der Kulturbewahrung«, sagt Ainley: »Ohne Digging kein kollektives Gedächtnis.«

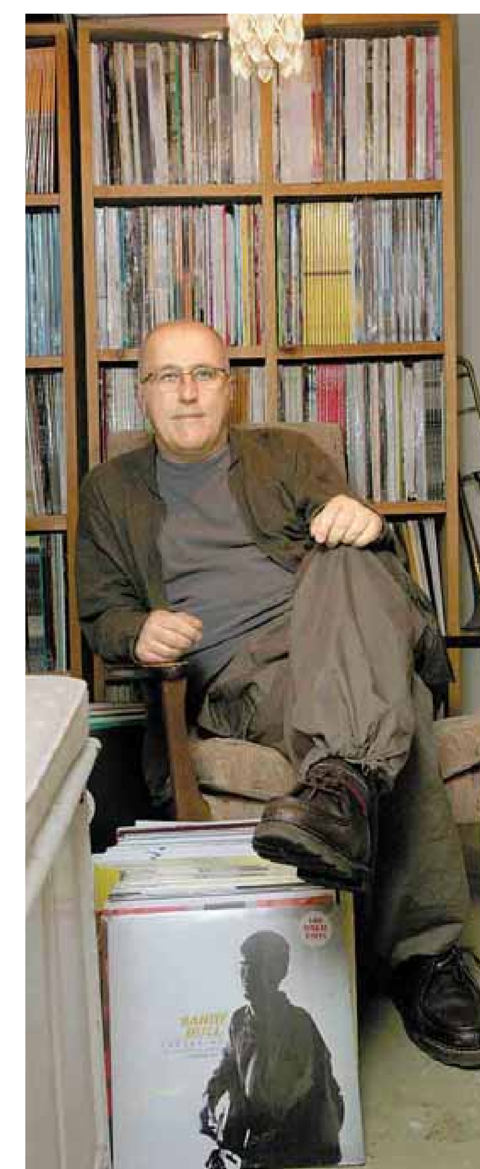

DEALER UND THERAPEUT: Mark Ainley inmitten seiner gesammelten Vinylschätze

Foto (Ausschnitt): Dominik Gigler für DIE ZEIT/www.gigler.com

Bestes Beispiel für diese Dialektik ist Honest Jon's selbst. In dem äußerlich unscheinbaren Laden an der Portobello Road in Westlondon bleibt kein Quadratzentimeter ungenutzt. Wohin man auch schaut, Schallplatten: in den Regalen, an den Wänden, auf dem Boden – wo keine Hand hinreicht, hängen Poster und andere Devotionalien. Und das ist nur der unmittelbar sichtbare Teil. Wer durch die winzige Öffnung im Verkaufstresen hindurchschlüpft, gelangt über eine schmale Stiege in ein weitverzweigtes unterirdisches Reich. Hier, im Keller, ist nicht nur tonnenweise Vinyl gebunkert, von hier aus organisieren Ainley und sein Partner Alan Scholefield den Nachschub. Man könnte glauben, der Shop zum ehrlichen Johann sei gar kein Laden, sondern eine Höhle, in der die Besitzer die Beute ihrer Raubzüge aus aller Herren Länder ausstellen. Was zu einem gewissen Grad auch stimmt.

Denn natürlich sind Ainley und Scholefield nichts anderes als Digger, die ihre Passion zum Beruf gemacht haben. Zu ihren aktivsten Zeiten in den Achtzigern durchkämmten sie den nordamerikanischen Kontinent in großem Stil. Sie gingen immer zu zweit rein, einer checkte den Eingangsbereich, der andere grub weiter hinten. Was sie bei Trödlern und in Lagerhallen fanden, karrten sie systematisch zum nächsten Hafen und verschifften es nach England. Ainley kriegt noch heute feuchte Hände, wenn er an diesen einen Perückenladen in Kanada denkt: In Fässern hatten sie dort seltene jamaikanische Dub-Singles gelagert, man musste förmlich reinkriechen und sie zutage fördern wie Öl. Doch verkaufen heißt eben auch, Leidenschaft teilbar zu machen, indem man vergessene Musik wieder in Umlauf bringt. Und genau hier liegt die kulturkonservative Funktion von Honest Jon's.

Anfangs waren es nur rare Vinylplatten, die über den Laden neue Kunden fanden. Seit ein paar Jahren existiert Honest Jon's auch als Label, das seine Schätze in digital restaurierter Form der Öffentlichkeit zugänglich macht. Das Repertoire ist so divers wie die Vorlieben der Betreiber und reicht von Dokumentationen der Calypsogesänge jamaikanischer Einwanderer aus den Fünfzigern bis hin zu Samplern mit den harten Dancehall-Sounds der alljährlich zum Notting Hill Carnival durch die Nachbarschaft ziehenden Sound Systems. Oft handelt es sich um aufwendig gestaltete Projekte, für die neben der Arbeit des Findens, Kompilierens und Übertragens auf digitale Formate viel Recherche nötig war. Das große Geld lässt sich mit solchen Liebhabereditionen nicht machen, Label wie Laden operieren am Existenzminimum – auch weil Gewinne sofort wieder in neue Suchaktivitäten reinvestiert werden. Aber die Nachfrage ist da.

Man kann sogar von einem globalen Trend sprechen. From Dust To Digital, ein Label aus Atlanta, überführt amerikanische Roots-Musiken ins MP3-Zeitalter, Mississippi Records aus Portland sind für ihre Zusammenstellungen früher Folk- und Bluesaufnahmen bekannt. Der Frankfurter DJ Samy Ben Redjeb bringt afrikanische Musik neu heraus, während Sublime Frequencies aus Seattle eher asiatisch-arabischen Pop recyceln und Miles Cleret von Soundway World Music. Gemeinsam ist all diesen über die Welt verstreuten Kleinbetrieben – oft werden sie nur vom Idealismus einer einzelnen Person am Leben gehalten –, dass sie das gemeine Digging zu einer Praxis des Wiederaufbereitens und Editierens verfeinert haben. Inhaltlich liegen sie jedoch weit auseinander. Jeder Sammler gräbt eben woanders; die Szene zerfällt in eine Fülle unterschiedlicher Schürfbereiche. Was Honest Jon's darüber hinaus unterscheidet, ist der exklusive Zugang zu nie gehörten Schellacks.

Als Mark Ainley zum ersten Mal in den Archiven der EMI stand, wusste er nicht sofort, dass er auf eine Goldader gestoßen war. Der im kleinstädtischen Hayes, 20 Meilen von London entfernt gelegene Klinkerbau hat von außen die Ausstrahlung einer Halbleiterfabrik. Drinnen nichts als endlose Regalfluchten, in denen bis unter die Decke alles gelagert ist, was bei Electric and Musical Industries – dafür steht das Kürzel EMI – erschienen ist, von den Masterbändern sämtlicher Beatles-Platten bis hin zum neuesten Britpop. »Der Alltag sieht so aus, dass einer aus der Zentrale anruft und sagt, bitte PX 3315«, sagt Ainley – und schon sind wir Popkonsumenten wieder um eine neue Robbie-Williams-Compilation reicher. Dass es sich bei den EMI-Archiven jenseits solch kommerzieller Nutzungen um einen Ort der Erinnerung handelt, ein Gedächtnis der Musiken der ganzen Welt, wurde ihm erst klar, als sie ihn in den kleinen Raum mit den frühesten Aufnahmen führten.

Eine seltsame Erfahrung, Schellacks aus der Gründerzeit der Schallplattenindustrie aus den Regalen zu nehmen: Es war, als würden die sepiabraunen Papphüllen, in denen sie steckten, unter den Händen zu Staub zerfallen. Noch seltsamer ist die Geschichte dahinter: Ihre Existenz verdankten diese Aufnahmen nicht etwa idealistischen Kulturbewahrungsimpulsen, sondern dem Expansionsdrang einer in ihrer ersten Blüte stehenden Branche. Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts versuchte die EMI, sich weltweit Märkte zu erschließen, indem sie lokale Musiken vor Ort aufnehmen und in Hayes auf Tonträger pressen ließ. Mit Rezession und Krieg geriet dieser Teil der Firmengeschichte in Vergessenheit. »Den Großteil der Schellacks hat sich nach ihrer Archivierung nie wieder jemand angehört«, sagt Ainley. Auch über die Kontexte, in denen sie entstanden, ist wenig bekannt. Doch wo gar nichts über eine Musik gewusst wird, kann man ihr wieder ganz neu begegnen.

Abb.: Archiv Honest Jon's

Ainley setzte sich hin und hörte einfach, er hörte balinesischen Gamelan-Orchestern zu und kubanischen Tanzbands, portugiesischen Fado- und cantonesischen Opernsängern, er lauschte den rauen Stimmen westafrikanischer Musiker und ließ sich von den Klängen jüdisch-arabischer Unterhaltungsensembles nach Bagdad tragen, wo Ingenieure der Gramophone Company, wie die EMI in ihren Anfangstagen hieß, in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre ausgedehnte Aufnahmesitzungen in einem Hotel abhielten. Erst nachdem er sich durch Hunderte von Aufnahmen gehört hatte, begann er sich für die Hintergründe zu interessieren. Er interviewte Spezialisten und letzte Überlebende und stieß dabei auf das Tagebuch eines Toningenieurs namens Fred Gaisberg, der am Ende einer Exkursion für die Gramophone Company nach Russland bekannte: »Ich war jetzt wie ein Drogensüchtiger, den es in seinem Hunger auf immer neue und seltsamere Reisen trieb.«

Es sind Geschichten aus der Frühzeit der Klangaufzeichnung, die Ainley zusammengetragen hat, Geschichten, die vom Schicksal vergessener Musiker erzählen, aber auch von den Pioniertaten abenteuerlustiger Männer mit ihren blechernen Aufnahmeapparaten. Festgehalten sind sie auf Samplern, die *Give Me Love. Songs Of The Brokenhearted – Baghdad, 1925–1929* heißen, *Living Is Hard. Westafrican Music in Britain, 1927–1929* oder *Sprigs OfTime.* Alle zusammen dokumentieren die globalen Verzweigungen der Klangerschließung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, bevor die Vinylschallplatte kam und die gesamte Szene schlagartig revolutionierte. Man könnte von einer Archäologie des frühen Pop sprechen, einer Recherche der Vorgeschichte unter besonderer Berücksichtigung migrantischer Bewegungen, doch Ainley mag das Wort nicht. In seinen Augen handelt es sich um eine Art Bergungsprojekt zur Errettung der rohen Qualität der Musik.

Ainley erklärt, was den Digger vom Archäologen trennt. Der Archäologe gräbt in totem Material, er setzt seine Funde zu einer möglichst lückenlosen Dokumentation einer Ära zusammen, über die die Geschichte hinweggegangen ist. Der Digger hingegen sucht in den Sedimenten nach Lebendigem. Es sind nicht irgendwelche Taxonomien, Theorien oder Lehrmeinungen, die ihn vorantreiben, es ist seine nie ganz zu stillende Begierde, sich im Objekt der Sehnsucht selbst zu begegnen. Aus ebendiesem Grund handelt es sich bei den Erzeugnissen des Hauses Honest Jon's, so sorgfältig sie gemacht sein mögen, auch keineswegs um auf Vollständigkeit bedachte wissenschaftliche Arbeiten. »Was wir machen, ist unsystematisch und chaotisch«, sagt Ainley, »wir schmeißen einfach alte Musik in neue Zusammenhänge und freuen uns darüber, wenn sie auf offene Ohren trifft.« Mit anderen Worten: Der Digger ist in seiner Suche und Weitergabe ein Romantiker. Als Liebhaber seltener Schallplatten ist und bleibt er im Wortsinn ein Amateur.

Wo liegt die Zukunft des Digging? Mark Ainley rückt seine Brille zurecht, als wolle er sagen: schwierige Frage. Zum einen hat das Internet viel verändert. Vor 20 Jahren war es noch möglich, in irgendeinem Laden irgendwo auf der Welt zwischen vergilbten Büchern und nach Mottenkugeln riechenden Kleidern auf den Fund seines Lebens zu stoßen, gleichsam die blaue Blume unter den Platten. Inzwischen hat das Netz den Prozess des Suchens rationalisiert. Man tippt einfach auf eBay seinen Wunsch ein, und schon kommen die Angebote. Das hat den Vorteil, dass das Einzugsgebiet sich enorm erweitert: So schnell und so effektiv führte in den alten Goldgräbertagen kein Weg ans Ziel. Ein weiterer Vorteil ist, dass die vielen verstreuten Digger auf dem Planeten bemerken, dass sie keineswegs allein sind mit ihrer Passion, sie tauschen sich auf digitalem Wege aus, geben sich Tipps und bilden Communitys. Der Romantik der Mission hat das allerdings nicht unbedingt gutgetan.

Die Versachlichung, die mit der Rationalisierung des Sammelns einhergeht, hat aber auch das Verhältnis zum Objekt selber verändert. War es früher vor allem der ideelle Wert, der zählte – ich bin der einzige Mensch auf der ganzen Welt, der ein Exemplar von XY besitzt, und das vollkommen zu Recht, weil ich auch der Einzige bin, der diese Musik wirklich versteht –, sind Schallplatten heute zugleich Spekulationsobjekte. Das Phänomen des neurotisch-obsessiven Vinyl-Erschnüffelns ist auf dem Rückzug, jetzt kommen die Händler, die bloß noch Händler sind. Sie vergleichen Listenpreise und wissen genau, wie hoch dieses oder jenes *collector's item* im Kurs steht. Wie beim Öl, aus dem das Vinyl gemacht wird, ist es die Begrenztheit, die das Spiel von Angebot und Nachfrage bestimmt: Man hält besonders wertvolle Exemplare aus Gründen der Wertsteigerung zurück. »Das ist ein wesentlicher Aspekt des Sammelns heute«, sagt Ainley, »ein Versuch, den Fluss zu kontrollieren«.

Andererseits ist der Liebhaber eine Figur, die schon die schlimmsten Krisen überstanden hat, und gerade die Aufbereitung historischen Klangmaterials fürs digitale Zeitalter gibt auch seiner immer schon leicht anachronistischen Leidenschaft eine neue Chance. »Das ist doch toll, dass irgendein Kid sich auf seinem iPod ein uraltes Stück Musik anhört, als wär's eine Punk-Single«, sagt Ainley: Es gibt einem das Gefühl, dass man seinen Job richtig gemacht hat, dass die Geschichte auf verschlungenen Wegen weitergeht. Und noch einen Nebeneffekt hat das Netz in seiner Ortlosigkeit: Es sorgt dafür, dass Läden wie Honest Jon's eine Renaissance erleben. Nirgends sonst kann man noch stundenlang über Musik reden, sie gleichzeitig anhören und den Leuten dabei in die Augen schauen. Plattenläden sind Treffpunkt und Debattierclub zugleich. Und natürlich haben sie auch etwas von einer Suchtstation.

Ainley gefällt die Idee vom Plattenladen als therapeutischer Anstalt, in der die Kunden geheilt und im selben Moment neu angefixt werden. Es ist, als würde man sich täglich auf einen Trip begeben, zu dem einem die Musik verhilft, und gleichzeitig im Reden darüber neue Türen aufstoßen. Warum das einmal aufhören sollte, will er nicht einsehen. Die Künste sind unendlich, genau wie die Begierden, die sie entfachen. »Das ist es doch, was Musik ausmacht«, sagt Ainley, »sie ist ein Weg, das eigene Leben und die Art, wie wir mit dem Leben anderer zusammenhängen, besser zu verstehen.« Dass einer seiner Vorgänger bei Honest Jon's ausgebildeter Psychoanalytiker war, ist jedenfalls kein Zufall.

Ein Klangromantiker

Mark Ainley, 50, hat englische Literatur studiert und kam über den Punk zur Musik. Zur Zeit Margret Thatchers organisierte er antirassistische Kampagnen und Lesungen. Bei Honest Jon's stieg er in den Achtzigern ein und ist heute zusammen mit Alan Scholefield Besitzer des Ladens. Vor drei Jahren gründeten die beiden das Label Honest Jon's. Dritter Mitbetreiber ist der Popstar Damon Albarn, der auf Honest Jon's Musik aus Mali herausbringt.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Sprigs Of Time. 78s From The EMI Archive
Compilation früher kommerzieller Aufnahmen aus aller Welt 1906 bis 1957

Living Is Hard. West African Music In Britain, 1927–1929
Dokumentation der ersten aufgenommenen Musik schwarzafrikanischer Immigranten

Give Me Love. Songs Of The Brokenhearted – Baghdad, 1925–1929
Sammlung einst für den irakischen Markt gedachter arabischer, jüdischer und kurdischer Lieder

London Is The Place For Me (Vol. 1–4)
Reich bebilderte Serie mit Calypso, nigerianischem Highlife und anderen Afrojazzspielarten aus den Fünfzigern

The World Is Shaking. Cubanismo From The Congo, 1954–55
Kubanische Klänge waren überall Mode, auch im Kongo

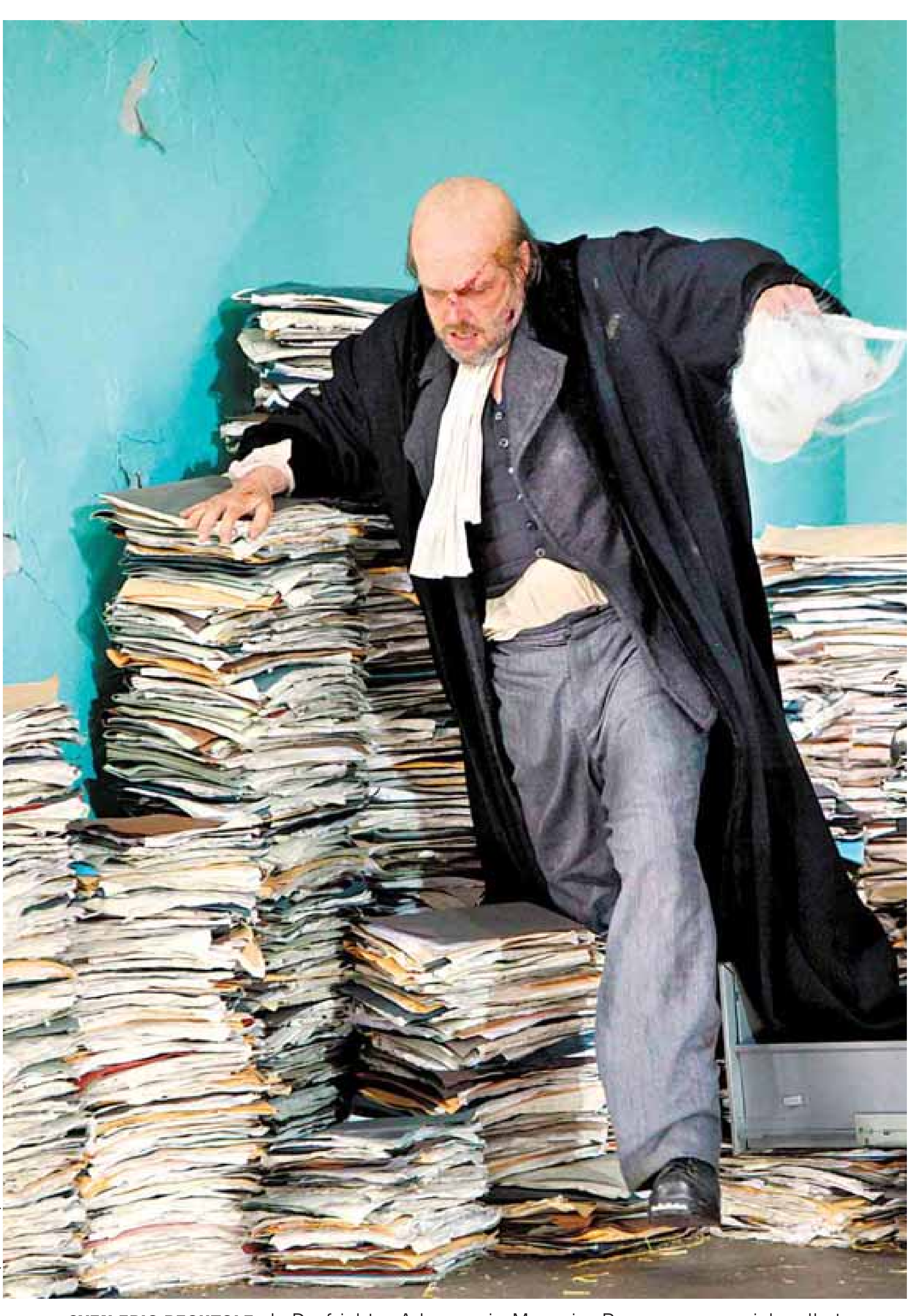


Foto (Ausschnitt): Ursula Kaufmann

SVEN-ERIC BECHTOLF als Dorfrichter Adam – ein Mann im Prozess gegen sich selbst

Freispruch für niemanden

Der letzte Kampf eines grandiosen Lügners: Andrea Breth inszeniert Kleists »Zerbrochnen Krug« bei der Ruhrtriennale in Essen **VON ANDREA HÜNNIGER**

Das ist keine Komödie. Dass es hier um mehr geht, hört man schon, bevor die Bühne hell wird. Da ist ein düsteres Brummen, ein Klang aus der Unterwelt, den Andrea Breth durch den Raum schickt. Hier wird es kein Lustspiel geben. Hier beginnt der verzweifelte Kampf eines großen Lügners gegen die Wahrheit.

Nun leuchtet die Bühne im Neonlicht. Wie ein Puppenhaus, das von einem schwarzen Rahmen begrenzt wird, arrangiert Annette Murschetz den Tatort. Das Dörfchen Huisum ist in dieser Inszenierung von Kleists *Der zerbrochne Krug* bei der Ruhrtriennale in Essen schon erzählt, ehe der letzte Schatten gefallen ist. Stroh liegt auf dem Boden, ein Schweinchenrücken glänzt heraus, später wird dort noch ein Ei gefunden. Grüner, vergilbter Verputz bröselt von den Wänden, die noch von schiefen Aktentürmen gehalten werden. Es scheint ein muffiger Luftbrei von der Bühne auszugehen. Hier liegt alles ganz nah beieinander: Stallgeruch und Amtsstube, Recht und Mist, Schwein und Personal.

Vorn am Bühnenrand im Salzlager der Zeche Zollverein sitzt ein Ramponierter mit fettigem Resthaarkranz, der nur mit einem schmutzigen Lendenwickel bedeckt ist – zugerichtet wie ein Penner, verschlampt wie ein Säufer, zerpflückt wie ein aus dem Sarg Entstiegener.

Es ist Adam, der Richter. Und so wie Sven-Eric Bechtolf ihn darstellt, ist er ein Gefallener, vom Leben Aufgeriebener, dessen Rechtsverständnis nur seiner Machterhaltung dient. Das alles zeigt Bechtolf in kleinsten Details und mit einer fast qualvollen Intensität.

Vom Kopf tropft aber nach der Nacht, in der er Eve nachstellte, das Blut. »Was hat das Gesicht euch so vermengt?«, fragt sein Schreiber Licht über seine schmale Brille hinweg, den Richter musternd. Die lange Wunde am Schienbein desinfiziert dieser aber zunächst, nicht ohne selbst einen kräftigen Schluck zu nehmen, mit Schnaps und humpelt klumpfüßig zum Richtertisch. Er quält sich in Schuhe und Hemd hinein. Er kommt erst in Gang, als er seinem plötzlichen Besucher, Gerichtsrat Walter, der die Rechtsordnung im Land kontrollieren soll, den korrekten Richter vorspielt. »Wer konnte, du gerechter Gott, wer konnte / So freudigen Besuches sich gewärt'gen. Kein Traum, der heute früh Glock achte noch / Zu solchem Glücke sich versteigen durfte.« Es ist schon fast eine Hymne auf die Lüge, die Andrea Breth hier anstimmt.

Es ist Gerichtstag, und Frau Marthe will ihren zerbrochenen Krug verhandeln. Spätestens seit dem Albtraum, von dem Adam seinem Schreiber am Morgen berichtete, weiß jeder, dass er selbst den Krug zerschlug. Nun muss er einen Scheinprozess führen – gegen sich selbst. Als auch Eve erscheint, erpresst er sie am Rande der Verhandlung. Denn sie soll schweigen über den Vorfall, sonst, so sagt Adam, müsse ihr Verlobter Ruprecht in den Krieg.

Kleist selbst sah Adam als einen Bruder von Ödipus. Die beiden verbindet nicht nur der Klumpfuß. Aber während Ödipus nur ahnt, dass er seinen Vater getötet hat und ernsthaft nach dem Täter fahnden lässt, versucht Dorfrichter Adam die Klärung des Falls mit allen Mitteln zu verhindern. Einerseits bringt er mit immer neuen verwegenen Lügen und Ausreden Verwirrung ins Geschehen, als sei er bloß ein toller einfallsreicher Spieler; andererseits kämpft er mit verbissener Kraft ums Leben wie einer, der weiß, dass ihn nur eine Haaresbreite vom Abgrund trennt. Die Katastrophe kündigt sich schon an, wenn eine kleine Fliege, brummend und bedrohlich, die Stille zerschneidet.

In der ungekürzten Fassung, die Andrea Breth in Essen auf die Bühne bringt, ist Adam ein getriebener, einsamer Richter. Das kleine Puppenzimmer ist verriegelt, es gibt kein Entkommen und keine Gnade. Jeder Spaß hat hier einen langen bitteren Nachhall. Breth lässt Adam zur Musik der Kleistschen Sprache tanzen und wirbeln, bis er zerstört und gepeinigt flieht und gleichsam aus dem Spiel fällt.

Denn Breth spielt die Kleistsche Urfassung, und darin berichtet Eve in einem langen Monolog von ihrem Leid – sie wird gleichsam vom Ende her zur zentralen Figur. Nun stehen die Beteiligten, die manchmal grell und überzeichnet wirken und die Aufklärung des Falls gemeinsam und unbewusst verhindern, desillusioniert im Puppenhaus.

Einer von Kleists Lieblingsbegriffen ist der »Fall«: der Rechts- und der Sündenfall, der krude, der körperliche Fall. In dieser Inszenierung ist das Paradies – wie auch in Kleists *Marionettentheater*-Aufsatz – für immer verriegelt. Der aufgeklärte Fall hinterlässt Ratlosigkeit, da die Erfüllung, das Recht, zu keiner Erlösung führt. Andrea Breth zeigt lauter Mittäter, deren Zusammenspiel die Sünde und die Vertuschung erst ermöglichte. Freispruch gibt es hier für niemanden. Wo scheinbar nur ein Krug zerbrach, da sind am Ende gebrochene Menschen.

Von der Liebe am Kühlregal

»Gigante«, ein Spielfilm aus Uruguay, erzählt aus dem Supermarkt

VON KATJA NICODEMUS

Dieser Film ist reiner Rhythmus. Er bildet seinen Takt aus Blicken, Schritten, Handgriffen, aus dem Wechsel von Schweigen und Sprechen. Er folgt einem Helden, der kein Wort zu viel, aber auch keins zu wenig sagt und das Entscheidende ganz zuletzt.

Rhythmus, das meint hier vor allem: der Rhythmus eines Lebens. In dem uruguayischen Film *Gigante* spielt sich dieses Leben im Wesentlichen vor den Überwachungsmonitoren eines Megasupermarktes ab. Allnächtlich sitzt hier Jara, hört Heavy-Metal-Musik und löst Kreuzworträtsel. Trotz seines wuchtigen Körpers hat der junge Mann etwas Unerwachsenes, wie ein Riesenbaby, das in die Welt geschubst wurde. Hin und wieder wirft er Blicke auf die Lagerarbeiter, Putzfrauen und anderen Wachmänner, blaue Schatten, die die Überwachungsbilder durchqueren. Inmitten dieses videograuen Alltags, zwischen nächtlichem Schichtwechsel und mitgebrachten Butterbroten, gelingt es dem Regisseur Adrián Biniez, eine *comédie humaine* zu erzählen. Und eine Liebesgeschichte, die so zart ist, dass man sie zunächst kaum bemerkt.

In wenigen Szenen deutet sich an, dass Jara ein wenig anders ist als andere Wachmänner. Wenn eine Putzfrau Nudeln und Reis mitgehen lässt, vermag ihn dies nicht von der Suche nach einem Fluss mit fünf Buchstaben abzulenken. Wenn die lüsternen Kollegen auf den Po einer Verkäuferin zoomen, senkt er den Blick. Und wenn die Kamera dem Sonderling nach der Arbeit nach Hause folgt, rundet sich eine ewig spätpubertäre Existenz: Jara hat keine Frau, aber eine Schwester und einen kleinen Neffen, mit dem er Videospiele spielt. Zum Einschlafen schaut er medizinische Ratgebersendungen. Es ist ein Dasein im Angesicht von Monitoren und Bildschirmen, ein Leben aus zweiter Hand.

Nebenbei entfaltet sich zwischen Kantine, Kühlregalen und Wachstube die kleine Welt des Supermarktes und seines Personals. Man lernt den unsympathischen Chef kennen, die Kollegen und ihre sexuellen Orientierungen. Man taucht tiefer ein in den Rhythmus von Umkleide, Schichtwechsel und Putzfrauenschritten auf Linoleum. Bei Kantinengesprächen wird klar, dass ein Arbeitskampf und wahrscheinlich auch Entlassungen bevorstehen. All dies erzählt der Film sparsam, lakonisch, mit einer Kamera, die immer lange genug stehen bleibt, um der Komik im Unkomischen Raum zu geben. Und mit Gesten, die auf minimalistische Weise beredt sind. Am sparsamsten agiert Horacio Camandule in der Rolle des titelgebenden Giganten. Ruhig und massig schreitet er durchs Bild, ein Monolith in blauer Uniform. Aber langsam gerät sein Gesicht in Bewegung.

Alles beginnt mit einer Szene des klassischen Kino-Suspense. Jara beobachtet eine junge Putzfrau, die sich beim Wischen rückwärts auf eine Klopapier-Pyramide zubewegt. Je näher sie kommt, desto breiter wird sein Grinsen. Als die Pyramide einstürzt, hört man ihn zum ersten Mal lachen. Von nun an wird er die Ungeschickte auf den Monitoren suchen, ihre Bänder sogar zu Hause betrachten.

Man muss sich einfach anschauen, wie sich der Blick des Riesenbabys fast unmerklich verwandelt. Wie er vom Beobachter zum Verliebten wird. Wie er erst interessiert, dann besorgt, dann immer aufgeregter nach der Putzfrau schaut. Und wie er ihr schließlich nicht nur auf dem Bildschirm folgt, sondern heimlich auch privat, ins Kino, zum Sport, ins Internetcafé. Es ist eine Bewegung vom Bildschirm ins Leben. So lernt man, gewissermaßen aus vorsichtiger Distanz, Julia kennen, die Monsterfilme mag, Judo lernt und im Internet nach einem Mann sucht.

Aber *Gigante* ist nicht nur ein Film über eine leise Liebe und über einen Supermarkt, der allen Supermärkten der Welt ähnelt und doch ganz einzigartig ist. Mit dem Porträt seiner schweigsamen Hauptfigur wird der Film zu etwas anderem, pathetisch könnte man sagen: zu einer Alltagsstudie des angewandten Humanismus. Jara ist zwar kein Überwacher, aber doch ein Wachmann im besten Sinne. Der Modus seines Lebens ist die Fürsorge. Für Julia, die er nach weiteren Wischunfällen vor den Sanktionen des Chefs bewahrt. Für eine andere Putzfrau, die das Klauen übertreibt. Für den verspannten Nacken eines Kollegen, der mit Handgriffen aus der Ärztesndung eingerenkt wird. Oder für zwei Unbekannte, die sich in einer Bar prügeln und von Jara mit umsichtigen Handgriffen getrennt werden. Das Schöne ist die Beiläufigkeit, mit der diese freundlichen Übergriffe, hilfsbereiten Einmischungen, zuvorkommenden Gesten in den ruhigen Takt des Films eingehen.

Man kann die Haltung des Regisseurs und seines Helden Humanismus nennen. Aber vielleicht sind solche Worte einfach zu groß und zu schwer für einen sanften Riesen mit Heavy-Metal-T-Shirt. Und für all das Zarte, das in diesem wunderbaren Film geschieht.

www.zeit.de/audio

Sehenswert

Vision von Margarethe von Trotta.
Sturm von Hans-Christian Schmid.
Antichrist von Lars von Trier.
Taking Woodstock von Ang Lee

TÄGLICH GEÖFFNET, AUSSER MONTAGS

Das Staunen der Venus

Der ZEIT-Museumsführer Nr. 22: Das Liebieghaus in Frankfurt/M.

VON SHIRIN SOJITRAWALLA

Abb.: Johann Heinrich von Dannecker »Ariadne auf dem Panther«, 1803-1814, Liebieghaus Skulpturensammlung, Frankfurt am Main, (Foto: Rühl und Bormann)

Grundsätzliches vorneweg: Es heißt nicht Liebighaus, sondern Liebieghaus, auch wenn das schwer einzusehen ist, weil man zuerst an den deutschen Chemiker Justus von Liebig denkt und nicht an den böhmischen Textilfabrikanten Heinrich Baron von Liebieg. Er aber war es, der seine Villa am Schaumainkai 71 der Stadt Frankfurt unter der Bedingung vermachte, dort »auf ewige Zeiten ein öffentliches Kunstmuseum« einzurichten. 1909 öffnete das Liebieghaus dann als »Museum alter Plastik«. Damals besaß es etwa 350 Exponate. Heute, hundert Jahre später, umspannt die Frankfurter Skulpturensammlung mehr als 3000 Werke aus fünf Jahrtausenden, vom alten Ägypten bis zum Klassizismus. Zwischen dem Städel und dem Museum Giersch thront das Liebieghaus am Museumsufer inmitten einer Parkanlage. Wer unter der Woche kommt, vorausgesetzt, es lockt gerade keine Sonderausstellung, hat das Haus nicht selten für sich allein. Eine geradezu heilige Ruhe wacht dann in den Räumen.

Gleich hinter der Kasse beginnt das Reich der Antike, das sich seit April dieses Jahres aufregend neu präsentiert. »Mut zur Farbe«, haben sich die Verantwortlichen gesagt, und so umwogt die Wände mit den Werken Griechenlands ein sirrend schönes Himmelshellblau. Vor diesem Hintergrund heben sich die marmornen und alabasternen Skulpturen umso strahlender ab. Etwa die wohl schon in der Antike verschleppten fünf Musen aus der Gruppe von Agnano (um 120 bis 100 vor Christus), die kopflos, still und edel nebeneinander weilen. Eindrücklicher noch ist die Farbwahl in den Rom und dem Klassizismus gewidmeten kleineren Räumen. Ein betörendes Rot knallt dort von den Wänden und setzt die idealen Körper und Köpfe imposant in Szene. Die Werke des Klassizismus wurden der Antike zugeschlagen, auch um zu demonstrieren, wie sehr sie unsere Wahrnehmung dieser Zeit prägen. In einer Nische posiert jetzt Johann Heinrich von Danneckers *Ariadne auf dem Panther,* und in der Rotunde neben der Schönen und dem Biest hat Naukydes' unverschämt durchtrainierter Diskuswerfer aus dem 5. Jahrhundert vor Christus seinen großen Auftritt. Nach dem Rundgang vom Mittelalter über die Renaissance, den Manierismus und das Barock bis hin zum Rokoko wissen wir gar nicht, wo uns der Kopf steht. Und nun? Zurück zur Athena des Myron vor dem jüngst neu erworbenen Marsyas-Sarkophag? Ostasiensammlung? Bozzetti? Porträts?

An den Wochenenden kann man zudem noch in die oberen Etagen der Villa steigen. In den sogenannten Studioli herrscht die alte Gründerzeit. Die holzvertäfelten und mit damaligem Mobiliar bestückten Räume dienen dem Studium wie der Kontemplation. Zahllose kleinere Ausstellungsstücke, aber auch Zeichnungen und Gemälde ringen dort um unsere Aufmerksamkeit. Auf den Tischen warten unscheinbare Karteikästen, in denen sich nachlesen lässt, was sich in den Vitrinen tummelt. Und die Dachstubenfenster gewähren überragende Blicke auf Mainufer und Wolkenkratzer. Doch nicht nur unterm Dach wartet das Haus mit einer Überraschung auf: Im Untergeschoss drängeln sich in einem Schaudepot zahllose Werke, für die sich anderswo kein Platz mehr fand. Nach Materialien, Größe und konservatorischen Gesichtspunkten lässig geordnet, ergibt sich dort manch verwegene Nachbarschaft, etwa wenn der Kopfteil vom Sargdeckel des ägyptischen Wesirs Nesmin neben dem aus Lindenholz geschnitzten Apostel Paulus glänzt. Durch eine Glastür hindurch werfen wir einen schnellen Blick in das Magazin, wo noch unzählige Exponate mehr ihrer Ausstellung harren. Dann müssen das Gesehene und wir uns erst einmal setzen. Unterm Blauglockenbaum im lauschigen Hof des Cafés im Liebieghaus denken wir noch mal an die herrlich fratzenhaft geschnitzten Kirchenväter aus dem Mittelalter, das bildschönste Mumienbildnis des Mädchens aus dem römischen Ägypten und die umwerfend schwungvoll in ihren Handspiegel staunende *Schwarze Venus,* die nicht nur dem manieristischen Ideal der französischen Bildhauer um 1600 entsprechen dürfte. Selbst schuld, wer sie keines Blickes würdigt.

KUNSTMARKT

Realismus und Idylle

Ein Meisterwerk von Ferdinand Georg Waldmüller wird in Wien versteigert **VON ANNETTE LETTAU**



Abb.: Ferdinand Georg Waldmüller »Kinder schmücken den Hut eines Konskribierten«, 1854, Palais Dorotheum, Wien (Foto: Dorotheum)

SO LIEBENSWÜRDIG kann der Militärdienst sein: »Kinder schmücken den Hut eines Konskribierten« von Ferdinand Georg Waldmüller

Da muss einer zum Militär, vielleicht in den Krieg, und die offensichtlich heiteren Geschwister schmücken seinen Hut mit Blumen. Einzig die bandumschlungene Kopfbedeckung verweist auf das bevorstehende Ereignis; denn der Konskribierte selbst fehlt im Bild. Ungemein effektvoll eingesetzte Licht- und Schattenpartien geben dem kargen bäuerlichen Interieur räumliche Tiefe und heben die Figuren plastisch hervor. Auch deswegen wirkt die Inszenierung der beiden Mädchen und der schönen Rückenfigur – der Künstler arbeitete grundsätzlich mit Modellen – frappierend lebendig.

Ferdinand Georg Waldmüller (1793 bis 1865) hat die Details so präzise gemalt, dass es fast scheint, das rissige Holz der Türrahmung atme und der abgetretene, poröse Steinboden strahle Kühle aus.

Am 7. Oktober wird jetzt das Bild aus dem Jahr 1854 im Wiener Dorotheum zum Schätzpreis von 300 000 bis 400 000 Euro versteigert. Zufälligerweise und höchst passend kann der potenzielle Käufer in der großen Waldmüller-Ausstellung im Wiener Belvedere noch bis 11. Oktober das Œuvre dieses Künstlers studieren – und dabei eine noch realistischere Darstellung eines Konskribierten entdecken. Hier wird der junge Mann von seiner Familie umringt, die wohl auch deshalb mehr oder weniger schmerzvoll gestikuliert, weil dem Hof eine wichtige Arbeitskraft abgehen wird. Solch emotionaler Aufruhr fehlt in der Szene vom geschmückten Hut. Das liebenswürdige Sujet des abwesenden Wehrdienstpflichtigen ist selbst für Pazifisten verkraftbar.

Genrebilder dieses bedeutendsten österreichischen Malers des 19. Jahrhunderts erreichen Rekordpreise. *Großvaters Geburtstag* erreichte 1989 bei Sotheby's in London einen Erlös von 1,485 Millionen Pfund, *Die unterbrochene Wallfahrt* 2005 im Dorotheum 1,1 Millionen Euro (netto) und der *Guckkastenmann* 2008 Im Kinsky, Wien, 1,05 Millionen Euro. Im Vergleich dazu ist das am kommenden Mittwoch ebenfalls im Dorotheum angebotene und auf bis zu 40 000 Euro geschätzte Bildnis der kleinen *Antonia Seemann* (1833) ein Schnäppchen.

Als Repräsentant des österreichischen Biedermeier hat natürlich auch Waldmüller seine Klientel mit Szenen häuslicher Idyllik bedient. So stößt der erstrebte Realismus gerade im Genrebild auf Grenzen; denn in Waldmüllers Welt der Kinder kommen Gewalt und Aggression nicht vor. Selbst Armut präsentiert sich in seinem Werk manierlich. Doch der Künstler war aufmüpfiger, als es die zahlreichen Darstellungen herzig-munterer Kinder vermuten lassen.

Schon mit 14 Jahren begann er, Malerei zu studieren, und finanzierte seine Ausbildung mit dem Kolorieren von Trivialgrafik. Er war zeitweilig Dekorationsmaler am Theater, entwickelte sich dann zum gefragten Porträtisten, Landschafts- und Genremaler, übernahm das Amt des ersten Kustos an der Gemäldesammlung der Wiener Kunstakademie und unterrichtete dort erfolgreich Privatschüler. Seiner Ansicht nach sollten Kunsteleven die Natur studieren, statt geisttötend Vorlagen zu kopieren. Als er Reformen forderte, reagierten die Kollegen entrüstet. Die heftigen Auseinandersetzungen gipfelten in einer Streitschrift Waldmüllers, der vorschlug, die Akademie mitsamt ihrer mittelmäßigen Sammlung doch ganz abzuschaffen. Woraufhin der »Rebell« sofort suspendiert und sein Salär radikal gekürzt wurde.

Tatort



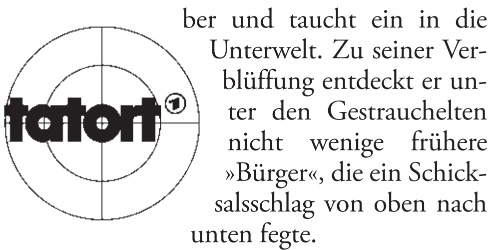
Feridun Zaimoglu über:

PLATT GEMACHT

ARD, Sonntag, 20.15 Uhr

Max und Freddy stehen an der Currybude am Platz, da fällt ihnen ein junger Wermutbruder tot vor die Füße. Gesocks, sagt die Budenbesitzerin, die Penner versauen uns den Umsatz. Der Tote heißt Andi, der teure trockene Riesling in der Pulle ist mit Frostschutzmittel gepanscht. Im Obdachlosencafé stoßen die Kommissare auf Berber, die an Feinkost mümmeln. Der Schönheitschirurg Ellermann veranstaltet regelmäßig eine Tafel für die armen Teufel; mit den Wohltaten macht er auch Eigenwerbung, aber den Berbern kann es egal sein, wer das Essen spendiert. Der Nasen- und Busenkorrektor wollte Andi von der Straße holen. So viel Unschuld lässt frösteln, die Recherche im oberen Gesellschaftssegment bringt Max und Freddy nicht weiter. Ihr Führer durch die Unterwelt heißt Beethoven, weil er in der Kirche Orgel spielt. Er klärt sie auf: Es gibt auf dieser Welt nur Berber und Banker, die Obdachlosen und die normalen Bürger; manchmal greifen saubere Bürgerbälger zum Totschläger, um für saubere Straßen zu knüppeln. Freddy ist ein Freund des saftigen Arschtritts, wer Menschen zum Müll erklärt, kriegt von ihm eine Abreibung. Wir lieben ihn dafür, es macht uns auch nicht wirklich etwas aus, dass er in seiner Freizeit am liebsten in einer amerikanischen Pelzjägerjacke herumlaufen würde.

Beethoven nervt derweil mit Zitaten von Molière und Mark Twain, er führt die Kommissare aber zu einem jungen Säufer namens Dschango. Wir haben es geahnt, jetzt haben wir es amtlich: Andi war ein Stricher, und Ellermann, der Wohltäter, verhielt sich ihm gegenüber intimer als ein bloßer Förderer und Freund. Der Doktor, so muss auch der rabiate Freddy zugeben, hat nicht das Zeug zum Mörder. Max verkleidet sich als Berber und taucht ein in die Unterwelt. Zu seiner Verblüffung entdeckt er unter den Gestrauchelten nicht wenige frühere »Bürger«, die ein Schicksalsschlag von oben nach unten fegte.



Verachtet werden die Berber von den kleinen Leuten, weil alle Sprossen der sozialen Leiter besetzt sind. Ein Kleinbürger nennt die Menschen ohne Wohnsitz Asoziale, sonst ergäbe sein Leben hinter Spitzengardinen weniger Sinn. Wer ringt nicht alles um die bürgerliche Existenz? Der Rechtsanwältin, die einen Schnüffler nach einem Berber suchen lässt, droht der Abstieg: Ihre Klienten wollen die Rechnung nicht bezahlen. Auch Max und Freddy läuft die Zeit davon, der zweite tote Berber sorgt in Köln für großen Aufruhr. Wer ist der Giftmischer, der dem Obdachlosen sein Recht auf einen trockenen Platz unter der Brücke streitig macht?

Das ist ein schöner ruhiger, warmer Film mit einem märchenhaften Ende. Aber liegen wir »Banker« so falsch, wenn wir an Märchen glauben? Es kommt die kalte Jahreszeit, denken wir, viele Schüsseln heiße Erbsensuppe, einen warmen Schlafplatz und viele Groschen auf dem Münzteller wünschen wir den Berbern.

Foto: Norbert Enker/laif (o.); Logo: WDR

MITARBEITER DER WOCHE

Gustavo Dudamel

Wo er ist, sind Rausch und Ekstase. Der 28-Jährige ist der erste Stardirigent, den der Klassik-Boom in Venezuela hervorgebracht hat. Jetzt übernimmt er die Philharmoniker von Los Angeles **VON CLAUS SPAHN**

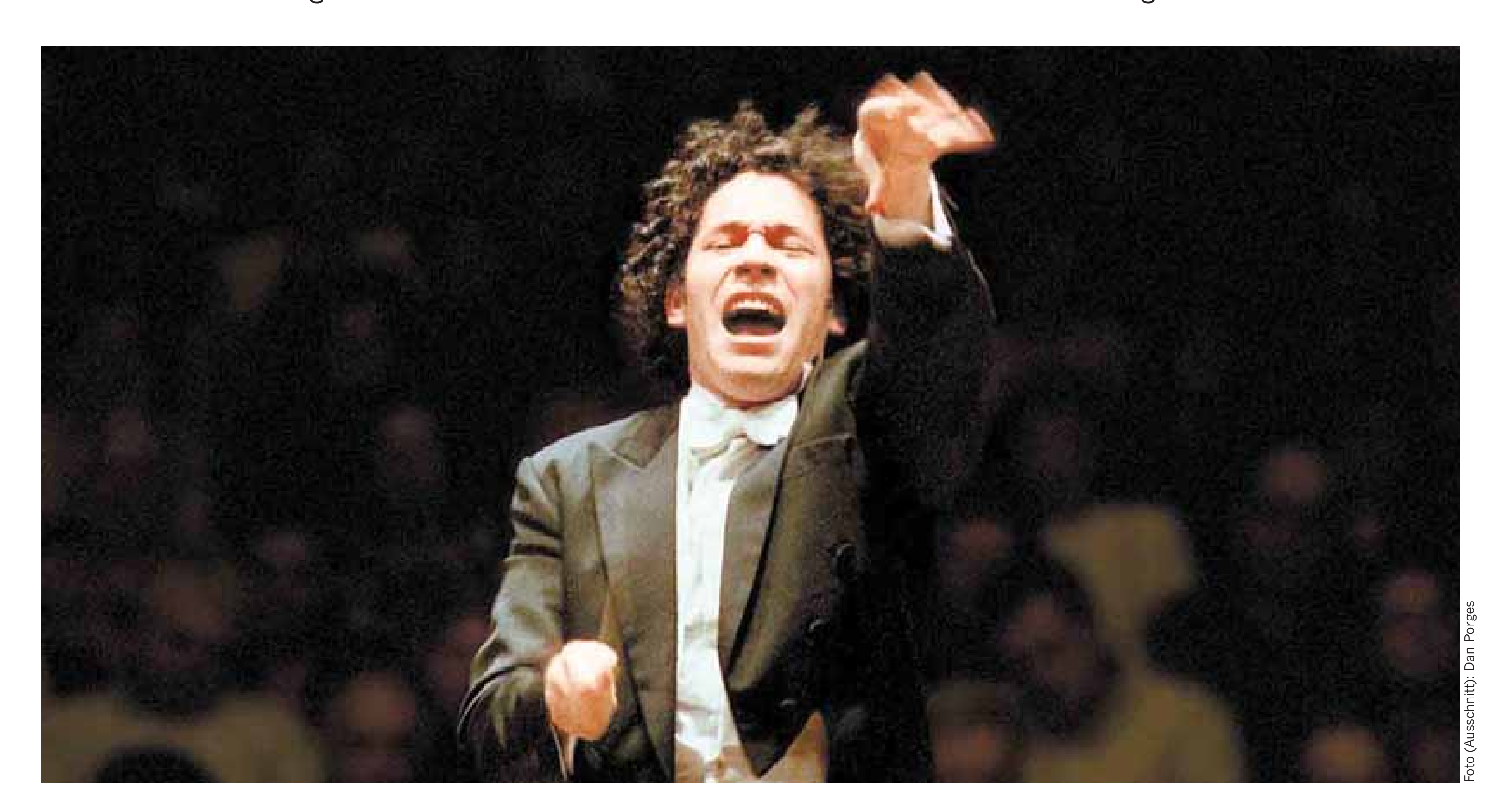


Foto (Ausschnitt): Dan Porges

Der Dirigent als Himmelsstürmer: **GUSTAVO DUDAMEL** (28) macht Karriere

Wenn die venezolanischen Musiker vom Simón Bolívar Youth Orchestra die Bühne betreten, sehen sie aus, als seien sie auf dem Weg ins Nachtleben von Caracas. So viel Gel glänzt in den Haaren der jungen Männer, so selbstbewusst hoch sind die Absätze der jungen Frauen, so aufgekratzt ist ihre Laune. Der Abend scheint ihnen Hochstimmung und Hormonkitzel zu versprechen. Dabei geben sie nur ein Konzert mit Werken von Beethoven, Mahler oder Tschaikowski. Europäische Symphonieorchester sehen nie aus, als wollten sie sich in ein Partyabenteuer stürzen. Bedächtige Archivare ihrer Kunst sind sie im Vergleich mit den Südamerikanern, stirnrunzelnde Traditionshüter, die vieles (und womöglich das Beste) schon hinter sich haben. Das ist der Effekt, wenn das venezolanische Jugendorchester auf Tournee geht: Es lässt die Hochkultur des alten Europa sehr alt, erfahrungsmürbe und melancholisch erscheinen. Stellt man sich die klassische Musik als ein üppig gedecktes Buffet vor, dann näseln die Europäer nur noch mit spitzen Fingern und überfeiner Zunge daran herum, während die Südamerikaner sich die großen Silberplatten schnappen und sie mit Heißhunger abräumen.

Vorn am Pult gibt Gustavo Dudamel das Kommando zum Sturm. Ein begeistertes Leuchten steht ihm beim Dirigieren in den Augen, befeuernd sind seine Armbewegungen und in den Fortissimostellen biegt er den Rücken so weit nach hinten, als wolle er den Himmel umarmen. Er verstehe gar nicht, sagt er, warum die klassische Musik in Europa im Ruf stehe, elitär und abgehoben zu sein, während sie in seiner Heimat als etwas sehr, sehr Lebensnahes und Existenzielles empfunden werde. Das venezolanische »Musikwunder« ist oft beschrieben worden: Die märchenhafte Geschichte vom Musiker und Sozialaktivisten José Antonio Abreu, der in den siebziger Jahren begann, Symphonieorchester und Musikschulen zu gründen, um verarmte Kinder und Jugendliche von der Straße zu holen und ihnen eine Lebensperspektive zu geben. Aus bescheidenen Anfängen entwickelte sich mithilfe großzügiger staatlicher Unterstützung El Sistema, einer musikalischen Volksbewegung, der inzwischen 300 000 Kinder angehören, die kostenlos Instrumente erlernen und in über 200 Orchestern spielen. Gustavo Dudamel ist der erste internationale Star, den das System hervorgebracht hat. Früh kam der Sohn eines Salsa-Posaunisten mit dem Projekt in Kontakt, nahm Violin- und Kompositionsunterricht. Mit 14 Jahren leitete er sein erstes eigenes Jugendorchester, mit 18 begann er als Dirigent des Simón Bolívar Youth Orchestra um die Welt zu reisen.

Es hat einen entwaffnenden Charme, wie Gustavo Dudamel alles, was auf seinem Dirigentenpult landet, vor Vitalität schier bersten lässt. Überall sucht er den Rausch, den Übermut, die Ekstase. Er ist ein Rhythmiker und Mambotänzer am Pult, er liebt es, die Klangenergien des Orchester bis zum Gehtnichtmehr zu stauen, um den Druck dann in einer spektakulären Entladung entweichen zu lassen. Als er sein Debüt bei den New Yorker Philharmonikern gab, drückte man ihm den Taktstock von Leonard Bernstein in die Hand – er zerbrach ihn im Eifer des Gefechts. Mit so etwas Kompliziertem wie den einkomponierten Anführungsstrichen und der zweiten Naivität bei Gustav Mahler sollte man ihm und seinen Musikern nicht kommen. Der ominösen deutschen Tiefe bei Brahms, dem Verschwiegenen bei Schubert, dem depressiv Zwiespältigen in der Musik Tschaikowskis begegnen sie auf ihre Weise: Sie drücken die Stücke einfach an ihr großes südamerikanisches Musikerherz.

Vor zwei Wochen hat Gustavo Dudamel Schostakowitsch am Pult der Berliner Philharmoniker dirigiert: Mit so viel optimistischem Schwung hat man den russischen Komponisten selten gehört. Dudamel hat sich die weniger selbstquälerische *Zwölfte Symphonie* ausgesucht, die Schostakowitsch Anfang der sechziger Jahre zu Ehren eines KPdSU-Parteitags geschrieben hat – ein Werk, aus dem über alle Zweifel hinaus die Selbstverpflichtung zum Positiven spricht. Und Dudamel gibt sie, als sei der Kommunismus ein einziges Freudenfest für den vom Stalinismus in den Schraubstock genommenen Komponisten gewesen. Dudamel nimmt sich die Symphonie wie einen knackig-rotbackigen Apfel, beißt hinein, dass der Saft spritzt, und verspeist ihn samt Gehäuse und Kernen. Man mag ihn dafür nicht kritisieren, weil sein Elan vital so authentisch und seine Begabung so unabweisbar ist.

Es gibt wohl keinen zweiten jungen Dirigenten, dem derzeit so viele Karrieretüren offenstehen wie dem 28-jährigen Venezolaner. Dudamel kann sich der Unterstützung der Dirigenten-Eminenzen Claudio Abbado, Simon Rattle und Daniel Barenboim gleichermaßen sicher sein. Opernerfahrung sammelt er entweder an der Berliner Staatsoper Unter den Linden oder an der Mailänder Scala. Für Gastdirigate wird er bei den Berliner und bei den Wiener Philharmonikern engagiert. Seit zwei Jahren leitet er die Göteborger Symphoniker, und im Oktober nun veranstaltet er ein Amtsantrittsfestival als neuer Chef des Los Angeles Philharmonic Orchestra. Vor 18 000 Zuhörern und bei freiem Eintritt dirigiert er am Samstag Beethovens *Neunte* in der Hollywood Bowl. Dudamel wird mit dem Komponisten John Adams als künstlerischem Berater Schwerpunkte bei der zeitgenössischen Musik setzen, will wie in Venezuela Jugendorchester in den Armenvierteln von L.A. gründen und soll als Latino-Identifikationsfigur ein Publikum jenseits des weißen Bürgertums in die Walt-Disney-Concert-Hall locken. Der finnische Dirigent Esa Pekka Salonen hinterlässt ihm eines der wirtschaftlich wie musikalisch am besten aufgestellten amerikanischen Orchester. Wird Gustavo Dudamel so lange in Los Angeles bleiben wie sein Vorbild Simon Rattle einst in Birmingham? Ist er ein Marathonmann oder ein Hundertmeterläufer? »Ich kann beides«, sagt Dudamel. Es klingt, als sei er wild entschlossen, die Marathon-Distanz durchzusprinten.

Das Letzte

Deutschland verwildert. Biber sind an die Seitenflüsse der Elbe zurückgekehrt und bauen wehrhafte Burgen an der Seege und der Jeetzel, Luchse machen den Harz unsicher, Wildkatzen reißen Schafe im Kyffhäuser, Elche marodieren durch nordhessische Wälder, Bären dringen über die Alpen in arglose deutsche Lande. Und die Wölfe! Erinnert sich noch jemand an das Lied von Franz Josef Degenhardt? »August der Schäfer hat Wölfe gehört, / Wölfe mitten im Mai / – zwar nur zwei – / doch der Schäfer, der schwört, / sie hätten zusammen das Fraßlied geheult, / das aus früherer Zeit …« August der Schäfer hat recht behalten, und jetzt kommen sie aus dem Osten, woher sonst, leibhaftige Wölfe, und wer sich da nicht fürchtet, muss ein Rotkäppchen sein. Sogar die Großstädte fallen in die Wildnis zurück, Wildschweine verwüsten Grünanlagen, Füchse jagen Kaninchen im Stadtpark, und in Berlin streunen Waschbären durch Tiefgaragen. Nun gut, von Berlin durfte man nichts anderes erwarten, das war schon immer ein höchst unsicherer Vorposten am Rande der Zivilisation.

Gefährlicher noch als der Einbruch der Wildnis aber sind ihre Propagandisten. Sogenannte Naturschützer fordern, dass Autobahn- und Eisenbahnbrücken begrünt und den Tieren als »Korridore« angeboten werden sollten. Damit der Wolf schneller ins Schlafzimmer der Großmutter gelangt? »Wehret den Anfängen!« zu rufen ist längst zu spät. Schon hat das Wölfische von der Gesellschaft Besitz ergriffen, längst beherrschen bibergleiche Raffgier, elchmäßige Dummheit und luchshafte Tücke das ganze Land. Unser Land! Das haben wir in diesem Wahlkampf gelernt, davon haben doch alle Parteien gesprochen, von »unserem Land«. Und was ist daraus geworden? Dass man S-Bahnhöfe besser meidet, weiß inzwischen jeder. Werwölfe, Wiedergänger und Hexen treiben verkleidet und unerkannt in den Korridoren der Konzerne, der Fernsehanstalten und Parteizentralen ihr Unwesen. Auch das weiß man. Aber wer friedfertig in grüner Au sich erbauen will, im dunklen Tann seinen Trost sucht, auf den lauern Biber und Wolf. Wie endet Degenhardts Lied? Augusts Warnung verhallt ungehört: »Wer hört schon auf einen alten Hut / und ist auf der Hut – und ist auf der Hut.« Lieber wird man selber zum Wolf, da weiß man, was man hat. **FINIS**

WÖRTERBERICHT

Tigerente

In Kafkas Erzählung *Eine Kreuzung* geht es um eine Kreatur, die keinen Gattungsnamen hat. Das Tier ist halb Katze, halb Lamm, und im Grunde müsste es sich selbst zerfetzen. Es weiß um die Unmöglichkeit seiner Existenz (bin ich Jäger oder Beute?); manchmal kommen ihm die Tränen, und es bettelt mit traurigen Augen um Erlösung. Ganz anders liegt der Fall bei jenem schwarz-gelben CDU-FDP-Mischwesen, das nun die Herrschaft an sich zog. Die Tigerente wird vom Widerspruch ihrer Anteile nicht zerrissen. Im Gegenteil, sie ist entschlossen, ihre innere Spannung – liberalen Biss hier, daunenweiches Christentum da – nach außen zu wenden, gegen uns alle. Woody Allen hat über die Chancen einer friedlichen Gesellschaft gesagt: »Der Löwe und das Lamm werden zusammenliegen. Aber das Lamm wird nicht viel Schlaf bekommen.« Der deutsche Sonderweg geht so: Tiger und Ente, innig miteinander verschmolzen, werden friedlich schlummern. Schlaflos auf ihrem Lager wird eine andere Kreatur sich wälzen: das Stimmvieh. **PETER KÜMMEL**

www.zeit.de/audio

Nichts wie Rhein

Komfortabel durch die Gemütslandschaft: Auf einer Kreuzfahrt lässt sich der deutsche Strom neu entdecken. Mit der »A-Rosa Aqua« von Köln nach Basel und zurück **VON RENATE JUST**



Fotos: Dennis Williamson für DIE ZEIT/www.williamson-foto.de; ZEIT-Grafik

Die »A-Rosa Aqua« zwischen Oberwesel und der Loreley (großes Bild) und vor Boppard. Frühstück im großen Speisesaal. Opa und Enkel auf dem **AKTIONSDECK**







Wenn man die Donau liebt, hat man dem Rhein gegenüber Vorbehalte. Wer südostwärts tendiert, zu k. u. k.-Aura, Klosterbarock und Grünem Veltliner, dem liegt »Vater Rhein«, der teutsche Strom, erst mal quer vor der Nase. Man denkt an Männergesangsvereine unter der Loreley, an die wilhelminische Germania-Riesin des Niederwalddenkmals und Besäufnisse in der Drosselgasse … und geht am Pier Köln-Deutz etwas skeptisch an Bord des Schiffs mit der kitschigen Rose am Bug, auf dem man über tausend Kilometer auf dem Rhein schippern wird, »zu Berg« stromaufwärts nach Basel und »zu Tal« retour nach Köln.

A-Rosa Aqua heißt der brandneue, 135 Meter lange Flusskreuzer der Nobelklasse, auf dessen Sonnendeck sich im Abendlicht an die zweihundert Passagiere mit Crémantgläsern zum Auslaufen versammeln. Die Kabinen sind ausgebucht bis zum letzten Bett. Flusskreuzfahrten boomen, besonders auf dem Rhein. Die Schiffshymne ertönt in sämigem Synthesizer-Sound, fast lautlos gleiten wir in den Strom. Groß St. Martin und der Dom ziehen majestätisch vorbei, bis wir hinter der Hohenzollernbrücke wieder südwärts drehen, erstaunlich mühelos für dieses »Bügelbrett«. So nennt man die flachen Flusskreuzfahrtschiffe etwas hämisch – sie müssen ja unter niedrigen Brücken durchpassen.

Akklimatisieren an Bord, alles blitzt in frisch gelacktem Komfort: das kreisrunde Treppenhaus-Atrium genauso wie die Lounge mit ihren bauchigen Tempelsäulen. Das Design gehört neben Wellnessangeboten und Trekkingrädern an Bord zum Bemühen des Rostocker Unternehmens A-Rosa, eine jüngere Klientel anzusprechen. Allerdings empfiehlt sich keine Aversion gegen die Farbe Orange – sie ist unerbittlich allgegenwärtig: in den Veloursfauteuils und den zebragemusterten Bodenbelägen, den ausladenden Deckenleuchten und Kabinenvorhängen. Nur die Bettüberwürfe spielen in dunklere Blutorangensafttöne.

Drei Logierdecks gibt es, die Kabinen der beiden oberen sind mit Fenstertüren zum Wasser versehen – so lässt es sich aushalten auf 14,5 Quadratmetern. Aber so eine Bordexistenz ist zwangsläufig eine eher gesellige. Das beginnt schon mit dem Abendessen. Dass man es sich mit großen Löffeln vom Buffet aufladen muss, verblüfft den Neuling auf diesem nicht eben niedrigpreisigen Schiff. Aber das *A-Rosa*-Publikum ist auf Selbstbedienung eingeschworen. Sie wird als zwangloser empfunden als feste Tischordnung und gepflegter Steward-Service. Und was die Schiffsküche vorsetzt, schmeckt rundweg ausgezeichnet.

Am ersten Abend aber verzieht man sich vor der etwas drängeligen Kantinenatmosphäre, hinaus in den Nachtwind auf dem nunmehr menschenleeren Oberdeck. Ach, das ist aber schön jetzt. Rollend und breit das große Wasser, zur Rechten sinkt die niederrheinische Sonne. Wunderbar, dieses sachte Treiben auf den Wellen, am Ufer die bunten Lichterketten der Weinlokale und voraus die Überreste der Rheinischen Republik: die Brücken von Bonn, der Turm des »Langen Eugen«, das alte Parlament. Wie seltsam verklärt dieses ganze funktionale Bundes-Bonn im Dunkeln vom Wasser aus wirkt, ein Traumbild, das auch schon vorbei ist im fächelnden Wind.

Man schläft wie ein Säugling und wacht bei Stillstand auf. Koblenz. Wir liegen in der Mosel, unmittelbar vor den historischen Fassaden des Schöffen- und Tanzhauses. Sonntagsspaziergänger rufen vom Kai auf unser Deck herüber: »Herrlich haben Sie's da!« Städte wie diese von ihrer *waterfront* kennenzulernen ist ungewohnt und vergnüglich. Keine zerfransten Außenbezirke, Tankstellen und Gewerbegebiete; ein Schritt über die Gangway, und man ist mittendrin im historischen Kern, hört kurz dem Vaterunser in der Liebfrauenkirche zu, schlendert über den barocken Jesuitenplatz, guckt in ruhige Oleanderhöfchen und auf den altdeutschen Zierrat noch geschlossener Fachwerkweinstuben. Und blickt vom notorischen Deutschen Eck lieber auf die mittelalterliche Balduinbrücke als empor zum martialischen Kaiser Wilhelm auf seinem Bronzeross.

Ein Herr kommentiert den Scharfen Turm: »Das waren noch Strafen damals«

Ablegezeit, unbedingt muss man an der Rezeption sein Landgangskärtchen retournieren, zur Kontrolle, ob etwa einer fehlt, wenn wir nun weiterschippern. Unter blauem Himmel und Wattewolken tauchen wir ein in den wohl spektakulärsten Abschnitt der 1320 Rheinkilometer, den Durchbruch des Stroms durch das Rheinische Schiefergebirge bis Bingen. Das Sonnendeck ist voll, auf sein Faltstühlchen unterm Pagodenschirm passt man besser gut auf, damit es nicht entschwindet zu munteren Runden aus Gera oder Aachen.

Wer ist überhaupt an Bord? Ein kleiner Junge, der den Opa begleitet, ansonsten gefestigtes mittleres bis fortgeschrittenes Alter, dem jugendlichen Schiffsdesign zum Trotz. Die Stimmung ist heiter und zwanglos. Man ruft sich zu: »So ein Jäckchen ist doch was Feines bei dem Wind, ne?«, und: »Herr Steinbrenner, probieren Sie den Aprikosenkuchen, so was von fantastisch!« Ein Herr am Nebentisch kommentiert den Scharfen Turm zu Rhens, ein mittelalterliches Verlies: »Das waren wenigstens noch Strafen damals.«

Im Windschatten der Segeltuch-Deckteiler haben sich Frau Maushake und Frau Somogyvar niedergelassen, reizende 79-jährige Zwillingsschwestern. Beide sind Witwen, die Kinder leben weitab, und so fahren sie nun viel mitsammen auf den europäischen Wasserstraßen herum, kennen Rhône, Donau, Mosel, Main – die Elbe fehlt ihnen noch in ihrer Flussreisen-Sammlung. Und ein Lift auf den Schiffen. Das unentwegte Treppauf-Treppab zwischen Ruhedeck, Gesellschaftsebene, Kabinenfluren ist für manche Gäste eine mit sichtlicher Tapferkeit bewältigte Herausforderung.

Wir erleben jetzt Breitwand und großes Kino, als sich der Taleinschnitt um Boppard, Kaub, Bacharach um uns aufbaut, Burgen und Fachwerk, Rebhänge und Ruinen – die Kulisse jener Rheinromantik, die seit Byrons und Brentanos Tagen beschwärmt wurde, später dann chauvinistisch vereinnahmt von Vaterlandspathos und Erbfeinddenken (»sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein«). Man staunt, wie sehr diese Gemütslandschaft, die man auf Zug- und Autofahrten öfter eng und düster, verschandelt und verkehrsgeplagt fand, aus der Wasserperspektive gewinnt. Was macht es da schon, dass die altdeutsche Kalenderbilderwelt des Unesco-Welterbes Mittelrhein weitgehend Inszenierung ist? Dass die allermeisten der aufgefädelten Ritterburgen keineswegs mittelalterlich, sondern Pastiches des 19. Jahrhunderts sind, für rheinselige preußische Prinzen, Industriebarone und amerikanische Magnaten hingesetzt? Schon die Burgennamen – Stolzenfels, Stahleck, Rheinstein, Ehrenfels – klingen ja sehr nach Courths-Mahler.

Die Loreley erfüllt nicht jede Erwartung an Deck. Was, dieser etwas struppige, tunneldurchsägte Schiefervorsprung soll der gefahrvolle Mythos-Felsen sein? Kein Ort für größere Wallungen, nicht mal beim Anhören von Friedrich Silchers Ohrwurmmelodie zu Heines Versen. »Nu ham wir sie gesehn, nu könn' wir wieder heeme«, sagt eine sächsische Stimme.

An Rüdesheim samt Drosselgasse fahren wir vorbei. Dafür zeigt sich der flach geneigte Rheingau im rosigen Abendlicht von seiner schönsten Seite. Still schaukeln die leeren Liftsesselchen zum Niederwalddenkmal im Wind. Schloss Johannisberg und das uralte Kloster Eberbach in den Rebhängen, die châteauartigen Weingüter von Eltville, das Örtchen Winkel mit dem für die romantischen Rheindichter so bedeutsamen Brentanohaus sind von der Reling aus gerade noch zu erkennen. Auf einer der wilden Rheininseln schnattern und ruckeln Myriaden von Staren im Weidengeäst, vorne steht der Vollmond und zeichnet Silberbahnen ins schwarze Wasser. Die ganze Nacht rauscht das Schiff südwärts. Zweimal wacht man auf und linst durch einen Vorhangspalt. Der Zufall will es, dass einmal gerade die blinkende Industrieagglomeration von BASF Ludwigshafen vorbeirauscht, wenig später, ganz anders monumental und geisterhaft mattgelb leuchtend, der romanische Dom zu Speyer.

Über dem Oberrhein wabern frühmorgens dünne Herbstschwaden, ein paar Schwäne nähern sich. Über Nacht hat der Strom einen völlig anderen Charakter bekommen. Schnurgerade, mächtig, von Pappelreihen gesäumt, zieht er sich in großer Stille hin. Bei der großen Rheinbegradigung des 19. Jahrhunderts gingen die meisten der wilden Auwälder und Altwassergebiete dahin. An einer geretteten Naturlandschaft, Schutzgebiet heute, gleiten wir soeben entlang, den Hördter Rheinauen bei Germersheim. Sie gibt Einblicke in einen dschungelartigen Formenreichtum aus krummem Totholz und wucherndem Rankenwerk, aus sumpfigem Untergrund und springenden Bächen, Heimat des Kammmolchs, des Eisvogels, vieler rarer Schmetterlinge.

Achtern bei den Rettungsbooten treffen sich die Raucher

Die Holztische an Deck sind noch taufeucht. An der Reling lehnen zwei Zigarettenraucher, versunken in die Sonnenkringel auf den treibenden Fluten. Man hat bei dieser butterweichen Wasserfahrerei allmählich jegliches Zeitgefühl verloren. Haben wir heute Dienstag? Man lebt auf diesem langen weißen Kahn in einer mobilen Nebenwelt und wundert sich bei Landgängen jedes Mal, dass es nur ein paar Schritte sind zu den Bäckerei-Cafés, Verkehrsampeln und Bankomaten der Festlandsexistenz. Die hätschelnde Versorgungslage an Bord lässt einen gehörig den Boden unter den Füßen verlieren, diese Tagesläufe zwischen Sonnenliegen, Whirlpool, Sauna oder Schokomassage, zwischen den unentwegten Mahlzeiten, dem ständig über Deck perlenden Wohlfühlsound.

Vielleicht sind die Musettewalzer des Akkordeonspielers, vormittäglich dargeboten zu Kir und Crêpes (schließlich nähern wir uns Frankreich), nicht jedermanns Geschmack, ebenso wenig wie das Deck-Event namens Offiziers-Shaken, bei dem die höheren Ränge der Crew hüftschwingend zu Salsarhythmen Cocktails mixen. Auch das Abendprogramm mit Schlagerquiz, Bingo- und Trivial-Pursuit-Turnieren ist nicht gerade das, was man sich unter rauschendem Bordleben vorstellt.

Aber am Oberrhein lässt sich auch gut ausbüxen. In dieser schönen Grenzlandschaft, in der Alemannisches, Französisches, Schweizerisches sich vermengen, hängt dem Rhein zum Glück keine Deutschtümelei mehr an. Und es macht ja den speziellen Charme der Flusskreuzfahrten aus, dass es entlang der Wasserwege, bei den Landgängen, so viel zu sehen gibt. Goethes Rheinreiseimpression von 1774 stimmt bis heute: »So genossen wir mit Muße der unendlich mannigfaltigen Gegenstände.« Mal lässt man sich im *A-Rosa*-Pulk durch Baden-Badens Lichtentaler Allee führen, kenntlich an türkisfarbenen Kopfhörerkästchen, die allen um den Hals baumeln. Mal steht man ganz allein vor dem spätgotisch-manieristischen Wunder des Breisacher Schnitzaltars. Doch auch wenn man sich solo absetzt, wozu nach etlichen Tagen der Schiffskommunität ein wenig Bedürfnis besteht, entgeht man der sozialen Kontrolle nicht: »Wir haben Sie in Straßburg im Café Christian ein Croissant essen sehen«, hört man später an Bord, »hatten Sie nicht genug gefrühstückt?«

Eine Lieblingsecke auf dem Schiff hat man mittlerweile ausgemacht: die gartenlaubenartigen Freisitze bei der P'tit Bar achtern, kurz vor den Rettungsbooten, wo sich die Raucher versammeln. Hier trifft man mitunter auch den Kapitän. Michael Hofmann, 47, ein kerniger Bauernsohn aus Unterfranken, kommt aus der Frachtschifffahrt. Und wenn er es sich aussuchen könnte, dann führe er jetzt mit einer Piroge auf dem Amazonas. Der Rhein, so sagt er ehrlich, »hat nach 32 Jahren seine Reize etwas eingebüßt«. Drei Jahre gibt er sich noch, bis er vom Wasser auf die Scholle wechseln will, auf das Bauerngut in Rumänien, wo er mit seiner zweiten Frau und seinem kleinen Sohn lebt. Drei Jahre noch in seiner hydraulisch versenkbaren Steuerkabine, drei Jahre ständig rheinauf, rheinab, drei Jahre mit »sensitiver Fracht« – den Gästen – und den Nachwuchssorgen der Binnenschifffahrt. »In Deutschland sind wir ein aussterbender Beruf, dieses Unterwegssein will sich keiner mehr antun.«

Frühmorgens in Köln, »zu Tal« ist es naturgemäß schneller gegangen. Ausschiffen, das Sonnendeck steht voller Gepäck. Während der Abschiedsplaudereien an der P'tit Bar wird in unserem Rücken schon heftig gearbeitet. Über eine Hühnerleiter an der Kaimauer entsorgt eine Kette der Küchencrew prallvolle Müll- und Leergutsäcke aus dem Schiffsbauch und lädt kistenweise frische Lebensmittel ein. Am Mittag kommen die nächsten Passagiere, schon heute Abend wird wieder die Schiffshymne erklingen und die *A-Rosa Aqua* weiterziehen, durchs flache Land auf der Nordroute nach Rotterdam. Wäre man gerne dabei? Nicht jetzt gleich – irgendwann ist es genug mit der komfortablen Zusammengepferchtheit. Aber mit *Rhenus, le Rhin,* »dem Bach«, wie er in Basel heißt, hat man sich sehr befreundet auf seinen Wassern, und irgendwann wird man sich freuen, ihm weiter zu folgen, bis dahin, wo er Rijn heißt und schließlich in vielen Armen endet.

www.zeit.de/audio



Rhein

Rheinkreuzfahrten wie die beschriebene auf der »A-Rosa Aqua«, acht Tage auf dem Kurs Süd, finden in diesem Jahr noch mit Beginn am 17. 10, am 24. 10. und am 27. 12. statt. Die Preise liegen pro Person zwischen 899 Euro und 1799 Euro mit Vollpension

Katalog und Infos (auch über die Rheinkreuzfahrten der Nordroute bis Rotterdam und weitere Flusskreuzfahrten auf Donau und Rhône/Saone): A-Rosa Flussschiff GmbH, Tel. 0180-302 76 72, www.a-rosa.de

Lesezeichen

Auf Tour zu den großen Fragen
Im Oktober wird Claudio Magris den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhalten. Wer noch nicht weiß, dass in Frankfurt auch ein großer Reiseschriftsteller geehrt wird, sollte *Ein Nilpferd in Lund* lesen, seine neueste Veröffentlichung in deutscher Übersetzung. Darin versammelt der emeritierte Literaturprofessor aus Turin Geschichten über die Fahrten, die er in den vergangenen 25 Jahren durch Europa, Mexiko und Vietnam unternommen hat. In Petersburg besichtigt er die ärmliche Wohnung Dostojewskis in der Nähe des Heumarktes, in der Lausitz besucht er die Sorben, und im schwedischen Lund fällt ihm ein Stoffnilpferd auf, das im Heimatmuseum steht. Die präzise beobachteten Details veranlassen Magris, über die großen Fragen des Lebens nachzudenken. Stabilität und Umbruch, Dasein und Tod – das sind die Themen, die ihn umtreiben. Ganz gleich, ob er gerade in Barcelona oder auf den Scilly-Inseln ist, Magris entführt seine Leser immer wieder von der Außen- in die Innenwelt. **CHB**

Claudio Magris: »Ein Nilpferd in Lund«.
Aus dem Italienischen von Karin Krieger.
Hanser Verlag, München 2009; 220 S., 17,90 €

Sprachinseln in Europa
Assyrien liegt jetzt in Schweden. Dort haben sich die Nachfahren der ersten Christen angesiedelt, die der Verfolgung im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs entkommen konnten. Dort hat Karl-Markus Gauß sie wiedergefunden. Seit Jahren spürt der in Salzburg lebende Autor Minderheitenkulturen in ganz Europa nach. Expeditionen ins Vergessene sind das, zu versprengten Sprach- und Volksinseln wie zu den Zimbern, die in Norditalien noch das Althochdeutsche sprechen. Oder zu den 500 Karaimen in Litauen, einem Volk mit jüdischen Wurzeln. Diese Reisen zu assyrischen Fußballvereinen, zimbrischen Poeten und karaimischen Sprachkundigen ähneln mitunter Notgrabungen, so nahe scheint manche der beschriebenen Kultur dem Untergang. Umso mehr wecken die unsentimentalen und doch sensiblen Porträts beim Leser den Wunsch, das Überleben möge dennoch gelingen. **ALB**

Karl-Markus Gauß: »Die fröhlichen Untergeher von Roana. Unterwegs zu den Assyrern, Zimbern und Karaimen«; Paul Zsolnay Verlag, Wien 2009; 160 S., 17,90 €

HOTELTEST





Das Louis Hotel liegt direkt am **VIKTUALIENMARKT**. Die Köche wurden in **JAPAN** ausgebildet

Fotos (Ausschnitte): Häberlein & Mauerer

Große, weite Welt in München

Das Louis Hotel: Gemütlich und ein klein wenig cool

Unter den jungen deutschen Hotels mit moderner Architektur, coolem Design und ausgefallener Küche ist ein Wettstreit ausgebrochen. Jedes strebt den Titel des Platzhirschen in seiner Stadt an. Platzhirsch wird man aber nur, wenn auch die jungdynamischen Einheimischen Restaurant und Bar des Hotels nutzen – als Bühne, um zu sehen und gesehen zu werden. In Frankfurt gelingt das im Roomers und im Pure, in Hamburg im East und im Side Hotel. Und in München? Rocco Forte hat es mit The Charles probiert – vergeblich, denn die Münchner mögen das Hotel und seine Lage am Hauptbahnhof nicht. Jetzt starten Rudi Kull und Albert Weinzierl mit dem Louis Hotel einen neuen Versuch. Die beiden betreiben bereits erfolgreich das Hotel Cortiina, die Bar Centrale und die Restaurants Brenner's, Riva, und Buffet Kull.

Das Louis steht direkt am Viktualienmarkt. Aus der vierten Etage schaut man in das Grün der Kastanienbäume und auf die weißen Zeltdächer der Obststände. Man riecht die gebrannten Mandeln, die bei Casa Dolce verkauft werden, man hört das Klacken der Krüge und die Stimmen der Menschen, die im Biergarten sitzen. Kein Zweifel, dies ist München. Näher am Puls der Stadt zu wohnen ist nicht möglich.

Bei der Einrichtung der 72 Zimmer hat man auf Lokalkolorit verzichtet, nicht aber auf den Einsatz einheimischer Materialien. Beim Namen »Louis« schwingt nämlich ein wenig »Ludwig« mit, aber auch etwas »Louis Vuitton«, im Sinne von Koffern, Reisen und großer, weiter Welt. In den Zimmern sind Minibar, Fernseher und Safe in einem mannshohen Schrankkoffer mit Ledergriffen verstaut, auf geölten bayerischen Eichendielen liegen handgewebte Teppiche mit bunten Navajo-Mustern. Sessel und Sofas sind mit ihren geflochtenen Lehnen dem Wiener Kaffeehausstil nachempfunden, allerdings sind sie mit Samtkissen in müden Oliv- und Moostönen gepolstert, die dem städtischen Chic eine ländliche Note geben. Die weiß gekachelten Wände im Bad erinnern an die Pariser Metro, während die Böden aus graubraunem Kirchheimer Muschelkalk gefertigt sind.

Das Ganze wirkt gemütlich und nur ein klein wenig cool. Das Hotel passt nach München. Es ist nicht kosmopolitisch-großstädtisch und nicht bieder-provinziell, sondern gratwandert selbstsicher dazwischen. Man kann sich darüber ärgern, dass 12 Euro für 24 Stunden Internet berechnet werden. Man kann die kleinen Schränke ohne Hosenbügel und den winzigen Fitnessraum bemängeln. Nette Kleinigkeiten wie der abends ans Bett gelegte Ausstellungstipp für den nächsten Tag oder die Bose-iPod-Station wiegen das wieder auf. Wie auch das Personal, das zwar in minimalistisches Schwarz gehüllt, aber keineswegs unterkühlt ist.

Und der Platzhirsch-Anspruch? Es ist ein wenig früh, um das zu beurteilen, das Louis Hotel hat erst am 9. September eröffnet. Auffällig ist, dass für Bar und Restaurant nicht irgendwo ein Plätzchen gefunden wurde, sondern dass sie als zentraler Treffpunkt im Hotel gedacht sind. Schon beim Einchecken hat man Lounge, Bartresen und Restauranttische im Blickfeld, sie sind durch halbhohe Zwischenwände voneinander getrennt. Beim Frühstück ist durch eine breite Fensterfront das Treiben auf dem Viktualienmarkt zu sehen, die meisten Produkte auf dem Buffet kommen von dort.

Am Abend wird japanisch gegessen, und was Tajima Atsushi in der Küche zubereitet, schmeckt hervorragend: hauchdünn aufgeschnittene Hokkaido-Jakobsmuscheln auf Gurkenscheiben an einer Yuzu-Ume-Sauce, Edamame, butterzartes Wagyu-Rinderfilet. Es hilft, dass der junge Kellner Gästen notfalls auch in flüssigem Englisch erklären kann, dass Yuzu eine Zitronenart ist und Ume eine japanische Pflaume, dass Edamame (gekochte und gesalzene Bohnen) zum Aperitif passen und das Wagyu-Rindfleisch aus Australien geliefert wird. Er empfiehlt einen deutschen Riesling dazu – und liegt richtig. Restaurant und Bar könnten für einen sonnenwarmen Dienstagabend in der Oktoberfestzeit schlechter besucht sein. Sieht ganz so aus, also ob Rudi Kull und Albert Weinzierl es geschafft hätten.

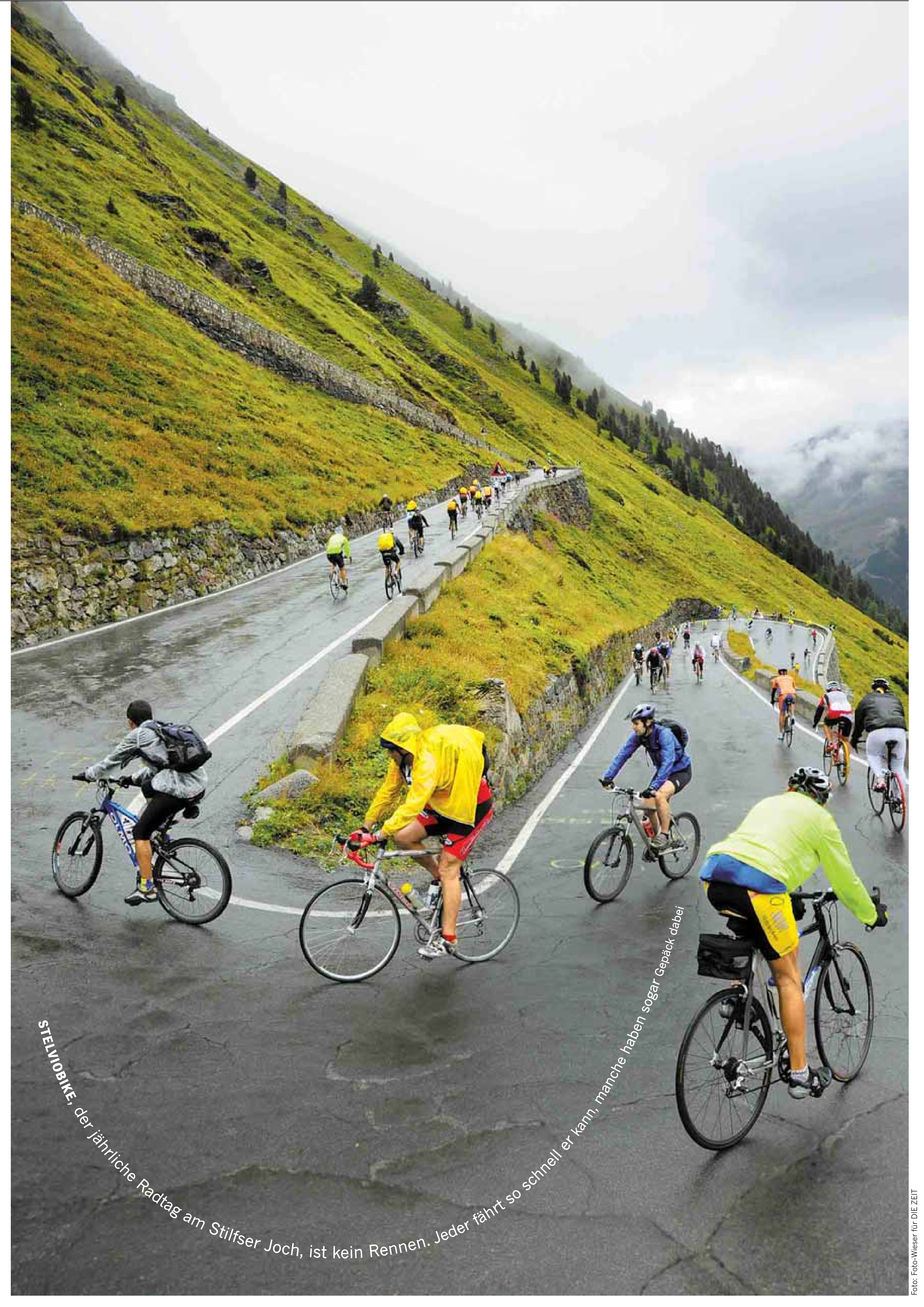
PATRICIA ENGELHORN

Louis Hotel, Viktualienmarkt 6, 80331 München,
Tel. 089/41 11 90 80, www.louis-hotel.com. DZ ab 195 Euro

Die Kurvenreiche

Das Stilfser Joch in Südtirol ist für Radfahrer die Königin unter den Alpenpässen. Einmal im Jahr gehört sie ihnen ganz allein

VON JOHANNES SCHWEIKLE



STELVIOBIKE, der jährliche Radtag am Stilfser Joch, ist kein Rennen. Jeder fährt so schnell er kann, manche haben sogar Gepäck dabei

Foto: Foto-Wieser für DIE ZEIT

Beim Frühstück schwirren Prozente durch die Gaststube. »16«, sagt einer in der Ecke und löffelt Müsli. »18«, übertrumpft ihn sein Nebenmann, »aber im Schnitt nur 15.« Ein Italiener belegt Brötchen mit Schinken und portioniert sie so, dass sie in die Trikottaschen passen. Seine Beine sind rasiert, die Muskeln an den Waden modelliert wie bei einer Statue aus der Renaissance. Die Freundin leistet ihrem Helden Gesellschaft, rührt verschlafen im Kaffee.

Heute ist Radtag am Stilfser Joch. Einmal im Jahr ist der höchste Straßenpass Italiens für den Autoverkehr gesperrt. Dann gehört er den Radfahrern: 27 Kilometer, 48 Kehren, 1869 Höhenmeter bergauf. Die durchschnittliche Steigung liegt in Wahrheit bei neun bis elf Prozent. An der steilsten Stelle beträgt sie keine 18, aber immerhin 15 Prozent. Nicht nur deshalb gilt die Straße unter Rennradfahrern als die Königin der Alpenpässe.

Sie führt durch den Nationalpark Stilfser Joch, verbindet Südtirol mit der Lombardei und Graubünden. Das Joch liegt 2760 Meter über dem Meer, nur wenige Pässe in den Alpen sind noch höher. Die Auffahrt nach Alpe d'Huez, einer der Kultstätten der Tour de France, hat nur 21 Kehren, eine durchschnittliche Steigung von 7,5 Prozent und bei 1130 Höhenmetern ein Ende. Dort bin ich schon einmal an meine Grenzen geraten. Ein erhebendes Bergerlebnis hatte ich nicht. Die Straße zog sich monoton von Serpentine zu Serpentine. Die Königin dagegen soll sehr schön sein. Auch ich will mich heute von ihr quälen lassen.

Tiefe Wolken hängen über dem Tal, vom Ortler ist nichts zu sehen. Trotzdem sind knapp 5000 Radler nach Prad zum Stelviobike gekommen, so heißt der Radtag nach dem italienischen Namen der Auffahrt, Passo Stelvio. Man muss sich nicht anmelden, nichts bezahlen, fährt einfach los, jeder in seinem Tempo. Gut trainierte Sportler bezwingen den Pass in eineinhalb Stunden. Andere machen zwischendurch Pausen, manche müssen schieben.

Prad liegt in den Apfelplantagen des Vintschgaus. Am frühen Morgen sind rund um den Ort die Parkplätze knapp. Vor dem Gasthaus Neue Post blockieren Rennräder den Eingang. Am Ortsausgang fuchteln Polizisten herum. Von Prad bis Gomagoi steigt die Straße nur leicht. Hier könnte ich locker kurbeln. Das Problem sitzt im Kopf. Ich weiß, dass es bis zur Passhöhe unerbittlich bergauf geht. Auch keine kurze Abfahrt wird kommen, auf der ich mich erholen könnte. Der Trafoierbach führt viel Wasser, oben hat's mächtig geregnet, und es sieht nicht so aus, als ob damit für heute schon Schluss wäre. Mir ist mulmig zumute. Was kommt da noch?

Im 19. Jahrhundert reisten viele Engländer hierher, um sich zu gruseln

Hinter Gomagoi schalte ich in den ersten Gang. Jetzt sind die technischen Reserven des Rennrads ausgeschöpft. Wenn die Straße zur steilen Rampe wird, habe ich keinen Rettungsring mehr. So heißt in Fachkreisen das größte Ritzel, bei dem das Treten bergauf halbwegs leichtfällt. Dann kommt das erste Schild: 48. In jeder Kehre wird von jetzt an eine schwarze Nummer auf einer weißen Tafel stehen. 47, 46, 45. Erst nach der Eins ist das Ziel erreicht.

Der Pass übers Stilfser Joch war eine Pionierleistung des Straßenbaus im Hochgebirge. Nach dem Wiener Kongress kam die Lombardei zu Österreich, deshalb brauchten die Habsburger eine Verbindung in ihre neue Provinz. 1820 begann der Ingenieur Carlo Donegani das Werk, fünf Jahre baute er an den insgesamt 49 Kilometer von Spondinig im Vintschgau über das Stilfser Joch nach Bormio im Veltlin. 1859, als die Lombardei italienisch wurde, stellten die neuen Herren an der Südseite des Passo Stelvio die Instandhaltung ein. Stützmauern brachen zusammen, hölzerne Galerien zum Schutz gegen Steinschlag und Lawinen brannten ab und mussten später aufwendig erneuert werden.

Auf dem Weg von Trafoi zur Passhöhe stieß 1876 ein Franzose namens Henry Perreau seine Frau, eine Engländerin, in die Tiefe. In Bozen wurde ihm der Prozess gemacht, die Weltpresse berichtete. Das Verbrechen machte den Pass in England zu einer schaurigen Berühmtheit. Viele Touristen von der Insel reisten ans Stilfser Joch, um sich zu gruseln.

Hinter Trafoi sortiert sich das Feld. Rechts keuchen die Langsamen, links wird in mehreren Reihen überholt. Ich suche nach einer Gruppe, die mein Tempo fährt. Der Typ, der seinem Trikot zufolge aus Kassel kommt und für CO_2-freie Mobilität wirbt, könnte passen. Sitzt mit ruhigem Oberkörper auf dem Sattel, tritt gleichmäßig und leicht, an den hänge ich mich dran.

Wir überholen Mountainbiker, die sich nicht vom Ballast der Zivilisation trennen wollen. Einer hat ein dickes Schloss dabei, eine Frau mit großem Rucksack hat sich einen Rückspiegel an den Lenker montiert, einer fährt mit Licht. An einem Brunnen füllen zwei Männer ihre Trinkflaschen, ein Dritter knipst und sagt auf Kölsch: »Muss man festhalten, solang man noch lachen kann.«

Nach Kehre 17 kommt das Glück, die Fahrt wird zu einem Triumph

Die Straße ist schmal, hat keinen Mittelstreifen. Als sie in den Wald eintaucht, überholt eine Gruppe, alle im gleichen Trikot. Den Versuch, ihr Tempo mitzufahren, breche ich noch vor der nächsten Kehre ab. Wer sich überschätzt, schafft es nicht bis oben. Insgesamt 50 Sanitäter stehen bereit, einer hat am Straßenrand die silberne Rettungsfolie auf seiner Bank ausgebreitet, damit er keinen nassen Hintern bekommt. In einem Zelt gibt's Ersatzschläuche, an den Verpflegungsstationen Obst und Getränke.

»Wir wollten zeigen, wie die Landschaft ohne Autoverkehr aussehen könnte«, hat Hanspeter Gunsch vom Organisationsteam des neunten Stelviobike heute Morgen gesagt. Der Pass führt durch alle landschaftlichen und klimatischen Höhenstufen des Nationalparks: aus einem tief eingeschnittenen Tal durch sattgrünen Bergwald bis in die kargen Geröllhalden des Hochgebirges.

Bei der Franzenshöhe, in Habsburger Zeiten eine Postkutschenstation, stehen die letzten Bäume. Wir sind jetzt auf 2188 Metern, aber man fühlt sich wie im Tal. Links überragt uns der Ortler wie eine breite Wand, der Gipfel des Massivs ist 3899 Meter hoch. In einem Wolkenloch glänzt der nasse Fels, darüber leuchtet das Eis. Von nun an windet sich die Straße durchs Hochgebirge. Kein Strauch mildert die Unerbittlichkeit der langen Geraden, die stetig steigt. Die grauen Stützmauern und Pfeiler über mir erinnern an die Pfeiler in einem gotischen Dom. Sie tragen eine Haarnadelkurve. Die Bergflanke ist hier so steil, dass man keine Serpentinen in den Fels graben konnte. Mein Respekt gilt den Pionieren, die diese Straße gebaut haben.

Hinter Kehre 17 kommt dann das Glück. Nicht dass der Pass flach würde. Aber auf einmal trete ich mühelos. Ohne Anstrengung bleibt die Anzeige auf dem Tacho zweistellig. Die Psychologen nennen das den Flow-Zustand. Nichts tut weh, der Körper fühlt sich an, als ob ich ein endlos bergauf fahren könnte. Ich gleite durch dichten weißen Nebel. Kuhglocken sind zu hören, sonst ist es still. Die Luft riecht frisch und feucht. Keine Abgase steigen in die Nase, auch nicht der Gestank von Bremsscheiben. Die Fahrt wird zu einem Triumph, der am Ziel allerdings jäh endet. Flache Buden und kantige Hotelklötze stehen auf der Passhöhe, die Fassaden sind angenagt vom rauen Klima. Die dicke Verkäuferin vor dem Kiosk Thöni trägt einen Norwegerpullover. Ihr bestes Stück ist ein braunes Plüschtier auf einem Spielzeugmotorrad. Es soll Bruno sein, der Problembär.

Jetzt könnte ich mir die Windjacke überziehen und den Pass wieder runterfahren. Ich entscheide mich für die Alternative: die Abfahrt über die Schweiz. Nach ein paar Kilometern zweigt der Umbrail-Pass ab. Er ist heute ebenfalls für Autos gesperrt und führt ins Val Müstair. Von dort komme ich durch den Vintschgau zurück nach Prad, macht insgesamt 65 Kilometer. Schon bald endet der Asphalt, und es geht auf einer Naturstraße weiter. Ausgerechnet hier setzt der Regen ein, aber richtig. Der Schlamm spritzt hoch bis zum Helm, nach zwei Kehren sehen die Beine aus wie nach einem Moorbad. Soweit ich erkennen kann, ist das Val Müstair wunderschön: sattgrüne Wiesen, dichter Bergwald, alte Dörfer mit engen Durchfahrten. Trotz des Regens bewässern die Bauern ihre Felder, die weißen Fontänen sprühen eine bizarre Choreographie an den grauen Himmel.

Die nasse Kälte friert bei mir alle rauschhaften Gefühle ein. Ich sehe einen jungen Bayern, der sich am Bratwurststand Alufolie besorgt. Die wickelt er um seine Knie, damit's wärmer wird. Er versucht seinen Kumpel aufzumuntern, der sich Plastiktüten über die Radschuhe stülpt: »Selber schuld, würd meine Mama sagen.« Warum tun wir uns das an?

Als ich, frisch geduscht und mit trockener Kleidung, wieder in der Gaststube sitze, bin ich sehr zufrieden. Die Fenster sind beschlagen, außen vom Nebel, innen von den dampfenden Radfahrern. Knödel mit Butter und Parmesan, ein Weißbier, eine Musikerin in blauem Dirndl spielt Ziehharmonika. Nach dem Radtag ist die Stimmung in der Gaststube ausgelassen. Man isst, trinkt, tauscht sich aus. »Habt ihr auch den Hagel abgekriegt?«

Ich sehe noch einmal den spektakulärsten Teil der Strecke vor mir: wo die Bergwiesen zur steinigen Mondlandschaft werden, wo der Pass so wild zickzackt, wie ein Kind ihn malen würde. Wo beim Blick über die Randsteine das dunkle Band der Straße unter mir vier Schleifen formte. Das hab ich gepackt, alle 48 Kehren!

Eine junge Frau kommt triefnass herein. Sie hibbelt ihre Füße warm, dabei klackern ihre Radschuhe auf dem Dielenboden. Ihre Freunde, die schon beim Apfelstrudel sitzen, begrüßen sie kernig: »Haben deine Bremsen blockiert, oder was?

Der nächste autofreie Radtag am Stilfser Joch findet am 28. August 2010 statt. Informationen: www.stelviobike.com



Teure Tüten

Von Oktober an kassieren British Airways und einige andere Fluglinien 40 Euro für das zweite Gepäckstück – selbst wenn es gar nicht viel wiegt

Reisen heißt auch, etwas mit nach Hause zu bringen. Auf der Rückreise von New York lassen sich die drei Paar Chucks für die Nichte und das Apple-Zubehör für den Liebsten jedoch kaum ins Handgepäck quetschen. Der Zweitkoffer, auf dem Hinflug halbleer, ist daher ein Klassiker, vor allem bei Trips über den Atlantik.

Für viele Flugreisende wird der Kaufrausch in der Fremde jetzt allerdings teuer. Vom 1. Oktober an erhebt British Airways (BA) als erste europäische Gesellschaft auf Transatlantikrouten von ihren Economy-Passagieren eine Gebühr für ein zweites Gepäckstück. Dabei ist es unerheblich, wie klein oder leicht es ist: Zahlen muss auch, wer insgesamt die zulässigen 23 Kilo nicht überschreitet. Jenseits des Atlantiks ist eine solche Gebühr bereits üblich. Vom 1. Oktober an lässt sich als letzte US-amerikanische Fluggesellschaft auch United Airlines den Transport des Zweitgepäcks bezahlen. Bei den US-Airlines werden 50 Dollar (rund 40 Euro) pro Strecke fällig – die gleiche Summe muss man auch bei BA entrichten.

Der Londoner Linienflieger greift eine Praxis auf, die man in Europa bisher eher von Billigairlines kannte: dass eine Leistung, die früher im Flugpreis inbegriffen war, auf einmal extra kostet. Die irische Ryanair etwa erhebt schon länger eine Gepäckgebühr und erhöht zum Oktober die Preise: Wer dann am Flughafen eincheckt, muss für den ersten Koffer 30 Euro, für den zweiten 70 Euro bezahlen. Und das zweimal, auf dem Hin- und Rückflug.

BA-Sprecher Ewan Fordyce hingegen betont, dass man mit der neuen Gebühr nicht allein Geld verdienen wolle. Sie soll die Kunden motivieren, alles in einen einzigen Koffer zu packen, und sei er noch so wuchtig: »Denn wenige große Koffer sind leichter platzsparend zu stapeln als viele kleine.« So bleibt mehr Platz im Flugzeugbauch, um Frachtgüter zu transportieren. Der Verzicht aufs Zweitgepäck vereinfacht auch die Abläufe am Flughafen. Die Hebelifte für den Bodentransport müssen jedes Gepäckstück einzeln anpacken. Je mehr Koffer, umso länger dauert das Be- und Entladen.

Hinzu kommt, dass die Zweitgepäckstücke oft sperrig sind. »Vor allem bei Urlaubsrückkehrern kommen die abenteuerlichsten Konstruktionen aus dem Flugzeug, etwa schlecht verschlossene Plastiktüten oder Pakete aus Pappe«, sagt Jerome Konn-Kruse, Leiter der Gepäckaufgabe am Frankfurter Flughafen. Es würde die Arbeit erleichtern, wenn jeder mit Hartschalenkoffer reiste. »Kunststofftaschen mit Gummiboden oder mit Kordel verschnürte Leinensäcke stören den automatischen Gepäckfluss.« Jedes dieser Gebilde müsse ein Mitarbeiter per Hand aufs Förderband heben. »Und womöglich gehen Flaschen zu Bruch, die wegen der Sicherheitsvorkehrungen nicht mehr ins Handgepäck dürfen.«

Konn-Kruse wird noch viele laienhaft verschnürte Zweitgepäckstücke befördern müssen. Bei Lufthansa, Condor und LTU gibt es derzeit keine Pläne, das Freigepäck auf Transatlantikrouten zu beschränken. Auch Air India und Singapore Airlines, die von Deutschland aus in die USA fliegen, erlauben weiter zwei Gepäckstücke. Dasselbe gilt für europäische Umsteigeverbindungen wie die mit Air France via Paris.

Dass wegen zu vieler Koffer ein Flugzeug am Boden bleibt, muss indes kein Passagier fürchten. »Vorher laden wir Frachtstücke aus«, sagt Konn-Kruse. Oder ein paar Koffer kommen erst mit dem nächsten Flugzeug an.

ANNE LEMHÖFER

MAGNET

Nachsaison

Eisgekühlte Coca-Cola? Leider ausverkauft, und so, wie's aussieht, auf Monate hinaus. Diesem Kühlschrank fehlen Saft und Kraft, doch ganz funktionslos ist er darum nicht. Auf den zwei windigen Klappstühlchen, die fabelhaft in sein nun ausgehöhltes Innenleben passen, könnte man als Einheimischer ganz in Ruhe dem nächsten Touristenansturm entgegendösen. Was zurückbleibt, wenn alle Feste gefeiert und die letzten Feriengäste gegangen sind, zeigt Christian von Alvenslebens Bestandsaufnahme einer Nachsaison. Das Foto mit dem schlicht-lakonischen Titel »Kühlschrank« gehört zu einer Serie, die 2008 und 2009 unter anderem auf Rhodos entstand und demnächst in der Fotoschau **>all inclusive<** in der Lübecker Kunsthalle St. Annen zu sehen sein wird. Darin erzählt der viel gerühmte Werbe- und Modefotograf, der immer wieder auch schöne Frauen porträtierte, von Vernachlässigung und Verfall. Seine Bildergeschichte zeigt die dunkle Seite der gemeinhin bunt schillernden Urlaubsparadiese, und sie erspart uns nichts. Dass man angesichts von zerfledderten Sonnenschirmen, Müllsammlungen und Tierkadavern dennoch nicht in Depressionen versinkt, ist von Alvenslebens meisterlicher Sicht auf die zerstörten Dinge zu verdanken. Er verwandelt sie in kuriose Kunst. **B.W.**

18. Oktober bis 17. Januar. Di–So 10–17 Uhr, Eintritt 5 Euro. Kunsthalle St. Annen, St.-Annen-Straße 15, 23552 Lübeck, Tel. 0451/122 41 37, www.buddenbrookhaus.de

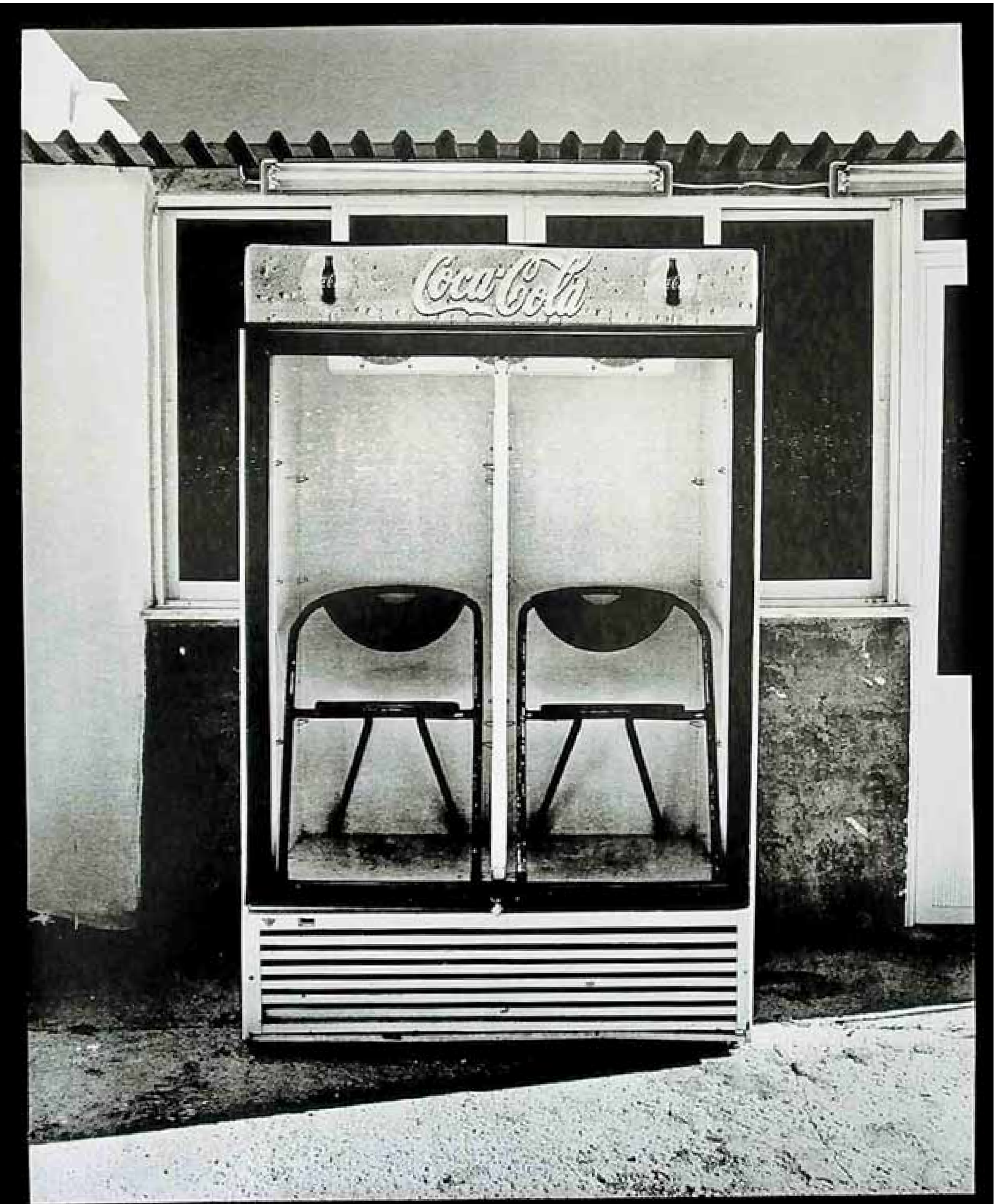


Foto: Christian von Alvensleben

Alte Liebe rostet nicht

Minnesang kann klingen wie Rap. In Braunschweig wetteifern Musiker aus sechs Ländern um die Gunst von Beatrix, Gemahlin Ottos IV.

DIE ZEIT: Herr Schäfer, Sie sind Minnesänger. Im Oktober treten Sie mit Ihrer Harfe und mittelhochdeutschen Versen für Deutschland an: beim ersten europäischen Minnesänger-Wettstreit in Braunschweig. Was fasziniert Sie an dieser Musik?

HOLGER SCHÄFER: Dass man sich völlig einem Gefühl hingibt. Wenn ich Minnesang vortrage, bin ich entrückt. Ich vergesse alles, was mit meinem Alltag zu tun hat. Das überträgt sich auch auf die Zuhörer. Wenn alles stimmig ist, bekommen sie so einen Kaminblick und schauen andächtig, fast wie ins Nichts.

ZEIT: Wer kommt denn zu solchen Konzerten?

SCHÄFER: Viele Deutschlehrer oder Forscher, die sich für Mittelhochdeutsch interessieren. Und Menschen, die alte Musik und historische Instrumente mögen. Natürlich gibt es auch ein paar Leute, die einfach nur neugierig sind. Und einige, die romantische Vorstellungen vom Mittelalter haben. Die kommen in Ritterkostümen und freuen sich, wenn es Met zu trinken gibt.

ZEIT: Sie kleiden sich aber selbst etwas eigentümlich.

SCHÄFER: Ja, ich trage Bundschuhe und ein grünes Flatterhemd. Aber das ist nur Nebensache. Wir Minnesänger wollen eine mittelalterliche Liedkultur bewahren, kein Kostümfest veranstalten.

ZEIT: Wie darf man sich typische Minnesänger vorstellen?

SCHÄFER: Oft sind das Leute, die sehr sensibel sind und Bezug zu irgendeiner Form von Spiritualität haben. Sie finden sich wieder in der Geisteshaltung, die hinter vielen Minneliedern steht: dass ein Mensch geläutert wird durch eine Sehnsucht, die sich nie erfüllt.

ZEIT: Ahmen Sie nicht bloß eine ausgestorbene Tradition nach?

SCHÄFER: Im Gegenteil. Wir müssen sehr erfinderisch sein. Es sind uns zwar viele Texte überliefert. Aber zu den meisten kennen wir nicht einmal die Melodie. Also komponieren wir auch selbst im Stil des 12. oder 13. Jahrhunderts und suchen uns dann die passenden Instrumente. Das kann eine Schalmei sein, eine Drehleier oder eben ein Saiteninstrument. Wie die damals geklungen haben, wissen wir auch nur so ungefähr. Von manchen Instrumenten sind keine Originale erhalten, nach denen man Kopien fertigen könnte. So baut man dann Instrumente nach alten Gemälden.

ZEIT: Wie kamen Sie auf die Idee, Minnesänger zu werden?

SCHÄFER: Mit 14 hörte ich im Radio eine Sendung über mittelalterliche Musik. Ich habe mir sofort eine CD gekauft und die monatelang rauf und runter gespielt. Ich habe dann auch Musik studiert, aber vor allem aus der Barockzeit. Vor drei Jahren hörte ich zufällig von einem Minnesangwettstreit und bin gleich neu entflammt. Ich habe mich mit meiner Harfe in die Fußgängerzone gesetzt und das einfach mal ausprobiert. Und tatsächlich blieben Leute stehen und haben applaudiert.

ZEIT: Sie wurden dann so erfolgreich, dass man Sie zum besten Minnesänger des Jahres 2008 gewählt hat – vor deutlich älteren Kollegen. Ist Ihnen da die jugendliche Leidenschaft zugute gekommen?

SCHÄFER: Das glaube ich nicht. Minnesang arbeitet mit schlichten Grundklängen. Man zupft einen Harfenton und lässt ihn wirken. Das ist keine Musik, wo man die Zuhörer mit virtuosen Koloraturen oder rasanten Soli beeindrucken kann. Es braucht ein gewisses Alter, um sich so zurückzunehmen. Als Minnesänger kann man nicht cool sein wollen. Man trägt komische Klamotten und verneigt sich vor der Herrin. Für so etwas gibt es keine Fanpost.

ZEIT: Welches Lied mögen Sie besonders gerne?

SCHÄFER: *Vil lieber grüesse süesse* von Oswald von Wolkenstein. Da geht es um die Freude, dass der Winter vorbei ist und man den Frühling und das Leben genießen kann. Das klingt so schön, dass man den Text nicht mal verstehen muss. Die Reime sind kurz und rhythmisch wie beim Rap. Das mögen sogar Leute, die sonst nichts mit mittelalterlicher Musik anfangen können.

ZEIT: Gibt es eigentlich auch zeitgenössischen Minnesang?



Foto: Donatella Abate

HOLGER SCHÄFER, 38, in Arbeitskleidung. Neuerdings wird er auch für Hochzeiten und Geburtstage gebucht

SCHÄFER: Ja, neulich beim Festival »Minne meets« sind moderne Liedermacher und Chansonsängerinnen aufgetreten. Sie zeigten, dass es durchaus möglich ist, die Geisteshaltung des Minnesangs – das sehnsuchtsvolle Streben – in aktuelle Songtexte einfließen zu lassen.

ZEIT: Der Wettbewerb in Braunschweig setzt einen anderen Schwerpunkt. Die Stadt feiert momentan das Jubiläum Ottos IV., der 1209 zum Kaiser gekrönt wurde. Entsprechend soll Minnesang aus der Zeit erklingen, in der Otto gelebt hat. Was genau erwartet die Zuschauer?

SCHÄFER: Es nehmen sieben Sänger am Wettbewerb teil: einer aus jedem Land, das zu Ottos Reich gehörte. Da erklingen dann auch altfranzösische oder altitalienische Verse. Die Vorträge sind in ein Schauspiel eingebettet, bei dem das Kaiserpaar Otto und Beatrix auftritt.

ZEIT: Und wer wählt den Sieger?

SCHÄFER: Es gibt zwei Preise. Der eine wird wie beim Sängerwettstreit 1206 auf der Wartburg von der Herrin vergeben – in diesem Fall Ottos Gemahlin Beatrix. Den anderen vergibt das Publikum. Die Veranstalter rechnen ja mit sehr vielen Menschen, die sollen eingebunden werden.

ZEIT: Ist das denn realistisch? Minnesang ist doch eher etwas für eine kleine Minderheit.

SCHÄFER: Schon, aber die wird immer größer. Mittlerweile gibt es drei Minnesängerwettstreite in Deutschland, oft kommen Hunderte Zuhörer. Überhaupt wächst das Interesse an Minnesang. Ich werde neuerdings ständig für Hochzeiten oder Geburtstage gebucht.

ZEIT: Wie erklären Sie sich das steigende Interesse?

SCHÄFER: Menschen mögen es, ein Gefühl von Gemeinschaft zu erleben. Gerade heute, wo alles unsicher ist, die Leute sich um Job und Zukunft sorgen. Unsere Zuhörer wollen Teil einer Gruppe sein, sich zusammen einer Stimmung hingeben. Sich nach Liebe zu sehnen – das ist ja bei allem Schmerz ein sehr schönes Gefühl.

INTERVIEW: **COSIMA SCHMITT**

Der 1. Europäische Minnesänger-Wettstreit findet am 17. Oktober statt, als Teil eines viertägigen Festivals. Die Tickets kosten 15,17 Euro. Infos unter www.braunschweig.de

Frisch vom Markt

Blanker Hans von Kind zu Kind

Ferien und Lernen passen nur zusammen, wenn der Stoff spannend und der Lehrer auf Augenhöhe mit den Schülern ist. Im Büsumer Museum Blanker Hans versucht man, solchen Wunschvorstellungen gerecht zu werden. Wo sich alles um Wind, Wetter und die ewige Sturmflutgefahr an der Nordseeküste dreht, fungieren in den kommenden Herbstferien Kinder als Museumsführer für Kinder. Von Altersgenossen erklärt, sollen Themen wie Umwelt und Klima das Abstrakte verlieren. Dank multimedialer Technik und Computeranimation kann man zudem auf Zeitreise zurück ins Sturmflutjahr 1962 gehen, anrollenden Wassermassen in der Rettungskapsel standhalten oder im Windkanal Orkanstärke 12 erleben.

Geöffnet bis Ende Oktober täglich von 10 bis 18 Uhr. Eintritt für Erwachsene 10, für Kinder von 4 bis 15 Jahren 7 Euro. Kinderführungen kostenlos. Sturmflutwelt Blanker Hans, Tel. 04834/90 91 35, www.blanker-hans.de

Per Bus zum Wein

Teneriffas Rebenland umfasst mehr als 8000 Hektar. In einem Teil davon können Weinfreunde jetzt mit dem Bus auf Probiertour gegen. Der Trip startet in Santa Cruz oder La Laguna und führt auf der Ruta del Vino Tacoronte-Acentejo durch das gleichnamige Anbaugebiet. An der Strecke liegen Orte wie Tegueste, El Sauzal, La Matanza und Santa Ursula, in denen Weinbergbesichtigungen, Verkostungen und Winzerbesuche anstehen. Der Bus namens Guagua del Vino soll nun alljährlich von Mai bis Dezember durch die Anbaugebiete der Kanareninsel fahren.

Tickets von 15 und 35 Euro. Auskunft: Spanisches Fremdenverkehrsamt, Tel. 069/72 50 33, www.spain.info.de, www.rutasyvinos.com

Auf die Bäume, Berliner!

Das Haus der Kulturen der Welt, auch in diesem Jahr wieder für den künstlerischen Part der Asien-Pazifik-Wochen zuständig, komplettiert seinen dicht gefüllten Festivalplan durch die Ausstellung *Berliner Baumhäuser.* Von dem japanischen Künstler Tadashi Kawamata stammen die hölzernen, eilig zusammengezimmert wirkenden Konstruktionen, für die früher schon einmal Documenta- und Biennale-Besucher den Kopf in den Nacken legten. In Berlin werden Kawamatas *tree huts* im Foyer und im Außenbereich des Weltkulturhauses zu sehen sein.

Asien-Pazifik-Wochen 7. bis 18. Oktober. Ausstellung 9. Oktober bis 10. Januar, täglich ab 10 Uhr, Eintritt frei. Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin, Tel. 030/39 78 71 75, www.hkw.de

Noch mehr Druck

Die doppelten Abiturjahrgänge stellen sich auf schärfste Konkurrenz ein

VON JAN-MARTIN WIARDA



Foto: Markus Hansen/action press

Universitäten werben um Studienanfänger, obwohl viele bei Weitem **NICHT GENÜGEND PLÄTZE** haben dürften

Es war an einem Montagmorgen kurz vor den Sommerferien, als Metin Hakverdi sein persönliches Aha-Erlebnis hatte. Der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete saß in einem Klassenraum im Gymnasium Kirchdorf/ Wilhelmsburg im Süden der Hansestadt, ihm gegenüber 55 Oberstufenschüler des Gemeinschaftskundekurses, mit denen er eigentlich über Stadtteilentwicklung diskutieren wollte. Doch die hatten ganz andere Fragen an ihn. »Was wird aus uns?«, wollten sie von ihm wissen und: »Habt ihr uns vergessen?« Das war der Moment, in dem der Lokalpolitiker Hakverdi von den Versäumnissen der großen Politik eingeholt worden war.

Denn jetzt wird Wirklichkeit, wovor Bildungsexperten seit Jahren gewarnt haben: Die doppelten Abiturjahrgänge, eine Folge der Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre, strömen in die Hochschulen und Ausbildungsbetriebe der Republik. Den Anfang hat dieses Jahr das Saarland gemacht, jetzt geht es Schlag auf Schlag: 2010 Hamburg, 2011 Bayern und Niedersachsen, 2012 Baden-Württemberg, 2013 Nordrhein-Westfalen. Doch damit nicht genug: Die Jahrgänge, die sich auf ihre Abi-Prüfung vorbereiten, sind außerordentlich stark, es sind die Kinder der Babyboomer, die letzte demografische Spitze, bevor auch im Westen die geburtenschwachen Jahrgänge folgen.

Bundesweit heißt das: Die Zahl der Schulabgänger mit Abitur oder Fachhochschulreife wird nach neuen Schätzungen der Kultusministerkonferenz im Jahr 2013 auf bis zu 492 500 anschwellen, 23 Prozent mehr als 2005. Schaut man sich die Prognosen für die einzelnen Bundesländer genauer an, ergibt sich im jeweiligen Jahr des Doppelabiturs ein noch dramatischeres Bild: Für Hamburg erwarten die Statistiker 2010 satte 68 Prozent mehr Studienberechtigte als vor fünf Jahren. Im größten Flächenland Nordrhein-Westfalen schreckt die absolute Zahl noch mehr: 57 000 Schulabgänger lautet die Prognose der KMK für 2013 – zusätzlich zum Vorjahr, wohlgemerkt, eine Steigerung um 47 Prozent.

Hamburg, das als erste Millionenmetropole seinen doppelten Abiturjahrgang unters Volk bringt, wird dabei zur ersten echten Belastungsprobe für die bundesweit getroffenen Maßnahmen. Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach (CDU) versichert zwar, die Hochschulen der Hansestadt seien auf den Ansturm gut vorbereitet, sie könnten von 2011 bis 2015 insgesamt 1900 zusätzliche Studenten aufnehmen. Tatsächlich haben sich die Politiker von Bund und Ländern im sogenannten Hochschulpakt darauf geeinigt, zwischen 2011 und 2018 7,3 Milliarden Euro extra an die Hochschulen zu überweisen, damit die unter dem Studentenberg nicht zusammenbrechen. 275 000 neue Studienplätze bundesweit soll das Geld bringen. Doch selbst diese gewaltige Zahl könnte nicht reichen.

Hinzu kommt: Während sich die Universitäten so dank Bundeshilfen zumindest in Ansätzen auf den Ansturm einstellen konnten, hat die Bildungspolitik die Folgen für den Ausbildungsmarkt größtenteils ignoriert. Das Fehlen von dem Hochschulpakt vergleichbaren Aktionsprogrammen in den meisten Bundesländern ist umso gefährlicher, weil auch die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf das Angebot an Lehrstellen noch nicht absehbar ist.

Könnte, dürfte, möglicherweise: Die Unsicherheit über das, was kommt, ist auch unter Bildungsforschern verbreitet. Wie viele Abiturienten werden sich um eine Lehrstelle bewerben, wenn sie ihren Wunschstudienplatz nicht bekommen? Wie viele werden stattdessen warten, eine Weltreise machen oder die Zeit mit Jobben überbrücken? Wie viele sind bereit, fürs Studium in ein anderes Bundesland umzuziehen? Genau dies sind die Stellgrößen, die über die Dimensionen von Studentenberg und Azubi-Welle entscheiden werden, und genau sie sind es, bei denen die Wissenschaftler die Aussage verweigern. »Eine Prognose aufzustellen wäre unseriös«, sagt Christoph Heine vom Hochschul-Informations-System. Sein Kollege Andrä Wolter ergänzt: »Da überlagern sich zu viele Entwicklungen.« (Siehe Kasten.)

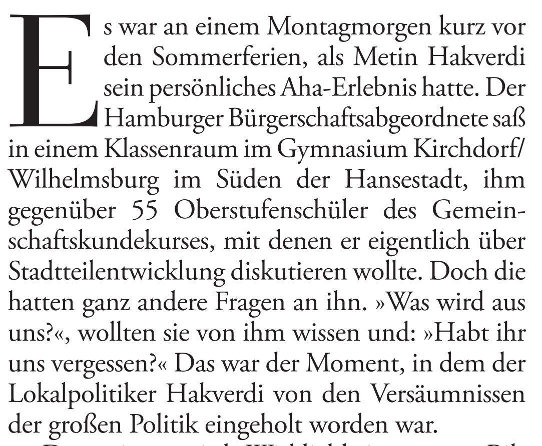
Der Hamburger Sozialdemokrat Hakverdi hat nach seinem Besuch im Gymnasium mit Parteikollegen einen Antrag in der Bürgerschaft eingebracht: Noch mehr Studienplätze, eine Offensive für Ausbildungsplätze und eine zeitliche Entzerrung der Abiturprüfungen für die doppelten Jahrgänge, so lauteten ihre Forderungen. Die schwarz-grünen Regierungsfraktionen haben ihn postwendend abgelehnt. Das heiße aber keineswegs, dass man das Problem als solches unterschätze, versichert die CDU: Man befinde sich in »intensiven Gesprächen« mit den Hochschulen und der lokalen Wirtschaft, bis spätestens Januar werde man klarer sehen in Sachen Ausbildungsplätze.

Es ist das übliche Parteiengezerre, es ist aber auch ein indirektes Eingeständnis: dass sie alle, Opposition wie Regierung, die Welle verpennt haben, die da auf sie zurollt. Vor wenigen Wochen musste die Hamburger Schulbehörde sogar mitteilen, dass sie ihre Abiturientenprognose für 2010 zu niedrig angesetzt hatte, weil die berufsbildenden Schulen in der Statistik fehlten. So dürfte der doppelte Abi-Jahrgang die Zahlen der KMK-Statistiker noch einmal deutlich übertreffen.

Die Wilhelmsburger Oberstufenschüler haben ihre Erwartungen vorsichtshalber schon einmal weit heruntergeschraubt. Tanita Schimik zum Beispiel, 18 Jahre alt, glaubt nicht, dass sie einen Studienplatz bekommt. Sie will eigentlich Eventmanagement studieren für ihr großes Ziel, irgendwann einmal Rockkonzerte organisieren zu können. Doch ihre Abi-Note werde dafür wohl nicht reichen, sagt sie: »Ich bekomme wahrscheinlich nur eine 2,2.« Womit sie noch immer über dem langjährigen Durchschnitt liegen würde. Klar, sie könnte zum Studieren auch in eine andere Stadt gehen, aber das möchte sie nicht. »Ich bin hier zu Hause, ich bleibe hier«, sagt sie – und will jetzt eine Ausbildung machen, zur Veranstaltungskauffrau.

Selber schuld, könnte man sagen und ihre Ängste als übertrieben abtun. Doch für Tanita und ihre Mitschüler sind sie real – so real, dass sogar die 18-jährige Alma Besic, die auf eine Abi-Note von 1,4 hofft, einen Studienplatz aufgrund möglicher neuer Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen keineswegs für sicher hält. »Doppelt so viele Abiturienten bedeutet auch doppelt so viele sehr gute Leute«, sagt sie. Der

Fortsetzung auf Seite 72



JETZT AM KIOSK: Der ZEIT Studienführer mit Rankings für mehr als 30 Fächer – von Anglistik bis Zahnmedizin

Keine Klarheit

Bis 2016 wird in fast allen Westländern ein **doppelter Abiturjahrgang** die Gymnasien verlassen. Besonders eng dürfte es von 2011 bis 2013 werden, wenn mehr als hunderttausend zusätzliche Studienberechtigte aus den großen Flächenländern in ihre Zukunft starten. Experten erwarten, dass die Hochschulen dann mit neuen Zugangsbarrieren in Form lokaler NCs reagieren werden. Schon heute erfordern mehr als die Hälfte aller Studiengänge Mindestnoten.

Wie groß der Engpass an den Hochschulen wird, hängt allerdings von mehreren sich überlagernden Entwicklungen ab. So könnte das schlechte Image der neuen Abschlüsse Bachelor und Master die Studierneigung sinken lassen. Wird hingegen erfolgreich nachgebessert, könnte sie steigen. Ebenso ist immer noch unklar, welche Auswirkungen Studiengebühren auf die Entscheidung zu studieren haben – und erst recht, was passiert, wenn einzelne Länder sie wieder abschaffen sollten. Auch Wanderungen von West nach Osten könnten Entlastung bringen: Die bundesweite Kampagne »Studieren in Fernost« soll Westabiturienten an die Hochschulen in den Osten locken, wo sich die Zahl der Schulabgänger innerhalb weniger Jahre fast halbiert hat. Das Problem: Mehr als zwei Drittel aller Studienanfänger gaben in der Vergangenheit zu Protokoll, dass die Heimatnähe für sie zumindest ein wichtiges Argument für ihre Hochschulwahl war. Die mangelnde Mobilität könnte erst recht dazu führen, dass die Welle auf den lokalen Ausbildungsmarkt überschwappt.

Grundsätzlich gilt daher: Je mobiler die Abiturienten sind, desto größer ist ihre Chance, den Wunschstudienplatz zu finden. Sobald die erste Vergaberunde vorbei ist, werden die von den erfolgreichen Bewerbern nicht angenommenen Studienplätze von den Hochschulen neu ausgeschrieben. In den vergangenen Jahren waren das wegen des Trends zu Mehrfachbewerbungen enorm viele. Mehrere Websites sollen Ordnung ins Chaos der Studienplatzvergabe bringen. Unter www.freie-studienplaetze.de hat die Hochschulrektorenkonferenz eine Studienplatzbörse eingerichtet, eine private, äußerst funktionale Alternative findet sich unter www.studieren.de.

SEITENHIEB

Modemarken

Schüler wollen bei Arbeitgebern anheuern, die sie gut zu kennen meinen

Was verbindet ProSiebenSat.1, die Polizei und Apple? Die Tatsache, dass sie bei einer gerade veröffentlichten Umfrage unter rund 13 000 Schülern zu den beliebtesten Arbeitgebern gewählt wurden. Das Berliner trendence Institut fragte die Jugendlichen an Gymnasien, Real- und Gesamtschulen, bei welchen Unternehmen sie sich am liebsten bewerben würden.

Was aus Film und Funk bekannt ist und was die Eltern gut finden, das landet ganz vorn – Hilton Hotels, die Bundeswehr und die AOK sind unter den ersten 30. Der Shootingstar unter den Neueinsteigern ist der Hersteller des iPods, Apple, auf dem dritten Platz, er verspricht den Schülern die Begleitmusik auf dem Weg in die Zukunft. Doch hat diese Sache einen Haken: Apple bietet in Deutschland gar keine Ausbildungsplätze an.

Woher also bekommen die Jugendlichen ihre Informationen? Vor allem aus dem Internet, das sagen fast 78 Prozent. Aber fast 19 Prozent geben an, sich noch kaum Gedanken über die Zukunft gemacht zu haben. Nicht mal die Hälfte der Schüler hat sich an der Schule informiert, nur rund ein Viertel eine Berufs- oder Studienberatung mitgemacht. Wenn dann in Internetforen bemängelt wird, dass bei den üblichen Computertests jedem, der angebe, Menschen zu mögen, geraten werde, Pastor zu werden – dann ist die Berufsberatung offenbar auch noch schlecht. Kurzfristig hilft da nur, auf das zu setzen, was bei den Schülern offensichtlich ankommt: Ins Fernsehen, all ihr Arbeitgeber, die ihr ernsthaft ausbildet, mit knackigen Botschaften für die Jugend. **JUDITH SCHOLTER**

Mehr Chancen:

IM NETZ:
Wo studieren? Welche Hochschule in einem Fach führt, verrät das CHE-Hochschulranking
www.zeit.de/hochschulranking

AM KIOSK: DER ERSTE ZEIT CAMPUS RATGEBER
132 Seiten zum Thema Berufseinstieg: Praktika, Bewerbung, der erste Job



»Das ist kein Spaziergang«

Ein Lehrer erklärt, warum seine Schüler Fernsehen machen



Foto: Rüdiger Sinn

23 Schüler der Lender-Schule in Sasbach bei Baden-Baden lernen, wie **FILME ENTSTEHEN**

DIE ZEIT: Herr Rohrer, an Ihrer Schule können sich Abiturienten die mündliche Prüfung ersparen, indem sie, statt für das Abi zu büffeln, eine Fernsehsendung produzieren. Wie funktioniert das?

JOACHIM ROHRER: Wir haben im letzten Schuljahr den Seminarkurs LenderTV für Oberstufenschüler ins Leben gerufen. Solche Kurse ersetzen in Baden-Württemberg das mündliche Abitur, 23 Schülerinnen und Schüler nahmen teil. Sie produzierten weitgehend selbstständig fünf Fernsehsendungen während des Schuljahres, betreut von einigen Kollegen und einem Medienpädagogen.

ZEIT: Wie kamen Sie auf die Idee?

ROHRER: Es gibt bei uns unterschiedliche Seminarkurse in der Oberstufe. Dass wir nun einen Kurs »Fernsehen« anbieten, war reiner Zufall. Nachdem wir eine ganze Dokumentation über die Lender-Schule produziert haben, kam uns der Gedanke, dass auch Schüler so etwas umsetzen können. Die Schüler lernen – neben dem Know-how, das für die Realisierung einer Fernsehsendung nötig ist – auch selbstständiges Arbeiten, Zusammenarbeit in der Gruppe, Gewichtung und Abwägen von Themen sowie die Diskussion um Themen. Man kann das auch unter dem Schlagwort »Schlüsselqualifikationen erlernen« subsumieren.

ZEIT: Gab es Hürden zum Beispiel vonseiten der Schulbehörde?

ROHRER: Die Schulbehörde gibt nur den Rahmen »Seminarkurs« vor und eröffnet uns dadurch Spielraum für eigene Ideen. Dadurch ist es auch möglich, Experten von außen einzubinden, das ist sogar im Blick auf die Berufsorientierung ausdrücklich erwünscht. Von der Schulleitung gab es von Beginn an sehr große Unterstützung. Es ging uns auch darum, neben der Homepage und einem klassischen Printmedium ein weiteres von Schülern gestaltetes Mitteilungsorgan für die Schule zu schaffen.

ZEIT: Ein Beitrag handelte von einer Teenagerschwangerschaft in der Schule. Nicht gerade ein einfaches Thema.

ROHRER: Die Themen haben immer etwas mit der Schule zu tun. Sei es das Porträt eines ehemaligen Schülers, der heute ein bekannter Radiomoderator ist, die Arbeit der Theater-AG oder eben die Teenagerschwangerschaft einer Schülerin. Dieses Thema hat die Autorin interessiert, und sie hat bei diesem Beitrag auch die Rolle der Schule beleuchtet.

ZEIT: Wie lernen die Kursteilnehmer, einen Magazinbeitrag zu erstellen?

ROHRER: Am Beginn des Schuljahres haben wir in Wochenendseminaren die Schüler fit für die Grundtechniken gemacht. Wie recherchiert man? Wie arbeitet man mit der Kamera? Was muss man für den richtigen Ton beachten, wie setze ich Licht ein und so weiter. Ein Mitarbeiter vom SWR hat Sprechtraining gegeben. Den »Kameraführerschein« konnten die Schüler an einem Wochenende erwerben. Damit durften sie dann selbst filmen.

ZEIT: Der Kurs zieht sich durch das gesamte Schuljahr. Das bedeutet einen hohen zeitlichen Aufwand für die Schüler und auch für die Lehrer.

ROHRER: Ein Spaziergang ist der Kurs sicher nicht. Bei der Produktion der Sendungen brennt manchmal auch nachts das Licht. Jeden Donnerstagabend ist Redaktionssitzung, dann werden Themen besprochen und die Sendungsabläufe geplant. An den Wochenenden wird meist gedreht. Das bedeutet natürlich auch für die Lehrer, dass sie zum Teil Präsenz zeigen müssen.

ZEIT: Wie kommen die Noten zustande?

ROHRER: Alle Kursteilnehmer müssen einen Beitrag produzieren und verschiedene Stationen, also Kamera, Ton, Schnitt, Redaktion, durchlaufen. Benotet wird neben dem fertigen Produkt auch die Mitarbeit während des gesamten Schuljahres, und am Ende gibt es ein 30-minütiges Kolloquium, in dem die Schüler ihre Arbeit gewissermaßen verteidigen. Dabei ist uns wichtig, wie reflexiv die Schüler an ihren Beitrag herangehen. Fehler dürfen gemacht werden, aber man sollte sich am Ende der Fehler bewusst sein. Dieser Prozess ist schwierig, das haben einige Schüler auch am Ende des letzten Schuljahres gemerkt.

ZEIT: Was wird sich im nächsten Schuljahr ändern?

ROHRER: Wir wollen den neuen Kurs so weiterführen wie bisher und bereits ausgebildete Schüler als Mentoren einsetzen. Auch aus der Lehrerschaft wollen wir neue Kolleginnen und Kollegen gewinnen, die sich für das Format interessieren. So können noch mehr Themen aus dem Schulalltag ins Schulfernsehen finden.

INTERVIEW: **RÜDIGER SINN**

Tipps und Termine

Transatlantischer Ideenwettbewerb
Bis zum 31. Oktober sucht die Körber-Stiftung für den Ideenwettbewerb USable Ideen und Initiativen, die das Engagement der Generation 50 plus fördern. Die Vorschläge sollen sich an Projekten in den USA oder Kanada orientieren. Informationen unter www.koerber-stiftung.de/usable

Internetseiten archivieren
In wissenschaftlichen Arbeiten sind Quellen aus dem Internet noch immer ein Problem: Die zitierte Seite kann sich im Laufe der Zeit ändern, nicht mehr frei zugänglich sein oder gar aus dem Internet verschwinden. Auf einer Internetplattform können zitierte Seiten nun eingestellt und dauerhaft verfügbar gemacht werden. www.Savedcite.com

Literaturlabor
Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren, die gern Gedichte, Geschichten oder Tagebuch schreiben, können sich bis zum 1. November für das Literatur Labor Wolfenbüttel der Stiftung Niedersachsen bewerben. Die Teilnehmer arbeiten gemeinsam an Texten, machen Schreibübungen und lesen eigene Texte vor. Die zwölf Teilnehmer fahren zu drei Treffen im Januar, im Mai und im September 2010. www.lilawo.de

Deutsch-tschechische Mechatronik
Der Fachbereich Elektro- und Informationstechnik der Hochschule Zittau/Görlitz und die Fakultät Mechatronik der TU Liberec (Tschechien) richten zum Sommersemester einen gemeinsamen dreisemestrigen Masterstudiengang Mechatronik ein. Das erste Semester findet an der TU Liberec statt, das zweite in Zittau/Görlitz. Der Studienort im dritten Semester hängt vom Thema der Masterarbeit ab. www.hs-zigr.de

Stipendienportal
Unter www.stipendienlotse.de unterhält das Bundesbildungsministerium neuerdings eine umfassende Datenbank zu bundesweiten Stipendien.

Noch mehr Druck

Fortsetzung von Seite 71

Wettbewerbsdruck ist mittlerweile derart groß, dass Tanita Schimik ihren Freunden nicht mehr erzählt, bei welchen Firmen sie sich bewirbt. »Ich will die nicht auf dumme Gedanken bringen. Vielleicht schnappen sie mir sonst die Lehrstelle weg.«

So zeichnet sich in einzelnen Regionen bereits ein Verdrängungswettbewerb ab: Die Einserabiturienten besetzen die Wunschstudienplätze, die übrigen müssen auf weniger beliebte Fächer ausweichen. Attraktiver wird da für viele sein, sich wie Tanita Schimik als Azubi zu verdingen. Damit beginnt die nächste Phase der Verdrängung, denn die Abiturienten werden vor allem Bürojobs und Verwaltungskarrieren wählen – Berufe, in denen sonst auch gute Realschüler Chancen haben. Die wiederum weichen in jene Branchen aus, die normalerweise auch Hauptschüler einstellen. Den Schwächsten bleiben dann die staatlichen Qualifizierungsprogramme – schon in der Vergangenheit die Parkposition für Hunderttausende erfolgloser Lehrstellenbewerber. Womit auch klar ist: Die wahren Verlierer des doppelten Abiturjahrgangs werden gar nicht die Abiturienten sein. Es sind wieder einmal jene am Ende der Bildungskette, die es immer als Erste erwischt.

Was für die Betroffenen frustrierend ist, könnte für den bundesweiten Ausbildungsmarkt ironischerweise zum Segen werden. Joachim Gerd Ulrich, wissenschaftlicher Direktor des zuständigen Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), formuliert den scheinbaren Widerspruch so: »Die kurzfristig steigenden Abiturientenzahlen treffen auf den langfristigen Trend, dass es immer weniger junge Menschen gibt.« Ganz Deutschland in den Blick genommen, erwartet Ulrich selbst in den kritischen Jahren um 2012 genug Ausbildungsplätze. Besonders in den wirtschaftsstarken Regionen von Bayern und Baden-Württemberg dürfte der Doppeljahrgang willkommen sein. Und sogar in von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Ballungsräumen versuchen die Verantwortlichen Optimismus zu verbreiten – Wolf-Eberhard Reiff zum Beispiel von der für Duisburg zuständigen Niederrheinischen IHK: »Ich sage den Betrieben immer, die doppelten Abi-Jahrgänge sind eine glückliche Fügung und vielleicht die letzte Chance, noch einmal richtig qualifiziertes Personal zu finden, bevor die Bewerberzahlen unwiderruflich in den Keller gehen.«

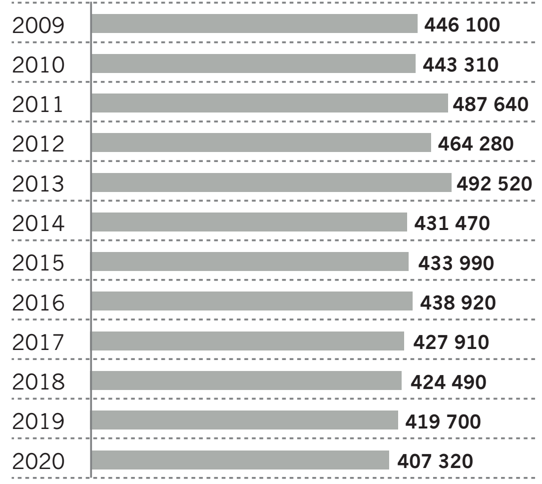
Das Problem ist indes, dass sich viele Betriebe möglicherweise allen Beschwörungen zum Trotz ebenso wenig vorausschauend verhalten werden wie zuvor bereits die Politik – dass sie eben keine zusätzlichen Ausbildungsplätze schaffen werden für all die geeigneten Lehrlinge, die sie kurzfristig gar nicht brauchen können. Das gilt umso mehr, falls der erhoffte schnelle Wirtschaftsaufschwung doch ausfallen sollte. Das sieht auch BIBB-Experte Ulrich so. »Wenn die Konjunktur noch einmal zum Negativen dreht, dann bekommen wir ein neues Problem – sogar, was die bundesweiten Zahlen angeht.«

Hoffnung macht ausgerechnet ein Bundesland, das in diesen Wochen eher mit seiner schwierigen Regierungsbildung und dem damit eng verbundenen Geschacher um die mögliche Abschaffung der Studiengebühren Schlagzeilen macht. Das Saarland hat als erstes westdeutsches Land seinen doppelten Abi-Jahrgang ohne großes Chaos aus den Schulen heraus- und in die Hochschulen und Betriebe hineingeschleust. Was sicherlich zum einen an der geringen Einwohnerzahl des Ministaats und den umfangreichen Ausweichmöglichkeiten im nahen Rheinland-Pfalz liegt, zum anderen aber auch an einem eigens geschlossenen Ausbildungspakt fürs Krisenjahr.

Für die großen Flächenländer von Bayern bis Nordrhein-Westfalen mag das nicht als Blaupause dienen, wohl aber als Ansporn. Und vielleicht ist es ja auch in Hamburg noch nicht zu spät. Die bisher getroffenen Maßnahmen nehmen sich bescheiden aus: Laut Auskunft des Senats hat das »Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung Hamburg« einen Arbeitskreis eingerichtet, in dem alle Akteure des Ausbildungsmarktes »die in diesem Zusammenhang erforderlichen Aktivitäten« abstimmen sollen. Mutloser kann Politik kaum klingen.

Spitzenjahrgänge

Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife in Deutschland; Vorausberechnung



ZEIT-Grafik/Quelle: Statist. Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz Dokumentation Nr. 182, »Vorausberechnung 2005 bis 2020« (Mai 2007)

EIN TAG MIT KAROLINE VOGEL

Die Puppenspielerin

Das Studium an der Berliner Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« beginnt. Karoline Vogel hat sich einen der Plätze erkämpft

VON JOHANNA SCHOENER



Foto: Sabine Gudath für DIE ZEIT

Mindestens drei Äpfel täglich hat sie zur Vorbereitung gegessen. Nicht weil sie gesund sind oder gut schmecken – Karoline Vogel wollte lernen, sie zum Leben zu erwecken. Jetzt, in dem Korb am Gemüsestand, liegen eine Menge Kandidaten vor ihr. Der Händler hält ihr eine Melone hin. »Die hat Sie angelacht«, schäkert er. »Ich suche nur den perfekten Apfel«, sagt Karoline, ohne auf seinen Tonfall einzugehen. Es ist Ende Mai, der Tag der Aufnahmeprüfung an der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch«. Vierhundert Meter weiter wird sie durch die schwere Tür des denkmalgeschützten Gebäudes in Berlin-Lichtenberg treten. In einer halben Stunde geht das Auswahlverfahren los. Dennoch nimmt sie sich Zeit, die Äpfel in der Hand zu wiegen, sie streicht über ihre Haut und prüft, ob sie gut stehen. Einer von ihnen soll sich später in den Suppenkasper verwandeln, in einer der zwei Szenen, die Karoline für die Jury vorbereitet hat.

Zwischen einem Revolver, einem Henkersstrick, roten und weißen Handschuhen landet der Apfel in Karolines alter Fototasche. Alles Dinge, die sie für die Prüfung braucht. Zehn Studenten beginnen jedes Jahr, Puppenspiel auf Diplom zu studieren. 40 Kandidaten hatten sich dieses Mal beworben, in der Endrunde im Mai waren es noch 26. Im Unterschied zu den Kommilitonen, die an der Hochschule Schauspiel lernen, stehen die Bewerber nicht selbst im Mittelpunkt. Sie müssen vielmehr beweisen, dass sie tote Sachen animieren, sie beseelen können.

Ganz schwarz ist Karoline angezogen, trägt weder Schminke noch Schmuck, nur die dunklen Haare hat sie mit einem goldenen Band zurückgebunden. Ihr Auftreten signalisiert: Ich bin bereit, im Hintergrund zu stehen. Klein und schmal ist sie, hübsch, mit Stupsnase – aber niedlich wirkt sie nicht, eher zäh. Sie ist eine, die sich überall im Schneidersitz hinsetzt, statt die Beine elegant übereinanderzuschlagen. Von Prinzessinnen hat Karoline schon als Kind nichts gehalten: »Ich fand böse Königinnen spannender.« Nun, mit 22 Jahren, möchte sie vor der Jury die todessehnsüchtige Gräfin Geschwitz aus Wedekinds *Lulu* spielen. Puppenspiel ist mehr als Kindertheater. Auch Szenen von Kleist, Goethe und Molière gibt es später zu sehen.

Auf der Bühne fängt Karoline an zu schluchzen. Schultern und Hände beben und übertragen die Bewegung auf die kniehohe Puppe vor ihr. Einen Monat lang hat sie aus Pappmaschee, Ton, Gips, Draht, Schnüren und Schaumstoff die Gräfin Geschwitz gebastelt, sie in schwarze Spitze gekleidet, ihr eine Perlenkette angelegt und eine dicke Heißkleberträne aus den großen Augen kullern lassen. Dass Karolines Hände zittern, ist nicht zu sehen, als sie mit Revolver und Strick hantiert. Offenbar hat es geholfen, dass sie der Geschwitz in den letzten Tagen vor dem Einschlafen die Federhaare gestreichelt hat – alles klappt.

Sogar die Gedanken an den kleinen Schnaps in ihrer Tasche rücken in weite Ferne. Den Kurzen mit dem Kasperkopf drauf hat ihr der berühmte Puppenspieler Wieland Jagodzinski geschenkt – mit den Worten: »Den darfst du erst trinken, wenn du in Berlin angenommen worden bist.« Zwei Kurse hat Karoline bei ihm besucht, während sie ihr freiwilliges soziales Jahr bei der Kulturinsel in Halle an der Saale machte, zu der auch ein Puppentheater gehört.

»Mädchen, werd nie Puppenspielerin, sonst kannst du kaum Brot kaufen«, hat einmal jemand zu Karoline gesagt, der selbst davon zu leben versucht. Doch über Geld denkt Karoline nicht nach, für sie gibt es keine Alternative zum Puppentheater. Zu Film und Fernsehen, wo Absolventen des Studiengangs auch unterkommen, will sie nicht. Häufig wurde sie gefragt: Warum nicht Schauspiel? Sie war doch erfolgreich im Schultheater, stand öfter auf der Bühne. Aber als Beruf sei ihr das zu hart, gehe ihr zu sehr auf Psyche und Körper. Vor allem aber fasziniert es sie, mit mehreren Spielern eine Puppe führen zu können oder Tiere und Fabelwesen lebendig werden zu lassen.

Aus gelben Putzhandschuhen werden Monster, Tüte und Salamibrötchen unterhalten sich, eine Zeitung greift Leser an – Kuscheltiere, Masken, handgroße Puppen und solche in der Größe eines Schulkindes werden bei der Aufnahmeprüfung vor der Jury wach. Im Publikum sitzen neben der achtköpfigen Kommission auch Studenten höherer Jahrgänge. Wer die Zulassung zum Studium erhält, wird acht Semester lang an Handpuppe, Stabpuppe, Marionette und Maske ausgebildet und in Schauspiel, Sprechen und Gesang unterrichtet.

Viele selbst gedrehte Zigaretten brennen in den Pausen, wenn die Prüfungskommission sich berät. Vor ihrer zweiten Szene raucht Karoline besonders hektisch: »Ich weeß nich, ob das mit dem Apfel so 'ne gute Idee war, nachher verschluck ich mich.« Zehn Minuten später trägt sie auf der Bühne das Gedicht vom Suppenkasper vor. Der leichte Dialekt ihrer Heimatstadt Magdeburg ist gewichen, der perfekte Apfel hat ein rotes Mützchen auf. Strophe für Strophe, Biss für Biss wird der Suppenverweigerer dünner. Dann ein lautes »Danke!« aus der Jury. Karoline schaut erschrocken, unterbricht und sammelt die Requisiten ein. Zurück im Publikum, sind ihre Wangen gerötet, sie zieht die Füße an sich heran und zupft an ihrer Socke herum.

Ein einziges Mal sitzt Karoline an diesem Tag ganz vorn auf der Stuhlkante – im Büro von Hans-Jochen Menzel, der den Studiengang Puppenspiel leitet. Aus allen Ecken schauen sie Puppen und Masken an. »Wir haben Ihr Talent erkannt«, sagt der Vorsitzende der Kommission. Doch ob Karoline unter den ersten zehn ist, weiß er in dem Moment noch nicht. Am nächsten Tag kommen noch einmal Bewerber. Immerhin: kein Nein. »Den Schnaps habe ich umsonst mitgenommen«, sagt Karoline etwas enttäuscht. Da konnte sie noch nicht wissen, wie scheußlich er schmeckt. Das hat sie dann eine Woche später erfahren.

▷ **www.zeit.de/audio**

GEFRAGT

Wettbewerb mit Wrap

Mannheimer Studenten fahren zur WM der »Students in Free Enterprise«

DIE ZEIT: Das Mannheimer Team hat den nationalen Wettbewerb der Studenteninitiative Students in Free Enterprise (Sife) gewonnen. Es geht darum, wirtschaftliche Ideen umzusetzen, die anderen zugute kommen. Nun werden Sie gegen andere Länder antreten. Womit gehen Sie an den Start?

PHILIPP WILHELM: Sife verknüpft das Wirtschaftliche mit dem Sozialen. Das Motto ist *»To create economic opportunities for others«.* Wir sind mit einem unserer Projekte, ChancesUP, schon ziemlich weit. Dieses soll jungen Arbeitslosen eine neue Perspektive bieten. Sie fahren mit einem »Lunchmobil« zu Firmen und verkaufen dort in der Mittagspause selbst zubereitete Salate und Wraps. Als Trägerverein konnten wir arbeit für alle e. V. gewinnen. Da sind jugendliche Arbeitslose beschäftigt, die einen Mittagstisch und einen Catering-Service anbieten. Auch betreibt der Verein das Café Noi in Mannheim. Für dieses Café haben wir ein Marketingkonzept erstellt und umgesetzt.



Foto: privat

PHILIPP WILHELM, 24, vertritt Deutschland mit seinem Team bei der Sife-Weltmeisterschaft

ZEIT: Und was haben Sie von dem Engagement?

WILHELM: Wir wenden theoretisches Wissen praktisch an, das bereitet uns auf zukünftige Jobs vor. Und es erweitert den persönlichen Horizont. An der Universität ist man unter seinen Akademikerkommilitonen und bekommt nicht mit, wie es Menschen geht, die nicht solche Perspektiven haben.

ZEIT: Wie reagieren die auf Sie?

WILHELM: Das liegt am eigenen Auftreten. Wenn man mit dem Kinn nach oben ankommt und sagt, ich bin übrigens von der Universität, dann ist das schwierig. Dann ist von vornherein eine schlechte Stimmung da. Wenn man aber offen und auf Augenhöhe miteinander zusammenarbeitet, dann klappt das gut.

INTERVIEW: **ALEXANDRA NINA SCHULZ**

Ein Stellenmarkt der Zukunft?

In manchen Branchen ist die Bewerbung per Twitter schon Alltag **VON LINDA TUTMANN**

Die Geschichte von Sabrina Panknin wird gern erzählt, wenn es um eine in der Bloggerszene heiße Frage geht: Eignet sich der Microblogdienst Twitter für die Jobsuche? Können Firmen so ihren Nachwuchs rekrutieren? Sabrina Panknin suchte im Frühjahr eine Stelle im Bereich PR. Um möglichst viele Unternehmen mit ihrer Bewerbung zu erreichen, postete sie ihre Anzeige auch bei Twitter. Gleichzeitig wurde sie »Follower« ihrer potenziellen Arbeitgeber. Als angemeldete Benutzerin konnte sie so die Nachrichten anderer Autoren abonnieren. Diese Nachrichten nennen sich Tweets, und sie sind so lang wie eine SMS – 140 Zeichen. Follower können die Tweets ihrer Autoren regelmäßig auf ihrer eigenen Twitter-Seite im Internet lesen.

Panknin hatte ihr Glück versucht und getwittert: »Suche Job im Bereich Kommunikation und PR«. Keine drei Monate vergingen, bis sie einen Vertrag unterschrieben hatte. Eine PR-Agentur mit dem Schwerpunkt Social Media, also einer Spezialisierung auf Online-Netzwerke wie Facebook, hatte ihr Twitter-Profil gelesen und sie kontaktiert. War es nur ein Glückstreffer, oder sieht so die Kandidatensuche der Zukunft aus?

Thorsten zur Jacobsmühlen berät Firmen bei ihrem Umgang mit Social-Media-Diensten und ist davon überzeugt, dass der Microblog die Jobbörse der Zukunft ist: »Twitter ist ein Eldorado für Personaler, hier haben sie Zugriff auf unglaublich viele potenzielle Mitarbeiter.« Dass Twitter Potenzial für die Job- und Kandidatensuche hat, fanden auch Jan Kirchner und Alexander Fedossov, die im Frühjahr Jobtweet entwickelten, eine deutschsprachige Suchmaschine, die Twitter-Mitteilungen und die Profile nach Jobangeboten und Anzeigen durchkämmt: »So finden Unternehmen und die Bewerber leichter und schneller zusammen«, sagt Kirchner.

Wenn ein Unternehmen Twitter nutzt, um geeignete Kandidaten für eine Stelle zu finden, sendet es meist einen Link zu einer ausführlichen Stellenanzeige. Der Link führt dann direkt zur Homepage. Oft sind die Interessierten bereits Follower des Unternehmens, sie bekommen die Stellenanzeige direkt als Twitter-Nachricht. Hat der Bewerber dann die ausführliche Stellenanzeige auf der Seite der Firma gelesen, kann er sich entweder ganz regulär bewerben oder vorab über Twitter mit dem Personaler in Kontakt treten. Die Vorteile von Twitter gegenüber einer »normalen« Jobbörse liegen für zur Jacobsmühlen auf der Hand: Das Unternehmen kann durch seine »Follower« Kontakt zu potenziellen Mitarbeitern halten, auch wenn akut keine Stelle zu besetzen ist. Gleichzeitig erreichen die Personaler auch die Fachkräfte, die gar keine Stelle suchen – und die trotzdem oder gerade deswegen interessant für das Unternehmen sein können: »Branchen mit Nachwuchsproblemen können bei Twitter auch die passiv Suchenden erreichen«, sagt zur Jacobsmühlen. Gleichzeitig beweise das Unternehmen, dass es modern sei und mit den neuen Medien arbeite.



Wer anderen über Twitter folgt, kann **PASSENDE STELLENANGEBOTE** finden

Foto: bildstelle/Jochen Tack

Wie das aussehen kann, zeigt die Deutsche Bahn, die über Twitter versucht, Nachwuchs-Ingenieure für sich zu gewinnen: Ihre Personalabteilung twittert seit Neuestem eine Soapopera namens *Twitsoap*. Alle Follower erfahren regelmäßig, wie der Arbeitsalltag zweier fiktiver Ingenieure bei der Bahn aussieht. »Meine letzte Praktikantin habe ich über Twitter gefunden«, sagt Robindro Ullah, Hochschulmarketing-Referent der Bahn. Auf Stellenanzeigen, die über Twitter gepostet werden, werde deutlich häufiger geklickt als auf Anzeigen, die auf »normalen« Online-Stellenbörsen geschaltet seien, sagt er: »Twitter hat den Vorteil, dass die Follower die Jobangebote auf dem Silbertablett präsentiert bekommen und noch nicht mal danach suchen müssen.«

Viele große Unternehmen probieren sich auf dem Feld aus: Die Personalabteilungen des Versandhauses Otto, des Autokonzerns Daimler, der Allianz-Versicherung und von Bayer twittern. Von 30 im Dax gelisteten Unternehmen haben 22 einen Twitter-Account. Anders als bei Xing oder anderen Online-Jobbörsen können die Tweets der Follower den Unternehmen deutliche Hinweise über die Eignung des Kandidaten für eine Stelle geben. Hier können sich Stärken und Interessen zeigen, die im Lebenslauf nicht unbedingt auftauchen: »Das kann sehr positiv für den Bewerber sein«, sagt zur Jacobsmühlen und erzählt zum Beweis, wie ein Tischler ein Jobangebot als Fahrstuhldesigner erhielt. Über die Twitter-Suchmaschine gelangte seine jetzige Firma zu dem Profil des Tischlers, der hobbymäßig Fahrstühle sammelte. Er hatte in mehreren Mitteilungen von seiner Sammelleidenschaft und seinem Interesse für Aufzüge berichtet.

Doch nicht immer sind solche halbprivaten Nachrichten oder gar Fotos förderlich für die Karriere, sagt Jutta Rump, Professorin für Personalmanagement an der Universität Ludwigshafen: »Der Mensch wird viel gläserner, jeder, der twittert, muss sich bewusst sein, wer seine Beiträge lesen könnte.«

Was die Bloggerszene für Deutschland prophezeit, ist in Amerika schon gang und gäbe: Bei einer Befragung auf der Internetseite www.jobvite.com gaben 95 Prozent der Firmen an, Online-Netzwerke für ihre Personalsuche zu nutzen, fast die Hälfte der Firmen suchte auch über Twitter nach einem geeigneten Kandidaten. 70 Prozent erklärten, dass ihre Suche erfolgreich war. »In Deutschland kommen die Unternehmen nur sehr langsam aus dem Quark«, sagt zur Jacobsmühlen.

Es sei vor allem das Geld, das besonders kleineren und mittelständischen Unternehmen fehle. Denn einfach mal ein Stellenangebot zu twittern reiche nicht, so vermutet zur Jacobsmühlen: »Wer erfolgreich bei Twitter einen Kandidaten suchen möchte, der muss kontinuierlich an seinem Netzwerk arbeiten.« Dass sich diese Art des Recruitings auch bei kleineren und mittleren Unternehmen durchsetzen wird, glaubt die Professorin Jutta Rump deshalb nicht. »Ein Stahlproduzent aus dem Ruhrgebiet wird nicht über Twitter einen Bewerber suchen, solche Firmen werden auch weiter den traditionellen Weg über Jobbörsen gehen.« Im Umkehrschluss rät sie Bewerbern bei traditionellen Firmen – selbst wenn diese einen Twitter-Account haben sollten –, ganz konservativ über die Firmenhomepage Kontakt zur Personalabteilung aufzunehmen.

Letztendlich sei die neue Art der Jobsuche nur sinnvoll, wenn die Branche Twitter nutze, sagt Rump. Bisher sei Twitter als Stellenmarkt vor allem für Freiberufler, PR-Berater oder an Technik interessierte Arbeitnehmer interessant. Zwar steigerte Twitter seine Nutzerzahlen im letzten Jahr um 1400 Prozent, aber immer noch kennt ein Drittel der deutschen Bevölkerung Twitter nicht. Natürliche müsse man als Firma analysieren, ob es sich lohne, in ein Online-Netzwerk zu investieren, sagt auch zur Jacobsmühlen: »Einen Vertriebsmitarbeiter findet man vielleicht nicht bei Twitter, aber vielleicht jemanden, der jemanden mit diesem Profil kennt.«

Staat, hilf

Wie viele Ausbildungsplätze es gibt, entscheidet auch die Konjunktur

Woran liegt es, dass junge Menschen ohne Lehrstelle in die Zukunft starten müssen? Da ist auf der einen Seite die von Arbeitgebern beklagte mangelnde Eignung der Kandidaten: angehende Auszubildende ohne ausreichende Mathe- oder Sprachkenntnisse. Und da ist die Konjunktur.

Giorgio Brunello von der Uni Padua hat dazu einen Forschungsüberblick veröffentlicht, sein Fazit: Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe sinkt in konjunkturell schlechten Phasen tendenziell stärker als die allgemeine Beschäftigungsquote. Deutschland kommt in dem Überblick kaum vor, doch an anderer Stelle gibt es Hinweise auf die Rolle der Konjunktur. Anhand der Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung hat der Bildungsökonom Ludger Wößmann überschlagen, dass in den Boomphasen von 1998 bis 2001 und von 2007 bis 2008 jährlich rund 55 000 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen wurden als in den schwächeren Jahren dazwischen. Ein halber Ausbildungsjahrgang bliebe auf der Strecke.

Was tun? Wenn den Betrieben nicht grundsätzlich die Möglichkeit zum Ausbilden fehlt, könnte der Staat überbrückend einspringen, bis die Konjunktur wieder anzieht. Einen Rettungsschirm für die Jugend aufspannen – in Form von schulischen Ausbildungen zum Erzieher oder Krankenpfleger. »Zähneknirschend«, sagt der Ökonom Wößmann, fordere er dies. »Das ist allemal besser, als Geringqualifizierte ohne Ausbildung in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.« **JUDITH SCHOLTER**



Den Roten Stern auf der Schulter, Mao im Nacken: **STUDENTEN IN SHANGHAI** feiern den Sieg der Revolution. Fotografiert von Henri Cartier-Bresson, Sommer 1949

»Lang lebe das Volk!«

Vor 60 Jahren rief Mao Tse-tung die Volksrepublik China aus. Sein Triumph mündete in eine Schreckensherrschaft, die Millionen Chinesen Not und Tod brachte **VON THEO SOMMER**

Es ist nicht gerade eine mitreißende Rede, in der am 1. Oktober 1949 der Vorsitzende der Kommunistischen Partei die Gründung der Volksrepublik China verkündet. Mao Tse-tung, wie er da in Peking auf dem Söller am Tor des Himmlischen Friedens steht, wirkt nervös. Er räuspert sich nach jedem Satz, zählt langweilig eine Reihe von Ernennungen auf, gibt nichts Programmatisches von sich. Aber seine Kernbotschaft, vorgetragen zehn Tage zuvor beim Zusammentritt des Volksrates, klingt mit Macht noch immer nach. Sie hat weltgeschichtliches Gewicht: »Unsere Nation wird nie wieder eine gedemütigte Nation sein. China hat sich erhoben!«

Die hunderttausend Menschen, die sich auf dem Tiananmen-Platz versammelt haben, jubeln dem Sieger des chinesischen Bürgerkriegs zu. »Lang lebe der Vorsitzende Mao!«, skandieren sie. Er aber geht, aufgeregt winkend, auf der Balustrade des Tores hin und her und ruft Mal um Mal: »Lang lebe das Volk!«

Mao war erfüllt von seinem Triumph. Landstrich um Landstrich hatten die kommunistischen Truppen seinem Gegenspieler entrissen, dem Nationalisten-Chef Chiang-Kai-shek, geschlagen zog sich der Generalissimus mit Chinas Goldreserven und den Schätzen des Nationalmuseums auf die Insel Taiwan zurück. Zwei Millionen Kuomintang-Anhänger folgten ihm dorthin; die Zahl der Inselbewohner stieg damit auf acht Millionen. Mao Tse-tung jedoch herrschte jetzt auf dem Festland über 550 Millionen Chinesen.

»China hat sich erhoben!« Im Jahre 1817 hatte der nach St. Helena verbannte Napoleon geweissagt: »Wenn China erwacht, wird die Welt erzittern.« Nun war der napoleonische Moment gekommen. Maos Ausrufung der Volksrepublik setzte einem Jahrhundert der nationalen Schmach, der Erniedrigung, Unterjochung und Zerstückelung durch fremde Mächte ein Ende. Der blutige Bruderkrieg der vorausgegangenen 25 Jahre verebbte zu einer noch lange anhaltenden Propagandaschlacht. Bald schon war nicht mehr der geringste Zweifel daran erlaubt, wer das wiederauferstehende Reich der Mitte in die Zukunft führen werde: Mao Tse-tung.

»Das Land muss zerstört und dann neu geformt werden«

Der Mann, der das Antlitz Asiens verändern sollte wie kein Herrscher seit dem Mongolenfürsten Dschingis Khan im 13. Jahrhundert, wurde 1893 als Sohn eines wohlhabenden Bauern und Reishändlers im Ort Shaoshan in der südchinesischen Provinz Hunan geboren. Er hing an seiner Mutter, einer gläubigen Buddhistin, und hasste seinen gestrengen Vater (»der erste Kapitalist, durch den ich zu leiden hatte«). Mit sechs Jahren fing er an, auf dem Hof zu arbeiten, mit acht begann er, die konfuzianischen Klassiker zu studieren und sich in den Künsten des Prosaschreibens, der Poesie und der Kalligrafie zu bilden. Er zeigte sich als ein ungebärdiger Schüler, der all seine Lehrer zur Verzweiflung brachte. Als er 15 war, verließ er Shaoshan. In der nahen Provinzhauptstadt Changsha, wo er sich als lesegieriger Autodidakt die Geografie und Geschichte fremder Länder aneignete, erlebte er die Revolution, in der die Mandschu-Dynastie gestürzt und die Republik ausgerufen wurde. Fünf Jahre besuchte er danach eine Lehrerakademie, wo ihm zum ersten Mal die Begriffe »Sozialismus« und »Kommunismus« begegneten.

Es waren prägende Jahre. In seinen Anmerkungen zu einem Buch des hierzulande längst vergessenen Berliner Philosophieprofessors Friedrich Paulsen finden sich Aussagen, die schon den Kern seiner späteren Herrschaftsmaximen ahnen lassen. Dabei stellte er weder sein Ego unter den Scheffel, noch verbarg er seine radikalen Ansichten. Etwa: »Menschen wie du und ich sind nur sich selbst verpflichtet.« Oder: Die »großen Helden« (wozu er sich durchaus zählte) müssten Einschränkungen und Zwänge mit ihrer gewaltigen Charakterstärke hinwegfegen. Weiter: »Kriege werden nie aussterben … Die ideale Welt der großen Gleichheit und Harmonie ist ein törichtes Konzept.« Schließlich und vielleicht am wichtigsten: »Das Land muss zerstört und dann neu geformt werden.« Diesen Grundsatz übertrug er auf die ganze Welt, die Menschheit, ja auf das Universum: »Menschen wie ich sehnen sich nach seiner Zerstörung, denn wenn das alte Universum zerstört ist, wird ein neues gebildet. Das ist doch besser!«

Nach Stationen als Hilfsbibliothekar an der Pekinger Universität, Geschichtslehrer und Herausgeber einer militanten Studentenzeitschrift in Changsha fand Mao 1920, eher durch Zufall, Kontakt zu den Gründern der Kommunistischen Partei. Noch nicht Mitglied, eröffnete er in Changsha eine Buchhandlung für Parteiliteratur. Im Sommer 1921 nahm er am ersten KP-Kongress in Shanghai teil. Seither führte er, aus Moskauer Kassen üppig subventioniert, das Leben eines Parteisekretärs – eines Berufsrevolutionärs. Er war 27 Jahre alt.

Von Anfang an spielte Mao in der Kommunistischen Partei eine große Rolle: als unermüdlicher Agitator und Organisator. Von Anfang an spielte er aber auch eine der Moskauer Partei höchst unbequeme Rolle: als Verfechter des »chinesischen Weges« zum Kommunismus – eines Weges, auf dem nicht das städtische Proletariat, sondern die Bauernmassen Chinas vorangehen sollten. »Stützen wir unseren Widerstand auf die Bauernmassen«, lehrte Mao im Widerspruch zu allem, was in Sowjetrussland galt. In zwei Schriften vertrat er eine radikale Landreform und forderte die Kommunistische Partei auf, die Bauern zu organisieren. Die Mehrheit des Politbüros, dem er seit 1927 angehörte, lehnte indes die Veröffentlichung solch ketzerischer Ideen im Parteiorgan ab. Mao brachte dies nicht davon ab, die Bauern aufzuwiegeln, die im ganzen Land unter den ausbeuterischen Grundherren litten.

Auf Geheiß Moskaus arbeiteten die chinesischen Kommunisten damals eng mit der nationalistischen Kuomintang zusammen, an deren Spitze nach dem Tode von Sun Yat-sen, des ersten Präsidenten der Republik China, der Marschall Chiang Kai-shek getreten war. Im September 1927 erhoben sich, aufgewiegelt von Mao, in der Provinz Hunan die Bauern. Ihr »Ernteaufstand« schlug jedoch fehl. Mao musste in doppelter Hinsicht dafür büßen. Das Zentralkomitee, das seine Strategie missbilligte, schloss ihn aus dem Politbüro aus, und Chiang Kai-sheks Armee begann die Jagd auf den kommunistischen Bauernführer. Es war der Beginn einer Auseinandersetzung, die erst 1949 entschieden wurde – zugunsten des Gejagten.

Stalin bekämpft ihn zunächst, Mao siegt aus eigener Kraft

Weder das Scherbengericht seiner Genossen noch die Angriffe der Kuomintang konnten Mao entmutigen. Mit dem Rest seiner Streitkräfte, ganzen tausend Mann, zog er sich ins Jinggang-Gebirge zurück. Bald hatte er wieder 11 000 Mann um sich versammelt, allerdings eine zerlumpte, hungernde und schlecht ausgerüstete Streitmacht. Er begann, Dorfsowjets einzurichten. Im Winter 1928 gab auch in Moskau die Komintern seinem Unternehmen ihren Segen. Anfang 1929 verließ Mao seinen Schlupfwinkel und zog mit seinen Truppen in die Provinz Kiangsi, wo er die erste chinesische Sowjetregierung bildete. Damit begann sein Aufstieg zur Macht.

Der Bauernsohn aus Shaoshan überlebte fünf Vernichtungsfeldzüge Chiang Kai-sheks. In den Jahren der Verfolgung wurde er zum gewieftesten Guerilla-Taktiker der Weltgeschichte. In einfachen Versen legte er seine militärische Doktrin nieder. Seine Grundregel: »Naht der Feind, so weichen wir; flieht der Feind, so stören wir; weicht der Feind, so folgen wir; ist er müde, schlagen wir.« Vier Jahre lang widerstand die Rote Armee mit dieser Taktik den Angriffen der Nationalisten, aber schließlich wurde die Übermacht zu groß. Fast eine halbe Million Mann setzte Marschall Chiang Ende 1933 gegen die Kommunisten in Marsch. Maos Lage in Kiangsi wurde unhaltbar. Kurzerhand entschloss er sich zum Durchbruch.

Unter dem Namen »Langer Marsch« ist dieses Unternehmen in die Geschichte eingegangen – ein Unternehmen, das seit der Anabasis des griechischen Feldherrn Xenophon ohne Beispiel war. Zehntausend Kilometer – 25 000 *li* – marschierten die Kommunisten von Kiangsi in die nordwestliche Provinz Shaanxi. Sie mussten bis weit nach Tibet ausschwingen, um ihren Feinden zu entgehen. Die unwirtlichsten Gebiete Chinas durchmaßen sie, überwanden 5000 Meter hohe Pässe in den Schneebergen und überquerten reißende Flussläufe. Sie waren 368 Tage lang unterwegs, kämpfend, hungernd, von Krankheiten geplagt. Von den 86 000, die im Oktober 1934 aufgebrochen waren, kamen nur 4000 in den Lößbergen Nordchinas an.

Mao hatte Glück auf dem Langen Marsch. Er wurde nicht ein einziges Mal verwundet und überstand die Strapazen verhältnismäßig gut (allerdings musste er seine zwei kleinen Söhne unterwegs zurücklassen; er fand sie nie wieder). Gelassen merkte er später einmal an, er habe von nichts anderem als »von einer wütenden Hoffnung« gelebt. Unverdrossen glaubte er an den Sieg der Revolution. Die Welt vergaß ihn und seine Rebellen in Shaanxi, wo er einen regelrechten Sowjetstaat aufbaute. Sie horchte erst wieder auf, als Chiang Kai-shek im Dezember 1936 gekidnappt wurde und danach mit den Kommunisten seinen Frieden machte. Gemeinsam wollten sie im japanisch-chinesischen Krieg gegen die Soldaten des Tennos kämpfen.

Es war von Anfang an ein brüchige Allianz. Der Kampf gegen die Japaner bot Mao die Bühne, auf der er sich allmählich wieder in den Vordergrund spielte. Sein Motto beim Umgang mit der Kuomintang war: »70 Prozent Förderung der kommunistischen Interessen, 20 Prozent Kompromiss, 10 Prozent Kampf gegen die Japaner«. Das Rezept erwies sich als höchst erfolgreich. Die Kommunisten wurden immer stärker. Bis 1945 wuchs die Zahl der Parteimitglieder auf 900 000 an. Die Rote Armee zählte um diese Zeit fast drei Millionen Mann. Stück um Stück entriss sie den Nationalisten nun immer größere Teile Chinas, obwohl die Amerikaner und erstaunlicherweise auch die Russen Marschall Chiang stützten. Erst im April 1949, als Maos Heere über den Jangtse nach Süden vorstießen, änderte sich Stalins Haltung. Als Mao Tse-tung am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China ausrief, konnte er für sich in Anspruch nehmen, seine Herrschaft ohne sowjetische Hilfe errichtet zu haben. Er war keine Marionette des Kremls. Nach Moskau, wohin er im Dezember 1949 für neun Wochen reiste, um dort einen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrag abzuschließen, kam er als Revolutionär aus eigenem Recht, als Sieger aus eigener Kraft.

Die historische Größe Maos, des Befreiers, erweist sich in seiner Beharrlichkeit während der Kampfjahre; sie ließen ihn zu einem der großen Bewegern und Gestalter des 20. Jahrhunderts werden. Doch sein Bild wird verdunkelt von der Sprunghaftigkeit, der Brutalität und der Unvernunft der Politik, die er in dem Vierteljahrhundert nach seiner Machtergreifung betrieb; sie machten ihn zum Dschingis Khan des Jahrhunderts. Die Erinnerung an seinen Sieg weckt noch heute Stolz in den Herzen der Chinesen, doch die Erinnerung an die bedrückende Herrschaft des »Großen Steuermanns«, seine Irrtümer, Fehler und Grausamkeiten durchtränken ihren Stolz mit Bitterkeit. Wenn sie derzeit die Pekinger Ausstellung über *Die glorreichen 60 Jahre* seit der Gründung der Volksrepublik besuchen, müssen sie sich eingestehen, dass die 27 Jahre unter Mao Tse-tung 27 verlorene Jahre waren, Jahre des Leidens auch, der Misserfolge und Katastrophen.

Bis 1949 hatte Maos politischer Realismus seinen revolutionären Messianismus im Zaum gehalten, danach überlagerte utopisches Eiferertum seinen Sinn für die Realitäten. Nun machte er die Maximen, die er als Student in Changsha formuliert hatte, zur Richtschnur seines Regierungshandelns. Nur sich selber sah er sich verpflichtet. Harmonie hielt er für ein törichtes Konzept (erst seine Nachfolger erhoben die konfuzianische Idee wieder zur Leitlinie). Zerstörung betrachtete er, eine Art jakobinischer Schumpeter, als die Mutter aller Neuerung. Der Despot zwang dem Reich eine eherne Ordnung auf und ließ sich von seinen hypnotisierten, einer systematischen Gehirnwäsche unterzogenen Untertanen so hemmungslos verehren wie kein Sterblicher vor ihm. Aber daneben lauerte in ihm der Anarchist, der Mal um Mal die Ordnung zerschlug, die er doch selbst geschaffen hatte, und das Land mutwillig immer wieder ins Tohuwabohu stürzte, weil er fanatisch an die schöpferische Kraft des Chaos glaubte – nach seiner abstrusen Devise: »Es herrscht große Unordnung unter dem Himmel, die Lage ist ausgezeichnet.« Man müsse, behauptete er, alle zehn Jahre eine Kulturrevolution anzetteln, um die Menschen aus ihrem Trott zu rütteln.

Kaum war er an der Macht, ließ er die Hunde des Terrors los. Als Erste mussten die Bauern dran glauben. Er ließ ihnen gewaltsam ihre Erntevorräte wegnehmen. Hunderttausende von Grundbesitzern wurden in den Selbstmord getrieben oder umgebracht. Dann gerieten »Konterrevolutionäre«, »Banditen« und »Spione« ins Visier. Die Aburteilungen und Hinrichtungen wurden vor herbeibefohlenen Menschenmengen inszeniert. Millionen wurden exekutiert, weitere Millionen in Arbeitslager und Gefängnisse gesteckt (27 Millionen dürften dort unter Maos Herrschaft ums Leben gekommen sein; in jedem Jahr befanden sich 10 Millionen in Lagern und Zuchthäusern, von denen ein Zehntel starb). »Wir müssen töten«, postulierte Mao, »und wir müssen sagen, dass es gut ist zu töten.«



PEKING, 1. OKTOBER 1949: Mao-Tsetung proklamiert die Volksrepublik China

Eine Kampagne jagte die andere. Erst wurden die Intellektuellen zur »Gedankenreform« gezwungen, dann brach der Große Steuermann 1957 arglistig die Hundert-Blumen-Kampagne vom Zaun. »Lasst hundert Blumen blühen und hundert Gedanken miteinander wetteifern«, lautete das Motto. Es war eine Falle: Wer immer von den fünf Millionen Intellektuellen Kritik äußerte, mindestens eine halbe Million, wurde alsbald des »Rechtsabweichlertums« bezichtigt. Allein in Maos Heimatprovinz Hunan wurden 100 000 Schriftsteller, Künstler und Akademiker angeprangert, 10 000 verhaftet und 1000 umgebracht. Kurz darauf, 1958, kam Maos »Großer Sprung nach vorn«, eine rauschhafte Kraftanstrengung, die kommunistische Gesellschaft der Gleichen zu verwirklichen, die Bauern in die Volkskommunen zu treiben und in kleinen Schmelzöfen aus Lehm die Stahlproduktion auf Weltniveau zu bringen. Der Sprung führte geradewegs ins Chaos, warf die Modernisierung der Wirtschaft um Jahre zurück und löste eine Hungersnot aus; 38 Millionen Menschen starben an Unterernährung und Überarbeitung.

Nicht minder verheerend wirkte sich keine zwanzig Jahre später die Große Proletarische Kulturrevolution aus. Sie sollte »die Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen«, niederschlagen. Speerspitze der Bewegung war Jiang Qing, die Ehefrau Maos, mit drei Gefolgsleuten aus Shanghai – die nachmals desavouierte und verurteilte »Viererbande«. Aber Mao deckte mindestens anfänglich den Irrsinn, ja: Er hatte ihn selber losgetreten und die Jugend zur Eskalation der Gewalt angetrieben. Er hetzte die Jugend auf die Partei: »Lasst die kleinen Teufel los! Bombardiert die Hauptquartiere!«

Von 1966 bis 1969 marschierten 50 Millionen aufgehetzte Pimpfe der Roten Garden durch das Land, terrorisierten das Volk und zerstörten Kulturgüter; ausländische Botschaften gingen in Flammen auf; es herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. Jahrelang blieben Universitäten und Schulen geschlossen. Die Produktion kam zum Erliegen. Millionen Parteifunktionäre wurden geschasst, viele gefoltert oder zu Tode geprügelt. Mindestens drei Millionen Menschen starben in den zehn Jahren zwischen dem Beginn der Kulturrevolution und Maos Tod. 100 Millionen, gab die Parteiführung später zu, haben auf die eine oder andere Weise unter der Verfolgung gelitten. Die 27 Jahre von Mao Tse-tungs Herrschaft brachten nach den Recherchen seiner Biografen Jung Chang und Jon Holiday 70 Millionen Chinesen den Tod.

Er spielt mit der Idee eines Atomkriegs gegen die USA

Als er im September 1976 in Peking starb, war die Gesellschaft verschreckt und verängstigt, servil und steril. Die Wirtschaft krebste dahin, die Industrie lag am Boden; Maos erklärte Absicht, England binnen 15 Jahren ökonomisch einzuholen und zu überholen, war nie mehr als eine wirklichkeitsfremde Prahlerei. Und auch seinen Weltmachtsambitionen war die Erfüllung versagt geblieben.

5000 Jahre lang hatten die Chinesen an der Weltgeschichte teilgehabt, aber nicht an der Weltpolitik. Dies änderte sich auch unter Mao kaum. Seine Außenpolitik blieb gekennzeichnet von phänomenaler Unstetheit.

Er trieb, wie wir heute wissen, wenige Monate nach seiner Machtübernahme Kim Il Sung in den Koreakrieg, in dem am Ende auch 400 000 chinesische Soldaten ihr Leben lassen mussten. Im Jahre 1962 brach er im Himalaya einen Krieg mit Indien vom Zaun; 1969 führte seine Russlandpolitik am Ussuri zum Konflikt mit der sowjetischen Armee; 1979 fiel er über Vietnam her. Er wollte China zur Supermacht erheben, ließ Kernwaffen entwickeln und spielte mit der Idee eines Atomkrieges gegen Amerika; auf einige Hundert Millionen Tote kam es ihm dabei nicht an (»Der Imperialismus würde ausgelöscht, und die ganze Welt würde sozialistisch«). Von einer »Weltkontrollkommission« träumte er, in der China den Ton angab. Bald pries er die Volksrepublik als »Arsenal der Weltrevolution« an, bald predigte er der Dritten Welt friedliches Zusammenleben, bald forderte er die »Dörfer« der Welt auf, die »Städte« zu vernichten. Zeitweise betrieb er gar keine Außenpolitik. In den Jahren der Kulturrevolution wurden die Botschafter nach Hause gerufen; Rüpeleien ersetzten die Diplomatie. Wirkliches Gewicht brachte China erst nach Maos Tod auf die Waagschalen der Weltpolitik.

Mao zählt zu den großen Gestalten des 20. Jahrhunderts, faszinierend und abstoßend zugleich. Er war ein Mann voller Widersprüche. Vieles Unvereinbare steckte in ihm: ein Patriot, Philosoph und Poet; ein Kämpfer, Stratege und Intrigant; ein feinnerviger Ästhet und ein brutaler Unterdrücker; ein Lüstling und Wüstling; ein Träumer und ein eiferner Rechthaber. Auch heute noch hängt sein Bildnis beherrschend am Tor des Himmlischen Friedens, von wo er vor 60 Jahren die Volksrepublik China ausrief. Gegenüber, in der Gedenkhalle am anderen Ende des Tiananmen-Platzes, liegt er wächsern, unter Glas, in seinem Sarkophag. 17 wuchtige Schriftzeichen verkünden: »Ewiges Gedenken und ewiger Ruhm dem großen Führer und Lehrer, dem Vorsitzenden Mao Tse-tung«.

Weit her ist es nicht mehr mit dem Gedenken. Deng Xiaoping, der Nachfolger, hat Mao ins Mausoleum verbannt und seine Politik ins Museum. Erst unter ihm, der die Lehren des Großen Steuermanns auf den Kopf stellte, hat China die ihm gebührende weltpolitische Rolle gefunden. Wahre geschichtliche Größe werden die Chinesen eines Tages Deng zubilligen, nicht dem Bauernsohn Mao aus Shaoshan.

Fotos: Henri Cartier-Bresson/Magnum Photos/Agentur Focus; Xinhua/imago (u.)

DIE ZEIT

Preis Österreich 4,00 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLI

Nr. 41 1. Oktober 2009

Die schwarz-gelbe Republik

- Wer darf sich freuen, wer muss sich fürchten?
- Wie schnell sinken die Steuern?
- Geht Freiheit wieder vor Sicherheit?
- Kommt jetzt die Zweiklassenmedizin?
- Gibt es den Ausstieg aus dem Atomausstieg?
- Was wird aus der armen SPD?

POLITIK SEITE 2–6
WIRTSCHAFT SEITE 23–25
FEUILLETON SEITE 47

Rotes Debakel

Nach sechs Wahlniederlagen in Serie steckt die SPÖ tief in der Krise. Doch die Parteispitze reagiert nicht

POLITIK SEITE 15/16

Leben nach dem Abi



Wie der Abschied von der Schule Spaß macht, und warum Studieren sich lohnt

CHANCEN-SPEZIAL 40 SEITEN

Literatur-Spezial



Ein Sonderheft über »Loslabern«, sein neues Buch. Von Rainald Goetz

MAGAZIN SEITE 10–31

Al-Qaida: Terror schaffen ohne Waffen

Neue Drohungen zeigen Wirkung in Deutschland **VON CHRISTIAN DENSO**

Für Terroristen ist die Kommunikation nahezu genauso wichtig wie die menschenverachtende Tat. Islamisten führen das derzeit eindrucksvoll mit ihren Botschaften an Deutschland vor. In Videofilm-Ausschnitten sehen wir den Hamburger Hauptbahnhof, den Kölner Dom und das Oktoberfest. Dazu wird gedroht, ein »böses Erwachen« angekündigt. Sie wollen uns damit verunsichern, sie wollten zudem die Bundestagswahl beeinflussen. Und tatsächlich – die Drohungen zeigen Wirkung. Plötzlich überlegen die Menschen, ob sie zum Beispiel mit ruhigem Gewissen in den ICE steigen dürfen.

Die meisten Deutschen begreifen, dass auch unsere offene Gesellschaft ein Ziel ist, das al-Qaida treffen will. Die Erkenntnis ist nicht neu, wohl aber die Reaktion. Schon mehrfach haben die Sicherheitsbehörden Anschläge in Deutschland verhindert. Doch nach dem 11. September 2001 haben sich viele Bürger damit beruhigt, unser Land sei, im Gegensatz zu den USA, nicht wirklich bedroht. Damals unterschätzten sie die Gefahr. Möglicherweise wird sie jetzt überschätzt.

Nicht wenige Experten sagen, al-Qaida habe ihren Zenit überschritten. Islamistischen Terroristen ist seit den Anschlägen von Madrid und London 2004 und 2005 kein Attentat in Europa mehr gelungen. Ihre Netzwerke in Deutschland gelten bis in viele Verästelungen als bekannt. Das liegt auch an den immer weiter reichenden Ermittlungsbefugnissen der Sicherheitsbehörden – Kompetenzen, die die FDP in der schwarz-gelben Koalition gern wieder beschneiden würde.

Angst oder Sorge werden sich jedoch weder durch Argumente noch durch die Beschneidung von Freiheitsrechten überwinden lassen. Wer Angst hat, der wertet auch den als Beruhigung gedachten Aufmarsch der Polizisten mit Maschinenpistolen an Bahnhöfen und Flughäfen als Bestätigung, dass die Gefahr ernst zu nehmen ist. Wer besorgt ist, den verunsichert die Einschätzung der Behörden noch weiter, die Bedrohung sei lediglich »abstrakt«. Heißt das nicht, dass die Sicherheitsbehörden nichts Konkretes wissen?

Die Islamisten haben auch ohne Anschläge also ein Ziel schon erreicht, und das mit minimalem Aufwand: Die Menschen in Deutschland machen sich Sorgen, gerade wenn sie ihrem Alltag nachgehen. Mit dieser Restangst werden wir lernen müssen umzugehen, weil Deutschland Teil des von ihnen verhassten westlichen Bündnisses, der westlichen Kultur ist.

In Spanien gelang es den Terroristen, durch einen Anschlag eine Wahl entscheidend zu beeinflussen. Dieses zweite Ziel haben sie in Deutschland mit ihren Videobotschaften weit verfehlt. Die Deutschen haben den Islamisten auf die Drohungen selbstbewusst geantwortet. Sie haben gezeigt, dass das Afghanistan-Ultimatum von al-Qaida bei ihrer Wahl keine Rolle gespielt hat. Zumindest das ist beruhigend.

www.zeit.de/audio

Foto: Digital Picture Library/Composing: DZ

Ein komisches Gefühl

In Deutschland hat ein epochaler Machtwechsel stattgefunden. Kaum zu fassen! **VON BERND ULRICH**

Wie fühlt es sich eigentlich an, dieses Wahlergebnis? Wir wissen es noch nicht, wir sind noch nicht in der schwarz-gelben Republik angekommen. Zu tief hängen die letzten elf Jahre in den Kleidern, zu sehr sogar noch die vier der Großen Koalition.

Dieser achte Regierungswechsel in der Geschichte der Republik ist genau genommen nur ein halber. Die Kanzlerin und mit ihr die größere Regierungspartei bleiben schließlich. Trotzdem fühlt sich das alles wie ein tiefer Einschnitt an.

Der eine Grund dafür liegt in der ungeheuren Fülle dessen, was sich in den zurückliegenden elf Jahren ereignet hat: zwei Wirtschaftskrisen, der 11. September, zwei Kriege mit deutscher Beteiligung, Reformen über Reformen, Zuspitzung der globalen Klimakrise, tief greifende Erschütterung der Weltordnung, Verunsicherung durch Gentechnologie und Hoffnung darauf.

Der andere Grund: Das politische Medium, in dem wir das alles durchleben durften und durchleiden mussten, war eine Partei – die tapfere, schmerzensreiche, unerträgliche SPD. Dass sie nun von den Wählern mit großer Brutalität auf die Nebenbühne geschoben wurde, dass die Leute ihr beim Leiden nicht mehr zusehen wollen, das macht den emotionalen Einschnitt aus. Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt endet – in Scherben (siehe Seite 5).

Auch die vier Jahre der Großen Koalition haben sich ins Gedächtnis eingeschrieben, mehr als man vielleicht erwartet hatte. Richtig zu sich und zu ihrer Mission kamen Schwarze und Rote erst mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, als die Große Koalition groß handeln konnte – weil sie es musste. Zugleich hat diese Koalition Fantasie gehemmt. Die Gedanken reichten selten weiter als die engen Spielräume, die man einander ließ. Schließlich regierten hier zwei Parteien, die wussten, dass sie sehr bald um das Kanzleramt konkurrieren würden.

Westerwelle und die Medien – aus Verachtung wird Neugier

In der Stunde höchster Not war es gut, eine Große Koalition zu haben. Nun ist es gut, sie los zu sein, denn sie wäre selbst zur Quelle höchster Not geworden, zwei schwindsüchtige Volksparteien, im Leiden vereint.

Die neue Koalition hat darum zunächst einmal etwas Frisches, man könnte auch sagen etwas Banales, jedenfalls hat sie vorerst weder einen Grund zu leiden oder zu knirschen oder zu klagen noch ein Recht dazu.

Welche FDP da nun an die Regierung kommt, das weiß sie womöglich selbst noch nicht. In elf so ereignisreichen Jahren immer nur in der Opposition gewesen zu sein, das prägt eben auch. Die Rückkehr an die Macht jedenfalls wird für die Liberalen ein interessanter Lernprozess. Guido Westerwelle ist sogar noch länger in der Opposition, weil er sich schon im Dagegensein übte, als die FDP in den neunziger Jahren an der Macht war, genauer gesagt: als sie von Helmut Kohl an der gelben Krawatte durch die Bonner Republik gezogen wurde (siehe Seite 2).

Man darf also gespannt sein auf diese FDP und ihren ersten Mann. Und man muss es auch. Das Verhältnis zwischen den Medien, den konservativen, grünen und linken Milieus auf der einen und den Liberalen auf der anderen Seite war lange von Verachtung geprägt. Nun sollte erst einmal Neugier herrschen.

Neugier schon deshalb, weil es erstaunlich ist, dass die angeblich so angstbesetzten Deutschen ausgerechnet in der tiefsten Wirtschaftskrise seit dem Krieg diejenigen gewählt haben, die eher auf den Markt setzen, die weniger Sicherheiten versprechen. Und das, obwohl die drei linken Parteien eine Angstkampagne gegen Schwarz-Gelb betrieben haben. Vergeblich. Wie schon bei der Rote-Socken-Kampagne der Union in den Neunzigern hat sich die Mehrheit nicht manipulieren lassen.

Merkel und Westerwelle haben am vergangenen Sonntag allerdings ebenso wenig ein Mandat für Radikalreformen und Sozialkürzungen bekommen und wollten das auch gar nicht. Diese neue Koalition wird nicht der Versuch sein, den verpassten Sieg von 2005 nachzuholen. Der autoritäre Neoliberalismus, der damals herrschte, ist für immer dahin. Und zwar in beiden Elementen: So viel Staatsverachtung und Deregulierungswut wird es nach der Weltwirtschaftskrise nicht wieder geben. Und der autoritäre Ton dieser Zeit ist erst recht überholt.

Durchregieren funktioniert nicht mehr in unserer selbstbewussten Gesellschaft. Diese Lektion hat Angela Merkel gelernt. Und wenn sie es nicht schon hätte, dann würde sie es jetzt lernen, da in der SPD die Generation der Basta-Politiker, der Putschistengeneration abgeräumt wird. Merkel, der das eigentlich gar nicht liegt, hat 2005 vom Durchregieren gesprochen. Schröder und Müntefering haben es viele Jahre lang gemacht.

Man kann nur hoffen, dass nun auch die CSU als letzte Partei die Lektion vom souveränen Souverän lernt und sich vom Autoritären verabschiedet. Horst Seehofer wurde für seinen irrlichternden Wahlkampf und für seine Chefallüren von den Wählern abgestraft. Wenn er jetzt als Kleinster in der Koalition trotzdem oder erst recht versucht, als Schwanz mit zwei Hunden zu wedeln, dann wird es um ihn so schnell geschehen sein wie jetzt um die alte SPD-Führung.

Schwarz-Gelb wird aber – wenn Westerwelle uns nicht die alten Minister von damals als junge Hoffnungsträger vorsetzt – auch keine Retroveranstaltung, kein Wiederaufleben der Kohl-Jahre. Nicht nur, weil das Autoritäre unpraktikabel geworden ist, sondern weil die gesamte rot-grüne Modernisierung unumkehrbar geworden ist. In Schwarz-Gelb steckt viel Rot-Grün.

Allerdings ist Guido Westerwelle durchaus versucht, ein paar alte Schlachten gegen die 68er und das ganze grüne Milieu nachträglich zu gewinnen. Eine Offensive bei der Atomenergie etwa dürfte die achtziger Jahre als Farce zurückholen, mit großen Polizeiaufgeboten, mit Blockaden und grünen Politikern in Rheumadecken auf Bahngleisen. Will Westerwelle das wirklich? Wegen ein paar Jahren Laufzeitverlängerung?

Viel wichtiger ist doch die Frage, ob Deutschland seine relativ vernünftige und, wie man früher sagte, fortschrittliche Rolle in der internationalen Klimapolitik nun ausbaut oder zurücknimmt. Wird Schwarz-Gelb noch mehr Rücksicht auf die deutschen Energieriesen nehmen als die SPD, oder wird die neue Koalition ihnen an das Monopol gehen? Nicht beim Kündigungsschutz oder bei den Sozialleistungen, aber auf anderen Feldern darf man doch hoffen, dass Schwarz-Gelb ein bisschen marktradikaler wird.

Die langen Phasen repressiven Schweigens müssen nun aufhören

Bei all dem kommt es auf die Kanzlerin an. Überhaupt kommt es sehr auf sie an. Sie hat jetzt tatsächlich eine Richtlinienkompetenz. Schreck, lass nach! Sie muss jetzt können!

Guido Westerwelle hat ein gutes Ergebnis erzielt. Aber er ist der deutlich kleinere Partner, und er hat keine Koalitionsalternative. Und er muss, anders als vorher Frank-Walter Steinmeier, nicht ums Kanzleramt konkurrieren.

All das bietet der Kanzlerin die Möglichkeit, die Mitte und die Themen zu definieren. Angela Merkel hat schon angekündigt, sie wolle bleiben, wie sie ist. Das ist zur einen Hälfte beruhigend und zur anderen eine Drohung. Denn sie war bisher eine halbierte Kanzlerin, sie war darum – hoffentlich nur darum – oft zu blass, sie wartete manchmal zu lange ab, sie gab zu wenig vor. Am Grundmuster ihrer Politik – eine lernende Kanzlerin in einer lernenden Gesellschaft – muss sich nichts ändern. Aber die langen Phasen repressiven Schweigens, ihre Weigerung, wenn schon nicht Reden zu halten, so doch zumindest Stichworte zu geben, all das kann nun aufhören.

Vielleicht war es ungerecht, von ihr zu verlangen, dass ihr Denken und ihr Reden weiter reichen solle als ihre Macht. Aber dann muss sich ihr Reden und Denken jetzt spürbar ausdehnen, weil ihre Macht größer ist als je zuvor. In der Koalition, weil die FDP nicht die SPD ist. Und in der eigenen Partei, weil die mürbe gewordenen Ministerpräsidenten keine Gefahr mehr darstellen und die CSU machtpolitisch ihrer wahren Größe entgegenschrumpft – 6,5 Prozent.

Klima, Bildung, Afghanistan, Integration, Arbeit von morgen – es gibt viel zu besprechen in diesem Land, wir warten auf Vorschläge aus dem Kanzleramt.

www.zeit.de/audio

ONLINE

Wie weiter nach der Wahl? Führende Ökonomen beraten die neue Bundesregierung

www.zeit.de/expertenrat

PROMINENT IGNORIERT



Papst und Spinne

Arachne, die Weberin, wurde von der Göttin Athene, die ihr das Weben beigebracht hatte, in eine Spinne verwandelt, zur Strafe für ihren Hochmut. Der Papst, dem eine schwarze Spinne übers weiße Gewand kroch, als er jetzt in Prag eine Rede hielt, ließ sich nicht beirren. Er ist mythologisch bewandert und wird überlegt haben, ob er Arachne wieder zur Menschengestalt verhelfen sollte, aber das wäre dann doch unpassend aufgefallen. **GRN.**

Kleine Fotos: Achenbach & Pacini für DIE ZEIT; Rainald Goetz; AP (v.o.n.u.)

ZEIT Online GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg

Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnentenservice:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de
*) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise können abweichen

NR. 41

A 64. Jahrgang C 7451 C

4 190745 103602 41

Foto: Roland Schlager/APA/picturedesk.com

Schuldlos am Abgrund

Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich erlitt die SPÖ eine verheerende Niederlage. Im Brennpunkt des Desasters steht ein Unschuldiger: Landeschef Erich Haider VON JOSEF ERTL

SCHWER GEZEICHNET nimmt SPÖ-Landschef Erich Haider das Wahlergebnis hin

Schablonenhaft, mit wächsernem Gesicht, wiederholte Erich Haider am Wahlsonntag seine Stehsätze. Am häufigsten rekapitulierte er mit dünner Stimme wohl einen Satz in die Mikrofone der Journalisten: »Das ist eine sehr, sehr schwere Niederlage.« Nein, ein betörender, ein hinreißender Redner war der oberösterreichische SPÖ-Chef nie, stets schien es, als müsste er nach den richtigen Worten suchen. Immer schon wirkte er bei Fernsehauftritten ein wenig klobig und unbeholfen und bot das Bild einer unbedarften Provinzgröße. Nun, im Schatten einer historischen Wahlniederlage, lud er die ganze Last der Verantwortung auf seine massigen Schultern. Schwer gezeichnet, mit Ringen unter den Augen, zog der 52-jährige Mühlviertler schon bei seinem ersten Auftritt nach Bekanntgabe der Hochrechnungen die Bundespartei aus der Schusslinie. Kein Wort der Kritik an der Regierung unter Kanzler Werner Faymann kam über seine Lippen. Stattdessen stellte er sich selbst infrage.

In der Parteizentrale in der Linzer Landstraße 36, dem ehemaligen Hotel Schiff, in dem im Bürgerkriegsjahr 1934 die ersten Schüsse gefallen waren, herrschte am Wahlabend Grabesstille. Sozial-Landesrat Josef Ackerl, der seinen Regierungssitz verlieren dürfte, verkroch sich hinter einem Computermonitor, um mit leeren Augen auf die Wahlergebnisse zu starren. Sprachlos auch Klubobmann Karl Frais, leichenblass die ehemalige Schwimmrekordlerin Vera Lischka, deren politische Karriere nach sechs Jahren jäh zu Ende gehen könnte. Ausgerechnet Erich Haider versuchte, mit aufmunternden Sprüchen die Stimmung aufzuhellen. Vergeblich.

Der SPÖ-Spitzenkandidat hatte hoch gepokert und hoch verloren. Seit Jahren hatte Haider konsequent auf ein ehrgeiziges Ziel hingearbeitet: zum ersten Mal den Posten des oberösterreichischen Landeshauptmanns für die Sozialdemokraten zu erobern. Der Fall könnte nun schlimmer kaum sein. Mit 24,9 Prozent ist die SPÖ auf einem historischen Tiefststand angelangt. Die Zahl der Regierungssitze wurde halbiert, acht Landtagssitze gingen verloren und zwei Mandate im Bundesrat. »Das ist meine erste große Niederlage. Die muss ich nun erst verdauen«, kämpfte Haider um eine Erklärung. Lange wird er sich dafür nicht Zeit nehmen können: Bei nur vier Gegenstimmen beauftragte ihn am Montag der Landesparteivorstand, Reformen einzuleiten. Beim Parteitag im Juni 2010, sagt er, werde er wieder kandidieren.

Bis dahin hat Haider die Chance, für sich und seine Partei eine zentrale Frage zu beantworten: Wie konnte es zu diesem Debakel kommen? Zwar hatten er und seine Genossen mit einem Stimmenverlust gerechnet. Nicht jedoch mit einem Absturz. »Unsere Umfragen zeigten für uns zwischen 32 und 34 Prozent. Aber wir haben erwartet, dass die ÖVP wesentlich mehr verliert.« Deshalb gab er noch am Wahlsonntag die Losung aus, die SPÖ werde stimmenstärkste Partei. Die Ursachen für den Absturz? Hat er Fehler gemacht? »Es ist schwer zu sagen. Niemand hat an unseren Themen gezweifelt. Die Stimmung war gut.« Scheinbar, so Haider, stimme das oberösterreichische Sprichwort »Wer schimpft, der kauft«. Viele hätten ihm ihr Leid und ihren Ärger über die ÖVP geklagt – um dann doch bei den Erzrivalen ihr Kreuz zu machen.

Vom Ausländerthema überrascht, von der ÖVP zermalmt

Einen Fingerzeig bekam Haider bereits bei der Vorstandssitzung am Montag: Dort kritisierten die Genossen die Zuspitzung auf die Landeshauptmann-Frage. Davon profitierte in unsicheren Zeiten nur einer: ÖVP-Landeschef Josef Pühringer. Wie schon in Vorarlberg, wo die SPÖ von 16 auf 10 Prozent zurückfiel, zeigte sich auch im Land ob der Enns, dass den Sozialdemokraten das wahlentscheidende Thema Ausländer- und Integrationspolitik völlig entglitten ist. Augenscheinlich wurde das in Wels, der zweitgrößten Stadt Oberösterreichs. Eine offenbar gescheiterte Integrationspolitik – der Ausländeranteil liegt in dem Provinzzentrum bei 25 Prozent – brachte die SPÖ-Hochburg ins Wanken. 20 Prozent der Stimmen büßten die Genossen ein und landeten bei 35,7 Prozent, die FPÖ hingegen legte auf 29 Prozent zu. Bürgermeister Peter Koits verlor in der Direktwahl fast 30 Prozent und muss in die Stichwahl gegen seinen FPÖ-Rivalen. »In den Städten ist Integration das Thema schlechthin«, sagt der angezählte Welser Bürgermeister. Bereits vor der Wahl hatte auch Erich Haider das Problem erkannt und ein Integrationsprogramm ausgearbeitet. »Man hätte das aber viel früher regeln müssen«, weiß er heute.

Tatenlos sah der Wahlkämpfer dem FPÖ-Comeback, das sich abzeichnete, dennoch nicht zu. In Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil berief er Bürgerversammlungen ein. »Ich bin mehrfach durch Wohnblöcke gegangen und habe alle Klagen gesammelt.« Honoriert wurde ihm das nicht. Der Wählerstromanalyse zufolge, wanderten 45 000 der 299 000 SPÖ-Wähler von 2003 zur FPÖ ab, 33 000 zur ÖVP.

Dass sie nichts getan hätten – diesen Vorwurf müssen sich Erich Haider und seine Mitstreiter nicht gefallen lassen. Sie besetzten traditionell sozialdemokratische Themen wie Gerechtigkeit und Solidarität und scheiterten dennoch grandios. Hunderttausende Betriebs- und Hausbesuche wurden nicht honoriert. Haider führte einen ähnlichen Wahlkampf wie bei seinem Erfolg vor sechs Jahren, als er rund zehn Prozent dazugewann. Wie damals präsentierte er sich neuerlich als Schutzschild für die sozial Schwachen.

Haider weiß dabei, wovon er spricht, kommt er doch selbst aus kleinen Verhältnissen. Sein Vater, ein Bauarbeiter und Betriebsrat, setzte große Hoffnungen in den Sohn. Mit 20 Jahren fing der junge Funktionär aus Ried in der Riedmark als kleine Charge in der Landespartei an. 1983 wurde er Bezirksparteisekretär in Linz, daneben studierte er Informatik. Aus dieser Zeit rührt auch die Verbindung mit seinem Mentor, dem Linzer Bürgermeister Franz Dobusch, der ihn 1993 in den Stadtsenat berief. 1997 holte ihn der damalige SPÖ-Chef und Landeshauptmannstellvertreter Fritz Hochmair in die Regierung. 1998 schließlich war Haider nach seiner Wahl zum Landesparteiobmann ganz oben angekommen. Er übernahm eine in drei Lager gespaltene SPÖ. »Mein großes Verdienst ist die Einigung der Partei und die klare inhaltliche Ausrichtung«, sagt Haider heute noch stolz. Er änderte den Kurs der Landes-SP, die sich mit ihrem Schattendasein als ewiger Zweiter arrangiert hatte, löste sich aus der Umarmung der ÖVP und visierte das Amt des Landeshauptmanns an.

Bei der Verfolgung dieses Zieles war er nicht zimperlich und löste mit seinem kampffreudigen Stil bei der ÖVP erhebliche Irritationen aus. Nach der Wahl 2003 suchte sich die Volkspartei mit den Grünen prompt einen handzahmen Regierungspartner. »Seit dem Zeitpunkt, als er die Chance sah, Landeshauptmann zu werden, hat er nur mehr gnadenlosen Populismus und *dirty campaining* betrieben«, begründet der schwarze Landeshauptmannstellvertreter Franz Hiesl die Abkehr der ÖVP. »Er hat nun die Rechnung bekommen, die viel schärfer ausgefallen ist als je zuvor«, freuen sich die Schwarzen ebenso sehr über den Misserfolg Haiders wie über den Sieg ihres Chefs.

Die Jahre zuvor schien es, als könnte Erich Haider bei seinem Aufstieg niemand bremsen. Die schwarz-blaue Koalition unter Kanzler Wolfgang Schüssel trieb ihm die Wähler in die Arme. Den Erfolg von 2003 verdankte er vor allem der ungeliebten Pensionsreform und der umstrittenen Privatisierung des Voest-Stahlkonzerns. Die von Landeschef Pühringer forcierte Privatisierung der landeseigenen Energie AG holte noch mehr Unzufriedene an Haiders Seite. Doch Anfang 2008 zog die ÖVP die Notbremse und blies den geplanten Börsengang ab. Diese Entscheidung bedeutete eine Kehrtwende in der Landespolitik. Pühringer hatte gelernt und erwischte seinen Kontrahenten auf dem falschen Fuß. Von da an tat sich Haider schwer, mit seinen Themen durchzudringen.

Der bodenständige Landespolitiker verlor seinen Lieblingsgegner

Zudem kam ihm im Juni 2008 mit dem Rücktritt von Kanzler Alfred Gusenbauer sein innerparteilicher Reibebaum abhanden. Gusenbauer hatte Haider nicht in seine Regierung berufen, in der Folge benutzte Haider den eigenen Parteichef, um in der Öffentlichkeit sein soziales Profil zu schärfen. Werner Faymann bot ihm später das Amt des Gesundheitsministers an, doch Haider lehnte ab. Der machtpolitische Preis war ihm zu hoch. Er hätte den Vorsitz in der Landespartei abgeben müssen. Statt ihm kam Alois Stöger zum Zug.

Charismatisch war Erich Haider nie. Vielmehr gefiel er sich in der Rolle des bodenständigen Landespolitikers. Er residiert nicht in einer Villa im Linzer Speckgürtel, sondern hatte sich im verschlafenen Mauthausen, in der Nähe seines Heimatorts, sein Eigenheim errichtet und beim Hausbau im blauen Overall auch selbst mit angepackt. Auch im Linzer Voest-Werk tauchte er in der Arbeitskluft auf, um den Stahlkochern Solidarität zu demonstrieren. Hausmannskost, Anzüge von der Stange, regelmäßige Tarock-Runden mit Mühlviertler Freunden – die steile Karriere stieg dem SPÖ-Landeschef nie zu Kopf. Haider verlor nie den Kontakt zur Parteibasis, dort sah man sein linkisches Wesen als Vorzug an. Er war Teil dieser Basis.

Gleichzeitig brach er nie mit der katholischen Kirche, sondern bezeichnete den früheren Linzer Bischof Maximilian Aichern als sein »Vorbild«. Jesus nannte der gefallene SPÖ-Messias sogar den »ersten Sozialdemokraten«. Als Erich Haider im Juli 2008 in einem Interview gefragt wurde, ob es Konsequenzen für begangene Fehler gebe, meinte er: »Es kommt einem alles im Leben zurück. Das ist meine Lebensphilosophie. Das Gute. Aber auch alles Schlechte. Allerdings meist dann, wenn man es am wenigsten brauchen kann.« Der 27. September war so ein Tag.

DONNERSTALK

Eliteschulen

Wenn ein hochverdienter Politiker aus seinem Amt scheidet, heißt das noch lange nicht, dass er dem Land keinen Dienst mehr erweisen kann. Hubert Gorbach beispielsweise, dem Vorarlberg einst *»too small«* war. Dem früheren Vizekanzler, schon zu Wendezeiten verkannt, wollten zwar die ignoranten Briten keinen lohnenden Job anbieten, doch nun fand sich in der Heimat endlich ein adäquater Posten für ihn. Er



Foto: Ingo Pertramer

ALFRED DORFER fordert, das Potenzial großer Männer künftig nicht mehr ungenutzt schlummern zu lassen

wurde zum Präsidenten der Schnei-Akademie bestellt. Die gibt es tatsächlich. Sie versteht sich als Informationsplattform für alle Personen, die mit Schnee zu tun haben. Gemeint ist natürlich ausschließlich gefrorener Niederschlag. Dem Vernehmen nach sollen auch dem gloriosen Karl-Heinz Grasser ähnliche Weihen bevorstehen. Der Sonnyboy der Nation, alias Fiono, könnte künftig der Sonnenhochschule vorstehen, einer Eliteschule für alle, die sich gern die Sonne auf den Bauch scheinen lassen. Erfolgreiche Absolventen dieses Bildungstempels verfügen über die Fähigkeit, so zu leuchten, dass sie etwaige Steuerungereimtheiten locker überstrahlen. Auch Wolfgang Schüssel, immer im Rennen, wenn internationale Topjobs zu besetzt sind, wird als Dekan der Regenuniversität gehandelt. Sie unterweist alle Erdenbürger, denen Regen ein Anliegen ist. Bereits jetzt ist die Fachwelt auf seine Missionsreisen in die Dürreregionen gespannt, bei denen er die segensreichen Sekundäreffekte heftiger Niederschläge verkünden soll. Vermutlich wird er auch in Südostasien den Menschen die Scheu vor Hochwasser nehmen wollen. Was ist, verglichen damit, ein EU-Kommissar?

WORTE DER WOCHE

»Wer Konfrontation und Untergriffigkeit sät, wird Wahlniederlagen ernten.«

Josef Pröll, ÖVP-Obmann, ortet als Ursache für die SPÖ-Schlappe in Oberösterreich den populistischen Stil ihres Spitzenkandidaten Erich Haider, der in der Endphase des Wahlkampfes fragwürdige Finanzgeschäfte des Landes anprangerte

»Wir verkaufen nur rote Socken, gefragt sind aber offenbar bunte.«

Franz Lutz, Geschäftsführer der SPÖ Vorarlberg, macht sich zur verheerenden Niederlagenserie seiner Partei eigene Gedanken

A

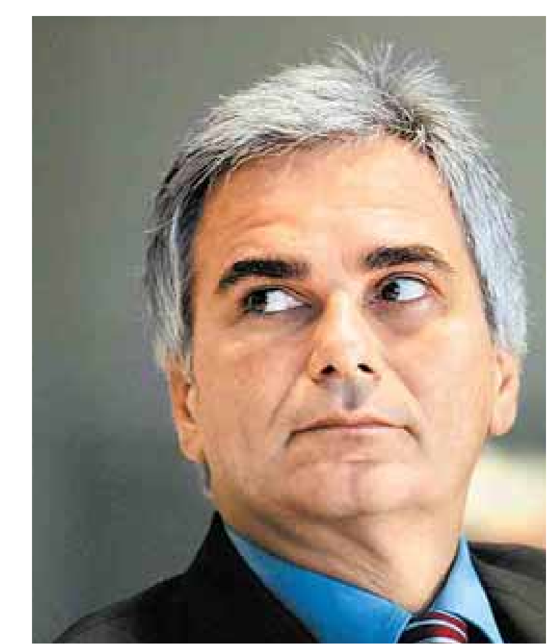
Mit dem Rücken zur Wand

Nach sechs Wahlniederlagen in Serie sind die Sozialdemokraten in eine tiefe Sinnkrise geschlittert. Obwohl die Stammwähler weiterhin in Scharen desertieren, beharrt die Parteispitze darauf, dass es keiner Reformen und keiner Neuorientierung bedarf

Überall ein fettes Minus: Linz, Wels, Steyr. Sozialdemokraten verlieren überall dort besonders deutlich, wo sie früher am stärksten waren. Das ist mittlerweile wieder ein konstantes Phänomen. In den roten Hochburgen laufen die Stammwähler zu den Freiheitlichen über, nicht weil sie dort ihre Interessen besser aufgehoben wähnten, nicht weil die Rechte über höhere Sozialkompetenz verfügte. Sondern vor allem, weil die FPÖ in ihrer Agitation fast ausschließlich auf ein Thema einhämmert: Migration in all ihren Schattierungen.

Daneben verblassen die übrigen Politikfelder, ein alles überragendes Problem dominiert den Kampf um die Macht im Land. Die Ausländerfrage hat mittlerweile in der Wahrnehmung eine Dimension angenommen, die in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Problematik steht. Sie ist zu einem emotionalen Kampfthema eskaliert, bei dem rationale oder pragmatische Antworten allein nur mehr wenig vermögen. Es ist maßgeschneidert für die populistische Jagd nach Stimmen. Die Freiheitlichen halten sich dabei erst gar nicht bei Details auf. Stattdessen propagieren sie ein System der Alpenapartheid. So realitätsfremd und undurchführbar der Plan auch sein mag, seine radikale Simplizität trifft die Stimmung vor allem dort punktgenau, wo die Bedrohungsszenarien einer Gesellschaft im Umbruch besonders akut sind: in den roten Hochburgen.

Wenn im kommenden Jahr in Wien und in der Steiermark neue Landtage gewählt werden, wird neuerlich *das* Thema im Zentrum stehen. Die freiheitlichen Herausforderer werden nicht müde werden, Überfremdung, mangelnde Deutschkenntnisse, Moscheebauten, hohe Ausländeranteile in Schulklassen, in Wohnvierteln oder bei Sozialhilfeempfängern anzuprangern. Die xenophobe Jeremiade kennt keine Ufer. Einerlei, ob die Behauptungen stimmen oder nicht und ob die Barrikadenredner tatsächlich auch meinen, was sie verkünden, die Auseinandersetzung hat jetzt einen Grad an Eigendynamik gewonnen, in dem die herkömmlichen Methoden des politischen Wettstreits stumpf geworden sind. Argumente verhallen zumeist in der mit Ressentiments aufgeladenen Atmosphäre. Konkrete Lösungsmodelle werden von einem Generalverdacht, unter den alle Migranten gestellt wurden, hinweggefegt. Da können auch die schärfsten Gesetze nicht mithalten. Die polarisierende Abwärtsspirale rotiert



KANZLER HILFLOS: Das Lächeln ist aus dem Gesicht von Werner Faymann verschwunden

Foto (Ausschnitt): Roland Schlager/APA/picturedesk.com

nach all den Jahren der Untätigkeit mit beängstigendem Tempo. Nicht einmal die Freiheitlichen, selbst wenn sie es wollten (was sie wohl nicht tun), könnten jetzt noch abspringen. Sie sind dazu verdammt, ihren alten Stil um immer noch ein wenig schrillere Töne zu steigern, und das führt dazu, dass sich die Bevölkerung mehr und mehr in Inund Ausländer, in Befürworter und erbitterte Gegner einer ethnisch inhomogenen Gesellschaft spaltet. Die Gruppen stehen einander verständnislos, ja feindlich gegenüber.

Das wird vor allem in Wien tiefe Spuren hinterlassen. Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl prophezeite einen »grauslichen Wahlkampf«. Das ist wahrscheinlich noch beschönigend. Es droht vielmehr ein gnadenloser Kulturkampf, da die Freiheitlichen eine veritable Chance gewittert haben, mit einem massentauglichen Totschlagthema tiefer denn je in die roten Bastionen einzudringen.

Für die Sozialdemokraten steht dabei in der Metropole mehr auf dem Spiel als der Verlust ihrer absoluten Mehrheit. Sie müssen nun die Reste ihrer Glaubwürdigkeit verteidigen, sie müssen unter Beweis stellen, dass sie noch über ein genügend großes Reservoir an Identität und Selbstachtung verfügen, um als politische Alternative wahrgenommen zu werden. Nicht leicht für eine Partei, die sich immer mehr in das Biotop ihrer Funktionärseliten zurückgezogen hat und sich seit vielen Jahren hauptsächlich als Verwaltungsorgan und Spektakelveranstalter begreift.

Gewiss, die Sozialdemokraten haben viele der großen Themen der Zeit verschlafen und mühen sich nun, der Entwicklung hinterherzuhecheln. Besonders folgenschwer aber ist es, dass sie lange Zeit das Phänomen der modernen Völkerwanderung schlichtweg nicht wahrhaben wollten und überall dort, wo tatsächlich Konfliktzonen entstanden waren, die Probleme mit Beschwichtigungsformeln wegzureden versuchten. Nichts symbolisiert drastischer dieses Versäumnis als das Durchhaltelächeln, das dem Parteivorsitzenden Werner Faymann ins Gesicht gefroren ist.

In den nächsten zwölf Monaten ist die Sozialdemokratie mit einer der größten Herausforderungen in ihrer Geschichte konfrontiert. Sie muss die emotionale Kraft zurückgewinnen, die ihr in all den pragmatischen Jahren als Kanzlerwahlverein abhandengekommen ist. Brechen allerdings demnächst in den Ballungsräumen neuerlich die Dämme, stehen von den roten Hochburgen bald nur noch traurige Ruinen. **JOACHIM RIEDL**

Werner Faymann ist auf dem besten Weg, in die Geschichte einzugehen. Allein: Es sind keine Ruhmeskränze, die dem SPÖ-Vorsitzenden angesichts historischer Wahlniederlagen geflochten werden. Seit seinem Amtsantritt im November 2008 laufen der Kanzlerpartei die Wähler in Scharen davon. Sechs Wahlen, sechs Niederlagen lautet die verheerende Bilanz des SPÖ-Chefs. Bei den Europawahlen im Juni schnitt seine Partei so schlecht wie noch nie ab, die Arbeiterkammerwahlen bescherten der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) das schlechteste Ergebnis seit 1994. In Salzburg gerade noch mit einem blauen Auge davon gekommen, mussten die Genossen bei den Wahlgängen in Kärnten, Vorarlberg und nun auch in Oberösterreich katastrophale Ergebnisse hinnehmen – historische Tiefststände allesamt. Kein Wunder, dass die österreichische Sozialdemokratie in eine schwere Sinnkrise geschlittert ist. Wer in Österreich solide Regierungsarbeit sehen will, hält dies offenbar dem Koalitionspartner ÖVP zugute. Wer ohnmächtig vor den Auswirkungen der Globalisierung steht, wer keine Ausländer, dafür aber mehr Polizei auf den Straßen sehen will, wählt FPÖ. Und linksliberale Modernisierungsgewinner, denen Integration, Umweltthemen und Bildungsreformen am Herzen liegen, bleiben den Grünen treu. Wer soll da noch Rot wählen?

Sicherlich nicht die Jungen. Für sie ist die SPÖ eine betagter, langweiliger Seniorenverein, eine Partei, die es noch immer mit den Rezepten von vorgestern den Vorgestrigen recht machen will. Mittlerweile besitzt die Sozialdemokratie nur noch bei Wählern über 60 eine einigermaßen solide Basis. In dem Segment unter 30 erschien sie in Oberösterreich lediglich nur mehr für eine Minderheit von gerade einmal zwölf Prozent attraktiv.

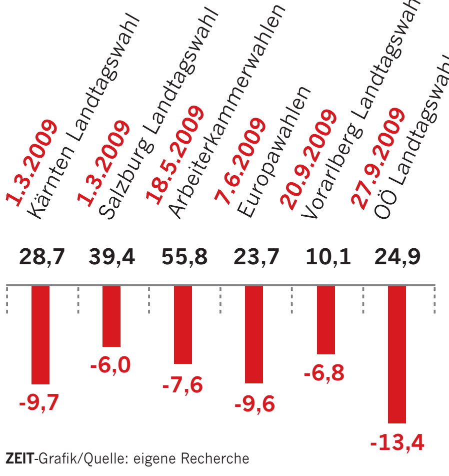
Das ist nur eines jener Strukturprobleme, welche die Partei seit Jahren vergeblich in den Griff zu bekommen versucht. Akut lähmt sie jedoch die Ohnmacht ihres Vorsitzenden. Gleichgültig, was Werner Faymann unternimmt – ihm gelingt nichts. Von einem guten Klima in der Koalition profitiert einzig ÖVP-Obmann Josef Pröll. Zorn und Frustration jener, die sich allein gelassen oder verraten fühlen – ja, auch von den Sozialdemokraten –, verwandelt FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache in Discos und Bierzelten in Wählerstimmen. Selbst das Anbiedern an Hans Dichand, den mächtigen Herausgeber der *Kronen Zeitung*, wird ihm nicht mehr gelohnt. Josef Pröll hat den Kanzler in der Favoritenrolle abgelöst.

Angesichts dieser fatalen Entwicklung eine Personaldiskussion loszutreten wäre dennoch der falsche Weg: Faymann steht zwar stellvertretend für die Agonie der Sozialdemokratie. Doch die Wahlergebnisse, die sein Vorgänger Alfred Gusenbauer errang, waren ähnlich erbärmlich – jedenfalls von dem Zeitpunkt an, an dem er sich im Kanzleramt sonnte. Ihre letzten Erfolge erzielten die Genossen, als die Volkspartei unter Wolfgang Schüssel regierte. Offenbar ist die Sozialdemokratie nicht die bessere Partei für schlechtere Zeiten – sie ist die bessere Partei für die Opposition.

Den guten alten Tagen nachzutrauern hilft der Kanzlerpartei indes wenig. Dass sich Regierungsverantwortung in Wählermaximierung verwandeln lässt, demonstriert ausgerechnet der Juniorpartner ÖVP. Die ist zwar auch keine Partei der Jungen und Dynamischen, ihr gelingt es aber immerhin, für ihr souveränes Agieren im Schatten der Wirtschaftskrise mit Erfolgen an der Urne belohnt zu werden. Ganz anders die SPÖ, die den Kanzlerbonus innerhalb weniger Monate in einen Malus verwandelt hat.

Rotes Desaster

Wahlergebnisse der SPÖ unter Kanzler Werner Faymann (Angaben in Prozent)



ZEIT-Grafik/Quelle: eigene Recherche

Die eilig nach der Blamage in Oberösterreich ausgerufene Parole, in Zukunft in der Integrationspolitik »mehr Kanten« zu zeigen, hat mit einer inhaltlichen Neuausrichtung nur wenig gemein. Stattdessen sollte sich die Sozialdemokratie endlich öffnen und die Bürger einladen, sich an der Suche nach einer langfristigen Strategie zu beteiligen. Schließlich geht es darum, nicht den Funktionären, sondern den Wählern klarzumachen, warum sie der SPÖ ihr Vertrauen schenken sollen. Wo ist er, der große, offene Zukunftskongress der Sozialdemokratie, bei dem die Barack-Obama-Story für eine Partei der linken Mitte in Österreich weitergeschrieben wird? Neue Modelle der politischen Beteiligung hätten darin ebenso ihren Platz wie auch eine kritische Sozialphilosophie, die eine Plattform für einen Diskurs über die Welt von morgen darstellen könnte. Ein Bruno Kreisky hätte nach solch einer Niederlagenserie ein Feuerwerk an Ideen gezündet, vor allem aber hätte er selbst den banalsten Einfall öffentlichkeitswirksam zu verpacken gewusst.

Die SPÖ des Jahres 2009 erweckt hingegen nicht einmal den Eindruck, sie wäre an einer Neuausrichtung interessiert. »Wir dürfen das Lenkrad jetzt nicht hin- oder herreißen«, beharrte Kanzler Faymann unmittelbar nach dem Desaster ob der Enns. Visionen? Lernfähigkeit? Fehlanzeige. Gewiss, die SPÖ lässt sich erklären, warum sie die Jungen nicht erreichen konnte und dass sie für die einen zu harte, für die anderen jedoch zu lasche »Ausländerpolitik« betreibt. Doch zu mehr als ängstlichem Reagieren reicht die Fantasie nicht. Reflexion sieht anders aus.

Die SPÖ sollte gerade nun versuchen, mit Kreativität und Intelligenz ihre Zukunft zurückzuerobern. An die Stelle des Gusenbauer-Stils, der alle Intellektualität in der Person des Chefs vereint sah, ist eine Politik des Aussitzens getreten. Wer allerdings glaubt, Ignoranz und gute Kontakte zur *Kronen Zeitung* reichten aus, um in Österreich Politik zu machen, endet dort, wo sich die SPÖ jetzt befindet. **ANTON PELINKA**

DRAUSSEN

Der bunte Rest des Lebens

Eine Weinviertlerin in Berlin: Ulli Lust, 42, arbeitet ihre Jugend in einem Comic auf

Als Schülerin kam ich aus dem Weinviertel nach Wien, um an der HTL Modezeichnen zu lernen. Das Heißeste, was die Großstadt zu bieten hatte, waren die Punks. Ihr Auftreten faszinierte mich. Und weil ich das Handwerk einer Nachwuchsnihilistin – saufen und alles schlecht finden – schnell beherrschte, verbrachte ich meine Tage bei den Punks statt in der Schule.

Zur Frankfurter Buchmesse erscheint nun mein Comic, an dem ich fast fünf Jahre gearbeitet habe: *Heute ist der letzte Tag vom Rest Deines Lebens* – ein Reisebericht, der auf 460 Seiten zwei Monate aus jener Phase meines Lebens erzählt. Zwei 17-jährige Punkmädchen wollen in Italien überwintern, ohne Geld, ohne Papiere, ausgerüstet mit einem Schlafsack und der simplen Anleitung: Was würdest du tun, wenn dies der letzte Tag vom Rest deines Lebens wäre? Nach diesem Motto frönte meine Freundin ihrem Lieblingshobby, dem Vögeln. Im Vergleich zu ihr war ich Romantikerin und empfand die Huldigungen der Italiener bald als Belästigung. Ich wollte Abenteuer erleben. Genau das ist mir – dank falscher Freunde und der bedrohlichen Gastfreundschaft der sizilianischen Mafia – gelungen. Zwanzig Jahre lang behielt ich diese Geschichte für mich.



ULLI LUST suchte auf ihrer Reise durch Italien als Punkmädchen das Abenteuer

Illustration: Ulli Lust (Selbstporträt)

In meiner Kindheit waren Comics eine Rarität. Beim Friseur durften wir *Donald Duck* lesen. Im *Kurier* gab es Comics von *Prinz Eisenherz*, die mein Vater ausschnitt und in einem Ringordner ablegte. Ich liebte es, mit Zeichnungen Geschichten zu erzählen. Anfangs machte ich Kinderbücher, später Illustrationen für Zeitungen. Weil der Markt für gut illustrierte Erwachsenenliteratur so klein ist, erwies sich der Comic als Königsweg für eine Zeichnerin, die Autorin sein will.

Die Arbeit an einem Comicbuch unterscheidet sich kaum von der Tätigkeit eines Romanciers. Anfangs bekam ich ein kleines Stipendium, anschließend finanzierte ich das Projekt durch Auftragsarbeiten. Das Comic-Universum hat sich im Lauf der Jahre stark weiterentwickelt. Abseits der klassischen Cartoon- und Superheldenformate gibt es eine breite Independent-Szene. Der New Yorker Art Spiegelman mit seinen Mouse-Cartoons über die Nazizeit und Marjane Satrapi mit ihrer Autobiografie Persepolis sind Vertreter dieser Tradition. Ich will mit dem autobiografischen Genre vorerst abschließen. Mein nächstes Buch wird wieder ein Comic, aber sicher kein episches Werk, sondern ein wissenschaftlicher Essay. Inspirieren lasse ich mich vom Physiker Hans-Peter Dürr und dem Philosophen Claude Lévi-Strauss.

AUFGEZEICHNET VON **ERNST SCHMIEDERER**

Die Tagung der Woche

In Berlin ist die Zahl der Expolitiker zu Anfang dieser Woche rapid gewachsen, aber noch rapider wächst zum Ende der Woche hin die Zahl der Exopolitiker. Das Erstere hat zu tun mit der Wahl, das Letztere damit, dass uns keine Wahl bleibt: Wir müssen uns der Wirklichkeit in all ihren Dimensionen stellen, und dies tut der zweitägige Jahreskongress der Deutschen Initiative für Exopolitik, die sich erst im Juni 2007 gegründet hat, was auch Zeit wurde, denn nur mit Rechtspolitik, Gesundheitspolitik, Innenpolitik und der üblichen Außenpolitik kommen wir nicht mehr weiter. Es braucht eine Außenpolitik, die über das Internationale hinausgeht und sich interplanetar ausrichtet. Die schwarz-gelbe Koalition hat die Chance nun endlich anzuerkennen, was Grüne, SPD und Linkspartei noch leugnen: Wir sind nicht allein! Dies ist kein Witz, Exopolitiker meinen es ernst. Sie legen Wert darauf, alle Tassen im Schrank zu haben, und da darf jenes Objekt links im Bild nicht fehlen, entworfen einst von Walter Gropius, fotografiert kurz vor der Landung im Katalog der Firma Rosenthal.



Auf der Bühne der Gerichtspsychiatrie geht es **DERB** und komödiantisch zu. Hier wird das Leben endlich mal normal

Fotos: Christoph Gödan für DIE ZEIT (u.); www.rosenthal.de (o.)

Brecht hinter Gittern

Die »Dreigroschenoper« in der Psychiatrie, aufgeführt von Mördern und Sexualstraftätern. Über einen Theaterabend in der Anstalt Lippstadt-Eickelborn berichtet **SABINE RÜCKERT**

Wer auf Mackie Messer und seine gesetzlose Bande, die Huren und das krakeelende Lumpengesindel treffen will, muss seine Handtasche durchleuchten lassen und den Ausweis abgeben. Dann darf er durch die vier Panzerglastüren der Sicherheitsschleuse in den vergitterten Garten treten. Von da führt der Weg, von meterhohen Zäunen flankiert, zum Haus 06, dem Haus der Kultur: Wie Tiger in die Manege werden die Zuschauer in das Theater bugsiert. Heute Abend gibt es die *Dreigroschenoper* – ziemlich frei nach Bertolt Brecht.

Nichts im Theatercafé erinnert die fünfzig Besucher, die, durch Zeitungsinserate und Einladungen angelockt, von draußen kamen, noch daran, dass sie sich in einer Klinik befinden, in der größten der Republik dazu, in der forensisch-psychiatrischen Anstalt Lippstadt-Eickelborn, in der 390 Straftäter eingesperrt sind. Und nichts weist darauf hin, dass die höflichen Kellner und das ganze Theaterensemble heute Abend vom Strafrichter aufgrund ihrer psychischen Defekte auf unabsehbare Zeit hierher geschickt worden sind. Unter den Schauspielern, die sich freundlich unters Publikum mischen, sind viele, die Tötungsdelikte oder schwerste Sexualstraftaten begangen haben.

Noch während die Gäste an ihren alkoholfreien Cocktails nippen, beginnt das Stück. Wände werden von rezitierenden Darstellern zur Seite geschoben, der kleine Zuschauerraum und die Bühne öffnen sich, die Besucher nehmen jetzt Platz, und die berühmte Geschichte von Mackie und Polly, vom Bettlerkönig Peachum und vom korrupten Londoner Polizeichef Tiger-Brown beginnt.

Das Stück ist nicht originalgetreu, manche Textpassagen und Lieder wurden von den Patienten umgeschrieben, andere weggelassen oder hinzugefügt, aber der bitter-komisch-moralische Brecht-Ton hat alle Änderungen überdauert. Dieses Stück – das sei vorgreifend berichtet – findet seine wahre Erfüllung erst, wenn es von Straffälligen bearbeitet, gesungen und vorgetragen wird, von Menschen, die bisweilen ganz anderen Gesetzen folgen als denen des BGB und des StGB und die abenteuerlicher daherkommen, als Brecht sich das *Dreigroschen*-Personal je vorgestellt haben mag. »Der Mensch ist nicht sehr gut, drum hau ihn auf den Hut. Hast du ihn auf den Hut gehaun, dann wird er vielleicht gut«, singen sie und sie wissen, was gemeint ist.

Besonders derb und komödiantisch geht es auch deshalb zu, weil alle Schauspieler Männer sind. Zu zwölft spielen sie zwanzig Rollen: Strauchdiebe, Prostituierte, Pastoren, junge Mädchen, Ehefrauen und jede Menge Polizisten. Und an der Verwegenheit und Wandlungfähigkeit mancher Darsteller ist zu merken, dass ein Gutteil des Ensembles dieser Theatergruppe seit Jahren treu ist. Einige, zum Beispiel der junge Hauptdarsteller Simon, der den aalglatten Mackie Messer gibt, oder Rolf, der den knorrigen Polizeichef darstellt, oder Patrick, der den selbstgefälligen Bettlerkönig verkörpert, oder Volker, der gleich in drei Rollen (Ganove, Moritatensänger, Hure) mitwirkt, erfüllen ihre Figuren mit solchem Leben, dass man glauben könnte, die Klinik hätte sie sich bei einer städtischen Bühne ausgeborgt.

Doch für die Darsteller dieses Abends ist Theater kein Beruf, nicht Broterwerb und auch nicht Kunst. Für sie bedeutet es Glück, Erfolg – und Freiheit. »Die Entfesselten« nennen sie sich, und sie spielen um ihr Leben. Die Kostüme haben sie selbst genäht, die Kulisse selbst entworfen. Auf der Bühne vergessen sie die Hypothek, die auf ihnen lastet, und selbst die Gitter und Mauern. Und ihre große Leistung besteht darin, auch ihr Publikum all die bedrückenden Tatsachen ganz vergessen zu lassen und es einen Abend lang aufs Beste zu unterhalten.

Nicht jeder darf mittun beim Psychiatrietheater. Die Erlaubnis vom Therapeuten bekommt nur, wer sich an Absprachen hält und – jedenfalls innerhalb der Klinik – ungefährlich ist. Es ist wohl kein Zufall, dass das Ensemble vor allem aus Menschen mit Persönlichkeitsstörungen besteht. Diese Patienten sind häufig sehr intelligent, zeigen aber ungewöhnlich exzentrische und verschrobene Charakterzüge. Wer sie da singen und gestikulieren sieht, muss ein bisschen an Klaus Kinski und Heath Ledger denken und fragt sich, ob es mitunter ein seelischer Defekt ist, der den Schauspieler erst so richtig beflügelt. Dieselbe psychische Aberration, die manchen der *Dreigroschenoper*-Sänger zu seinem Verbrechen bewog, verleiht ihm womöglich heute Abend diesen Witz, diese Furchtlosigkeit und Bühnenpräsenz. Und vielleicht wäre der eine oder andere niemals straffällig geworden, hätte ihm eine Bühne schon früher offen gestanden.

Und dann die Frauengestalten! Männer, deren Lebensproblem die Frau an sich war und die Frauen früher Schreckliches antaten, tragen nun Perücken und lange Kleider, singen erotische Lieder und rezitieren ergreifende Texte über das weibliche Schicksal. Ist eine beeindruckendere Maßnahme denkbar? Kay als gutmütig-tranige Polly, mit langen braunen Locken, hineingepresst in ein Hochzeitskleid. Unter langen falschen Wimpern wirft sie ihrem Ehemann Mackie derart verschleierte Blicke zu, dass das Publikum im Laufe des Stücks völlig vergisst, dass Polly selbst ein Mann ist. Oder Pollys Mama, die baumlange Celia, eine Frau von rabiater Fürsorge – kann eine echte Mutter besorgter sein als Thorsten? Oder die Königin des Abends – Spelunkenjenny, dargestellt von Klaus, der schon an die zwanzig Jahre in Eickelborn sitzt. Jenny, die unter der Flut ihrer blonden Locken förmlich zusammenbricht, abgelebt und korrupt und doch gleichzeitig so lieb und herzergreifend. Und dann ist da noch Simon, ein junger Mann, der die Polizistentochter Lucy ganz unschuldig spielt. Sieben lange Jahre war er Patient in Eickelborn. Seit Juli ist er entlassen und lebt jetzt im Ruhrgebiet in einer Übergangswohngruppe, die ihn auf das Leben in der Normalität vorbereiten soll. Trotzdem hat er seine Theatergruppe nicht im Stich gelassen und kehrte zu den Proben und den acht öffentlichen Aufführungen jedes Mal freiwillig hinter Gitter zurück.

Ja, die einen sind im Dunkeln, und die andern sind im Licht. Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht, heißt es bei Brecht. Aber heute Abend hat er unrecht. Die im Dunkeln werden plötzlich erkennbar, sie treten aus dem Schatten der Anstaltsmauern ins Scheinwerferlicht auf der Bühne, und die Leute klatschen und klatschen.

Und dann klettert auch noch die Regisseurin Katja Willebrand unter dem Applaus zum Ensemble hinauf, eine schmale, junge Frau, die in Berlin mehrere Theaterprojekte leitet und die Eickelborner Patienten seit fünf Jahren das Schauspielern lehrt. Diese freundliche, hübsche Erscheinung ist das Herz der Entfesselten, ihr ist das Kunststück gelungen, all die eigenwilligen und egozentrischen Charaktere zu disziplinieren, zu besänftigen und dazu anzustiften, in der Gemeinschaft mit anderen etwas auf die Beine zu stellen, worauf sie stolz sein können. Leider ist die *Dreigroschen*-Saison mit dieser Aufführung zu Ende, die Proben für das nächste Stück werden demnächst beginnen.

Zum Abschied ein kleines Buffet, zu dem auch das Publikum eingeladen ist. Die Schauspieler stehen jetzt verschwitzt, ihrer Kostüme und Perücken ledig, unter dem Volk, sie strahlen, sie lassen sich zuprosten und gratulieren und haben endlich das Gefühl, ganz normale Menschen zu sein.

Hier nicht!

Ein Ort in Australien verbietet den Verkauf von Wasser in Flaschen

Wo es Wasser gibt, kostet es fast nichts. Aber im Spätkapitalismus gelingt es, das Allgegenwärtige teuer zu verkaufen. Davon lebt eine Industrie, die Wasser auf Flaschen zieht und mit einem Etikett versieht, das Wunderdinge verspricht oder jedenfalls ein »Markenerlebnis«. In vielen Ländern der Welt handelt man Wasser in Flaschen, auch in Deutschland, wo das Wasser aus der Leitung oft besser ist als das aus der Konserve.

Nun hat ein kleiner Ort in Australien den Verkauf von Wasser in Flaschen verboten. In Bundanoon, südlich von Sydney, gibt es seit dem Wochenende Wasser nur noch aus der Leitung und an öffentlichen Zapfstellen. Flaschen müssen nicht mehr industriell hergestellt, befüllt, hergebracht, gekühlt, zurückgebracht, gespült werden. Man hält einfach sein Glas oder die eigene Flasche unter den Hahn. Mit jedem Schluck schon man die Umwelt. Das Wasser ist frisch, schmeckt – und es kostet nichts.

Wo im brunnenreichen Deutschland folgt eine zukunftsorientierte Gemeinde dieser Initiative? Wann nimmt, nur mal so als Beispiel, die Deutsche Bahn die Idee auf und beendet das Abkassieren durstiger Reisender auf den Bahnhöfen? **ULRICH STOCK.**

Hier nicht!

Solarenergie finden alle gut. Aber wehe, das Kraftwerk ist nebenan

Ricklef Nissen hat von seiner Pension im Osewoldter Koog, Nordfriesland, schöne Fotos gemacht. Besonders das gelbe Rapsfeld im Hintergrund zieht die Urlauber an. Doch nun soll Gelb gehen und Schwarz kommen. Direkt hinter der Pension, auf dem 12 Hektar großen Feld, wo sonst der Raps blüht, soll in Zukunft Energie erzeugt werden. Mit Solarzellen. »Ich habe nichts dagegen, aber hier ist das falsch«, sagt Nissen, besorgt um sein Geschäft. »Die Leute fahren ja vorbei, wenn sie das sehen.«

Es ist ein Kreuz mit der regenerativen Energie. Erst wurde der Horizont mit Windrädern vollgestellt, jetzt werden die Felder mit hässlichen Modulen zugepflastert. Auf der einen Seite stehen die Bauern, die lieber die sichere Einspeisevergütung nehmen, als um Milch- und Getreidepreise zu kämpfen, auf der anderen Seite protestieren die Anwohner und die Tourismusbranche. Dabei sind eigentlich alle dafür: Acht von zehn Deutschen wollen grünen Strom, bloß soll er nicht nebenan gewonnen werden.

Ricklef Nissen sammelt jetzt Unterschriften gegen das Kraftwerk hinter seiner Pension, 25 hat er schon. Lange reden muss er nicht: Solarenergie? Hier nicht! Das genügt. **FOKKE JOEL**

IN DER ZEIT

Die so ▷ gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT.de unter **www.zeit.de/audio**

DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLI

Preis Schweiz 6,80 CHF

Nr. 41 *1. Oktober 2009*





Arme Politiker

Warum haben wir so schlechte Volksvertreter? Weil wir sie immer schlechter bezahlen

POLITIK SEITE 15

Leben nach dem Abi



Wie der Abschied von der Schule Spaß macht, und warum Studieren sich lohnt

CHANCEN-SPEZIAL 40 SEITEN

Literatur-Spezial



Ein Sonderheft über »Loslabern«, sein neues Buch. Von Rainald Goetz

MAGAZIN SEITE 10–31

Al-Qaida: Terror schaffen ohne Waffen

Neue Drohungen zeigen Wirkung in Deutschland **VON CHRISTIAN DENSO**

Für Terroristen ist die Kommunikation nahezu genauso wichtig wie die menschenverachtende Tat. Islamisten führen das derzeit eindrucksvoll mit ihren Botschaften an Deutschland vor. In Videofilm-Ausschnitten sehen wir den Hamburger Hauptbahnhof, den Kölner Dom und das Oktoberfest. Dazu wird gedroht, ein »böses Erwachen« angekündigt. Sie wollen uns damit verunsichern, sie wollten zudem die Bundestagswahl beeinflussen. Und tatsächlich – die Drohungen zeigen Wirkung. Plötzlich überlegen die Menschen, ob sie zum Beispiel mit ruhigem Gewissen in den ICE steigen dürfen.

Die meisten Deutschen begreifen, dass auch unsere offene Gesellschaft ein Ziel ist, das al-Qaida treffen will. Die Erkenntnis ist nicht neu, wohl aber die Reaktion. Schon mehrfach haben die Sicherheitsbehörden Anschläge in Deutschland verhindert. Doch nach dem 11. September 2001 haben sich viele Bürger damit beruhigt, unser Land sei, im Gegensatz zu den USA, nicht wirklich bedroht. Damals unterschätzten sie die Gefahr. Möglicherweise wird sie jetzt überschätzt.

Nicht wenige Experten sagen, al-Qaida habe ihren Zenit überschritten. Islamistischen Terroristen ist seit den Anschlägen von Madrid und London 2004 und 2005 kein Attentat in Europa mehr gelungen. Ihre Netzwerke in Deutschland gelten bis in viele Verästelungen als bekannt. Das liegt auch an den immer weiter reichenden Ermittlungsbefugnissen der Sicherheitsbehörden – Kompetenzen, die die FDP in der schwarz-gelben Koalition gern wieder beschneiden würde.

Angst oder Sorge werden sich jedoch weder durch Argumente noch durch die Beschneidung von Freiheitsrechten überwinden lassen. Wer Angst hat, der wertet auch den als Beruhigung gedachten Aufmarsch der Polizisten mit Maschinenpistolen an Bahnhöfen und Flughäfen als Bestätigung, dass die Gefahr ernst zu nehmen ist. Wer besorgt ist, den verunsichert die Einschätzung der Behörden noch weiter, die Bedrohung sei lediglich »abstrakt«. Heißt das nicht, dass die Sicherheitsbehörden nichts Konkretes wissen?

Die Islamisten haben auch ohne Anschläge also ein Ziel schon erreicht, und das mit minimalem Aufwand: Die Menschen in Deutschland machen sich Sorgen, gerade wenn sie ihrem Alltag nachgehen. Mit dieser Restangst werden wir lernen müssen umzugehen, weil Deutschland Teil des von ihnen verhassten westlichen Bündnisses, der westlichen Kultur ist.

In Spanien gelang es den Terroristen, durch einen Anschlag eine Wahl entscheidend zu beeinflussen. Dieses zweite Ziel haben sie in Deutschland mit ihren Videobotschaften weit verfehlt. Die Deutschen haben den Islamisten auf die Drohungen selbstbewusst geantwortet. Sie haben gezeigt, dass das Afghanistan-Ultimatum von al-Qaida bei ihrer Wahl keine Rolle gespielt hat. Zumindest das ist beruhigend.

Foto: Digital Picture Library/Composing: DZ

www.zeit.de/audio

Ein komisches Gefühl

In Deutschland hat ein epochaler Machtwechsel stattgefunden. Kaum zu fassen! **VON BERND ULRICH**

Wie fühlt es sich eigentlich an, dieses Wahlergebnis? Wir wissen es noch nicht, wir sind noch nicht in der schwarz-gelben Republik angekommen. Zu tief hängen die letzten elf Jahre in den Kleidern, zu sehr sogar noch die vier der Großen Koalition.

Dieser achte Regierungswechsel in der Geschichte der Republik ist genau genommen nur ein halber. Die Kanzlerin und mit ihr die größere Regierungspartei bleiben schließlich. Trotzdem fühlt sich das alles wie ein tiefer Einschnitt an.

Der eine Grund dafür liegt in der ungeheuren Fülle dessen, was sich in den zurückliegenden elf Jahren ereignet hat: zwei Wirtschaftskrisen, der 11. September, zwei Kriege mit deutscher Beteiligung, Reformen über Reformen, Zuspitzung der globalen Klimakrise, tief greifende Erschütterung der Weltordnung, Verunsicherung durch Gentechnologie und Hoffnung darauf.

Der andere Grund: Das politische Medium, in dem wir das alles durchleben durften und durchleiden mussten, war eine Partei – die tapfere, schmerzensreiche, unerträgliche SPD. Dass sie nun von den Wählern mit großer Brutalität auf die Nebenbühne geschoben wurde, dass die Leute ihr beim Leiden nicht mehr zusehen wollen, das macht den emotionalen Einschnitt aus. Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt endet – in Scherben (siehe Seite 5).

Auch die vier Jahre der Großen Koalition haben sich ins Gedächtnis eingeschrieben, mehr als man vielleicht erwartet hatte. Richtig zu sich und zu ihrer Mission kamen Schwarze und Rote erst mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, als die Große Koalition groß handeln konnte – weil sie es musste. Zugleich hat diese Koalition Fantasie gehemmt. Die Gedanken reichten selten weiter als die engen Spielräume, die man einander ließ. Schließlich regierten hier zwei Parteien, die wussten, dass sie sehr bald um das Kanzleramt konkurrieren würden.

Westerwelle und die Medien – aus Verachtung wird Neugier

In der Stunde höchster Not war es gut, eine Große Koalition zu haben. Nun ist es gut, sie los zu sein, denn sie wäre selbst zur Quelle höchster Not geworden, zwei schwindsüchtige Volksparteien, im Leiden vereint.

Die neue Koalition hat darum zunächst einmal etwas Frisches, man könnte auch sagen etwas Banales, jedenfalls hat sie vorerst weder einen Grund zu leiden oder zu knirschen oder zu klagen noch ein Recht dazu.

Welche FDP da nun an die Regierung kommt, das weiß sie womöglich selbst noch nicht. In elf so ereignisreichen Jahren immer nur in der Opposition gewesen zu sein, das prägt eben auch. Die Rückkehr an die Macht jedenfalls wird für die Liberalen ein interessanter Lernprozess. Guido Westerwelle ist sogar noch länger in der Opposition, weil er sich schon im Dagegensein übte, als die FDP in den neunziger Jahren an der Macht war, genauer gesagt: als sie von Helmut Kohl an der gelben Krawatte durch die Bonner Republik gezogen wurde (siehe Seite 2).

Man darf also gespannt sein auf diese FDP und ihren ersten Mann. Und man muss es auch. Das Verhältnis zwischen den Medien, den konservativen, grünen und linken Milieus auf der einen und den Liberalen auf der anderen Seite war lange von Verachtung geprägt. Nun sollte erst einmal Neugier herrschen.

Neugier schon deshalb, weil es erstaunlich ist, dass die angeblich so angstbesetzten Deutschen ausgerechnet in der tiefsten Wirtschaftskrise seit dem Krieg diejenigen gewählt haben, die eher auf den Markt setzen, die weniger Sicherheiten versprechen. Und das, obwohl die drei linken Parteien eine Angstkampagne gegen Schwarz-Gelb betrieben haben. Vergeblich. Wie schon bei der Rote-Socken-Kampagne der Union in den Neunzigern hat sich die Mehrheit nicht manipulieren lassen.

Merkel und Westerwelle haben am vergangenen Sonntag allerdings ebenso wenig ein Mandat für Radikalreformen und Sozialkürzungen bekommen und wollten das auch gar nicht. Diese neue Koalition wird nicht der Versuch sein, den verpassten Sieg von 2005 nachzuholen. Der autoritäre Neoliberalismus, der damals herrschte, ist für immer dahin. Und zwar in beiden Elementen: So viel Staatsverachtung und Deregulierungswut wird es nach der Weltwirtschaftskrise nicht wieder geben. Und der autoritäre Ton dieser Zeit ist erst recht überholt.

Durchregieren funktioniert nicht mehr in unserer selbstbewussten Gesellschaft. Diese Lektion hat Angela Merkel gelernt. Und wenn sie es nicht schon hätte, dann würde sie es jetzt lernen, da in der SPD die Generation der Basta-Politiker, der Putschistengeneration abgeräumt wird. Merkel, der das eigentlich gar nicht liegt, hat 2005 vom Durchregieren gesprochen. Schröder und Müntefering haben es viele Jahre lang gemacht.

Man kann nur hoffen, dass nun auch die CSU als letzte Partei die Lektion vom souveränen Souverän lernt und sich vom Autoritären verabschiedet. Horst Seehofer wurde für seinen irrlichternden Wahlkampf und für seine Chefallüren von den Wählern abgestraft. Wenn er jetzt als Kleinster in der Koalition trotzdem oder erst recht versucht, als Schwanz mit zwei Hunden zu wedeln, dann wird es um ihn so schnell geschehen sein wie jetzt um die alte SPD-Führung.

Schwarz-Gelb wird aber – wenn Westerwelle uns nicht die alten Minister von damals als junge Hoffnungsträger vorsetzt – auch keine Retroveranstaltung, kein Wiederaufleben der Kohl-Jahre. Nicht nur, weil das Autoritäre unpraktikabel geworden ist, sondern weil die gesamte rot-grüne Modernisierung unumkehrbar geworden ist. In Schwarz-Gelb steckt viel Rot-Grün.

Allerdings ist Guido Westerwelle durchaus versucht, ein paar alte Schlachten gegen die 68er und das ganze grüne Milieu nachträglich zu gewinnen. Eine Offensive bei der Atomenergie etwa dürfte die achtziger Jahre als Farce zurückholen, mit großen Polizeiaufgeboten, mit Blockaden und grünen Politikern in Rheumadecken auf Bahngleisen. Will Westerwelle das wirklich? Wegen ein paar Jahren Laufzeitverlängerung?

Viel wichtiger ist doch die Frage, ob Deutschland seine relativ vernünftige und, wie man früher sagte, fortschrittliche Rolle in der internationalen Klimapolitik nun ausbaut oder zurücknimmt. Wird Schwarz-Gelb noch mehr Rücksicht auf die deutschen Energieriesen nehmen als die SPD, oder wird die neue Koalition ihnen an das Monopol gehen? Nicht beim Kündigungsschutz oder bei den Sozialleistungen, aber auf anderen Feldern darf man doch hoffen, dass Schwarz-Gelb ein bisschen marktradikaler wird.

Die langen Phasen repressiven Schweigens müssen nun aufhören

Bei all dem kommt es auf die Kanzlerin an. Überhaupt kommt es sehr auf sie an. Sie hat jetzt tatsächlich eine Richtlinienkompetenz. Schreck, lass nach! Sie muss jetzt können!

Guido Westerwelle hat ein gutes Ergebnis erzielt. Aber er ist der deutlich kleinere Partner, und er hat keine Koalitionsalternative. Und er muss, anders als vorher Frank-Walter Steinmeier, nicht ums Kanzleramt konkurrieren.

All das bietet der Kanzlerin die Möglichkeit, die Mitte und die Themen zu definieren. Angela Merkel hat schon angekündigt, sie wolle bleiben, wie sie ist. Das ist zur einen Hälfte beruhigend und zur anderen eine Drohung. Denn sie war bisher eine halbierte Kanzlerin, sie war darum – hoffentlich nur darum – oft zu blass, sie wartete manchmal zu lange ab, sie gab zu wenig vor. Am Grundmuster ihrer Politik – eine lernende Kanzlerin in einer lernenden Gesellschaft – muss sich nichts ändern. Aber die langen Phasen repressiven Schweigens, ihre Weigerung, wenn schon nicht Reden zu halten, so doch zumindest Stichworte zu geben, all das kann nun aufhören.

Vielleicht war es ungerecht, von ihr zu verlangen, dass ihr Denken und ihr Reden weiter reichen solle als ihre Macht. Aber dann muss sich ihr Reden und Denken jetzt spürbar ausdehnen, weil ihre Macht größer ist als je zuvor. In der Koalition, weil die FDP nicht die SPD ist. Und in der eigenen Partei, weil die mürbe gewordenen Ministerpräsidenten keine Gefahr mehr darstellen und die CSU machtpolitisch ihrer wahren Größe entgegenschrumpft – 6,5 Prozent.

Klima, Bildung, Afghanistan, Integration, Arbeit von morgen – es gibt viel zu besprechen in diesem Land, wir warten auf Vorschläge aus dem Kanzleramt.

www.zeit.de/audio

ONLINE

Wie weiter nach der Wahl? Führende Ökonomen beraten die neue Bundesregierung

www.zeit.de/expertenrat

PROMINENT IGNORIERT



Papst und Spinne

Arachne, die Weberin, wurde von der Göttin Athene, die ihr das Weben beigebracht hatte, in eine Spinne verwandelt, zur Strafe für ihren Hochmut. Der Papst, dem eine schwarze Spinne übers weiße Gewand kroch, als er jetzt in Prag eine Rede hielt, ließ sich nicht beirren. Er ist mythologisch bewandert und wird überlegt haben, ob er Arachne wieder zur Menschengestalt verhelfen sollte, aber das wäre dann doch unpassend aufgefallen. **GRN.**

Kleine Fotos: Achenbach & Pacini für DIE ZEIT; Rainald Goetz; AP (v.o.n.u.)

ZEIT Online GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg

Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbriefe@zeit.de

Abonnentenservice:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de
*) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise können abweichen

NR. 41

CH 64. Jahrgang C 7451 C



Arme Politik!

Werden unsere Politiker immer schlechter? Nein. Aber wenn wir sie immer schlechter behandeln und bezahlen, wird's nicht besser **VON MARTIN A. SENN**

Ob Bundesrat oder Kanzleramt, wenn Wahlen anstehen, macht sich neuerdings in der Öffentlichkeit immer penetranter die platte Mahnung breit, es komme doch zuallererst auf die Qualität der Kandidaten an – nicht auf die politische Farbe. »Die Besten müssen ran«, lautet der Tenor, mit dem die parteipolitisch irrlichternden Forumsmedien den Geschmack des Publikums treffen.

Und so hat sich bis tief in die Zeitungsspalten und Fernsehdiskussionen festgesetzt, was der Stammtisch immer schon zu wissen glaubte: dass es in der Politik keine Persönlichkeiten mehr gebe, dass die Amtsträger unfähiger würden und dass sie obendrein zu gut bezahlt seien.

Wie alle Pauschalurteile hat auch dieses einen schweren Makel. Es ist falsch.

Falsch ist schon die Grundannahme, dass es in einer Demokratie darum gehe, die Besten zu wählen. Denn nicht eine Elite müssen hier die Politiker abbilden, sondern die Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung. Das ist anspruchsvoll genug. Die angeblich alles überragenden Persönlichkeiten der Vergangenheit waren meist bloß das Ergebnis der Mythenbildung durch ihre Nachwelten. Nicht mal Napoleon verdankte wohl seine Siege seinen vermeintlich genialen Einfällen und Dispositionen. Glaubt man Tolstoj, der mit Akribie die Kriegstechnik des großen Feldherrn untersucht hat, waren Napoleons Anweisungen keinen Deut besser als die irgendeines andern Heeresführers seiner Zeit.

Dass es heute keine alles dominierenden politischen Persönlichkeiten gibt, ist nicht das Defizit der modernen, westlichen Demokratien, sondern deren Erfolgsausweis. Ihre allererste Priorität muss ja gerade sein, wie Karl Popper treffend formulierte, »unsere politischen Institutionen so zu gestalten, dass auch unfähige und unredliche Politiker keinen großen Schaden anrichten«.

In der Bundesverfassung ist diese Aufgabe fast schon idealtypisch gelöst. Eine verästelte und verzahnte Aufteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen und Gewalten des Staates wirken als Bremssystem gegen übermäßige persönliche Ambitionen.

Als habe es diese für eine Demokratie lebenswichtige Gewaltentrennung nie gegeben, träumen viele Bürger und eine wachsende Zahl Medienleute weiterhin von den großen, guten Weisen, die die Geschicke des Landes umsichtig und gerecht leiten. Platons elitäre Idee, wonach es »kein Ende der Probleme gibt, solange nicht politische Macht und Weisheitsliebe in derselben Person vereinigt sind«, hat sich unbeeindruckt von Aufklärung und Bürgerdemokratie durch die Jahrtausende gerettet.

Doch Demokratien können und dürfen ihre Politiker nicht auswählen wie Unternehmen ihr Führungspersonal. Das Wahlvolk ist kein Human Resources Department, das in vermeintlich wertfreien Assessments die Kandidaten screent. Es ist die Gesamtheit aller, teils sich diametral widersprechender Machtansprüche, Interessen und Ideologien, Vorlieben und Befindlichkeiten. Gefiltert durch die Parteien, fließt dieses immense Streitpotenzial in höchster Konzentrationsdosis in die Mikrowelt der Politik. Gut so.

Dennoch begleitet die Parlamente seit je deren Diskreditierung als Schwatzbuden. Munition lieferten den Kritikern auch Parlamentarier selbst. Der Berner Ulrich Dürenmatt etwa, Nationalrat von 1902 bis 1908, nahm den Parlamentsbetrieb sogar in Versform auf die Schippe: »Und manches, was ich geredet / verstand ich selber nicht. / 'S macht nichts, weil's den Kollegen / ja auch an Verstand gebricht.«

Zweifelsfrei ernst meinte es dagegen FDP-Präsident Fulvio Pelli, als er letzte Woche an einem Podiumsgespräch in Bern Christoph Blochers Forderung, die Regulierung der Großbanken müsse vom Parlament entschieden werde, konterte: »Ach, wir würden uns doch nur streiten. Überlassen wir das doch denen, die etwas davon verstehen.«

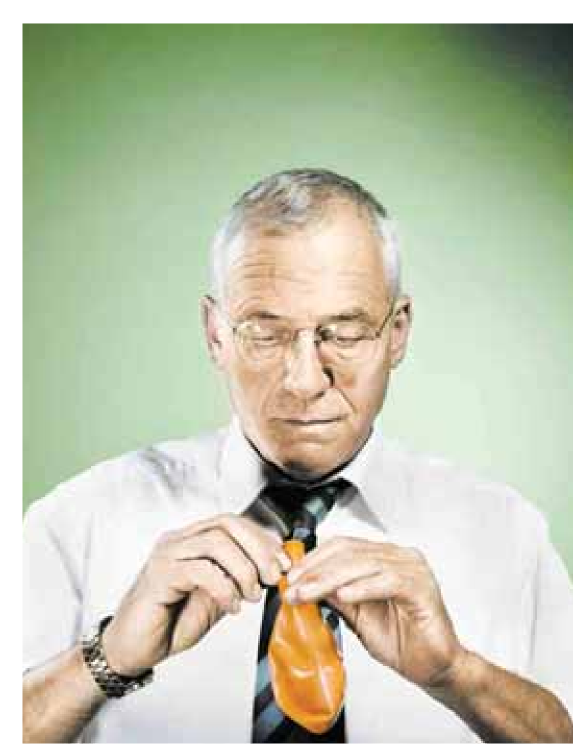
Kein Wunder, gelten Politiker, die ihren eigenen Fähigkeiten so wenig vertrauen, als überbezahlt. Vorlagen zur Erhöhung ihrer Saläre haben bei den Stimmbürgern keine Chance, oder sie ernten – wie soeben für eine Anhebung der Fraktionsbeiträge im Nationalrat – landauf und landab Hohn und Spott.

Bundespräsident Merz müsste 1,5 Millionen Franken verdienen

Die Folgen dieser unablässigen Diskreditierung lassen sich in den Lohnstatistiken ablesen: Kein Zweig der Schweizer Privatwirtschaft hat seine Angestellten über Jahrzehnte hinweg so knauserig am allgemeinen Wohlstandswachstum teilhaben lassen wie die Demokratie ihre Politiker. Bundesräte müssten heute deutlich mehr als das Doppelte verdienen, wollten sie lohnmäßig auf dem gleichen Niveau stehen wie ihre Amtsvorgänger vor hundert Jahren.

Das tönt kühn, lässt sich aber belegen. Nehmen wir etwa den Bundespräsidenten im Jahr 1900, den Zürcher Freisinnigen Walter Hauser. Sein Jahreslohn lag bei 17 000 Franken, die übrigen Mitglieder des Bundesrates bekamen 15 000 Franken. Um abzuschätzen, welchen Löhnen dies heute entspricht, muss man diese Beträge mit der allgemeinen Lohnsteigerung seit 1900 vergleichen. Das soeben aufdatierte wirtschaftshistorische Standardwerk *The Golden Constant* weist hierzu für England, stellvertretend für die führenden westlichen Wirtschaftsnationen, den Indexwert 90 aus. Das heißt: Seit 1900 haben die Löhne über alle Wirtschaftssparten und Einkommensschichten hinweg um das 90-Fache zugenommen. Hausers 17 000 Franken im Jahr 1900 entsprechen mithin einem heutigen Salär von 1,53 Millionen Franken. So viel müsste Bundespräsident Hans-Rudolf Merz verdienen – und seine Regierungskollegen 1,35 Millionen –, wenn die Bundesratslöhne seit 1900 im gleichen Maß angestiegen wären wie alle übrigen Löhne. Tatsächlich verdient Merz 445 000 Franken, seine Regierungskollegen 12 000 Franken weniger.

Die Londoner *Times* hat diese Berechnung unlängst für den britischen Regierungschef Gordon Brown gemacht. Dabei stellte sie fest, dass dieser nicht einmal die Hälfte seines Amtsvorgängers im Jahr 1900, Graf Salisbury, verdient. »Vielleicht«, räumte das konservative Blatt zerknirscht ein, »müssen wir unsere Haltung gegenüber Politikerlöhnen doch überdenken.«







KLEINGEMACHT: SPler Ledergerber und FDP-Präsident Pelli lassen sich inszenieren

Noch schlechter als für Exekutivpolitiker, die sich dank wachsenden Stäben zumindest ihre technische Machtbasis erhalten konnten, sieht es für die Schweizer Milizparlamentarier aus. Deren Tageslohn wurde 1923 auf 40 Franken angesetzt. Das entspricht mindestens dem Drei- bis Vierfachen des aktuellen Taggeldes von 400 Franken.

Heute liegt das Jahreseinkommen eines eidgenössischen Parlamentariers je nach Anzahl der Kommissionssitze zwischen 70 000 und gut 100 000 Franken. Schlägt man, wie es Kritiker gerne tun, die nicht zum Lohn gehörende Pauschale von 30 000 Franken für Sekretariats- und Sachaufwendungen dazu, ergibt dies für einen Halbzeitjob einen ansehnlichen Betrag. Allerdings ist die Arbeitsbelastung für einen Parlamentarier, der sein Amt ernst nimmt, längst höher als 50 Prozent. Zudem sind die Arbeitszeiten so unregelmäßig verteilt, dass sich einen Parlamentssitz mehrheitlich nur noch Freiberufler, Anwälte, Unternehmer, Politfunktionäre und professionelle Interessensvertreter leisten können.

Nicht allein die Linke prangert die Ohnmacht der Politik an

Kommt hinzu, dass trotz enorm angestiegener Geschäftslast substanzielle Erhöhungen der finanziellen und personellen Mittel für Parlamentsmitglieder politisch nicht durchzusetzen sind. Zunehmend schwer fällt es dem Parlament deshalb, mit den stetig aufrüstenden privaten Interessensgruppen und dem laufend professionalisierten Polit-Marketing der Verwaltung auf Augenhöhe zu bleiben. Es leidet die Unabhängigkeit der Parlamentarier gegenüber den privaten Interessensgruppen, aber auch ihr Biss bei der Oberaufsicht über Verwaltung und Regierung. Zu beobachten ist eine stetige Schwächung der Legislative und ein weiterer Prestigeverlust der Parlamentarier. Womit die Akzeptanz von Verbesserungen der parlamentarischen Ressourcen abnimmt und das Parlament weiter geschwächt wird. Wir haben es mit einer Spirale des Machtabbaus zu tun.

Angeprangert wird die wachsende Ohnmacht der Politik nicht mehr nur durch die Linke. Der freisinnige Privatbankier Konrad Hummler etwa spricht im Zusammenhang mit der Bewältigung der Finanzmarktkrise von einer »einseitigen Rücksichtnahme auf die egoistischen Interessen des Bankmanagements durch die großen Wirtschaftsverbände«. Und Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand mahnte am Wochenende in Chicago: »Wir vergessen die Ernsthaftigkeit der Krise und werden Opfer des wieder erwachten Lobbyings einer mächtigen und erholten Branche. Das dürfen wir nicht hinnehmen.«

Kaum anzunehmen allerdings, dass sich in der Schweiz die »starke und mutige politische Führung« finden wird, die sich der Nationalbankchef wünscht, um die notwendige Erneuerung der Finanzbranche durchzupauken. FDP-Präsident Fulvio Pelli gab vergangene Woche schon mal die Losung durch: »Wir sollten uns da nicht einmischen!«

Wie auch. Ein Land, das seine Politiker seit Jahrzehnten kleinredet, kann nicht erwarten, dass sie sich plötzlich riesig machen.

CH

SCHWEIZERSPIEGEL

Und warum läufst Du nicht Amok?

Sophie Hunger lässt einen zornigen Mann die Schweizer Jugend beschimpfen

Guten Tag. Mein Name ist Christian Seraphin Jenny, und ich befinde mich im Spiegel der Schweiz. Ich werde aufgefordert, in der heutigen Ausgabe möglichst früh eine Bombe platzen zu lassen. Da ich diesen Ausdruck nicht verstehe, kann ich ihm nicht folgen. Es muss sich jedoch um eine Metapher handeln, denke ich noch im Stillen. Bereits aber eröffnet sich mir der freie Blick zur Welt, und ohne Verzögerung werde ich meinem Gegenüber vorgesetzt. An meinen Seiten fühle ich den warmen, festen Druck von Händen, die mich halten. Ich schaue in das Gesicht eines jungen Mannes. In sein ovales, dunkelbraunes Brillengestell sind auffallend dicke Gläser eingelassen, durch die mir seine Augen in ganzer Schärfe entgegenstechen. Noch bevor er die Stimme erhebt, weiß ich, dass er es auf mich abgesehen hat. Etwas Unheimliches geschieht: Er spricht nicht sofort, er denkt zunächst, seine Gedanken aber graben sich in mich und bilden sich auf mir ab. Sie werden zu den Worten auf meiner Seite.

SOPHIE HUNGER ist eine international bekannte Schweizer Musikerin

Nun holt er tief Luft und liest sich aus mir vor: »Was tust Du da? Wer bist Du? Ein Schweizerspiegel? Warum bist Du im Schweizer Teil der deutschen Zeitung abgedruckt, den es nur in der Schweiz zu lesen gibt? Was für einen Sinn ergibt das? Hat es damit zu tun, dass sich niemand für die Schweiz interessiert außer die Schweizer selbst? Warum solltest Du, aus einem Schweizerspiegel heraus, der sich naturgemäß nur sich selbst zuwendet, Deine Sicht reflektieren? Was für einen Zweck möchtest Du damit erfüllen? Ist Dir bewusst, dass Du Dich selbst frisst? Spiegel spiegelt Spiegel spiegelt Spiegel spiegelt Spiegel spiegelt Spiegel … Von was für einer Wirklichkeit möchtest Du mir erzählen? Möchtest Du mir etwas sagen, über die Verhältnisse, die wir unter uns pflegen, von der Ironie unseres Daseins, möchtest Du Dich lustig machen über die faktische Bedeutungslosigkeit unseres Landes und unserer gleichzeitig überbordenden Selbstliebe? Möchtest Du dem Bildungsbürgertum Deiner Eltern von den haarsträubenden Begebenheiten einer zu Tode differenzierten Zivilisation erzählen, die sich in ihrer Summe dem Primitiven entgegenbewegt? Und dann, als Du begreifst, dass sie alt und hilflos sind, möchtest Du Dich an die *ZEIT* lesende Jugend wenden? An die Heerscharen von Kunsthochschulabsolventen, die auf ihren Rennfahrrädern ihre diplomierte Freigeistigkeit spazieren fahren? Und wenn sie so herumflanieren auf ihren einwandfreien Straßen, in ihrem einwandfreien Gedankengut, ihren einwandfreien Selbsterkenntnissen und Dir zurufen, sie hätten nun mal ihre persönliche Religion gefunden, möchtest Du ihnen dann nicht in ihrer ganzen wohlstandsverwöhnten Selbstherrlichkeit die Fresse polieren? Oder wendest Du Dich an die Studenten, die von ihren entmündigten Bologna-Universitäten wie kleine Rattenbabys durch faschistisch strukturierte Lehrpläne gehetzt werden auf der Jagd nach Kreditpunkten? Und wenn Dir diese Kredit-Kunden aufsagen, wie man Strukturalismus definiert, glaubst Du, dass in ihren Lochkarten-Studentenhirnen tatsächlich autonome Gedanken stattfinden können? Hast Du Dich weiter nicht auch schon gefragt, warum Schwarzafrikaner in öffentlichen Verkehrsmitteln aufstehen und uns trunken ins Gesicht schreien: *»Down in the grave you die and die and die and die!«* Du hast Dich gefragt, warum man das zulässt, aber nicht gefragt hast Du, warum es Dich stört, warum es Dich erstickt, warum es Dich betrifft. Du hast Dir angeschaut, wie Kinder ihren Mitschülern ins Gesicht schießen und hast Dich gefragt, wie es dazu kommt. Nie aber hast Du Dich gefragt, warum Du es nicht auch tust, warum DU nicht Amok läufst. Und diese Antwort, Christian, ist der sprachlose Faden, an dem Dein Leben hängt.«

Der bebrillte junge Mann zerreißt mich in der Mitte, ich bin gespalten.

Nächste Woche, Daniele Muscionico, Journalistin

Die zwei Onkens

Die Mutter steht für Schweizer Feminismus. Mit einem Sexbuch folgt ihr jetzt die Tochter

VON DANIELE MUSCIONICO



Foto: Werni Koschig/www.wernikoschig.ch

KAMPFPLATZ FRAU
Maya und Julia Onken

Julia Onken möchte man im Dunkeln nicht begegnen. Eine falsche Handbewegung, und diese Frau schießt zurück. Nicht dass sie abends bewaffnet durch die Straßen von Romanshorn schlendern würde. Sie selber ist die Schuss-, Hieb- und Stichwaffe, seit über 20 Jahren angelegentlich der Sache der Frau. Sie tut, was sie für richtig hält, und sagt, was sie denkt. Denn das ist fraglos das Zutreffende. Jetzt, in einem Büro an ihrer Schule, dem Frauenseminar Bodensee, blickt sie prüfend auf ihre Tochter und rügt: »Am liebsten möchte ich mein Bügeleisen holen.« Mayas Kleidung gebührt in den Augen der Mutter eine disziplinarische Maßnahme.

Doch wen interessiert, was Maya Onken trägt? Die Frage, die tatsächlich brennt, lautet: Wie viel von der Autorin selbst steckt in ihrem ersten Buch? Denn die Verfasserin, Mutter zweier Kinder, mit 41 Jahren die älteste Tochter der Doyenne des Schweizer Feminismus, hat sich mit einer Publikation an die Öffentlichkeit begeben, die für Aufsehen sorgt. Des Themas wegen, ohne Frage, aber auch deshalb, weil sich die Tochter auf das Territorium der Mutter wagt, den Kampfplatz Frau. Dieser gelang 1988 der Erfolg mit dem Buch *Feuerzeichenfrau,* einem Bericht über die Wechseljahre. Julia Onken, gelernte Papeteristin, war die Erste, die das Thema aus Sicht einer Betroffenen schilderte, sie verlegte das Buch zuerst im Selbstverlag, 50 Stück, niemand war daran interessiert. Heute ist es in der sechsten Auflage erhältlich, und sie ist im In- und Ausland eine gefragte Referentin. Julia Onken beglückt ihre Fangemeinde alle paar Jahre mit einem neuen Werk, 13 sind es bis heute, einer Mischung aus Autobiografie und populärer Fachliteratur. Ob die Beziehung zum Vater, der Seitensprung, Beziehungsfallen oder Selbstbewusstsein, Ausgangspunkt sind immer ihre eigenen Erfahrungen.

Maya Onkens Erstling heißt *heissssss,* und daran, dass die s sechsfach gesetzt sind, hat nicht ein kapriziöser Zufall Schuld, sondern der schlichte Zaunpfahl: Mit der Figur ihrer Alé, einer 38-jährigen Journalistin und Teilzeitmutter, nimmt die Autorin ihre Leserinnen mit auf eine Lustreise zur Sexgöttin in uns allen. Dass sie dabei deutlich wird und Dinge beim Namen nennt oder neue Namen für sie erfindet – Rosenknospe, Taktstock, Liebeszepter, Lustgabel, Blütenstempel – zeigt, dass hier ein kreative Hand am Werk war. Und auch wenn sie sich dabei sprachlich verstolpert, ihr guter Wille fürs Werk zählt.

Heissssss ist eine Plattform, auf der weibliche Sexualität verhandelt wird. Dazu erteilt Onken Handlungsanweisungen für das weibliche »Selbstlieberitual« (Alé: »Es macht mich ziemlich sauer, dass ich nie richtig gelernt habe zu onanieren«) – und diese klingen so praktikabel, wie man es noch nicht gelesen hat. Zumal nicht von einer Schweizer Autorin. Hier, tatsächlich, erhellt Onken einen dunklen Kontinent. Denn Spermien sind nicht gleich Spermien. Es gibt die Blocker, die Höhlen und Durchgänge verbarrikadieren, und die Killerspermien, die nicht befruchten, sondern die Spermien anderer Männer vernichten. Und drittens gibt es die Ei-Krieger, den wendigen Killern verwandt, doch zur Befruchtung fähig.

Doch warum wird sie nicht auf diese ihre wissenschaftlichen Forschungsergebnisse angesprochen in der Presse, grübelt Onken die Zweite? Weshalb nicht auf ihr Fazit, dass Sex zwischen den Ohren stattfinde, was vor ihr zwar schon andere feststellten, aber auch Maya Onken noch einmal gesagt haben will: »Die erogenste Zone der Frau ist ihr Gehirn.« Weshalb unterschlagen die Medien ihr Anliegen, der weiblichen Sexualität eine eigene Sprache zu verleihen? Warum reduziert man sie auf drei, vier vulgärsprachliche Ausdrücke für weibliche Geschlechtsteile? Frau Onken ist enttäuscht. »Niemand schätzt die Mühe, die ich mir gegeben habe, um für Vagina 50 verschiedene Ausdrücke zu finden.« Ihre Zweifel sind der Mutter Triumph. Und der Konterschlag sitzt: »Zicke nicht! Das ist halt so. Schreib ein Gartenbuch, wenn du das nicht willst.« Die Tochter: »Wenn ich hysterisch bin, kühlt sie mich immer runter.«

Umso eindringlicher ermutigt sie während der Buchvernissage die Leserinnen, ihre »innere sexuelle Landkarte zu finden, echt und authentisch.« Im Frontalunterricht will sie die geschlossenen Reihen befeuern: »Schaut genau hin, Girls. Und nehmt nochmals einen Anlauf, am besten heute Abend, gell?« Die Frauen lachen. Mutter Onken sitzt in der ersten Reihe. Als die Tochter aus dem Kapitel *oversexed and underfucked* vorliest, die Stellen, an der Alé von einem feuchten Traum erzählt, hört man sie zufrieden gluckern. Sie scheint vom Ergebnis angetan.

»Mir kommt kein Mann ins Haus, den man Frauen nicht zumuten kann!«

Wie auch nicht? Maya Onken ist die designierte Thronfolgerin des Lebenswerks ihrer Mutter, des Frauenseminars Bodensee. Julia Onken hat nach ihrer Scheidung 1988 eine Schule von Frauen für Frauen gegründet, »an der psychologische Gesetzmäßigkeiten unterrichtet werden, um Lebenszusammenhänge zu begreifen«, sagt sie. Dass dabei auch manchmal »ein Mann über Bord« geht, gehört zu den Kollateralschäden des Geschäfts. Julia Onken: »Mir kommt kein Mann ins Haus, den man Frauen nicht zumuten kann!« Und das sind nach ihren Feldstudien mindestens 60 Prozent aller fraglichen Subjekte. Umso unkomplizierter ist sie, wenn sie Frauen für das Team begeistert. Als sie an einem Podium die Berner Politologin und Autorin von *Die Macht des richtigen Friseurs*, Regula Stämpfli, hörte, engagierte sie sie mit den Worten: »Hey, Stämpfli, komm zu uns!« Und Stämpfli kam.

Die Gründung des Frauenseminars Bodensee hat unbekannte Mütter. Onkens Idee war es nicht, beteuert sie, sie habe diese Anweisung im Traum erhalten. »Er war so sonnenklar, dass es daran nichts zu deuten gab: Ich soll eine Psychologieschule für Frauen gründen.« Dass ihr geschiedener Mann ums Eck, in Kreuzlingen, gleichfalls eine Schule leitet, das Institut Onken, ein seit 100 Jahren auf Fernunterricht spezialisiertes Familienunternehmen, das wird von ihr verschwiegen.

Wie auch immer, ob unbefleckte Empfängnis oder doch die Antwort auf die Aktivität ihres Geschiedenen, das Frauenseminar Bodensee besuchen jährlich rund 2500 Interessierte aus der Schweiz, Deutschland und Österreich. Seit 2006 sitzt auch Maya Onken mit im Boot, in der Geschäftsleitung und als Dozentin. Denn Mutter Onken schoss es irgendwann durch den Kopf: »Sie ist die richtige Person.« Hat Onken die Erste dynastische Ambitionen? Was einer Madonna billig ist, soll ihr recht sein. Und die Tochter, damals Leiterin der Personalabteilung von Body Shop Schweiz, teilte die Meinung der Mutter. Sie würde die Rolle der Kronprinzessin spielen.

Es scheint wie in einer griechischen Tragödie. Hier die Mutter, emanzipatorisch gestählt in den 68ern. Ihr Vater, ein Fischer vom deutschen Bodenseeufer, er war 64, als sie zur Welt kam, ihre Mutter, eine scheue Schweizer Bauerntochter, 30 Jahre jünger. »Er war ein Deutscher von der Art, die uns Schweizern auf die Nerven geht.« Und hier die Tochter, unterwegs in den Fußstapfen der Älteren. Die Selfmadefrau in Sachen Emanzipation scheint eine Nachfolgerin zu haben, von der man annehmen muss, sie hätte sich selbst von ihrer Mutter noch nicht emanzipiert.

Die Anzeichen dafür liegen auf der Hand und stehen in ihrer offiziellen Biografie. Dort liest man: »Maya Onken ist die Tochter einer berühmten Mutter.« (Und zweitens, als andere Hypothek, »aufgewachsen in Scheidungsverhältnissen«.) Jenseits aller Spekulationen steht fest: Maya Onken trägt in der Öffentlichkeit den Mädchennamen, und das obwohl sie verheiratet ist. »Ich will Privates und Berufliches trennen«, sagt sie. Doch offensichtlich ist sie mit den Ideen und Aktivitäten der Mutter symbiotisch verwachsen. Als junges Mädchen las sie deren Texte Korrektur, half mit, als sonntags Rechnungen für die Schule noch von Hand geschrieben wurden und die ersten Bücher den Buchhandlungen zu Fuß geliefert. Sagte sie, wer sie sei, kam die Gegenfrage: »Sind sie die Tochter von Julia?« Und später: »Sind Sie verwandt mit Thomas?« Thomas Onken war ihr 2000 jung verstorbener Onkel, der erste Thurgauer Ständerat der SP. Heute trägt sie den großen Namen freiwillig. Als Markenzeichen, als *brand.*

»Wir tragen heute das Gotthardgebirge mit Joghurtbechern ab«

Sind sich denn die Damen in allem einig und eins? Immerhin trennen sie eine Generation und ihre Erfahrungen. »Nein!«, findet die Mutter und hält der Tochter vor, dass sie »schmürzelet«. In Sachen Kinderbetreuung, in Sachen Karriere. »Man nimmt sich eine Rundumbetreuung, dann kann man durchstarten!« Onken die Ältere ist der Ansicht: »Wenn du heimkommst, soll das Nachtessen auf dem Tisch stehen, müssen die Kinder im Pyjama sein.« Maya windet sich: »Aber ich mache es doch schon besser, das musst du zugeben.«

»Du könntest mehr auf die Pauke hauen!«, sagt die eine. »Du nimmst zu wenig Rücksicht!«, kontert die andere. Und ihre Argumente sind messerscharf: »Okay, ihr seid die Vorkämpferinnen. Und offiziell ist Friede eingekehrt. Aber die Freiheit, alles machen zu können, hat Konsequenzen. Wir tragen heute das Gotthardgebirge in Joghurtbechern ab. Und bei Nummer 3000 macht jede schlapp, auch du.« So klingt eine Frau, vor der man sich im Dunkeln bald in Acht nehmen wird.

NACHSATZ

VON ROGER DE WECK



Foto: Marc Wetli

» Jemandem, der schon oft schwer geprüft wurde, wird eine weitere Prüfung auferlegt. «

Frédéric Mitterand, französischer Kulturminister, über die Verhaftung des Filmregisseurs Roman Polanski in Zürich

Hätte sich nicht auch die Schweiz diese weitere Prüfung ersparen können?

Die Tagung der Woche

In Berlin ist die Zahl der Expolitiker zu Anfang dieser Woche rapid gewachsen, aber noch rapider wächst zum Ende der Woche hin die Zahl der Exopolitiker. Das Erstere hat zu tun mit der Wahl, das Letztere damit, dass uns keine Wahl bleibt: Wir müssen uns der Wirklichkeit in all ihren Dimensionen stellen, und dies tut der zweitägige Jahreskongress der Deutschen Initiative für Exopolitik, die sich erst im Juni 2007 gegründet hat, was auch Zeit wurde, denn nur mit Rechtspolitik, Gesundheitspolitik, Innenpolitik und der üblichen Außenpolitik kommen wir nicht mehr weiter. Es braucht eine Außenpolitik, die über das Internationale hinausgeht und sich interplanetar ausrichtet. Die schwarz-gelbe Koalition hat die Chance nun endlich anzuerkennen, was Grüne, SPD und Linkspartei noch leugnen: Wir sind nicht allein! Dies ist kein Witz, Exopolitiker meinen es ernst. Sie legen Wert darauf, alle Tassen im Schrank zu haben, und da darf jenes Objekt links im Bild nicht fehlen, entworfen einst von Walter Gropius, fotografiert kurz vor der Landung im Katalog der Firma Rosenthal.



Auf der Bühne der Gerichtspsychiatrie geht es **DERB** und komödiantisch zu. Hier wird das Leben endlich mal normal

Fotos: Christoph Gödan für DIE ZEIT (u.); www.rosenthal.de (o.)

Brecht hinter Gittern

Die »Dreigroschenoper« in der Psychiatrie, aufgeführt von Mördern und Sexualstraftätern. Über einen Theaterabend in der Anstalt Lippstadt-Eickelborn berichtet **SABINE RÜCKERT**

Wer auf Mackie Messer und seine gesetzlose Bande, die Huren und das krakeelende Lumpengesindel treffen will, muss seine Handtasche durchleuchten lassen und den Ausweis abgeben. Dann darf er durch die vier Panzerglastüren der Sicherheitsschleuse in den vergitterten Garten treten. Von da führt der Weg, von meterhohen Zäunen flankiert, zum Haus 06, dem Haus der Kultur: Wie Tiger in die Manege werden die Zuschauer in das Theater bugsiert. Heute Abend gibt es die *Dreigroschenoper* – ziemlich frei nach Bertolt Brecht.

Nichts im Theatercafé erinnert die fünfzig Besucher, die, durch Zeitungsinserate und Einladungen angelockt, von draußen kamen, noch daran, dass sie sich in einer Klinik befinden, in der größten der Republik dazu, in der forensisch-psychiatrischen Anstalt Lippstadt-Eickelborn, in der 390 Straftäter eingesperrt sind. Und nichts weist darauf hin, dass die höflichen Kellner und das ganze Theaterensemble heute Abend vom Strafrichter aufgrund ihrer psychischen Defekte auf unabsehbare Zeit hierher geschickt worden sind. Unter den Schauspielern, die sich freundlich unters Publikum mischen, sind viele, die Tötungsdelikte oder schwerste Sexualstraftaten begangen haben.

Noch während die Gäste an ihren alkoholfreien Cocktails nippen, beginnt das Stück. Wände werden von rezitierenden Darstellern zur Seite geschoben, der kleine Zuschauerraum und die Bühne öffnen sich, die Besucher nehmen jetzt Platz, und die berühmte Geschichte von Mackie und Polly, vom Bettlerkönig Peachum und vom korrupten Londoner Polizeichef Tiger-Brown beginnt.

Das Stück ist nicht originalgetreu, manche Textpassagen und Lieder wurden von den Patienten umgeschrieben, andere weggelassen oder hinzugefügt, aber der bitter-komisch-moralische Brecht-Ton hat alle Änderungen überdauert. Dieses Stück – das sei vorgreifend berichtet – findet seine wahre Erfüllung erst, wenn es von Straffälligen bearbeitet, gesungen und vorgetragen wird, von Menschen, die bisweilen ganz anderen Gesetzen folgen als denen des BGB und des StGB und die abenteuerlicher daherkommen, als Brecht sich das *Dreigroschen*-Personal je vorgestellt haben mag. »Der Mensch ist nicht sehr gut, drum hau ihn auf den Hut. Hast du ihn auf den Hut gehaun, dann wird er vielleicht gut«, singen sie und sie wissen, was gemeint ist.

Besonders derb und komödiantisch geht es auch deshalb zu, weil alle Schauspieler Männer sind. Zu zwölft spielen sie zwanzig Rollen: Strauchdiebe, Prostituierte, Pastoren, junge Mädchen, Ehefrauen und jede Menge Polizisten. Und an der Verwegenheit und Wandlungfähigkeit mancher Darsteller ist zu merken, dass ein Gutteil des Ensembles dieser Theatergruppe seit Jahren treu ist. Einige, zum Beispiel der junge Hauptdarsteller Simon, der den aalglatten Mackie Messer gibt, oder Rolf, der den knorrigen Polizeichef darstellt, oder Patrick, der den selbstgefälligen Bettlerkönig verkörpert, oder Volker, der gleich in drei Rollen (Ganove, Moritatensänger, Hure) mitwirkt, erfüllen ihre Figuren mit solchem Leben, dass man glauben könnte, die Klinik hätte sie sich bei einer städtischen Bühne ausgeborgt.

Doch für die Darsteller dieses Abends ist Theater kein Beruf, nicht Broterwerb und auch nicht Kunst. Für sie bedeutet es Glück, Erfolg – und Freiheit. »Die Entfesselten« nennen sie sich, und sie spielen um ihr Leben. Die Kostüme haben sie selbst genäht, die Kulisse selbst entworfen. Auf der Bühne vergessen sie die Hypothek, die auf ihnen lastet, und selbst die Gitter und Mauern. Und ihre große Leistung besteht darin, auch ihr Publikum all die bedrückenden Tatsachen ganz vergessen zu lassen und es einen Abend lang aufs Beste zu unterhalten.

Nicht jeder darf mittun beim Psychiatrietheater. Die Erlaubnis vom Therapeuten bekommt nur, wer sich an Absprachen hält und – jedenfalls innerhalb der Klinik – ungefährlich ist. Es ist wohl kein Zufall, dass das Ensemble vor allem aus Menschen mit Persönlichkeitsstörungen besteht. Diese Patienten sind häufig sehr intelligent, zeigen aber ungewöhnlich exzentrische und verschrobene Charakterzüge. Wer sie da singen und gestikulieren sieht, muss ein bisschen an Klaus Kinski und Heath Ledger denken und fragt sich, ob es mitunter ein seelischer Defekt ist, der den Schauspieler erst so richtig beflügelt. Dieselbe psychische Aberration, die manchen der *Dreigroschenoper*-Sänger zu seinem Verbrechen bewog, verleiht ihm womöglich heute Abend diesen Witz, diese Furchtlosigkeit und Bühnenpräsenz. Und vielleicht wäre der eine oder andere niemals straffällig geworden, hätte ihm eine Bühne schon früher offen gestanden.

Und dann die Frauengestalten! Männer, deren Lebensproblem die Frau an sich war und die Frauen früher Schreckliches antaten, tragen nun Perücken und lange Kleider, singen erotische Lieder und rezitieren ergreifende Texte über das weibliche Schicksal. Ist eine beeindruckendere Maßnahme denkbar? Kay als gutmütig-tranige Polly, mit langen braunen Locken, hineingepresst in ein Hochzeitskleid. Unter langen falschen Wimpern wirft sie ihrem Ehemann Mackie derart verschleierte Blicke zu, dass das Publikum im Laufe des Stücks völlig vergisst, dass Polly selbst ein Mann ist. Oder Pollys Mama, die baumlange Celia, eine Frau von rabiater Fürsorge – kann eine echte Mutter besorgter sein als Thorsten? Oder die Königin des Abends – Spelunkenjenny, dargestellt von Klaus, der schon an die zwanzig Jahre in Eickelborn sitzt. Jenny, die unter der Flut ihrer blonden Locken förmlich zusammenbricht, abgelebt und korrupt und doch gleichzeitig so lieb und herzergreifend. Und dann ist da noch Simon, ein junger Mann, der die Polizistentochter Lucy ganz unschuldig spielt. Sieben lange Jahre war er Patient in Eickelborn. Seit Juli ist er entlassen und lebt jetzt im Ruhrgebiet in einer Übergangswohngruppe, die ihn auf das Leben in der Normalität vorbereiten soll. Trotzdem hat er seine Theatergruppe nicht im Stich gelassen und kehrte zu den Proben und den acht öffentlichen Aufführungen jedes Mal freiwillig hinter Gitter zurück.

Ja, die einen sind im Dunkeln, und die andern sind im Licht. Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht, heißt es bei Brecht. Aber heute Abend hat er unrecht. Die im Dunkeln werden plötzlich erkennbar, sie treten aus dem Schatten der Anstaltsmauern ins Scheinwerferlicht auf der Bühne, und die Leute klatschen und klatschen.

Und dann klettert auch noch die Regisseurin Katja Willebrand unter dem Applaus zum Ensemble hinauf, eine schmale, junge Frau, die in Berlin mehrere Theaterprojekte leitet und die Eickelborner Patienten seit fünf Jahren das Schauspielern lehrt. Diese freundliche, hübsche Erscheinung ist das Herz der Entfesselten, ihr ist das Kunststück gelungen, all die eigenwilligen und egozentrischen Charaktere zu disziplinieren, zu besänftigen und dazu anzustiften, in der Gemeinschaft mit anderen etwas auf die Beine zu stellen, worauf sie stolz sein können. Leider ist die *Dreigroschen*-Saison mit dieser Aufführung zu Ende, die Proben für das nächste Stück werden demnächst beginnen.

Zum Abschied ein kleines Buffet, zu dem auch das Publikum eingeladen ist. Die Schauspieler stehen jetzt verschwitzt, ihrer Kostüme und Perücken ledig, unter dem Volk, sie strahlen, sie lassen sich zuprosten und gratulieren und haben endlich das Gefühl, ganz normale Menschen zu sein.

Hier nicht!

Ein Ort in Australien verbietet den Verkauf von Wasser in Flaschen

Wo es Wasser gibt, kostet es fast nichts. Aber im Spätkapitalismus gelingt es, das Allgegenwärtige teuer zu verkaufen. Davon lebt eine Industrie, die Wasser auf Flaschen zieht und mit einem Etikett versieht, das Wunderdinge verspricht oder jedenfalls ein »Markenerlebnis«. In vielen Ländern der Welt handelt man Wasser in Flaschen, auch in Deutschland, wo das Wasser aus der Leitung oft besser ist als das aus der Konserve.

Nun hat ein kleiner Ort in Australien den Verkauf von Wasser in Flaschen verboten. In Bundanoon, südlich von Sydney, gibt es seit dem Wochenende Wasser nur noch aus der Leitung und an öffentlichen Zapfstellen. Flaschen müssen nicht mehr industriell hergestellt, befüllt, hergebracht, gekühlt, zurückgebracht, gespült werden. Man hält einfach sein Glas oder die eigene Flasche unter den Hahn. Mit jedem Schluck schon man die Umwelt. Das Wasser ist frisch, schmeckt – und es kostet nichts.

Wo im brunnenreichen Deutschland folgt eine zukunftsorientierte Gemeinde dieser Initiative? Wann nimmt, nur mal so als Beispiel, die Deutsche Bahn die Idee auf und beendet das Abkassieren durstiger Reisender auf den Bahnhöfen? **ULRICH STOCK.**

Hier nicht!

Solarenergie finden alle gut. Aber wehe, das Kraftwerk ist nebenan

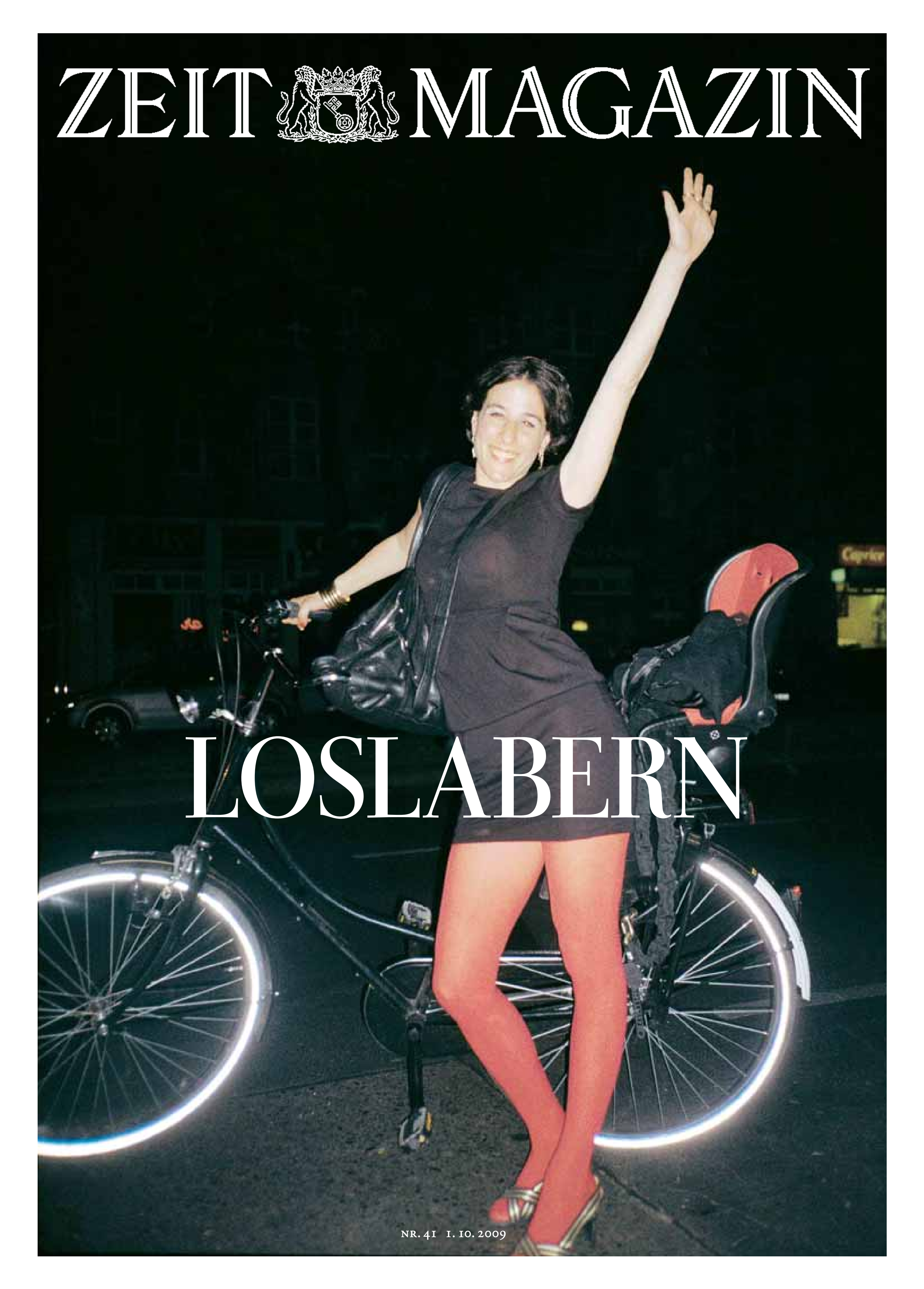
Ricklef Nissen hat von seiner Pension im Osewoldter Koog, Nordfriesland, schöne Fotos gemacht. Besonders das gelbe Rapsfeld im Hintergrund zieht die Urlauber an. Doch nun soll Gelb gehen und Schwarz kommen. Direkt hinter der Pension, auf dem 12 Hektar großen Feld, wo sonst der Raps blüht, soll in Zukunft Energie erzeugt werden. Mit Solarzellen. »Ich habe nichts dagegen, aber hier ist das falsch«, sagt Nissen, besorgt um sein Geschäft. »Die Leute fahren ja vorbei, wenn sie das sehen.«

Es ist ein Kreuz mit der regenerativen Energie. Erst wurde der Horizont mit Windrädern vollgestellt, jetzt werden die Felder mit hässlichen Modulen zugepflastert. Auf der einen Seite stehen die Bauern, die lieber die sichere Einspeisevergütung nehmen, als um Milch- und Getreidepreise zu kämpfen, auf der anderen Seite protestieren die Anwohner und die Tourismusbranche. Dabei sind eigentlich alle dafür: Acht von zehn Deutschen wollen grünen Strom, bloß soll er nicht nebenan gewonnen werden.

Ricklef Nissen sammelt jetzt Unterschriften gegen das Kraftwerk hinter seiner Pension, 25 hat er schon. Lange reden muss er nicht: Solarenergie? Hier nicht! Das genügt. **FOKKE JOEL**

IN DER ZEIT

Die so ▷ gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT.de unter **www.zeit.de/audio**



ZEIT MAGAZIN
LOSLABERN
Caprice
NR. 41 1. 10. 2009



DAS LITERATURHEFT

DER SCHRIFTSTELLER RAINALD GOETZ HAT DIESES ZEITMAGAZIN GESTALTET – ALS PROGRAMMHEFT FÜR SEIN NEUES BUCH »LOSLABERN«. ER PRÄSENTIERT HIER DIE IDEE SEINER LITERATUR: BEGRIFFE, BILDER, MATERIAL

DAS LITERATURHEFT



»Prost!«
Schriftsteller Rainald Goetz vor einem Bild des Malers Albert Oehlen
Freitag, 31. Oktober 2008

Das *ZEITmagazin*-Literaturheft erscheint immer im Herbst und ist immer ein Experiment. Vor zwei Jahren stellte Don DeLillo für uns eine Kurzfassung seines Romans *Falling Man* zusammen, im vergangenen Jahr begleiteten wir Daniel Kehlmann beim Entstehen seines Buches *Ruhm.* Nun haben wir für den Schriftsteller Rainald Goetz alle verfügbaren Seiten frei geräumt, damit er das ganze Magazin zu einer Art Programmheft für sein am 7. Oktober im Suhrkamp Verlag erscheinendes Buch *Loslabern* gestalten kann.

Loslabern spielt im Herbst 2008, im Augenblick der explodierenden Finanzkrise, auf der Frankfurter Buchmesse, auf dem Berliner Herbstempfang der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und bei einem künstlerischen Abendessen für Albert Oehlen.

Goetz, 1954 geboren, mit Büchern wie *Irre*, *Kronos* und *Rave* und den Internetblogs *Abfall für alle* und *Klage* hervorgetreten, geht es in seinen Arbeiten darum, aktuelle Wirklichkeiten möglichst hysterisch aufzunehmen. Das Thema ist Gegenwart; das Verfahren der Auseinandersetzung impulsiv: Aversion, Attraktion, Explosion, je nach konkretem Anlass; und das Ziel theoretisch, »schöne Bücher aus alledem zu machen«.

Dieses *ZEITmagazin* führt beispielhaft vor, was dabei Material sein kann: »Stimmungen und Programmslogans, Notizhefte mit Beobachtungen und Gegrübel, Textfetzen«, Zeitungen und Zeitschriften und Fotografien, hier aus dem Herbst 2008, der öffentlich von der weltweiten Finanzkrise bestimmt war. Goetz' Bericht *Loslabern* erzählt sie als exemplarisches, losplatzendes Jetzt.

ZEITmagazin-Creative-Director Mirko Borsche hat gemeinsam mit Goetz für das Rohmaterial die reduzierte Form der Schwarz-Weiß-Kopie gewählt. Daneben stehen Fotos, die groß und leer den herbstlichen Grundton anschlagen, der auch das Buch bestimmt. Jubilierend hingegen unsere erste Titelseite: *Loslabern,* das Foto zeigt Lisa Bassenge.

Der Leser bekommt auf diesen Seiten Einblick in den Geist, die Maschine, das Widerspruchsaggregat, das diese Art Gegenwartsliteratur erzeugt.

AUF DEN SEITEN 10–31

ALLE FOTOS UND COLLAGEN RAINALD GOETZ

WWW
Diese Woche auf zeitmagazin.de:
Jeden Tag ein Bild: Einblicke in das Fototagebuch »On Line« unseres Stilkolumnen-Fotografen Peter Langer
China als Ehrengast auf der Frankfurter Buchmesse – ein Videokommentar von Iris Radisch

HARALD MARTENSTEIN

träumt davon, ein Playboy zu sein

»Nicht übertrieben viel Sex, zweimal die Woche, mittwochs und freitags«



Illustration
FENGEL

Mir träumte, ich sei alt, über achtzig. Ich war berühmt, hatte viel Geld und ein großes Haus. Und ich hatte sieben Freundinnen! Sie wohnten alle in meiner Villa, sahen alle gut aus, sie waren sexy. Wenn ich eine neue Freundin brauchte – klar, manchmal verließ mich eine –, dann schickte ich die verbleibenden Freundinnen los, damit sie eine nette neue Kollegin suchten. Meine Kriterien kannten sie ja.

Ich habe jeder Freundin 4000 Euro im Monat bezahlt, bar, also netto, sie bekamen von mir ein Auto, dazu Kleider und Kosmetika, soviel sie wollten. Wenn sie glaubten, eine Schönheitsoperation nötig zu haben, Nase, Busen, Bauch, kein Problem, ich zahlte. Sie hatten alle ihr Zimmer und waren frei, sie konnten treffen, wen sie wollten, ich war nicht eifersüchtig. Sie sollten nur abends um 21 Uhr zu Hause sein, zumindest die meisten von ihnen, weil ich nicht gern im Haus alleine bin. Mein Butler brachte ihnen Essen und Getränke. In der Küche wollte ich die Freundinnen nicht haben, die Küche war meine Rückzugszone.

Meine Zimmer im Haus waren ziemlich heruntergekommen. Sie waren schmutzig, die Teppiche waren seit einer Ewigkeit nicht mehr gesaugt worden. Die Möbel waren billig und abgewetzt. Irgendwie mochte ich das. Ich war, glaube ich, recht schrullig und ein Gewohnheitstier, wie die meisten Männer. Im Haus trug ich immer Schlafanzug. Immer. Ich habe immer im Bett gegessen und immer die gleichen Filme auf DVD angeschaut, so 20, 30 Filme, meiner Ansicht nach die besten Filme der Geschichte. Montags ging ich immer für einen Drink in eine ganz bestimmte Bar, es war immer die gleiche, auch am Dienstag, und am Mittwoch, ich ging immer am gleichen Wochentag in die gleiche Bar. Nur donnerstags ging ich immer mit meinen sieben Freundinnen essen, das Restaurant durften natürlich sie aussuchen. Aber ich habe in den Restaurants immer das Gleiche gegessen, mein Lieblingsgericht, Lammkoteletts in grüner Senfsoße.

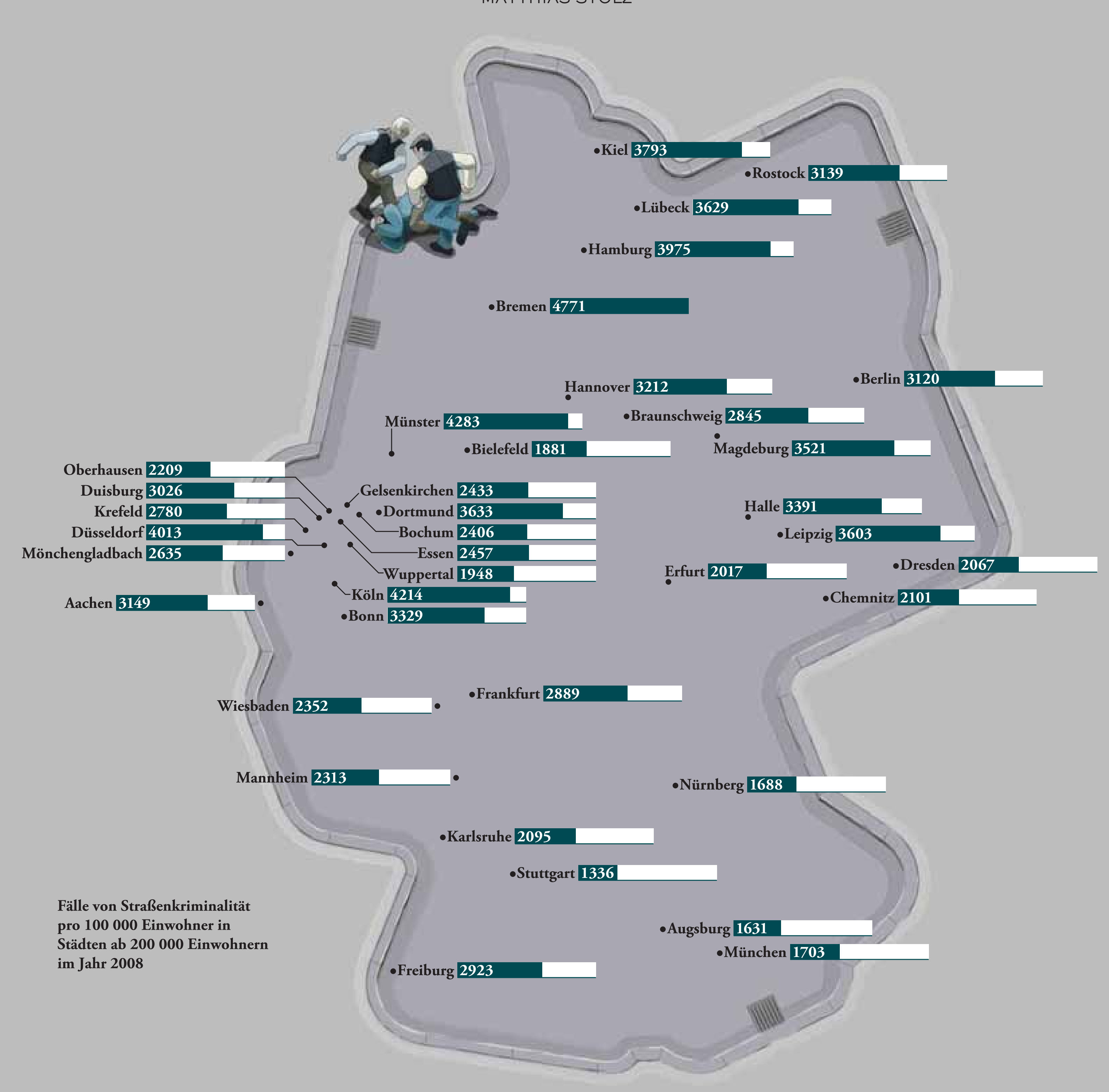
Manchmal bin ich mit den sieben Freundinnen zu einer Party gegangen, um anzugeben. Ich bin aber immer nur eine halbe Stunde geblieben, bis alle gesehen hatten, dass dieser alte, nicht sehr attraktive Typ mit sieben schönen Freundinnen aufgekreuzt ist. Dann ließ ich mich und die Freundinnen wieder nach Hause fahren, zog meinen Schlafanzug an und schaute mir im Bett, alleine, einen meiner Lieblingsfilme an.

Ich brauchte nicht übertrieben viel Sex, zweimal die Woche, immer mittwochs und freitags, immer nur mit einer der Freundinnen. Sie mussten natürlich nicht, wenn sie keine Lust hatten, aber es machte ihnen wenig Mühe, ich war alt, einigermaßen unterhaltsam und nicht sonderlich fordernd, meistens taten sie mir diesen kleinen Gefallen. Das war ein schönes Leben. Dann aber bekamen meine sieben Freundinnen fürchterlichen Streit miteinander, sie schrien sich wütend an, es gab Fraktionen, Intrigen, es war furchtbar, und ich habe überhaupt nicht kapiert, worum es ging. Die Freundinnen sagten, dass ich okay sei, aber mit den anderen, das gehe gar nicht. Sie zogen aus, sie fuhren in verschiedene Richtungen in ihren Autos davon. Ich stand am Fenster und winkte. In meinen Augen standen Tränen. Warum sind Frauen so?

Dies ist, ziemlich genau, die Geschichte, die Izabella St. James, eine der sieben Exfreundinnen von Hugh Hefner, dem *Playboy*-Gründer, in ihrem Buch *Bunny Tales* erzählt. Für den Abiturjahrgang 2010 schlage ich folgende Aufgabe vor: 1. Bewerten und diskutieren Sie das Lebensmodell von Hugh Hefner in moralischer Hinsicht. 2. Setzen Sie Hefners Lebensstil in Bezug zu dem Politiker Gregor Gysi und seiner Forderung »Reichtum für alle«.

Straßenkriminalität

Von
MATTHIAS STOLZ



Fälle von Straßenkriminalität pro 100 000 Einwohner in Städten ab 200 000 Einwohnern im Jahr 2008

Der tödliche Angriff von München-Solln ist auch deshalb so erschreckend, weil er in München geschah, einer Stadt, von der man glaubt: Da geht es noch friedlich zu. Tatsächlich gibt es ein ziemliches Nord-Süd-Gefälle, was die Straßenkriminalität anbelangt, zu der Handtaschendiebstahl genauso gehört wie Autoknacken und Körperverletzung. Im Süden haben die Menschen bessere Aussichten auf einen Job, sie kommen seltener auf die Idee, Autos aufzubrechen oder zuzuschlagen. Stadtviertel, in denen es fast zur Gewohnheit geworden ist, kriminell zu sein, sind hier seltener. Stuttgart hat die geringste Quote, so gering, dass Kriminologen überlegen, ob es an der schwäbischen Mentalität liegen könnte. Am höchsten ist die Quote in Bremen und in Münster. Bremen ist sehr arm, Münster eine sehr junge Stadt: gutes Nachtleben, es wird viel gefeiert – und da passiert leider auch mehr. Bielefeld, gleich daneben, ist langweiliger und friedlicher. Soll man in Münster oder Bremen also abends besser zu Hause bleiben? Bitte nicht. Für den Einzelnen kann es fatal sein, wenn die Straße zu leer ist.

INFOGRAFIK JÖRG BLOCK QUELLE POLIZEILICHE KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2008

Über das Dirndl

Von
HEIKE FALLER



Glänzender Auftritt
der Erdingerin Sara Nuru

Jaja, jetzt lästern sie wieder, die Grünen-Wählerinnen aus München-Haidhausen, über all die Becker-Freundinnen und norddeutschen TV-Moderatorinnen, die sich in modischen Glanz- und Minidirndln auf der Wiesn zeigen, obwohl doch ein echtes Dirndl »traditionell« zu sein habe, also in gedeckten Farben gehalten, mit einem Muster aus Karo oder Streublumen und natürlich bis zur Wade lang. Aber die Haidhausener Grünen-Wählerinnen, muss man leider sagen, machen sich da etwas vor. Weil: Es gibt nämlich gar nicht so etwas wie ein traditionelles Dirndl.

Die Sara Nuru zum Beispiel, die wir hier sehen mit ihrem Modedirndl, ihres Zeichens Germany's Next Topmodel, gebürtige Erdingerin, wohnhaft in München, hat den Spirit of the Dirndl genau richtig verstanden; ebenso wie die Schumacher Cora, die im letzten Jahr im Totenkopfdirndl aufs Oktoberfest ging. Das Dirndl, liebe besorgte Neotraditionalistinnen und Manufactum-Kundinnen, war nämlich schon immer eine Verkleidung, ein Rollenspiel, eine (wie die Volkskundlerin Simone Egger das in ihrer Magisterarbeit *Phänomen Wiesntracht* geschrieben hat) *urban legend* seit 1850, als Städterinnen begannen, das Arbeitsgewand bäuerlicher Frauen auf Bällen zu tragen. Das Einzige, was am Dirndl immer gleich geblieben ist, sind der einteilige Schnitt, die Schürze, die Silhouette und dass es vorne geknöpft oder gehakt ist (und nicht gebunden, so wie ein Mieder, aber das ist auch schon die einzige Regel). Ansonsten war das Dirndl schon immer ein opportunistisches Modestück, das in sich aufnahm, was gerade in war.

Beim Angermaier haben sie dieses Jahr sogar eine Schürze mit dem Jackson Michael im Programm. Und da muss man sich auch gar nicht drüber aufregen. Auf Tradition zu pochen haben sowieso nur die nötig, die sie nicht in sich spüren.

Wer's lieber ein wenig erstarrt mag, soll sich doch bitte an den schwarzen Ganzkörpergewändern mit Sehschlitz orientieren, von denen sich jetzt immer mehr durch die Feinkostabteilung von Dallmayr schieben, seitdem die Ölscheichs den Münchner Immobilienmarkt entdeckt haben, aber das ist den Neotraditionalisten auch wieder nicht recht.

FOTO FLORIAN SEEFRIED / GETTY IMAGES

RAINA
GOETZ
OPEN
6 AM—


ALD
:
DAILY
10PM

stern mas

sippi: Wenn die letzten Bastionen der Weißen

ddeutsche Ze

E NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAF

HS3 München, Samstag/Sonntag, 17./18. Januar 2009



ffenbar Fortschritt durch Vermittlung Ägyptens

Waffenruhe im Gaza-Streifen rückt n

Israel will Vorschlägen aus Kairo zustimmen / Amerikanische Regierung gibt Sicherhei

Von Stefan Korneli

EUILLETON

MITTWO

UND
LITER

DIE ATUR?

FEUILLETON

MITTWOCH, 12. D

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

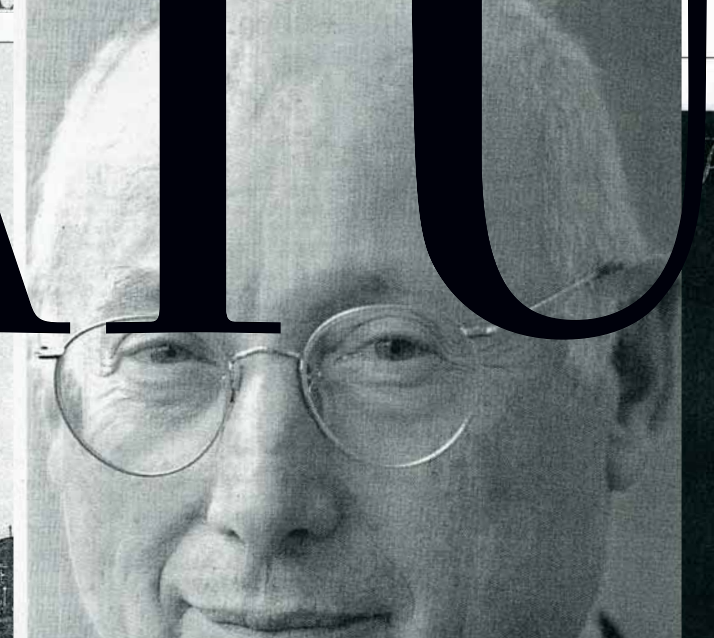
FEUIL



Der Naumburger ... als Galerie der G... durch die roten ... Antikglas-Scheiben ... Kleiderspende ... die Pflege der Auss...

Die ... ke de

MEDIEN



FEUILLETON

Princ... m ... amicitias!

Auf der Suche. *Für die Essener WAZ-Mediengruppe sondiert Stefan Aust den Zeitschriftenmarkt.* Foto: dd...

Sie haben Ende 1998 mit „Talk im Turm" gegen „Sabine Christiansen" moderiert, jetzt treten Sie zusammen gegen „Anne Will" an. Ist das die Ironie der Geschichte?

Wir liefen mit unseren Talks nur eine Zeit lang gegeneinander. Aber ich bin damals auch eine Zeit lang gegen „Spiegel-TV" angetreten, was ich gar nicht schreiben und mir nahezulegen, die Sendung abzugeben. Das war aber nicht nach wenigen Sendungen, sondern nach mehreren Monaten.

Haben Sie Augstein öfters um solch postalische Unterstützung gebeten?

Ich habe ein Verhältnis zu Augstein gehabt, in dem man solche Manöver ma...

die Stasi. Trotzde... Karl-Heinz Kurr... Kurras erschoss ... denten Benno Oh... herausstellte, wa... zist damals auch ...

Es gibt in der Re... die sich bei '68, ...



AUFSTAN
GEGENE
FORM


ND
NTWURF

TO CH

AND

ENCH



HANT



IANT


SUIZID
VORBEREI
GANG
REBECCA CASATI
Bürgertum
nach 1945
Bismarck
Ralph Heidenreich
Stefan Heidenreich
Mehr Geld
Berlin
Horst Schlaemmer
Kino 2
G.W.F. He
Werke in zwanzi
12
Vorlesung
über die Philo
MONTESQUIEU
Meine Gedanken
Geschichte
der
politischen
Philosoph
John
Rawls
Sebastian
Haffner
REVOLUTION
1918/19
GERHARD RICHTER
WALD
Une Saison en Enfer
Eine Zeit in der Hölle
Französisch/Deutsch
PETER
HACKS
Die Maßgaben
der Kunst
Gesammelte Aufsätze
Die beiden Autoren zeigen mit diesem Buch,
Musik-Kritik heute geschrieben werden muß.



Neue deuts W
Kunst oder Mode?

BOB DYLAN

"The most extraordinarily intimate autobiography by a twentieth-century legend ever written"
Daily Telegraph

Enzyklika DEUS CARITAS EST
von Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe
an die Priester und Diakone, an die
gottgeweihten Personen und an alle
Christgläubigen über die christliche Liebe

25. Dezember 2005

egel
Bänden
en
sophie
chte
gabe
Verlag

OMAS BERNHARD
In hora mortis

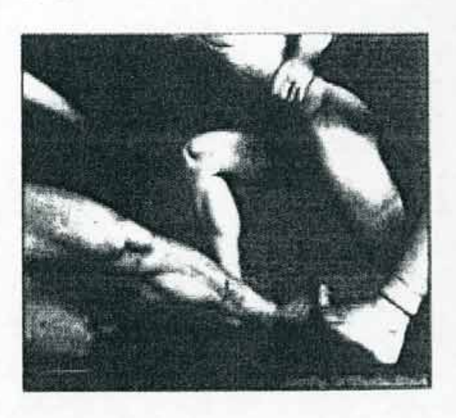
INFINITE JEST
A NOVEL
DAVID FOSTER WALLACE

Daniel K
Dies
ernsten

Patrick Bahners
Im Mantel der Geschichte
Helmut Kohl oder Die Unersetzlichkeit

EITUNGS

Botho Strau
Der Aufstand
gegen die sekundäre Welt



BEMERKUNGEN ZU EINER
ÄSTHETIK DER ANWESENHEIT

Christian Enzensberger: Größerer Versuch über den Schmutz

Es ist eine unruhige Zeit. M
Orchestra. Schöneres vorstellen.
kann mir die Feinheiten unserer Ar-
braucht fü gewissen Seelenfrieden.

SKULPTU
VON DER ANTIKE BIS ZUR GEG
TASCHEN

GERHARD NEBEL
SPRUNG VON DES TIGERS RÜCKEN
KLETT

Die Welt-
Stefan Frank
vernichtungs-
Vom Kreditboom zur Wirtschaftskrise
maschine
CONTE VERLAG

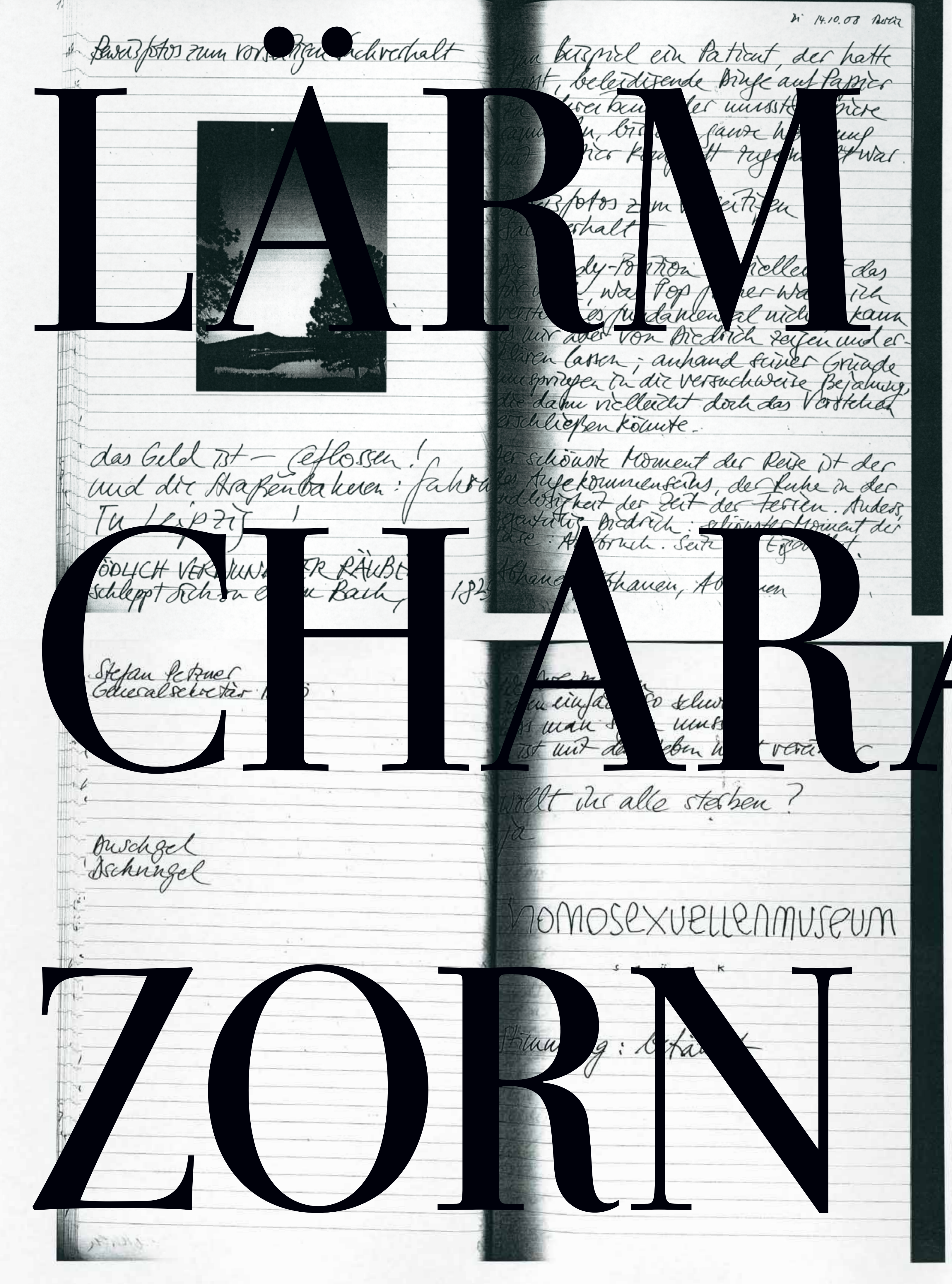
Ludwig Wittgenstein
GEHEIME TAGEBÜCHER
1914–1916
herausgegeben und dokumentiert von Wilhelm Baum
Vorwort von Hans Albert
Turia & Kant

Gerald Zschorsch
Zur elften Stunde
Gedichte

sonderreihe dtv


STA


AUB



LÄRM
CHARA
ZORN
Di 14.10.08
das Geld ist — geflossen!
Stefan Petzner
Generalsekretär
Dschungel
Wollt ihr alle sterben?
ja
HOMOSEXUELLENMUSEUM

AKTER

alle fakten
auf den tisch !

nichts, nichts, nichts

dernière minute

und mach grad
im Marsch durch die Institutionen
um zu suchen
ob da noch irgendwo
was zu holen ist

mit Grausen blicken Händler
dem letzten Tag der Handelswoche entgegen

mit Grausen blicken DIE HÄNDLER
dem letzten Tag
der Handelswoche entgegen

Krise: Fokussierung ALLER Aufmerksamkeiten, öffentlich auf EINEN Punkt. Das Drittel fühlt sich animierend, letztlich anzuwenden an. Das ist ein finaler Sehnsuchts-

für DIE BÜRGER
sie das ein Schlag
ins Gesicht

punkt des öffentlichen: Gefasert zum eigenen Wesen einer maximalen Zerstreutheit auf unendlich viele Gegenstände und Punkte

für mich war klar:
DIE STADT muss rot sein
weil ich mir ein Blau
Grün oder Gelb
nicht vorstellen konnte

zwischen dicken Autos
und kichernden Mädchen

Blumen gießen
Schuhe putzen
... banale Dinge
... ich vermisse

...ENDORFF

wieviel Uhr?
wie bitte?
die Zeit
wie weit?
wir haben?
Unterlagen?

was sagst du?
Urteil zu?
letzte Nacht
was verbracht?
was gemacht?
abgemacht?

unterhalb der
...
... mal
... daneben
... letztlich
... kümmert sich
... nicht
... schon

Panikverkäufe ließen Dow
Jones in den Abgrund

Wall Street: Dow Jones im freien Fall
fiel um 777.68 Punkte: 29.9.08

und dann
und kam für das Geld an
mit ... der Hochstapelei

Fr. 10.10.08 Berlin

... Sie mir bitte ...
... Ihrer Begleitung ...

Ja. ... Schulz
... ist: Raimund ...

wunder... dann
bis zum ... Oktober

... wiedersehen

Regale-TV:
Russian Roulett
Glory to the Rave
Abbau der Wand: Nordwesterke

die Sprache wird neoästhetisch

Selbstverbrennung: Szene vor einer Bank. Protest. Ein geprellter Trottel klagt die Welt an, dass er so dumm war, nachzuplappern.

Man kann nicht gleichzeitig ... der Wahrheit und in der ... stehen, als Person ... Radikalwahrheit als ... oder Schöpfer in der ... extrem exponiert ... theatral vertritt ... Jonathan Meese, ... Immendorff ... ausgegrenzt ... desto ... eine künstlerische Wahrheit ist, umso weniger verkauft sie —

die Verplattung — usw usw

Das Image, das öffentliche Bild ist eine Vergröberung und Lupe zugleich: man sieht überscharf die Imago einer Person, das DIFFUSE Bild des GANZEN, was sie ist und ausmacht.

Hinterherlaufen anstatt selber sich ein Urteil zu bilden. Da dann die Welt doch nicht da ist zu

der Verblödung.

Das Ausgezackte: jetzt war es wieder da, das Achor. Bei der Ansicht, beim Blick in den Spiegel, die blasse Haut, das ... lodernde Feuer von innen, der Hormone: oh ja, und und ... ana.

Man kann nicht auch immer nur sagen: auch gut, macht's der halt anders, ist doch auch gut. NEIN. Die Sachen stehen schon auch radikal in Konkurrenz zueinander, wenn es wirklich um was geht in einer Kunst. Das Gegenteil ... dieses Kunstbegriffs ... von den: Positionen.

der Initiative
zur Beendigung der ... krise

Daher darf ...
in der ...

DIE GLOBALE ...

wetterfester Schmetterling

... DER ...
... DER SUCHENDEN

Die ... der ...
... Interessen ...

Sa. 11.10.08 Berlin

Künstler verblödet durch Isolation, der Weltmensch durch das Soziale; das ist ja auch dasselbe, nicht nur im Widerspruch; jeder verblödet an der Ausrichtung der für ihn Richtigen, Eventuellen, das schlägt durch immer und Reduktion darauf um

dread

Brief
an einen vom Erfolg
kaputt gemachten
künstler

*

welt der hölle

die Ökonomie des Glücks
Traurige Dekel

Das Proletariat
das Geld
der Staat
der bürgerliche Staat
die bürgerliche Kleinfamilie kritisieren

Geschichte der politischen Philosophie

Costa Lebern.

Sa. 25.10.08 Berlin

DER GEISTIG VERWIRRTE LIBYER
... eine alte Kopfverletzung
und redet weiter wirr

Ökonomie der Hölle

Das kann ich nicht.
Dann lebst du es eben.

Es sich vor 60 Millionen Jahren die ... formten

Die Vorstellung, dass auf die Frage, wie wir denn zusammenleben wollten sollten, —
gelabert würden würde wie vermutet, von mir natürlich ...

ERA

LOS

so unentscheidend

Vaterraum
Sammlung Falkenberg
Andrea Meier berichtet in
Kulturzeit, 24.9.08

gesellschaftlich relevant
bedeutet Meese eigentlich
nur als CLOWN

damals:

hatte der Begriff »Text«
selber schon so etwas
Linksradikales

es ist die ULTIMA RATIO
DES DISKURSDIKTATORISCHEN

oder arbeit

wer schweigt
hat bewussten Abstand
zu seine Gedanken
Gefühlen und Stimmungen

Chronik 2008

· Peter Schneider, Lenz
1973
· Walter
· Adorno
· Koons: Interview-Interview
· Tove Jansson
· Robert Walser
· Julia Franck
· Heiner Müller Gespräche
: Suhrkamp
· Stockhausen
1950 1960
· Franz Ferdinand
2009

ist du nicht an der
Zukunft interessiert?

die verdammung der

Ein Meister hatte er werden wollen
in der Kunst — des Wegnehmens; wurde Meister darin sofort
ganz und gar NICHT

signiert, datiert und betitelt

er wird ein
deutliches Wahlsieg werden

ERSTEN BEWAFFNETEN RITTER

BER

tonight

your

und forderte auf
den NEUEN PRÄSIDENTEN
zu unterstützen

wieder vereint

OBAMA

es ist geschafft

in dieser Nacht: Kopf

Das Selbstzerstörerische aller Bestimmungen, wenn sie WAHR sein wollen.
Geschmack und Stil sind nur als
te, Übergangene, Missachtete und
gewissene wahr. Geschmack, der sich
selbst affirmiert, ist – ja: affig,
hohl. So natürlich auch alle Aspekte
einer Kunst; der künstlerischen W

III. DE
JÜNG

ichschwach

terror der waren

traktat

ER

LING


SEP
OKT
NOV
usw.
werkwärts
werkwärts 3 & 4
ROMAN

PLÖTZINN

viele, gut begründete Einwände widerlegte und letztlich in der Luft ZERFETZTE, berichtete K.

1862

Montag, 3. März

Graupelschnee und Droschke
Gautier, Neuilly, Goncourt

DER SULTAN DES SCHMÜCKENDEN BEIWORTS

alte Gemälde
über Kamin
das gelegene Haus
vergoldete
schön
persische
Prunk
Arabeske
Schauspielerin

DAS FINANZMINISTERIUM
wies alle Vorwürfe ZURÜCK

AUSG

EING

In einer Aufwallung von Direktheit und quasi sinnfreier Intentionalität hatte der Höllor, die Arme von sich werfend himmelwärts, ausgerufen: LOSLABERN: Traktat, Traktat über den Tod, über Wahn, Sex und Text, und, erheitert von diesem soeben durch … Ex-pressivi… ignis: Bericht… der Herbst … dem davon Angesto-ßenen … stattgegeben und es geschel… en, dass da also LOS-GELABE… de, und dabei erzählt, wie ich, … in Gestalt des Klagor noch, a… Buchmesse 2008 bei Joachim … Gang ge-standen, … u etwas vorgerückter Stunde … an dieser … cke bei der Treppe, … Gespräch mit dem Schriftst… nswanger und dem Feuillet… teur Canetti, selbst schon e… getrunken, dadurch aber au… eigert animiert und verstärk… nen, und wie es do… also zu … renden Darlegungen über das LOS-LABERN, eine entsprechend maximale Ethik der Schrift gekommen war, eine Moral des Schreibens, ich hatte in den Tagen zuvor diesbezüglich –

Beck wurde rausgeschmissen am Schwielowsee, in Cern wurde der Teilchenbeschleuniger angestellt, und nachdem Damien Hirst in London seine Sensationsauktion glücklich (111 Millionen Pfund Erlös) hinter sich gebracht hatte, kollabierten noch am selben Tag in New York die in die dortigen Feuchtbiotope und

90.

und alle so:
„Yeaahh"

kopierer gleicht, liefert Kopien mit 64 Gra… 260 000 Farbnuancen mit einer A… Die Qualität der Farbfaxe ist hervo… wird, wie schon 1968 im ersten Farbkopi… Farbstoffsublimations-Verfahren auf spezi… Papier verwendet.

Das zweite Farbfax ist ein Produkt der F… sieht wie ein kompakter … Aus den drei Tonern in Cy…, Ma… Telekopie mit einer A…lösun… Papier erzeugt. Der »Star…gnal« … zum Personalcomputer und … Dokumente senden und e… …esetzt werden.

… 1991 in Köln …ellte … alen Telekopierer » … unktion als Telek… kopierer (11 … Minute … Zoom … Vorlagenformat … 64 Graustuf… gesetzt werden kann … mit da… von visuellen T…

Zu erwähnen ist a… ste T… A1, der »FC 1000« … Reed… gezeigt wurde.

Funktionsweisen der Telefax-Technik

Die frühen analogen Telekopierer d… Prinzip des von Arthur Korn entwi… Erfassung der Bildinformation: Die V… denden Glastrommel durch eine sich… gende Fotozelle zeilenweise abgetastet… keitsunterschiede des Originals, w… und sendet diese als akustische Signale … den die Tonfolgen dechiffriert und wie… wandelt. Das Telekopierpapier befin… Sender rotierenden Trommel des Em…

Felsen hinein errichteten Banken, Kreditkrise, Staatskrise, Vertrauen weg, Derivate angeblich hochspekulativ usw. Frage an den Staat: hast du mal ein paar Milliarden? Herr Ackermann, Herr Mehdorn, der Schwarze Schwan im Herbst 2008; *September, Oktober, November.* Wie war … gleich nochmal gewesen? … sich das angefühlt?

Lo… erzählt in drei Kapiteln (… II. Herbstempfang 2008; … Jüngling) verschiedene Ge… aus dieser grandios durch… …ten Zeit. Nach dem Tage… *Klage*, 2008 erschienen, …abern der zweite Band des *Schlucht. Schlucht.* … …ndung, was die Nullerja… d… eine Zeit gewesen wäre



Rainald Goetz, geboren 1954, studierte Medizin und Geschichte, Autor der Bücher *Irre, Krieg, Kontrolliert, Festung* und *Heute Morgen.*

mit

asymmetrischen Kryptosystemen

auskennen würden

Hurra-Journalismus

Georgia
Times New Roman
Verdana

Fahrigkeit ... Sophismus: Text-
...stand, e... ter.

...interessengruppe

...che Hemmung? Eher ...
liche ... zulassen, aufnehmen, mit-
nehmen

Wortgedicht, ahoi, k.o.

GANG

pendel

spiel

– und umgekehrt: zu sehr fest-
halten am eigenen erreichten
Must, defensiv, auf Nummer si-
cher gehen, ... Varia... ab-
liefern

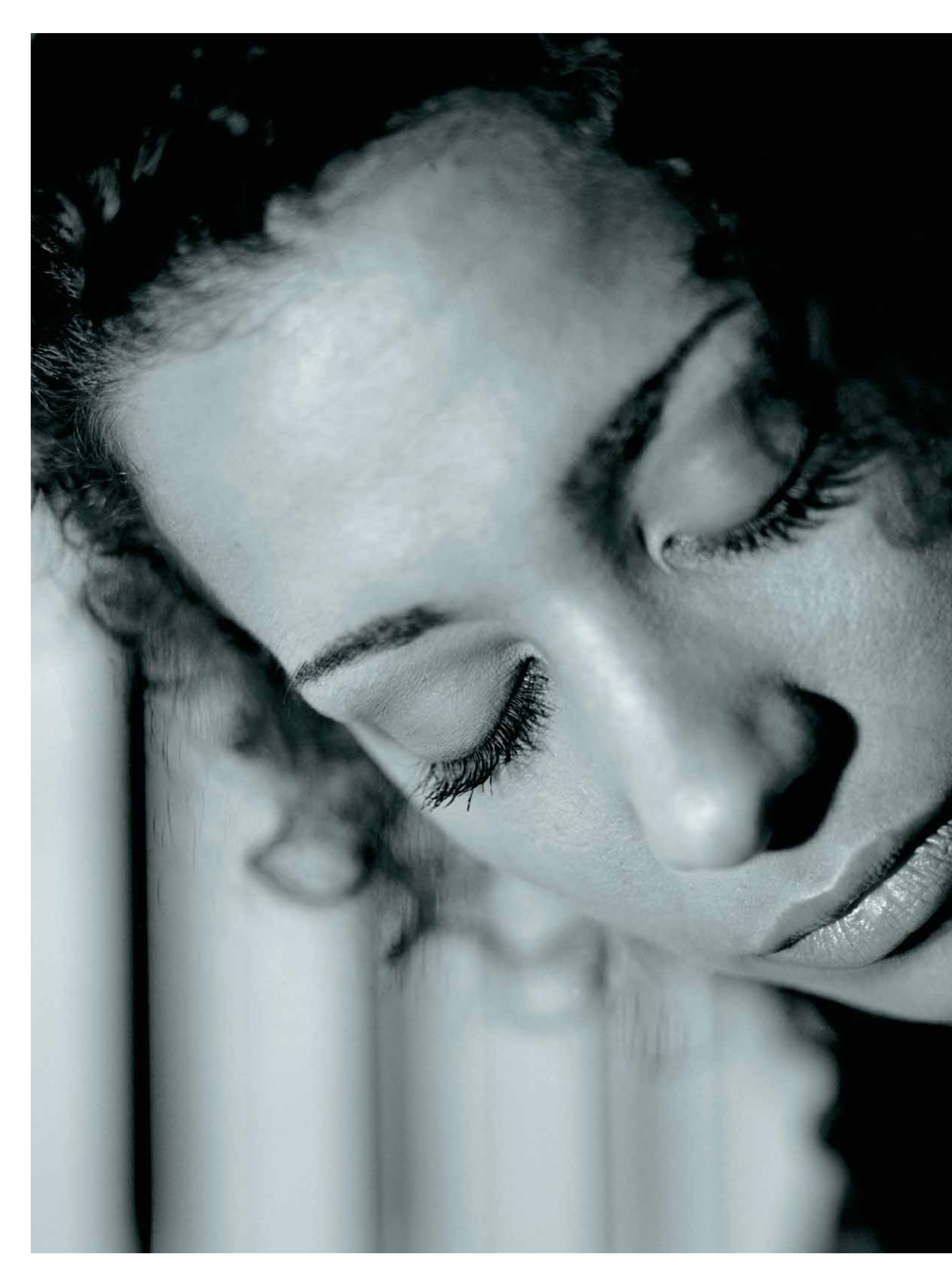
– zu viel Se...bewusstsein, Igno-
ranz für ... andere anderer,
Desinteress... an Fremden, an Welt
überhaupt

... viel ..., Selbstbezug,
... um ... eigenen, ... Problem
de... ...

– zu viel Annahme der ... und
der Probleme, die von außen kom-
men, zu viel Würde, Lächerlichkeit
dieser Würde

– zu viel Widerstand dagegen, das
Nichtakzeptieren des Gegebenen der
Probleme durch die Reife, traurige
Lächerlichkeit des Bemühens, sich
jünger und frischer zu fühlen, als
man ist, sich jugendlich –

GANG





NADJA BENAISSA

»IM GEFÄNGNIS WAR DAS TRÄUMEN MEIN EINZIGER TROST«

Vielleicht hat das ja etwas zu bedeuten, ich weiß bloß noch nicht, was: Wenn es mir gut geht im Leben, plagen mich oft schlimme Albträume. Wenn aber die Situation so schlimm ist wie nach meiner Verhaftung, träume ich von den schönsten Dingen. So als brauchte ich etwas, woran ich mich festhalten kann.

Als ich im April dieses Jahres im Frauengefängnis Frankfurt-Preungesheim zehn Tage in Untersuchungshaft saß, habe ich mir große Sorgen um meine Tochter Leila gemacht. Ich konnte sie tagelang nicht sehen und sprechen. Wusste nicht, was los war mit ihr, wie es ihr ging. In dieser Zeit, an diesem Ort war das Träumen für mich das Schönste, der einzige Trost. Einmal sah ich Leila im Traum mit ihren Klassenkameraden über eine grüne Wiese rennen. Sie lachte, hatte Spaß, es ging ihr gut. Als ich aufwachte, wurde mir wieder klar, wo ich mich befand und was geschehen war. Ich war fix und fertig.

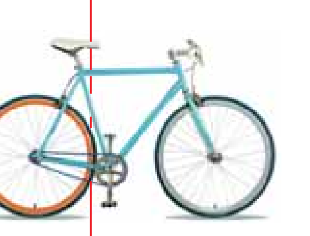
Nach meiner Entlassung hatte ich einen Termin an Leilas Schule, meine Mutter begleitete mich. Wir wollten mit dem Elternbeirat klären, wie es mit Leila weitergehen sollte – ich musste sie schützen. Vor der Schule musste Wachpersonal postiert werden, weil überall Journalisten lauerten, die den Kindern Geld boten für Interviews. Zum Glück waren die Klassenkameraden sehr solidarisch. Jeder schrieb Leila einen Zettel mit guten Wünschen. Drei, vier Klassenkameraden begleiteten sie sogar täglich zur Schule und wieder nach Hause. Und immer wenn jemand auf sie zukam und sie ansprechen wollte, schirmten sie Leila ab. »Keine Fragen!« Es bewahrheitete sich also, wovon ich geträumt hatte: dass meine Tochter im Kreise ihrer Mitschüler gut aufgehoben ist.

Nach meiner Entlassung habe ich mit ihr ausführlich über meine HIV-Infektion gesprochen. Ich habe versucht, ihr das kindgerecht zu erklären. Dass Mama ein Virus in sich trägt, gegen das sie Medikamente nehmen muss, um nicht schlimm krank zu werden. Dass sie gute Ärzte hat, die das kontrollieren. Ich glaube, Leila hat schon immer gespürt, dass mit mir etwas nicht stimmt. Und schon als kleines Kind nahm sie Rücksicht. Ich erinnere mich an einen Abend, da kam ich von einem Konzert nach Hause, Leila war damals etwa vier. Ich war müde und legte mich aufs Sofa. Leila dachte wohl, dass ich schon schlafe, und schlich auf Zehenspitzen aus dem Zimmer, um mich nicht zu wecken. Ein anderes Mal beobachtete sie mich, als ich meine Medikamente nahm. Sie fragte, was ich da schlucke. »Vitamine«, antwortete ich. Erst nach meiner Haftentlassung habe ich sie über alles aufgeklärt. Sie schien mir danach erleichtert. Wahrscheinlich, weil sie all die Jahre schon geahnt hatte, dass ich ihr irgendwas verheimliche. Sie reagierte sehr erwachsen, sehr gefasst. Sie sagte: »Wir schaffen das gemeinsam. Alles wird gut.«

NADJA BENAISSA,

27, ist Sängerin bei den No Angels, Deutschlands erster TV-Casting-Band. Sie lebt mit ihrer neunjährigen Tochter in Frankfurt am Main. Im April wurde sie wegen gefährlicher Körperverletzung vorübergehend in Untersuchungshaft genommen. Ihr wurde vorgeworfen, ungeschützten Verkehr mit Männern gehabt zu haben, ohne diese über ihre HIV-Infektion zu informieren. Das Ermittlungsverfahren läuft. Gerade ist das Comeback-Album der No Angels erschienen: »Welcome To The Dance«

AUFGEZEICHNET VON NANA HEYMANN FOTO FELIX BRÖDE ZU HÖREN UNTER WWW.ZEIT.DE/AUDIO



Ein FAHRRAD mit nur einem einzigen Gang, aber fast unendlich vielen Farbkombinationen. Allein die Farben auszuwählen auf der Seite von »Urban Outfitters« ist ein großer Spaß





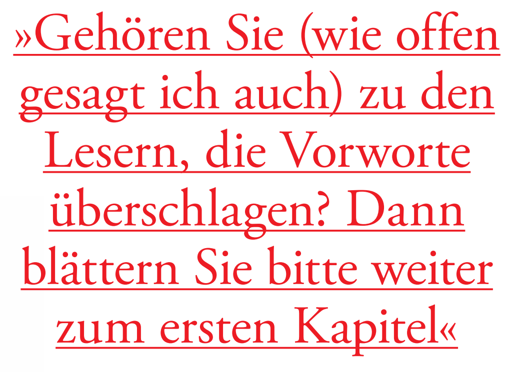




Mit Freude geben wir bekannt: Die Geburt eines NASHORN-MÄDCHENS (noch ohne Namen). Münster, im September 2009



In Trassenheide in Mecklenburg-Vorpommern steht ein HAUS AUF DEM KOPF. Sogar die Inneneinrichtung trotzt der Schwerkraft



»Gehören Sie (wie offen gesagt ich auch) zu den Lesern, die Vorworte überschlagen? Dann blättern Sie bitte weiter zum ersten Kapitel«

Aus dem Vorwort von Ulrich Greiners »Lyrikverführer«, erschienen bei C. H. Beck



HERBSTGLÜCK
Raus aufs Kartoffelfeld, buddeln, »Himmel und Erde« kochen: Stampfkartoffeln, Apfelkompott, gebratene Blutwurst, geröstete Zwiebeln



Die spanische Modekette HAND verteilt ihre Visitenkarten, die erst zusammen einen lieben Gruß ergeben

HEITER



Wer wissen will, wie die Musik von LISA BASSENGE, diese Woche auf unserem Cover zu sehen, klingt, tippt den Namen bei YouTube ein



VLADIMIR MALAKHOV gilt als Jahrhunderttänzer, die Schönheit seiner Bewegungen erkennt man auch auf den Fotos von Dieter Blum in dem Bildband, der jetzt bei h.f.ullmann erscheint

Die Schauspielerin LAURA TONKE hat ein bezauberndes Buch gemacht: »Meine schönste Zeit« heißt es und zeigt – Sachen gibt's – Facebook-Graffiti (Maasmedia Verlag)



VORHER NACHHER



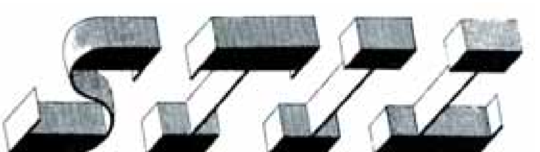
HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH zur neuen Frisur, Herr Steinmeier! Pünktlich zum Fernsehduell mit Kanzlerin Merkel hatte er sich einen viel schöneren, dynamischeren Haarschnitt zugelegt – ganz ohne Pony



HOTEL SCHLOSS SPYKER auf Rügen – ein perfekter Ort für die Zeit zwischen Spätsommer und Frühherbst

GLÜCKLICH

FOTOS URBAN OUTFITTERS / REPUBLIC; BERND THISSEN DPA / LNW; EDUTAINMENT GOŁOS & MIKICIUK GBR; YOUTUBE; DIETER BLUM / H.F. ULLMANN; ANKE TESCHNER / ACTION PRESS; LAURA TONKE / MAASMEDIA VERLAG; THOMAS GRABKA / LAIF; DPA PICTURE-ALLIANCE / DB ARD; SCHLOSSHOTEL SPYKER



Wenn das der Zar noch sehen könnte: Fabergé-Ring aus weißen, pinkfarbenen und gelben Diamanten und Rubinen, circa 385 000 Euro

FOTO PETER LANGER

über Fabergé

Die Rückkehr des Überraschungseis

Für den Goldschmied Carl Peter Fabergé begann der Abstieg mit dem Verlust seines besten Kunden. Der wiederum war seines Lebens verlustig gegangen. Zar Nikolaus II. wurde 1918 von den Bolschewisten hingerichtet. Zuvor hatte der Zarenhof allerdings für einen beispiellosen Aufstieg des Goldschmiedes gesorgt. Fabergé war zeitweise der wichtigste Luxusartikelhersteller der Welt. Es hatte damit begonnen, dass Fabergé, Sohn französischer Einwanderer, dem Zaren zwei goldene Zikaden als Manschettenknöpfe fertigte.
Der war davon so angetan, dass er ein Überraschungsei für die Zarin in Auftrag gab. Es glich einem übergroßen Hühnerei, aber im Inneren nistete eine Henne im goldenen Nest mit Zarenkrone und Rubinohrringen im Gefieder. Bald fertigte Fabergé die Eier in Serie. Eines hatte ein Kriegsschiff im Bauch, das auf einem Meer aus Aquamarin schwamm, ein anderes enthielt ein Modell der Transsibirischen Eisenbahn. Insgesamt 54 Eier schuf Fabergé. Die machten ihn so bekannt, dass sich der Ruf von Fabergé als Luxusmarke bis heute gehalten hat. Obgleich es 90 Jahre lang keine Fabergé-Juwelen gab. Zuletzt hatte der Unilever-Konzern die Namensrechte und nutzte sie für Kosmetik.
Nun soll Fabergé in neuem Glanz erstrahlen. Die Finanzbeteiligungsgesellschaft Pallinghurst, die sich ansonsten eher auf Investments im Bergbau versteht, hat mithilfe von Fabergé-Erben die Marke wiederbelebt. Vom Schmuckdesigner Frédéric Zaavy ließ man etwa hundert Einzelstücke fertigen, die in ihrer Pracht jeden echten Russen entzücken. Blumen und russische Fabelwesen sind Inspirationsquellen, gerade so hätte es der alte Carl Peter gemacht. Spektakulär ist auch die Vertriebsform. Außer in einer Genfer Boutique ist der Schmuck nur im Internet zu sehen. Auf der Website www.faberge.com lassen sich Stücke betrachten, die 40 000 bis mehrere Millionen Euro kosten.
Interessenten können über Skype mit den Schmuckberatern Kontakt aufnehmen und sich die Stücke zur Ansicht kommen lassen, überallhin auf der Welt – die erste Luxusmarke, die sich vor allem online verkauft. Das ist für die Firma erheblich günstiger, als etliche Läden in den teuren Städten der Welt zu unterhalten. Und wenn es an einem dieser Orte mal wieder zu einer Revolution kommt, gehen dort vielleicht die Computer aus, aber Fabergé hat wenig zu befürchten.

Christine Brinck und Josef Joffe fahren den Porsche Cayenne Diesel

Ein Bär für weite Reisen

Ein Porsche ist dieser Porsche nicht – also eine vierrädrige Flunder, die in der Kurve klebt und im Duell um die Poleposition auch einen Testarossa nerven kann. Der Cayenne Diesel schaukelt, ob nun das Fahrwerk auf »Sport«, »Normal« oder »Komfort« getrimmt wird, und ab Tempo 160 ist die Beschleunigung nicht gerade Carreramäßig. Dafür ist der Ein- und Ausstieg beim Cayenne D so komfortabel wie bei … jedem SUV. Das ist gut für enge Röcke und arthritische Knie, aber ein richtiger Porsche-Mensch möchte für 80 Riesen (Testversion) gern etwas anders aussehen als im Q7 oder X5. Ein Trost: Südlich der Alpen wird dem Fahrer trotzdem der Anblick erhobener Daumen zuteil.
Ein weiterer Pluspunkt: Dieser D-Porsche verbraucht auch bei schärferer Fahrt nicht mehr als 10,5 Liter, und das bei einem Lebendgewicht von knapp 2,5 Tonnen. Außerdem sitzt es sich erhoben und erhaben, weshalb man den Fans huldvoll zurückwinken kann. Interessant wird's im Gelände. Dreht dieses oder jenes Rad durch, greift man zum hochintelligenten Programmhebel, der notfalls nicht nur quer, sondern auch längs das Differenzial sperrt. Außerdem lässt sich das ganze Gefährt beim Überwinden reißender Bäche und abscheulicher Felsen einfach anheben. Fahrer wie Beifahrer können sich dabei an gewaltigen Bügeln an der Mittelkonsole festkrallen. Sehr beruhigend.
Grundsätzlich aber ist dieser Porsche ein Reisewagen, und zwar von der feinsten Art. Er schnurrt so flott dahin, dass man die 800 Kilometer von Umbrien bis Salzburg (auf der holprigen E 45 und der Tauern-Staubahn) so frisch übersteht, dass man hinterher noch *Così fan tutte* gucken kann. Der Tank fasst einen Hektoliter, fast hätte eine einzige Füllung gereicht. Freilich ist das Ding etwas breit geraten, weshalb man an der Mautstelle besser die Wohnwagenspur nutzt (wo die Holländer stehen). Oder den Parkassistenten entmachtet, der schon piepst, wenn die Alpen näher kommen. Die älteren Autostrade müssen für den Cinquecento gebaut worden sein.
Ist dieser Cayenne ein Schaf im Schafspelz? Das wäre ein unfaires Urteil. Er ist doch eher wie ein Bär, der ganz bequem aussieht, aber bekanntlich zu den schnellsten Rennern diesseits von Raubkatzen und Gazellen gehört. Schließlich zeugen ein Drehmoment von 550 Newtonmetern und der 8,3-Sekunden-Sprint auf 100 km/h nicht von Muskelschwund. Dieser Diesel dieselt nicht.



TECHNISCHE DATEN Motorbauart: 6-Zylinder-Dieselmotor
Leistung: 176 kW (240 PS) Beschleunigung (0–100 km/h): 8,3 s
Höchstgeschwindigkeit: 214 km/h CO_2-Emission: 244 g/km
Durchschnittsverbrauch: 9,3 Liter Basispreis: 56 859 Euro

CHRISTINE BRINCK IST ZEIT-AUTORIN, JOSEF JOFFE IST ZEIT-HERAUSGEBER FOTO PORSCHE AG

über die preußische Definition von Luxus



Für eine Klientel, die froh ist, wenn das Schnitzel nicht mehr als 17 Euro kostet

Der diskrete Charme der Gendarmerie

Ich bin mir nicht ganz sicher: Ist es Mut, oder ist es Leichtsinn, wenn jemand heutzutage in Berlin noch ein Restaurant eröffnet? Jedenfalls gibt es zwei neue gastronomische Adressen im Mitte genannten Teil der Stadt, wo Politik und Gesellschaft sich kreuzen. Heute möchte ich vom Restaurant Gendarmerie berichten, nächste Woche von einem namens Reinstoff.

Die Gendarmerie liegt so zentral, wie es nur möglich ist: vom Boulevard Unter den Linden und von der Brasserie Borchardt jeweils nur wenige Schritte entfernt. Und eine Brasserie ist auch dieses Etablissement in einem ehemaligen Bankgebäude, ein riesiger, hoher Raum, der immerhin besser ausgeleuchtet ist als das zum Energiesparprojekt abgedunkelte Borchardt.

Die Gendarmerie gehört zu einem Gastronomieunternehmen, das unter dem Namen Lutter & Wegner gleich mehrere Großstadttreffpunkte betreibt. Deren Kennzeichen ist ein gemütliches Ambiente im Wiener Kaffeehausstil. Also: Thonet-Möbel, Wiener Schnitzel, Grüner Veltliner, burgenländische Rotweine und was sonst dem modernen Neurastheniker gut gefällt – auch wenn im Einzelnen keine Spitzenleistungen geboten werden. In der Gendarmerie indessen ist vom Kaffeehausstil nichts zu merken. Dem Interieur kann man bestenfalls seine Weite und Großzügigkeit zugutehalten.

Leider ist die Gendarmerie so wenig ein Stern am Berliner Küchenhimmel wie die anderen Etablissements des Konzerns, was den gastronomischen Bedürfnissen der Hauptstadt offenbar entgegenkommt. Denn schräg gegenüber, im Hotel Regent, befindet sich Berlins bestes Restaurant, das Fischers Fritz, und das ist im Gegensatz zur neuen Großraumgaststätte ziemlich leer.

Dass Berlin mit luxuriösen Adressen schon immer Schwierigkeiten hatte, liegt an der preußischen Anspruchslosigkeit und wird in der Finanzkrise besonders deutlich. Deshalb ist eine konfektionierte Küche wie die der Gendarmerie nicht abschreckend für eine Klientel, die schon zufrieden ist, wenn das Wiener Schnitzel nicht mehr als 17 Euro kostet, mag es auch unzureichend gewürzt und lieblos serviert sein.

Auch wird sich der Gast in seiner Abneigung gegenüber Kutteln nur bestätigt fühlen, wenn sie wie hier nach nichts schmecken, wässerig angerichtet und (für 22 Euro) mit zu viel unnützem Gemüse vermischt werden.

Die Auswahl an Desserts ist schandbar, weil es – zumindest bei meinem Besuch – nur zwei gab, welche aber auch für eine Brasserie nicht gut genug waren.

Wer trotzdem wiederkommt, wird wissen, wie er sitzen will. Mit dem Blick zum Eingangsbereich entgeht er dem Anblick des überdimensionalen Wandschmucks im Stil der sibirischen Schule.

GENDARMERIE
Behrenstraße 42, 10117 Berlin
Telefon 030/76775270

FOTO SILVIO KNEZEVIC

N°

59

Muss sein Bart ab?

Marina und Erik sind zusammen, seit sie 17 sind – inzwischen fünf Jahre. Etwas ist jetzt neu in der Beziehung: Erik möchte sich nicht mehr rasieren. Er bewundert Männer mit Bärten, findet das cool und sexy, möchte erst einmal mit einem Dreitagebart anfangen, aber eigentlich hätte er gerne einen Vollbart. Marina reagiert sehr abweisend auf diesen Wunsch. Sie kann es kaum ertragen, wenn er sich ihr unrasiert nähert, behauptet, der Bart würde kratzen, und duldet körperliche Nähe erst, wenn er zur Klinge gegriffen hat und seine Wangen wieder dem Ideal der Rasierschaum-Werbung entsprechen. Es ist nur eine Kleinigkeit – aber Erik denkt manchmal, ob eine Beziehung eine Zukunft habe, in der seine Wünsche nach Selbstverwirklichung so eingeschränkt werden.

Wolfgang Schmidbauer antwortet: Schön sind am Rhein die Maiden / doch allzu weich von Art / Ich küsse keine wieder / mit meinem Stachelbart. So spricht der alte Hildebrand, Dietrich von Berns Waffenmeister, nachdem sein Kuss eine Dame schmerzte. Recken rasieren sich nicht, um küsslicher zu sein. Erik und Marina sind in einer Phase, in der ihre Sandkastenliebe ernsthafter wird. Erik will Marina beweisen, dass er sich verändert hat, wagt aber nicht, unabhängig von ihr zu entscheiden. Beide glauben noch: Unsere Beziehung wäre so einfach, wenn du immer tätest, was ich wünsche. Sie müssen lernen, unterschiedliche Bedürfnisse ernst zu nehmen und über diese zu verhandeln. Sonst kommen sich die beiden nicht näher und können nicht klären, was Eriks Wunsch nach mehr Männlichkeit um die Lippen wirklich bedeutet.

WOLFGANG SCHMIDBAUER,
68, ist einer der bekanntesten deutschen Paartherapeuten. Zu dieser Kolumne ist das Buch »Lässt sich Sex verhandeln?« beim Gütersloher Verlagshaus erschienen

SPIELE

LOGELEI

Bei einem Wettbewerb waren fünf unterschiedlich schwere logische Rätsel zu lösen – bewertet mit 10, 15, 20, 25 und 30 Punkten. Keinem der fünf Teilnehmer gelang es, alle fünf Rätsel zu lösen, und keine zwei Teilnehmer erreichten die gleiche Summe von Punkten. Daniela landete mit 65 Punkten auf dem dritten Platz. Sabines insgesamt erreichte Punktzahl ist gerade, die von Christian ungerade. Tobias erzielte exakt doppelt so viele Punkte wie der Teilnehmer, der nur Sudoku und Kakuro lösen konnte. Der Buchstabensalat war weniger wert als ein anderes Rätsel, das Daniela nicht löste. Christian löste mindestens drei der fünf Rätsel. Neben Sabine konnte nur ein weiterer Teilnehmer das Labyrinthrätsel lösen; das war aber nicht Tobias. Genau eines der fünf Rätsel wurde sowohl von Peter als auch von Sabine gelöst, es war mindestens 10 Punkte mehr wert als das Dominorätsel. Nur einer der fünf Teilnehmer scheiterte am Kakuro.
Welches Rätsel brachte wie viele Punkte, und wer konnte welche Rätsel lösen?

LÖSUNG AUS NR. 40

Waagerecht: A 67 **C** 6561 **G** 3828 **H** 77 **I** 875211 **K** 931 **M** 836 **N** 729 **O** 111
Senkrecht: A 638 **B** 78732 **C** 625 **D** 582 **E** 67 **F** 17161 **J** 131 **K** 97 **L** 19 **M** 81

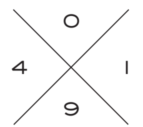
SUDOKU

		8		2		5		
			5		9			
2			4		6			9
	5	3				8	4	
6								5
	1	4				9	6	
5			7		3			1
			2		4			
		6		1		2		

Füllen Sie die leeren Felder des Quadrates so aus, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem mit stärkeren Linien gekennzeichneten 3 x 3-Kasten alle Zahlen von 1 bis 9 stehen. Mehr solcher Rätsel finden Sie im Internet unter www.zeit.de/sudoku

LÖSUNG AUS NR. 40

379	518	246
416	279	835
528	463	917
283	956	174
147	832	569
965	741	328
651	394	782
894	127	653
732	685	491



UM DIE ECKE GEDACHT NR. 1983

WAAGERECHT: 7 Anzusteuernde Stelle im Verzweigwerk **10** Viel mehr Halm- als Stammlandschaften **15** Wer einem Fremdling nicht sich … mag erweisen, der war wohl selber nie im fremden Land auf Reisen (F. Rückert) **17** Weit von lang und breit: Nicht weitschweifig sei hier die Antwort **19** In einem … gab's mal die Frage zu lesen: Willst du gern einmal nach Paris? **20** Wenn's der Richter ist, wird's die Strafe sein **21** Relief in Mineral und minimal **22** Schmuck vielleicht – oder auch eine 7 waagerecht samt der anderen **23** Eigentlich lernen wir nur von Büchern, die wir nicht … können. Der Autor eines Buchs, das wir … könnten, müsste von uns lernen (Goethe) **24** Energie-Konkurrent im Norden **25** Den Nils mit dem Martin ziehen zu lassen war ihre Idee **27** Kommt durchaus zu Recht in Wohn-Einheit vor, eben weil in List-Verbindung **29** Ward eines schicksalhaften Tages Ziel von Paaren jeglicher Art **31** Alter Spruch der allzu Maßvollen: Mit Salz und … darf man's nicht übertreiben **34** Primäres PR-Produkt **37** Beim Damenkränzchen gibt es keine bunte **39** Ist in einleitendem Satzabschnitt nicht zu übersehen, die Dame **40** Gerät vom Bau plus Instrument aus Kinderstube: eine sehr unauffällige Untermieterin **41** Gerade an solchem Tag wird nicht so viel an solchen Abend gedacht **42** Sind fällig zur Herbstzeit im Lärchenareal **43** Wie Frosch auf Laub, so Erlkönig auf Ausfahrt **44** Punkt-an-Punkt-Gebilde in wissenschaftlichem Gefilde **45** Pirscht sich an die Mysterien heran, pflegt sie auch

SENKRECHT: 1 Ist alsbald dran nach Schwarzwälder, Sahnebaiser und Buttercremetorte, aber bitte mit! **2** Hat einfach alles, was Roms Südhügel hat: nördlicher Sagenhafen **3** Beachtlich bei der 4 senkrecht, beachtenswert beim Jackenkauf **4** Stromerzeugerlandschaft in Planung **5** In eine Riesenaktion eingebunden: er und seine Söhne **6** Die längste 22 waagerecht auf Erden **7** Im Rezeptregister ein Nachbar der Speise mit Delle **8** Feierabend-Auswahl: Der eine hat Eins auf Zwei, der andere genießt ein Einszwei im Theater **9** Hier und da noch im Büchlein notiert, längst Ware auch dateienweise **10** Buchstäblich Schlaf mit Störung: Der kennt eine Abkürzung zum rechten Weg **11** Die Lieblingstätigkeit der Inhaber einer langen Bank **12** Das ist kein Grund, jemanden hiermit anzureden **13** Als Wasserträger insbesondere hilfreich **14** Allein im … liegt das beschlossen, was man die Schönheit eines Gesichtes nennt (L. Tolstoj) **16** Wohltatsache im Gedicht, insbesondere nach Verzicht **18** Lieber ein kleines Häuschen mit behaglicher Stube als zehn düstere … (ägypt. Sprichwort) **26** Jürgens-Credo, schon im Titel: Die Welt braucht … **28** Anlass für spitzfindige Bemerkung zum Statt-Fleisch-Gericht **30** Bekam zum Merci gleich auch ein Adieu und ein Schau nach vorn gesungen **32** Beginnt mit Wählen, geht vielleicht weiter mit Erzählen **33** gilt dabei als Reizwort **35** Keiner kann nichts, und keiner kann … (Sprichwort) **36** Ein Wort zum Schluss wie bei Tacitus **38** Beliebte Basis für Floßtour-Gaudi

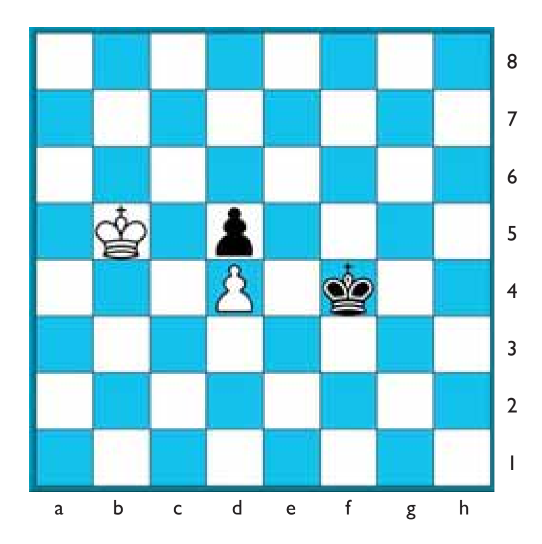
LÖSUNG AUS NR. 40

WAAGERECHT: 7 VORWAHLEN **11** MEINUNG **15** BELVEDERE = schöne Aussicht (ital.) **18** UMSTIMMEN **20** RIEGE **21** BESTE **23** THEMA **24** STREBEN **26** Erststimme für PERSON **29** ELI **30** TITEL **31** LIRA **33** OBOLUS **35** MIKRO(-fon) **37** O wie OTTO **39** RUNEN aus (Wahl-)U-r-nen **40** ESSE = sein (lat.) und Schmiedeesse **41** EARN = verdienen (engl.) **42** HESSEN **44** SETS **46** UMRUNDEN und um (Elefanten-)Runden **47** SEITENWIND **48** LEERSTAND **49** ANHANG

SENKRECHT: 1 POLITIKER **2** FADE **3** SEE **4** IMMERZU **5** LITHO(-grafie) = Steindruck **6** RUMMEL **7** VERSTIMMT **8** WEGE **9** »alle HEBEL in Bewegung setzen« **10** NUTE **12** EST = Osten (franz.) **13** NIE **14** GEWISSEN **16** VERTRAUEN **17** RENITENT **19** MALUS **22** SPROSS **25** stroh-BLOND **27** SONNTAGsfrage der Demoskopen zur Parteienpräferenz **28** NONEN **32** Film »ARSEN und Spitzenhäubchen« **34** BESEN **36** ORNE **38** THESE **40** ETWA **43** Amts-EID **45** SINN

SPIELE

SCHACH



Vom Wiener Kunst- und Philosophieprofessor Ernst Strouhal, einem begnadeten Geschichtenerzähler, ist *Umweg nach Buckow* erschienen: eine Reise durch die Buntheit des Lebens, wobei die hie und da aufblitzende Gelehrsamkeit durch viele persönliche Einsichten und Eindrücke wohltuend gebrochen wird. Eines der 36 Kapitel ist dem Künstler und Schachspieler Marcel Duchamp gewidmet.

Zunächst war Schach für Duchamp ein »Dada«, ein Steckenpferd unter anderen, bald aber Droge und Zeitvertreib zugleich: »Wenn man als junger Mensch mit dem Schachspiel anfängt, wird man immer noch Schach spielen, wenn man alt ist und stirbt. Das heißt, es ist eine Leidenschaft, die einen bis ins Grab begleitet. Eine Leidenschaft, die einen im Laufe eines Lebens eine unglaubliche Menge Zeit verlieren lässt; mir ist genau das passiert, und es hat mir wahrscheinlich dabei geholfen, zu erreichen, was ich wollte: so wenige Bilder wie möglich zu malen, mich in meinen Bildern nicht zu wiederholen.«

Für Duchamp ist Schach eine »Schule des Schweigens«. Sein Freund Man Ray schreibt über sein Atelier: »Hier arbeitete und schlief Duchamp in einer strengen, einfachen Atmosphäre wie ein Mönch. Nichts erinnerte daran, dass hier ein Künstler lebte – der Schachtisch war das wichtigste Möbelstück.«

1932 schrieb Duchamp auch ein Buch *Opposition und Schwesterfelder* über (Schach-)Endspiele, daraus stammt das obige Beispiel. Wie gewinnt Schwarz am Zug?

LÖSUNG AUS NR. 40



Welcher »Paukenschlag« gewann für Weiß, wobei dem schwarzen König zwei offene Diagonalen zum Verhängnis werden sollten? Das Turmopfer **1.Tf8+!** durfte wegen 1…Dxf8 2.Dxd4+ Dg7 3.Dd8+ Dg8 4.Dxg8 matt nicht angenommen werden. Also **1…Kg7,** doch nach **2.Tg8+!** (besser als das schnöde 2.Txd8 Txd3) gab Schwarz wegen 2…Kh6 (2…Dxg8+ 3.Dxd4+) 3.Dxe3+ dxe3 4.Txd8 auf

LEBENSGESCHICHTE

Sie wollte »überhaupt lauter Unmögliches«. Im »Möglichen sich schön zurechtzulegen«, hielt sie von Jugend an für Verrat an sich selbst. So kämpfte das fantasiebegabte und lebhafte Kind um die Zuneigung des steif reservierten Vaters und rebellierte gegen die kalte, lieblose Mutter, die aus ihr unbedingt eine fügsame »Tochter aus gutem Haus« machen wollte. Zu diesem Zweck wurde sie in ein Mädchenpensionat gesteckt; die strenge Erziehung dort beflügelte nur ihren Freiheitsdrang. In ihre geliebte Heimatstadt zurückgekehrt, erlebte sie »täglichen Kampf und Quälerei«. Die Kunst schien ihr Königsweg in die Freiheit zu werden, nachdem eine ihr wohlgesonnene Tante für Malunterricht gesorgt hatte. Trotz aller Bemühungen brachte sie es zeitlebens aber nur zu freundlichem Dilettantismus.

Als sie sich einem Echtheit und Ehrlichkeit verpflichteten literarischen Club anschloss und der erste ihrer vielen Liebhaber auftauchte, ging ihr Verhältnis zu den Eltern vollends in die Brüche. Sie drohten ihr mit Entmündigung, sogar mit der Psychiatrie, verbannten sie schließlich in ein Pfarrhaus, in dem sie zur Besinnung kommen sollte. Selbst die Ausbildung zur Lehrerin und eine akzeptierte Verlobung stimmten ihre Familie nicht versöhnlich.

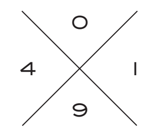
Den Großmut ihres Verlobten und späteren Ehemanns nutzte sie für Ausflüge in eine aufregend andere Welt. An einem Ort des künstlerischen Aufbruchs genoss sie in Ateliers, Cafés und Kneipen ein Leben, frei von Zwängen und Konventionen. Feste Bindungen und Abhängigkeiten hielt sie nun für lästige Fesseln. Folglich löste sie ihre Ehe, sie wollte weder als »Wohnstubendekoration« noch als »brauchbares Haustier« dienen. Ihre neue prekäre Existenzform meisterte sie mutig mit nie versiegendem Improvisationstalent, wenn auch manchmal am Rande der Verzweiflung. Sie malte, übersetzte, schrieb Witze und Geschichten, arbeitete erfolglos als Stenotypistin und Versicherungsvertreterin; ihre Karriere als Schauspielerin scheiterte schon mit ihrem ersten Auftritt. Immerhin verkörperte sie für einen esoterischen Kreis Sinnlichkeit und Lebensfreude, sie war dessen »heidnische Heilige«. Für die verklemmte Bürgergesellschaft war die erotische Rebellin ein moralischer Skandal; allein die Zahl ihrer Liebesbeziehungen – nie Affären, immer Herzensangelegenheiten – musste schockieren.

Ihre zweite Ehe geriet zur operettenhaften Farce. Am Fuße eines Wallfahrtsorts radikaler Lebensreformer heiratete sie einen Weltmann und versoffenen Kneipengänger, der sich durch eine Zweckehe eine fette Erbschaft sichern wollte. Der Coup scheiterte, er erhielt nur seinen Pflichtteil, die Bank, bei der das Geld lag, ging pleite, und ihr Mann verschwand unbetrauert auf Nimmerwiedersehen.

Die Nonkonformistin im Leben und Denken starb nach einem Fahrradunfall in dem Jahr, in dem ihre Kaste und die Gesellschaft, von der sie sich losgesagt hatte, untergingen. Wer war’s?

LÖSUNG AUS NR. 40

Jean-Claude Izzo (1945–2000) stammte aus Marseille und war Journalist gewesen, bevor er mit 50 Jahren seinen Erstling »Total Cheops« veröffentlichte, einen Bestseller. Mit »Chourmo« und »Soléa«, Teil 2 und 3 seiner romanhaften Marseille-Krimi-Trilogie um den Polizisten Fabio Montale, wurde er in Frankreich zum Kultautor. Der Roman »Aldebaran« und eine Lyriksammlung bestätigten sein literarisches Können. Sein Sohn Sébastien betreut die Homepage des früh verstorbenen Autors: www.jeanclaude-izzo.com



SCRABBLE



Seit vergangener Woche dient die 25. Auflage des Rechtschreib-Dudens als Grundlage für die Scrabble-Rätsel. Wir führen daher unsere Liste relevanter Neuerungen weiter. Neben den bereits erwähnten AUA, OPI, GEO, CAP und SKA sind nun auch die dreibuchstabigen Begriffe DOL (Maßeinheit der Intensität einer Schmerzempfindung) sowie RAI (arabischer Musikstil) zulässig. Interessant wird es genauso bei den hinzugekommenen vierbuchstabigen Wörtern. Die Highlights aus Scrabbler-Sicht stellen BÜSI, FLOW, LÖLI und OKRA dar. Diese eidgenössischen, englischen und afrikanischen Begriffe werden sich als hilfreich erweisen, etwa um auch zum Ende einer Partie hin noch die heiklen Buchstaben Ü, W, Ö und K unterzubringen.
Mit zwei sich ähnelnden Formen ist heute ein Wert in den mittleren 70ern möglich. Wie lauten sie, und wo sind sie zu platzieren?

Dreifacher Wortwert
Doppelter Wortwert
Dreifacher Buchstabenwert
Doppelter Buchstabenwert



LÖSUNG AUS NR. 40

Jeweils 95 Punkte brachten BESAMTE (14B–14H) und das elegante BEATMEST (I1–I8). Letzteres kam ohne Wortprämienfeld aus, dafür trug das Mauerwerk mit QUALMT, AM, HE und AHNS insgesamt 31 Punkte bei.
Es gelten nur Wörter, die im Duden, Die deutsche Rechtschreibung, 25. Auflage, verzeichnet sind, sowie deren Beugungsformen. Scrabble-Regeln unter www.scrabble.de

IMPRESSUM

REDAKTIONSLEITER *Christoph Amend*
TEXTCHEFIN *Tanja Stelzer*
ART-DIREKTORIN *Katja Kollmann*
CREATIVE DIRECTOR *Mirko Borsche*
REDAKTION *Jörg Burger, Wolfgang Büscher, Heike Faller, Dr. Wolfgang Lechner (besondere Aufgaben), Christine Meffert, Ilka Piepgras, Tillmann Prüfer (Stil), Jürgen von Rutenberg, Matthias Stolz, Carolin Ströbele (Online)*
FOTOREDAKTION *Michael Biedowicz (verantwortlich)*
GESTALTUNG *Nina Bengtson, Jasmin Müller-Stoy*
MITARBEIT *Annabel Wahba, Andreas Wellnitz (Bild)*
AUTOREN *Marian Blasberg, Carolin Emcke, Matthias Kalle, Harald Martenstein, Wolfram Siebeck, Jana Simon, Günter Wallraff, Roger Willemsen*
PRODUKTIONSASSISTENZ *Margit Stoffels*
KORREKTORAT *Mechthild Warmbier (verantwortlich)*
DOKUMENTATION *Mirjam Zimmer (verantwortlich)*
HERSTELLUNG *Wolfgang Wagener (verantwortlich), Oliver Nagel, Frank Siemienski*
DRUCK *Broschek Tiefdruck GmbH*
REPRO *Twentyfour Seven Creative Media Services GmbH*
ANZEIGEN *DIE ZEIT, Matthias Weidling*
EMPFEHLUNGSANZEIGEN *iq mediamarketing, Axel Kuhlmann, Michael Zehentmeier*
ANZEIGENPREISE *ZEITmagazin, Preisliste Nr. 3 vom 1. 1. 2009*
ANSCHRIFT VERLAG
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg; Tel.: 040/32 80-0, Fax: 040/32 71 11; E-Mail: DieZeit@zeit.de
ANSCHRIFT REDAKTION
ZEITmagazin, Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin; Tel.: 030/59 00 48-7, Fax: 030/59 00 00 39; www.zeitmagazin.de, E-Mail: zeitmagazin@zeit.de

SUCHEN SIE DEN GLÜCKSEUMEL!
In der vorigen Woche hatten wir ihn auf Seite 9 versteckt – wo ist er diesmal?





Marathonläufer Haile Gebrselassie erinnert sich an seine Kindheit in einem äthiopischen Dorf und an seinen Traum, weltberühmt zu werden

Wolfram Siebeck über das »Reinstoff«, den Restaurantaufsteiger des Jahres in Berlin

Herr Messner, Sie gehen ständig an Ihre Grenzen und konfrontieren sich mit Todesangst.

WARUM MACHEN SIE DAS?

Sind Sie ein Extremist?
Das bin ich nicht. Ich bin ein extremer Bergsteiger gewesen. Heute nenne ich mich lieber einen Grenzgänger an den Rändern der Erde, zwischen möglich und unmöglich.
Wie erfahren Sie, was unmöglich ist?
Durch meine Nase und meine Angst.
Kennen Sie Angst auch vor der psychischen Schwäche?
Das ist die sehr gefährliche Situation der Angst vor der Angst. Unsere Angst hat uns so im Griff, dass wir sie schon empfinden, wenn wir uns einer Situation, die wir nicht schaffen können, nur nähern, und das ist auch gut so.
Wenn Sie diese in einer extremen Situation ereilt, ist das stimulierend oder hindernd?
Nach meiner Erfahrung kommt die Angst, wenn es um alles geht, nicht mehr. Ein Schreck kann kommen, das ja, aber wenn es ernst wird, stellt mein Wesen die Angst still, damit ich ruhig reagieren kann.
Sie können nicht schwimmen. Was löst der Anblick eines Gewässers in Ihnen aus, in dem Sie untergehen könnten?
Wenn ich auf dem Schiff bin, vertraue ich dem Kapitän.
Ist die Angst immer dieselbe, oder hat sie viele Farben?
Die Angst hat viele Farben. Und sie kommt heute viel früher als vor vierzig Jahren.
Wird der Körper mit der Zeit durchsichtiger, sodass Sie Ihre Schwächen besser sehen?
Ja, aber es ist eher eine instinktive Erkenntnis, durch die mir der Körper sagt: Es klappt nicht mehr.
Warum also immer noch die Konfrontation mit solchen Grenzen?
Heute mache ich es, um Ideen umzusetzen. Zu Beginn bin ich naiv in eine Leidenschaft hineingewachsen. Sie hat sich gesteigert, weil ich besser wurde und weil ich mich mit ähnlichen Menschen traf. Wir gehörten einem Zirkel an, um nicht zu sagen einer Sekte. Das ist böse, aber ja, es hatte Sektencharakter. Zu dieser Zeit war es auch ein Bubenspiel: Wenn die das können, kann ich es auch, und später: Ich mach jetzt etwas, was die nicht können.
Und in der zweiten Lebensphase, bei Ihren Achttausendern?
Da war ich in der Lage, zu wissen: Niemand auf der Welt traut sich, was ich mache. Das ist ein gutes Gefühl, es verleiht Flügel, und seit damals weiß ich: Wenn ich meiner Sache nachgehe, ganz meiner Sache, werde ich dort meine Höhepunkte erreichen.
Ist der Berg Individuum, hat er seine eigene Persönlichkeit?
Er hat eine Persönlichkeit, aber er ist nicht Individuum. Der Berg ist einfach eine Fels-Eis-Masse. Doch ist er kein totes Stück Natur, wie wir meinen, der Berg lebt. Die andere Unbekannte ist der Mensch, und wie die beiden aufeinandertreffen, dieses Spiel interessiert mich am meisten.
Konfrontieren Sie sich dabei mit dem Gedanken: Du kannst hier auch ausgelöscht werden?
Ja, ich sage sogar, das ist das wichtigste Ingrediens, ein ununterbrochenes Wissen, keines mit Schrecken, ein Hintergrundwissen: Du kannst bei dieser Geschichte umkommen.
Kennen Sie den Sog hinein, jenen, der Sie ins Nichts zieht?
Nein! Das darf ich nicht! Beim gesunden Menschen gibt es das nicht. Ich bin überzeugt, dass man potenzielle Selbstmörder im Berg heilen könnte. Die würden nach aller Angst einfach heil nach Hause wollen.
Stellen Sie je die Frage: Ist es das wert?
Ich frage: Kann ich das machen?, nicht: Was bringt es mir? Es ist eher die Frage eines Künstlers als eines Sportlers. Ich weiß, dass es unnütz ist. Ich laufe nicht herum und sage: Bergsteigen ist wichtig für die Menschheit. Aber bevor ich losgehe, gibt es nichts Sinnvolleres für mich als das. Die Nützlichkeit und die Sinnhaftigkeit existieren auf verschiedenen Sternen. Es würde mich keiner aufhalten können, der sagt: Das bringt ja nichts.
Und die Sinnhaftigkeit ist allein dadurch gegeben, dass Sie es machen?
Ja, es geht um die innere Erfahrung. Was ich mache, ist das Unterwegssein in einem archaischen, von Menschen nicht angetasteten Raum. Dort lebe ich als Anarchist. Auch die Verantwortung für die, die mit mir klettern, funktioniert nicht mehr nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, sondern nach genetischen Regeln, die in uns stecken – im Grunde die Urreligion. Das interessiert mich, das ist mein Anliegen.

REINHOLD MESSNER,

65, berühmtester Bergsteiger unserer Zeit, bestieg als Erster alle Achttausender. Nun veröffentlicht er »Westwand. Prinzip Abgrund«. Roger Willemsen stellt jede Woche die Frage: »Warum machen Sie das?«

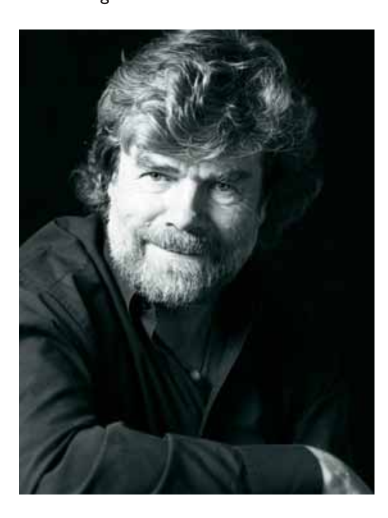


FOTO STEFAN NIMMESGERN